

Nr. 21, März 1995

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 21, März 1995

Demokratielkritik

Knorr - 8. Mai 1945 nach fünfzig Jahren

Demokratie - Herrschaft und Grenzen der Emanzipation:

Klenner - **Demokratiedefizite**/Bieling -
Autoritär-produktivistische Demokratie?/
Paech - **W. Abendroth**/Goldschmidt - **Demokratie und Sozialismus**/Jung - **Grundsatzkritik**/Werner - **Wirtschaftsdemokratie**/
Fülberth - **Legitimationsfunktion**/Klein -
Scheitern in der DDR-Wende

Und: Höhme - **Konjunkturanalyse**/Bischoff -
Finanzkapital/Düe und Tjaden - **Öko-Umbau**/
Schleifstein - **SPD und Faschismus**/Rische -
KPD im Bundestag

Debatte: Wert-Preis-Transformation bei Marx - Stamatis, Fülberth, Katzenstein
u.a.

Berichte, Rezensionen

Einzelpreis 18,-DM

"Die *politische* Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung. Es versteht sich: wir sprechen hier von wirklicher, von praktischer Emanzipation."

Karl Marx, 25, in: Zur Judenfrage, Deutsch-Französische Jahrbücher 1/2. Lfg., 1844 (nach: MEW, Bd. 1, S. 356)

ISSN 0940-0648

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)



Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:

- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Osten
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Einzelheft: DM 9,50

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Kostenlose Probehefte bei: Redaktion Sozialismus

Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg, Tel. & Fax 040/250 10 11

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
6. Jahrgang
Heft 21 (März 1995)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

1945 - 1995

Lorenz Knorr

- 7 Nach fünfzig Jahren - Rückkehr zur Normalität?
-

**Demokratie im Metropolenkapitalismus -
Herrschaft und Grenzen der Emanzipation**

Hermann Klenner

- 15 Demokratiedefizite

Hans-Jürgen Bieling

- 22 An der Schwelle zur "autoritär-produktivistischen Demokratie"?
Klassen - Macht - Politik: Krise der politischen Institutionen?

Norman Paech

- 35 Wertewandel oder Strukturveränderung
Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen Demokratiedebatte

Werner Goldschmidt

- 47 Kein Sozialismus ohne Demokratie
Anmerkungen zum Verhältnis von Demokratie, Menschenrechten und Sozialismus bei den 'Klassikern' des Marxismus

Heinz Jung

- 62 Demokratie - Plädoyer und Kritik
Überlegungen zur Reaktualisierung der Grundsatzkritik an der politischen Form der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft

Harald Werner

- 73 Wirtschaftsdemokratie
Historische Grenzen und aktuelle Perspektiven eines vergessenen Reformprojekts

Georg Fülberth

- 84 Zivilgesellschaft, Totalitarismus, Kommunitarismus - Zur
Legitimationsfunktion politischer Philosophie

Thomas Klein

- 96 Zum Scheitern linker Politikansätze in der DDR-Wende 1989/90
Aus der Sicht der "Vereinigten Linken" (VL)
-

Hans-Joachim Höhne

- 106 Konjunktur-Analyse: Verstärktes Wachstum der Weltwirtschaft -
gespaltener Aufschwung in Deutschland

Joachim Bischoff

- 122 Auf dem Weg zur Rentier-Ökonomie
Zu einigen Entwicklungslinien des internationalen Finanzsystems

Josef Schleiße (1915 - 1992)

- 135 Sozialfaschismus-These, Sozialdemokratie und Faschismus

Fritz Rische

- 145 Anmerkungen zur Tätigkeit der KPD-Fraktion im 1. Deutschen
Bundestag

Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden

- 156 Zwischen Reaktion und Illusion
Kapitalismuskritik unter Beachtung der materiell-praktischen Reproduktion
-

Debatte: Wert-Preis-Transformation bei Marx

Georgios Stamatis

- 169 Zum Transformationsproblem

Reinhard Schaupter

- 185 Zur Verifikation der Wert-Preis-Rechnung von Marx

Georg Fülberth

- 191 Transformationsfrage - Problemlage

Robert Katzenstein

- 199 Wertbegriff und Transformationsproblem

Joachim Tesch

- 204 Transformationsproblem - Wertgesetz - Sozialismus
-

Berichte

Eva Chr. Gottschaldt

- 206 Was aus Deutschland werden sollte
Tagung vom 20.-22. Januar 1995 in Marburg

Stefan Bollinger

- 210 Ohne Demokratie keine soziale Emanzipation
Ein Kolloquium des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. am 17. Dezember 1994
in Berlin

Heinz Jung/André Leisewitz/Reinhard Schweicher

- 214 Ansätze kapitalismuskritischer Optionen heute
Tagung von IMSF e.V. und Z am 19./20. November 1994 in Frankfurt/M.

Bernd Hüttner

- 225 Die "Wiederkehr der Proletarität"
Neuer klassenanalytischer Ansatz oder ökonomistische Fata Morgana?
-

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Michael Heinrich

- 231 Unzeitgemäße Debatten über Marx und Engels
-

- 236 Buchbesprechungen, Annotationen

Demokratie als Insurrektion (Reinhard Schweicher)

Neogramscianischer Strang der Regulationstheorie (Heinz Jung)
 Nelson Mandela: Autobiographisches zum Freiheitskampf für ein demokratisches Südafrika (Elisabeth Bessau)
 Zur Auflösung der Weimarer Republik (Friedrich Sendelbeck)
 Vom Blutgericht zur AIZ (Hans G Helms)
 Deutschland - wohin? (Fritz Krause)
 Kommunisten im Parlament (Günter Judick)
 Neues von Fest, Nolte und anderen (Jonas Doerge-Weidemann)
 "Nachholende Konzentration" im deutschen Speditionsgewerbe (Peter Strutynski)
 Versuchschronik (Heinz Jung)
 Stalinismus und Wertgesetz (Heinz Jung)
 Von der Perestroika zur "Jelzinschtschina" (Heinz Jung)
 Was heißt hier "Elite der gutbürgerlichen Moral"? (Harald Wessel)
 Zehn Ausgaben "Dachauer Hefte" (Bernd Hüttner)
 Stadtplanung im Untergrund - ein unbekanntes Kapitel der Zerstörung Warschaus (Reinhard Schweicher)
 Bucheingänge

4	Impressum
34	Vorschau
286	IMSF/Z-Veranstaltungen 1995
287	Errata
288	Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 13,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.1.1995

Editorial

Am Beginn dieser Ausgabe von Z steht ein Kommentar von Lorenz Knorr zur geistig-politischen Situation Deutschlands 50 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, in der Großmachtambitionen, die ihre Legitimation aus Geschichtsrevisionismus zu gewinnen suchen, erneut ihre Schatten werfen. Wir verstehen dies als unsere Einstimmung auf die Diskussionen um den 8. Mai 1945.

Unser Schwerpunktthema "Demokratie - Herrschaft und Emanzipation" zielt auf einen Kernpunkt marxistischen Selbstverständnisses heute, kann es doch kaum einen Zweifel daran geben, daß das ungelöste Demokratieproblem ein Hauptgrund der Deformation und des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa war. Somit müssen die alten Fragen in einem neuen Licht gelesen werden. Unzweifelhaft ist aber auch, daß Demokratie in ihrer Ausprägung als Repräsentativsystem politische Herrschaftsform der hürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist, die sozialen Emanzipationsansprüchen Grenzen zieht. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz werden diese Grenzen offenkundig schärfer konturiert. Nach der Diagnose des Demokratietheoretikers Helmut Dubiel tritt nun die "innere Affinität der liberalen Demokratie zu undemokratischen Herrschaftsformen" unverstellt zutage und "die immanente Kritik der liberalen Demokratie (wird) unausweichlich" (Frankfurter Rundschau v. 12.3.1994). Wir hoffen, daß dieser Schwerpunkt Anregungen zum Einrasten in diese Konstellation gibt.

Den Reigen der Schwerpunktbeiträge eröffnet Hermann Klenner, der nach knapper Theorieexegese die Demokratiedefizite im herrschenden Verfassungs- und Menschenrechtsverständnis und in der politisch-sozialen Praxis dieses Landes ins Visier nimmt. Es folgt Hans-Jürgen Bieling, der die Tendenz zu einer "autoritär-produktivistischen Demokratie" aus der Analyse der politikwissenschaftlichen Diskurse herausfiltert. Es schließen sich Beiträge mit unterschiedlicher Akzentuierung des Hauptthemas an. Norman Paech erörtert auf dem Hintergrund der auch in der herrschenden Demokratiediskussion aufgegriffenen Wertewandeldebatte, welche Stellung wohl Wolfgang Abendroth heute einnehmen würde. Werner Goldschmidt zieht Linien von der ungelösten Demokratiefrage im Realsozialismus zu theoretischen Defiziten, die aus seiner Sicht schon bei Marx und Lenin angelegt sind. Heinz Jung plädiert demgegenüber für eine Reaktualisierung der Marx-Engelsschen Grundsatzkritik an der Demokratie als politischer Herrschaftsform. Harald Werner bringt das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, wie es von der Gruppe um Naphtali in den 20er Jahren ausgearbeitet worden war, mit Blick auf seine Wirkungsgeschichte und die heutige Problemlage in Erinnerung. Georg Fülberth lenkt die Aufmerksamkeit auf die Regression theoretischen Denkens der Linken am Beispiel der Komplexen Zivilgesellschaft, Totalitarismus und Kommunitarismus. Thomas Klein bringt einen selbstkritischen Rückblick auf die

Wendezeit der DDR aus der Sicht der basisdemokratisch orientierten Oppositionsgruppe "Vereinigte Linke".

Es folgen weitere Beiträge zur Konjunktursituation (Hans-Joachim Höhme) und zum internationalen Finanzsystem (Joachim Bischoff) sowie zu einer ökologischen Reformstrategie (Dietmar Düe/Karl-Hermann Tjaden). Fritz Rische, dem wir hiermit nachträglich zu seinem 80. Geburtstag am 25.12.1994 gratulieren, bringt als letztes noch lebendes Mitglied der KPD-Fraktion im Deutschen Bundestag von 1949-53 einen Rückblick auf deren Tätigkeit. Josef Schleifsteins, der am 15.3.1995 80 Jahre alt geworden wäre, möchten wir in durchaus aktueller Perspektive mit dem Abdruck eines Textes zur Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem aufkommenden Faschismus gedenken.

Zu einem kleinen Block haben wir die schon im letzten Jahr eingegangenen Beiträge zur Debatte um die Wert-Preis-Transformation bei Marx von Schaupter, Fülberth, Katzenstein und Tesch zusammengefaßt. Mit dem Text von Georgios Stamatidis, der schon in den 70er Jahren wichtige Akzente gesetzt hatte, dürfte die Debatte an theoretischem Tiefgang gewinnen.

Die Rubrik Berichte enthält wieder Informationen über Tagungen, darunter auch über die IMSF/Z-Konferenz vom November 1994. Leider können deren Beiträge nicht in einem gesonderten Band publiziert werden. Auch deshalb ist der Bericht etwas ausführlicher als üblich ausgefallen. Umfangreich wie immer ist der Rezensionsteil. Insgesamt bietet Z 21 wieder auf 288 Seiten ein vielseitiges Angebot. Gleichwohl steht für uns die immer wieder proklamierte Verschlinkungskur ins Haus, die wir spätestens im zweiten Halbjahr anzutreten haben.

Wir bitten die Leserinnen und Leser, die Veranstaltungstermine des IMSF und von Z für 1995 am Ende des Hefes zur Kenntnis zu nehmen und sich gleichzeitig als herzlich eingeladen anzusehen.

Monika Domke und Sabine Kebir, die auf eigenen Wunsch aus dem Redaktionsbeirat von Z ausgeschieden sind, möchten wir für ihre Beteiligung danken. Sie beklagten vor allem die aus ihrer Sicht fehlende Beschäftigung mit der Frauen- und Geschlechterfrage, deren Aufarbeitung sie Z auch nicht mehr zutrauen. Sie wollen als Autorinnen Z weiterhin verbunden bleiben. Darin sieht die Redaktion die Möglichkeit, das Gespräch mit ihnen fortzusetzen.

Zum Schluß möchten wir, penetrant wie immer, wieder die Trommel für die Gewinnung neuer Abonnements rühren, wird doch vor allem davon die langfristige Fortführung des Projektes abhängen. Aber natürlich gibt es noch weitere Möglichkeiten der Unterstützung (Geschenkabos, Bücher-tisch- und Kommissionsverkauf, Spenden u.a.), wozu auch die Nachfrage bei der einschlägigen Buchhandlung am Ort gehört, oh sie es nicht auch einmal mit Z versuchen wolle.

Lorenz Knorr

Nach fünfzig Jahren - Rückkehr zur Normalität?

Der 50. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg erinnert zugleich an die totale Kapitulation imperialistisch-faschistischer Herrschaft in Deutschland. Je nach der konträren Schwerpunktsetzung bei der Deutung des 8. Mai 1945 ergeben sich unterschiedliche Konsequenzen für die praktische Politik. Bekanntlich ist "Niederlage" in der deutsch-nationalen und rechtskonservativen Tradition stets mit "Revanche" verknüpft! Die einschneidenden Veränderungen, die der 8. Mai 1945 in Deutschland und in Europa mit Auswirkungen auf andere Kontinente mit sich brachte, bringen auch in der Bewertung der Ereignisse, die zu dieser geschichtsträchtigen Zäsur führten, divergierende Schlußfolgerungen mit sich. Widersprüchliche Deutungen, Ursachenangaben und politische Wirkungen mit Konsequenzen sind determiniert von gegensätzlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturell-ideologischen Interessen. Diese bestimmen auch den Charakter der der Öffentlichkeit vermittelten Ergebnisse solcher Beurteilungen. Der Kampf um die Deutung der Geschichte und um kulturelle Hegemonie bestimmt aktuelle politische Frontstellungen.

Selbstverständlich hewerten Antifaschisten unterschiedlicher ideologischer und sozialer Prägung den 8. Mai 1945 prinzipiell anders als aktive Mitträger der imperialistisch-faschistischen Herrschaft samt jenen, die offen oder verschleiert in der Tradition der Mitträger stehen. Wer jene Besitz- und Machtverhältnisse, die Faschismus und zwei Weltkriege hervorbrachten, überwinden will, zieht völlig andere Konsequenzen als jene, die die Nazi-herrschaft als eine Art "Betriebsunfall" erklären. Diese politische Frontstellung mag da und dort aus durchsichtigen Gründen verwischt werden; im geistig-ideologischen Bereich wirkt sie mehr denn je.

Der opferreiche Befreiungsakt brachte nicht nur die völlige Zerschlagung des Nazi-Regims im militärischen, staatlichen und machtpolitischen Bereich. Zugleich erfolgte der totale Zusammenbruch, die absolute Diskreditierung der militaristischen, rassistischen, chauvinistischen und obrigkeitstaatlichen Tradition. Diese praktizierten deutschnationale, konservative und nationalliberale Kräfte im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik - hier mit Einschränkungen infolge veränderter Machtverhältnisse -, bevor sie die Nazis zum barbarischen Exzeß steigerten. Die Unterdrückung und/oder Diffamierung emanzipatorischer Kräfte, die unkritische Übersteigerung alles Deutschen und Nationalen, geschürter Haß gegen "minderwertige" oder fremde Völker sowie aggressive Expansionspolitik kennzeichnete die Mehrheitshaltung des deutschen Bürgertums seit dem vorigen Jahrhundert. Hitlers Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933, mitgetragen von allen bürgerlichen Parteien, ist nur ein Beispiel von vielen.

Es belegt eine damals weitgehende ideologische und gesellschaftspolitische Übereinstimmung. Die politischen Träger der emanzipatorischen, antimilitaristischen und internationalistischen Tradition der Deutschen erreichten zwar beachtliche soziale und kulturelle, aber machtpolitisch nicht ausreichende Erfolge. Die gegliederte Phalanx ihrer mächtigen Kontrahenten überwog; leider nicht nur in der Geschichte! Auf die Differenzierungen in beiden Lagern ist hier nur kurz hinzuweisen.

Eine existentielle Frage, die der 8. Mai 1945 aufwarf, war - auch angesichts der bald erkannten qualitativ neuen Bedingungen des Atomzeitalters -, ob künftig der Krieg aus dem Leben der Völker durch gemeinsame Anstrengungen verbannt werden könnte. Die betroffenen Völker drängten in diese Richtung. Als Voraussetzungen erkannte man das Selbstbestimmungsrecht der Völker, demokratische Entfaltungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit. In der UNO-Charta faßte man solche Verpflichtungen zusammen.

Das politische Erbe des antifaschistischen Widerstandes und der Anti-Hitler-Koalition führte auch zu völkerrechtlichen und grundgesetzlichen Verpflichtungen der Deutschen: Das Friedensgebot, demokratischer und sozialer Staatsauftrag mit wirkungsvollen Maßnahmen gegen das Wiederaufleben von Faschismus und gegen Kriegsvorbereitungen im Grundgesetz; Dies war auch ein politischer und moralischer Auftrag, an den die schrecklichen Opfer und Verwüstungen von 1933 bis 1945 mahnten.

Die Restauration der alten kapitalistischen Besitzverhältnisse in der Alt-BRD und der an Intensität zunehmende Kalte Krieg brachten die unterschwellig weiterwirkende negative deutsche Ideologie wieder an die Oberfläche. Was am 8. Mai 1945 endgültig zerschlagen schien, beherrschte die gesellschaftliche Entwicklung der BRD zunehmend. Wieder einmal erwiesen sich die progressiven Gegenkräfte als nicht stark und nicht einig genug, um eine humane Alternative langfristig durchzusetzen. Die weltpolitische Entwicklung hemmte in der BRD eine ausreichende Einflußnahme der sozial orientierten Gruppierungen¹.

II.

Der 50. Jahrestag ist ein wichtiger Prüfungstermin: Wie werden das Erbe des antifaschistischen Widerstandes und wie die aus Krieg und bestialischer Nazi-Herrschaft erwachsenen internationalen und grundgesetzlichen Verpflichtungen realisiert oder verraten, welche Zukunftsperspektiven bietet Bonn nach der Wende von 1990?

Kaum war die DDR zu Bonner Bedingungen einverleibt und der Vertrag vom 15.3.1991 mit den Vier Mächten abgeschlossen, wurde die "volle Sou-

¹ Zur Nachkriegsgeschichte vgl. P. Altmann (Hrsg.), *Hauptsache Frieden*, Frankfurt/M. 1985. R. Badstübner, *Entstehung und Entwicklung der BRD*, Köln 1975. Zu den beiden Haupttraditionen vgl. *Reden und Schriften von A. Bebel, K. Liebknecht, Rosa Luxemburg einerseits und F. Fischer, Der Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1961, sowie ders., *Bündnis der Eliten*, Düsseldorf 1979, andererseits.

veränität" groß- und militärmachtgerecht interpretiert und praktiziert. Die expansive Kapitalstrategie der Vorwendezeit, wonach "Geld an die Stelle von Angriffswaffen getreten" ist, erhielt nun die militärische Komponente. "Die gewachsene weltpolitische Verantwortung des größer gewordenen Deutschlands", so Kohl, Schäuble, Rühe u.a., füllte zuerst die Bonner Generalität mit angemessener operativer Substanz. Nicht etwa die Politiker, nein, die Spitzenmilitärs fixierten "deutsche Sicherheits-Interessen"! Die "neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien" zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr von 1991 und 1992 enthalten völkerrechts- und grundgesetzwidrige Optionen für militärische Interventionen "out of area". Der Zugriff auf Rohstoffe und die Beherrschung der Weltmeere ist, vorsichtig umschrieben, der Kern dieser neuen Globalstrategie. Generalinspekteur Naumann, wichtigster Inspirator dieser Richtung (inzwischen designierter Vorsitzender des NATO-Militärausschusses), resümierte unzweideutig: Es gibt "nur noch zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen"². Das alte "ius ad bellum", das geächtete "Recht auf Krieg", ist auch hierzulande wieder da! Das an Putschismus grenzende Verhalten der Bonner Spitzenmilitärs unterstrichen diese selbst mit der Aufforderung an die Bundesregierung, bei Militäraktionen "verfassungsrechtliche Bedenken zurückzustellen"³. Die Bundesregierung zog keinerlei Konsequenzen; offenbar deckte sie diese putschistische Haltung!

Die CDU/CSU folgte der Generalität am 15.1.1993 mit einem (damals gescheiterten) Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes, um die Militarisierung der deutschen Außenpolitik verfassungsrechtlich abzusichern. Deutsche Kampfeinsätze sollten unter dem Dach der UNO (Modell Golfkrieg 1991), der NATO und der WEU sowie in eigener Regie möglich sein. Mit einer Politik der "normsetzenden Kraft des Faktischen" schuf die Bundesregierung vollendete Tatsachen, die den späteren Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) als nachträgliche und überfällige Anpassung an gegebene Realitäten erscheinen ließ. Die Stationierung von Luftstreitkräften an der türkisch-irakischen Grenze während des (vermeidbaren!) Golfkriegs 1991, der Einsatz in Somalia, die maritimen Aktionen in der Adria sowie die Teilnahme an Aufklärungs- und Feuerleitfunktionen über Bosnien-Herzegowina waren Schritte hin zur vollen militärischen Interventionsmöglichkeit. Drei dieser Fälle erklärte das BVerfG als Verfassungsruch. Die Medien erwähnten dies kaum; Konsequenzen gab es nicht. Verfassungsfragen sind eben Machtfragen⁴.

² Zitiert nach *Der Spiegel*, 18.1.1993.

³ Bundestagsprotokoll, 18.1.1993. Zur Entwicklung im Detail vgl. L. Knorr, *Kriegs- oder Friedenspolitik*, Frankfurt/M. 1993. D.S. Lutz, *Deutsche Soldaten weltweit?* Reinbek 1993. E. Schmähling, *Kein Feind, kein Ehr*, Köln 1994.

⁴ Vgl. F. Lassalle, *Über Verfassungswesen*, in: K.H. Peter (Hrsg.), *Reden, die die Welt bewegten*, Stuttgart 1959, S. 111ff.

Ein Skandal besonderer Dimension bleibt, daß die konservative Mehrheit des BVerfG mit dem Urteil vom 12.7.1994 die Staatsraison vor völkerrechtliche, grundgesetzliche und geschichtsbedingte Verpflichtungen stellte und für Kampfeinsätze "out of area" grünes Licht gab. Die höchsten Richter ignorierten den Art. 26 GG, der die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter Strafe stellt. Sie setzten sich über den Art. 87a GG hinweg, der deutsche Streitkräfte ausdrücklich auf Verteidigung festlegt. Mißachtet wurde der Art. 115 a, der eine parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit bei Feststellung des Verteidigungsfalles vorsieht. NATO und WEU bezeichnete das BVerfG wider alle völkerrechtlichen Realitäten als "kollektives Sicherheitssystem", obwohl diese keinen universellen Charakter haben. Den Art. 59 (2) GG legte es im obrigkeitstaatlicher Weise aus, wonach die Außenpolitik dem Primat der Exekutive folgt und eine "authentische Interpretation" bei der "Neuorientierung der NATO" parlamentarisch nicht zustimmungspflichtig sei. Einer militärisch-aggressiven Außenpolitik wurden Tür und Tor geöffnet. Die als "ius cogens" (zwingendes Recht) beschlossene UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts⁵ vom 24.10.1970 ignorierten die höchsten Richter der BRD. Diese Deklaration enthält die Maßstäbe zur Beurteilung einer friedensfördernden Politik bzw. für das, was die internationale Sicherheit untergräbt. Nach diesen Normen und Verpflichtungen trägt auch das Karlsruher Urteil vom 12.7.1994 dazu bei, den Frieden zu destabilisieren bzw. die Kriegsgefahr zu erhöhen.

Die politischen Begründungen der Bundesregierung für die militaristische Interventionspolitik sind mehrschichtig:

Erstens: Deutschland sei vom Rand der NATO in die Mitte Europas gerückt. Die "geopolitische Mittellage" mit offenen natürlichen Grenzen bringe Vorteile, aber auch neue Risiken und Verantwortungen. - Aber: Spielen im elektronischen Zeitalter geopolitische "Argumente" tatsächlich eine Rolle, falls sie nicht schon früher die Aggressionspolitik rechtfertigen sollten?

Zweitens: Nach eingeschränkter staatlicher Souveränität sei nun "Normalität" erreicht, die eine neue außen- und militärpolitische Orientierung erheische. Die "Zurückhaltung" in der "Nachkriegszeit" sei nun obsolet. - "Unnormal" ist demnach das völkerrechtliche und grundgesetzliche Friedensgebot!

Drittens: Die Bündnisverpflichtungen enthielten neben Rechten auch Pflichten: "Deutschland muß seinen Beitrag zum Frieden leisten" und darf nicht "bis zum letzten Franzosen und Engländer kämpfen". Die Zeit der "Scheckhuch-Diplomatie" sei vorbei⁶. - Sollte der "Beitrag zum Frieden"

⁵ Vgl. Völkerrecht - Dokumente, 3 Bde., Köln 1975, 3. Bd., S. 1164ff.

⁶ So W. Schäuble, Der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, sowie mit Schäuble weitgehend übereinstimmend der rechtskonservative Junghistoriker K. Weißmann, Rückruf in die Geschichte, Berlin 1993. Bei Schäuble S. 184ff., bes. S. 208 und 212/213, Das "Argu-

nicht mit friedlichen Mitteln und mit vorbeugender Konfliktregelung erfolgen? Wirkt die nun eingeleitete Praxis nicht konfliktfördernd und friedensgefährdend? Bestände nicht Anlaß, mit einer friedensstabilisierenden Politik auf die Bündnisse einzuwirken?

Viertens: Die UNO-Charta, ihrem Ursprung entsprechend auf Gewaltverbot und friedliche Streitbeilegung fixiert, wird umgedeutet. Der Sonderfall des Art. 47, der gemeinsame Militäraktionen der UNO gegen Aggressoren vorsieht, gilt nun als Regelfall.

Fünftens: Sachlich begründete Einwände gegen Interventionen "out of area" klassifiziert Schäuble als "Verweigerungshaltung", "Schein-Diskussion" und "Eskapismus". Die "Flucht aus der Verantwortung" sei gesinnungsethisch und damit "verwerflich" (S. 192ff.).

Sechstens: Der "deutsche Sonderweg" dürfe nicht wiederholt werden; dies sei eine Lehre aus der Geschichte. - Hier wird auf die Form abgehoben, wo es auf den Inhalt ankommt. Der historische "deutsche Sonderweg" war von der rigorosen Gegnerschaft zu Parolen und politischem Erbe der Großen Französischen Revolution von 1789 sowie von militärischer Aggressivität geprägt. Wenn nun umgekehrt konsequente Friedenspolitik sowie realisierte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Sonderweg gegen die NATO gerichtet würden, wer wäre dabei diskreditiert? Wer hätte Nutzen, wer Schaden?

Außenminister Kinkel beschrieb den Weg von NATO und BRD: "Gegenwärtig bewegen wir uns vom Interventionsverbot im Namen staatlicher Souveränität hin zum Interventionsgebot im Namen der Menschenwürde und humanitärer Hilfe"⁷. Nachdem die Verschleierung militärischer Aggressivität mit "Friedensschaffung" und Friedenserzwingung nicht ausreichte, um mehrheitliche Zustimmung zur neuen Kriegspolitik zu erhalten, soll Krieg - seinem Wesen nach gegen Leben und Menschenwürde gerichtet - der Humanität und der Menschenwürde dienen. Seit dem Golfkrieg 1991 und seit der Resolution 688 des US-dominierten Sicherheitsrates vom 5.4.1991 sind die G 7 dabei, das Völkerrecht an die veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisse anzupassen⁸. Vor allem Deutschland

ment", eine der stärksten Wirtschafts- und Handelsmächte bedürfe auch einer angemessenen militärischen Interventionsfähigkeit, wird z.Zt. weniger benützt. Die Übereinstimmung beider Autoren mit den Positionen der Generalität ist frappant. Rechtsextreme und neofaschistische Ideologen unterscheiden sich hinsichtlich der Argumentation über Krieg und Frieden kaum von den Aussagen dazu von Schäuble und Weißmann.

⁷ FAZ, 18.4.1993, in: Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung; Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt.

⁸ Vgl. W. Ruf in Z 15, S. 59ff. Während des Golfkriegs 1991, der das weltpolitische Signal für die erneute Legitimierung von Krieg gab, legte der US-dominierte UNO-Sicherheitsrat fest, daß "die Verletzung der Menschenrechte" im Irak die "internationale Sicherheit" gefährde, womit ein Eingreifen anderer Mächte gerechtfertigt sei!

"muß lernen, daß Gewalt in den internationalen Beziehungen - als letztes Mittel der Politik - legitim ist"⁹.

III.

Der 50. Jahrestag steht im Zeichen weiterer Versuche, die deutsche Geschichte zu "entsorgen" und in die "Normalität weltgeschichtlicher Ereignisse einzuordnen". Die politische Indienstnahme der Geschichte für die neudeutsche Globalstrategie wird ausgeweitet. Nachdem die Rechtskonservativen im "Historikerstreit" von 1986 unterlagen, planen sie nun Revanche. Wie 1986 ist ein Wechselspiel von Politik und Historiographie zu konstatieren. Der Junghistoriker K. Weißmann knüpft in seinem "Rückruf in die Geschichte"¹⁰ (I) an E. Noltes "Weltbürgerkrieg" an, in dem die Faschisten nur "eine neue Front eröffneten" (S. 89). Gegen alle bekannten Fakten hätte Hitler nicht auf den "Ausbruch" eines Weltkrieges "hingearbeitet", sondern ihn lediglich "billigend in Kauf genommen" (S. 88). "Der natürliche Drang der Germanen zur Expansion" (S. 81) gilt nicht nur historisch als Entschuldigung. Mit der "Niederlage" von 1945 wäre zwar "das nationale Sonderbewußtsein" der Deutschen "zwischen westlicher liberaler Demokratie einerseits und östlichem kollektiven Sozialismus andererseits gescheitert" (S. 26). Aber nun sei die Ungeschichtlichkeit, das "Moratorium" deutscher Zweistaatlichkeit vorbei. Nach dem Ende des Weltbürgerkriegs 1990 "gehört Politik wieder den Gesetzen geschichtlicher Existenz" (S. 115). Die "Rückkehr zur Normalität" fordere, den fehlenden "militärischen Realitätssinn" (S. 158) zu überwinden und "ein Interventionskonzept (zu) realisieren" (S. 189). Weißmann belegt zwar, daß die "Deutschen Fragen" in längeren Zeiten nicht von Einheit gekennzeichnet waren (S. 76 ff). Gleichwohl ist sein Maßstab stets die "nationale Einheit": Bismarck-Reich und Hitler-Deutschland lassen grüßen! Nationale Einheit setzt er gleich mit "Normalität" und verschweigt dabei, daß beide Fälle von Einheit mit je einem Weltkrieg endeten. Die kulturellen und geistigen Höhepunkte der Deutschen, die es ohne nationale Einheit gab, blendet er aus.

Ein anderer rechtskonservativer Junghistoriker, R. Zitelmann, eifert seinem Ziehvater Nolte ebenfalls nach. In seinem Werk "Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionäres" (Stuttgart 1991) läßt er "den Nationalsozialismus selbst zu Wort kommen". Gewaltverbrechen und Opfer der "sozialen Revolution" und der "Modernisierung" Hitlers verschweigt Zitelmann.

⁹ J. Thies, Perspektiven deutscher Außenpolitik, in: R. Zitelmann/K. Weißmann, Westbindung, Berlin 1993, S. 527.

¹⁰ A.a.O. Weißmann ist kein Einzelgänger. Auch G. Rohrmoser diagnostiziert in: Der Ernstfall, Die Krise unserer liberalen Republik, Berlin 1994, einen "Zusammenbruch der ideologischen Weltbilder", nämlich des Sozialismus und Liberalismus. Allerdings analysiert er korrekter als Weißmann und ist auch in seinen Schlußfolgerungen vorsichtiger.

Alle rechtskonservativen Geschichtsdeutungen verwischen den Zusammenhang vom 30.1.1993 und dem 8.5.1945; die Singularität der barbarischen Exzesse wird geleugnet. Die Geschichte wird rückwirkend umgedeutet, um eine kontinuierliche deutsche Entwicklung von Bismarck bis Kohl mit relativierten Nazi-Verbrechen vorzutauschen. Die Mitverantwortung des deutschen Großbürgertums an Faschismus und Weltkriegen wird entgegen der historischen Faktizität vernebelt, die gegenwärtige skrupellose Machtpolitik gerechtfertigt. Mit viel Mystik verwischt man historische Realitäten.

Schäuble erkennt den 8. Mai 1945 als "Niederlage" (S. 15, 188 u.a.). Mit faschistischen Gewaltverbrechen hält er sich nicht auf; eine kurze verbale Distanzierung genügt ihm. Was ihn eint mit den rechtskonservativen Junghistorikern bei der Geschichtsklitterung ist, daß man die geschichtsprägenden sozialen Widersprüche in der historischen und nun wieder angestrebten "nationalen Schicksals- und Wertegemeinschaft" leugnet oder marginalisiert. Das "Nationale" als "verlorene Kontinuität" sei ebenso wiederherzustellen wie die "nationale Identität", um auch mental "die Einheit (zu) vollenden". So wird - bei Schäuble eingebettet in die Europäische Union - ein Nationalismus propagiert, dessen historisch erwiesene Katastrophenträchtigkeit unerwähnt bleibt. Der Geschichtsrevisionismus dient auch dazu, die Öffentlichkeit auf die neue Großmachtpolitik einzuschwören und sich so "der Zukunft zuzuwenden" (Schäuble).

IV.

Was der auch auf Wahlergebnisse fixierte Politiker nicht ausspricht, darf der Wissenschaftler. Was man im Namen des "Pluralismus" dulde, hat nichts "mit dem Ethos der Nation zu tun" (Weißmann, S. 192). Die Konsequenzen der Wende lägen "in der Aufhebung jener Weltanschauungen, die das 20. Jahrhundert bestimmten" (S. 72). Gemeint sind die "illusionären Weltanschauungen", die den "Weltbürgerkrieg" determinierten: der amerikanische Liberalismus und der sowjetisch geprägte Sozialismus (S. 186). Zwar sind Liberalismus und Sozialismus europäischen Ursprungs und älter als der (nach Nolte) 1917 begonnene Weltbürgerkrieg. Das aber ficht den Historiker nicht an. Der "utopische Charakter" der gesellschaftlichen Zukunftsentwürfe mit einer "vernünftigen Ordnung der Gleichheit, des Friedens und der Gerechtigkeit" (S. 73) sei erwiesen und mit dem "Ende der Utopien" überholt. "An die Stelle der doch deutlich unterscheidbaren Schlachten und Kriegszüge, der Taten einzelner Herrscher, der Ideen großer Geister oder Demagogen traten nun die politisierten Massen, die Weltanschauungen und ideologischen Imperien" (S. 72), wird zu den "utopischen Weltanschauungen" ausgeführt. Alles, was mit Humanismus, Aufklärung, dem Erbe von 1789, der Volkssouveränität und den Errungenschaften der Arbeiterbewegung zusammenhängt, sei nun zu tilgen! Der wiederholte Bezug auf das Bismarck-Reich (in dem ein 12 Jahre dauerndes

Sozialistengesetz den Charakter von Macht-Staat und "nationaler Einheit" belegt) enthüllt die Ziele ebenso wie die Betonung der "Ideen von 1914". Zwar sei "noch nicht die Zeit der Programme" (S. 193). Aber das Gebotene genügt. "Die grundlegende intellektuelle und moralische Erneuerung" (S. 191) reicht weit hinaus über Kohls erste Regierungserklärung vom 17.10.1982.

Bundeskanzler Kohl wird den bevorstehenden 8. Mai als "Tag der Befreiung" feiern im Unterschied zu seiner früheren Position "Niederlage". Taktische Anpassung an internationale Bedingungen erleichtern deutsches Hegemoniestreben. Gleichwohl wird Kohl wie am 8. Mai 1985 in Bitburg und danach in Bergen-Belsen "die" Toten ehren: gleich ob Opfer oder Täter! Deutsche Machtpolitik nach Hitler nötig zu wendigen Manövern, um gesetzte Ziele zu erreichen.

JÖRG HUFFSCHMID

WEM GEHÖRT EUROPA

BAND 1

WIRTSCHAFTSPOLITIK
IN DER EG

Jörg Huffs Schmid
Wem gehört Europa?

Band 1:
Wirtschaftspolitik in der EG
Die Geschichte der europäischen
Integration von der Montanunion
bis zum Maastrichter Vertrag.
189 Seiten, DM 28,80

Band 2:
Kapitalstrategien in Europa
Eine Analyse marktbeherrschender
Führungskonzerne in den drei
Sektoren: Automobilindustrie,
Telekommunikation und Finanz-
dienstleistungen.
245 Seiten, DM 32,80

DISTEL VERLAG
Sonnengasse 11 · 74072 Heilbronn

Hermann Klenner

Demokratiedefizite

In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft sind alle sozialistischen Bewegungen aus Emanzipationsinteressen derer entstanden, die innerhalb der sozialen Abhängigkeitsverhältnisse zu den Dominierten gehörten. Deren Freiheitsforderungen und Befreiungshandlungen zielten nicht auf eine Umkehrung der existenten Herrschaft/Knechtschaft-Struktur der Gesellschaft, sondern auf die Beseitigung jedweder Herrschaft/Knechtschaft-Verhältnisse. In Demokratie-Begriffen gesprochen: auf die Identität von Regierenden und Regierten. In der Feuerbach/Marx-Version lautete der kategorische Imperativ: alle Verhältnisse zu revolutionieren, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist.¹

Spätestens seit Gerrard Winstanley waren viele Sozialisten ferner der Auffassung, daß Herrschaft wie Knechtschaft in drei unterscheidbaren Formen existiere, nämlich in a) politischen, b) geistigen und c) ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, wobei der politischen Unterdrückung ebenso wie der geistigen Verkümmern die ökonomische Unterwerfung zugrunde liege². Daher überschreite eine sich auf die politischen Freiheits- und Gleichheitsrechte beschränkende Demokratiekonzeption den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht. Sie führe im wesentlichen zu einer Partizipation an Ausbeutungs- und Verdummungsprozessen. Eine ihren Namen auch verdienende sozialistische Theorie und Bewegung ziele hingegen auf Vergesellschaftung, d.h. Demokratisierung nicht nur des Staates, sondern auch des Eigentums an den Produktionsmitteln und den Medien. Die Macht der Ohnmächtigen entfalte sich in dem Maß, in dem sie sich als Gegenmacht gegen die Macht derjenigen in der Gesellschaft begreift und organisiert, die die Produktionsmittel, die Medien und den Staat zu ihrer Beute gemacht haben.

Auch wenn Marx die für die bürgerliche Gesellschaft - im Unterschied zur feudalen - kennzeichnende Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz (aequalitas juris) als unverzichtbaren Fortschritt im Selbstbefreiungsprozeß der Menschheit betrachtete, so bat er sie eben nur als eine partielle Emanzipation charakterisiert, die zu einer universellen Emanzipation ausgeweitet werden müsse. "Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie", heißt es bei Rosa

¹ Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Bd I/2, Berlin 1982, S. 177.

² MEGA, Bd I/22, Berlin 1978, S. 365; vgl. Joachim Perels, Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988, S. 228 ff.: "Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung".

Luxemburg in ihrem berühmten Manuskript zur russischen Revolution³, "wir enthüllen stets den herben Kera der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit - nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen."

Es ist jedoch kaum zu leugnen, daß viele im Gefolge von Marx Denkende und Handelnde von den als "formal" doch auch diskreditierten Prinzipien bürgerlicher Demokratie angenommen haben, diese könnten durch Konfliktreduktionen, ermöglicht durch größere soziale Gleichheit, oder durch Steuerung von oben weitgehend erübrigt werden. Von anderen Formen der Herrschaft, vor allem der des Mannes über die Frau, der einen Nation über andere Nationen sowie des Menschen über die Natur erwartete man voreilig, daß sie eine mehr bis minder automatische Folgeerscheinung der Aufhebung des privatisierten Produktionsmitteleigentums seien. Überdies hat Marx mit der Überlebenskraft der hürgerlichen Gesellschaft seiner Zeit auch deren Fortschrittpotenzen sowie den Stellenwert der politischen Bürgerrechte in ihr (MEW 6/243: "Formenspiel nannte man gesetzlichen Fortschritt") ebenso unterschätzt wie die Bedeutung von Strukturen und Prozeduren, etwa der Gerichtsförmigkeit staatlicher Eingriffe in Leben und Eigentum oder der Gewaltenteilung (MEW 7/498: Die Trennung der Gewalten ist "Verfassungsunsinn (...). Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen"). Auch hat er in seinen kritischen Analysen der Produktionsweise des materiellen Lebens mit dem Einfluß der geistigen auch den der juristischen Lebensprozesse zwar nicht gelehnet, aber eben marginalisiert. Damit hat er rechts nihilistischen Betrachtungs- und Handlungsweisen Vorschub geleistet, die sich dann unter Dogmatikern in der Theorie und Diktatoren in der Praxis mit verheerenden Folgen ausgewirkt haben. Wenn etwas aus der Implosion der Sozialismus-Versuche seit 1917 gelernt zu werden verdient - obwohl ja, wie Hegel wußte und Lenin kommentierte⁴, "Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt (...) haben" -, dann ist es die Einsicht, daß es keine realen Rechte ohne auch formale Rechte gibt, wie auch kein Selbstbestimmungsrecht des Volkes ohne ein Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Menschen. Ein emanzipiertes Gemeinwesen setzt emanzipierte Individuen voraus. Freilich gilt auch das Umgekehrte...

Worum es gegenwärtig allerdings geht, ist ein Nachdenken über die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen von Demokratie unter den Bedingungen einer kapitalistischen Weltwirtschaft und Weltherrschaft. Dabei handelt es sich nicht um den von Humboldt unter ganz anderen Bedingungen

³ Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd 4, Berlin 1974, S. 363; vgl. Jürgen Seifert, *Kampf um Verfassungspositionen*, Köln 1974, S. 42 ff.: "Rosa Luxemburgs Beitrag zu einer Theorie sozialistischer Rechtspolitik".

⁴ Hegel, *Werke* (Suhrkamp), Bd 12, Frankfurt/M. 1986, S. 17; Lenin, *Werke*, Bd. 38, Berlin 1965, S. 297.

gepriesenen (und heute schwerlich wiederzubelebenden) Verfassungsenthusiasmus, auch nicht um ein Hinnehmen seiner Feststellung, daß ein Herrschaftsgebäude nicht bloß den Herrscher erfreut, sondern auch die dienenden Teile bei dem Gedanken erhebt, Glieder eines Ganzen zu sein.⁵ Vielmehr geht es zunächst um die schlichte Relation von Verfassung und Demokratie. Als Roman Herzog noch Präsident des Bundesverfassungsgerichts war, jener Institution also, die Helmut Ridder in dem intelligenzintensivsten Zwiegespräch eines Öffentlichrechtlers des vergangenen Jahres als "Inkarnation des Monarchen" und zugleich als "das deutsche Idealbild einer Permanenten Großen Koalition Aller Staatstragenden Parteien" bezeichnet hat⁶, behauptete er in einer Urteilsexegese, daß nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verfassungsmäßige Legalität zugleich demokratische Legitimität bedeute.⁷ Hier ist eine konzeptionelle Verfassungshypertrophie am Werk: Wenn von einem Staatsorgan, das sich für den Hüter der Verfassung hält, diese sich angeblich selbst legitimierende Verfassung das Maß auch der Demokratie ist (und nicht diese das Maß jener), dann läuft das auf eine nachträgliche Leugnung des *pouvoir constituant*, also jener Gewalt hinaus, die im Unterschied zu den *pouvoirs constitués* (die ihr Dasein und ihre Zuständigkeiten von der konstituierenden Gewalt ableiten müssen) stets beim Volk bleibt. Die terminologisch auf Sieyes, der Sache nach auf Rousseau zurückgehende Fundamentalunterscheidung zwischen der verfassungsgebenden und der verfassungsmäßigen Gewalt, beläßt dem Volke, was des Volkes ist. Mit den Worten Rousseaus⁸: Das Volk ist jederzeit berechtigt, seine Verfassung zu ändern, selbst wenn es die beste ist; denn, will das Volk sich selbst schaden, wer hat, es daran zu hindern, das Recht?

Zwischen der Volkssouveränität und den von ihr abgeleiteten Staatsgewalten zu differenzieren, gehört aber zu den Grundlagen einer ihres Namens auch werten Demokratietheorie. Darüber waren sich auch die sogenannten Väter und Mütter des Grundgesetzes im klaren. Sie haben nämlich ungeachtet ihrer Auffassung von einem harten Kern dieses Grundgesetzes, d.h. von einem Normenbestand, dessen Änderung für absolut unzulässig erklärt wurde (Art 79 III: betrifft die bundesstaatliche Gliederung, die Menschenwürde, die Menschen- und Grundrechte, das Demokratiegebot, die Rechtsstaatlichkeit, die Sozialstaatlichkeit sowie das Widerstandsrecht), die Gesamtheit aller Grundgesetznormen (einschließlich der jeder Änderung entzogenen!) für den Tag zur Disposition gestellt, "an dem eine

⁵ Wilhelm von Humboldt, *Menschenbildung und Staatsverfassung. Texte zur Rechtsphilosophie*, Freiburg/Berlin 1994, S. 21 ("Enthusiasmus für die Konstitution"); S. 212 ("ein Gebäude freut nicht bloß den Herrscher ...").

⁶ Helmut Ridder, "Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge", in: *Konkret*, 1994, Heft 10, S. 41; Heft 11, S. 37.

⁷ Roman Herzog, *Staat und Recht im Wandel*, Goldbach 1993, S. 153.

⁸ Jean-Jacques Rousseau, *Du contrat social* (1762), Paris 1966, S. 90 (2/12); Egon Zweig, *Die Lehre vom pouvoir constituant*, Tübingen 1909.

Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist" (so: Art. 146 GG). Das geschah gewiß nicht nur, weil das Grundgesetz auf Befehl der Besatzungsmächte zustande gekommen und zu keiner Zeit dem Volk zur Abstimmung vorgelegt worden war. Daß die vier staatstragenden Parteien Deutschlands sich nach der wie immer erfolgten Herstellung eines die alte BRD und die gewesene DDR zu einer neuen BRD vereinigenden Staates sich der "freien Entscheidung" des deutschen Volkes verweigern und das Verfassungsprovisorium, das das Grundgesetz nun einmal darstellt, nicht zu einer demokratisch legitimierten Verfassung werden lassen, ist in der Form eines Grundgesetzbruches ein Demokratieverzicht derer, die den Staat zu ihrer Beute gemacht haben und nicht wieder dem Souverän herausgeben wollen⁹.

Vor allem aber büßt eine ihre Selbstlegitimation beanspruchende und damit sich auch die Demokratie subordinierende Verfassung weitgehend die Fähigkeit ein, die Widersprüche in der Welt von heute demokratiegemäß zu reflektieren und zu kanalisieren. Statt als Legalisierung von Verhaltensmöglichkeiten des Volkes dient dann das Grundgesetz als Legitimationsfassade für die Handlungstatsächlichkeiten der sog. politischen Klasse. Statt tendenzieller Identität von Regierenden und Regierten - deren weiteres Auseinanderklaffen. Als ob nicht im Ergebnis gewollter oder jedenfalls hingenommener Verletzungen des grundgesetzlichen Gleichheitsgebotes und des Eigentumschutzes (Art. 3,14) Leib und Seele der ostdeutschen Gesellschaft geprägt wären von Massenarbeitslosigkeit, Grundstücksenteignungen, Bauernlegen, Abwicklungen in Wissenschaft und Kultur, Kriminalitätsexplosion, Renteustrafrecht, Berufsverboten, Frauen- und Fremdiskriminierungen in bisher ungekanntem Ausmaß. Das grundgesetzlich normierte (Art. 103 II) Rückwirkungsverbot von Strafgesetzen (StGB § 1) wird durch Strafgerichte via eines seit Jahrzehnten aus der Mode gekommenen Naturrechts ausgehebelt. Charakterwäsche mittels der rechtsstaatlich verbrämten Dreifaltigkeit von Beten, Beichten, Büßen als Unterdrückungsinstrument. Vergangenheitsbewältigung als Vergangenheitsvergewaltigung. Der einst zwischenstaatliche Kalte Krieg scheint in einen innerstaatlichen Kalten Krieg transformiert worden zu sein.

Man sage nicht, die voranstehend nur allzu summarisch genannten Vorgänge gingen nur die Ostdeutschen an. Flächendeckende Verletzungen des Gleichheitsprinzips (Art. 33 GG) deformieren die Begünstigten nicht weniger als die Benachteiligten, auch wenn jene das im Zweifel später merken als diese. Und könnte es nicht sein, daß die ohnehin für das Grundgesetz charakteristische Diskrepanz zwischen seinen rechtsstaatlichen und seinen sozialstaatlichen Elementen für ganz Deutschland noch vergrößert wird, nachdem man erfolgreich das Gleichheitsgebot im Osten verletzt

⁹ Vgl. Christian Pestalozza, "Neues Deutschland - in bester Verfassung?", in: Jura 16 (1994) 561-577, im Gegensatz zu Rupert Scholz, "Die gemeinsame Verfassungskommission", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24.12.1993, S. 3-5, 49-54.

hat? Die vor Jahrzehnten schon vorgetragene Forderung nach einem schlanken Staat - Forsthoff, im Mai 1955 vor der Jahreshauptversammlung Selbständiger Unternehmer: wir haben zuviel Staat in der durch ein problematisches Gleichheitsstreben ausgeweiteten Verwaltung, wir haben zu wenig Staat in allem, was die Behauptung unserer äußeren und inneren Sicherheit und Ordnung betrifft¹⁰ - feiert jedenfalls jetzt ihre wohlorganisierte Konjunktur. Sozialabbau wird als Sozialumbau verkauft. Mehr Markt als mehr Demokratie. Rechts-Staat als Rechtsstaat. Und dabei war doch die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes (Art 14 II, 20 I, 28), nachdem ihre Verharmlosung als angeblich "substanzloser Blankettbegriff" ebenso gescheitert war wie ihre Funktionszuweisung als bloße "Bändigung des sozialen Konflikts im sozialen Kontakt"¹¹ von Wolfgang Abendroth zutreffend als Eingeständnis gedeutet worden, daß der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der liberal-kapitalistischen Sozialordnung aufgehoben sei und diese daher aufgehört habe, für den Staat eine Gegebenheit zu sein, mit der er sich abfinden müsse; vielmehr sei die Wirtschaftsordnung im Rahmen von GG-Artikel 14 und 15 zur Disposition der Gesellschaft gestellt, d.h. zur Disposition der Demokratie.¹² Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes als eine Alimentierungspflicht des Staates für Hungernde zu interpretieren, heißt sie auf das Niveau des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794 zurechtzustutzen, in dem es bereits hieß, daß es dem Staate zukomme, "für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen (...) können" (II,19,1). Insofern hat die Treuhänder genannte bundesunmittelbare Staatsanstalt, die mit Tausenden hochhonorierter Angestellter Hunderttausende ins soziale Abseits gejagt und ganze Regionen deindustrialisiert hat, das genaue Gegenteil von dem getan, was laut Grundgesetz ihr und der Regierung Aufgabe gewesen wäre.

Es war auch ein Menetekel, daß die erste Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland der an die Substanz gehenden *Einschränkung* eines auch von den Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechts galt, dem Recht politisch Verfolgter, Asyl zu suchen und zu genießen (Art. 16 II GG; Art 14 I der Allgemeinen UN-Menschenrechtserklärung von 1948). Gemessen an der Völkerrechtsordnung der Gegenwart (die allerdings ihrerseits das Selbstbestimmungsrecht der Völker mehr verbal als real anerkennt) zeigt sich das allergrößte Demokratiedefizit in der Rechts- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland an der Kluft zwischen den vom Grundgesetz (Art 1 II) genannten *Menschenrechten* und

¹⁰ E. Forsthoff, *Selbständigkeit und Staat*, Bonn 1955, S. 38.

¹¹ Ernst R. Huber, "Rechtsstaat und Sozialstaat in der modernen Industriegesellschaft", in: Ernst Forsthoff (ed.), *Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit*, Darmstadt 1968, S. 604f.

¹² Wolfgang Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied/Berlin, 1967, S. 114, 116.

den in Art 2 - 17 aufgelisteten Grundrechten.¹⁵ Nur an letztere sind Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht gebunden (Art 1 III GG), während sich zu den Menschen das deutsche Volk "bekannt". Da nach dem Verhaltensstandard der Vereinten Nationen die Menschenrechte in ihrer Einheit von staatsbürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten unteilbar sind, einander bedingen und einen Sinnzusammenhang bilden (wie es im Art. 5 des Schlußdokuments der Zweiten UNO-Weltkonferenz über die Menschenrechte vom 25. Juni 1993 heißt), während sich die Grundrechte des bundesdeutschen Grundgesetzes auf die bürgerlichen und politischen Rechte beschränken, gibt es in diesem fundamentalen Demokratiebereich - wir erinnern uns: das Selbstbestimmungsrecht der Individuen und das des Volkes bedingen einander! - ein erstaunliches Defizit auf Seiten der Deutschen. Da der Menschenrechtsstandard der Vereinten Nationen in Gestalt eines Doppelkatalogs, enthalten im "Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" und des "Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte" seit Januar bzw. März 1976 auch für die Bundesrepublik in Kraft ist¹⁴, widerspricht also deren Grundrechtsordnung der Menschenrechtsordnung der Vereinten Nationen. Zyniker würden sagen: das Volk hat sich zu Menschenrechten zu bekennen, der Staat braucht sich nur an die Grundrechte zu halten. Am Beispiel: Der bundesdeutsche Staat garantiert jedem Deutschen das Recht auf freie Wahl eines Arbeitsplatzes (Art. 12 GG) - sofern er ihn findet -, die Vereinten Nationen halten darüber hinaus das Recht jedes einzelnen, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte Arbeit zu verdienen, also das Recht auf Arbeit, für ein Menschenrecht (Art. 6 des UN-Sozialpakts).

Das limitierte Demokratieverständnis des Grundgesetzes zeigt sich aber auch auf dem klassischen Feld des Rechtsstaates.¹⁵ Das plebiszitäre Defizit, das heißt die Reduktion der Bürgergesamtheit auf ein Wahlvolk, die Nichtregelung eines Bürgerbegehrens und eines Bürgerentscheids, verbunden mit dem Mißbrauch des Bundesverfassungsgerichts als eines nur durch die staatlich alimentierten Herrschaftsparteien erwählten Organs zur Letztentscheidung, bedeutet einen Ausschluß des Volkes von den ihm originär zustehenden Souveränitätsrechten.

Freilich: Demokratie ist kein Zustand, erst recht kein bloßer Grundgesetzartikel. Demokratie ist ein Prozeß, das Resultat einer Bewegung. Wenn die Unfähigkeit der offiziellen Regierung, zu regieren, noch übertroffen wird von der Unfähigkeit der offiziellen Opposition, zu opponieren, dann ist Rechtsentwicklung von unten, das Volk selbst ist dann gefragt.

¹³ Vgl. zum Folgenden die in der Anhangsbibliographie genannten Beiträge des Autors.

¹⁴ Vgl. Christian Tomoschat (ed.), *Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente*, Bonn 1992, S. 31-65.

¹⁵ Vgl. zum Folgenden Werner Maihofer, in: *Handbuch des Verfassungsrechts*, Berlin 1994, S. 1699-1723, sowie die in der Anhangsbibliographie unter Nr. 4, 6, 9 und 17 genannten Publikationen.

Kein anderer als Wolfgang Abendroth mahnte daher¹⁶, das Widerstandsrecht als oberstes Grundrecht unseres Grundrechtssystems in Erinnerung zu halten. Die der herrschenden Meinung verpflichteten Kommentare zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland deuten Art 20 IV GG freilich anders.

Bibliographie

Wolfgang Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied 1967, 578 S.

Ernst Benda/W. Maihofer/H.-J. Vogel (ed.), *Handbuch des Verfassungsrechts*, Berlin 1994, 1771 S.

Thomas Blanke, "Das Dilemma der verfassungspolitischen Diskussion der Linken", in: Hubert Rottleuthner (ed.), *Probleme der marxistischen Rechtstheorie*, Frankfurt/M. 1975, S. 419 - 483.

Blickpunkt Verfassung (ed.: PDS/Linke Liste im Bundestag), Bonn 1992, 141 S.

Johan Galtung, *Menschenrechte - anders gesehen*, Frankfurt am Main 1994, 235 S.

Vom Grundgesetz zur deutschen Verfassung (ed.: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder), Köln 1991, 205 S.

Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, 492 S.

Wilhelm v. Humboldt, *Menschenbild und Staatsverfassung*, Freiburg/Berlin 1994, 403 S.

Hermann Klenner, "Verfassung statt Grundgesetz", in: *Verfassung statt Grundgesetz* (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, Nr. 18), Bonn 1991, S. 21 - 40.

Hermann Klenner, "Von der Pflicht zur Gesetzgebung im Rechtsstaat", in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 75 (1992) 275 - 283.

Hermann Klenner, "Menschenrechte versus Grundrechte, Grundrechte versus Menschenrechte?", in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 4 (1993), Nr. 5, S. 78-85.

Hermann Klenner, "Der innere Frieden und die Menschenrechte", in: Oskar Negt (ed.), *Die zweite Gesellschaftsreform*, Göttingen 1994, S. 179-184.

Hermann Klenner, "Gerechtigkeitstheorien in Vergangenheit und Gegenwart", in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 36 (1994) Nr. 1, S. 3-21.

Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack (ed.), *Verfassung, Sensbachtal* 1991, 491 S.

Eugen Paschukanis, *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Freiburg/Berlin 1991, 365 S. (mit Bibliographie zur marxistischen Rechtstheorie).

Joachim Perels, *Demokratie und soziale Emanzipation. Beiträge zur Verfassungstheorie*, Hamburg 1988, 240 S.

Ulrich K. Preuß, *Revolution, Fortschritt und Verfassung*, Frankfurt/M. 1994, 192 S.

Helmut Ridder, "Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge", in: *Konkret* 1994, Heft 10, S. 38-43, Heft 11, S. 35-42.

Peter Römer (ed.), *Der Kampf um das Grundgesetz*, Frankfurt/M. 1977, 265 S.

Jürgen Seifert, *Kampf um Verfassungspositionen*, Köln 1984.

¹⁶ Wolfgang Abendroth, "Über den Zusammenhang von Grundrechtssystem und Demokratie", in: J. Perels (ed.), *Grundrechte als Fundament der Demokratie*, Frankfurt/M. 1979, S. 262.

Hans-Jürgen Bieling

An der Schwelle zur "autoritär-produktivistischen Demokratie"?

Klassen - Macht - Politik: Krise der politischen Institutionen?

"Die neue Realität ist von einer historisch beispiellos massiven Asymmetrie zwischen der internationalen Mobilität und Organisation des Kapitals einerseits sowie der Zerstückelung und Segmentierung der Arbeit andererseits bestimmt. Die weltweite Verbreitung des Kapitalismus hat nicht dazu geführt, daß sich die Reihen des Widerstands schließen, sie sind vielmehr zersprengt und zerschlagen worden".

Anderson 1993: 155

1. "Unübersichtlichkeit", Komplexitätssteigerung und gesellschaftlicher Umbruch

Empirisch-deskriptiv sind die politischen Krisenprozesse mittlerweile hinlänglich dokumentiert. Die Welle politischer Skandale, Mitgliederverluste, Wahlabstinenz, die neuen sozialen, aber auch das Aufkommen des rechts-populistischen Bewegungen zeigen imübersehbar die Erosion der etablierten politischen Großorganisationen an. Schlagwörter wie Politikverdrossenheit, Staatsversagen und Unregierbarkeit sind in aller Munde. Da sich die Sozialwissenschaften geradezu begierig auf dieses Phänomen stürzten, besteht an neueren Publikationen, die sich mit der Krise der Politik befassen, wahrlich kein Mangel. Der Tenor der meisten Betrachtungen: Das Politische diffundiert, d.h. wandert aus den vormals anerkannten Institutionen aus, artikuliert sich jenseits von Staat und Ökonomie, zumeist in zivilgesellschaftlichen Sphären. Zugleich signalisieren die neuartigen Erscheinungsformen der Politik eine verringerte Gestaltungsfähigkeit der tradierten Institutionen. Deun Individualisierungsschübe, pluralisierte Machtbeziehungen, komplexere Interessenkonstellationen und neue Fortschrittskonflikte scheinen in Form der "Subpolitik" (Beck 1993) den etablierten politischen Rahmen aufzusprengen.

Je nach Fragestellung beleuchten die diversen Schriften dabei unterschiedliche Aspekte. Entweder geht es um das System der politischen Repräsentation - Stichwort: "Legitimationsdebatte" -, die Verschiebungen innerhalb des Komplexes der Staatsapparate - d.h. Gesetzgebung, Exekutive, Rechtsprechung, Verwaltung, politische Organisationen und Medien - oder um die Veränderung der staatlichen Interventionsformen, die sich in den Diskussionen über die politische Steuerbarkeit bzw. Steuerungsfähigkeit niederschlagen (z.B. Willeke 1992; Scharpf 1991). Obwohl die meisten Analysen und Überlegungen durchaus interessant und facettenreich sind, bleiben sie - in unterschiedlichem Maße - unbefriedigend: Zum Teil zerrinnt den zumeist essayistisch angebauchten modernisierungs- und demokratietheo-

retischen Argumentationen der Gegenstand zwischen den Fingern; die Neigung zu abstrakten, konstruktivistischen oder deskriptiven Reflexionen gründet sich nur selten auf realgesellschaftliche Analysen; über Qualität und Charakter des politischen Formwandels ist man sich keineswegs im klaren und zudem uneins. Desweiteren werden die verschiedenen Dimensionen der institutionellen Transformation - die Formen der Repräsentation, Staatsreorganisation und Stenerung - nicht systematisch als einzelne, gleichwohl zusammenhängende Momente des veränderten Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Gesellschaft untersucht; nur wenigen Autoren kommt es in den Sinn, den Formwandel des Politischen im Kontext des kapitalistischen Formationswandels zu bestimmen. Und letztlich bleibt auch häufig unberücksichtigt, daß sich der ökonomische, soziale und politisch-institutionelle Wandel stets über die Handlungen gesellschaftlicher und politischer Akteure vollzieht, deren politisch-ideologische Strategien und Projekte nur in dem Maße erfolgreich sein können, wie sie sich auf ein hinreichend großes Machtpotential stützen.

Selbstverständlich ist eine derart umfassende und systematische Darstellung in diesem Rahmen nicht zu leisten. Nachfolgend wird daher der Versuch unternommen, innerhalb einer beuristischen Skizze wenigstens anzudeuten, wie sich die dominanten gesellschaftlichen Tendenzen artikulieren, miteinander verknüpfen und ungeachtet aller Bruchstellen die Konturen eines neuen strategisch-hegemonialen Projekts aufscheimen lassen. Hierzu erfolgt eine erste Annäherung über die Verlagerung gesellschaftlicher Diskurse. Danach werden kurz deren materielle Grundlagen - die Umbrüche im sozio-ökonomischen Reproduktionsmodus - erörtert, um anschließend einige der zentralen Veränderungen der politischen Regulationsweise zu umreißen. In Ermangelung eines besseren Begriffs wird die Richtung, in die sich die Transformation des politisch-institutionellen Systems bewegt, zunächst einmal als "autoritär-produktivistische" Demokratie bezeichnet.

2. Verlagerung der gesellschaftlichen Diskurse und Orientierungen

Analytisch lassen sich explizit auf den Staat und das politische System gerichtete von weiter gefaßten, allgemeinen gesellschaftlichen Diskursen unterscheiden. Während erstere sich primär auf Fragen der politischen Steuerung und Regulierung, der inneren und äußeren Sicherheit sowie der demokratischen Partizipation über Parteien, Parlamente etc. konzentrieren (z.B. der übliche Diskurs über "Politikverdrossenheit"), thematisieren die Alltagsdiskurse, sofern sie sich nicht allein mit Fragen von Kultur und Konsum befassen, soziale Ordnungskriterien und den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung. Letztlich sind sie damit nicht nur ebenso politisch wie der enge institutionenfixierte Diskurs; mehr noch: Dieser muß, sofern er die veränderten gesellschaftlichen Grundlagen ausblendet, zwangsläufig borniert bleiben.

Sicherlich können Diskurse den sozialen Klassen nicht eindeutig zugeordnet werden, da der Raum der öffentlichen und privaten Kommunikation Klassengrenzen fortwährend überschreitet. Andersherum bedeutet dies jedoch nicht, daß sich die Diskurse klassenunspezifisch formieren. Als Ausdruck unterschiedlicher materieller Reproduktionsbedürfnisse artikulieren sich in den Diskursen neben regionalen, nationalen, europäischen oder auch geschlechtlichen Einflüssen nicht zuletzt auch stets klassenspezifische Dispositionen. Grob vereinfacht und schematisch lassen sich in den dominanten Diskursen folgende Verschiebungen ausmachen:

1. Im Diskurs der "Bourgeoisie" treten deutlicher als zuvor elitäre und offen machtpolitische Züge hervor. Begriffe wie Führung, Effizienz und Durchsetzungsfähigkeit feiern fröhliche Urstände. Die Arroganz der Macht (für die USA vgl. Lasch 1994) ist geradezu handgreiflich: sowohl in Fragen des weltmarktorientierten Wettbewerbs als auch in denen der innergesellschaftlichen und internationalen Neuordnung. Der bürgerliche Diskurs hat die "Definitionsmacht" des Weltmarkts (Narr/Schubert 1994: 208) derart ins Zentrum geschoben, daß ihr die anderen politischen Aufgaben nur mehr nachgelagert sind und funktional auf den Kampf um Weltmarktanteile redefiniert werden. Während Innovation, Leistungsfähigkeit, Exportorientierung, monetäre Stabilität und Deregulierung stärker als in den vorangegangenen Jahrzehnten zu den alles beherrschenden Leitmaximen avancieren, werden Fragen des sozialen Ausgleichs und der gesellschaftlichen Integration als antiquiert und politikunfähig erachtet; der soziale Konsens muß in Anbetracht der vermeintlichen "Sachzwänge" kaum mehr aktiv hergestellt und materiell unterfüttert werden. Mit einer weitgehenden Entlastung von Staat und Politik hat dies jedoch wenig zu tun. So verlangt die Weltmarktkonkurrenz einerseits verstärkte industriepolitische und infrastrukturelle Vorleistungen, und andererseits zeigen sich die Eliten in dem veränderten weltpolitischen Umfeld bestrebt, die staatlichen Handlungsspielräume durch die Neubestimmung nationaler Interessen offensiv machtpolitisch zu erweitern.

2. Ist bereits der Diskurs der Bourgeoisie keineswegs geschlossen, so ist der "Mittelklassen"-Diskurs noch weniger kohärent. Das Streben nach schnellem Reichtum, die Befürwortung von Marktfreiheiten, der Einsatz von Ellenbogen und Konkurrenzkampf sind hier ebenso vorhanden wie Gerechtigkeitsprinzipien und das Verlangen nach sozialer Integration durch sozialstaatliche Absicherungen. Dennoch sind auch hier neue Akzentsetzungen offensichtlich: Waren die alten Mittelklassen - Bauern, gewerblicher Mittelstand - schon traditionell gegen umfassende sozialstaatliche Leistungen eingestellt, so gilt dies heute zunehmend auch für die neuen Mittelklassen. Angesichts der Schließung des sozialen Raums - d.h. beschränkten Aufstiegsmöglichkeiten über die öffentlichen Institutionen - haben sich bei ihnen unübersehbar anti-egalitäre und wettbewerbsfixierte Diskurse in den Vordergrund geschoben. Sich außerhalb des Klassenkampfes wählend, etablierte sich in großen Teilen der Mittelklassen eine

moralische Empfindungslosigkeit; gegenüber der sozialen Polarisierung und Ausgrenzung zeigen sie sich zusehends blind und taub. Der Siegeszug der Yuppie-Strategie - getragen von Managern, Anwälten, anderen in der Wirtschaft beschäftigten Akademikern, Beratern, Maklern etc. - hat den Traum der Neokonservativen Wirklichkeit werden lassen: Die Angehörigen der neuen Mittelklasse haben "das Interesse an den unteren Klassen" aufgegeben und sind "zum treuen Diener der Wirtschaftselite" geworden (Ehrenreich 1992: 194; Deppe 1994).

3. Während sich die dominanten Diskurse in Bourgeoisie und Mittelklassen zu neoliberal-neokonservativen Projekten verdichten, sind die Arbeiterklassen-Diskurse deutlich disparat und fragmentiert. Relativ unvermittelt existieren Fortschrittskritik, soziale Sicherheit, traditionell konservative Lebensorientierungen, Marginalisierung und Tendenzen ethnisch-nationaler Diskriminierung nebeneinander (eine Typisierung gesellschaftspolitischer Grundeinstellungen und Konfliktlinien findet sich bei Vester u.a. 1993). Gleichsam projektlos und in der medialen Öffentlichkeit tendenziell "entmachtet", vermitteln die Diskurse der Arbeiterklasse kaum gesellschaftliche Orientierungen und politische Durchschlagskraft; die "Entsorgung" der sozialen Frage ist hierfür paradigmatisch. Entweder wird sie von selbsternannten Wettbewerbshütern als "Ballast" abgeworfen, von Konservativen als historisch erledigt erachtet oder von libertären Gestaltern auf das Nebengleis geschoben. Die schwindende offensive Politisierungsfähigkeit sozialer Problemlagen ist durchschlagend, zumal es auch die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung bislang nicht vermögen - so sie sich denn überhaupt bemühen - eine Trendumkehr herbeizuführen. Gegen die öffentliche Dethematisierung der sozialen Frage wird "von unten" daher nicht selten die Forderung nach "nationaler Solidarität" erhoben (Dörre 1994). Tendenziell verschiebt sich der wohlfahrtsstaatliche zum Diskurs nationaler Vorrechte.

4. Obwohl die Klassendiskurse durch verschiedenartige Problemlagen und -wahrnehmungen geprägt werden, bestehen gleichfalls auch übergreifende Bezugspunkte: Letztlich geht es um die Ausbuchstabierung eines neuen "Gesellschaftsvertrages" im Sinne eines weltmarktbezogenen "Produktivitätspakts" (Deppe 1994a; Altvater 1994). Die unterschiedlichen Problemverständnisse und z.T. konträren Zielsetzungen beziehen sich nahezu allesamt auf einen neuen Basiskonsens, der den des sozialen Ausgleichs - den korporatistischen Klassenkompromiß - ablöst. Nicht umsonst artikulieren sich die Kriterien und Zielsetzungen der weltmarktorientierten Modernisierung verstärkt in Form von Führungs- und Elitendiskursen, Standortdebatten, in Anti-Egalitarismus und Wohlstandschauvinismus. Überspitzt formuliert, läuft das hegemoniale Projekt auf die Formierung von Wettbewerbsgemeinschaften ohne Sozialintegration hinaus. Zugleich werden damit neue Formen der politischen Regulation und Staatlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Neben inhaltlichen Aspekten - Wettbewerbs-, Industrie-, Sicherheits-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - spielen insbesondere

Fragen nach den Kompetenzen verschiedener Ebenen eine Rolle: Welche Bereiche sollen zukünftig betrieblich, regional, national und europäisch reguliert werden?

Unüberschbar haben also auf dem ideologischen Kampffeld neoliberale und neokonservative Philosophien deutliche Spuren hinterlassen. Die Diskursverlagerungen bringen dabei nicht einfach nur veränderte Wahrnehmungen bei ansonsten kaum gewandelten Kontinuitäten zum Ausdruck, sondern artikulieren sich vielmehr innerhalb einer grundlegend gewandelten Vergesellschaftungsdynamik, in der sich das Feld der sozialen, ökonomischen und politischen Kämpfe wie Machtverhältnisse tiefgreifend restrukturiert.

3. Gesellschaftsstrukturelle Umbrüche: zwischen Transnationalisierung und sozialer Desintegration

Die Transformation des internationalen Umfelds wurde wesentlich durch das Ende der Systemkonkurrenz und den relativen Abstieg der USA als westlicher Hegemonialmacht geprägt (Bonder u.a. 1992). Während sich der Zusammenbruch des Realsozialismus primär auf das Koordinatensystem der Weltordnung auswirkte, indem er dieses sicherheitspolitisch destabilisierte, leitete der US-Decline - insbesondere der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems - den Prozeß der Triadisierung der Weltökonomie ein. Ohne deren umfassende politische Regulation beschleunigte sich die Erosion der fordistischen Akkumulationsregimes und keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsformen. Sechs Tendenzen trieben seit den 70er Jahren die Prozesse der sozio-ökonomischen Restrukturierung voran: erstens technologische Innovationen; zweitens die Reorganisation des Arbeitsprozesses; drittens die Tertiarisierung der Beschäftigtenstruktur; viertens die Internationalisierung von Handel, Finanzen und Direktinvestitionen; fünftens die Regionalisierung und Triadisierung der Weltökonomie; und sechstens die Globalisierung ökologischer Risiken (Jessop 1994: 58ff).

Ohne die Dimensionen und Triehkräfte des gesellschaftlichen Formationsbruchs an dieser Stelle genauer auszuführen und zu bestimmen, ist offensichtlich, daß sich mit ihnen die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit grundlegend gewandelt haben. So festigte und erweiterte die Transnationalisierung, Deregulierung und Liberalisierung der produktiven und finanziellen Transaktionen die strukturelle und relationale Macht des Finanzkapitals, vor allem der TNK's (Gill/Law 1989), die den politischen Institutionen und Organisationen mehr und mehr die Kriterien ihres Handelns vorgeben. Der Zwang zur "attraktiven" Herrichtung von Finanzplätzen und Produktionsstandorten wird in dem Maße prekär, wie die erlahmte Akkumulationsdynamik, Massenarbeitslosigkeit, die Krise der öffentlichen Finanzen mit einer verschärften Weltmarktkonkurrenz zusammentreffen. Im Kampf um Kapitalanlagen und Investitionen haben sich infolgedessen die

politischen Handlungsspielräume von Staat, Parteien und Gewerkschaften deutlich verengt. Gerade letzteren wird, wenn sie sich konsequent für die Interessen der abhängig Beschäftigten einsetzen und soziale Sicherheiten, bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung setzen, nicht selten Verrat an der "gemeinsamen Sache" vorgeworfen. Der öffentliche Druck wirkt dabei umso härter, als sich zudem die gewerkschaftlichen Handlungsgrundlagen entscheidend verschlechtert haben: Die Fragmentierung und schwindende soziale wie politische Kohäsion der abhängig Beschäftigten, d.h. die verminderte Bedeutung der industriellen Facharbeiter, segmentierte Arbeitsmärkte, Organisationskrisen und Mitgliederverluste stellen die Rolle der Gewerkschaften als Machtfaktor und gesellschaftliche Gestaltungskraft zusehends in Frage (Cox 1993). Das transnational mobile Kapital, aber auch der Wettbewerbsstaat haben es immer weniger nötig, die fragmentierte Arbeiterklasse in korporatistische Arrangements einzubinden. Den Gewerkschaften wird vor Augen geführt, daß selbst ihre Ordnungsfunktion stets von ihrem Machtpotential abhängig war und ohne dieses hinfällig zu werden droht. Aus Sicht von Staat und Kapital wird diese Entwicklung erst dann kontraproduktiv, wenn die soziale Desintegration - wesentlich verursacht durch die mangelnde gesellschaftliche und politisch-institutionelle Einbettung der transnationalisierten Ökonomie - das hegemoniale weltmarktzentrierte Entwicklungsprojekt in Gefahr bringt: z.B. in Form populistischer Bewegungen mit unkalkulierbarem Ausgang.

Trotz der ihm innewohnenden Macht und Dynamik sind im heraufziehenden "metropolitanen Triadepitalismus" (Röttger 1993) soziale und politische Krisenprozesse strukturell eingelagert. Auf der einen Seite beschränken die globalisierten Marktbeziehungen und Kapitalbewegungen die staatlichen Handlungsspielräume und richten sie angebotsseitig funktional auf die Weltmarktkonkurrenz aus; der Wettlauf der Standorte verlangt in erster Linie industriepolitische und infrastrukturelle Vorleistungen, Steuerergünstigungen, Investitionsanreize etc. Und auf der anderen Seite mehren sich die Prozesse gesellschaftlicher Desintegration - d.h. Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Alltagskriminalität, Migration und ethnische Diskriminierungen -, die gleichsam "von innen" bei der staatlichen Regulierung belasten. Nimmt man noch die globalen ökologischen und friedenspolitischen Risiken hinzu, liegt die steuerungspolitische Überforderung der Staatsapparate auf der Hand (Bieling 1994). Dem Politischen im Sinne einer eigenständigen gesellschaftlichen Gestaltung bleibt zwischen Wettbewerbsförderung und gesellschaftlichem Krisenmanagement nur wenig Platz.

Aber auch wenn die politischen Institutionen vom strukturellen Zwang der Weltmarktimperative und den sozialen Ansprüchen der Bevölkerung in die Zange genommen werden, sind sie an den anstehenden Problemlagen alles andere als unbeteiligt. Staat und Regierung fördern als die politischen Kräfte des hegemonialen Blocks aktiv die Reorganisation und Transnatio-

nalisation der Ökonomie und nehmen dabei die soziale Polarisierung und Desintegration billigend in Kauf, um sie dann politisch-ideologisch zu entsorgen: Mit der Entpolitisierung sozialer Problemlagen, der Reprivatisierung von Versorgungsleistungen, symbolischer Politik und Akzeptanzmanagement wird die Entlastung, Beschneidung und Flexibilisierung des keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Institutionensystems vorangebracht. Es vollzieht sich dabei eher der Übergang zum "schumpeterianischen Leistungstaat" (Jessop 1993) als der zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1994), da neben der Redefinition der bereits aufgeführten inhaltlichen Reorganisation von Staatsaufgaben sich unverkennbar auch die Formen und Ebenen von Staatlichkeit neuordnen. Die Tendenzen der Europäisierung, Regionalisierung und Lokalisierung tragen der veränderten Rolle des Staates Rechnung und ermöglichen eine transnational-europäische Anpassung von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen.

Die funktionale Veränderung der Operationsweise der politischen Institutionen beschränkt sich dabei nicht allein auf den Staat im engeren Sinne. Auch die Rolle und Funktionsweise der intermediären politischen Organisationen - Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kirchen etc. - steht derzeit zur Disposition. Ihr schwindender Rückhalt in der Bevölkerung deutet darauf hin, daß ihre Weltmarktunterwerfung und intensivere Anbindung an die staatlichen Institutionen auf Kosten der Vernachlässigung von zivilgesellschaftlichen Problemen und Themen erkauft wurde. In der Konsequenz zeichnen sich daher zwei Tendenzen ab: zum einen werden sie als gesellschaftliche "Sprachrohre" und Institutionen, mit deren Hilfe auf die Politikformulierung Einfluß genommen werden kann, immer weniger akzeptiert; zum anderen greifen einige, wenn auch nicht alle politischen Institutionen vermehrt zu populistischen, nationalistischen und wohlstandschauvinistischen Inszenierungen, um dem Mangel an Akzeptanz und Unterstützung entgegenzuwirken. Beides transformiert das System der politischen Repräsentation: Der Verlust an Kontrolle, Partizipation, Einflußnahme und politischer Gestaltungsfähigkeit schwächt die demokratische Substanz der liberalen Demokratie. Letztlich zeichnet sich also eine Entwicklung ab, in der sich ökonomischer Liberalismus und Demokratie tendenziell entkoppeln (Hirsch 1994: 16f). Oder in Barbers (1994) Worten: "Demokratien wollen Märkte, aber Märkte keine Demokratien".

4. Staat, politische Organisationen und Klassenkoalitionen

Ein Blick auf die zentralen institutinnellen Arrangements der "alten" Bundesrepublik verdeutlicht die Transformation des politisch-institutionellen Systems. Nach Lepsius (1990: 64ff) prägten vormals insbesondere vier Momente die politische Kultur:

erstens ein hochaggregiertes Parteiensystem mit großer Bindekraft und Stabilität, ohne Systemopposition und mit dominanten zentristischen, d.h. pragmatisch-"entideologisierten" Volksparteien;

zweitens eine föderale Struktur, in der die politische Macht dezentralisiert und die Lebensverhältnisse relativ ausgeglichen waren; indem sich die Interessenverbände in diese Struktur einbanden, verbreiterte sich die politische Legitimationsbasis;

drittens wurden über das System der Arbeitsbeziehungen die abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften in Entscheidungsprozesse partiell miteinbezogen;

und viertens wurden durch das relativ dichte Netz der rechtlichen Regulierung und die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichts politisch-ideologische Konflikte oftmals unterbunden.

Auf den ersten Blick treten vor allem Kontinuitäten hervor. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, daß sich alle Dimensionen gewandelt haben: Die schwindende Bindekraft der "Volksparteien" und des Parteiensystems insgesamt läßt sich an der sinkenden Wahlbeteiligung und Mitgliederverlust ablesen; regionale Disparitäten verschärfen sich nicht nur infolge der deutschen Vereinigung, sondern auch aufgrund der ökonomischen Modernisierungsprozesse; die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und die schwindenden gewerkschaftlichen Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten sind nicht mehr zu leugnen; und nicht zuletzt hat sich im Zuge der Asyl-, Migrations- und auch der Standortdebatten ein hochgradig ideologisiertes Klima nationalistischer Agitation ausgebreitet, die sich selbst nach dessen Abkühlung des stillschweigenden Wohlwollens großer Bevölkerungsgruppen sicher sein kann.

In den 80er Jahren, spätestens aber nach 1989, tritt zunehmend deutlicher hervor, daß sich nicht nur die kapitalistische Vergesellschaftungsdynamik veränderte und reorganisierte, sondern auch der Modus der politischen Regulation, d.h. die Funktionsweise von Staat und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Längst ist die "politische Kultur der Integration" von einer "politischen Kultur der Segregation" abgelöst worden (Dubiel 1994: 91). An die Stelle des relativ weit gefaßten Netzwerks korporativer Übereinkünfte, in das nahezu alle abhängig Beschäftigten und auch die Nichterwerbstätigen eingebunden waren, tritt mehr und mehr eine Art "Gentryfication-Deal" (Hirsch 1990: 112) zwischen Weltmarktkapital, aufstiegsorientierten Mittelklassen und der modernen Arbeiterklasse. Alle anderen sozialen Klassen unterliegen den selektiven Integrations- und Ausgrenzungskriterien der wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und auch tarifpolitischen Strategien. Die anfangs aufgeführten Eliten-, Anti-Egalitarismus-, Wettbewerbs- und Machtdiskurse verschaffen sich also zusehends ihren politisch-organisatorischen Ausdruck. Dieser manifestiert sich dabei nicht nur in den staatlichen Institutionen und Strategien im engeren Sinne, sondern transformiert zugleich die Zivilgesellschaft. Dem Bedeutungsgewinn von Medien, von demokratisch nicht legitimierten Institutionen (Polizei, Gerichte, Bundesbank etc.) und der Marktunterwerfung alternativer politischer und kultureller Projekte steht die Schwächung emanzipativ-partizi-

patorischer Politikformen gegenüber; angefangen von sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften, über die neuen sozialen Bewegungen bis hin zur alternativ-emanzipativen Politikkultur, allesamt scheinen sie in Nischenbereiche zurückgedrängt.

Die Formel von der "Krise der politischen Institutionen" ist dabei leicht mißverständlich, da sie überdeckt, daß sich in der Krise zugleich auch gewichtige Restrukturierungsprozesse Bahn gebrochen haben, über die sich das politische Institutionensystem mit der "postfordistischen" Akkumulation tendenziell in Übereinstimmung bringt. Im wesentlichen sind es zwei Dynamiken, die diese Entwicklung vorantreiben: Erstens die strukturellen Verschiebungen im Akkumulationsregime, vor allem technologische Innovationen, arbeitsorganisatorische Restrukturierungen und die Transnationalisierung der Ökonomie; und zweitens soziale und politisch-ideologische Reorientierungen, d.h. die Verlagerung der gesellschaftlichen Diskurse. Beide Momente verdichteten sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren in neoliberalen bzw. neokonservativen Politikprojekten, die die institutionelle und soziale Materialität des "integralen" bzw. "erweiterten" Staates (Gramsci) tiefgreifend veränderten. Mit anderen Worten: Es formierte sich ein neuer hegemonialer Block aus sozialen - Finanz- und Industriekapital, marktorientierte Mittelklassen, Teile der Arbeiterklasse - und politischen Kräften - Unternehmerverbände, konservative und liberale Parteien, Kirchen etc. -, denen es vorübergehend gelang, einen triadegerichteten Modernisierungspfad ideologisch zu verallgemeinern.

Hegemoniale Politikprojekte stützen sich also immer auch auf politische Kräfte, d.h. auf ein Ensemble von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die aktiv und relativ autonom in den Prozeß der politischen Reorganisation eingebunden sind. Der Staat ist demnach als die Objektivierung sozialer Verhältnisse zu begreifen; aufgrund seiner eigenen institutionellen Materialität und Operationsweise konstituiert er dabei zugleich das Feld sozialer Kämpfe. Nicht nur die ökonomischen Umbrüche und die dominanten sozialen Kräfte drängen auf die Verschlinkung des Staates, sondern ebenso die politischen Akteure, die aus ihrer spezifischen Problemwahrnehmung mit Wettbewerbsstrategien, Machtbewußtsein und Führungsfähigkeit das Operationsfeld der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Politik autoritär-restaurativ modernisieren wollen (so z.B. Schäuble 1994). Die konservativ-liberalen Kräfte treiben diese Entwicklung offensiv politisch-ideologisch voran, während die sozialdemokratischen Kräfte die Staatsmodernisierung eher moderater gestalten wollen; unter dem Zwang strapazierter Staatskassen akzeptieren letztlich aber auch sie das Modell des verschlankt-effizienten Staates (Naschold 1993).

Zur Überwindung der Fordismuskrise formierte sich ein neuer hegemonialer Block, der über die ökonomische Reorganisation, neue soziale Koalitionen und die Verlagerung der Diskurse die konservativ-liberale Modernisierung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft voranbrachte. In den 90er

Jahren büßte dieser Block jedoch erheblich an Ausstrahlungs- und Führungsfähigkeit ein. Der gesamteuropäische Umbruch, die deutsche Vereinigung, die Triade-Konkurrenz und die soziale Desintegration haben seine Bruchstellen und Instabilitätsmomente - die fehlende soziale Einbettung der Ökonomie und damit auch die Grenzen seiner Regulierungsfähigkeit - deutlicher hervortreten lassen. Nachdem also in den 70er Jahren die sozialintegrative Politik der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulierung in die Krise geriet, folgt in den 90er Jahren die der triadefixierten Modernisierung. Bislang konnten sich dies sozialistische, feministische, ökologische und pazifistische Kräfte nicht zunutze machen; nicht zuletzt standen der Formierung eines gegenhegemonialen Blocks (Lipietz 1992) konzeptionelle und machtpolitische Schwächen, d.h. die innere Fragmentierung seiner sozialen Basis, entgegen. Trotz der schwindenden Akzeptanz kann der bestehende Machtblock daher vorerst den eingeschlagenen Kurs fortsetzen; zumindest in Form des "muddling through".

5. Staatsreorganisation und das System der politischen Repräsentation: "autoritär-produktivistische Demokratie"

Politisch-institutionelle Krisenprozesse bilden gewissermaßen eine Begleiterscheinung der umfassenderen gesellschaftlichen und internationalen Reorganisation. Ebenso wichtig wie die Krise der politischen Institutionen ist jedoch, daß unter der Ägide neokonservativ-neoliberaler Strategien zugleich ein neues Staatsprojekt auf den Weg gebracht wurde: der "schumpeterianische Leistungs-" oder "nationale Wettbewerbsstaat". Das Staatsprojekt leitet dabei erstens die Transformation der inneren Gliederung des politischen Institutionensystems an. Politisch integrative Organe und Organisationen wie Parlament, Parteien, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften werden strukturell geschwächt, indessen die marktanalogen, ideologischen und demokratisch nicht oder nur indirekt kontrollierten Staatsapparate (Bundesbank, Polizei, Regierung, Bundesverfassungsgericht, Medien) - übrigens z.T. auch in der Wertschätzung der Bevölkerung - aufgewertet werden. Überdies fördert noch der Prozeß der EG-Integration mit der Heranbildung und Vernetzung eines Mehrebenensystems derartige Tendenzen. Zweitens impliziert das neue Staatsprojekt auch veränderte Interventionsformen: Wirtschaftspolitisch werden im Zuge von Deregulierung, Flexibilisierung und dem Primat monetärer Stabilität sozialintegrativ-sozialstaatliche Bereiche dem Ziel der Wettbewerbsgemeinschaft funktional-selektiv eingepaßt, untergeordnet und zurechtgestutzt. Innen- und sicherheitspolitisch werden die Kompetenzen der exekutiven Machtapparate - Militär, Polizei, Geheimdienste - ausgeweitet; "Lauschangriff", Blauhelme, der Ruf nach einem Sitz im Sicherheitsrat belegen dies nur stichwortartig. Und drittens drängt das Projekt des "schumpeterianischen Leistungsstaats" das System der politischen Repräsentation in die Richtung einer "autoritär-produktivistischen Demokratie".

Das Paradigma der politischen Repräsentation im Fordismus beruhte noch auf einer umfassenden Integration nahezu aller sozialen Kräfte. Die wohlfahrtsstaatlich gestützte Konzeption einer Demokratisierung "von oben" organisierte eher hierarchische Solidaritäten und Formen distributiv-administrativer Inklusion und unterband die Kritik am wachstumsfixierten fordistischen Fortschrittskonsens. Die politisch-ideologische Bekämpfung und Ausgrenzung von sozialistischen, radikal-ökologischen und pazifistischen Kräfte zeugt davon. Heute ist das neue Paradigma der politischen Repräsentation noch weniger ein Produkt der Linken; Autonomie, Selbstbestimmung und Partizipation spielen eine geradezu vernachlässigenswerte Rolle. Dominant sind vielmehr Tendenzen, die zum einen die technologisch-ökonomischen Imperative und die soziale Fragmentierung auf die Spitze treiben und zum anderen die administrativen Solidaritäten zugunsten entfesselter Marktkräfte zurückdrängen. Indem sich solidarische Verkehrsformen auflösen - und zugleich auf Unternehmensebene oder in der Familie privatisieren - oder nationalistisch ethnisieren, zersetzt sich das soziale Fundament der liberalen Demokratie: "Sowohl Dschihad wie McWorld führen Krieg gegen den souveränen Nationalstaat und untergraben damit seine demokratischen Institutionen. Beide scheuen die Zivilgesellschaft und beschneiden die Bürgerrechte; alternative demokratische Institutionen interessieren sie nicht" (Barber 1994).

Das Grundproblem liegt damit auf der Hand: In der jüngeren Vergangenheit war die soziale Integration und politische Partizipation stets an die politischen Institutionen des souveränen Nationalstaats gebunden; der Kapitalismus war gewissermaßen nationalstaatlich "gefesselt" (Narr/Schubert 1994: 188). Angesichts der anhaltenden Umbruchprozesse, insbesondere der ökonomischen Transnationalisierung, revidiert sich nunmehr tiefgreifend der Funktionszuschnitt der Politik: "Der politische Nationalstaat verliert an Bedeutung, während die ökonomischen Aufgaben des Staates in der suprastaatlichen Geo-Ökonomie zunehmen" (Altwater 1994: 519f). Staatliche, vor allem aber zivilgesellschaftliche Institutionen und Politikformen werden in ihrer Gestaltungsfähigkeit also tendenziell beschnitten und "entmächtigt". Indem sich die zentralen politischen Entscheidungsprozesse von der zivilgesellschaftlichen Kommunikation und Einflußnahme entkoppeln und zunehmend in den Raum der globalen Ökonomie verflüchtigen, wandelt sich ihr Charakter und ihre Qualität: Politik wird mehr und mehr zu einer Angelegenheit der Banken, TNK's und ihnen folgend, der staatlichen Exekutivorgane. Parlamente, politische Organisationen und die Proteste sozialer Bewegungen verkümmern zur raunenden Geräuschkulisse mit schwindendem Macht- und Störpotential. Solange ein sozialintegrativer gesellschaftlicher Aufschrei nach neuen, machtvollen und z.T. transnationalisierten Institutionen ausbleibt, dürfte die Schwindsucht der liberalen Demokratie nicht aufzuhalten sein.

Während sich also die herrschenden sozialen und politischen Kräfte eifrig und machtvoll um die Formierung produktivistischer - betrieblicher, natio-

nalener und europäischer - Wettbewerbsgemeinschaften bemühen, ist die zivilgesellschaftliche Linke gelähmt. Gegen die vermeintlichen "Sachzwänge" des Weltmarkts, gegen die Ideologien von Effizienz, Deregulierung, Flexibilisierung, Führung und klassenübergreifenden Gemeinschaften, gegen Marginalisierung und sozialer Desintegration hat sie gegenwärtig nur wenig entgegenzusetzen. Dies hat zur Folge, daß der Blick auf die "eigentliche Problemstellung", d.h. eine solidarische und sozialintegrative Reorganisation von Arbeitsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat innerhalb eines international absichernden Institutionensystems verstellt bleibt. Die Bewältigung derartiger Anforderungen ist nicht nur zentrale Voraussetzung und das Fundament einer wirksamen zivilgesellschaftlichen und betrieblichen Demokratisierung "von unten", sondern selbst auch der "Rettung" der liberalen Demokratie, die ansonsten zur rein formalen Apparatur ohne wirkliche Initiative und Gestaltungsfähigkeit degeneriert. Zwar ist die Transformation zur "autoritär-produktivistischen Demokratie" weder unrevidierbar geschichtsmächtig noch abgeschlossen; als außerordentlich bedrohliche Perspektive steht sie aber auf der Tagesordnung.

Literatur

- Altwater, Elmar (1994): Operationsfeld Weltmarkt - oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat; in: Prokla, Heft 97, S.517-548.
- Anderson, Perry (1993): Zum Ende der Geschichte, Nördlingen.
- Barber, Benjamin R. (1994): Zwischen Dschihad und McWorld; in: Die Zeit vom 14.10.94, S.64.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt a.M.
- Bieling, Hans-Jürgen (1994): Politische Systeme unter Transformationsdruck - soziale Desintegration und institutioneller Wandel in Westeuropa; in: ders./Deppe, Frank (Hg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, FEG-Studie Nr.4, Marburg, S.11-30.
- Bonder, Michael u.a. (1992): Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen, Opladen.
- Cox, Robert W. (1993): Structural Issues of Global Governance: Implications for Europe; in: Gill, Stephen (Hg.), Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge, S.259-289.
- Deppe, Frank (1994): Angst vor dem Absturz? Transformationen des "Alternativen Mittelstandes", unv. Manuskript, Marburg.
- Deppe, Frank (1994): Ein neuer Gesellschaftsvertrag - Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs; in: Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, FEG-Studie Nr.4, Marburg, S.173-195.
- Dörre, Klaus (1994): Eine Arbeiterbewegung von rechts?; in: SPW, Heft 2, S.54-59.
- Dubiel, Helmut (1994): Ungewißheit und Politik, Frankfurt a.M.
- Ehrenreich, Barbara (1992): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München.
- Gill, Stephen/Law, David (1989): Global Hegemony and the Structural Power of Capital; in: International Studies Quarterly 33, S.475-499.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg.

Hirsch, Joachim (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und "radikaler Reformismus"; in: Das Argument 203, S.7-21.

Jessop, Bob (1993): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat; in: Demirovic u.a. (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster, S.232-262.

Jessop, Bob (1994): Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten; in: Grimm, Dieter (Hg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden, S.43-73.

Lasch, Christopher (1994): Die Revolte der Eliten. Oder: Verrat an der Demokratie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, S.1437-1447.

Lepsius, Rainer M. (1990): Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen.

Lipietz, Alain (1992): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge.

Naschold, Frieder (1993): Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors, Berlin.

Röttger, Bernd (1993): Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa, IIP, Arbeitspapier 22, Berlin.

Scharpf, Fritz W. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts; in: PVS Heft 4, S.621-634.

Schäuble, Wolfgang (1994): Und der Zukunft zugewandt, Berlin.

Vester, Michael u.a. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.

Willke, Helmut (1992): Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentristischer Gesellschaften, Frankfurt a.M.

Vorschau

Z - Nr. 22

erscheint Anfang Juni 1995
mit dem Schwerpunktthema

Aktuelle Tendenzen historisch-materialistischer Theorie

Aus Anlaß des 100. Todestages von Friedrich Engels am
28.11.1995

mit Beiträgen zum Konzept der eigenständig-nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, zum Gebrauchswertaspekt gesellschaftlicher Arbeit, zum Mensch-Natur-Verhältnis, zu Engels "Umrissen zur Kritik der Nationalökonomie", zur Zusammenarbeit von Engels und Marx, zur Formations- und Revolutionstheorie beim späten Engels, zum Konzept der Leitung als Verwaltung von Sachen, zur Gewalt in der Geschichte, zur Anthropogenese, zur Gentilgesellschaft und zum Patriarchat, zum Problem der Naturbeherrschung u.a.

Norman Paech

Wertewandel oder Strukturveränderung

Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen
Demokratiedebatte

I.

Fünf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer kam der Deutsche Bundestag in Bonn am 15. November 1994 zusammen, um Bundeskanzler H. Kohl erneut zum Regierungschef einer Koalitionsregierung zu wählen und - weitgehend unbemerkt - das 42. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zu verabschieden. Derartige Zusammentreffen sind nicht zufällig. Die Wahl war zwar numerisch knapp, aber angesichts der Binnenfeindschaft der Opposition politisch vollkommen ausreichend. Die Verfassungsänderung habe von beiden Seiten Kompromisse gefordert - so die allgemeine Kommentierung -, doch auch ohne genauere Analyse ist klar, daß die Zugeständnisse der CDU/CSU an die Konstitutionspläne von SPD und Bündnis 90/Grüne sich im Nebensächlichen verloren hatten. Die neuen Staatsziele zum Umweltschutz, zum Verbot der Benachteiligung von Behinderten sowie zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind so formuliert, daß von ihnen keine neue politische Dynamik zu erwarten ist. Die weiteren Bestimmungen zum Verhältnis von Bund und Ländern, zur Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern und zum Gesetzgebungsverfahren dienen eher der modernisierenden Anpassung, denn einer neuen Gestaltung der inneren Einheit auf der Ebene des Grundgesetzes, wie es die Oppositionsparteien gewollt hatten.

Verfassungssiege sind auch Siege, selbst als Kompromisse getarnt, da sie das Feld der politischen Auseinandersetzungen bestimmen sowie die Ausgangsbedingungen und die Kampfmittel der Kontrahenten begrenzen. Doch ist diese Vorstellung von Sieg und Niederlage mit Anklängen antagonistischer Konflikte den Protagonisten des "Verfassungs- und Demokratiediskurses" fremd geworden. Sie fühlen sich besser rückwärtig im Schoße der Dahrendorfschen Diagnose der bundesdeutschen Gesellschaft unter der Überschrift "Konflikt oder die Sehnsucht nach Synthese"¹ des Jahres 1965 aufgehoben. Dies wird deutlich in den Artikeln zahlreicher Autorinnen und Autoren des gesamten, allerdings um die PDS verkürzten Parteienspektrums zum Thema "Werte und Demokratie", die die Zeitschrift "Das Parlament" einen Monat nach Kanzlerwahl und Verfassungs-

¹ Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, Kapitel 3, S. 161ff.

änderung veröffentlicht hat.² Es ging der Redaktion um "Wertewandel und Grundkonsens der liberalen Demokratie" und die Frage "Wie kann die liberale Gesellschaft das Maß an bürgerschaftlichem Gemeinsinn erzeugen, auf das die repräsentative Demokratie angewiesen ist?" Diese Wertediskussion wäre überflüssig, wenn nicht trotz oder gerade wegen der Fortdauer der konservativen Regierungsherrschaft der Konsens als gefährdet angesehen wird, sei es durch die faktische Spaltung der neuen Bundesrepublik in West und Ost, die zusätzliche soziale Spaltung durch verstärkten Sozialabbau oder die abnehmende Parteibindung der Bürgerinnen und Bürger und die damit entgleitende politische Kontrolle. Die geforderten Konzepte, ob als politische Modelle und Handlungsanleitungen oder als Legitimierung des eingeschlagenen Weges, setzen eine soziale Gesellschaftsdiagnose voraus, welche selbst schon den Konsens und die Elemente zur Synthese in sich birgt.

Diese dürfte Michael Vester aufgrund seiner empirischen Untersuchungen am überzeugendsten gelungen sein. Aus seinen Befragungen schließt er, daß unter den Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität sich eine dreistufige Gesellschaft herausgebildet hat, die sich in vier etwa gleich große Lager unterschiedlicher weltanschaulicher Haupttendenzen aufteilt. Wichtiger noch ist sein Ergebnis, daß diese "pluralisierte Klassengesellschaft" keine polarisierenden Konflikte mehr produziert und auch die These von einer neuen Polarisierung zwischen Individualisierung und Deklassierung keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann.³ Obwohl noch immer Klassengesellschaft, so doch kein Antagonismus der Klassenkonfrontation mehr, sondern neue Mechanismen der Stabilisierung in der Individualisierung sozialer Milieus und Gruppen, lautet die Botschaft, auf die sich auch so unterschiedliche Autorinnen wie Bärbel Bohley⁴ und Rupert Scholz⁵ einigen können.

Auf dieser Basis tritt ein weiterer Konsens hervor, der sich auf die Konzepte des Wertebewußtseins und die Politik der Stabilisierung bezieht. Günter Frankenberg weist zu Recht darauf hin, daß von den drei Losungen der Französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", die letzte immer im Schatten der beiden anderen gestanden hat.⁶ Auch in ihrer modernisierten Form der Solidarität hat die "Brüderlichkeit" nie die Rechtswirksamkeit des nach wie vor ungeliebten und vielfach unterlaufenen Gleichheitspostulats erhalten. Das liegt zweifellos an dem revolutionären Beigeschmack, den Solidarität bzw. ihre verfassungs-

² Vgl. Das Parlament, 44. Jahrgang, Nr. 50 v. 16. Dezember 1994, S. 1ff.

³ Michael Vester, Individualisierung oder soziale Milieus? in: Das Parlament, a.a.O., S. 10.

⁴ Bärbel Bohley, Der Traum von einer besseren Welt, in: Das Parlament, a.a.O., S. 14.

⁵ Rupert Scholz, Keine Einladung zur individuellen Willkür, in: Das Parlament, a.a.O., S. 5.

⁶ Günter Frankenberg, Soziale Rechte sind keine Frage der Kulanz, in: Das Parlament, a.a.O., S. 8.

rechtliche Konkretisierung im Sozialstaatsprinzip durch Arbeiterbewegung und bolschewistische Revolution mitbekommen hat. Denn diese drängten zu immer weiterer Konkretisierung in einzelne soziale Rechte und Ansprüche, die unmittelbar vom Staat einklagbar sein würden. Die Weimarer Verfassung, die derartige Rechte verhielt, mußte durch die Gerichte "entgiftet" werden, da die konsequente Erfüllung der Verfassungspostulate eine Revolutionierung auch der deutschen Gesellschaft nach sich gezogen hätte. Deshalb nahm das Grundgesetz von Anfang an Abstand von derartigen Sozialrechten. Die Länderverfassungen, die z.T. noch vor 1949 die Kodifizierung einzelner sozialer und ökonomischer Rechte wagten, wurden in der Folgezeit wiederum durch die Rechtsprechung antirevolutionär "homogenisiert". D.h. die Vorschriften wurden am Maßstab des Grundgesetzes gemessen und außer Kraft gesetzt. Alle Versuche in der jüngsten Verfassungsdebatte, einzelne soziale Rechte auch nur als nicht einklagbare Staatsziele dem Grundgesetz beizugeben - gleichsam als "Tropfen sozialen Öls" zum besseren Schmierem des Vereinigungsprozesses - scheiterten an den Mehrheiten in der Gemeinsamen Verfassungskommission.⁷

II.

Die gegenwärtige Debatte um "Zivilgesellschaft und Demokratie" hat demgemäß Abschied genommen von Konzepten, in denen eine grundlegende Veränderung der Wirtschafts- und Sozialverfassung noch thematisiert wird. Die Latenz undemokratischer Herrschaftsformen in der formalen Demokratie, ihre Gefährdung durch Angriffe auf das Sozialsystem ("Umbau des Sozialstaates") und die Schwäche staatlicher Institutionen, sozialen Frieden und demokratische Verfahren unter Voraussetzung kapitalistischer Marktgesetze zu garantieren, bleibt unbestritten. Aber Staat und Wirtschaftsverfassung gelten nicht mehr als Adressaten der Demokratieforderungen, sondern ein neues Subjekt wird aus der Taufe gehoben: die Zivilgesellschaft. "Die Zivilgesellschaft jedoch nicht als abstrakte Größe, sondern als öffentlicher Raum diesseits von Wirtschaft und Staat, als offenes Geflecht freier Initiativen, Gruppen, Vereinigungen, Verbände und Bewegungen."⁸ Diesen "alten und neuen Bewegungen" wird zum einen die Fähigkeit zuerkannt, die Defizite der bürgerlichen Gesellschaft aufzuspüren und zu politisieren: "Wie die Frauenbewegung, die Ökologie- und Friedensbewegung in der Politik das System der parlamentarischen Repräsentation herausfordern, durchbrechen Lobbys für Wohnungslose, Irrenoffensiven, AIDS-Hilfen und andere Selbsthilfegruppen im Einzugsbereich von Sozialpolitik die besitzindividualistischen Strukturen einer

⁷ Vgl. Norman Paech, Staatsziele und Grundrechte in der Anhörung. Ein Tag im Leben der Gemeinsamen Verfassungskommission, in: Demokratie und Recht 3/92, S. 265ff.

⁸ Friedhelm Hengsbach, Durch moralische Appelle nicht hervorzuzaubern, in: Das Parlament, a.a.O., S. 8.

Marktgesellschaft.⁹ Zum anderen wird ihnen die Kompetenz übertragen, als "Impulsgeber neuer Kooperations- und Solidaritätsregeln"¹⁰ zu funktionieren, Gemeinsinn, Toleranz und Sobdarität zum Grundkonsens eines "ethischen Minimums der Demokratie" zu bündeln¹¹ und die Sozialdefizite und Demokratielücken zu kompensieren: "Wie begrenzt und instabil sie auch sein mögen, konstituieren sie doch personenbezogene Verhältnisse wechselseitiger Unterstützung, die das sonst in der Konkurrenz zerstückelte und von der Sozialbürokratie nach individuellen Lebensschicksalen und Ansprüchen aufgerasterte soziale Band in Ansätzen sichtbar werden lassen. Dem ökonomischen System begrenzter Unverantwortlichkeit und der bürokratischen Kleinarbeit "sozialer Probleme" setzen diese auf Gruppensolidaritäten basierenden Handlungszusammenhänge, eingefaßt von der zivilen Solidarität der Bürger untereinander, eine Zivilgesellschaft größerer sozialer Dichte entgegen."¹²

So pendeln die Konzepte gemeinsinnstiftender und wertgebundener Demokratieinstabilisierung zwischen dem etwas altmodisch wirkenden Freiheitscredo des individualistischen Liberalismus¹³ und der durchaus modischen Gemeinschaftsphilosophie kommunitaristischen US-Imports, deren tertium comparationis die "Abkehr vom Etatismus"¹⁴, die Option für Selbsthilfe und Selbstorganisation und der Konsensbaushalt ihrer Interpreten sind. Nur flüchtig taucht die Ahnung auf, daß "angesichts der für immer mehr Menschen sichtbar werdenden Kumulation von negativen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ... sich die Frage nach einer auch in die Strukturen der Produktions- und Regulationsweise eingreifenden Gesellschaftsveränderung bald für immer mehr Menschen wieder stellen (wird)".¹⁵

III.

An dieser Stelle fragt sich, was Wolfgang Abendroth (2.5.1906-15.9.1989) zu dieser Diskussion beigetragen hätte. Er wäre nicht eingeladen worden, sich an ihr zu beteiligen. Soviel ist sicher. Seine über dreißig Jahre währende Auseinandersetzung mit der Demokratiefrage hat zehn Jahre nach seinem Tod - das muß nüchtern festgestellt werden -, weder in der juristischen noch in der sozialwissenschaftlichen Literatur irgendeine

⁹ Günter Frankenberg, a.a.O., S. 8.

¹⁰ Friedhelm Hengsbach, a.a.O., S. 8.

¹¹ Ansgar Klein, Zwischen Pflicht und Selbstentfaltung, in: Das Parlament, a.a.O., S. 1

¹² Günter Frankenberg, a.a.O., S. 8.

¹³ Vgl. Rupert Scholz, Keine Einladung zur individuellen Willkür, in: Das Parlament, a.a.O., S. 5.; Bernhard Sutor, Leben aus dem Freiheits- und Gemeinsinn, in: Das Parlament, a.a.O., S. 3.

¹⁴ Vgl. Hans Vorländer, Die Ressourcen der Moral, in: Das Parlament, a.a.O., S. 2.

¹⁵ Michael Th. Greven, Demokraten fallen nicht vom Himmel, in: Das Parlament, a.a.O., S. 3.

Nachwirkung.¹⁶ Dies hat objektive Gründe, die in der Situation der Zeitgeschichte liegen und nicht darüber hinwegtäuschen können, daß sich Abendroths Einfluß auch zu seinen Lebzeiten lediglich auf sozialistisch orientierte Intellektuelle und Wissenschaftler beschränkt hat. Das begann in der Bundesrepublik frühzeitig mit der Kooperation mit dem SDS, der ihn in die Beratungen seines ersten Hochschulprogramms vom August 1953 einbezog, und zeigte sich insbesondere bei der SDS-Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" aus dem Jahre 1961.¹⁷ Mit dieser antwortete der SDS indirekt auf die ideologische Häutung der SPD im Godesberger Programm von 1959. Er orientierte sich vor allem an der Sozialstaatsinterpretation Abendroths und dessen Konzeption von der "sozialen Demokratie", mit denen dieser in der Godesberger Programmdiskussion unterlegen war. Beide zahlten mit dem Hinauswurf aus der SPD noch im gleichen Jahr. Der SDS trennte sich auch von der ideologischen Tradition der Arbeiterbewegung. Abendroth hingegen hieß ihr aus seiner lebensgeschichtlichen Erfahrung und von seinem marxistischen Denkansatz her weiter verbunden.

Die marxistische Analyse der Gesellschaft war der Grundstein seiner Demokratietheorie. Sie ließ ihn an der antagonistischen Widersprüchlichkeit der Klassengegensätze in der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit all ihren Konsequenzen der Entfremdung und Verdinglichung sozialer und institutioneller Beziehungen festhalten. Er hat diesen Ansatz schon frühzeitig gegen die Einwände der herrschenden Nachkriegssoziologie verteidigt¹⁸, die zwar die Kategorien des Klassengegensatzes und des Klassenkampfes für die frühen Stadien der Industriegesellschaft gelten ließ, nicht aber mehr für die Gegenwart: die Steigerung der Produktivität und die Hebung des Konsumniveaus hätten die gegenwärtige Gesellschaft zu einer mehr oder minder klassenlosen Mittelstandsgesellschaft nivelliert.

Abendroths Antwort ist grundsätzlich, ohne die soziologischen Veränderungen im Lebenshaltungsniveau und Arbeiterbewußtsein zu verkennen: sie ändern aber nichts an den entscheidenden Momenten der Klassenstruktur, die durch die Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln bestimmt wird. Diese sei durch eine enorme "Zentralisierung ökonomischer und gesellschaftlicher Verfügungsgewalt in einer relativ engen Gruppe" charakterisiert, der die "neuen Mittelschichten" als "Arbeitnehmer, die le-

¹⁶ Dennoch gibt es immer wieder vereinzelte Veröffentlichungen, die sich mit einzelnen Aspekten der Arbeiten Abendroths beschäftigen: so z.B. Hans Heinz Holz, Wolfgang Abendroth - Demokratie als Sozialismus, in: Topos 2/1993, S. 99ff.; Wolfram Burkhardt, Grundgesetz als Klassenkompromiß, Wolfgang Abendroths Konzeptionen für den Neubeginn, in: Forum Wissenschaft 4/1994 S. 9ff.

¹⁷ Vgl. Bernd Rabehl, Am Ende der Utopie, Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin 1988, S. 174ff.

¹⁸ So in seiner Schrift aus dem Jahre 1958: Ist der Marxismus "überholt"? in: Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1968, S. 347ff.

diglich ihre Ware Arbeitskraft zur Verfügung stellen", gegenüberstehen, "soziologisch selbst in der Situation der früheren Industriearbeiter".¹⁹

Die soziologischen Daten haben sich seit jener Zeit nicht grundlegend verändert, aber auch die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der marxistischen Theorie haben nicht zu einer Distanzierung von dem grundsätzlich antagonistischen Charakter der Klassenstruktur geführt. Insofern besteht die Kontroverse prinzipiell fort, und es besteht kein Grund zu der Annahme, daß Abendroth sich heute von seiner 1958 gemachten Aussage trennen würde, "daß gesellschaftliche Institutionen - sowohl sozialökonomische Gegebenheiten, die der gesellschaftliche Arbeitsprozeß erzeugt, als auch politische Organisationen (wie der Staat) und Rechtsnormen, aber ebenso politische Theoreme - sich als verselbständigte Mächte über die Menschen erheben, die sie hervorgebracht haben und eine unabhängige Macht bilden. Solange diese Lage besteht, wird also die Aufgabe bestehen bleiben, den Menschen dadurch zum Herren seiner eigenen Geschichte zu machen, daß er diese Entfremdungs- und Verdinglichkeitserscheinungen erkennt und auflöst."²⁰

Dies signalisiert eine schärfere Gangart als die Gemeinsinn stiftende und solidarische Selbsthilfe-Kultur. Obwohl Abendroth immer die Bedeutung außerparlamentarischer Bürgerbewegungen unterstrichen hat und in ihnen selbst wie in den Bewegungen gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Notstandsgesetze und gegen die Berufsverbote aktiv gewesen ist. Anlässlich der Notstandspläne des Innenministers Schröder schrieb er 1958: "Nur die Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit, nur außerparlamentarische Kampagnen der Arbeiterorganisationen, der Sozialdemokratie und der Industriegewerkschaften, können die politischen Machtverhältnisse und das soziale Klima in der Bundesrepublik so stark verändern, daß die demokratischen Institutionen und Normen des Grundgesetzes gegen diesen Angriff gesichert bleiben."²¹ Dies waren notwendige Einsätze zur Verteidigung der Demokratie, in denen er allerdings nicht die Bewegung gesehen hat, mit der sich "der Mensch zum Herren seiner eigenen Geschichte" machen kann. Der Hinweis auf die "politischen Theoreme" bedeutet zudem, daß die Kontroverse zwischen Marxismus und bürgerlicher Theorie selbst immer noch Teil des Klassenkampfes ist, so wie sie als solcher zu Recht im 19. Jahrhundert bis weit in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts begriffen worden ist.

¹⁹ W. Abendroth, Ist der Marxismus "überholt"? a.a.O., S. 355f.

²⁰ W. Abendroth, a.a.O., S. 351.

²¹ W. Abendroth, Von der bürgerlichen Demokratie zur autoritären Diktatur, in: W. Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, hrsg. und eingeleitet v. Joachim Perels, Frankfurt/M./Köln 1975, S. 135ff., 138.

IV.

Hier ist einen Augenblick innezuhalten und die Frage zu stellen, inwieweit es zulässig ist, das immer zeitgebundene Denken eines Autors über seinen Tod hinaus zu beanspruchen, um es in den Auseinandersetzungen einer nie von ihm antizipierten Situation, konkret des Unterganges des sozialistischen Lagers, unverdrossen zu aktualisieren. Abendroths Denk-Einsatz war immer aktuell und konkret, davon zeugen alle seine Aufsätze, Kritiken und Gutachten. Er war aber auch zugleich historisch und allgemein auf die theoretische Erkenntnis der sozialen Entwicklungen und politischen Konflikte gerichtet. Auf dieser allgemein theoretischen Ebene bewegen sich seine Arbeiten sowohl zur wissenschaftlichen Grundlage seines Denkens wie zur politischen Theorie der gesellschaftlichen Konflikte und beanspruchen insoweit einen Erkenntnisgewinn und theoretische Dauer über den Anlaß hinaus.

Dies hat vor allem für seine Arbeiten zur Demokratiefrage und Verfassungsinterpretation zu gelten, die ihn seit den fünfziger Jahren beschäftigt haben. Sie basieren auf zwei Grundpositionen, die die spezifische Differenz seiner Demokratietheorie zur herrschenden in der Rechts- und Sozialwissenschaft wie in der Politik markiert. Die erste betont den unbedingten Zusammenhang von Demokratie und Sozialstaatspostulat, die zweite folgert daraus die Notwendigkeit der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems, in dem Herrschaft der "oligopolistischen Scheinkonkurrenz" durch eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung "im Interesse der Gesamtgesellschaft" ersetzt wird.²²

Demokratischer Fortschritt ist identisch und nur möglich mit dem Fortschreiten der politischen zur sozialen Demokratie, d.h. der Demokratisierung aller sozialen und wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft. Demokratie als nur politische Verfassung, die innerhalb der abstrakten Staatsform bleibt, reduziert sich gemeinhin auf den Parlamentarismus und seine institutionellen Formen der Gesetzgebung, Regierungskontrolle und Regierungsbildung unabhängig von dem Stand der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. "Die bloße Existenz einer demokratisierten parlamentarischen Verfassung bietet also noch keine Garantie friedlicher Fortentwicklung zu einer demokratischen Gesellschaft, weil niemand gewährleisten kann, daß die privilegierten Schichten die Rechtsordnung respektieren, wenn sie es für aussichtsreich halten, in ihrem Interesse die Rechtsordnung umzudeuten oder zu vernichten ... Das Parlament ist nur in dem Maße demokratisches Integrationsmittel, in dem es sich bewußt bleibt, lediglich die Koordinationsstelle und die Entscheidungseinheit der in sich

²² W. Abendroth, Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag, 1965, erneut abgedruckt in: W. Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a.a.O., 1975, S. 179ff., und mit einem Vorwort versehen in: Mehdi Tohidipur (Hrsg.), Der bürgerliche Rechtsstaat, Frankfurt 1977, S. 265ff.

demokratisch organisierten vielfältigen Kräfte der modernen Gesellschaft zu sein.²³

Das Sozialstaatspostulat ist deshalb nicht lediglich als äußeres Korrektiv des Rechtsstaatsprinzips zu verstehen, wie es seit Beginn der Kontroverse zwischen Abendroth und Forsthoff in der Staatsrechtslehretagung vorherrschend ist - zur sozialen Abfederung der kapitalistischen Auswüchse -, sondern als Inhalt der Demokratie, die alle Teile der Gesellschaft durchdringt. Also nicht nur Enklaven der Demokratie in einzelnen Initiativen, Selbsthilfenetzwerken und sozialen Gruppierungen, sondern vor allem Demokratisierung der zentralen Organisationen der Produktion und wirtschaftlicher Macht. Denn was nützt den "freien Assoziationen" und "lokalen Gemeinschaften" ihre Binnendemokratie, wenn in Zeiten der Krise die ökonomisch und politisch entscheidenden Instanzen in der Gesellschaft den erreichten Stand der Demokratie suspendieren. "Geraten in der Demokratie in Krisenperioden die Massen in Bewegung, so werden die Inhaber nicht demokratisch legitimierbarer ökonomischer Machtposition stets dazu neigen, die demokratische Organisation des politischen Gemeinwesens aufzuheben, um die bevorstehende Bedrohung ihrer Machtpositionen durch demokratische Willensbildung im Staate auszuschalten."²⁴ Er verweist auf die Erfahrungen 1922 in Italien, 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich und 1936 in Spanien.

Der markanteste Unterschied dieser ersten Grundposition Abendroths zur gesamten Demokratiedebatte im "Parlament" liegt in dem Anspruch der Demokratisierung, der sich auf alle Bereiche, Organisationen und Institutionen der Gesellschaft bezieht und vor allem die ökonomischen und politischen Machtzentren meint, die bei den Gemeinsinn-Theoretikern als Adressaten nicht mehr vorhanden sind.

V.

Abendroth war der erste und für lange Zeit einzige, der dieses Demokratiepostulat in der Verfassungsdebatte verankerte und konkret auf die Substanz des "demokratischen und sozialen Rechtsstaats" des Grundgesetzes übertrug: "Die konkrete Inhaltsbestimmung des Sozialstaatsmomentes im Dreiklang der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit in Art. 28 des Grundgesetzes kann also nur dahin verstanden werden, daß der demokratische Gedanke sich in rechtsstaatlicher Weise in die Wirtschafts- und Sozialordnung projiziert. Solange das nicht geschieht, bleiben alle drei Momente dieser Einheit im Fall einer sozialen Krise gleichmäßig in Frage

²³ W. Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe, 1954, in: W. Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a.a.O., S. 21ff., 28, 29.

²⁴ W. Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 1954, in: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie, a.a.O., S. 109ff., 124.

gestellt.²⁵ An anderer Stelle weist er 1965 darauf hin, daß in der juristischen Diskussion dieser Zusammenhang verloren gegangen ist - nicht aus Vergeßlichkeit, sondern um die Konsequenzen nicht ziehen zu müssen: "Aber es ist interessant zu sehen, daß - wie bei Forsthoff - die Formeln 'Sozialstaat' und 'sozialer Rechtsstaat' inzwischen jede Verbindung mit der Formel 'demokratischer und sozialer Rechtsstaat' verloren haben. Das Grundgesetz dagegen hatte diese beiden Momente sehr bewußt miteinander verbunden, um auszudrücken, daß der Begriff Sozialstaat nicht nur beliebige Ansprüche einzelner an die öffentliche Hand enthalte, sondern den Sinn habe, zu zeigen, daß eine Demokratie nur funktionieren könne, wenn sie sich in die Gesellschaft selbst hinein erstrecke und allen sozialen Schichten die gleiche Chance im Wirtschaftsprozess biete."²⁶ Er beklagt zu Recht, daß in der Rechtsprechung der obersten Gerichte lediglich die Formel "Sozialstaat" verwandt wird, nie aber vom demokratischen Sozialstaat die Rede ist.

Die Stoßrichtung seiner Verfassungsargumentation ist eine doppelte. Zunächst wendet sie sich gegen die immer wieder auftauchenden Tendenzen, dem Grundgesetz eine bestimmte Entscheidung für eine definitive, natürlich kapitalistische Eigentums- und Wirtschaftsordnung zu unterstellen. Diese Versuche haben auch nach der relativ frühzeitigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für die Neutralität des Grundgesetzes in Sachen Wirtschaftsverfassung nie aufgehört, die kapitalistische Marktwirtschaft verfassungsrechtlich für jede Veränderung (vgl. Art. 15 GG Sozialisierung) zu tabuisieren. Sodann plädiert er für eine Offenheit der Verfassungsordnung, die der demokratischen Willensbildung des Volkes keine Schranken setzt, die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst zur Disposition zu stellen.

VI.

Dies ist die zweite Grundposition seiner Demokratietheorie, die bei weitem Unverdaulichere von beiden, und dies nicht nur für seine politischen und wissenschaftlichen Gegner, sondern auch seine Genossen, die ihm 1959 bei der Diskussion um das neue Parteiprogramm darin nicht folgen wollten und ihn 1961 ausschlossen. Was Marx in seiner Sozialphilosophie entwickelt hatte, daß "die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und der Verfügungsverhältnisse an deren Produktionsmitteln als notwendige Konsequenz demokratischen Denkens" folge, sah Abendroth zugleich als deren Bedingung an: "Denn nur durch ihre Erweiterung von der politischen Demokratie zur sozialen, durch Unterwerfung der bisher - solange die privatkapitalistische Struktur der Wirtschaft unangetastet bleibt - kei-

²⁵ W. Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz..., a.a.O., S. 124.

²⁶ W. Abendroth, Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag, a.a.O., S. 192.

ner gesellschaftlichen Kontrolle eingeordneten Kommandostellen des ökonomischen Lebens unter die Bedürfnisse und den Willen der Gesellschaft, kann die Demokratie realen Inhalt gewinnen und ihre inneren Widersprüche überwinden.²⁷ Oder in der Sprache politischer Programmatik: "Die politische Demokratie kann in den Händen der Arbeitnehmer durch Änderung der Rechtsordnung, durch systematische Übertragung des Prinzips der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Willensbildung auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels des Gesetzes, zur sozialen Demokratie erweitert werden, in der der Staat seinen Unterdrückungscharakter verliert und sich in die planende gemeinsame Verwaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses durch die gleichberechtigten Glieder der Gesellschaft verwandelt."²⁸ Nirgendwo deutlicher als in diesem für die politische Praxis geschriebenen Programmentwurf warnte er vor der Tendenz zur faschistischen Entartung der bürgerlichen Demokratie, die in der spätkapitalistischen Gesellschaftsstruktur angelegt sei, und forderte die Aufhebung des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln und Wirtschaftsunternehmen.

Dies war bereits 1959 zuviel für die SPD, die mit ihrem Godesberger Programm endgültig Abschied vom Marxismus nahm. Um wieviel unerträglicher mußte diese Zumutung auf seine juristischen Kollegen wirken, wenn er obendrein begründete, daß das Grundgesetz einer solchen Programmatik nicht entgegenstehe, sie sogar ermögliche.²⁹ Die Kompromißlage der politischen Kräfte z.Zt. der Diskussion um das Grundgesetz erlaubte keine eindeutigeren Formulierungen in Richtung sozialistischer Demokratie, und die Sozialisierungsermächtigung in Art. 15 stand unter Entschädigungsvorbehalt. Selbst der allen Parteien unterstellte Antifaschismus fand nur unvollkommen Ausdruck in der Verfassung. Der 1949 schon in voller Blüte stehende Kalte Krieg, der sich gerade nicht verführerisch gestaltende Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR, worüber sich Abendroth nie Illusionen gemacht hat³⁰, und die forcierte privatkapitalistische Entwicklung der BRD haben später das Grundgesetz von Beginn an in einem bedingungslos und ausschließlich marktwirtschaftlich gewirkten Kleid erscheinen lassen, unter dem selbst Art. 15 obsolet geworden sein sollte. Verwechselt wird hier zweifellos die Schwäche der sozialistischen Kräfte, der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokraten und Kommunisten, denen es nicht gelang, die Logik der sozialen Demokratie im Grundgesetz auch in

²⁷ W. Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe, a.a.O., S. 24.

²⁸ W. Abendroth, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Programmentwurf 1959, in: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a.a.O., S. 407ff., 414.

²⁹ W. Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands, a.a.O., S. 109ff.

³⁰ Vgl. nur seine diesbezügliche Kritik in seinem Programmentwurf 1959 sowie Lisa Abendroth, Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ, in: Sozialismus 2/90, S. 24ff.

der Realität der Nachkriegszeit durchzusetzen. Abendroth wies vollkommen richtig darauf hin, daß das Grundgesetz selbst mit einer langen Periode der Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in die einer sozialen Demokratie rechnete, und dafür die dauernde Ermächtigung zum Eingriff in die Eigentumsordnung in der doppelten Form der Art. 14 und 15 zur Verfügung stellte. Das Grundgesetz fordert diese Eingriffe nicht, es überläßt es den gesellschaftlichen Kräften, die Möglichkeit zu realisieren - das war der Kompromiß.

VII.

Art. 15 Grundgesetz ist in der Tat nie in Anspruch genommen worden, und Forderungen dieser Art fehlen in der gegenwärtigen Demokratie- und Wertedebatte vollkommen. Sie scheinen am Horizont zukünftiger Entwicklung mitunter auf³¹, aber die Arbeiterbewegung - noch Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung bei Abendroth - fungiert nur noch als Objekt historischer Erinnerung.³² Es fällt zugegebenermaßen schwer, in der gegenwärtigen Restaurationsphase ein konkret definierbares historisches Subjekt auszumachen, welches in der Lage ist, die soziale Logik des demokratischen Fortschritts wirksam gegen das herrschende autoritäre Sozialmodell durchzusetzen. Abendroth wäre allerdings auch wohl mißverstanden, wenn er die Organisationen seiner Herkunft und seines Wirkens als Trägerinnen des Fortschritts verabsolutiert hätte. Schon 1965 sprach er von "jenen sozialen Schichten, die die große Majorität der Bürger stellen", von deren Bewußtseinsbildung und eigenem Handeln es abhängt, welchen Weg diese Gesellschaft gehen werde.³³ 1979 forderte er seinesgleichen, die "alten" Intellektuellen auf, "hier zwischen beiden Schichten, der industriell tätigen arbeitenden Klasse und der Intelligenz, auf Grund unserer Einsicht und Erfahrung zu vermitteln und immer wieder zu zeigen, daß nur gemeinsamer zäher Kampf um jede Einzelfrage (die nur dem Schein nach vereinzelt ist) gegen den gemeinsamen Feind, das Profitstreben der Monopole und die Restauration obrigkeitstaalichen Denkens im Staat, weiterhelfen" könne.³⁴

Statt Suche nach einem verloren gegangenen Subjekt bat die Bildung des Bewußtseins von den Klassegegensätzen und -interessen in der gegenwärtigen Gesellschaft zu treten. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und soziale Basisorganisationen spielen dabei eine Rolle, vor allem als Adres-

³¹ Vgl. Michael Th. Greven, Demokraten fallen nicht vom Himmel, in: Das Parlament, a.a.O., S. 3.

³² Vgl. Helmut Dubiel, Der Konflikt als Medium der Identität, in: Das Parlament, a.a.O., S. 4.

³³ W. Abendroth, Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1965, S. 72ff.

³⁴ W. Abendroth, Haben wir "Alten" noch etwas zu sagen? Sind wir zornig? in: Axel Eggebrecht (Hrsg.), Die zornigen alten Männer, Reinbek 1979, S. 143ff., 160.

saten für die Einsicht, daß ihre Enklaven der Demokratie ohnmächtig gegenüber den unveränderten Institutionen der Wirtschaft und des Staates bleiben und ihre Modelle der Gruppensolidarität und lokalen Gemeinschaften nicht selbsttätig die bis dahin demokratieresistenten Bastionen der Gesellschaft durchdringen und zu einer "Zivilgesellschaft größerer sozialer Dichte" umformen. Dazu bedarf es eines langen Weges der Reformen, die allerdings über die Selbstkonstitution hürgerlichen Gemeinnsinn und solidarischer Basisinitiativen hinaus radikaler "das Perzziel der Umstrukturierung der gesamten Wirtschaftsgesellschaft ... ansteuern müssen".³⁵

Es klingt etwas altmodisch nach dem Scheitern des ersten Versuches, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, wenn wir heute Abendroths Schlußsätze aus seinem Aufsatz "Demokratie als Institution und Aufgabe" von 1954 wieder hervorholen: "Mit umfassendem Plan, im vollen Bewußtsein des ganzen Problems, können in dieser Auseinandersetzung nur die Sozialisten auftreten. Denn allein sie gehen von einem Denken aus, das die Einheit aller gesellschaftlichen Prozesse mit der Zielsetzung umfaßt, in ihnen die gleichberechtigte Teilhabe aller, die Demokratie zum Durchbruch zu bringen. Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird."³⁶ Abgesehen davon, daß Abendroth diese Sätze auch für die heutige Zeit noch für gültig erklären würde - zu oft hat er sie in anderen Worten wiederholt -, sprechen die Erfahrungen mit den nicht minder gescheiterten Solidaritätsversprechen der hürgerlichen Gesellschaft dafür, daß er auch in diesem Punkt seiner Demokratietheorie Recht haben könnte - weswegen er eben auf keinen Fall zur "Parlament"-Debatte eingeladen worden wäre.

³⁵ W. Abendroth, Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag, a.a.O., S. 200.

³⁶ W. Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe, a.a.O., S. 32.

Werner Goldschmidt

Kein Sozialismus ohne Demokratie

Anmerkungen zum Verhältnis von Demokratie, Menschenrechten und Sozialismus bei den 'Klassikern' des Marxismus

In einem Interview mit der italienischen Zeitschrift *Panorama* bat Noam Chomsky vor einiger Zeit die These vertreten: "Wenn 'links' das ist, was es traditionell bedeutet, dann ist der Zusammenbruch des bolschewistischen Systems ein Triumph für die Linke, der sich nun Möglichkeiten eröffnet, die unter diesem tyrannischen System seit 1917 begraben waren."¹ Chomsky macht es sich gewiß zu leicht. Zumindest für Europa gilt, daß die gesamte Linke, einerlei ob sie sich als 'sozialistisch' oder 'kommunistisch' begreift oder auch nicht, von diesem zweifelsfrei weltgeschichtlich bedeutsamen Vorgang betroffen ist. Wie immer man zu dem nun weitgehend verschwundenen System des 'Realsozialismus'² steht oder gestanden hat, man wird um das Faktum nicht herumkommen, daß es über viele Jahrzehnte hinweg als eine sozial-politische Erscheinungsform der 'Linken an der Macht' angesehen wurde und vielfach - vor allem natürlich von der hieran interessierten Rechten - noch immer angesehen wird. Das Bild 'der Linken' wird jedenfalls ganz gewiß noch auf lange Zeit auch durch die Erfahrung mit dem 'Realsozialismus' geprägt sein. Daher bleibt für 'die Linke', und ganz besonders natürlich für 'die Sozialisten' in ihr, die Beantwortung der Frage nach dem Wesen des gescheiterten Regimes und den Gründen seines Untergangs unumgänglich. Sie ist eine der notwendigen Voraussetzungen für jene 'Möglichkeiten', von denen Chomsky spricht. Hic Rhodus, hic salta.

Über die Ursache des Scheiterns³ des 'realen Sozialismus' ist auch in dieser Zeitschrift viel geschrieben worden. Interne und externe, objektive und subjektive, materielle und ideelle Faktoren, Strukturen und Ereignisse wurden vergleichsweise komplex erörtert, die Notwendigkeit wie die Kontingenz des historischen Scheiterns wurden ebenso behauptet wie 'bewiesen' oder 'widerlegt'. Die schlichteste These - ich sage nicht, daß sie die falscheste ist - wurde wohl von Erich Hahn vorgetragen: "Der Sozialismus ist an der Überlegenheit des kapitalistischen Weltsystems gescheitert."

¹ Zit. n. N. Bobbio, 1994, 28.

² Ich verwende hier bewußt die Eigenbezeichnung dieses Systems durch seine praktischen und theoretischen Repräsentanten. Damit will ich nicht etwa sagen, daß es sich um wirklichen Sozialismus gehandelt habe; der ganze Beitrag beruht vielmehr auf der gegenteiligen Überzeugung. Ich verwende diesen Terminus dennoch, weil jede andere Bezeichnung, wie etwa 'Staatsozialismus', 'Monopolsozialismus' etc. eine theoretische Bewältigung der Problematik unterstellt oder suggeriert, die m.E. noch keineswegs geleistet ist.

³ Ich rede hier nicht von 'Zusammenbruch', denn der Zusammenbruch der Jahre 1985/1989ff. war bloß die Folge eines langen - keineswegs kontinuierlichen - Scheiterns in den vorangegangenen Jahrzehnten.

(Z 12, 22) So trivial diese Einsicht auch klingen mag, so wenig tautologisch ist sie dennoch; denn Hahn beneunt immerhin auch die Momente, in denen sich nach seiner Auffassung das kapitalistische System als überlegen erwiesen hat: die mangelhafte Entwicklung der Produktivkräfte im 'Realsozialismus' und seine Unfähigkeit, Demokratie zu verwirklichen.⁴

Ich würde jedoch noch einen Schritt weitergehen in der Verallgemeinerung des Befundes von Hahn n.a. Alle genannten Momente des Scheiterns (das ökonomische, das politische, bei Hahn klingt noch das kulturelle Moment an) sind m.E. nämlich bloß spezifische Erscheinungsformen eines einzigen Grundproblems, das den sozialistisch-kommunistischen Revolutionsversuchen in diesem Jahrhundert von allem Anfang an begleitet hat, und das nie gelöst worden war bzw. ist: nämlich die Aufgabe, ökonomische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und politische Demokratie gleichermaßen zu verwirklichen; und in dem Maße, wie diese notwendig zusammengehörenden Momente auseinandergerissen wurden, scheiterten sie schließlich allesamt. Indem ich auf dem Zusammenhang der unterschiedlichen Momente insistiere, möchte ich zugleich betonen, daß ich hierin das politische Moment für das Übergreifende, den Zusammenhang berstellende oder eben darin scheidende Moment halte. Kurz gesagt, die mangelhafte Entwicklung und schließlich vollkommene oder weitgehende Negation der politischen Demokratie bestimmte in letzter Instanz, m.E., aber notwendig, dann auch das Scheitern der sozialistischen Ökonomie⁵ wie der Herstellung sozial gerechter Verhältnisse.

Damit ist freilich die Frage nach den Gründen des Scheiterns natürlich noch nicht beantwortet, sondern nur verschoben. Warum ist es nicht gelungen, eine sozialistische Demokratie zu errichten? Meine These lautet: Unabhängig von allen historischen und praktischen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in der revolutionären und vor allem in der nachrevolutionären Periode, ist die relative Vernachlässigung bis hin zur Negation des Problems der politischen Demokratie und der politischen Menschenrechte - gegenüber den sozialen und ökonomischen Fragen in Theorie und Praxis ein wesentliches Merkmal des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht erst seit Lenin (I) und seinen sich auf ihn berufenden Nachfolgern, sondern schon bei den Gründern Marx und Engels (II).

⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt übrigens M. Kossok (im gleichen Heft von Z). Kossok fügt freilich noch ein weiteres Moment hinzu, "die Nichtlösung der nationalen Frage, die in gewisser Weise auch eine koloniale Frage war, angesichts der großrussisch dominierten imperialen Strukturen." (Z 12, 14)

⁵ Wenn ich hier auf den Mangel an ökonomischer Demokratie verweise, dann meine ich damit nicht unbedingt nur das Fehlen oder das mangelhafte Funktionieren eines Marktes (Preissystems etc.), sondern auch und vor allem das Fehlen einer wirklich demokratischen Planung. Für die Entwicklung der Produktivkräfte (im umfassenden Sinne, d.h. also auch der menschlichen Produktivkräfte) gilt analoges.

I

Bleiben wir aber zunächst noch bei Lenin⁶, denn es gibt m.E. keinen Zweifel daran, daß mit ihm der angedeutete Mangel gegenüber Marx und Engels eine neue Qualität erlangt hat, wenngleich damit noch bei weitem nicht der Höhepunkt erreicht war.⁷

Schon Rosa Luxemburg bat in ihrer unvollendeten und wohl auch unvollkommenen Analyse 'Zur russischen Revolution' (vgl. RLGW 4, 332ff.), das Hauptproblem von Lenins Politik in der Revolution m.E. durchaus korrekt benannt. Luxemburg ist sich mit Lenin - und damit gegen die Menschewiki, Kautsky u.a. - darin einig, daß die im Februar 1917 begonnene Revolution schon nach wenigen Monaten vor der Alternative 'Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats' (a.a.O., 339) stand, und sie erklärt sich auch mit Lenins Losung 'Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums' einverstanden, weil damit zugleich "die berühmte Frage nach der 'Mehrheit des Volkes' gelöst" (a.a.O., 341) worden sei. Allerdings lediglich potentiell. Tatsächlich, so Luxemburg, legten die Bolschewiki "gegenüber der Konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz, dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen ... eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag. ... [Obwohl] es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande, ... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt ..." (a.a.O., 347).⁸ Aus diesem Grunde wird ihre Kritik an der bolschewistischen Politik - bei aller Anerkennung der schwierigen Umstände - schließlich doch prinzipiell: "Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. ... Sie (die sozialistische Demokratie - WG) ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt.

⁶ Dies ist keine systematische Untersuchung von Lenins Demokratie-Verständnis, eine solche müßte nicht nur die Ebene der Staates umfassen, sondern darüberhinaus vor allem auch die Parteitheorie thematisieren, wovon hier gar nicht die Rede sein wird. Die folgenden Ausführungen betreffen daher auch nur eine, wenngleich besonders wichtige Seite der Leninschen Demokratieauffassung.

⁷ Ich gehe hier auf das unter der Führung Stalins errichtete despotische Herrschaftssystem nicht ein, das gegenüber der revolutionären, vorwiegend durch Lenin geprägten Periode, in jeder Hinsicht einen Bruch darstellt. Aber die Tatsache, daß der Stalinismus möglich war, verweist auf ungelöste Probleme des sozialistischen Aufbaus in der vorausgegangenen Periode.

⁸ Die in diesem Zusammenhang von Rosa Luxemburg nun ihrerseits geäußerte Geringschätzung des "Selbstbestimmungsrechts der Nationen" zeigt freilich auch die spezifischen Grenzen ihres Demokratieverständnisses.

Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein ..." (a.a.O., 363) In diesen Kontext gehört dann auch die berühmte Randbemerkung: "Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit, Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der 'Gerechtigkeit', sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die 'Freiheit' zum Privilegium wird." (a.a.O., 359, Fn 3)

Die negative Bewertung einiger der wichtigsten politischen Maßnahmen der Bolschewiki zu Beginn der Revolution durch Rosa Luxemburg, ist von den Anhängern Lenins, darunter auch Georg Lukács heftig kritisiert worden; und obwohl der 'Linksradikalismus' des jungen Lukács von den Bolschewisten alsbald nicht minder kritisiert worden ist, drückte er doch deren Meinung korrekt aus, wenn er das als 'spontaneistisch' bezeichnete Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs im Namen einer angeblich revolutionären, in Wirklichkeit aber voluntaristischen Dialektik verurteilt. Hinsichtlich des Freiheitsproblems betont Lukács: "Die Freiheit kann (ebensowenig wie etwa die Sozialisierung) einen Wert an sich darstellen. Sie hat der Herrschaft des Proletariats, nicht aber diese ihr zu dienen." (GLW 2, 469) Lukács schreibt dies wohlgerne nicht etwa 1917 oder 1918, sondern im Januar 1922. In bewußter Reflexion der Ereignisse von 'Kornilow bis Kronstadt' behauptet er pauschal den 'gegenrevolutionären' Charakter der Stellungnahmen der anderen 'Strömungen der Arbeiterbewegung' - an deren Freiheit Rosa Luxemburg vorrangig gedacht hatte!

Natürlich ist es unübersehbar, daß die sozialistische Revolution in Rußland von allem Anfang an vor ungewöhnlich schwierigen Aufgaben stand, die sich nach dem Ausbleiben der 'Revolution im Westen' noch weiter auf türmten. Es ist aber falsch, oder besser unzulänglich, wenn die Hauptschwierigkeiten allein oder vorwiegend in der ökonomisch-technischen Rückständigkeit des Landes gesehen werden und dabei die politische und kulturelle Rückständigkeit des Volkes, der Bauern wie des Proletariats, vergessen wird. Wenn meine These richtig ist, so war es dieses Problem, welches die Lösung der Probleme des ökonomisch-technischen Rückstandes zusätzlich belastete. Lenin hat die politisch-kulturelle Problematik zu Beginn der Revolution, vor allem aufgrund seiner unzulänglichen Konzeption in Bezug auf die Entstehung und Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins und der Rolle der Partei, unterschätzt, und als er deren Dimension in den 20er Jahren allmählich zu begreifen begann, war es wahrscheinlich objektiv, in jedem Fall aber subjektiv für ihn selbst zu spät.

Die politische und kulturelle Entwicklung, oder meinetwegen auch 'Erziehung' der russischen Volksmassen konnte unter den gegebenen Bedingungen nur als 'Selbsterziehung' erfolgreich sein. Es war ausgerechnet der späte Lukács, der dieses Problem und die einzige Möglichkeit seiner Lösung am klarsten ausdrückt. "Das Organon dieser Selbsterziehung

des Menschen - welthistorisch angesehen: Selbsterziehung zum wirklichen Menschsein im Sinne von Marx - ist die *sozialistische Demokratie*."⁹ Von daher war es für die ganze weitere Entwicklung entscheidend, wie die Problematik der sozialistischen Demokratie von den bolschewistischen Führern der Revolution, und d.h. insbesondere von Lenin, theoretisch begriffen und praktisch bewältigt wurde.

Tatsächlich hatte Lenin sein Politik-, Staats- und Demokratieverständnis im unmittelbaren Vorfeld der Oktoberrevolution relativ breit expliziert und sich vor allem in der systematisch angelegten Schrift "Staat und Revolution" (vgl. LW 25, 395-507) als strenger Marxist auszuweisen gesucht. Man muß kein Hermeneutiker sein, um zu begreifen, daß jede - auch noch so genaue - Lektüre eine Interpretation ist. Die Vorstellung einer 'reinen', ahistorischen Rekonstruktion der Gedanken eines klassischen Autors ist bloße Illusion. Stets handelt es sich also bei solchen Rekonstruktionen (hier also bei der "Wiederherstellung der wahren Marx'schen Lehre vom Staat" durch Lenin, vgl. LW 25, 397) tatsächlich um Argumentationen für eine bestimmte Position in der mehr oder minder polemischen Auseinandersetzung mit anderen (hier vor allem der Kantskys), die der Interpret in der jeweiligen historischen Situation für angemessen hält, und er bedient sich dabei u.a. auch der Autorität, die der Klassiker bei dem Publikum tatsächlich oder vermeintlich besitzt. Aber die Autorität des Klassikers ersetzt niemals die Notwendigkeit einer eigenen Anstrengung zur Analyse der konkreten Situation.

Dessen war sich Lenin selbstverständlich bewußt, als er im August-September 1917 "Staat und Revolution" schrieb. Hinzu kommt, daß gerade Lenin, mit vollem Recht, als einer der ganz großen Meister der politisch-praktisch orientierten Situationsanalyse gilt.¹⁰ Daraus folgt die an und für sich triviale, aber angesichts der verbreiteten Verwirrung für unsere Fragestellung durchaus wichtige Feststellung, daß es sich bei "Staat und Revolution" um eine genuin Leninsche Schrift handelt, die die politisch-theoretische Position ihres Autors in der konkret-historischen Situation unmittelbar vor der Oktoberrevolution wiedergibt, und die letztlich nur aus dieser spezifischen Konstellation zu begreifen ist; auch wenn im Untertitel von der "Lehre des Marxismus" und den "Aufgaben des Proletariats in der Revolution" die Rede ist. Gerade der zuletzt genannte Aspekt verweist auf den spezifischen Charakter des Textes als einer politischen Kampfschrift, deren Funktion vorwiegend darin besteht, die Gegner der Leninschen Position innerhalb der Arbeiterbewegung (theoretisch also vor allem Kautsky und die Menschewiki) mit dem Rückgriff auf die Autorität der marxistischen Klassiker zu schlagen. Darüberhinaus aber geht es Lenin darum, die

⁹ G. Lukács, Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M. 1987, S. 42. Lukács erkennt aber auch in diesem Zusammenhang immer noch die Unzulänglichkeiten der Leninschen Konzeption.

¹⁰ Vgl. Lukács, Lenin, in: GLW 2, 519ff. Wo freilich auch schon Elemente der späteren Lenin-Hagiographie zu finden sind.

Leser auf die bevorstehenden revolutionären Aktionen und Maßnahmen, insbesondere auf die Notwendigkeit der Anwendung revolutionärer, bewaffneter Gewalt einzustimmen - notfalls nicht nur gegen die eigentlichen Klassengegner, sondern auch gegen Teile der sich widersetzenden, also oppositionellen und dann als objektiv¹¹ 'konterrevolutionär' einzustufenden Arbeiterbewegung selbst. Diese einstimmende, d.h. die innere Bereitschaft für revolutionäre und insbesondere auch gewaltsame Aktionen vorbereitende, Funktion des Textes wird durch das - im Abstand zur Situation unübersehbare - rhetorische Stilmittel einer sich wiederholenden und dabei steigenden Dramatisierung geleistet. An kaum einer Stelle dieser Schrift zeigt sich Lenin hingegen der o.a. Probleme der politisch-kulturellen 'Selbsterziehung' des Volkes als einer aktuellen Aufgabe der Revolution bewußt. Wenn überhaupt, so schien ihm dies allenfalls als ein Problem der Zukunft. (Absterben des Staates, Gewöhnung der Massen an die Selbstverwaltung, vgl. etwa LW 25, 468ff.).

Ich gebe hier nur einige Beispiele von Äußerungen Lenins zur Demokratieproblematik, vorwiegend aus "Staat und Revolution", die sich jedoch aus den Schriften der unmittelbaren Revolutionsperiode fast beliebig erweitern ließen.

Zur bürgerlichen Demokratie: "In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats ... wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben." (LW 25, 476) Kurz, die Demokratie ist entweder (als bürgerliche) Betrug, oder (als proletarische) vorübergehend notwendiges Instrument, schließlich ist sie (als kommunistische) dadurch vollendet, daß sie abstirbt.

Zur demokratischen Republik: Jeder Staat, weil nach Marx und Engels, organisierte, politische Form der Klassenherrschaft wird bei Lenin eben dadurch seinem eigentlichen Wesen nach zur 'Diktatur' (vgl. LW 28, 479). In dieser Version wird ihm aber zugleich die Unterscheidung der verschiedenen Staatsformen sekundär, relativ unwichtig und schließlich nichtig. Betrachten wir dies ganz kurz an Lenins Reflexionen über die bürgerlichen Staatsformen. "Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*." (LW 25, 425) Deshalb gilt für Lenin auch die 'demokratische Republik' - ein Ausdruck, den Marx und Engels mehrfach verwenden - als die "denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus ... und daher begründet

¹¹ Und ggf. auch subjektiv, man denke an den alsbald formulierten Vorwurf des 'Renegatentums' etwa gegen Kautsky. Vgl. LW 28, 225-327.

das Kapital, nachdem es (...) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß der Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann." (LW 25, 405) Es liegt daher nahe, gerade diese Staatsform und die mit ihr offenbar auch bei nicht geringen Teilen des Proletariats verbundenen 'Illusionen' ganz besonders heftig zu kritisieren. Wenig später muß Lenin freilich einräumen, daß Engels selbst gerade jene demokratische Republik verteidigt, weil sie ihm als der denkbar beste Kampfplatz für das Proletariat galt. Tatsächlich war Engels aber noch viel weiter gegangen. 1891 erklärte er nachdrücklich: "Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, ..." (MEW 22, 235)

Zum Wahlrecht (stellvertretend für das System der politischen Bürgerrechte): "Es muß ... hervorgehoben werden, daß Engels das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet." (A.a.O.) Für diese Behauptung findet sich bei Lenin freilich kein Beleg. Tatsächlich bezeichnet Engels das allgemeine Wahlrecht in der anschließend von Lenin zitierten Stelle vielmehr als "Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im beutigen (!) Staat ..." Dieses Zitat besagt nun aber offenkundig etwas ganz anderes, als was Lenin ihm unterschiebt. Es ist klar, daß die von Rosa Luxemburg kritisierte Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts etc. durch die Bolschewiki, sich auf solche ausschließlich Lenin zuzurechnenden Thesen, nicht jedoch auf Engels oder Marx stützen kann. Um nur einen von vielen möglichen, für den zwischen Lenin und Luxemburg strittigen Punkt aber treffenden Vergleich mit Marx heranzuziehen: "Die Kommune (Lenin bezieht sich bekanntlich selbst gerne auf die Pariser Kommune - WG) bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. (Später heißt es noch, daß diese Räte "an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden" sein sollten. WG) Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse." (MEW 17, 339) Die Kommunarden haben nun das allgemeine Wahlrecht weder eingeschränkt noch manipuliert, wie es die Bolschewiki tatsächlich getan haben. Marx kritisiert an ihnen vielmehr, daß sie es nicht weiter ausgedehnt haben, z.B. auf die Wahl der kommunalen Amtsträger. "Nichts [konnte] dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen." (MEW 17, 340)

Wer nun aber sagt, auch Lenin habe die Entziehung des Wahlrechts und der übrigen politischen Rechte 'für die Ausbeuter' - so dem Sinne nach in der Verfassung von 1918, in Wirklichkeit waren allerdings noch ganz andere gesellschaftliche Schichten und politische Gruppen betroffen - als eine "rein russische Prage und nicht eine Frage der Diktatur des Prole-

tariats überhaupt" angesehen, wie das Lenin in seiner Anti-Kautsky-Schrift mehrfach wiederholt hat (vgl. LW 28, 254f.), der weiß nicht oder verschweigt, daß Kautsky ihm die folgende Leninsche Äußerung vorgehalten hatte: "Diktatur des Proletariats ist ein *wissenschaftlicher* Terminus, der die Klasse bestimmt, um die es geht, und der die besonder Form der Staatsmacht festlegt, die man Diktatur nennt, nämlich eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und *nicht auf Wahlen* stützt, sondern *unmittelbar auf die bewaffnete Macht* dieses oder jenes Teils der Bevölkerung." (LW 25, 54. Hervorh. WG) Erst später, nachdem das Wahlrecht eingeschränkt und Kautsky ihm den Gegensatz zwischen der zitierten Marxschen und der Leninschen Position vorgehalten hatte, nahm Lenin die Aussagen über die Wahlen und die Bedeutung der bewaffneten Macht im *wissenschaftlichen* Begriff der Diktatur stillschweigend zurück und versuchte sie als eine rein taktische Frage darzustellen.

Zum Begriff der Diktatur: "Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist." Dies sei - so Lenin gegen Kautsky - eine für jeden Marxisten unbestreitbare, einfache Wahrheit, "die so klar ist wie der lichte Tag." (LW 25, 234f.) Hier fehlt also nur der Hinweis, daß sich die Diktatur "nicht auf Wahlen", sondern "unmittelbar auf die bewaffnete Macht" stütze (vgl. oben).

Ich betone nochmals, daß Lenin, freilich erst gegen Ende seines Lebens, den Mangel an demokratischen Strukturen und die Realität der bürokratischen Herrschaftsform in der noch jungen Sowjetunion als die größte Gefahr für den Aufbau des Sozialismus erkannt hat.¹² Aber hier rächte sich dann die zuvor stets propagierte instrumentalistische Auffassung von Demokratie. Wer Demokratie als bloße Form bzw. als bloßes Instrument gegenüber einem davon unterschiedenen Inhalt oder Zweck, nämlich der Herrschaft der Arbeiterklasse bzw. dem Sozialismus/Kommunismus ansieht, und damit den inneren, notwendigen Zusammenhang beider Momente auflöst, ihn vielmehr sogar explizit als äußerlich und daher akzidentiell behandelt, kann schließlich die Demokratieproblematik niemals - auch nicht in einer durchaus anderen Situation - glaubhaft als entscheidende Frage bestimmen.¹³

¹² Vgl. zu einer etwas ausführlicheren Darstellung dieser Einschätzung: Goldschmidt, 1990, 782ff.

¹³ Das russische Proletariat und darüberhinaus das ganze Volk war gegenüber den permanenten taktischen oder strategischen Wendungen seiner politischen und ökonomischen Führung - mal wurde Gewalt gefordert, mal demokratische Initiative, mal Disziplin, mal spontanes Schöpferum usw., usw. - tatsächlich schon längst vor der Mitte der 20er Jahre politisch weitgehend lethargisch und damit schließlich 'reif' für die Stalinsche Machtübernahme geworden.

Die inhaltliche Analyse der o.a. Textbeispiele erweist Lenins Betonung des *unmittelbaren* Gewaltcharakters¹⁴ allen staatlichen und politischen Handelns, und des Instrumentalismus jeder politischen Form(bestimmung). Wenn ich nun zugebe, daß Lenins Interpretation zwar einerseits nur kontextabhängig zu begreifen, zugleich aber einräume, daß sie nicht prinzipiell als willkürlich oder gar verfälschend abzutun ist, so heißt dies nur: Die Marx/Engelssche Auffassung dieser Problematiken ist selbst - wenngleich sicher nicht mit der Leninschen identisch - so doch zumindest mehrdeutig, und daher auch situativ im Sinne Lenins deutbar. Gewiß, es gibt auch andere Seiten bei Marx und Engels. Kautsky hat seinerseits, wie oben angedeutet, kaum eine dieser 'demokratischen' Stellen ausgelassen, die uns Lenin verschweigt oder umbiegt, bzw. über die er hinweggeht, aber die von Lenin herangezogenen 'Stellen' sind bei Marx und Engels keineswegs weniger wichtig. Freilich sind dafür dann eben auch Marx und Engels zu kritisieren, oder vielleicht wäre es besser zu sagen, kritisch zu lesen.

II

Die Schwierigkeiten einer knappen Darstellung der Demokratie- und Menschenrechtsauffassung bei Marx und Engels¹⁵ sind von ganz anderer Art als bei Lenin. Es handelt sich dabei nicht so sehr um sich rasch wandelnde politische Bewertungen, als vielmehr um die Problematik der Darstellung einer erst entstehenden theoretischen und politischen Position, so daß stets die Frage nach der theoretischen 'Reife' der jeweiligen Aussagen auftritt.¹⁶ Man hat die Entwicklung von Marx in den hier zu untersuchenden Fragen häufig als Entwicklung von der radikalen, über die revolutionäre Demokratie zum proletarischen Sozialismus und Kommunismus beschrieben.¹⁷ Für unsere Fragestellung ist es nun entscheidend, wie diese Entwicklung zu verstehen ist, entweder als radikaler 'Bruch' oder als - freilich diskontinuierliche - 'Weiterentwicklung'? Tatsächlich lassen sich jedoch für beide Lesarten bei Marx Belege finden.

Der junge Marx begann seine praktisch-politische Tätigkeit bekanntlich als Redakteur der bürgerlich-radikalen "Rheinischen Zeitung". Pressefreiheit,

¹⁴ Die Leninsche Formel von "unmittelbarer Gewaltanwendung" will offenbar die Anwendung gesetzloser, physischer Gewalt miteinschließen. Vgl. weiter unten zum Marxschen Gewaltbegriff.

¹⁵ Ich lasse Engels im Folgenden beiseite, zumal ich der Auffassung bin, daß die Differenzen beider, falls sie tatsächlich vorhanden sein sollten, zumindest in dieser Frage nicht sehr bedeutsam sind.

¹⁶ Wobei unabhängig von dem jeweils unterstellten Entwicklungsmodell ("Kontinuität", "Bruch", "Stadien") zumeist unbewußt vorausgesetzt wird, daß die späteren Aussagen den jeweils früheren überlegen, und in diesem Sinne 'reifer' sind. Eine Annahme, die freilich keineswegs zwingend ist. Natürlich können ursprüngliche Einsichten verloren gehen, fallen gelassen werden, weil man anderen Fragen nachgeht usw. Die genauere Analyse des Marx/Engelsschen Werkes würde m. E. eine Vielzahl solcher Aspekte aufweisen.

¹⁷ Klassisch bei Lukács, 1967, 547ff., vgl. auch Goldschmidt, 1982, 56ff. und Goldschmidt, 1990, 775ff.

Volkvertretung und Volkssouveränität sind Forderungen, die Marx darin in hisweilen fast pathetischer Sprache formuliert, und die ihn als einen unterschiedenen Demokraten ausweisen. Im beständigen Kampf mit der preußischen Zensur beweist er darüberhinaus in ausführlichen und engagierten Artikelserien, daß er eine hohe Sensibilität für die 'soziale Frage' entwickelt hat, ohne aber deren inneren Zusammenhang mit den politischen Fragen hier schon grundsätzlich erörtern zu können. Die eigentümliche Ambivalenz der Marxschen Demokratieauffassung, wie übrigens seines Politik-¹⁸ (und Rechts-¹⁹)verständnisses überhaupt tritt aber schon wenig später hervor. In dem Manuskript zur "Kritik des Hegelschen Staatsrechts" von 1843 (vgl. MEW 1, 203-333), das er nach dem Verbot der "Rheinischen Zeitung" ausarbeitet, findet sich schon die Unterscheidung zwischen einer bloß 'formellen' Demokratie (z. B. in den nordamerikanischen Republiken) und der 'wahren' Demokratie. In der 'wahren' Demokratie ist die Trennung des Menschen von der Gesellschaft, der Gesellschaft vom Staat, d.i. die Trennung der Politik von der 'sozialen Frage' aufgehoben, in ihr gilt neben dem 'formellen' Prinzip der abstrakten Gleichheit, das 'materielle' Prinzip: "der sozialisierte Mensch". Die wahre Demokratie ist "Inhalt und Form", "das formelle Prinzip [ist in ihr - WG] zugleich das materielle Prinzip. Sie ist daher erst die wahre Einheit des Allgemeinen und Besondern." (MEW 1, 231) Es ist nun ganz wichtig festzuhalten, daß Marx hier zwar die Einseitigkeit der formellen Demokratie kritisiert, daß es ihm aber nicht etwa einfällt, die materielle Demokratie der formellen abstrakt entgegenzustellen. Vielmehr ist ihm die wahre Demokratie eine *Erweiterung* und zugleich *Vertiefung* der formellen Demokratie um das 'materielle Prinzip'; beide Momente gehören notwendig zusammen und machen erst in ihrer Einheit die wahre Demokratie aus.

Die weitere Entwicklung der Marxschen Staats-, Politik- und Demokratieauffassung ist nunmehr doch entscheidend von der Hegelschen Fixierung des Politischen an die formelle Seite des Staates, die Verfassung, das Recht usw. geprägt, und nicht vom Begriff der 'wahren Demokratie' eines sittlichen und praktischen Ganzen, so daß die Trennung von Staat und Gesellschaft, wie Marx sie nicht nur in der Hegelschen Theorie, sondern vor allem in der zeitgenössischen Realität der fortgeschrittenen Staaten (Nordamerika, Frankreich) wiederfindet, von ihm zunächst als empirischer Ausgangspunkt anerkannt wird. Tatsächlich stellt die durch die Revolutionen in diesen Ländern herbeigeführte Trennung vom Standpunkt der Emanzipation des Individuums (rechtliche und politische Gleichheit) gegenüber der feudalen Einheit des Ancien Régimes (auf der Basis der Ungleichheit, des Privilegs usw.) nach Marx einen unübersehbaren historischen Fortschritt dar. Freilich erkennt er, anders als Hegel, den 'gegenwärtigen Weltzustand' keineswegs als das 'Ende der Geschichte' an.

¹⁸ Vgl. Goldschmidt, 1990.

¹⁹ Vgl. Klenner, 68ff., 79ff.

In den Texten "Zur Judenfrage" und "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung" untersucht Marx, vorläufig noch auf der Ebene der philosophischen Abstraktion, die spezifischen Grenzen der bürgerlichen Emanzipation und die Bedingungen (insbesondere das Subjekt) ihrer Überwindung. Das Ergebnis ist weithin bekannt. "Zur Judenfrage" enthält eine brillante Kritik der bürgerlichen Menschenrechtskonzeption, auf die hier in ihren Einzelheiten nicht eingegangen werden kann. Aber man muß diesen Text schon sehr genau lesen, um zu begreifen, daß die Marxsche Kritik keine abstrakte Negation der Rechte des Menschen schlechthin, sondern eine bestimmte Negation der Rechte des egoistischen, des von den anderen Menschen getrennten, kurz des im ökonomischen Sinne bürgerlichen Menschen enthält. Marx versucht zu zeigen, daß der Kern der bürgerlichen Menschenrechtskonzeption in dem staatlichen Schutz des privaten Eigentumsrechtes, als dem Dreh- und Angelpunkt aller übrigen Rechte, besteht. Und indem die liberalen Verfassungen den modernen Staat auf diese Funktion reduzieren, machen sie ihn zum Instrument der besitzenden Klassen.²⁰

Der von unserer Fragestellung her allerdings wesentlichste Mangel an Marx' Kritik der bürgerlichen Menschenrechte im Text "Zur Judenfrage" bleibt die Tatsache, daß er die i.e. Sinne politischen resp. Staatsbürgerrechte nur unzureichend analysiert, obwohl gerade sie - genauer, die Auseinandersetzung um die Religionsfreiheit in Preußen - der äußere Anlaß für seine Schrift waren. Indem Marx hier nämlich die politischen Staatsbürgerrechte als bloße Anhängsel der privaten Menschenrechte, und d.h. vor allem des Eigentumsrechtes, behandelt, vernachlässigt er die Analyse der relativen Besonderheit der politischen Sphäre gegenüber der ökonomischen.

Der oben erwähnte Text "Zur ... Einleitung" bringt gegenüber dem von Marx bisher erreichten Standpunkt vor allem einen Fortschritt in der Identifizierung des sozialen Subjekts der Überwindung der Trennung usw., oder wie es später rationeller heißt, der Ausbeutung und Herrschaft. Marx findet im Proletariat diejenige Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, in der das gesamte Elend, Leid dieser Gesellschaft konzentriert ist, und die durch ihre schieren Existenzbedingungen einen allseitigen und praktischen Gegensatz zum privaten Reichtum und zur herrschenden Klasse darstellt. Es ist die 'historische Mission' dieser Klasse, die 'menschliche Emanzipation'

²⁰ Indem Marx aber - aus historisch verständlichen Gründen - auf den bürgerlichen Charakter des spezifischen Menschenrechtskataloges der amerikanischen und französischen Revolutionsverfassungen konzentriert, mag der Eindruck entstehen, er kritisiere hier den Begriff der Menschenrechte schlechthin. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die vielzitierten 'Stellen' aus dem "Kapital", wo nur von "den Menschenrechten" die Rede ist, deren "wahres Eden" die "Oberfläche" der bürgerlichen Gesellschaft, die Sphäre der Zirkulation (und übrigens auch der abstrakten Form der Kapitalreproduktion) sei, die Sphäre der Produktion und d.h. der Ausbeutung eben gerade verhülle, und damit allen "Illusionen", "Mystifikationen der bürgerlichen Produktionsweise und der demokratischen Staatsform Vorschub leiste.

zu vollbringen, indem sie alle Verhältnisse umstürzt, in denen der Mensch ein geknechtetes, ausgebeutetes, verächtliches usw. Wesen ist.²¹

Von nun an konzentrierte sich Marx bekanntlich in seiner wissenschaftlichen wie praktischen Tätigkeit vor allem auf die Beförderung dieser historische Aufgabe der Arbeiterklasse. Mit dem 'Kommunistischen Manifest', der praktischen Teilnahme an der 48er Revolution und der theoretischen Analyse des Verlaufs und der Ergebnisse dieser Revolution in Frankreich erreicht das Marxsche Politikverständnis seinen höchsten Entwicklungsgrad, das durch die spätere Erfahrung der Pariser Kommune nur noch in - allerdings wichtigen - Einzelheiten ergänzt wird, so daß mit gutem Recht von den politischen Einsichten dieser Periode (1848-1852/1870-1872) gesagt werden kann, sie bildeten den klassischen Bestandteil der Marxschen Politiktheorie. Ich kann hier leider nicht einmal ansatzweise auf die wichtigsten dieser Einsichten eingehen.²² Es soll nur noch in der gebotenen Kürze auf die oben aufgeworfene Frage nach dem 'Bruch' oder der 'Weiterentwicklung' zwischen der frühen radikal- bzw. revolutionär-demokratischen und der späteren sozialistisch/kommunistischen Politikauffassung bei Marx eingegangen werden. Hat also Marx die Vorstellung einer 'wahren Demokratie' schließlich endgültig verworfen oder nur 'weiterentwickelt', konkretisiert o.ä.? Zur Beantwortung dieser Frage muß wiederum zwischen der bloßen Terminologie (im Sinne des Sprachgebrauchs) und den wissenschaftlich zu bestimmenden begrifflichen Inhalten unterschieden werden. Terminologisch ist die Sache klar. Von 'wahrer Demokratie' ist in den klassischen politischen Texten von Marx niemals die Rede, es sei denn in ironisierender, distanzierender Weise, ja vielfach sogar kritisch-polemisch gegen andere Positionen - das reicht von der Kritik der 'Wahrsozialisten' (1845) bis hin zur Kritik am Gothaer Programm (1875) mit dem Begriff des 'freien Volksstaats'. Anders verhält es sich freilich, wenn man die Inhalte genauer betrachtet. Marx hat sich bekanntlich schon seit der "Deutschen Ideologie" (1845) bewußt von der philosophischen Terminologie, und wie er glaubte auch von der 'metaphysischen Denkweise' 'befreit'. Stattdessen verwendet er Kategorien der mehr oder minder 'positiven' Wissenschaften (Politische Ökonomie, Soziologie, Politik - auch wenn diese z.T. noch nicht akademisch etabliert waren) und der spezifischen Sprache der theoretischen Repräsentanten der sich gleichzeitig konstituierenden Arbeiterbewegung. Bisweilen gehen diese verschiedenen Sprachebenen, je nach dem Charakter des Marxschen Textes, dem Publikum, an das er sich wendet usw., ineinander über. Deshalb bereitet die 'Übersetzung' der Terminologie, was gerade nicht Dekontextualisierung bedeutet, mitunter erhebliche Schwierigkeiten. Im 'Kommunistischen Manifest' ist beispielsweise davon die Rede, daß "der

²¹ Im 'Kapital' findet die Theorie der 'historischen Mission der Arbeiterklasse' und damit die spezifische Revolutionstheorie von Marx ihre endgültige Fassung. Vgl. zur Kritik Goldschmidt, 1991 und ders., 1992.

²² Vgl. zu meiner Position die Darstellungen in Goldschmidt, 1982, und ders., 1990.

erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie" sei. In den 'Klassenkämpfe(n) in Frankreich' wird dies näher dahingehend erläutert, daß die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts in den fortgeschrittenen Ländern notwendigerweise zur demokratischen Mehrheit (oder zumindest zur Hegemonie) der Arbeiterklasse führen werde. Im '18. Brumaire' wird dann der zwieschlächtige Charakter des Wahlrechts und der demokratischen Republik erörtert usw. Später wird Marx daraus die Theorie von der "Diktatur des Proletariats" als einer vorübergehend notwendigen Form der Klassenherrschaft entwickeln, die die doppelte Aufgabe hat, einerseits die alte Gesellschaft umzuwälzen und den ihr zugehörigen bürgerlichen Staatsapparat zu 'zerschlagen' und andererseits die ökonomische und politische Organisation der neuen gesellschaftlichen Ordnung zu etablieren und zu sichern, sowie die Entwicklung der gesellschaftlichen, insbesondere der menschlichen Produktivkräfte voranzutreiben. Uns interessiert hieran nur die Frage von Demokratie und Gewalt. Zum ersten: der 'formelle' Begriff der Demokratie ist bei Marx mit dem Begriff der Volkssouveränität, der politischen Gleichheit, dem gleichen Wahlrecht, dem Mehrheitsprinzip, d.h. mit der Gesamtheit der demokratischen Beteiligungsrechte des Volkes notwendig verbunden. Marx unterstellt regelmäßig, daß die proletarische Revolution in Ländern mit proletarischer Bevölkerungsmehrheit stattfinden wird, und daß diese soziale Mehrheit sich in eine demokratische Mehrheit politisch umsetzen läßt. Schon von daher ergeben sich aus Marx keine Antworten auf die grundlegenden Fragen der russischen Revolution; und Lenin muß Marx, vor allem in der Frage der 'Diktatur des Proletariats' in diesem Sinne sozialhistorisch dekontextualisieren. Allerdings, auch Marx spricht vielfach von 'Gewalt', nur ganz selten, etwa im Fall der Kommune, spielt dabei aber die 'bewaffnete Macht' eine Rolle. Meines Wissens ist bei Marx von der Notwendigkeit des 'gesetzlosen' Vorgehens nie die Rede, jedenfalls gibt es im Zusammenhang mit der Marxschen Theorie der "Diktatur des Proletariats" für die systematische Kategorie der 'Gesetzlosigkeit' keinerlei Belege. 'Gewalt' ist nach Marx entweder 'ökonomische' (z.B. Verfügung über Eigentum oder, auf der anderen Seite, kollektive Arbeitsverweigerung) oder 'politische Gewalt' (im Sinne der drei Staatsgewalten, der öffentlichen Meinung (Mehrheit) oder der bewaffneten Macht, d.i. Polizei, Militär - normalerweise aber Anhängel der exekutiven Staatsgewalt). In diesem Sinne ist die Anwendung von Gewalt zur Lösung der o.a. Aufgaben der "Diktatur des Proletariats" dem eigentlichen Begriff nach keineswegs weder notwendig undemokratisch noch ungesetzlich. Marx hat, wie oben angedeutet, gerade im Zusammenhang mit der Analyse der Pariser Kommune vielmehr sehr wohl auch auf die 'formellen' und institutionellen, demokratischen Momente der "Diktatur des Proletariats" verwiesen und ihre Bedeutung hervorgehoben. Die Demokratie in der Übergangsphase zum Sozialismus/Kommunismus wandelt freilich ihren Charakter: Die Momente der 'formellen' Demokra-

tie müssen durch 'materielle' Momente erweitert und vertieft werden, sie verlieren damit zwar an relativer, aber nicht an absoluter Bedeutung. Die 'formelle' Demokratie ist und bleibt die notwendige, freilich keineswegs hinreichende Bedingung des emanzipatorischen Ziels der Arbeiterklasse.

Einem solchen Verständnis stehen freilich nicht nur die oben angedeuteten sprachlichen Übersetzungsprobleme erschwerend im Wege. Immer da, wo der Sozialismus einseitig als 'soziale oder ökonomische Emanzipation' oder als 'die ökonomische Befreiung der Arbeit' usf. definiert wird, und das ist sehr wohl bei Marx und Engels der Fall, erscheint das politische Moment der Demokratie als bloße Form (gegebenenfalls noch falscher als hohes 'Instrument'), die 'Form, unter der sich die Befreiung der Arbeit' vollziehen soll. Die Ahwertung des Formellen zu einem 'bloß Formellen' oder gar einem bloßen Instrument 'Demokratie' mit sozial beliebigem Inhalt, gegenüber den angeblich wichtigeren, weil 'substantiellen' Momenten wie 'Befreiung der Arbeit' etc. ist dann der eigentliche theoretische Sündenfall, dem der praktische nur auf dem Fuße folgt. Kein Inhalt ohne eine ihm angemessene Form.

III

Bei dem Versuch, diese Einsichten für den Aufbau des Sozialismus geltend zu machen, hat es nur wenige 'Rufer in der Wüste' gegeben, die dann bestenfalls als 'Utopisten' verhöhnt, schlimmstenfalls als 'Oppositionelle' oder gar 'Klassenfeinde' der ganz und gar nicht rechtmäßigen Justiz und Maßregelung überantwortet wurden. Ich möchte hier stellvertretend für diese wenigen Hermann Klenner zitieren: "Da ... (Marx) den Ordnungsmechanismus der sozialistischen Zukunftsgesellschaft eher negatorisch als einen nicht-rechtlichen charakterisierte, hat er der Unterschätzung von subjektiven Rechten, von politischen Bürgerrechten ... Vorschub geleistet. Es hat sich als ein folgenschwerer Irrtum herausgestellt, die formalen Prinzipien bürgerlicher Demokratie könnten auf dem Wege von Konfliktreduktionen durch größere soziale Gleichheit überflüssig werden. Es gibt keine realen Rechte ohne auch formale Rechte."²³

Die Demokratie ist substantieller Bestandteil der Emanzipation, die Marx als das Ziel der proletarischen Bewegung angesehen hat, weil deren Begriff zusammenfällt mit der praktischen und d.h. sowohl ökonomischen wie politischen Selbstbewußtwerdung eines Volkes, das eine Assoziation bildet, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (MEW 4, 482) Indem ich mich hier abschließend inhaltlich auf Marx berufe, erinnere ich auch daran, daß dieser seine Leser selbstbewußt aufgefordert hat: "Jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik ist mir willkommen" (MEW 23, 17). Das Schlimmste nämlich, was man Marx

²³ Klenner, zit. nach Perels, 214.

in theoretischer Hinsicht hat antun können, war es, den 'Marxismus' zu einer Glaubensfrage zu machen.

Der junge Lukács, den ich oben nicht eben zart behandelt habe, hat natürlich nicht in allem geirrt, vor allem nicht in seinem Insistieren auf den *kritischen* Gehalt der Marxschen Methode, und der alte Lukács hat diese frühe Einsicht keineswegs dementiert, vielmehr erneut und nachdrücklich betont. (Vgl. Vorwort 1967, in: GLW 2, 28) Ich möchte mit einem ausführlichen Zitat dieser noch immer richtigen Aussage schließen, da sie zu jeder sich mit guten Gründen noch 'marxistisch' nennenswerten Untersuchung - auch einer der Problematik des 'realsozialistischen' Scheiterns - unerläßlich ist: "... angenommen - wenn auch nicht zugegeben -, die neuere Forschung hätte die sachliche Unrichtigkeit sämtlicher einzelnen Aussagen von Marx einwandfrei nachgewiesen, so könnte jeder ernsthafte 'orthodoxe' Marxist alle diese neuen Resultate bedingungslos anerkennen, sämtliche einzelnen Thesen von Marx verwerfen - ohne für eine Minute seine marxistische Orthodoxie aufgeben zu müssen. Orthodoxer Marxismus bedeutet also nicht ein kritikloses Anerkennen der Resultate von Marx' Forschung, bedeutet nicht einen 'Glauben' an diese oder jene These, nicht die Auslegungen eines 'heiligen' Buches. Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschließlich auf die *Methode*." (GLW 2, 171)

Literatur

- Bobbio, N., 1994, Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Goldschmidt, W., 1982, Staatstheorien. Klassische Theorien über den bürgerlichen Staat, Berlin.
- Goldschmidt, W., 1986, Karl Marx als Kritiker. Von der Kritik der Philosophie über die Kritik der Politik zur Kritik der politischen Ökonomie, in: M. Hahn/H. J. Sandkühler, 1986, Karl Marx. Kritik und positive Wissenschaft, Köln.
- Goldschmidt, W., 1990, Politik, in: H. J. Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zur Philosophie und Wissenschaften, Bd. 3, Hamburg.
- Goldschmidt, W., 1991, Zum Zusammenhang von Lage und Rolle der Arbeiterklasse im Frühwerk von Karl Marx und Friedrich Engels, in: DIALETIK 1991/2, Hamburg.
- Goldschmidt, W., 1992, 'Über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation'. Zum wissenschaftlichen Status der Revolutionstheorie im *Kapital* zwischen 'positiver Wissenschaft' und 'Konstruktion a priori', in: DIALETIK 1992/3, Hamburg.
- Klenner, H., 1984, Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin.
- Lukács, G., 1967 (orig. 1954), Zur philosophischen Entwicklung des jungen Marx, 1840-1844, in: ders., Werkauswahl Bd. 2, Schriften zur Ideologie und Politik, Neuwied und Berlin.
- Lukács, G., 1987, Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M.
- Perels, J., 1994, Verteidigung vergessener Utopien. Zum Beitrag oppositioneller DDR-Theoretiker, in: O. Negt (Hg.), Die zweite Gesellschaftsreform, 27 Plädoyers, Göttingen.
- Siglen: GLW=Georg Lukács, Werke, Darmstadt und Neuwied 1968ff. (Band, Seitenzahl); LW=Lenin, Werke, Berlin (DDR) 1959ff. (Band, Seitenzahl); MEW=Marx-Engels, Werke, Berlin (DDR) 1956ff. (Band, Seitenzahl); RLGW=Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin (DDR) 1970ff. (Band, Seitenzahl); Z=Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Heftnummer, Seitenzahl)

Demokratie - Plädoyer und Kritik

Überlegungen zur Reaktualisierung der Grundsatzkritik an der politischen Form der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft

1. Moderne, Kapitalismus, Demokratie

Nachdem der Sozialismus als alternative Moderne¹ den Status als Gesellschaftssystem fürs erste eingebüßt und sich als Bewegung und Theorie um Stoßkraft für einen neuen Anlauf zu bemühen hat, ist der Raum der Moderne wieder voll durch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft okkupiert. Diese kaschiert ihre antagonistischen Strukturmuster und ihre profitgeleitete Entwicklungslogik mit jenen Begriffen und Diskursen, die die emanzipatorischen Verheißungen der Moderne zum Ausdruck bringen. Zu diesen Begriffen gehört auch die Demokratie. In diesem Beitrag soll dafür plädiert werden, daß eine sozialistische Position unter den heutigen Bedingungen jene Grundsatzkritik an der politischen Form der bürgerlichen Gesellschaft zurückzugewinnen hätte, die sich einst mit Blick nach vorn entwickelt und zur Alternative verdichtet hatte.

Ausgangspunkt war die Erfahrung, daß das Eigentumsmonopol und die soziale Ungleichheit durch die demokratische Verfassung der staatlich politischen Verhältnisse im Kern ebenso wenig berührt wurden wie durch beliebig andere. Darüber hinaus zeigte es sich, daß unter den Bedingungen einer Klassengesellschaft sozialökonomische Minderheitsinteressen sich den demokratischen Mechanismus dienstbar machen.

Die politische Form der Demokratie, der Volksberrschaft, ist älter als die bürgerliche Moderne. Sie taucht schon in der Antike auf, wo sie unmittelbar als Konstitutionsform der herrschenden Klasse in Erscheinung trat. Das Volk als Wahlkörper und Träger der Souveränität reduzierte sich auf die erwachsenen freien Männer. Schon dieses frühe Stadium kennt die Varianten von der direkten Demokratie bis zum Repräsentativsystem und es kennt auch die alternativen Formen der Macht von den personalen bis zu den gruppenspezifischen Herrschaftsformen mit oder ohne Bindung an Recht und Gesetz als den juristisch normierten sozialen und politischen Beziehungen.

Für die Moderne ist die Durchsetzung des Gleichheitsprinzips und damit die sukzessive Erweiterung des Volksbegriffs bzw. der Staatsbürgerschaft

¹ Vgl. zur Sicht des Verf.: Heinz Jung, Die Moderne - eine durch die kapitalistische Realität überwältigte Verheißung, in: Dieter Boris u.a. (Hrsg.), Keiner redet vom Sozialismus - aber wir. Die Zukunft marxistisch denken, Bonn 1992, S. 201ff.

auf alle (erwachsenen) natürlichen Personen charakteristisch. Damit erweitert sich die Basis des politischen Gemeinwesens und auch der Demokratie. Jedoch fallen die formale und die reale Basis immer mehr auseinander. Die Erweiterung ändert nichts am politisch-juristischen Sanktionscharakter der politischen Form gegenüber der sozialökonomischen Basis, die sich in den Eigentumsverhältnissen verdichtet. Freilich bedarf es einer längeren historischen Entwicklung, bis das Repräsentativsystem zu jener tief gestaffelten Verteidigungsanlage sowohl gegen plebejisch-proletarische Ansprüche - und in den Frühphasen gegen feudale Restaurationsversuche - als auch gegen die Usurpation der staatlichen Macht durch Individuen oder Gruppen der herrschenden Klasse wird. Die Konkretisierung des demokratischen Regelsystems paßt sich durchaus den spezifischen Funktionen an. Insofern ist der Formaspekt nicht beliebig abgelöst von Funktion und Inhalt.²

Schon in der Periode der französischen Revolution, der politischen Morgenröte der Moderne, und mehr noch danach, als deren Verheißungen unter der gleißenden Sonne der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft schnell verblaßten, entwickelte sich die Grundsatzkritik an der Politik als Sphäre der auf Macht gerichteten sozialen Aktivitäten. Denn der Wechsel der staatlich-politischen Form inklusive der Proklamation der Menschen- und Bürgerrechte änderte an der Lage der arbeitenden Menschen nur wenig.³ Die soziale Bewegung erscheint hier im Gegensatz zur politischen Bewegung, die als Angelegenheit der Besitzenden aufgefaßt wird.

Man kann sich hier auch des historischen Einsatzes von Marx und Engels erinnern, deren Übergang vom revolutionären Demokratismus zum Kommunismus/Sozialismus an die Erkenntnis des Basis-Charakters ökonomischer und sozialer Verhältnisse gegenüber den politischen und ideologischen, also von Gesellschaft und Ökonomie gegenüber Staat und Recht gebunden war.⁴ Diesem Ablösungsprozeß geht das intensive kritische Studium der Staats- und Rechtstheorien und der Verfassungsgeschichte voraus. Als Konsequenz ergibt sich die Priorität der sozialen Emanzipation für die Vollendung der menschlichen Emanzipation. Denn die politische

² Vgl. zur Auffassung von Demokratie als Regelsystem: Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988. Bobbios Bestimmungen bewegen sich auf der Ebene der allgemeinen Produktionsbedingungen, d.h. sie reflektieren nicht mehr die jeweilige Formationsspezifika. Gleichwohl erfaßt Bobbio mit großer Klarheit die Defizite der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft von heute.

³ Vgl. die Auffassungen von Pierre-Joseph Proudhon, der in seinem Werk "Was ist das Eigentum?" von 1841 konstatiert hatte, daß alle durch die Gesellschaftsform des Eigentums hervorgebrachten Regierungsformen (Aristokratie, Monarchie, konstitutionelle Monarchie, Demokratie) Formen der "Herrschaft des Menschen über den Menschen" seien (ebenda, S. 301), referiert und zitiert in: MEGA, I/3, Apparat, S. 1144.

⁴ Zu verweisen ist auf die Arbeiten von Marx und Engels aus den Jahren 1843/44: Zur Judenfrage, MEW, Bd. 1, S. 347ff.; Zur Kritik des Hegelschen Staatsrechts, ebenda, S. 203ff.; Die heilige Familie, MEW, Bd. 2, S. 115ff.

Emanzipation, die mit Demokratie und Menschenrechten vollzogen werden kann, bleibt im Rahmen des "alten Weltzustandes".

Schon die verschiedensten Theoretiker des Demokratismus wie J.J. Rousseau hatten das Bewußtsein davon entwickelt, daß reale Demokratie auf sozialer Gleichheit fußen müsse und nur so funktionieren könne.⁵ Im modernen Sozialismus werden nun soziale Gleichheit und Emanzipation nicht mehr an in etwa gleiches individuelles Privateigentum gebunden, sondern an gesellschaftliches und vergesellschaftetes Eigentum. Daß der Zerfall der realsozialistischen Gesellschaften im Kern auch die Zerstörung und Zersetzung des gesellschaftlichen Eigentums war, spricht auf seine Weise dafür, daß die Eigentumsfrage die Achse gesellschaftlicher Veränderungen geblieben ist. Stagnation und Deformation gingen mit dem Unvermögen einher, jene Eigentumsformen durchzusetzen, mit denen die Produktivkräfte der wissenschaftlich-technischen Revolution den für eine nichtantagonistische Gesellschaft adäquaten Bewegungsraum gefunden hätten. Hinzu kommt, daß das Rätessystem als sozialistische Form direkter Demokratie auf Klassenbasis schon längst der Erstarrung anheim gefallen war und sich damit die reale Basis der Sowjetdemokratie stark reduziert hatte. Die Inflexibilität des politischen Systems, vor allem der kommunistischen Partei, war eine der gravierenden Konsequenzen.

Will sozialistisches Denken den kritischen historischen Ansatz gegenüber der Demokratie und dem Repräsentativsystem in der bürgerlichen Gesellschaft zurückgewinnen, muß es immer wieder die Demokratiefrage im früheren Realsozialismus in Erwägung ziehen.

Die Grundsatzkritik an der Demokratie als staatlich-politischer Herrschaftsform ist ein durchgehender Grundzug des gesellschaftskritischen Denkens von Marx und Engels. Sie betrifft natürlich nicht das, was als Grundregeln zur Gestaltung gleichberechtigter demokratischer Beziehungen verstanden wird. Marx und Engels waren entschiedene Gegner jeglicher Formen des Despotismus, der Aristokratie und der Autokratie in der sozialistischen Bewegung und ihren Organisationen. Zu berücksichtigen ist, daß der Parlamentarismus zu ihren Lebzeiten nirgendwo genauer studiert werden konnte als in England, das ihnen ja seit Anfang der 50er Jahre Heimstatt geboten hatte. Sie wußten dessen zivilgesellschaftliche Bewegungsfreiheiten gegenüber dem Kontinent zu schätzen, verwechselten diese aber niemals mit den Emanzipationsbedingungen der arbeitenden Klassen. Ihre Grundsatzkritik an Politik und Demokratie verbanden sie mit einer realistischen politischen Orientierung: ohne politische Bewegung keine Formierung der Arbeiterklasse; demokratische Republik als günstig-

⁵ Jean-Jacques Rousseau, *Der Gesellschaftsvertrag* (1762), Leipzig 1977, 2. Buch, 11. Kap.: Staatsbürgerliche Gleichheit setzt voraus, daß "kein Staatsbürger so reich sein darf, um sich einen anderen kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen". (S. 83)

ster Rahmen derselben; ohne Eroberung der politischen Macht keine soziale Transformation.

Mit der Kommune-Demokratie von 1871 und der Rätedemokratie von 1905 und dann 1917 schien die politische Form zum erfolgreichen Ausbruch aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gefunden. Als konkrete Alternative gegen den bürgerlichen Parlamentarismus erhielt sie gerade deshalb politische Schnbkraft, weil die Bürden eines Massenvernichtungskrieges den arbeitenden Massen durch parlamentarische Systeme aufgezwungen worden und die Sozialdemokratien als alte Parteien der Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit in dieselben integriert waren. Die Rätedemokratie war so der energische Versuch, der Volkssouveränität unter Berücksichtigung des Klassencharakters der Gesellschaft Wirklichkeit zu verleihen und damit das Repräsentativsystem als gestaffelte Verteidigungsanlage der bürgerlichen Ordnung beiseite zu schieben. Das Gleichheitsprinzip aller Staatsbürger wurde zugunsten der unmittelbaren demokratischen Organisation und Machtausübung der arbeitenden Klassen eingeschränkt.

Im Rätessystem sind die sozialen Unterschiede in ihrer Politikrelevanz weitgehend ausgeschaltet. Das gilt selbst noch für die heutigen rudimentären Formen, wie es die Betriebsräte sind. Die Forderung nach direkter Demokratie ist immer die Reaktion auf die Erstarrung und den entfremdeten Herrschaftscharakter des Repräsentativsystems sowie auf die Verfestigung einer politischen Klasse mit den bekannten Attributen von Korruption, Machtarroganz und Hierarchisierung. Wird sie aber nicht von organisierten Kräften getragen, verstärkt sie heute nur die Herrschaft der Medien und kommerzieller Interessen im politischen Prozeß (siehe die kommerzialisierten Umweltverbände, die intermediären Interessenverbände z.B. des Verbrancherschutzes, die Einflußfaktoren bei Direktwahlen, Plebisziten usw.).

Die Produktion und Reproduktion zweiter und dritter fiktiver Realitätsebenen durch die Massenmedien ist heute zum wichtigsten ideologisch-politischen Steuerungs-, Integrations- und Ausgrenzungsinstrument geworden. Mit ihnen ist die im Repräsentativsystem angelsächsischer Prägung privilegierte Rolle der Parteien als Vermittler zwischen Regierten und Regierung in vieler Hinsicht hinfällig geworden. Medien und Kapital okkupieren aber nicht nur den Raum der Öffentlichkeit, sondern unterwerfen auch zunehmend die ehemalige Privatsphäre bzw. die Lebenswelten außergesteuerter Vergesellschaftung. Ohne eine durchgreifende Demokratisierung der Medien muß so Demokratie als Volksherrschaft von vornherein Fiktion und Ideologie bleiben.

Hier ist nicht der Raum, um auf die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Realität der Demokratie auf der empirischen Ebene einzugehen. Die Teilnahme an den Wahlen, die Sozialstruktur der aktiven Wählerschaft, der geringe Anteil der Parteimitglieder an der Bevölkerung, der noch ge-

ringere Anteil aktiver Parteimitglieder, der etwa an der Aufstellung von Kandidaten beteiligt ist, die Sozialstruktur der Repräsentanten bzw. Abgeordneten usw. zeugen von einer relativ schmalen aktiven Basis der Demokratie und von einer zunehmenden Verdrängung der arbeitenden Klassen aus der politischen Sphäre. Gerade dort, wo es der Bourgeoisie gelingt, die organisierten und politischen Formen des Klassenkampfes zu eliminieren, greifen politische Apathie und Entfremdung, destruktive ethnisch und rassistisch überlagerte soziale Explosionen um sich.⁶

Es ist also keine leere Redensart, wenn man von den ungelösten Problemen der Demokratie in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft spricht. Die Lösung liegt, wie in der klassischen Kritik betont, in der Durchsetzung sozialer Gleichheit auf der Grundlage gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlichen Eigentums. Eine reaktualisierte Grundsatzkritik hat, wie schon vermerkt, im gleichen Zug die Lehren aus den blinden Stellen der Demokratiefrage im bisher realisierten Sozialismus zu ziehen.⁷

2. Kommunistische Bewegung und Demokratie

Bis zum 7. Weltkongreß der Komintern von 1935 war die strategische Orientierung der kommunistischen Parteien der Kampf um eine Räteordnung als Alternative zum System des Parlamentarismus. Die Lehren aus dem Sieg des Faschismus in Deutschland setzten nun die Verteidigung der bürgerlichen Demokratien und Verfassungsordnungen gegen den Ansturm des Faschismus, einer in Form und Inhalt zutiefst antidemokratischen Bewegung, auf die Tagesordnung. Damit traten zwangsläufig die für die Arbeiterbewegung positiven Möglichkeiten dieser Ordnung in das Blickfeld. Auch das Konzept der Volksdemokratie in der Nachkriegszeit konstatierte und praktizierte die Funktionalisierung dieser Systeme für eine sozialökonomische Transformation. Ebenfalls blieben die kommunistischen Parteien im Kapitalismus bei einem modifizierten Konzept des 7. Kominternkongresses: Verteidigung der Demokratie gegen Rückfälle in den Faschismus und gegen ihren Abbau und ihre Deformation infolge des Einflusses der Monopole, des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des US-Imperialismus. Infolge des Aufschwungs des Klassenkampfes erschien die Orientierung auf die Nutzung des Rahmens der Demokratie und ihrer Institutionen als realistisch. Grundsatzkritik trat dementsprechend zurück.

Das Problem läßt sich auch so fassen, daß im Verhältnis der wesentlichen Ebenen sozialistischer Politik - erstens die Ebene des Kampfes um unmittelbare Interessen, darunter auch die demokratischen Rechte, zweitens die Ebene des Kampfes um soziale und demokratische Reformen und

⁶ Vgl. Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart 1992, S. 235ff.

⁷ Bei der Erhellung dieser Komplexe haben sich besonders Uwe-Jens Heuer und Hermann Klenner Verdienste erworben, u.a. auch in verschiedenen Beiträgen in Z.

drittens schließlich die Ebene des Kampfes um eine andere Gesellschaft, also vorwiegend eine Ebene der Theorie und Propaganda - die dritte Ebene zunehmend verhasste bzw. durch die Propagierung des Realsozialismus ersetzt wurde. Dies wurde faktisch die vierte Bezugsebene kommunistischer Politik.

Blickt man auf das halbe Jahrhundert seit Ende des zweiten Weltkrieges zurück, dann wurden - aus hentiger Sicht - folgende Entwicklungen für die sozialistische Bewegung zu theoretisch und praktisch ungelösten Problemen im Kontext der Demokratiefrage:

1. Im Metropolenkapitalismus und sukzessive auch an seinen Peripherien setzte sich das demokratische Repräsentativsystem angelsächsischer Prägung als politische Herrschaftsform durch. Es erwies sich als adäquate Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit (bisher) ausreichender Flexibilität zur Abarbeitung sozialer Konflikte und zur "rechtsstaatlichen" Ausgrenzung systemoppositioneller Kräfte.⁸ Insofern ging die genannte Stoßrichtung der kommunistischen Parteien ins Leere.

2. Die herrschenden Kräfte des Metropolenkapitalismus waren in der Lage, die Demokratie- und Menschenrechtsfrage im Kampf gegen den Sozialismus für sich in Beschlag zu legen. Obwohl die proklamatorische Ebene der Menschenrechtsfrage längst den bürgerlichen Horizont überschritten hatte und vielfach auch soziale Rechte, die die kapitalistische Ordnung nicht zu realisieren in der Lage ist, kodifiziert wurden, erwuchs der sozialistischen Bewegung daraus keine neue Dynamik.

3. Der Machtwechsel in den Staaten des Realsozialismus und der Übergang zur kapitalistischen Restauration vollzog sich über die Errichtung der Institute der Demokratie in ihrer Prägung durch die bürgerliche Gesellschaft bzw. durch die entsprechende Umfunktionalisierung der bestehenden politischen Formen. Analog verlief die Öffnung bisher unabhängiger Nationalstaaten der Dritten Welt für das internationale Finanz- und Konzernkapital bzw. für den Weltmarkt.

4. Die fortschreitende Internationalisierung hat die Souveränität der Nationalstaaten zunehmend untergraben, ohne daß entsprechende übernationale Institutionen oder demokratische Bewegungen den internationalen Politikfeldern gerecht geworden wären oder hier demokratische Kontrolle und Repräsentanz verwirklicht würden.⁹ Die Denaturierung der universal-

⁸ Zunehmend wird das Problem thematisiert, daß die bürgerliche Gesellschaft nur unter dem Druck der Herausforderung zur "Hochform" auflaufen konnte, mit deren Wegfall aber Zerfallstendenzen drohen. Vgl. hierzu aus bürgerlicher Sicht: Jean-Christophe Rufin, *Die Diktatur des Liberalismus*, Reinbek 1994. Auch der Frankfurter Sozialphilosoph Helmut Dubiel diagnostiziert, daß nun die innere Affinität der liberalen Demokratie zu undemokratischen Herrschaftsformen wohl wieder unverstellt in Erscheinung treten werde (*Frankfurter Rundschau* v. 12.3.1994, S. ZB 3).

⁹ Das Ende der Nationalstaaten wird von nicht wenigen nun auch als Ende der Demokratie beschworen. Vgl. Jean-Marie Guehenno, *Das Ende der Demokratie*, München/Zürich 1994.

demokratisch angelegten UNO zum internationalen Herrschaftsinstrument eines neuen Kollektivimperialismus spricht für diesen Prozeß Bände.

In der Realität der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwies sich so die Durchsetzung demokratischer Herrschaftsformen, d.b. der Demokratie als Repräsentativsystem, als Vollzug kapitalistischer Modernisierung. Trotz eines in bestimmten Abschnitten und Ländern beachtlichen Anwachsens demokratischer Ansprüche und Bewegungen verbanden diese sich nicht mit antikapitalistischen Tendenzen. Nahezu überall waren die sozialistisch-kommunistischen Kräfte Bestandteil dieser Bewegungen, vermochten es aber nicht - im Unterschied zu früheren Perioden -, damit der sozialen Bewegung neue Anstöße zu vermitteln.

Um gegenüber dem politischen Herrschaftscharakter der Demokratie die Emanzipationsmöglichkeiten zu betonen, die mit der Durchsetzung demokratischer Normen etwa durch Abban politischer und sozialer Diskriminierung und "Unterprivilegierung" und die Öffnung neuer Bereiche für die Anwendung des demokratischen Regelsystems verwirklicht werden können, wird auch der Begriff Demokratisierung verwendet.¹⁰ Die Akzentverschiebung kann dann freilich auch jenen Mißverständnissen Vorschub leisten, wonach Demokratie universell zum Namen des Fortschritts geworden sei. Und analog wurde gegen Ende der 80er Jahre selbst in den Reihen der Kommunisten das Schlagwort adaptiert, daß ein demokratischer Kapitalismus allemal besser sei als ein autoritärer Sozialismus. Freilich reflektiert dies schon die Defensivposition der Anhänger der Sozialismus, denen das Terrain der Auseinandersetzung von ihren Gegnern aufgezwungen worden war.

3. Reformalternative retrospektiv

Ein Rückblick auf das in der DKP um 1988 entwickelte Konzept einer Reformalternative¹¹ kann Licht auf die Konsequenzen eines ungenügend gelösten Vermittlungsproblems zwischen den drei bzw. vier Ebenen sozialistischer Politik und insbesondere zwischen der Demokratie als Herrschaftsform auf der einen und als Kampfplatz und Emanzipationsmedium auf der anderen Seite werfen.

In meinem damaligen Verständnis dieses Konzepts¹² war es das bis dato weitestgehende, mit einer marxistischen Analyse und mit einer sozia-

¹⁰ Vgl. Uwe-Jens Heuer u. Harald Werner, *Gegenmacht: Demokratie. Demokratisierung gegen Macht*, PDS-Broschüre, Reihe Controvers, Berlin 1995.

¹¹ Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre, hrsg. vom DKP-Parteivorstand, Düsseldorf 1988.

¹² Vgl. Jörg Hufschmid, Heinz Jung, *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*, Frankfurt/Main 1988. Jörg Hufschmid hat jüngst seine Ansichten, auch gegenüber der u.a. von mir inzwischen geäußerten Kritik zusammenfassend vorgetragen (vgl. Jörg Hufschmid, *Reformalternative - noch ein Abschied von noch einer Illusion?*, in: Fritz Krause u.a. (Hrsg.), *Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen*, Frank-

listischen Option vereinbare Reformkonzept einer kommunistischen Partei Westeuropas. Es litt jedoch von vornherein an einer zu optimistischen Beurteilung der "Reformfähigkeit" des bürgerlich-kapitalistischen Systems und an Blindheit gegenüber der Entwicklung in der UdSSR. Die Programmvorlage verlor mit den einsetzenden innerparteilichen Kämpfen die Akzeptanz, nachdem die Minderheit sie sich mit reformistischer Interpretationstendenz als Plattform zu eigen gemacht hatte und gerade deshalb von der Mehrheit angegriffen wurde. So ging der Entwurf in den Auseinandersetzungen unter und stand nicht mehr zur Verabschiedung bzw. Beschlußfassung an. Es lohnte kaum, an ihn zu erinnern, wenn damit nicht auch jene "Untiefen" erkannt werden könnten, die bis in die Gegenwart bei der Entwicklung sozialistischer Reformkonzeptionen eine Rolle spielen.

Hinter dem Text des Programmentwurfs standen unterschiedliche Begründungslinien: zum einen das eher traditionelle Verständnis von Reformpolitik, das Konzept des Kräftesammelns für den Bruch, wobei sich der antimonopolistische und antikapitalistische Charakter der Reformen gerade aus dieser Perspektive und Zielsetzung ergibt; zum anderen ein mit politischem Realismus begründetes Reformverständnis, das die Reichweite demokratischen und sozialen Fortschritts in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nur noch an die Entwicklung der Kräfteverhältnisse bindet und den Systembruch in eine immer fernere Zukunft verlegt. Vor allem aber werden die Rückwirkungen der Widersprüche der sozialökonomischen Basis auf die Formierung der Reformkräfte nicht mehr realistisch reflektiert. Die Reformalternative wird in dieser Linie Inhalt und Ziel der Bewegung.

Die Entwicklung der Reformalternative im Rahmen der DKP und ihres Umfelds speiste sich aus folgenden Quellen bzw. Diskussionssträngen:

1. das Strategiekonzept der antimonopolistischen Demokratie als Übergangs- und Zwischenetappe zum Sozialismus.¹³
2. das Variantenkonzept des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK).¹⁴ Seine Grundüberlegung ist, daß das Regulierungssystem des SMK relativ unmittelbar dem Einfluß sozialer und politischer Kräfteverhältnisse zugänglich ist und daß somit die spezifische Art und Ausprägung politisch-ideologischer Hegemonie, die sich auch in den jeweiligen Regierungen ausdrückt, Einfluß auf die Entwicklung des Gesamtsystems hat.

furt/Main 1995, S. 9ff.). Die nachfolgend formulierten kritischen Einwendungen des Verfassers gegen das damalige Konzept der Reformalternative und seine Interpretation richten sich auch an seine eigene Adresse, sind also auch als Selbstkritik aufzufassen.

¹³ Willi Gerns, Robert Steigerwald, *Antimonopolistischer Kampf heute*, neu überarb. Aufl., Frankfurt/M. 1983.

¹⁴ Vgl. Heinz Jung, *Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1*, Frankfurt/M. 1978; ders., *Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute*, in: ebenda 11, 1986, S. 70ff.; Jörg Hufschmid, *Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante...*, ebenda, S. 44ff.

Es gibt also Spielraum für unterschiedliche Varianten. Die strategische Umorientierung in der Entwicklung des SMK, die mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre einsetzte und mit der konservativ-liberalen Wendepolitik seit Anfang der 80er Jahre ihren politischen Ausdruck fand, wurde als Übergang von einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK, die der sogenannte Sozialstaatskompromiß repräsentiert hatte, zu einer privatmonopolistischen interpretiert. In der Reformalternative verdichten sich wiederum die Reformtendenzen einer reformistisch-etatistischen Variante, soweit sich in deren Verlauf Kräfte zur Konfliktlösung nach links formieren.

Theoretisch liegt dem, durchaus in der marxistischen Tradition, ein Eigentumsverständnis zugrunde, das dessen gesamtgesellschaftliche und klassenbezogene Dimensionen hervorhebt. Mit dem Regulierungssystem des SMK erlangen wesentliche Eigentumsfunktionen eine vergesellschaftete Form. Insofern drückt eine etatistische Steuerung eine Modifikation des Kapitalverhältnisses aus, jedoch keinen Bruch mit den sozialökonomischen Grundlagen oder der Verwertungslogik.

3. die Thematisierung der damaligen Gegenwart als Umbruchperiode.¹⁵ Ausgangspunkt ist die Durchsetzung der elektronischen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den entsprechenden Änderungen der Produktivkräfte, von Produktion, Reproduktion, Sozialstruktur, Lebensweise usw. Hier wurden jeweils neue Struktur- und Erscheinungstypen konstatiert, die neue Entwicklungsqualitäten erfassen sollten. "Typen" und "Varianten" waren jene Begriffe, mit denen die Vermittlung von empirischer Realität und Kapitalismustheorie befördert werden sollte.¹⁶ In diesem Zusammenhang wurde auch von einem neuen Demokratie- und Demokratisierungstyp gesprochen, der zum einen mit wachsenden Partizipationsbedürfnissen, die damals in den neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck zu kommen schienen, und zum anderen mit den neuen politischen Räumen, die aus der Notwendigkeit der Gestaltung und Kontrolle der Produktivkräfte erwachsen, begründet wurde. Die aktuellen Akzente ergaben sich aus dem erkennbaren Destruktionspotential moderner Produktivkräfte (Atomkraft, Risikogesellschaft) und den militärischen Massenvernichtungsmitteln. Strategische Konsequenz dieses Konzepts war nicht die Orientierung auf einen revolutionären gesellschaftlichen Umbruch - dafür waren subjektive Voraussetzungen nicht erkennbar -, sondern ein verdichtetes Reformkonzept.

¹⁵ Vgl. generell: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9*, Frankfurt/Main 1985, dort: Heinz Jung, *Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahre 2000*, S. 11ff.

¹⁶ Diesen Sachverhalt vermerkt durchaus zutreffend Joachim Bischoff, *Was bleibt vom staatsmonopolistischen Kapitalismus?*, in: Fritz Krause u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 26ff. Freilich hält der Verfasser seine theoretischen Einwände gegen die SMK-Theorie nach wie vor nicht für tragfähig.

4. der Perestroika-Kurs und das "neue Denken" der sowjetischen Führung seit 1985. Infolge der dominierenden Stellung der KPdSU in der kommunistischen Bewegung, wobei freilich von einer theoretisch-ideologischen Hegemonie schon längere Zeit nicht mehr gesprochen werden konnte, kam dieser Politik besondere Bedeutung zu und die Reformalternative wurde durchaus auch als Versuch aufgefaßt, ihre Impulse für die BRD programmatisch umzusetzen. Sie beförderten, wie im nachhinein festgestellt werden kann, illusionäre und reformistische Tendenzen. Bis 1989 konnten die sozialdemokratisch-reformistischen Intentionen dieser Politik noch verdeckt bleiben. Die Konzepte der Entfaltung der Fortschrittspotentiale in Ost und West zur Lösung der globalen Probleme konnten auch als Bemühungen verstanden werden, neue Politikfelder durch den Sozialismus zu besetzen. Daß es faktisch die Kapitulationsideologie gegenüber dem Imperialismus und der kapitalistischen Restauration war, blieb damals den unterschiedlichen Protagonisten der Reformalternative verhüllt.

Die Schwachstellen dieser Begründungszusammenhängen sind heute offenkundig:

- die Kompatibilisierung des Klassenkampfes mit Bewegungen allgemeinschlichen und allgemeindemokratischen Charakters und damit auch die Verdrängung des Interessenskampfes durch den Diskurs und die Ausblendung des sozialen Antagonismus als wesentlicher Grundlage zum Verständnis der innergesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse und Konfliktlinien.

- die Überbetonung und Verselbständigung der Ebene der Reformpolitik und die Auflösung sozialistischer Optionen in allgemeinen Fortschrittszielen.

- die Enkopplung der Dialektik von Reform und Revolution im Entwicklungsprozeß der Moderne. Dies entsprach in gewisser Weise dem damaligen Haupttrend der hürgerlichen Propaganda, die im Vorfeld des 200. Jahrestages der französischen Revolution das Ende des Zeitalters der Revolutionen ausrief. Zu jener Zeit schickte eine verdeckte imperialistische Politik sich gerade an, den (konter)revolutionären Kampf um die Macht wieder als realistisches Ziel zum Sturz des Sozialismus zu konzipieren und den Übergang von der Phase des Kampfes um kulturell-ideologische Hegemonie zur Zersetzung der politischen Führungsschichten anzuvisieren. Es ging um die Errichtung der Grundinstitute des Parlamentarismus als Vorbereitung der Doppelherrschaft und dann des revolutionären Machtwechsels.

- die Überbetonung und Herauslösung demokratischer Bewegungen aus dem Gesamtkontext. Damit mußten die Emanzipationsmöglichkeiten und Potentiale dieser Bewegungen überstrapaziert werden. Außerdem wurden klassenanalytische Ansätze schnell in den Hintergrund gedrängt.

Mit dem Ende des Realsozialismus hat sich das Vermittlungsproblem zwischen den Ebenen sozialistischer Politik wesentlich verändert. War vorher

die Unterentwicklung sozialistischer und revolutionärer Programmvorstellungen angesichts der Existenz des Realsozialismus als Fixpunkt der Orientierung eine läßlich Sünde - seitenverkehrt auch für die Kräfte der kapitalistischen Restauration im Osten, deren Programme massenpolitische Durchschlagskraft erst auf der Folie der TV-vermittelten Konsum- und Zivilisationsverheißungen der metropolkapitalistischen Gesellschaften erhielten -, so muß dies heute zum Verlust sozialistischer Identität führen. Sozialismusvorstellungen fußen somit heute zum einen auf der analytischen und theoretischen Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und ihrer politischen Formen, zum anderen auf der Analyse und Beurteilung des welthistorischen Versuchs des Realsozialismus. Insofern greift der Ansatz, es gehe nur um die Thematisierung der Vergesellschaftungstendenzen des modernen Kapitalismus, zu kurz.

Unsere Eingangsthese war, daß sich eine Erneuerung marxistischen Denkens in der Demokratiefrage nicht nur der Demokratiedefizite im früheren Realsozialismus zu vergewissern, sondern auch eine Reaktualisierung der Grundsatzkritik an der Demokratie als der für den modernen Kapitalismus adäquaten Herrschaftsform auf den Weg zu bringen hätte. Nur damit kann die Bestimmung der Demokratie - oder unter der Betonung des Prozeßcharakters die Demokratisierung - als Kampffeld, als Arena und Rahmen von Emanzipationsinteressen auf eine realistische Grundlage gestellt werden. Formen geben Prozessen und Inhalten nicht nur ein Maß, sie bleiben in ihrer Ausprägung auch nicht unbeeinflusst von ihren Funktionen im Gesamtsystem und den von ihnen gefaßten und transportierten Interessen. Auch deshalb stand am historischen Einstiegspunkt des Marxismus die Erkenntnis, daß erst mit der sozialen Emanzipation die Emanzipation des Menschen als gesellschaftliches Wesen sich vollenden kann. Eine neue Demokratie kann deshalb nicht die alte Form auf neuer sozialökonomischer Grundlage sein, sondern sie bedarf auch neuer Formen, Institutionen, Normen der Vermittlung zwischen Regierten und Regierung und der Gestaltung der sozialen Beziehungen. Kurz gesagt, sie muß den Weg zur Aufhebung jeglicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Beziehungen zwischen den Menschen öffnen und damit ihre Selbstaufhebung als politische Form einleiten.

Harald Werner

Wirtschaftsdemokratie

Historische Grenzen und aktuelle Perspektiven eines vergessenen Reformprojekts

Wirtschaftsdemokratische Modelle, Konzepte von Gegenmacht und selbst Mitbestimmungsfragen spielen in der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Diskussion fast keine Rolle mehr. Verfolgt man dagegen die außerordentlich reichhaltige Diskussion über die Eingrenzung von Markt- und Kapitalmacht, die selbst noch von der CDU bis in die siebziger Jahre hinein geführt wurde, dann erscheint die Gegenwart eigenartig monoton. Der allgegenwärtige Beteiligungsdiskurs blendet das Problem gesamtgesellschaftlicher oder gar globaler Regulationsdefizite aus und sucht nach marktkonformen Eingriffspunkten.

Mit aller Nüchternheit muß man feststellen, daß die kapitalistische Marktökonomie zur alles beherrschenden Denkfigur geworden ist. Selbst da, wo der Markt und dessen Regulation über den Profit zu katastrophalen Ergebnissen führt, nämlich bei der Zerstörung der Biosphäre, der Verwandlung des halben Erdballs in Armutszonen und dem Aussondern von rund einer Milliarde Menschen in die Arbeitslosigkeit, plagen sich die meisten alternativen Entwürfe mit der Modifizierung des Status quo ab. Es überwiegen Regulationsmodelle, die weder den Markt noch das kapitalistische Eigentum eingrenzen oder gar überwinden wollen, sondern lediglich die Internalisierung ökologischer und sozialer Folgekosten in den bestehenden Mechanismus anstreben. Selbst von scharfen Kritikern der bestehenden Verhältnisse wird grundsätzlich akzeptiert, daß der Wert und mithin das Geld, die einzige Sprache ist, mit dem sich die Politik gegenüber der Ökonomie verständlich machen kann. Kein Wunder, daß vor diesem Hintergrund vielen die Antwort auf die Frage fehlt, was denn nun eigentlich links ist. Und weil die Antwort immer schwerer fällt, wird dann häufig auch die Frage fallengelassen.

Man kann zum Beispiel das Liebeswerben der Konservativen um die Grünen taktisch werten wie man will, aber es ist schon ein Signal mit Hintergrund, wenn immer mehr Christdemokraten die schwarz-grüne Karte ins Spiel bringen. Diese zunehmende Nähe hängt sicher auch mit dem Umstand zusammen, daß der ökologische Fundamentalismus seinen Frieden mit der kapitalistischen Marktökonomie gemacht hat. Ein ökologischer Fundamentalismus, der weder das Geldsystem noch die Profitmaximierung und erst recht nicht die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel infrage stellt, mag sich immer noch viele Feinde machen, weil er mächtige Kapitalgruppen gegen sich aufbringt, aber er hat die Tabuzone der Systemkritik verlassen und wird ministrabel.

Die ausschließliche Regulierung der gesellschaftlichen Entwicklung über Markt, Privateigentum und Profit - und nicht etwa nur die Regulierung der Ökonomie durch diese Dreifaltigkeit - wurde unser gesamtes Jahrhundert über nicht nur von MarxistInnen, sondern auch von zahlreichen anderen Kräften in Frage gestellt. Dementsprechend vielfältig waren die daraus entspringenden Regulationsalternativen, aber die entscheidende, weil reale Wirklichkeit gewordene Alternative, war der realsozialistische Versuch der Aufhebung von Markt und Privateigentum durch Plan und Staat. Erst das Verlöschen dieser Realität macht erkennbar, wie wichtig sie auch als ideelles Gravitationszentrum für alle anderen Alternativen war. Denn bis zum Ende des Staatssozialismus orientierten sich alle nichtkapitalistischen Regulierungsalternativen, ob positiv oder negativ, an dieser experimentellen Wirklichkeit. Umso wichtiger scheint es daher, daß die Kritik zu ihrem Gegenstand zurückkehrt, zum real existierenden Kapitalismus, und Alternativen aus ihm selbst bezieht und nicht mehr aus der Modifikation eines bereits existierenden Gegenmodells.

Ein solcher Versuch war auch das Konzept Wirtschaftsdemokratie, das der ADGB 1928 von Fritz Naphtali ausarbeiten ließ und das den vorläufigen Abschluß einer langjährigen Diskussion bildete, an der sich unter anderen Rudolf Hilferding, Fritz Baade, Hugo Sinzheimer und viele mehr beteiligten.¹ Obwohl nicht ohne antikommunistische Absichten zustande gekommen, zeichnet sich der Entwurf dadurch aus, daß die Autoren genau das taten, was Marx meinte, als er davon sprach, den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorzupfeifen. Sie entdeckten im aufkommenden Fordismus, den sie "organisierten Kapitalismus" nannten, Momente der Systemtransformation. Genauer gesagt, sie glaubten Anzeichen dafür zu sehen, daß diese neue Produktionsweise Regulationsdefizite hervorreibt, die anfangs zwar durch Wettbewerbsgesetze gedämpft, langfristig aber nur durch gesamtgesellschaftliche Entscheidungen behoben werden können.² Natürlich sahen auch Naphtali und seine Mitautoren schon voraus, daß diese Defizite durchaus mit Hilfe eines alles andere als demokratischen Staatsapparates zu bewältigen waren. Doch die Besonderheit ihres Konzeptes bestand eben nicht darin, die Lösung in der politischen Eroberung des Staates zu suchen, sondern in der immer weiter voranzutreibenden Demokratisierung der gesamten Wirtschaftstätigkeit.

So entstand ein Modell zivilgesellschaftlicher, demokratischer Institutionen, die vom Betrieb bis in den öffentlichen Bereich reichen sollten. Wobei die Vorschläge nicht dabei stehenblieben, Mitbestimmungsebenen zu entwickeln, sondern auch solche Momente aufnahmen wie die "Brechung des Bildungsmonopols".³ Und es war ein Transformationsmodell, das nach

¹ Fritz Naphtali, *Wirtschaftsdemokratie*, Neuauflage mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt/Main 1966.

² A.a.O., S. 36.

³ A.a.O., S. 186.

dem Willen der Autoren über sich selbst hinausführen sollte. So schreibt Naphtali: "Über die Demokratisierung der Wirtschaft strebt die Arbeiterklasse...hinaus zum Sozialismus, d.h. zu einer neuen Wirtschaftsordnung und zu einem neuen gesellschaftlichen Aufbau, dessen Einzelheiten wir heute noch nicht kennen..."⁴ Wenn allerdings die Relektüre von Naphtalis Wirtschaftsdemokratie mehr sein soll als eine späte Würdigung, dann müssen aus aktueller Sicht drei Fragen beantwortet werden. Erstens: Wie entwickelte sich die Wirkungsgeschichte des ADGB-Konzepts, insbesondere in der BRD. Zweitens: Wie weit ist das Konzept auf die fordistische Produktionsweise begrenzt und drittens: Wo bestehen Übereinstimmungen beziehungsweise Widersprüche zum gegenwärtigen Beteiligungsdiskurs, und was taugen wirtschaftsdemokratische Vorstellungen in einer Welt, die von einer Vielzahl von Widersprüchen durchzogen ist, die sich nicht nur zwischen Kapital und Arbeit abspielen.

Sozialstaat ohne Wirtschaftsdemokratie

Zweifellos wurde die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte, nachdem die grundlegende Neuordnung der Besitz- und Machtverhältnisse gescheitert war, in einem entscheidenden Maße von den gewerkschaftlichen Traditionen der Weimarer Republik geprägt. Von einer auch nur annähernden Realisierung des ADGB-Konzepts konnte allerdings keine Rede sein. Allenfalls die Angestellten- und Arbeiterkammern der Länder Bremen und Saarland erinnern noch an Naphtalis Modell, auch wenn sie weit von dem entfernt sind, was sich die Autoren des Jahres 1928 unter überbetrieblicher Mitbestimmung vorgestellt hatten. So auch der Mitbestimmungskomproß in der Montanindustrie, der sowohl durch seine Brancheneinengung, als auch durch die Mehrheitsverhältnisse in Aufsichtsrat und Vorstand sein Ziel verfehlte.

Der sozial- und wirtschaftspolitische Gründungskonsens der BRD ist ein geradezu exemplarischer Fall für das fordistische Regulationsmodell. Auf der einen Seite werden sozialstaatliche Standards wie Vollbeschäftigung und wachsende Masseneinkommen versprochen und Beteiligungsrechte für die soziale Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen festgeschrieben. Aber auf der anderen Seite schließt der soziale Kompromiß wirtschaftliche Mitbestimmung weitgehend aus oder legt die Vertretungsorgane auf die Unterstützung der Unternehmensziele fest.

Nirgendwo wird dies deutlicher, als im Betriebsverfassungsgesetz, das künstlich zwischen Betrieb und Unternehmen unterscheidet, womit die sozialen Interessen der Beschäftigten von ihren wirtschaftlichen getrennt werden und der wirtschaftliche Entscheidungsraum demokratischer Regulierung entzogen wird. Denn den Betrieb definiert das Arbeitsrecht lediglich als eine "organisatorische Einheit, innerhalb derer ein Arbeitgeber al-

⁴ Ebenda.

lein oder mit seinen Arbeitnehmern mit Hilfe von technischen und immateriellen Mitteln bestimmte, arbeitstechnische Zwecke fortgesetzt verfolgt.⁵ Und diese willkürliche Trennung von Betrieb und Unternehmen, dieses Konstrukt, das die arbeitstechnischen Zwecke von ihren wirtschaftlichen Zielen trennt, war eine wesentliche Denkfigur im sozialstaatlichen Kompromiß der BRD.

War, muß man sagen, weil sich die Ausgangsbedingungen des Kompromisses aufzulösen beginnen. Denn sowohl das wirtschaftsdemokratische Modell des ADGB, wie auch der bundesdeutsche Sozialstaatskompromiß stützte sich auf zwei Grundtatbestände. Einmal auf den Nationalstaat mit eigenem Wirtschaftsraum und entsprechender staatlicher Regelungskompetenz und zweitens auf eine Erwerbsgesellschaft, in der das gesellschaftliche Arbeitsvermögen in einem immer größeren Maße in monopolisierten Produktionszweigen konzentriert wird. Beide Voraussetzungen verlieren zunehmend an Gewicht.

Die historische Grenze der Wirtschaftsdemokratie

Zum einen verliert der nationalstaatliche Raum bei der Herstellung des Weltmarktes zwar nicht grundsätzlich seine Bedeutung, aber er büßt seine Regulierungssouveränität immer dort ein, wo er sich den Bedürfnissen des weltmarktorientierten Kapitals entgegenstellt. Die wohlfeilen Freise, von denen Marx schon meinte, daß sie alle nationalen Mauern wirksamer niederkartätschen als jede Artillerie, schleifen auch die Mauern, die sich die nationalen Arbeiterbewegungen aufgebaut haben. So zerbröseln die nationalstaatliche Solidarität der Beschäftigten im gleichen Maße, wie ihre Konkurrenz mit den Beschäftigten anderer Nationen zunimmt.

Was aber die zweite Voraussetzung betrifft, nämlich die für den Fordismus typische Struktur der Erwerbsgesellschaft, so hat die fordistische Produktionsweise auch deshalb ihre Grenzen überschritten, weil eine ihrer wichtigsten Grundlagen zunehmend hinfällig wird, nämlich die innere Landnahme durch Erschließung immer neuer Nachfrage. Das Wachstumsmodell, nach dem eine immer größere Arbeiterklasse immer billiger produziert und ständig mehr konsumiert, ist ja nicht in erster Linie aus ökologischen Gründen ins Gerede gekommen, sondern seine technischen und ökonomischen Determinanten haben sich grundlegend verändert. Wachstum und Vollbeschäftigung korrelieren nicht mehr miteinander und die Binnennachfrage hat aufgehört, entscheidende Akkumulationsvoraussetzung des großen Kapitals zu sein, seit dem die Profitmaximierung auf wechselnden Märkten und fast austauschbaren Produktionsstandorten stattfindet.

Eine weitere Veränderung hat sich mit der Differenzierung der Akkumulationsformen ergeben. Nicht nur, daß das nationale Kapital im gleichen

⁵ Fitting-Auffarth-Kaiser, Handkommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 13. Auflage, München 1981, S. 77.

Umfang sein Interesse an der Entwicklung der Binnennachfrage verliert, wie es international produziert und seinen Profit realisiert, es sucht sich auch neue Akkumulationsquellen. Der enorme Zuwachs von Finanzspekulationen, insbesondere der Handel mit Derivaten, ist einerseits ein Ausdruck, daß der fordistische Akkumulationstyp an Bedeutung verloren hat, dieser Kasinokapitalismus ist aber auch die Ursache dafür, daß sich große Kapitale der produktiven Verwertung entziehen.

All dies zusammengenommen, läßt wirtschaftsdemokratische Vorstellungen, die ja einerseits an den bisherigen Nationalstaat gebunden sind und andererseits eine bestimmte Produktionsweise voraussetzen, als verwelkte Utopien erscheinen.

Es ist also nicht nur der große Crash des verstaatlichten Sozialismus, der diesen Opportunismus gegenüber der alleinigen Regulierungsgewalt von Markt und Profit hervorruft, sondern es sind auch die ins Leere greifenden Instrumente, die das Kapital in seiner Bewegung nicht mehr fassen können. Und es sind nicht zuletzt die Erosionen des Beschäftigungssystems, die das alte wirtschaftsdemokratische Modell hinfällig machen. Das gesellschaftliche Subjekt, das Naphtali und seine Mitautoren vor Augen hatten, das sich immer mehr unter den Dächern immer größerer Produktionsanlagen konzentriert und einen zur Vereinheitlichung strebenden sozialen Organismus bildete, gehört der Vergangenheit an. Die Segmentierung der Arbeiterklasse, die Spaltung in Gewinner und Verlierer und der wachsende Anteil jener, die in ungeschützten, gewerkschaftsfreien Bereichen arbeiten, verlangt mehr noch als früher nach überbetrieblichen Entscheidungsebenen.

Wirtschaftsdemokratie und neue Beteiligungsformen

Vordergründig könnte es den Anschein haben, als gehe es im gegenwärtigen Diskurs um neue betriebliche Beteiligungsformen und Co-Management um nichts anderes als eine zeitgemäße Variante basisnaher Wirtschaftsdemokratie. Im Gegensatz zu alten Mitbestimmungsformen und auch zu Naphtalis Konzept geht es hier erstrangig um Mitbestimmung am Arbeitsplatz und um die erweiterte Handlungsfähigkeit des Individuums, was sich einerseits mit veränderten Bedürfnissen der Beschäftigten deckt und andererseits durch die neue Betriebsweise erforderlich wird.

Nun soll nicht bestritten werden, daß Demokratisierung heute nur noch heißen kann, daß die Handlungsfähigkeit der Individuen erhöht wird, und insofern stecken in den neuen Arbeits- und Mitwirkungsformen auch Elemente eines neuen Demokratieverständnisses. Doch das Problem liegt weder in den Formen noch in den mangelhaften Ergebnissen, die die meisten Beteiligungsmechanismen zutage gefördert haben. Das Problem besteht auch nicht darin, daß die propagierten Beteiligungsformen nicht über die mittlere Managementetage hinauskommen, denn dafür gibt es durchaus

weitergehende Vorstellungen der Gewerkschaften, sondern das eigentliche Problem ist, wer woran beteiligt und wer überhaupt nicht beteiligt wird oder woran jegliche Beteiligung ausgeschlossen ist, weil sich die Dinge nach ihrer immanenten Logik, der Logik von Kapital und Markt, regulieren.

Je komplexer die Kapitalbewegungen, desto weniger greifen alle betrieblichen Beteiligungsformen in diese Bewegungen selber ein, und der soziale Kompromiß, der in einer einzelnen Branche erkämpft wird, erleichtert häufig die Deregulierung gesamtgesellschaftlicher Kompromisse. Ludwig Rosenberg hat in seinem Vorwort zu dem 1966 neu herausgegebenen Band von Naphtali einen seiner Sätze besonders hervorgehoben, um den universellen Anspruch dieses Konzepts zu unterstreichen. "Zwar ist es denkbar", so zitiert Rosenberg, "daß Unternehmer und Arbeitnehmer der gleichen Industrie zu einer Vereinbarung kommen, ohne die Interessen der übrigen Gruppen zu berücksichtigen, und zwar vielleicht auf Kosten dieser Interessen. Es liegt (jedoch) auf der Hand, daß in diesem Fall keine Demokratisierung der Wirtschaft, sondern das Gegenteil der Wirtschaftsdemokratie vorliegt."⁶ Heute gibt es aber nicht mehr nur um das zu Zeiten von Naphtali denkbare Problem, daß sich eine Beschäftigtengruppe über die Interessen einer anderen hinwegsetzt, heute ist viel problematischer, daß sich Beschäftigtengruppen zusammen mit ihren sogenannten Arbeitgebern über die Interessen der ganzen Menschheit und sogar künftiger Generationen hinwegsetzen können. Ganz zu schweigen davon, daß diejenigen, die heute noch im nationalen Rahmen in die Lage kommen könnten, sich mit ihren Unternehmern zu einigen, immer weniger werden, im Verhältnis zu jenen, die davon ausgeschlossen sind: Unterbeschäftigte, Menschen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen, Arbeitslose und eine größer werdende Zahl auf Dauer Ausgegrenzter.

Sicher, es gibt neue Beteiligungsformen, und es gibt sogar eine gestiegene Sensibilität gegenüber den globalen, sozialen und ökologischen Problemlagen, auch bei den Herrschenden. Aber ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß wir Zeugen eines eigenartigen, doppelseitigen Opportunismus sind. Das Kapital gibt sich problemorientiert, diskursfreudig, nachdenklich, entdeckt zum wiederholten Male die Seele des Arbeiters, und die Gewerkschaften richten sich darauf ein, das Gestaltungskonzept in eine Art Ausgestaltung zu verwandeln, wo die Gegenmacht unter runden Tischen verschwindet.

Ein Beispiel dafür konnte man jüngst in der Frankfurter Rundschau nachlesen.⁷ Die Deutsche Bank spendierte dem 2. Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, drei ganze Anzeigenseiten, um die Vorstellungen der Gewerkschaften zum gesellschaftlichen Wandel zu publizieren, und dieser er-

⁶ Fritz Naphtali, a.a.O., S. 6.

⁷ Walter Riester, Die Gewerkschaften stellen sich dem Wandel, Frankfurt Rundschau - Bundesaussgabe, 14.11.94, Anzeige auf den Seiten 5-7.

wies sich des Entgegenkommens würdig, indem er den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital auf den Widerspruch zwischen Ökonomie und Demokratie herunterschraubte. Riester schrieb dort: "Gewerkschaften müssen mitarbeiten, den Widerspruch zwischen Ökonomie und Demokratie aufzulösen." Gleich so, als handele es sich nicht um einen Gegensatz zwischen Menschen in unterschiedlichen Interessenlagen, sondern zwischen verschiedenen menschlichen Lebensbereichen. Da wird ein Widerspruch behauptet, der seiner sozialen Grundlage beraubt ist und als Zielkonflikt in Erscheinung tritt.

Entsprechend dieser Problemdefinition fragt Walter Riester: "Warum sollte es nicht möglich sein, auf die Frage 'Welche Wege sollen wir einschlagen, um Problemlösungen in marktfähige Produkte zu überführen?', eine Antwort zu finden, und zwar eine, die gemeinsam erarbeitet und auch gemeinsam umgesetzt wird"⁸. Und in der Tat geht es auch den Unternehmen nur dort um Diskurs und Beteiligungsethik, wo am Ende "marktfähige Produkte" herauskommen. Natürlich haben die Unternehmen ein Interesse, gemeinsam mit den Beschäftigten marktfähige Problemlösungen zu erarbeiten und selbstverständlich auch gemeinsam umzusetzen. Und es versteht sich von selbst, daß dabei auch für die Beschäftigten etwas abfällt. Das aber, ich erinnere an die oben zitierte Aussage von Ludwig Rosenberg, hat nichts mit Wirtschaftsdemokratie zu tun, sondern ist eigentlich ihr Gegenteil. Es kann nicht mehr darum gehen, daß der VW-Vorstand mit seinem Betriebsrat marktfähige Autos entwickelt, der Beteiligungsdiskurs bei Krupp dazu führt, daß marktfähige Automobilbleche vom Band gehen und die Deutsche Bank marktgerechte Anleihen zur Privatisierung der Autobahnen auflegt, während die gesamtgesellschaftliche Gestaltung dem freien Spiel der Kräfte und der Weltmarktkonkurrenz überlassen bleibt.

Probleme und Perspektiven einer Neuaufnahme der wirtschaftsdemokratischen Diskussion

Aus zweierlei Gründen drängt sich die Vermutung auf, daß sich das Konzept Wirtschaftsdemokratie erledigt hat. Einmal wegen der oben geschilderten Veränderung in den objektiven Bedingungen, unter denen das Konzept entstand, zum anderen aber auch, weil sich die subjektiven Bedingungen bei den Beschäftigten verändert haben. Von der objektiven Seite aus betrachtet, stellen sich heute andere Regulationsprobleme als in der fordistischen Entwicklungsphase, und was die subjektive Seite eines solchen Konzepts betrifft, nämlich die Einsicht der Betroffenen in ihre eigene Interessenlage, so haben wir es heute mit einer weitaus komplizierteren Gemengelage unterschiedlicher Interessen zu tun.

⁸ A.a.O. S. 7.

Vergleicht man die objektiven Regulierungsdefizite, aber auch herangewachsenen Möglichkeiten für neue Regulierungsformen, die bei Naphtalis Entwurf Pate standen, so fällt ein entscheidender Unterschied auf. Naphtalis Gegenstand war der national organisierte Kapitalismus, das Monopol, das sich immer mehr Arbeit subsumierte und einen sinnlich erfahrbaren Gegensatz zu dieser Arbeit widerspiegelte. Heute ist die Macht der Monopole größer, aber ihre Formen sind flexibler, ihr Aktionsraum ist der Weltmarkt, und der Gegensatz zwischen den sie treibenden Notwendigkeiten und den Bedürfnissen der davon betroffenen Menschen spiegelt sich weniger in der unmittelbar subsumierten Arbeit wider, als in den sozialen, ökologischen und globalen Verwerfungen, die der Metropolenkapitalismus insgesamt hinterläßt. Die größeren Vernichtungen verursacht dieser Kapitalismus nicht mehr beim Ausaugen der ihm direkt untergeordneten lebendigen Arbeit, sondern bei der Ausplünderung von Ressourcen, der Unterordnung ganzer Kontinente unter seine Entwicklungslogik, und es tritt eine Situation ein, in der die von der Ausbeutung ihrer Arbeit unmittelbar Betroffenen ein vergleichsweise komfortables Leben gegenüber jenen führen, die in diese Lage nicht oder nicht mehr kommen.

Eine Ahnung von diesem Kapitalismus scheint Marx bereits bei der Arbeit an den "Grundrissen" gehabt zu haben, als er schrieb, daß der ursprüngliche Diebstahl an fremder Arbeitszeit eine miserable Grundlage des kapitalistischen Reichtums gegenüber jenem Stadium ist, wo sich das Kapital daran macht, die Lebensbedingungen der ganzen Gesellschaft auszubeuten.⁹ Heute müßt man sagen, nicht nur der gesamten Gesellschaft oder der ganzen Menschheit, sondern auch noch der künftiger Generationen. Das größere Problem scheint heute nicht mehr zu sein, daß sich das Monopolkapital, wie zu Naphtalis Zeiten, neue Machtpositionen in der industriellen Produktion erobert. Zu einem immer entscheidenderen Regulationsproblem wird stattdessen die Erdrückung der industriellen Akkumulation durch akkumulierte Eigentumstitel auf künftige Profite, also das Ausweichen in die spekulative Welt des Finanzkapitals. Wo der Handel mit Derivaten größeren und schnelleren Profit bringt, als produktive Investitionen versprechen, da versiegen sogar die dem Kapitalismus noch eigenen Vorzüge.

Die monetaristische Steuerungsvariante, die von den Neokonservativen als Antwort auf das Versagen etatistischer Konzepte favorisiert wurde, hat aber nicht nur neues Elend in die Welt gebracht, sie hat sich auch als untauglich erwiesen, die modernen Regulierungsdefizite des Kapitalismus zu beheben. Wenn wirtschaftsdemokratische Konzepte eine Chance haben sollen, dann müssen sie genau da ansetzen, wo die bisherigen Instrumente versagt haben. Versagt, nicht nur im Sinne sozialer Gerechtigkeit, sondern auch in dem Sinne, daß sie die nationalen und globalen Ziele ökonomi-

⁹ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592-593.

schen Handelns verfehlen. Denn der Siegeszug des modernen Marktradikalismus ist in erster Linie ideologischer Natur, und die märchenhaften Profite, die in den Metropolen, insbesondere vom Finanzkapital akkumuliert wurden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß gleichzeitig gewaltige Kapitalentwertungen stattfanden, die Staatsverschuldung entgegen allen Versprechungen zunahm und die wichtigste Reichtumsquelle, nämlich die menschliche Arbeitskraft, immer weniger ausgeschöpft wird.

Um auf diese Probleme Antworten zu finden, bedarf es wahrscheinlich heute eines ähnlichen Prozesses, wie er vor bald 70 Jahren vom ADGB in Gang gesetzt wurde, als sich die Gruppe um Naphtali anschickte, der sich anbahnenden Durchsetzung des Fordismus eine demokratische Verlaufsform zu geben. Wobei der Erfolg solcher Antworten davon abhängen wird, ob dabei nicht nur eine "gerechtere", sondern auch eine im Sinne globaler und nationaler Ziele bessere Ökonomie herauskommt. Denn sozialistische Alternativen werden sich, unabhängig von allen subjektiven Voraussetzungen, immer nur dann und dort verwirklichen lassen, wo sie Antworten auf objektive Probleme der gesamtgesellschaftlichen, und heute globalen Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens geben. In diesem Zusammenhang scheinen sich drei Hauptfragen zu stellen:

- Welches sind heute die hauptsächlichsten Regulierungsdefizite, vor denen die ausschließliche Steuerung durch Markt und Profit versagt?
- Auf welchen Ebenen und durch welche Institutionen lassen sich diese Regulierungsdefizite so beheben, daß einerseits die bestehenden Produktions- und Reproduktionsprobleme gelöst werden und andererseits Lösungen gefunden werden, die für sozialistische Entwicklungen offen sind?
- Welches sind die gesellschaftlichen Subjekte, die diese Alternativen durchsetzen und auch tragen müssen?

Zum Ersten: Bei der Konzipierung des alten wirtschaftsdemokratischen Modells stand die Hypothese im Hintergrund, daß demokratische Betriebs- und Wirtschaftsverfassungen eine dynamischere Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der gesellschaftlichen Arbeit ermöglichen, während die bürokratischen und autoritären Strukturen der Konzernhierarchien die Erneuerung des stofflichen Potentials behindern, die Kreativität des betrieblichen Arbeitskörpers ersticken und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ökonomische Deformationen verursachen. An diesem Problem kranken die Konzerne auch im Übergang zur postfordistischen Betriebsweise und die neuen Beteiligungsformen versuchen eben dies zu lösen. Doch nicht nur, daß sie gesamtgesellschaftliche Probleme prinzipiell ausblenden, sie lösen auch nicht die entscheidenden Probleme, die sich heute stellen:

Das Hauptproblem der Menschheit, wie auch jeder einzelnen Gesellschaft, besteht heute nicht mehr in der zu langsamen Erneuerungsrate der stofflichen Produktivkräfte oder der mangelhaften Kreativität der im Betrieb ge-

bundenen Arbeitskraft, sondern in der defizitären Reproduktion der Produktionsvoraussetzungen. Die Vernichtung gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, die Zerstörung der sozialen Schöpferkraft der Gesellschaften, rückläufige Entwicklungen bei den öffentlichen Dienstleistungen, Deformationen der zivilgesellschaftlichen Struktur und nicht zuletzt die zunehmende Beeinträchtigung der Reproduktion von Natur sind die eigentlichen Regulierungsdefizite.

Die Konzentration auf betriebswirtschaftliche Produktivität blendet das Problem der damit im höheren Maße zunehmenden Entropie aus. Selbst die ökologische Rechnungsführung des einzelnen Betriebes kann nicht verhindern, daß zur gleichen Zeit die Mechanismen von Markt und Profit den Ressourcenverbrauch insgesamt erhöhen. Damit wird die Regulierung der Stoffströme, was letztlich Reduzierung von Produktion heißt, zu einer Aufgabe, die nur noch außerhalb der direkten Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital zu regulieren ist.

Das neben dem unkontrollierten Ressourcenverbrauch entscheidende Regulierungsdefizit der Markt- und Profitmechanismen betrifft jedoch das System der gesellschaftlichen Arbeit. Da das Überflüssigmachen von Arbeit ein ökonomisches Grundgesetz ist, das unter den Bedingungen der Lohnarbeit zwangsläufig Menschen überflüssig macht, kann eine sinnvolle Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens schon deshalb nicht mehr der Ökonomie überlassen bleiben, weil diese Ökonomie die permanente Freisetzung von Arbeitskräften nicht mehr durch Wachstum kompensieren kann.

Zum Zweiten: Zur Frage der Regulierungsebenen oder Institutionen, wird sich eine den oben beschriebenen Anforderungen gerecht werdende Konzeption von Wirtschaftsdemokratie von vielen alten Vorstellungen trennen müssen. Zum einen geht es nicht mehr allein um die demokratische Beteiligung von ArbeitnehmervertreterInnen auf der einen und Unternehmensvertretern auf der anderen Seite, sondern um die Einbeziehung unterschiedlichster Interessengruppen in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Und zum anderen gilt es Demokratie anders zu verstehen, denn als eine bloße Vermehrung von Vertretungskörperschaften. Wenn Demokratie, um es umgangssprachlich zu formulieren, als eine Herrschaftsform zu verstehen ist, bei der möglichst viele Möglichkeiten haben, dann setzt Demokratie ebenso Dezentralisierung wie basisnahe Entscheidungsprozesse voraus.

Demokratisch ist nicht in erster Linie die Wahl von Körperschaften, sondern die Art und Weise, wie zwischen den Wahlen und außerhalb von Vertretungskörperschaften um Hegemonie gekämpft wird. Heute ist Demokratie undenkbar ohne demokratische Medien, ohne Informationsfreiheit, ohne demokratische Kultur und ohne lebenslange Bildungsmöglichkeiten. Denn die Frage, welche Institutionen zu schaffen sind, um wirtschaftliche Entscheidungen auf betrieblicher, aber erst recht auf überbe-

trieblicher Ebene zu demokratisieren, ist beinahe zweitrangig, so lange der öffentliche Diskurs der Gesellschaft in den Händen von einem Dutzend Medienmogulen liegt. Wirtschaftsdemokratische Konzepte, das zeigen gerade die Erfahrungen mit der Mitbestimmung, greifen ins Leere, wenn sie sich ausschließlich auf die viel zitierten Kommandohöhen beziehen und die Masse der Betroffenen nicht nur von den Entscheidungen ausgeschlossen ist, sondern vor allem von der öffentlichen Diskussion über Entscheidungsvarianten.

Demokratisierung ist also nicht nur Kontrolle herkömmlicher Institutionen, und sie kann auch nicht dabei stehenbleiben, neue Vertretungskörperschaften hervorzubringen, sondern sie ist auch als Prozeß des Rückbaus bürokratischer Institutionalisierung zu verstehen, als Rücknahme von Macht und Wissen in den öffentlichen Raum des Alltagslebens.

Zum Dritten beantwortet sich damit auch die Frage nach den handelnden Subjekten. Geht man einmal davon aus, daß auch die "Arbeiterklasse an sich" erst zur "Klasse für sich selbst" werden mußte, um geschichtsfähig zu werden, so wird auch die Entstehung eines gesellschaftlich verändernden Subjekts in der gegenwärtigen Phase in erster Linie ein Lernprozeß und ein Prozeß der Formierung zum Subjekt sein. Es scheint heute völlig unmöglich, allein aus sozialökonomischen Lagen eine gesellschaftliche Großgruppe abzuleiten, die zur Vorkämpferin und Trägerin wirtschaftsdemokratischer Veränderungen "berufen" ist. Dieses Subjekt wird sich aus den verschiedensten Widerstandsformen herauschälen müssen, aus ökonomischen Kämpfen ebenso, wie aus der Umweltbewegung und ähnlichen Initiativen, die sich gegenwärtig mehr noch mit den staatlichen Bürokratien herumschlagen, als mit den hinter diesen wirkenden Mechanismen von Markt und Profitproduktion.

Zivilgesellschaft, Totalitarismus, Kommunitarismus - Zur Legitimationsfunktion politischer Philosophie

1. Die Ideen von 1989

In seinem Aufsatz "Nachholende Revolution oder Was heißt Sozialismus heute?" konstatierte Jürgen Habermas "den fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen" in den Umwälzungen von 1989. (Habermas 1990, 181) Leitbild der sogenannten "friedlichen Revolutionen" war ein im Westen vorgelebter politischer und gesellschaftlicher Zustand.

Dieser ist jedoch seit Mitte der sechziger Jahre in den bürgerlichen Gesellschaften selbst kontrovers interpretiert worden. Wenn die 1989 propagierten Ideen tatsächlich nur Doubletten sein sollten, ist die Frage zu stellen: Doubletten wovon? Ein genauerer Blick auf den zeitlichen Ablauf zeigt hier einen Paradigmen-Wechsel.

Es ist immer wieder behauptet worden, in der Zeit von September bis November 1989 seien die Oppositionsbewegungen in der DDR vom Ziel eines demokratischen Sozialismus geleitet worden. Ähnliches findet sich u.a. im Selbstverständnis der regierenden sozialistischen Partei in Ungarn 1989/90 wie in den Reformkonzepten Gorbatschows bis 1991. Soweit sich damit wirtschaftspolitische Vorstellungen verbinden, machen diese mehr oder weniger deutliche Anleihen beim Keynesianismus.¹

Falls solche Überlegungen jemals im Osten hegemonial gewesen sein sollten, dann nur für kurze Zeit und in einer schmalen Schicht: unter den intellektuellen Wortführern der Bewegungen für einen politischen Wandel in einer Phase, in welcher der Repressionsapparat zwar geschwächt, aber noch vorhanden war, so daß ein sofortiger Übergang auf ausschließlich pro-kapitalistische Positionen in keiner Weise realitätstüchtig erschien.

Dies änderte sich bald: In den Volkskammerwahlen der DDR am 18. März 1990 und bei den ungarischen Parlamentswahlen eine Woche später siegten bürgerliche Parteien, und seit dem August 1991 setzte sich in der UdSSR und (ab Dezember des gleichen Jahres) deren einzelnen Nachfolgestaaten eine nichtsozialistische Mehrheit durch.

Beide Phasen in der Auflösung des RGW-Sozialismus orientierten sich an westlichen Koordinaten, die sich jedoch ihrerseits veränderten (und sich teilweise schon seit den siebziger Jahren verschoben hatten).

¹ Die innere Logik der Transformation von staatssozialistischen Vorstellungen in marktsozialistische versuchen nachzuzeichnen: Brus/Laski (1990).

Im folgenden gehe ich kaum der Frage nach, inwiefern konservatives Denken in den vergangenen zwanzig Jahren sich gewandelt hat. Stattdessen lege ich den Schwerpunkt auf die Untersuchung der Veränderungen, die in einem gesellschaftstheoretischen Denken, das sich als "links" verstand, stattgefunden haben. Sie sind an drei Phänomenen sichtbar geworden:

Erstens: Der Terminus "Zivilgesellschaft" markiert einen Wandel in der Vorstellung von der bürgerlichen Gesellschaft. Aus einem Kampffeld, zumindest aber einem Thema der Analyse wird, ein Wert.

Zweitens: Infragestellungen und Modifikationen der Totalitarismus-These werden zurückgenommen.

Drittens: Der Begriff der Gemeinschaft gewinnt neue normative Kraft.

2. Civil Society

Das Selbstbewußtsein des sich von feudaler Bevormundung emanzipierenden Bürgertums äußerte sich im 17. Jahrhundert in der Emphase, mit welcher - begrifflich besonders scharf im Werk Lockes - die "civil society" dem Feudalstaat entgegengesetzt war. Der Gegner war dabei weniger die britische Krone als das Konzept des Absolutismus, der in anderen europäischen Staaten zur vollen Ausbildung kam. Bei Locke wurde er nachgerade als Despotie verstanden. Die Kritik richtete sich gegen eine Vorstellung von staatlicher Herrschaft, die in Großbritannien eine ausführliche theoretische Begründung erhalten hatte: Thomas Hobbes' "Leviathan". Da der Absolutismus nur auf dem Kontinent voll ausgebildet war, erhielt seine Abwehr auch den Charakter des Schutzes vor einem bedrohenden Fremden. Dieser Affekt wurde ab 1789 auf die Bekämpfung der - ja gerade demokratischen - französischen Revolution ebenso übertragen wie auf die Gegnerschaft zum neuen Selbstherrscher Napoleon: Eine Situation, wie sie für das Selbstverständnis einer anderen Nation, nämlich der USA, im 20. Jahrhundert typisch war, ist so vorweggenommen worden.

"Civil Society" bedeutete in der Kritik am Absolutismus die Gesamtheit der Freien und Gleichen, die imstande waren, ihre Angelegenheiten ohne staatliche Intervention zu regeln. Daß durch die Verfolgung des Eigen-, ja des Gewinninteresses zugleich ein gemeinsames Wohl realisiert wurde, beruhte nach dieser Auffassung nicht nur auf dem Wirken der "Unsichtbaren Hand" (Smith 1988, S. 371) auf dem Markt, sondern auch auf der sittlichen Bindung der Individuen. Noch vor seiner Untersuchung über den Wohlstand der Nationen von 1776 veröffentlichte Adam Smith 1759 eine "Theory of Moral Sentiments". Max Weber hat darauf bestanden, daß der Kapitalismus sich gerade dort durchgesetzt habe, wo das Gewinnstreben nicht als Selbstzweck akzeptiert, sondern in der Suche nach der Selbstvergewisserung des Gläubigen, daß er sich im Gnadenstand befinde, aufgehoben war. (Weber 1988 I) Insofern blieb die bürgerliche Gesellschaft eine moralische Anstalt. Diese Voraussetzung war bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts undurchschaut und insofern "naiv". Sie verschwand mit dem Ver-

such, Soziologie und Ökonomie nach dem Vorbild der Naturwissenschaften zu betreiben. Für die Positivisten entfiel dabei der Gesellschaftsbegriff ähnlich wie die Seele für den Anatomen. Wer sich damit nicht zufriedengeben wollte, hatte seit ca. der Jahrhundertwende Surrogate: Max Weber ließ eine wertende Zwecksetzung zu², und Ferdinand Tönnies stellte 1887 den Begriff der "Gemeinschaft" neben, gegen und über den der "Gesellschaft". Gleichzeitig schritt der Prozeß der Auflösung in positivistische Einzelanalyse fort. Später blieb der Gesellschaftsbegriff allenfalls noch als Gegen-Ort im Verhältnis zum sogenannten "totalen Staat" - sei es des Nationalsozialismus, sei es des Stalinismus - erhalten. Dabei oszillierte er vorwissenschaftlich zwischen dem Privaten und der Ökonomie. Seine politische Potenz blieb - nach der Abschwächung der in den vierziger/fünfziger Jahren konstituierten Totalitarismus-Doktrin seit Kennedy und Brandt - längere Zeit latent, trat aber 1989 plötzlich hervor: Der Sturz kommunistischer Herrschaft wurde als Sieg der "civil society" verstanden.

3. Società civile

Die Auflösung des Gesellschaftsbegriffs seit der Mitte des 20. Jahrhunderts konnte vom Historischen Materialismus auf keinen Fall mitvollzogen werden. Zugleich aber brach auch er mit der bis dahin naiv gebliebenen Verankerung der Moral in der Gesellschaft. Letztere wurde stattdessen zum Ort des Klassenkampfes, dessen jeweiliger Stand in staatlichen Herrschaftsverhältnissen fixiert sei. Auf diese konnte auch nach einer sozialistischen Revolution nicht sofort verzichtet werden. Von Marx über Kautsky bis Lenin, ja auch bei Hilferding ist "Diktatur des Proletariats" die konkrete politische Form, in der Enteignung der Bourgeoisie vollzogen wird.³ Erst danach werde staatliche Herrschaft überflüssig.

Die Oktoberrevolution 1917 folgte diesen Vorstellungen, die sich im Westen nicht realisierten. Antonio Gramsci machte die "società civile" als das Gefüge aus, durch welches die kapitalistischen Ordnungen des Westens ("Westen" hier noch nicht im Sinne des Kalten Krieges, sondern synonym für die Länder des alten, bochentwickelten Kapitalismus) sich von Rußland unterschieden. Die Eroberung des Staates durch eine revolutionäre Bewegung reiche nicht aus, wenn diese nicht zuvor in langjährigem "Stellungskrieg" sich in dieser verankert und ihre Hegemonie errichtet habe. (Gramsci 1980, 272 f.) Die "Zivilgesellschaft" war bei ihm zwar rein begrifflich ein Neutrum, aber historisch-konkret war sie konterrevolutionä-

² Vgl. seine 1895 gedruckte Freiburger Antrittsvorlesung von 1894, in welcher er die von ihm betriebene Nationalökonomie unterscheidet in eine "erklärende und analysierende Wissenschaft", die "international" sei, und "die Volkswirtschaftspolitik eines deutschen Staatswesens", die er - ebenso wie ihren "Wertmaßstab" - als "nur deutsche" denkt. Weber (1988 II), S. 13.

³ Zur Verwendung des Begriffs Diktatur des Proletariats bei einem führenden deutsch-österreichischen Sozialdemokraten: Hilferding 1947, 518.

när, solange in ihrem Alltag die kapitalistischen Normen gültig blieben und sich ständig reproduzierten. (Fülberth 1992, 141 f.)

Noch die Theoretiker des Eurokommunismus in den siebziger Jahren haben Gramsci in dieser Weise interpretiert. Allerdings blieb bei ihnen der Stellungskrieg die ultima ratio, die Eroberung des Staates im Leninschen Sinne schied bei ihnen aus. Der "Sturm auf den Winterpalast" wurde für sie zum Symbol dessen, was im Westen nicht möglich sei. Derart dezidiert bat sich Gramsci nicht geäußert, doch konnte eine solche Deutung sich auf seine knappen Äußerungen zur Resistenz der "società civile" berufen. Sie war im übrigen für ihn nicht identisch mit der "bürgerlichen Gesellschaft", sondern meinte einen vielfältig institutionalisierten Zwischenbereich zwischen Ökonomie und Staat.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, sehr deutlich ab 1989 drang eine Gramsci-Interpretation vor, in welcher "società civile" nicht mehr ein Kampfplatz war, sondern eine Art Heimat für die Realisierung demokratischer Werte. Im deutschen Sprachgebiet bat vor allem Sabine Kebir diese Lesart stark befördert. Sie verweist dabei auf zerstreute Anknüpfungspunkte bei Gramsci selbst, den sie in ihrer eigenen Übersetzung so zitiert: "Eine Klasse, die sich selbst als fähig darstellte, die ganze Gesellschaft zu assimilieren und die zugleich fähig wäre, diesen Prozeß auszurücken, bringt diese Konzeption des Staates und des Rechts zu ihrer Vollendung, insoweit sie das Ende des Staates und des Rechts konzipiert, die unnütz geworden sind, weil sie ihre Aufgabe erfüllt haben und von der Zivilgesellschaft absorbiert werden." (Kebir 1990 II, S. 173)

Ungeklärt bleibt zumindest in der Kürze dieser Wiedergabe aus den Kerkerheften, ob die nachrevolutionäre "Zivilgesellschaft" identisch mit der vorrevolutionären ist oder ob sie inzwischen transformiert wurde. Für Sabine Kebir scheint sie eine feste Größe zu sein, die sich in einem historischen Prozeß durchsetzt: "In der Entfaltung der Zivilgesellschaft sehe ich aber eine Grundtendenz zur Vollendung der Französischen Revolution in Osteuropa, die von der Linken freilich nicht als das Ende der Geschichte angesehen werden kann." (Ebd., 167) Denselben zeitgeschichtlichen Bezugspunkt wählen Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel. Ihr Buch "Die demokratische Frage" widmen sie "Den gewaltlosen Vorkämpfern der Zivilgesellschaft in Polen, Ungarn und China" (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989, 6). Sie berufen sich überhaupt nicht auf Gramsci, sondern ausschließlich auf John Locke.

Wir haben es hier nicht mit der Konvergenz von zwei Traditionen zu tun, sondern mit der restlosen Übergabe der einen (einst sich als marxistisch verstanden habenden) an die andere (die bürgerliche). Die Einigung erfolgt im Zeichen einer älteren-Doktrin, die zwischenzeitlich an Einfluß verloren hatte.

4. Die neuerstandene Totalitarismus-These

Die Herausbildung der Auffassung, daß Hitler-Deutschland und die UdSSR im Prinzip den gleichen Herrschafts-Typ darstellten, hatte den theoretischen Begleitumstand zum Übergang vom antifaschistischen Engagement der US-amerikanischen Politik während der Anti-Hitler-Koalition (1941-1945/47) zum Antikommunismus des Kalten Krieges gebildet. Bei Hannah Arendt überwiegt - quantitativ gesehen - das erste Element, bei Carl J. Friedrich das zweite. Die doppelte Bestimmung des Totalitarismus findet sich bei beiden. Der klassische Katalog von Merkmalen totalitärer Herrschaft, den Friedrich vorlegt (Friedrich 1957, 19 f.), ist formal die Erweiterung einer Typologie Max Webers: Zur bürokratischen, charismatischen, ständischen usf. Herrschaft tritt nun noch die totalitäre. Wie dort, so steht auch hier der formal-institutionelle Aspekt im Vordergrund. Soziale Grundlage und historische Zielsetzung, in denen Faschismus und Stalinismus sich unterscheiden, sind weitgehend vernachlässigt.

Dieses Defizit wurde seit den sechziger Jahren durch einen kritischeren Blick auf die Totalitarismus-These deutlicher gemacht: Es war angemessener, beide Herrschaftsformen je für sich zu analysieren. Den Stalinismus definierte Werner Hofmann als "eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus" (Hofmann 1984, 29). Er erklärte ihn aus seinen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen und benannte zugleich ein Moment, das dadurch nicht mehr interpretiert werden kann: "Als Stalinismus soll vielmehr jener Exzeß der Macht verstanden werden, der nicht in den Aufgaben einer 'Erziehungsdiktatur' gründete, der nicht objektiv 'notwendig' war. Der Stalinismus resümiert sich in der Entscheidung aller Fragen unter dem Gesichtspunkt der Macht, der Durchsetzbarkeit des Gewollten." (Ebd., 48) Von hier aus ist erst wieder ein sinnvoller Vergleich mit dem Faschismus möglich, der dann allerdings vor allem die Unterschiede hervortreten läßt: Dysfunktionalität des Macht-Exzesses hier, eine ökonomisch-politische Zweckbindung selbst noch des von Deutschland industriell betriebenen Völkermords dort; Übereinstimmung der Praxis mit der rassistisch-elitären Theorie bei Hitler, Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch z.B. der Sowjetverfassung von 1936 und dem tatsächlichen Terror. Dennoch behält die institutionelle Beschreibung, welche Gemeinsamkeiten herausarbeitet, ihren Sinn. Insbesondere wird, wer staatlicher Repression unterworfen ist und auf Kontrollen, die diese einengen oder zurückweisen können, verzichten muß, Unterscheidungen zwischen faschistischer und stalinistischer Unterdrückung als praktisch bedeutungslos wahrnehmen. (Fülberth 1993 I, 37) Hofmanns Analyse war nicht Apologie, sondern Kritik des Stalinismus. Zugleich legte er Wert darauf, die historische Erstreckung dieser Herrschaftsform genauer zu bestimmen. Mit dem Zwanzigsten Parteitag der KPdSU 1956 war seiner Meinung nach ihre Überwindung eingeleitet. Die Restaurationsprozesse in

der UdSSR seit 1964 hat er nicht mehr verarbeitet. Der Herrschaftstyp, der danach bis zum Ende sich durchhielt, war zwar nach wie vor nicht demokratisch, kann allerdings selbst nach der Typologie Carl J. Friedrichs nicht als totalitär bezeichnet werden: Sowohl das "vollkommene Monopol aller Nachrichtenmittel" als auch die "zentrale Lenkung und Beherrschung der gesamten Wirtschaft" (Friedrich, 20) wurden zwar weiterhin von Staat und Partei beansprucht, konnten aber nicht mehr realisiert werden. Die RGW-Staaten - vor allem die DDR - waren medial und ökonomisch penetrierte Systeme. Sie zerbrachen nicht unter dem Aufstand der "Zivilgesellschaft", sondern wurden in erster Linie durch die Dynamik des Weltmarkts aufgesaugt. Dies war möglich, weil spätestens seit Ende der sechziger Jahre ihr ökonomisches Modell sich erschöpft hatte. Die "Zivilgesellschaft" als revolutionärer Faktor war ein Mythos. Dieser speiste sich aus dem Vorgeben, jetzt würden "totalitäre" Regimes gestürzt. Dabei bestanden diese selbst in dem eingeschränkten Sinn, in dem dieser Terminus einst hatte Gültigkeit beanspruchen dürfen (für die Herrschaft Hitlers und Stalins), gar nicht mehr. (Gleiches gilt im übrigen auch für die postfaschistischen Regimes in Portugal - bis 1974 - und Spanien - bis 1975 - : Sie waren durch modernere Formen hürgerlicher Herrschaft noch nicht abgelöst, aber doch schon teilweise penetriert.) Die fiktive Gegenüberstellung: Totalitarismus versus Zivilgesellschaft bildete 1989 und unmittelbar danach das dominante Interpretationsmuster. In dem Maße, in dem die kapitalistische Ordnung in den ehemals sozialistischen Staaten sich durchsetzte, zeigte sich, daß dieses Schema nichts zum Verständnis der Realität beitrug. Es war auf die - falsche - Deutung des Umbruchs fixiert. Für die ideologische Bearbeitung des alten und des neuen Kapitalismus wurde es durch ein anderes Ideologem abgelöst.

5. Community

Der Gemeinschaftsbegriff war zwar im deutschen Sprachgebiet durch den Faschismus diskreditiert, nicht aber in den USA. Dort gehörte er zum Gründungserbe: nicht völkisch verstanden, sondern ursprünglich stark religiös geprägt, in späteren säkularisierten Form weniger aufs Ganze der Gesellschaft bezogen als auf kleinere Gruppierungen.

Die aus der Gemeinschaft hergeleitete Moral-Begründung war eine Milderung der Radikalität, mit der Kant in der "Grundlegung zu einer Metaphysik der Sitten" eine religiöse Motivierung der Ethik entbehrlich gemacht und diese ausschließlich auf die Vernunft verwiesen hatte. Die praktischen Maximen beider Denk-Varianten mochten sich nicht allzusehr unterscheiden, es handelte sich um verschiedenartige Ausformungen eines politischen Liberalismus. Dabei schien im zwanzigsten Jahrhundert innerhalb der hürgerlichen Welt dessen individualistische Ausprägung sich immer mehr durchzusetzen. Die Dynamik, welche von hier ausging, gehörte zu den Ursachen der Überlegenheit des Westens im Wettkampf der Systeme

- auch dort, wo sie durch keynesianische Formen der Vergesellschaftung nicht aufgehoben, sondern nur noch zusätzlich effektiviert wurde. Seit Mitte der siebziger Jahre hahnte sich eine Beseitigung der sozialstaatlichen Abfederungen - wenn nicht zur Gänze, so doch in wesentlichen Teilen - an. Diese Entregulierung wurde in Großbritannien ab 1979 unter Thatcher und in den USA mit Reagan herrschende Politik. Nach einhalb Jahrzehnten sind soziale Folgeschäden sichtbar geworden, insbesondere durch das Entstehen zwar minoritärer, aber doch schon massenhafter Armut in den kapitalistischen Zentren, Verfall von Infrastruktur und zunehmende Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen. Andererseits schien die sozialistische Antwort nicht erst seit 1989, sondern bereits mit der seit Mitte der siebziger Jahre zutretenden offenen Agonie der RGW-Staaten diskreditiert. Auch eine Rückkehr zur keynesianischen Globalsteuerung hat sich nicht mehr an: die mittlerweile hochverschuldeten Staatshaushalte hatten ihre wirtschaftspolitische Manövrierfähigkeit entweder eingehüßt oder konnten sie doch nicht mehr in dem Maße steigern, das jetzt notwendig gewesen wäre. In dieser Situation gewann der - zunächst vor allem in den USA formulierte - "Kommunitarismus" an Attraktivität: als Vorschlag, individuelles Verhalten stärker auf "Gemeinschaft" zu beziehen. Die Kritik richtete sich von Anfang an nicht allein gegen den rabiaten Marktradikalismus, sondern auch gegen den Emanzipationsanspruch und den Universalismus des klassischen Liberalismus, wenn dieser die Selbstentfaltung des Individuums als höchsten Wert postulierte. Insofern verstand sich der Kommunitarismus auch als "konservativ".

Dabei ist allerdings die politische Konnotation stark von der je nationalen Situation abhängig. Dies wird dann deutlich, wenn wir den Blick von den fachphilosophischen Begründungen auf die allgemeineren Gebrauchsanweisungen lenken, die neuerdings stärker in den Vordergrund treten.

In den USA versuchte 1991 der heutige Arbeitsminister in der Clinton-Administration, Robert B. Reich, in einem programmatischen Buch (das 1993 ins Deutsche übersetzt wurde) die von ihm vorgeschlagene neue Fiskalpolitik, welche zugunsten eines neuen Beschäftigungs-Profiles wirken solle, kommunitarisch zu begründen. Seiner Wahrnehmung nach werden die USA im Zuge weltweiter Arbeitstędung immer mehr Standard- und Routine-Arbeitsplätze verlieren. Zugleich hätten sie die Chance, den Anteil "symbolanalytischer" Tätigkeit zu erhöhen. Darunter versteht Reich u.a. die Arbeit der "Forschungswissenschaftler, Design-, Software- und Bauingenieure, Biotechnologen, Toningenieure, PR-Manager, Investment-Banker, Anwälte, Baulanderschließer". Hinzu kommen die im Beratungswesen und in den Medien Beschäftigten. (Reich, 1993, 198 f.) Ihre im einzelnen sehr verschiedenartige Arbeit hat ein gemeinsames Merkmal: Sie verdienen ihr Geld nicht in der materiellen Massenproduktion, es werden "vielmehr manipulierte Symbole gehandelt: Daten, Wörter, akustische und visuelle Darstellungen". (Ebd., 198) Gegenwärtig mache diese Menschen-Gruppe bereits zwanzig Prozent der Erwerbstätigen aus. Ihr Anteil sei seit

den fünfziger Jahren stark gestiegen, während der Reagan-Bush-Zeit allerdings sei eine Stagnation in der zahlenmäßigen Entwicklung dieses Sektors eingetreten. Die in Routine-Tätigkeit mit der Erstellung von Massen- und Standardware Beschäftigten bildeten heute nur noch zwanzig Prozent, mit fallender Tendenz. Die "Symbolanalytiker" dagegen, "die neue Probleme lösen, identifizieren und vermitteln" (ebd., 232), haben die US-amerikanischen Arbeitsplätze der Zukunft. Ihre Einkommen machen einen wesentlichen Anteil am Volkseinkommen aus (der englische Titel des Buches heißt, in Abwandlung von Adam Smith: "The Work of Nations"). Die von Reich vorgeschlagene Strategie besteht nun darin, die Anzahl der Symbolanalytiker-Arbeitsplätze in den USA zu Lasten anderer hochentwickelter Staaten zu vermehren. Der Zuzug müsse aus der schrumpfenden Schicht der blue-collar-Arbeiter rekrutiert werden. Dies setze deren Höherqualifizierung durch ein besser ausgelegtes öffentliches Bildungswesen voraus. Die Finanzierung müsse durch stärkere Besteuerung der Symbol-Analytiker erfolgen.

Reich stößt hier auf die Schwierigkeit, daß dies nicht den unmittelbaren materiellen Interessen des oberen Fünftels der US-amerikanischen Gesellschaft entspricht. Die "Symbolanalytiker" lehten längst in "Sezession" von der Mehrheit ihrer Landsleute (Ebd., 316): Ihre Kinder besuchen teure Privatschulen, ihre exklusive ärztliche Versorgung bezahlen sie aus eigener Tasche, für die Bewachung ihrer vornehmen Viertel stellen sie selbst bewaffnetes Personal an. Da sie staatliche Sozial- und Infrastrukturleistungen nicht in Anspruch nehmen, sind sie auch nicht bereit, diese zu finanzieren. (Folgerichtig senkte die Reagan-Administration ihre Steuern.) Reich stellt fest: "Wir Amerikaner sitzen, wirtschaftlich gesehen, nicht länger im selben Boot (und gleiches gilt für die Angehörigen anderer Nationen)." (Ebd., 15) Doch gerade die Symbol-Analytiker müßten herangezogen werden, um Mittel für die Ausweitung dieser Schicht zu gewinnen. Da sie dafür kein ökonomisches Motiv haben, stellt sich die Frage: "Was sind wir einander als Angehörige derselben Gesellschaft schuldig, die nicht länger in wirtschaftlicher Gemeinschaft leht?" (Ebd., 340) Reichs Antwort ist ein Appell an den Patriotismus. Ein "positiver Wirtschaftsnationalismus" (Ebd., 351) müsse die Symbolanalytiker anspornen, eine große Steuerlast zu tragen. Dies gebe den USA die Chance, ein Hochlohndland zu bleiben, und sei zugleich die Antwort auf einen protektionistischen "Nullsummen-Nationalismus". (Ebd., 342)

In Deutschland sind seit 1991 zunächst vor allem fachphilosophische und -politologische Versuche unternommen worden, die US-amerikanische Kommunitarismus-Diskussion bekanntzumachen (vgl. Brumlik/Brunkhorst 1993, Honneth 1993, Zahlmann 1992). In der praktischen Nutzanwendung hat dies zu einer Neu-Aktualisierung der Ideologie von der Formierten Gesellschaft geführt, das erstmals von Ludwig Erhard in den sechziger Jahren propagiert worden ist und zu dem sich Kurt Biedenkopf später immer wieder bekannt hat. In der gegenwärtigen Diskussion wird der

durch frühere Polemiken offensichtlich doch beschädigte Terminus nicht verwandt. Der Sache nach aber ist er voll präsent, u.a. in einem von Marion Gräfin Dönhoff u.a. verbreiteten "Manifest". (Dönhoff 1992) Einer der Mitverfasser, der frühere Bundeskanzler Schmidt, tritt auch sonst als Propagandist der neu-alten Gemeinschafts-Ethik stark hervor. (Schmidt 1993) Dabei ist die sozialpolitische Botschaft eine andere als in den USA: Während dort eine Dämpfung der Einkommen der "Symbolanalytiker" gefordert wird (was deren heftige Gegenwehr, spürbar in den Diskreditierungskampagnen gegen ihre - angeblich oder tatsächlich - dissentierenden Klassen-Genossen Hillary und Bill Clinton, zeitigt), zielt die deutsche Version auf Einschränkungen für alle. Ob in der BRD eine Übernahme des Umverteilungs-Entwurfs von Reich eine Chance hat, ist fraglich. In seinem im März 1994 publizierten Vorschlag für eine von den "Besserverdienenden" zu erbringenden Ergänzungsgabe, welche lediglich 18 Prozent der Erwerbstätigen stärker belasten sollte, hat der SPD-Vorsitzende Scharping implizit eine Kopie der Symbol-Analytiker-Steuer angefertigt. Er beruft sich dabei u.a. auf den Zwang, welcher durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach das Existenz-Minimum steuerfrei bleiben müsse, ausgeübt werde. Da seine Berechnung aber eine Lücke bei der Bedienung der Staatsschuld läßt, ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine solche klassenspezifische Umschichtung stattfinden wird, nicht groß. Im Mainstream der "Gemeinsinn"-Diskussion in der BRD wird deshalb wohl weiter der Akzent auf den von allen zu erbringenden Opfern liegen - mit Hinweis auf die Tatsache, daß der Sozialstaat in Deutschland stärker ausgebildet sei als in den USA, weshalb in beiden Ländern nicht die gleichen Maßnahmen ergriffen werden könnten.

Der profilierteste Vertreter einer Kombination aus dem älteren Konzept der "Formierten Gesellschaft" und dem "Kommunitarismus" ist der Leiter des "Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft" in Bonn, Meinhard Miegel, der am "Manifest" mitgearbeitet hat. Reichs Konzept der Förderung "symbolanalytischer" Arbeit findet sich auch bei ihm: "Für die Bewältigung unserer Probleme sehe ich drei Szenarien. Im ersten Szenarium gelingt es uns, wieder jene 'Nester' exklusiver Produkte und Dienste zu schaffen, die allen einen vergleichsweise hohen Lebensstandard ermöglichen. Gelingt uns das nicht, geraten wir in den Sog der Niedriglohnländer - das zweite Szenario. Das dritte Szenario schließlich trägt die Überschrift 'Protektionismus'." (Hickel/Miegel 1993, 1449)

Miegel wendet sein Konzept auch auf die Bevölkerungspolitik an. Ein Kapitel des "Manifests" trägt die Überschrift "Damit die Deutschen nicht aussterben" (Dönhoff n.a., 23-33) und stimmt teilweise wortgleich mit Formulierungen aus einem Buch überein, das er zusammen mit Stefanie Wahl verfaßt hat und in dem er das Absinken der Geburtenrate auf exzessiven Individualismus zurückführt. Die "physische Existenz" der Bevölkerungen in den hochentwickelten Ländern sei gefährdet. (Miegel/Wahl 1993, 13)

Werde nicht rechtzeitig und angemessen darauf reagiert, sei "der Verlust ihrer kulturellen Identität nur eine Frage der Zeit". (Ebd.)

Miegel/Wahl seben drei Lösungsmöglichkeiten:

- Erstens: "Gemeinschaftsbezogen handeln" (Ebd., 120) zwecks Steigerung der Geburtenrate. Dies setze einen Verzicht auf bisherige politische Standards voraus: "Anders als in individualistischen Kulturen wären diese Gemeinschaften recht hierarchisch und autoritär." (Ebd., 121)

- Zweitens: Starke Einwanderung. Deren Wünschbarkeit habe ihre Grenze in der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sowohl der deutschen Bevölkerung als auch der Immigrantinnen und Immigranten. Komme es zu einer schieren Addition, sei zwar eine demographische Stabilisierung erreicht, diese werde aber mit einer Beeinträchtigung der bisherigen Lebensweise der Eingesessenen erkauft, unter anderem dadurch, daß die Ankömmlinge ihre eher nicht-individualistischen Normen beibehielten und damit prägend würden.

- Drittens: "Auf eine zahlenmäßig abnehmende und alternde Bevölkerung vorbereiten". (Ebd., 131ff.) In diesem Fall werde auf eine ausreichende Steigerung der Geburtenrate ebenso verzichtet wie auf kompensierenden Zuzug. Da dann eine immer kleiner werdende Zahl von Erwerbstätigen für einen ständig steigenden Anteil von Rentnern und Pensionären aufkommen müsse, sei eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und der Beschäftigungsstruktur nötig: Entlastung der Sozialbausalte durch mehr private und familiäre Vorsorge sowie das Einspringen kleiner, nichtstaatlicher "Gemeinschaften" (Ebd., S. 135), Verlängerung der Berufspbase durch früheren Beginn und spätere Beendigung des Arbeitslebens, eine veränderte "Sterbeethik" (Ebd., S. 135) - die Folgen des Individualismus, nämlich eine zu geringe Kinderzahl, erzwingen nach Auffassung von Miegel/Wahl also Regelungen, die diese Lebensweise de facto revidieren.

6. Gesellschaftstheorie als Legitimations-Ideologie

Robert B. Reich sieht die Durchsetzung seines Programms dadurch gefährdet, daß der äußere Zwang zum Opfer und zu koordiniertem Handeln, den einst die Anstrengungen des Kalten Krieges ausübten, nunmehr entfallen sei. Der positive Appell an den Gemeinsinn müsse das Feinbild ersetzen. Reich fürchtet: "Vielleicht hält die amerikanische Gesellschaft nach Wegfall des Sowjetkommunismus nichts mehr zusammen." (Reich 1993, 359)

Das gleiche Motiv findet sich bei Joachim Fest. Die kommunistische Herausforderung verlieb der bürgerlichen Gesellschaft in seinen Augen eine "von außen geschenkte Kraft" (Fest 1993, 29), nach deren Wegfall bleibt nur noch der fast schon kleinmütig klingende Appell an die "öffentlichen Tugenden" (Ebd., 32) bzw. an die "Bürgertugenden". (Ebd., 35)

Das kommunitarische Vokabular ist bei Fest nur noch ein Zitat. Es ist im übrigen gängige Münze zum politischen Zweck geworden. Die ursprünglichen Diskurse - Abwägung der Theorie Aristoteles' und Hegels gegen Kant, Auseinandersetzung mit der Sozialphilosophie von John Rawls - sind längst dahinter verschwunden. Inzwischen mokiert man sich in den USA schon wieder über den inflationären Gebrauch des Gemeinsinn-Jargons. (Fogarty 1993, 696)

Es mag aber sein, daß gerade als Karikatur politische Philosophie ihre Legitimationsfunktion am breitenwirksamsten wahrnimmt. Deckte die Totalitarismus-Doktrin den Ideologiebedarf des Kalten Kriegs, so war ihre zeitweilige Abschwächung eben auch nicht nur Aufklärung, sondern kam einer praktischen Nachfrage in einer Periode der durch relative Waffenparität erzwungenen Ost-West-Entspannung nach. Im Zivilgesellschafts-Diskurs machte die Bürgerliche Gesellschaft sich etwas über die Ursachen ihres Siegs vor, und der Gemeinsinn sucht eine innere Stütze dort, wo von außen nicht mehr stark zusammengepreßt wird. Soweit dabei jeweils ein Moment Wahrheit sichtbar wurde (meist in zugerichteter Weise), geschah dies doch nur aufgrund einer aktuellen Macht-Lage, welcher der Hervorkehrung solcher Wahrnehmungs-Partikel eine Chance gab. Von theoretischer Regression zu sprechen ist angesichts dieser dienstbaren ideologischen Komplexe nur dann sinnvoll, wenn man deren jeweilige Peinlichkeiten nicht mit einem angeblich besseren früheren Zustand vergleicht, sondern mit dem Anspruch von Aufklärung, welcher der offenbar nie richtig erreichte Existenzgrund von Gesellschafts-Theorie ist - oder sagen wir: zu sein hätte.

Literatur

- Arendt, Hannah (1955): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt am Main.
- Avineri, Shlomo und Avner de-Shalit (Hrsg.) (1992): *Communitarism and Individualism*. New York, Oxford.
- Bellah, Robert N., Richard Madsen, William M. Sullivan, Ann Swidler, Steven M. Tipton (1992): *The Good Society*. New York.
- Brumlik, Micha, und Hauke Brunkhorst (Hrsg.) (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.
- Brus, Wlodimierz, und Kazimierz Laski (1990): *Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem*. Marburg.
- Dönhoff, Marion u.a. (1992): Dönhoff, Marion, Meinhard Miegel, Wilhelm Nölling, Helmut Schmidt, Richard Schröder, Wolfgang Thierse: *Ein Manifest. Weil das Land sich ändern muß*. Reinbek bei Hamburg.
- Fest, Joachim (1993): *Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft*. Berlin.
- Fogarty, Robert S. (1993): All together now. In: *The Nation*, December 6, S. 696-701.
- Friedrich, Carl Joachim Friedrich (1957): *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart.
- Fülberth, Georg: *Zivilgesellschaft als Nationalreligion*. In: *Konkret* 5/1991, S. 46-51.
- Fülberth, Georg (1992): *Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen*. 2. Aufl. Marburg.

- Fülberth (1993 I): *Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration*. Hamburg 1993.
- Fülberth, Georg (1993 II): Ein bißchen Tugend. In: *Konkret* 9/1993, S. 38-42.
- Habermas, Jürgen (1990): *Nachholende Revolution oder Was heißt Sozialismus heute?* In: Ders.: *Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII*. Frankfurt am Main, S. 179-204.
- Hickel/Miegel (1993): *Die arbeitslose Republik. Oder: Mit der Vier-Tage-Woche auf dem Weg zum Niedriglohnland? Ein "Blätter"-Streitgespräch zwischen Rudolf Hickel und Meinhard Miegel*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/1993, S. 1446-1459.
- Hilferding, Rudolf (1947): *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*. Berlin 1947.
- Honneth, Axel (Hrsg.) (1993): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt/Main - New York.
- Kebir, Sabine (1991 I): *Gramscis Zivilgesellschaft. Genesis und Begriffsinhalt*. In: *Sozialismus* 1/1991, S. 39-43.
- Kebir, Sabine (1991 II): *Die historische Flexibilität von Gramscis Zivilgesellschaft*. In: Deppe, Frank, Sabine Kebir u.a.: *Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik*. Hamburg 1991. S. 166-185.
- Kebir, Sabine (1991 III): *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft*. Hamburg 1991.
- Miegel, Meinhard, und Stefanie Wahl (1993): *Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst*. München/Landsberg am Lech.
- Reich, Robert B. (1993): *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*. Frankfurt/M. und Berlin 1993.
- Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel (1989): *Die Demokratische Frage*. Frankfurt am Main.
- Schmidt, Helmut (1993): *Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise*. Berlin 1993.
- Smith, Adam (1988): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. Aus dem Englischen übertragen und mit einer umfassenden Würdigung des Gesamtwerkes herausgegeben von Horst Claus Recktenwald. 4. Aufl. München.
- Walzer, Michael (1992): *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt/Main - New York.
- Weber, Max (1988 I): *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. 9. Aufl. Tübingen, S. 17-206.
- Weber, Max (1988 II): *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*. In: Ders., *Gesammelte Politische Schriften*, herausgegeben von Johannes Winckelmann. 5. Aufl. Tübingen, S. 1-25.
- Zahlmann, Christel (1992): *Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung*. Berlin.

Zum Scheitern linker Politikansätze in der DDR-Wende 1989/90

Aus der Sicht der "Vereinigten Linken" (VL)

Die andauernde Debatte innerhalb der Friedensbewegung über die Demokratisierung der DDR-Gesellschaft mündete Mitte der 80er Jahre in eine Menschenrechtsdiskussion, in der allerdings nicht nur Meinungs-, Diskussions-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit gefordert, sondern auch das Verhältnis von elementaren individuellen, politischen und sozialen Menschenrechten zunehmend kontrovers diskutiert wurden. Hier zeigte sich nun allerdings bereits, daß eine vor allem von der 1986 gegründeten "Initiative für Frieden und Menschenrechte" (IFM) praktizierte Verengung der Forderungen nur auf mehr bürgerliche Freiheiten in der DDR umstritten blieb¹. So war inmitten des Beginns der überaus komplizierten Anstrengungen von unabhängigen Gruppen, nach der Katastrophe von Tschernobyl einer über Jahre vollständig desinformierten DDR-Bevölkerung die Risiken der Kernenergie zu verdeutlichen, dieses Ereignis der IFM nur Anlaß zum Ruf nach einer Volksabstimmung, deren hypothetischer Ausgang auch den Einforderern klar sein mußte. Darüber hinaus warnte jedoch nur eine kleine Minderheit am linken Rand der Opposition vor der Gefahr, unter dem Eindruck des hohen Stellenwerts unterdrückter bürgerlicher Freiheiten in der DDR lediglich auf mehr pluralistische "Diskussionsdemokratie" zu orientieren und darauf Reformillusionen aufzubauen²: Denn was und letztendlich wer sich über die Gewißheit hinaus, daß solche Freiheiten mit politbürokratischen Regimes unvereinbar sind, durchsetzen würde, und ob neue Stellvertreter diese Freiheiten wieder gegen die "ganz unten" und dann vor allem auf Kosten ihrer sozialen Menschenrechte wenden, sei damit noch nicht geklärt. Klar sei nur, daß bürgerliche Freiheiten zu einer bürgerlichen Gesellschaft

¹ Dies zeigte sich etwa bei dem vom Friedenskreis Friedrichsfelde organisierten ersten unabhängigen DDR-weiten Menschenrechtsseminar im November 1986 in Berlin

² In einem Diskussionsbeitrag aus der Gruppe "Gegenstimmen" zu einer Eingabe der IFM anläßlich des XI. Parteitag der SED 1986 hieß es: "So sind im Bild des 'realsozialistischen Pluralismus' die Bürgerrechte degradiert zum Selbstzweck: Pressefreiheit zum Beispiel wird aus solcher Sicht nicht als ein unter unseren heutigen Verhältnissen allerdings erst zu erkämpfendes Mittel zum Zweck besserer Vermittlung von Lösungen gesellschaftlicher Entwicklungsprobleme gesehen, sondern ist der Zweck selbst oder ein Wert an sich. ... Doch die intensive und ganz gewiß kontroverse Diskussion um gesellschaftspolitische Inhalte auch mittels freier Presse wird eben nicht auf den erfolgreichen Kampf um dieses Mittel folgen, sondern muß schon während dieses Kampfes stattfinden und kann ihn sogar entscheiden. Und wenn dann ein solches Mittel erkämpft ist, so ist die Durchsetzung von Lösungen noch lange nicht garantiert, denn sowohl in der Frage der Pressefreiheit als auch hinsichtlich alternativer Gesellschaftskonzepte sind nun einmal mächtige Interessen im Spiel."

gehörten und allein die Stärke und das Selbstbewußtsein des sich von politbürokratischer Unterdrückung emanzipierenden Volkes darüber entscheiden würden, ob über die Rückholung solcher liberalen Freiheiten in die DDR hinaus auch die soziale Befreiung von alten und neuen Unterdrückern gelänge³.

Obwohl solcherart Kritik der Gruppe "Gegenstimmen" an der IFM eine klare Minderheitenposition innerhalb der unabhängigen Gruppen darstellte, zeigte zum Beispiel die mehrheitlich distanzierte Reaktion der Berliner Friedenskreise auf das Treffen von Mitgliedern des Friedenskreises der Samaritergemeinde und der IFM mit Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU im Oktober 1987 doch, daß in der Opposition das Verständnis von Pluralismus keineswegs beliebig war. Die Erklärungen besagten, daß man nicht hinzunehmen bereit war, das Etikett der unabhängigen DDR-Friedensbewegung in den Medien für vertrauliche Gespräche von besonders "undogmatischen" DDR-Oppositionellen mit Repräsentanten von Regierungsparteien vorzufinden, die im eigenen Verantwortungsbereich mehr als genug Menschenrechtsverletzungen auf dem Kerholz hatten⁴.

Es steht außer Frage, daß die Positionen der unabhängigen Friedensbewegung und oppositioneller Gruppierungen außerhalb des kirchlichen Raums in der DDR sich mit ihrer Kritik an den Zuständen im eigenen Land in wesentlichen Teilen zugleich auch gegen die Verhältnisse im Westen richteten. Dabei wurde ausgesprochen kapitalismuskritisch argumentiert und es kann keine Rede davon sein, daß das heute gezeichnete Bild prominenter Ex-Bürgerrechtler, allein die pluralistischen Verhältnisse heutiger bundesdeutscher Zivilgesellschaftlichkeit seien von je her politisches Ziel der DDR-Opposition gewesen, den Tatsachen entspricht. Wie sich allerdings schon zu DDR-Zeiten innerhalb der Opposition Differenzierungen politischer Zielvorstellungen entwickelten, die keineswegs von der Stasi erfunden, sondern höchstens zum Zwecke der Schwächung der Opposition instrumentalisiert wurden, könnte noch anhand weiterer Beispiele belegt werden. Tatsächlich zeigte sich jedoch, daß über die bestehenden Differenzen hinweg alle oppositionellen Strömungen gegenüber den Pressionen der Staatsmacht vor allem in den kritischen Jahren 1987/88 in solidari-

³ Aus der Gruppe "Gegenstimmen" hieß es im bereits zitierten Diskussionsbeitrag unter Hinweis auf die damals gerade beginnende "Perestroika von oben" in der UdSSR: "Eine ... Bewegung (von unten) kann 'von oben' geschaffene Räume nutzen, wird aber nur erfolgreich sein, wenn sich die Basis nicht auf die Grenzen 'demokratischer Kritik' na der Bürokratie zurückverweisen läßt oder womöglich sogar auf deren einsichtige Selbstkritik wartet. Dagegen brauchen authentische politische Körperschaften der Werktätigen natürlich permanent die Demokratie und die freie Diskussion zur Bestimmung der Ziele und Mittel und zur Gewährleistung der Kontrolle ihrer Tätigkeit ... Solche politischen Organisationen haben wir heute erst zu erkämpfen - gegenüber Kräften, die von Demokratie (noch) nicht viel halten und denen andererseits mit 'demokratischer Diskussion' nicht beizukommen sein wird. Dies gilt für die UdSSR und noch mehr für die DDR."

⁴ Vgl. "Umweltblätter" 1. November 1987, S. 9ff. und Wolfgang Rüdendklaus, Störenfried - DDR-Opposition 1986-1989, S. 112ff.

schem Handeln zusammenzustehen in stande waren. Wie schnell sich dann allerdings in und nach der "Wende" die Differenzen verschiedener Protagonisten zu handfesten politischen Antagonismen entwickelten, haben wohl nur wenige vor 1989 für möglich gehalten. Selbst die Papiere der IFM vor und während der Wende zur Demokratisierung der DDR dementieren dabei nachhaltig die Legende, schon damals sei das, was heute zu den Standards von Bündnis 90 gehört, politisch vertreten worden.

Doch nur wenige bürgerbewegte Akteure diffamieren so weitgehend ihre früheren oppositionellen "sozialistischen Illusionen", wie etwa der IFM-Mitbegründer Wolfgang Templin. Sein Abschied von den linken Jugendsünden erinnert an das Renegatentum einiger arrivierter Alt-68er, die ihre geläuterten Einsichten in einer neudeutschen Spielart rechter Dissidenz im politischen System der BRD entfalten und gleichzeitig ihren systemkritischen Ballast entsorgen.

Aber auch die linke Minderheit in der Friedensbewegung der DDR hat sich wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. So wie der rechte Flügel der Bürgerrechtsbewegung die Zwiespältigkeit des bürgerlichen politischen Demokratismus unterschätzte und nun neue Subalternität im Gewand systemkonformer Oppositionskultur zelebriert, hat die schwache Linke in der DDR ignoriert, daß der Staat DDR nur als sozialistische Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus eine Existenzgrundlage hätte haben können, jedoch seine Bürger in ihrer Mehrheit ganz andere Ziele als eben diesen Sozialismus verfolgten. Dies wiegt um so schwerer, als sich die Linken immer über die Diskreditierung sozialistischer Perspektiven durch den Stalinismus und die soziale Dimension des Abschieds der Mehrheit von dieser Perspektive im klaren, aber trotzdem daraus keine Schlußfolgerungen zu ziehen in stande waren. Die "dumme" Konsequenz, selbst diesen Abschied zu theoretisieren, konnte man zwar getrost den Renegaten überlassen, jedoch stand für die DDR-Linke in Wirklichkeit die Ausarbeitung einer neuen Politik für diese Alternative auf der Tagesordnung, und die ließ man zugunsten liebgewordener Illusionen unter den Tisch fallen. Dabei waren diese Linken, wie auch der Autor selbst, mit ihren Aktivitäten (etwa mit damals illegalen statistischen Erhebungen, Auswertungen und Analysen zu Fragen der realsozialistischen Arbeitswelt, ihres Arbeitsrechts, Untersuchungen zur strukturellen Demotivation und Arbeitsunzufriedenheit) dieser DDR-Alltagsrealität sehr nahe und sich auch ihrer Bedeutung bewußt.

Zur Analyse des Scheiterns linker "bürgerbewegter" Politikansätze in der Wende

Heute sind die Linken aus den ehemaligen Bürgerbewegungen bedeutungslos. Eine Bilanz ihrer Fehler insbesondere in der Zeit der Wende kann vor neuen Illusionen bewahren - auch vor solchen, denen noch verbliebene Linke in der PDS nachhängen. Ich werde mir nicht anmaßen, eine

Bilanz des Scheiterns der Ostlinken in dieser Wende zu versuchen. Jedoch werde ich mich in den folgenden Überlegungen bemühen, aus der begrenzten Sicht meiner Erfahrungen in der Bürgerbewegung "Initiative Vereinigte Linke" (VL) einige Mutmaßungen über unser Scheitern anzustellen, ohne dies mit dem Prädikat der Verallgemeinerungswürdigkeit zu versehen.

Das Scheitern der VL hat in erster Linie politische, aber auch organisationspolitische Ursachen. Ihre Stärke, nämlich im linken Lager integrativ agieren zu wollen und von daher undogmatisch und pluralistisch auftretend, hat auch ein Element ihrer Schwäche produziert: Die anhaltende Unentschiedenheit der Frage, wie die VL ihre politische Praxis strukturieren und organisieren wollte, hat viele derer, die eine solche Arbeit angesichts der ersten Lage mit einem hohem Maß an Verbindlichkeit und Wirksamkeit anstrebten, dazu bewogen, das VL-Projekt als unernt abzu lehnen. Und diese Skeptiker sind eben nicht bloß identisch mit denen, die kompromißlos auf Parteibildung setzten und im Osten etwa in Gestalt der Partei "Die Nelken" von Anfang an versekteten oder die die PDS als vermeintlichen Spatz in der Hand einem Taubenei auf dem Dach vorzogen. Andererseits hat die VL auch bald die Gegner einer strukturierten Organisation verloren. Gemeinsames Handeln wurde damit für eine immer mehr abnehmende Zahl von Engagierten zunehmend schwieriger. Die VL, die eigentlich dazu beitragen wollte, die linke Opposition zu integrieren, desintegrierte sich selbst immer mehr, während sich die Parteien und auf Parteien setzenden Organisationen unbeschadet ihrer abnehmenden Glaubwürdigkeit konsolidierten.

Weder die politische Brückenfunktion hinein in den Bürgerblock, noch der Vorsatz der Abkopplung der Linken von der SED, noch die Kooperation mit dem autonomen Spektrum, noch die Zusammenarbeit mit den Westlinken war erfolgreich. Vor allem jedoch waren die im Vergleich zu den Konzepten der anderen Bürgerbewegungen zum Teil sehr substantiellen und präzisen programmatischen Vorschläge der VL noch nicht einmal für eine relevante Minderheit der DDR-Bevölkerung attraktiv. Die VL, zu Beginn durchaus mobilisierend und innovativ, agierte zunehmend reaktiv sowohl wegen ihrer Schwäche als auch wegen der Spaltung der Opposition und absorbierte ihre Kräfte im Wahlmarathon.

Wenn solche Einschätzungen zum Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen gemacht werden, dann ist dies kein Plädoyer für hechelnden Mehrheitsopportunismus. Die Tatsache, daß die VL zwar mit ihrem Antistalinismus über ihr politisches Milieu hinaus konsensfähig war, aber ihre Konzeptionen für einen Sozialismus der Freiheit und Demokratie keine Mehrheitsstimmung der Bevölkerung artikulierten, kann allein noch kein Maßstab für eine negative Bewertung sein. Jedoch kann die Tatsache, daß die ungeliebte Nach-Wende-Entwicklung in der DDR hin zum Anschluß an die BRD stets den warnenden Voraussagen der VL entsprach, auch kein

Grund für selbstgefällige Überheblichkeit sein. Die insgesamt negative Bilanz ist sehr wohl Anlass für die Überprüfung der damaligen Praxis am Maßstab des politischen Realismus und der Tragfähigkeit eigener Konzepte.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und inhaltlich sehr verkürzt soll im weiteren von vier aus meiner Sicht prinzipiellen und vermutlich auch lehrreichen Fehlern die Rede sein:

1. Unterschätzung der politischen Bedeutung einer radikalen materialistischen Kritik "realsozialistischer" Produktions- und Herrschaftsverhältnisse

Die *Mehrzahl der oppositionellen Linken* in der DDR betrachtete die osteuropäischen Diktaturen als stalinistische antagonistische Gesellschaften. Sie vertraten die Perspektive einer politischen antibürokratischen Revolution, deren sozialer Gehalt die Verwirklichung sozialistischer Demokratie und Freiheit und deren ökonomischer Inhalt die Vergesellschaftung des Staatseigentums durch Selbstverwaltung und synthetische Planung gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und materieller Ressourcen sei. Diese geläufigen linken Positionierungen haben insgesamt wenig zur Ausarbeitung einer materialistischen Analyse und praktischen revolutionären Kritik dieser bürokratischen Gesellschaften beigetragen. Der Zusammenbruch dieser Regime war makaberer Weise eher die Konsequenz systemimmanenter Dysfunktionalität und bürokratischer Inkompetenz. Als Hauptprofiteure dieses Kollapses stellten sich in erster Linie die alten BRD-Oberschichten und ihre aus dem alten Regime rekrutierten neuen Verbündeten unter den Ost-Einheitsgewinnern heraus.

Es überrascht daher nicht, daß es heute ein politisch sehr heterogenes Lager gibt, das immerhin in einem Punkt übereinstimmt: Die *Entwicklungsperspektive* der osteuropäischen Bürokratien lief von Anfang an auf die (Wieder)herstellung kapitalistischer Verhältnisse hinaus⁵.

Unter den Linken behaupten die Protagonisten der These vom bürokratisch getarnten kapitalistischen Etikettenschwindel, die im Kern kapitalistischen (*staatskapitalistischen* oder "monopolsozialistischen") *Verhältnisse* in den osteuropäischen Diktaturen waren infolge der bürokratischen Handikaps konkurrenzunfähige deformierte Marktwirtschaften und mußten im Systemwettbewerb dem kapitalistischen Original unterliegen.

⁵ Nach dem weltweiten Sieg des real existierenden Kapitalismus kann man im Osten natürlich damit rechnen, daß die Zahl derer, die diesen Triumph immer schon vorausgesagt oder herbeigewünscht hätten, sich der Zahl derer annähert, die den Realsozialismus früher stets verteidigt haben. Unerwähnt bleiben im weiteren auch die bereits kritisierten Positionen einiger heute mediendominanter Ex-Oppositioneller, die nun behaupten, daß der politische Sinn ihrer früheren Bestrebungen immer im Kampf für einen bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaat gelegen habe.

Die Anhänger der These vom *bürgerlichen Nichtkapitalismus* schließlich erklären, der geschichtliche Sinn der stalinistischen Bürokratien bestand im Beschreiten eines industrialisierungsdiktatorischen nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zur Verallgemeinerung der von Anfang an hürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, bis schließlich mit dem Scheitern beim Modernisierungssprung auch der anhängige Formenwandel (Herstellung originärer Kapitalverhältnisse) auf die Tagesordnung kam.

Auf den ersten Blick sind beide Deutungen rückwärts interpretierender Geschichtsfatalismus. Ich behaupte aber, daß die immanente Logik eines unangefochten auf seinen Kollaps als Vollendung zusteuernenden Politbürokratismus im Osten tatsächlich nur auf die Restauration konkurrierender überlebensfähigerer Systeme (nicht unbedingt nur modernen kapitalistischen Typs, wie wir weiter östlich sehen) hinausläuft. Diese Möglichkeit ist früher gerade durch viele Linke mit der beschwörenden Selbstversicherung, daß die hefreiten Staatsklaven sich doch nicht allen Ernstes wieder der Diktatur des Kapitals unterwerfen würden, unterschätzt worden. Wir müssen aber auch hinterfragen, ob damit wirklich zu allen Zeiten jeder Widerstand gegen diesen Politbürokratismus außerhalb jener restaurativen Perspektive seinen Sinn verfehlt hätte, wie dies heute nicht nur die "Sieger der Geschichte" behaupten. Ich bestreite dies. Doch es nützt nichts: Wir werden uns erneut unseren Fehlern bei der Entschlüsselung der Produktions- und Herrschaftsverhältnisse stalinistischer und poststalinistischer Diktaturen zuzuwenden haben.

2. Fehleinschätzung der sozialen und politischen Basis einer sozialistischen Revolution in der DDR.

Wir wußten, daß die Mehrheit der Bürger der DDR sich der von den Herrschenden in Ost und West erfundenen Weisheit, daß keine Alternative jenseits des real existierenden Sozialismus und Kapitalismus denkbar wäre, unterwarf. In der "Böhlener Plattform" der Vereinigten Linken vom September 1989 ist sowohl von diesem Dilemma als auch von unserer Weigerung die Rede, sich ihm zu unterwerfen. Das Schicksal einer antistalinistischen politischen Revolution entschied sich also an der Frage, ob die auf der Straße erkämpfte Volkssouveränität unter der Losung "Demokratisierung" in der Forderung gipfelt, sich neue Herrscher endlich frei wählen zu dürfen, oder ob das Volk selbst regieren wolle. Letzteres hätte bedeutet, Demokratie (Volksherrschaft) in einem Prozeß neuer Mündigkeit und Emanzipation im gesellschaftlichen Maßstab jenseits neuer Stellvertreterherrschaft und des Politikgeschäfts konkurrierender Parteien zu entwickeln. Dem sich aufdrängenden Fatalismus, nach diesen 40 Jahren sei absolut kein anderes Resultat denkbar, als die Unterwerfung unter eine neue, besser funktionierende importierte Herrschaftsform (also demokratischer Kapitalismus), mochte sich die VL mit ihrem Appell für einen demokrati-

schen Sozialismus nicht beugen. Und wohl nicht nur sie, wie man sieht, wenn man die alten Forderungen der Bürgerbewegungen aus der Ablage hervorkramt. Angesichts der schlechten Chancen solcher Appelle ist die sich an diesen Vorstellungen orientierende politische Praxis nun peinlichst zu hinterfragen. In Worten war zum Beispiel in der VL die Einsicht vorhanden, daß nur neue und konkrete Erfahrungen genau derer, die auf der Straße waren, bei der Ausübung der ihnen zukommenden Macht die entscheidende Rolle spielen würden, und nicht bloß Programme und Konzepte für betriebliche, gewerkschaftliche und politische Selbstorganisation. Anstatt an diesem Erfahrungsprozess teilzunehmen oder diese Teilnahme zu organisieren, hat aber die VL tatsächlich vor allem darauf orientiert, politisch dafür zu werben - wahrscheinlich im Bewußtsein der Schwäche dieses Ansatzes in der DDR-Realität. Ein Beispiel: Als die Macht der Politbürokraten über die Betriebe wankte, installierte die Modrow-Regierung die Betriebsleiter als neue Herrscher und ließ Wirtschaftsministerin Luft deren vermeintliche Integrität verherrlichen. Und die VL hat darauf nur mit Pamphleten reagiert, anstatt die Bildung einer souveränen gewerkschaftlichen Gegenmacht oder die schnelle Schaffung von Betriebsräten wirklich zu unterstützen. Der runde Tisch war nicht der Ort, dies zu vollbringen. Dieser runde Tisch hat Modrows Treuhänder Beihilfe geleistet, die allein (neben der Gauck-Behörde) als Institution die DDR überlebte. Die VL hat hier auch nur widersprochen, anstatt auf die Organisation von Widerstand zu orientieren.

3. Fehler in der Periode "Runder Tisch".

Das Problem ist zu diskutieren im Zusammenhang mit der Machtfrage zur Jahreswende. Gab es seitens der Bürgerbewegungen eine reelle Chance, sie zu stellen? Gab es zum Beispiel die Möglichkeit, von einem "runden Tisch der Opposition" aus die Altparteien herauszufordern, statt zu versuchen, mit am runden Tisch der Altparteien zu sitzen, die bereits über die Volkskammer die Modrow-Koalitionsregierung stützten? Ein "Runder Tisch" existierte zuvor kurzzeitig tatsächlich als runder Tisch der neuen Organisationen (in Gestalt einer "Kontaktgruppe" ihrer Vertreter), der jedoch ohne Not, aber nicht ohne Grund zugunsten des bekannten Runden Tisches aufgegeben wurde. Die Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" forderte schon im November 1989, daß an diesen Tisch die SED und die von ihr dominierten Massenorganisationen, die Blockparteien, die Kirchen und die neuen Oppositionsbewegungen sitzen sollten⁶. Bereits Anfang Dezember waren die Widersprüche zwischen den neuen Organisationen schon ebenso gravierend, wie ihr vermeintliches Gewicht über das Instrument "großer runder Tisch" zu wachsen schien. Die Selbstbindung dieser heterogenen Opposition am Runden Tisch war das Resultat aus Neutrali-

⁶ Demokratie Jetzt. Zeitung der Bürgerbewegung Nr. 4 vom November 1989.

sierung durch die alten Parteien und Obstruktion durch die Regierung, was auch alles von vornherein zu erwarten war. Wir haben erlebt, wie Machtspiele einer immer legitimationsärmeren Regierung und disqualifizierter Altparteien aussahen, wenn sie durch neue politische Entwicklungen unter Druck gerieten. Klar war, daß dieser Druck "von unten", vom Volk, ausging und die neuen politischen Organisationen in dem Maße Gewicht hatten, wie sie dessen Forderungen auch Ausdruck gaben. Damals hieß es noch auf der Straße: "Wir sind das Volk". Die VL zum Beispiel hat dies nominell dadurch reflektiert, daß mit ihrer Kernforderung "Volksouveränität, Selbstorganisation und Schwerpunkt Betriebe" dieser Druck durch "Selbst-tätigkeit der Massen" verstärkt und nicht durch Stellvertreterpolitik kanalisiert werden sollte. Tatsächlich hat sie sich aber vor allem als ihr eigenes Sprachrohr am runden Tisch produziert. Sie wurde dort wie alle anderen auch mehr als einmal von Modrow und den Altparteien ausgetrickst. Nur wenn das Platzen des "runden Tisches" dank der dort erhobenen ultimativen Forderungen gegenüber Modrow/Luft drohte⁷, zeigte die alte Garde, wie wichtig ihr dieser Runde Tisch war. Dies hätte uns allen zu denken geben müssen. Doch im Gegenteil: Der Gipfel der Vereinnahmung und Instrumentalisierung war das Zurückweichen aller Bürgerbewegungen vor dem Ultimatum Modrows und der SDP, in die Regierung einzutreten, was für die VL von Anfang an falsch war. Dies war ein schwerer Fehler, der auch durch die Tatsache, daß wir uns als einzige Oppositionsgruppe bis zuletzt gegen dieses Manöver wehrten und uns dann sehr schnell aus dieser von Modrow manövrierten Regierung zurückzogen, nur noch im nachhinein korrigiert werden konnte. Gleichzeitig war aber dieser Vorgang auch der schlüssigste Beleg, daß der Bürgerblock zerbrochen und mit ihm keine Alternativen mehr formulierbar, geschweige denn durchsetzbar waren. Dies hat auch das Volk verstanden und die Bürgerbewegungen, speziell die VL, bekamen im März die Quittung für den Januar.

4. Fehleinschätzungen hinsichtlich Entwicklungen in der PDS und innerhalb der Westlinken.

Die VL hat sich als linker Flügel der Bürgerbewegungen verstanden, die mit der Böhlemer Plattform September 1989 unzweideutig ihren Aufruf auch an Mitglieder der SED richtete und von daher mit der oppositionellen SED-Minderheit sympathisierte. Viele in der VL haben auf die Abspaltung der linken Minderheit von der SED gesetzt und nach dem Scheitern dieser Option ab Dezember 1989 auf die Stärkung dieses Flügels in der PDS mit der Perspektive ihrer souveränen und gegen den restaurativen

⁷ Dies geschah, als die Regierung die Forderungen des Runden Tisches nach Offenlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation im Land fortgesetzt ignorierte und als sich die Auseinandersetzungen um die Zukunft des MfS/AFNS zuspitzten.

Konjunktur-Analyse: Verstärktes Wachstum der Weltwirtschaft - gespaltener Aufschwung in Deutschland

1. Verbesserte konjunkturelle Grundbedingungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Vor Jahresfrist wurde die Entwicklung der Weltwirtschaft noch durch die unmittelbaren Wirkungen akuter Krisenprozesse, insbesondere durch die in den meisten Industrieländern anhaltende oder nachwirkende zyklische Krise, wesentlich beeinträchtigt. Zum Beginn des Jahres 1995 bietet sich, ungeachtet vieler auch weiterhin gravierender struktureller und sozialer Probleme, doch ein deutlich verändertes Bild. Die wichtigsten Gründe der verbesserten weltwirtschaftlichen Situation liegen vor allem darin, daß

- die zyklische Krise indessen in allen westlichen Industrieländern zu Ende ging und sich - zum Teil früher und stärker als von vielen Prognostikern erwartet - nunehr bei überwiegend niedrigem Inflationstempo überall konjunkturelle Belebungs- oder Aufschwungstendenzen durchgesetzt haben,

- sich in wichtigen Entwicklungsländern das relativ hohe wirtschaftliche Wachstum des Vorjahres fortsetzte oder zum Teil noch verstärkte und

- die Entwicklung der internationalen Währungsbeziehungen und Finanzmärkte im Vergleich zu den Turbulenzen des Vorjahres relativ ruhig verlief und von dort aus 1994 keine akuten ökonomischen und wirtschaftspolitischen Konfliktwirkungen ausgingen.

Diese veränderten Bedingungen führten zu einer deutlichen Beschleunigung der weltweiten, ökonomischen Aktivitäten. Das Bruttosozialprodukt der gesamten Weltwirtschaft wuchs schon 1993 stärker, als es in den ursprünglichen, sich auch in meinem vorjährigen Artikel zu dieser Thematik niederschlagenden¹, Schätzungen der internationalen Organisationen veranschlagt worden war. Für 1994 ergibt sich noch einmal eine erhebliche Steigerung der Zuwachsraten. Gleichzeitig expandierte auch der Welthandel in den beiden letzten Jahren mit Zuwachsraten von rund 4 und 7 Prozent kräftig und schneller als erwartet (vgl. hierzu Tabelle 1).

Die zunächst günstigeren Expansionsbedingungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor eine Reihe tiefgreifender sozialer und struktureller Konflikte und Probleme wirken und die weltwirtschaftliche

¹ Vgl.: Z 17 (März 1994), S. 9/10.

Entwicklung verunsichern. Von aktuellem Gewicht sind dabei gegenwärtig vor allem

- die weiter bestehenden gravierenden Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, die insbesondere darin ihren Niederschlag finden, daß eine Vielzahl von Entwicklungsländern sowie eine Reihe von ehemals sozialistischen Übergangsländern an der dominierenden wirtschaftlichen Belebung nicht partizipieren, sondern wegen ihrer anhaltenden strukturellen Krisenprozesse eher immer weiter hinter dieser Entwicklung zurückbleiben;

- das zum ökonomischen und sozialen Strukturelement der Weltwirtschaft gewordene, sich weiter verschärfende Beschäftigungsproblem, das Grenzen und innere Widersprüchlichkeit des weltweit herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus gegenwärtig besonders drastisch veranschaulicht;

- das in Konfrontation mit den drängenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Anforderungen der Gegenwart immer offenkundiger werdende Unvermögen der bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumentarien und Institutionen im nationalen wie im internationalen Rahmen und deren Ohnmacht gegenüber den die Weltwirtschaft beherrschenden, nicht mehr kontrollierbaren Herrschaftsmechanismen des heutigen Finanzkapitals.

	1990	1991	1992	1993	1994
Weltwirtschaft insgesamt	2,2	0,7	1,8	2,3	3,2
Entwickelte Marktwirtschaften	2,4	0,8	1,6	1,4	2,8
Übergangswirtschaften	-3,3	-11,8	-15,5	-8,8	-6,0
Entwicklungsländer	3,7	4,4	5,9	6,1	5,5
Welthandel	7,2	4,7	4,5	2,4	5,8
				4,0	7,0

IMF, World Economic Outlook, 1994; BIZ, 64. Jahresbericht, Basel 1994; Main Economic Indicators, OECD, Paris, lfd. Für 1994 zum Teil Schätzungen auf der Grundlage dieser Quellen.

1.1 Konjunktureller Aufschwung in fast allen Industrieländern

Die jüngste zyklische Krise erfaßte zwar alle westlichen Industrieländer mehr oder weniger stark. Sie verlief jedoch keineswegs in völliger internationaler Synchronität. Es bildeten sich vielmehr hinsichtlich des Beginns und des Auslaufens der Krise deutlich zwei Gruppen von Ländern heraus:

Zur ersten Länder-Staffel gehörten die USA, Kanada, Australien und Großbritannien. Dort hatte die Krise bereits relativ frühzeitig, 1990 oder teilweise schon 1989, begonnen. So erreichten die USA bereits im 2. Quartal 1991 den Tiefpunkt des Rückgangs ihrer Industrieproduktion. In

Kanada erfolgte dies im 1. Quartal 1992, in Australien und Großbritannien im 2. Vierteljahr 1992. In der USA-Wirtschaft begannen gegen Jahresende 1991 konjunkturelle Belegungstendenzen, die sich während des 1. Halbjahres 1992 durchsetzten. In den anderen Ländern dieser Gruppe setzten sich die zyklischen Auftriebskräfte etwas später als in den USA im weiteren Verlauf des Jahres 1992 durch. Inzwischen haben Industrieproduktion und Bruttosozialprodukt dort auch das vor der Krise erreichte Niveau deutlich wieder überschritten. Zuletzt war dies in Großbritannien der Fall, wo die konjunkturellen Auftriebskräfte etwas zögerlicher wirkten.

Zu einer zweiten Gruppe gehören die europäischen Kontinentalstaaten und Japan. Dort begann der zyklische Abschwung erst im Laufe des Jahres 1992, meist während des 1. Halbjahres, in Frankreich schon etwas zeitiger. Den Krisentiefpunkt erreichte die Wirtschaft dieser Staaten überwiegend im 2. Quartal 1993. Hier setzte sich der Konjunkturaufschwung in der Produktion erst ab Jahresbeginn 1994 voll durch. Ein Teil dieser Länder hat relativ schnell den Vorkrisenstand wieder erreicht oder knapp überschritten. Das trifft auch für die EU insgesamt zu. In Deutschland, Spanien und einigen anderen südeuropäischen Ländern dagegen lag das Niveau der Industrieproduktion nach den letzten verfügbaren Vierteljahresdaten (3/1994) noch deutlich unter dem vor der Krise erreichten Stand. In Japan bewegt sich das Produktionsniveau noch am weitesten unter dem Vorkrisenstand.

Die japanische Wirtschaft, die frühere zyklische Krisen im Maßstab der Weltwirtschaft stets am günstigsten durchlaufen hat, wurde von der jüngsten Krise am schwersten von allen Industrieländern betroffen. Hier hatte sich der zyklische Abschwung bereits annähernd zur gleichen Zeit wie in den meisten Ländern der erstgenannten Gruppe, im 2. Vierteljahr 1991, mit einer depressiven Phase angekündigt. Auch der Prozeß der Durchsetzung konjunktureller Auftriebskräfte verlief und verläuft hier langwieriger als andernorts. Insgesamt erstreckte sich diese zyklische Krise in Japan über einen Zeitraum von 3 Jahren. Zugleich war der Produktionseinbruch dort am tiefsten; gemessen an den Quartalsindizes der Industrieproduktion lag die Talsohle um knapp 13 Prozent unter dem Vorkrisenstand.

Krisenverlängernd und -verschärfend wirkte sich in Japan zweifellos der seit Anfang der 90er Jahre begonnene und zum Teil eruptiv erfolgte Anpassungsprozeß der vorher spekulativ in die Höhe geschossenen Aktienkurse und Immobilienpreise an die realwirtschaftlichen Bedingungen aus, der mit Turbulenzen an den Wertpapiermärkten und einer Krise des Bankensystems des Landes verbunden war. Die daraus resultierenden Konsolidierungsbemühungen und eine kräftige Aufwertung des Yen drückten auf die Investitionstätigkeit und schwächten die internationale Konkurrenzfähigkeit Japans, das deutliche Marktanteilsverluste im Ausland hinnehmen mußte. Erst eine expansive Finanzpolitik mit Steuersenkungen und verstärkter Förderung des Wohnungsbaus, ein Niedrigzinskurs der Notenbank

und auch die von der starken wirtschaftlichen Expansion im asiatischen Raum ausgehenden Nachfrageimpulse trugen schließlich im Laufe des Jahres 1994 zu einer bisher nur schwachen konjunkturellen Belebung bei.

Von besonderem Gewicht für den weltwirtschaftlichen Konjunkturverlauf war die Entwicklung der USA-Wirtschaft, die in diesem Zyklus nur von einer - sowohl ihrer Tiefe als auch ihrer Dauer nach - relativ milden Krise erfaßt wurde. Die Jahresraten von Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion waren nur 1991 leicht rückläufig (um - 0,7 bzw. - 1,8 %). Die Krisen-Tiefpunkte der Quartalsdaten lagen beim Sozialprodukt nur um 1,7 Prozent und bei der industriellen Produktion um 6,5 Prozent unter dem jeweiligen Vorkrisenniveau. Der zusammenhängende Produktionsrückgang erstreckte sich sowohl beim Sozialprodukt wie auch in der Industrie nur über Zeiträume von weniger als einem Jahr.

Auch der frühe Beginn und die Stärke des Aufschwungs nach der Krise in den USA stimulierten die konjunkturelle Entwicklung in anderen Ländern. So hatten sich bereits im 2. Halbjahr 1991 erste Anzeichen einer zyklischen Belebung gezeigt, die ein Jahr später in einen bis jetzt anhaltenden und sich allmählich beschleunigenden Konjunkturaufschwung übergingen. 1994 war für die USA ein Jahr der Hochkonjunktur, in dem das Sozialprodukt um mehr als 4 Prozent und die Industrieproduktion um mehr als 5 Prozent zunahm. Die Unternehmen erzielten hohe Profitzuwächse und investierten weiterhin kräftig. Der Aufschwung hat selbst auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Seit dem Regierungsantritt Clintons sind innerhalb von 2 Jahren rund 5 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenrate war im November 1994 gegenüber dem Vorjahr deutlich um mehr als einen Prozentpunkt auf 5,4 Prozent gesunken.

Im Gefolge der Dollarabwertung und mit der Durchsetzung von Belebung- und Aufschwungstendenzen in Westeuropa und nunmehr auch in Japan ist jetzt auch die amerikanische Exportindustrie auf Hochtouren gekommen. Gleichzeitig ist die Inflationsrate mit zuletzt 2,6 Prozent niedriger als in Deutschland. Der bislang anhaltende Boom ist umso erstaunlicher, als die Steuern angehoben wurden und die Notenbank aus Inflationsangst erstmals seit 5 Jahren wieder kräftig an der Zinsspirale drehte und 1994 im Verlaufe des Jahres sechsmal die Leitzinsen um insgesamt 2,5 Prozentpunkte erhöhte. 1995 ist schon deshalb eher eine Verlangsamung des Wachstumstempos zu erwarten. Die USA-Wirtschaft wirkte damit während dieses Zyklus und insbesondere im vergangenen Jahr als Konjunkturlokomotive für die Weltwirtschaft.

Generell milderte die Zwei-Gruppen-Synchronität des internationalen Zyklusverlaufs die Schärfe der Krise im weltwirtschaftlichen Maßstab. Sie erleichterte vor allem Staaten, die erst später von der Rezession erfaßt wurden, den Übergang zur konjunkturellen Erholung, weil deren Exportmöglichkeiten in die bereits wieder im Aufschwung befindlichen Länder sich dadurch verbesserten.

Auch das Ausbleiben größerer Erschütterungen auf den internationalen Währungs- und Finanzmärkten wirkte im vergangenen Jahr konjunkturbegeünstigend. Dabei verlief das Geschehen auf diesen Märkten auch 1994 keineswegs konfliktlos, sondern vollzog sich durchaus unter häufigen Schwankungen. Auch die internationalen Währungsbeziehungen hielten nicht ohne Auf- und Abwertungssprünge. Solche Schwankungen gehören jedoch unter den Bedingungen schnell fluktuierender internationaler Finanzmärkte zur Normalität des kapitalistischen Wirtschaftsverlaufs. Sie sind aber nicht mit derart spektakulären Bereinigungsprozessen vergleichbar, wie es 1993 die Erschütterungen des Wertpapiermarktes und des Bankensystems in Japan sowie der faktische Zerfall des Systems fester Wechselkurse im EWS waren. Auch 1994 trat dabei ein Phänomen des heutigen kapitalistischen Weltwirtschaftsmechanismus zutage - die weitgehende zeitweilige Abkoppelung der Entwicklung auf den Finanzkapitalmärkten vom realwirtschaftlichen Geschehen. So spiegelte sich der Boom in der USA-Wirtschaft keineswegs in einem adäquaten Anstieg der amerikanischen Wertpapierkurse wider, sondern 1994 wurde lediglich als "mageres" Börsenjahr bewertet.

	[1.-3.V.]			
	1991	1992	1993	1994
USA	-1,7	3,2	4,1	5,1
Kanada	-4,1	0,9	4,9	5,8
Japan	1,8	-5,8	-4,2	-0,4
Australien	-1,1	0,6	4,5	6,0
Deutschland	2,9	-1,6	-7,4	2,0
Frankreich	-0,1	-1,1	-3,7	3,5
Italien	-0,9	-1,3	-2,1	3,5
Großbritannien	-3,9	-0,3	2,3	5,3
Spanien	-0,7	-2,8	-4,8	7,3
Niederlande	3,8	0,2	-1,1	2,3
Österreich	1,9	-1,1	-1,8	2,7
Schweden	-5,6	-3,9	3,0	8,5
EG insgesamt	0,1	-1,3	-3,4	4,1
Alle OECD-Länder	-0,4	-0,4	-0,3	4,3

Berechnet nach: Main Economic Indicators, OECD, Paris, lfd.

Die geminderte Zyklus-Synchronität und der nach weltwirtschaftlichen Maßstäben relativ milde Krisenverlauf findet auch in der Entwicklung der Gesamtindizes für alle westlichen Industrieländer seinen Ausdruck. Das Bruttosozialprodukt und das Volumen der Industrieproduktion aller OECD-Länder hatten während dieser zyklischen Krise nur in einem Jahr Minusraten zu verzeichnen. Während das gesamte Sozialprodukt der Industriestaaten sich in diesem Jahr (1991) um 0,7 Prozent verminderte, ging die industrielle Produktion um 1,8 Prozent zurück.

1.2 Uneinheitlich verlaufende Anpassungskrise in den früheren RGW-Ländern

Die wirtschaftliche Entwicklung in den früheren RGW-Staaten Ost- und Südosteuropas erhielt auch im vergangenen Jahr durch die krisenhaften Anpassungsprozesse, die aus dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen erwachsen, eine weitgehende Eigengesetzlichkeit. Dabei vollzog sich die Entwicklung mit einer noch deutlicheren Differenzierung zwischen einzelnen Ländern als in den Jahren zuvor. Unter Differenzierung wird hierbei nicht eine Unterscheidung zwischen Ländern gemeint, die die Anpassungskrise überwunden haben und solchen, die noch in dieser Krise stecken. Alle ehemaligen RGW-Länder befinden sich noch mitten in einem komplizierten krisenhaften Transformationsprozeß zwischen zwei völlig unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Dieser Übergangprozeß mit seinen tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wirkungen ist keinesfalls in wenigen Jahren zu bewältigen und wird der Entwicklung noch für Jahrzehnte den Stempel aufdrücken. Mit Differenzierung ist hier die Unterscheidung zwischen Ländern gemeint, in denen die strukturellen Krisenprozesse so akut und einschneidend wirken, daß es mit den ökonomischen Aktivitäten noch deutlich weiter bergab geht, und anderen Ländern, die zwar ebenfalls noch mit gravierenden strukturellen und sozialen Anpassungsproblemen konfrontiert sind, in denen aber der akute Produktionseinbruch zunächst einmal zum Stillstand gekommen und wieder ein gewisses wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen ist.

Zu den Ländern, in denen sich der Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft - zum Teil sogar noch in beschleunigtem Tempo - fortsetzt, gehören die aus der früheren Sowjetunion hervorgegangenen Staaten sowie Bulgarien und Rumänien. In diesen Ländern vermindert sich die Wirtschaftsleistung nunmehr schon im fünften Jahr hintereinander. Gleichzeitig sind die Preissteigerungsraten enorm - nach Schätzungen für 1994 liegen sie zwischen 3000 Prozent in der Ukraine und 80 Prozent in Bulgarien - und wächst die Arbeitslosigkeit. In den GUS-Staaten ist das Bruttosozialprodukt nach den

hisher vorliegenden, noch auf Schätzungen beruhenden, Daten auch 1994 um deutlich mehr als 10 Prozent zurückgegangen. In Rußland hat sich dieser Schrumpfungsprozeß im Verlaufe des zurückliegenden Jahres noch weiter beschleunigt. Im Zeitraum von Januar bis Juli 1994 lag das Bruttoinlandsprodukt dort um 17 Prozent unter dem der vergleichbaren Vorjahreszeit. Gleichzeitig nahm die Industrieproduktion nach den vorliegenden Angaben sogar um 24 Prozent ab. Während der letzten 4 Jahre verringerte sich das Sozialprodukt des Landes im Durchschnitt um 15 Prozent jährlich. Gegenüber 1989 hat sich das russische Bruttoinlandsprodukt damit halbiert. Die Industrieproduktion ist in dieser Zeitspanne sogar um mehr als die Hälfte gesunken. Gleichzeitig hat sich die Gesamtzahl der Beschäftigten nur um 6 Prozent vermindert, eine Zahl, die darauf hindeutet, daß die Transformationskrise erst in den nächsten Jahren auch voll auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit durchschlagen wird. Die Investitionen, für die nach den bisherigen Daten für 1994 mit einem Rückgang um 27 Prozent gerechnet wird, sind damit auf rund ein Drittel des Volumens von 1989 geschrumpft. Die Verbraucherpreise waren von Januar bis Juli 1994 um das 5,3fache höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.²

In der Mehrzahl der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weist die bisherige Bilanz der Anpassungskrise ähnliche Größenordnungen auf.

Nicht ganz so dramatisch verlief die jüngste Wirtschaftsentwicklung in den anderen ehemaligen RGW-Ländern Ost- und Südosteuropas. In Polen wuchs das Bruttoinlandsprodukt sowohl 1994 als auch 1993 um jeweils rund 4 Prozent. Auch die Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien erreichten 1994 Wachstumsraten des Sozialprodukts zwischen 3 und 1 Prozent.

Die Investitionen haben ebenfalls in den genannten Ländern erstmals wieder zugenommen, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. Gesteigert werden konnten hier auch die Exporte, wobei vor allem von dem in Westeuropa einsetzenden konjunkturellen Aufschwung etwas partizipiert wurde. Einem anhaltenden Wirtschaftswachstum stehen aber auch in diesen Ländern noch erhebliche Hemmnisse im Weg.

In vielen westlichen Einschätzungen zur Wirtschaftsentwicklung der ehemaligen RGW-Länder wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem jeweils erreichten Stand der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen und der Privatisierung der Betriebe auf der einen Seite und der ökonomischen Situation des Landes auf der anderen Seite hergestellt. Dabei wird etwa nach der Formel vorgegangen: Je schneller und radikaler die marktwirtschaftlichen Reformen durchgesetzt werden, um so besser seien die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen. Dieses Schema trifft jedoch so simpel keineswegs zu. Ein Beispiel dafür ist Bulgarien. Hier hatten sich die Reformer zunächst bei ihren ersten Schritten von keinem anderen

² Berechnet nach: DIW-Wochenbericht, Berlin, Nr. 47/48, 1994, S. 806.

Land übertreffen lassen wollen: Der Außenhandel wurde völlig liberalisiert, die Währung konvertibel gemacht und in der Landwirtschaft drastisch privatisiert. Die Folgen waren schlimm: Der Handel mit dem Ausland brach tief ein; die Preise für viele wichtige Waren erhöhten sich sprunghaft um mehrere 100%; die Agrarproduktion erlitt infolge der Zerschlagung der Staatsbetriebe in diesem Sektor sowie durch die mangelnde Kapitalausstattung der neuen Bauern einen tiefen Niedergang. Dabei wurden die Viebestände halbiert, und die einst profitable Tabakindustrie schrumpfte auf ein Drittel. Das Bruttosozialprodukt weist seit 1990 Minusraten auf und liegt gegenwärtig fast 30 Prozent unter dem Niveau von 1989. Auch dieses Beispiel belegt, daß einer vorher sozialistisch organisierten und strukturierten Wirtschaft die Normen einer kapitalistischen Marktwirtschaft nur um den Preis einer enormen Vernichtung von Produktivkräften und des Auftürens von sozialen Problemen radikal und ohne Sicherungen übergestülpt werden können.

1.3 Überwiegendes Wachstum und weitere Differenzierung der Entwicklungsländer

Auch 1994 erreichte die als "Entwicklungsländer" klassifizierte Staaten-Gruppe in ihrem Gesamtdurchschnitt eine etwa gleich hohe Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts wie im Vorjahr und hatte damit wiederum von einem sehr niedrigeren Niveau aus ein deutlich höheres Wachstumstempo als die Industriestaaten und die Transformationsländer Ost- und Südosteuropas zu verzeichnen. Dieses Wachstum ist jedoch überwiegend mit einem zwar gegenüber 1993 etwas verminderten, aber dennoch im Gesamtdurchschnitt dieser Ländergruppe um rund 15 mal schnelleren Inflationstempo verbunden als in den westlichen Industriestaaten. Hinzu kommt, daß sich hinter der Gruppen-Klassifizierung als Entwicklungsland Staaten von sehr unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und -niveaus verbergen. Darunter werden sowohl die schnell expandierenden jungen Industrieländer Ost- und Südostasiens wie auch die ärmsten Regionen Afrikas erfaßt, in denen das Pro-Kopf-Sozialprodukt seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr gestiegen ist.

Bei einer groben Regionalisierung zeigt sich, daß in den Entwicklungsländern Asiens die Wachstumsrate 1994 mit 7 bis 8 Prozent nach den letzten Schätzungen annähernd gleich hoch war wie im Vorjahr und damit dort die wirtschaftlichen Aktivitäten mit Abstand am schnellsten zunahmen. Im Zeitraum 1990-94 lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate bei rund 7 Prozent. Träger dieser Entwicklung sind vor allem die "jungen Industrieländer" Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur sowie die in einem Industrialisierungsprozeß befindlichen südostasiatischen Staaten Indonesien, Malaysia und Thailand. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang jedoch die VR China zu nennen, in der sich auch 1994 das hohe

Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre mit zweistelligen Raten fortsetzte. Zugleich beschleunigte sich das Exportwachstum als Folge des beginnenden Konjunkturaufschwungs in vielen Industrieländern kräftig. Die Anlageinvestitionen, die im Zeitraum 1990 - 93 durchschnittliche Jahreszuwachsrate von rund 30 Prozent erreicht hatten, setzten ihren Boom gleichfalls fort.

In den Entwicklungsländern Lateinamerikas und des Nahen Ostens vergrößerte sich das Bruttosozialprodukt in den letzten beiden Jahren mit Zuwachsraten zwischen 3 und 4 Prozent und war damit auch dort noch höher als in den Industriestaaten. In den mit hohen Auslandsschulden belasteten lateinamerikanischen Staaten wurde die Entwicklung in der letzten Zeit wesentlich durch neoliberal geprägte wirtschaftspolitische Schock-Programme beeinflusst, mit denen entsprechend den Auflagen des IWF vor allem die Haushaltsdefizite und die hohen Inflationsraten reduziert werden sollten. In der Mehrzahl dieser Länder hat sich das Inflationstempo auch tatsächlich verlangsamt. So betrug die durchschnittliche Preissteigerungsrates aller lateinamerikanischen Staaten (mit Ausnahme Brasiliens) 1993 rund 18 Prozent; Im Schnitt der Jahre 1991/92 hatte sie noch das Zweieinhalbfache betragen. Im Laufe des letzten Jahres ist auch die Inflationsrate Brasiliens, die 1993 die exorbitante Höhe von rund 1900 Prozent erreicht hatte, deutlich verringert worden. Diese Stabdierungsergebnisse wurden mit einem sehr hohen sozialen Preis erkauft, den allerdings die weniger begüterte Mehrheit der Bevölkerung zu bezahlen hatte und der vor allem die Armen noch ärmer machte. So mußte der Generalsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), Rosenthal, eingestehen, daß "die Politik viel zu oft soziale Kosten hingenommen hat, mit dem Ergebnis, daß heute die Armut in Lateinamerika weiter verbreitet ist als etwa vor zehn Jahren."³

Die Wirtschaft der afrikanischen Länder wuchs 1994 im Durchschnitt etwa im gleichen Tempo wie die Lateinamerikas und des Nahen Ostens. Wenngleich das Wachstum damit deutlich stärker war als in den Jahren 1990-93, wo nur eine jährliche Durchschnittszunahme um gut 1 Prozent zu verzeichnen war, bleiben vor allem die Staaten Schwarzafrikas Schlußlicht der Weltwirtschaft mit einem in den vergangenen Jahren noch größer gewordenen Abstand.

2. Deutsche Wirtschaft im Zeichen eines gespaltenen Konjunkturaufschwungs

Das Jahr 1994 stand für die deutsche Wirtschaft im Zeichen einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in Westdeutschland, mit der die zyklische Krise, die das Wirtschaftsgeschehen der vorangegangenen zwei Jahre weitgehend geprägt hatte, zu Ende ging. Dabei setzten sich die zyklischen

³ Die Zeit, Hamburg, 16.9.1994.

Belebungs- und Aufschwungstendenzen rascher und stärker durch, als es die Mehrzahl der professionellen Prognostiker eingeschätzt hatte. In den neuen Bundesländern setzten sich die strukturellen Anpassungsprozesse bei relativ hohem Wirtschaftswachstum fort, das von einem zuvor heruntergefahrenen sehr niedrigen Niveau ausging und von den konjunkturellen Aufschwungstendenzen in Westdeutschland zusätzliche Impulse erhielt.

2.1 Exportinduzierter zyklischer Aufschwung in Westdeutschland

Eine fundierte Einschätzung der jüngsten zyklischen Krise, von der die westdeutsche Wirtschaft vom Frühjahr 1992 bis zum Frühjahr 1994 erfaßt wurde, bedarf einer gründlicheren Untersuchung, die sich u.a. auf die Analyse noch nicht vorliegender detaillierter Angaben über die Bewegung des fixen Kapitals und einzelner Wirtschaftssegmente stützen muß. Aus der jetzigen Sicht sind vor allem folgende Charakteristika dieser Krise hervorzuheben:

1. Die Krise der Jahre 1992/93 war hinsichtlich der Tiefe des Abschwungs einiger wichtiger Wirtschaftsaktivitäten, allerdings nicht der Dauer nach, die schärfste der Nachkriegszeit. Das gilt vor allem für die Produktion in der gesamten Industrie, die (jeweils nach Quartals-Indizes berechnet) um gut 10 Prozent zurückging, sowie für wichtige ihrer Zweigen, wie den Maschinenbau und den Straßenfahrzeugbau, die Produktionseinbrüche von jeweils 22 Prozent hinnehmen mußten. Das gilt aber in besonderem Maße für die Ausrüstungs-Investitionen, die um rund 27 Prozent absanken. Die jüngste Krise dominierte das westdeutsche Wirtschaftsgeschehen jedoch nicht über einen so langen Zeitraum wie die der Jahre 1980/82. Seinerzeit hatte sich die Krisen- und Depressionsphase (geessen an der Industrieproduktion) über einen Zeitraum von 11 Quartalen erstreckt, die Krise 1992/93 dauerte 8 Quartale.

2. Beginn und Verlauf der jüngsten zyklischen Krise in Westdeutschland - und darüber hinaus auch in anderen EG-Ländern - wurden durch die deutsche Vereinigung wesentlich, vor allem krisenverzögernd und -mildernd, beeinflusst. Der 1990 einsetzende Nachfrageboom aus Ostdeutschland verzögerte die sich vor allem infolge der Weltmarktkonstellation, mit dem Beginn der zyklischen Krise in den USA und anderen wichtigen Ländern, abzeichnende konjunkturelle Wende in Deutschland, die sich mit einem im 2. Vierteljahr 1990 beginnenden deutlichen Rückgang der Auftragseingänge ankündigte. Die daraus erwachsende Verlangsamung der Exportentwicklung konnte durch die nach der deutsch-deutschen Währungsunion sprunghaft wachsenden Lieferungen in die DDR bzw. die neuen Bundesländer überkompensiert werden. Der damit verbundene rasche Nachfrage- und Produktionsschub in Westdeutschland löste seinerseits einen Importsog aus, der neben wachsenden direkten Lieferungen nach Ostdeutschland auch konjunkturstabilisierend auf andere EG-Länder wirkte.

3. Die zyklische Krise war mit zum Teil einschneidenden krisenhaften strukturellen Anpassungsprozessen in einigen Zweigen verbunden, die auch mit dem Beginn des jetzigen Aufschwungs noch keineswegs überwunden sein dürften. Das trifft für konjunkturell zur Zeit wieder steigende Produktionsdaten aufweisende Zweige wie die eisenschaffende Industrie und den Maschinenbau ebenso zu wie für die bisher vom Aufschwung unbeeinflusst weiter schrumpfende Textilindustrie.

4. Das Zusammentreffen konjunktureller und struktureller Ursachen führte in dieser Krise zu einer seit der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929-32 nicht mehr gekannten Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in Westdeutschland, die zu Krisenbeginn bereits einen hohen strukturellen "Sockel" von gut 1,7 Millionen erreicht hatte, vergrößerte sich bis zum Beginn des Aufschwungs noch einmal um mehr als 800 000. Die Zahl der Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet wurde während der Krise um reichlich 1 Million reduziert. Dieser Arbeitsplatzabbau war vor allem das Ergebnis drastischer Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, wo die Beschäftigtenzahl allein um 980 000 abnahm.

5. Die zyklische Krise und die auch nach Beginn der konjunkturellen Belebung unverminderte soziale Unsicherheit wurden von führenden Repräsentanten der Unternehmerverbände, vor allem von DIHT-Präsident Stihl und Arbeitgeberverbands-Chef Murmann, sowie von anderen Interessenvertretern des Großkapitals zu den bislang schärfsten und umfassendsten Angriffen auf die bisher erkämpften tariflichen Rechte und sozialen Sicherungen ausgenutzt. Dabei geht es offenkundig nicht nur um die Durchsetzung einzelner Maßnahmen, sondern um den Versuch, unter dem Motto vom Umbau des Sozialstaats das Gesamtsystem der Sozialleistungen und -sicherungen radikal zugunsten der Unternehmerinteressen abzubauen.

Die ersten Anzeichen des Herauskommens eines wichtigen Wirtschaftssektors aus der akuten zyklischen Krisensituation waren bereits während des 1. Vierteljahres 1993 im Investitionsgütergewerbe zu verzeichnen. Hier vollzog sich eine Tendenzwende in der Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland, die zuvor einen über 3 Jahre andauernden drastischen Rückgang, der das reale Auftragsvolumen um mehr als ein Viertel reduzierte, batten hinnehmen müssen. Sie nahmen in den ersten Monaten des Jahres 1993 erstmals wieder deutlich zu und sind seitdem kräftig gewachsen. Im 3. Quartal 1994 lag ihr Niveau bereits wieder um 22 Prozent über dem Krisentiefpunkt, aber noch um 9 Prozent unter dem vor der Krise erreichten Höchststand. Etwas später und schwächer vergrößerte sich auch die Auslandsnachfrage in den anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes. Mit entsprechender Verzögerung fand diese Auftragsentwicklung schließlich auch in einer Zunahme der Warenexporte ihren Niederschlag, die vorher (nach Vierteljahresdaten) um rund 10 Prozent geschrumpft wa-

ren. Im Zeitraum Januar bis September 1994 war das Exportvolumen dann bereits knapp 8 Prozent größer als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Vor allem durch die Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern wurde in den ersten Monaten des Jahres 1994 eine deutliche Zunahme der Ausrüstungs-Investitionen stimuliert, die sich im weiteren Jahresverlauf in sehr abgeschwächtem Tempo fortsetzte. Dabei überschritt die Höhe dieser Investitionen im 3. Quartal erstmals seit zweieinhalb Jahren wieder knapp das entsprechende Vorjahresniveau, wenn auch nur um knapp 1 Prozent.

	1993	1994 1. Vj. 94	2. Vj. 94	3. Vj. 94	
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,3	2,1	2,3	2,3
Privater Verbrauch	0,2	1,0	2,3	0,7	0,0
Staatsverbrauch	-1,2	-0,5	0,0	0,2	-0,8
Anlageinvestitionen	-6,3	1,8	+1,5	1,4	2,1
Ausrüstungsinvestitionen	-17,6	-1,0	-8,5	-1,9	0,5
Bauinvestitionen	-0,8	3,5	3,6	3,9	2,9
Industrieproduktion	-7,0	2,5	0,0	3,1	3,7
Ausfuhr	-8,4	7,0	3,7	11,4	8,5
Einfuhr	-11,1	6,0	4,3	8,3	5,8
Verbraucherpreise	3,2	3,0	3,0	3,0	3,0
Erwerbstätige (1000 Personen)	28.990	28.350	28.142	28.252	28.365
Arbeitslose (1000 Personen)	2.270	2.560	2.708	2.525	2.518

Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Konjunktur aktuell, monatlich lfd.; Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatl. lfd.; DIW-Wochenbericht 46/1993 und 46/1994. Die Jahresdaten für 1994 sind zum Teil Schätzungen auf der Grundlage der genannten Quellen.

Von den anderen Hauptkomponenten der Gesamtnachfrage gingen allerdings bislang keine oder allenfalls sehr geringe Impulse für einen zyklischen Aufschwung aus. Die Ausgaben für den privaten Verbrauch, die im Krisenjahr 1993 stagniert hatten, verzeichneten zwar im ersten Vierteljahr 1994 einen deutlichen Anstieg, der aber nicht durch höhere reale Masseneinkommen, sondern zum großen Teil nur durch den Rückgriff auf Spareinlagen zustande kam und deshalb nicht tragfähig blieb. Die Gründe für die negative Entwicklung der verfügbaren Einkommen lagen in den ungünstigen Tarifabschlüssen, die faktisch zu Nullrunden oder zu Reallohnrückgängen sowie in staatlichen Abgabenerhöhungen bzw. Sparbemühungen, die gleichfalls zu Lasten der Arbeitnehmer oder der sozial Schwachen und letztlich der konsumtiven Nachfrage gingen. Dementsprechend ging der private Konsum im 2. Vierteljahr wieder etwa auf den Vorjahresstand zurück. Der öffentliche Verbrauch, der im Krisenjahr 1993 um 1,2 Prozent zurückgegangen war, stagnierte 1994 wegen der Defizite und des Sparkurses der öffentlichen Hand annähernd auf diesem Niveau. Die Bau-Investitionen, die während der Krise insgesamt nur geringfügig zurückgegangen waren, wuchsen im 1. Quartal zwar kräftig an. Da dieser Anstieg aber größtenteils durch günstige Witterungsbedingungen stimuliert war, stagnierten sie in den beiden folgenden Quartalen wieder, wobei die Wohnbauten zunahm, gewerbliche und öffentliche Bauten aber zurückgingen.

Die vom Export und von der exportstimulierten Belegung der Ausrüstungsinvestitionen ausgehenden Impulse führten schließlich im Frühjahr 1994 auch zu einer konjunkturellen Trendwende in der Entwicklung der Inlandsaufträge, die allerdings schwächer als die Auslandsnachfrage wuchsen. Auf den Gesamtumfang der industriellen Produktion wirkte sich die Nachfrageentwicklung zunächst darin aus, daß die zyklische Abwärtsbewegung um die Jahresmitte 1993 zum Stillstand kam und eine fast ein dreiviertel Jahr anhaltende Stagnationsphase folgte. Erst im Frühjahr 1994 nahm auch der Produktionsausstoß im Maßstab der gesamten Industrie zu, der im 3. Vierteljahr um 3,7 Prozent größer war als im Vorjahr. Das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs seit Jahresbeginn 1994 und lag im 3. Vierteljahr um 2,3 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Der gegenwärtige Aufschwung wird somit bisber ausschließlich von einem kräftigen Boom der Auslandsnachfrage und damit des Exports und einer weitgehend daraus resultierenden, noch relativ moderaten Belegung der Ausrüstungs-Investitionen getragen. Der Aufschwung ist somit gespalten zwischen dem Boom der Auslandsnachfrage sowie der bislang relativ schwachen Belegung der Investitionstätigkeit auf der einen Seite und einer nicht oder alleufalls ganz schwach zunehmenden Nachfrage des Staates und der privaten Konsumenten.

Im Gegensatz zu der jetzt bereits wieder von Politikern, aber auch von vielen professionellen Konjunktur-Prognostikern verkündeten Aufschwungs-Euphorie erscheint durchaus Skepsis hinsichtlich der Stärke und Dauer der zyklischen Auftriebs angebracht. Das gilt um so mehr, als auch die Aussichten für die nächste Entwicklung der beiden bisher nicht nennenswert expandierenden großen Nachfragebereiche, des privaten und des öffentlichen Verbrauchs, nicht viel erwarten lassen. Auf den privaten Verbrauch drücken die 1995 in Kraft getretenen Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie die ungünstige Beschäftigungssituation, die Möglichkeiten des öffentlichen Verbrauchs werden durch Haushaltsdefizite und Sparzwänge eng gehalten. Und ohne ein spürbares Wachstum zumindest bei einem dieser beiden Verwendungsbereiche des Sozialprodukts, die zusammen immerhin rund drei Viertel der Gesamtnachfrage ausmachen, kann kein kräftiger und länger anhaltender gesamtwirtschaftlicher Aufschwung stattfinden. Hinzu kommt, daß die von der Zinsentwicklung in den USA ausgehenden Einflüsse auch hierzulande Zinssteigerungen in einem Maße befürchten lassen, das restriktiv auf den Konjunkturaufschwung wirken kann.

2.2 Hohes Wachstum auf niedrigem industriellen Niveau in Ostdeutschland

Betrachtet man nur die Zuwachsraten der Produktion und der Investitionen in den letzten beiden Jahren, dann könnte man tatsächlich den Ein-

druck gewinnen, daß Ostdeutschland, wie Bonner Regierungspolitiker immer wieder erklären, gegenwärtig Europas Wachstumsregion Nr. 1 ist.

Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs 1993 um 5,8 und 1994 (nach bisherigen Berechnungen bzw. Schätzungen) um 8,5 Prozent, die gesamten Anlageinvestitionen nahmen in beiden Jahren um 14 und 17 Prozent zu und die Industrieproduktion verzeichnete sogar Zuwachsraten von 9 (1993) und 16 bis 17 Prozent (1994).

Diese Daten zeigen, daß hier in jüngster Zeit tatsächlich keine zyklische Krise stattgefunden haben kann, obgleich die ostdeutsche Markt- und Investitionssituation sich natürlich nicht unbeeinflusst von der westdeutschen und internationalen Konjunktur entwickeln konnte. Sie profitierte 1994 vor allem von den sich durchsetzenden Aufschwungstendenzen in Westeuropa.

Tabelle 4
Ausgewählte Wirtschaftsdaten Ostdeutschlands
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v. H. -

	1993	1994	1. Vj. 94	2. Vj. 94	3. Vj. 94
Bruttoinlandsprodukt	5,8	8,5	9,0	8,7	8,0
Privater Verbrauch	2,7	3,0	5,8	2,8	2,1
Staatsverbrauch	-1,2	1,2	1,9	1,3	1,7
Anlageinvestitionen	14,0	15,0	20,3	14,9	14,8
Ausrüstungsinvestitionen	7,0	8,0	7,7	10,9	9,5
Bauinvestitionen	18,4	21,0	28,3	17,5	17,3
Industrieproduktion	9,0	17,0	19,0	21,0	18,0
Ausfuhr	4,8	17,0	9,0	28,0	20,0
Verbraucherpreise	8,4	4,0			
Erwerbstätige (1000 Personen)	8.273	8.300	8.172	8.148	8.100
Arbeitslos (1000 Personen)	1.149	1.160	1.172	1.158	1.158

Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Konjunktur aktuell, monatlich lfd.; DIW-Wochenbericht 46/1994. Die Jahresdaten für 1994 sind zum Teil Schätzungen auf der Grundlage der genannten Quellen.

Die aktuellen hohen Zuwachsraten verdecken allerdings den tiefen Einschnitt, dem sich die ostdeutsche Wirtschaft in den beiden Jahren zuvor unterziehen mußte und die weitreichenden ökonomischen Folgen dieser Anpassungskrise. Realität ist, daß an die aktuelle Entwicklung einer früheren Volkswirtschaft, die als unmittelbare Begleiterscheinung der sprunghaften Umkämpfung zu einem völlig entgegengesetzten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eine radikale, crashartige Strukturbereinigung hinnehmen mußte, wie sie in keiner zyklischen Krise der Wirtschaftsgeschichte bisher erfolgte, eben nicht das übliche Grundschema kapitalistischer Wirtschaftsbewegung angelegt werden kann. Die akute Anpassungskrise der Jahre 1990/91, in der massenhaft Produktivkräfte und potentiell Kapital vernichtet wurden, "bereinigte" die ostdeutsche Wirtschaft so radikal, daß das Sozialprodukt halbiert und die Industrieproduktion gedrittelt wurde. Inzwischen entfallen in Ostdeutschland auf rund 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung nur noch rund 4 Prozent der gesamten Industrieproduktion - ein Resultat, für das die Bezeichnung "Deindustrialisierung" durchaus angemessen erscheint.

Aus der Sicht dieses im akuten Anpassungs-Crash von Währungsunion und Vereinigung tief abgestürzten Niveaus sind die nach Prozenzsätzen hohen Zuwachsraten der vergangenen 2 Jahre in der ostdeutschen Wirtschaft zu bewerten und zu relativieren. Im Grunde ist Ostdeutschlands Wirtschaft aus konjunktureller Sicht noch als eine Art Sonderregion zu betrachten, deren Entwicklung weitgehend durch die Auswirkungen der während der akuten Anpassungskrise erfolgten radikalen Bereinigungsprozesse und die sich weiter vollziehenden strukturellen Veränderungen im Rahmen der kapitalistischen Transformation geprägt wird.

Die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung steckt vor allem auch insofern noch in der Transformationskrise, als ungeachtet des kräftigen Wachstums einiger Grundaggregate die gravierenden sozialen Strukturprobleme, die aus dem Anpassungs-Crash erwachsen sind, weiter wirken. Das gilt in besonderem Maße für die Prozesse und Konflikte, die aus der mit dem Crash 1990/91 abrupt in Gang gesetzten massenhaften Entwertung menschlicher Arbeitskraft erwachsen. Immerhin waren nach Berechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur 29 Prozent aller im November 1989 in Ostdeutschland Beschäftigten im November 1993 noch im selben Betrieb tätig; mehr als zwei Drittel aller Arbeitenden verloren also innerhalb eines Zeitraums von 4 Jahren zeitweilig oder auf Dauer ihren Arbeitsplatz. Dabei mußten bzw. müssen Ältere, Frauen und junge Lohnabhängige besonders schwer an den enormen Anpassungslasten der Wende tragen. Nur 12 Prozent der 1989 zwischen 52 und 63 Jahre alten Beschäftigten waren 4 Jahre später überhaupt noch erwerbstätig. Von den unter 25jährigen haben nur 20 Prozent in diesem Zeitraum ihre Arbeitsstelle behalten, von den Frauen waren es nur 14 Prozent. Die vergleichsweise sichersten Arbeitsplätze hatten seit der Wende Beschäftigte in der Bauwirtschaft, bei Verkehrsunternehmen, der Post und in Dienstleistungsfirmen⁴.

Das beschleunigte Wachstum im vergangenen Jahr blieb jedoch nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und trug neben den sich allmählich auch auf den Arbeitsmarkt auswirkenden Struktureffekten dazu bei, den seit 1990 anhaltenden Rückgang der Erwerbstätigenzahl zunächst einmal zum Stillstand zu bringen. In der Industrie setzte sich allerdings der Arbeitsplatzabbau 1994 fort, wenn auch in geringerem Tempo als in den Jahren davor. So gab es im September 1994 rund 50 000 - das sind 7 Prozent - weniger Beschäftigte als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag im September 1994 mit fast genau einer Million sogar um 158 000 niedriger als vor Jahresfrist. Allerdings haben nicht alle aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik Herausgefallenen auch tatsächlich einen echten neuen Arbeitsplatz gefunden. Indizien dafür sind die in dem genannten Zeitraum fast gleich gebliebenen Daten für die nachgewiesenen Arbeitsvermittlungen und die Zunahme der in Arbeitsbe-

⁴ Berliner Zeitung, 5.1.1995.

schaftungsmaßnahmen Beschäftigten um rund 110 000⁵. Hinzu kommt, daß in wachsendem Maße Langzeitarbeitslose vorzeitig in Altersrente gehen.

Nach Einschätzungen des DGB ist jedoch einer weitere spürbare Entschärfung der ostdeutschen Arbeitsmarktsituation in den nächsten Jahren kaum zu erwarten. Danach werde es noch bis zur Jahrtausendwende in den neuen Bundesländern 1 Million Arbeitslose geben, was etwa der gegenwärtigen Anzahl entspricht. Die Zahl der Beschäftigten werde im Jahre 2000 mit rund 6,2 Millionen immer noch unter dem Stand von 1992 liegen (die aktuellsten Schätzungen für 1994 betragen rund 6,3 Millionen).

Die Annäherung der Einkommen und der Konsumtion der Bewohner der neuen Bundesländer an die der alten Bundesrepublik vollzog sich 1994 in deutlich kleineren Schritten als das Wirtschaftswachstum. Nach Berechnungen des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute vergrößerte sich das verfügbare Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland von 64,2 Prozent des westdeutschen (1993) auf 66,4 Prozent, der private Verbrauch je Kopf von 64,1 auf 66,7 Prozent. Daß die 1994 erzielten hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten nicht mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung identisch sind, zeigen auch Berechnungen des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Ihnen zufolge hat sich nur für jeden vierten ostdeutschen Privathaushalt die wirtschaftliche Lage in den letzten 12 Monaten verbessert. 1993 war dies noch bei 30 Prozent der Haushalte der Fall⁶.

Betrachtet man die Gesamtaussichten der deutschen Wirtschaft für 1995, dann ist in Westdeutschland mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtstendenzen zu rechnen. Diese werden vor allem von einem beschleunigten Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen, einer Ausweitung des Exports sowie in geringerem Grade von einer Zunahme der Bau-, insbesondere der Wohnungsbau-Investitionen, getragen. Der Aufschwung wird sich jedoch kaum auf ein spürbares Anwachsen des privaten Konsums und ganz sicher nicht auf eine Expansion des öffentlichen Verbrauchs stützen können. Das läßt am ehesten eine moderate, das Wachstumstempo des vergangenen Jahres aber kaum übersteigende Fortsetzung des Aufschwungs erwarten. Für Ostdeutschland ist mit einem Andauern des relativ kräftigen Wachstums, vor allem des Bruttoinlandsprodukts, der Anlageinvestitionen und der Industrieproduktion, zu rechnen.

Das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt, das nach den vorläufigen Ergebnissen für 1994 um 2,8 Prozent zugenommen hatte, wird 1995 wohl eine ähnlich hohe Wachstumsrate wie im Vorjahr, aber kaum eine wesentlich höhere erreichen.

⁵ Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Konjunktur aktuell, April 1994 und November 1994.

⁶ Berliner Zeitung, 25./26.12.94.

Auf dem Wege zur Rentier-Ökonomie

Zu einigen Entwicklungslinien des internationalen Finanzsystems

Das Problem anhaltender Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Prosperität der Finanzmärkte ist keineswegs grundsätzlich neu in der Geschichte des Kapitalismus. Die "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" von J.M. Keynes verdanken wir gerade dieser Konstellation¹. Keynes plädierte für eine unzweideutige Kampfansage gegen den Rentier-Kapitalismus: "Die Nachkriegserfahrungen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind in der Tat lebendige Beispiele dafür, wie eine Anhäufung von Vermögen ... bei einem Vorwiegen von Bedingungen des laissez-faire einem angemessenen Niveau der Beschäftigung und einer dem technischen Stand der Produktion entsprechenden Lebenshaltung im Wege stehen kann."² In seiner Langfristprognose von 1943 sagte er für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine erneute Herausbildung von parasitären Strukturen eines Rentier-Kapitalismus voraus³.

Schauen wir uns die Blockade des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses genauer an:

Das raschere Wachstum des Finanzkapitals in den letzten beiden Jahrzehnten ist ein häufig beschriebenes Phänomen. Der internationale Finanzsektor expandiert schneller als der Welthandel und die diesem unterliegende Produktion. Börsentäglich werden ca. 1.000 Milliarden US-\$ auf den Devisenmärkten umgesetzt, wobei nur maximal 5% dieser Transaktionen der Vermittlung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs dienen. Ein weiteres Indiz für die Auseinanderentwicklung von Realakkumulation und Finanzsphäre ist auch die scherenförmige Entwicklung des Kredit- und Handelsvolumens in den letzten Jahrzehnten.⁴

Teile der politischen Linken verdichten diese Entwicklungstendenz zur These vom vagabundierenden Kapital, das nur nach einem weltweiten Finanz-Crash wieder an die Kette gelegt werden könne. Beispielsweise konstatiert Robert Kurz über "die Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft: eine immer größere Masse von Geldkapital kehrt nicht mehr in die Realwirtschaft von Investitionen und Konsumausgaben zurück, sondern vagabundiert auf den Kapitalmärkten und scheint dort selbständig

¹ Die erste Auflage erschien im Februar 1936; deutsche Übersetzung Berlin 1936.

² Ebda., S.183.

³ Dazu: J.M. Keynes, *The Long-Term Problem of Full Employment*, in: *Collected Writings*, Bd. 27, London 1980, S. 320 ff; K.G. Zinn, *Die Wirtschaftskrise*, Mannheim 1994.

⁴ *Globale Trends*, Frankfurt 1994.

zu akkumulieren."⁵ Der Vorstellung von der Ungeheuerheit des Kapitals entspricht die politische Gegenstrategie: Kurz hält "die Krise des globalen Finanzsystems nicht ... bloß für ein vermeidbares Risiko, sondern für unvermeidlich. Was dann geschieht, steht auf einem anderen Blatt."⁶ Auch Experten, die sich mit Ratschlägen zur Vermögensverwaltung ihre Existenz sichern, warnen vor einer Verlängerung des Trends.⁷

Wenn wir den Grad der Verselbständigung beurteilen und das aufgelaufene Gefahrenpotential einschätzen wollen, dann müssen wir zunächst den beiden Stichworten von der "Globalisierung" und der "Deregulierung" des Finanzsystems nachgehen.

1. Globalisierung der Finanzmärkte

Die Finanzmärkte der Gegenwart unterscheiden sich weitgehend von denen der fünfziger und sechziger Jahre, als sie noch durch die internationalen Vereinbarungen des Bretton-Woods-Systems kontrolliert wurden. Damit hängt zusammen, daß sich die Achse des Weltfinanzsystems von den (Industrie-)Anleihe- und Aktienmärkten zum öffentlichen Kredit verschoben hat.

Die entwickelten kapitalistischen Nationen hatten sich unter dem Schock der großen Weltwirtschaftskrise und deren gesellschaftlich-politischen Auswirkungen zur Regulierung von Währungs- und Finanzsystem, d.h. zu einem Rahmen für die wirtschaftliche Aktivitäten entschlossen. Dieser Rahmen erstreckte sich auf die Kontrolle und Steuerung der Währungssysteme (internationales Währungsabkommen), eine Politik des Abbaus von Handelsbeschränkungen und der Gleichheit der Marktzutrittsbedingungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) im GATT und einer Entwicklung des Binnenmarktes durch öffentliche Investitionsprogramme. Der Einschätzung, daß auch die damalige Organisation der Anlagemärkte die Ersparnisse der Nationen nicht in der produktivsten Art verteilt, folgten die politischen Instanzen nur sehr bedingt. Die These, daß man die Entscheidung über Sparen und Investitionen nicht dem Zufall der privaten Entscheidungen und des privaten Gewinns überlassen sollte, ging offenkundig zu sehr an die Substanz der gewohnten Praxis wirtschaftlichen Handelns. Eine international agierende zentrale Bank mit Kompetenzen, wie sie im zweistufigen Banksystem der Nationalstaaten üblich waren, war politisch nicht durchsetzbar.

Die Politik der Herabsetzung und Harmonisierung der Zollschranken im Rahmen internationaler Vereinbarungen und das System fester Wechselkurse auf Gold- und Dollarbasis stützte in den ersten beiden Nachkriegs-

⁵ R. Kurz, *Das Weltkartenhaus, Globalisierung der Märkte und fiktives Kapital*, in: *Lettre* 27, 1994, S. 92.

⁶ Ebda.

⁷ Ch. Fälschle, *Kursbuch Finanzen*, Frankfurt 1994, S. 259.

jahrzehnten die Vernetzung der nationalen Ökonomien. Die Ausweitung der Währungskonvertibilitäten und die schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs waren Ausdruck dieser erfolgreichen Entwicklungsetappe. Doch bereits 1963 wurde mit der Eröffnung des Euro-Dollar-Marktes eine wichtige Zäsur in der Zerstörung des internationalen Regulierungssystems von Bretton-Woods eingeleitet. Die US-amerikanische Regierung wollte den Kapitalabfluß ins Ausland einschränken und hatte zu diesem Zweck eine Zinsausgleichsteuer eingeführt; angesichts des beschränkten Erfolges wurden 1965 weitere Beschränkungen für Direktinvestitionen im Ausland erlassen.

Im Entstehungsjahr des Eurokapitalmarktes 1963 wurden sechs Anleihen von 75 Millionen Dollar aufgelegt. Mitte 1993 wird das Volumen des größten internationalen Kapitalmarktes auf über 9.000 Milliarden US-\$ geschätzt, wobei die Kredite und kurzfristigeren Wertpapiere ungefähr 7.500 Milliarden umfassen und der Umlauf von handelbaren Kapitalanleihen (Bonds) auf 1.687 Milliarden Dollar taxiert wird. Allein in der Handelswoche vom 16.-22. Dezember 1994 belief sich der Umsatz auf 610,5 Milliarden US-Dollar, was indiziert, daß vor allem Anleihen auf dem Sekundärmarkt an einem Handelstag mehrfach umschlagen.

Auch in anderen Regionen ist das Erfolgsrezept der nichtstaatlich kontrollierten Finanzmärkte inzwischen kopiert worden. Diese internationalen Handelsplätze für Geldkapital unterliegen keiner Börsenaufsicht oder nationalstaatlichen Regelungen. Emissionen für Anleihen sind keiner Genehmigungspflicht unterworfen, und die Kontraktfreiheit erlaubt alle Regelungen, vorausgesetzt, die Marktteilnehmer machen mit. Da die Überwachung durch eine Zentralbank entfällt, existieren auch keine Vorschriften für Mindestreserven, was sich folglich in höheren Zinsen resp. Renditen umsetzt. Schließlich ist nicht geringzuschätzen, daß die extraterritorialen Finanzmärkte auch keiner Besteuerung unterliegen.

Die Herausbildung des Euro-Kapitalmarktes in den sechziger Jahren war ein wesentlicher Angriff auf die Fundamente des Finanzsystems der Nachkriegsära. Zwar versuchten die kapitalistischen Hauptländer durch zusätzliche Absprachen wie das General Agreement to Borrow, die Bildung eines Goldpools sowie durch eine Reihe von bilateralen Währungs-Swap-Abkommen etc. das System fester Wechselkurse zu stabilisieren, "doch Währungsab- und -aufwertungen wurden häufiger, bis im Jahre 1971 die Nixon-Regierung die Dollar-Konvertibilität aufgeben mußte und im März 1973 endgültig das System fixierter Wechselkurse scheiterte".⁸

Entgegen den euphorischen Erwartungen in den siebziger Jahren hat der Übergang zu flexiblen Wechselkursen weder ein inflationsfreies Wachstum begünstigt, noch vergrößerte Handlungsspielräume für die Wirtschaftspo-

⁸ E. Altwater, 50 Jahre nach ihrer Gründung: IWF und Weltbank in tiefer Identitätskrise, in: Utopie kreativ 50, 1994, S.10; Vgl. auch: E. Altwater, Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung, in: Prokla 95, 1994.

litik gebracht. Auf die Mitte der siebziger Jahre einsetzende Akkumulations- und Wachstumsschwäche in den kapitalistischen Metropolen reagierten die Regierungen mit einer Rückkehr zu den "laissez-faire"-Prinzipien; die Ansicht, daß ein regulierter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben besser erfülle, machte der marktradikalen Überzeugung Platz, daß der möglichst ungehinderte Wettbewerb und die unbeschränkte Möglichkeit privaten Geldverdienens die wahrhaften Garantien für die soziale Wohlfahrt seien.⁹

2. Deregulierung

Als Reaktion auf die deutliche Investitions- und Akkumulationsschwäche in den kapitalistischen Metropolen setzte sich Ende der siebziger Jahre eine Politik der Deregulierung durch. Ihr Ergebnis ist jedoch nicht die angestrebte Revitalisierung der Kapitalakkumulation, sondern bei anhaltender Schwäche der Realakkumulation entwickelt sich gleichsam ein Treibhausklima für die beschleunigte Akkumulation von Geldkapital. Mit der Bezeichnung "Casino-Kapitalismus" wird eine spekulativ überzeichnete Prosperität der Finanzmärkte charakterisiert, womit zugleich ausgesagt ist, daß diese Umschlagsplätze von Wertpapieren erneut mehr und mehr versagen bei der Lenkung der gesellschaftlichen Ressourcen in Wachstumsbereiche. Am Ende der fordistischen Entwicklungsetappe¹⁰ stellen sich die aus der Anfangsphase bekannten Symptome der Fehlentwicklung ein: massive Brachlegung und Entwertung von produktivem Kapital verbunden mit enormer Massenarbeitslosigkeit; die staatliche Spar- und Konsolidierungspolitik beschädigt die Binnennachfrage, und der Terraingewinn im Export über das Kosten- und Sozialdumping bleibt bescheiden; in relativer Verselbständigung zur Realwirtschaft boomen die Finanzmärkte.

Mit dem Zerfall des Weltwährungssystems 1973 und der nachfolgenden Deregulierung der nationalen Finanzmärkte wird der Verselbständigungsprozeß der Geldkapitalakkumulation enorm verschärft. Die weltweite Akkumulation von Eigentums- und Schuldtitel wird im wesentlichen durch den öffentlichen Kredit gespeist.¹¹

Nachdem die Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt¹² zumindest soweit gemanaged war, daß Mitte der achtziger Jahre ein leichter Rückgang im Verschuldungsgrad gemessen am Bruttoinlandsprodukt einsetzte, eskalierten die Leistungsbilanzdefizite der USA und die Defizite des öffentlichen Sektors. Bei allen Schwierigkeiten, das moderne Finanzsystem und seine diversen Instrumente zu verstehen, bleibt bei der Staatsschuld das

⁹ J.M. Keynes, Kommentierte Werkauswahl, hrsg. von H. Mattfeld, Hamburg 1985, S. 96ff.

¹⁰ Vgl. J. Bischoff, Postfordistischer Kapitalismus oder Krise des Fordismus, in: Sozialismus 1/1995, S. 25 ff.

¹¹ Globale Trends 1993/94, a.a.O., S. 220.

¹² Ebda.

Charakteristische: es handelt sich um die Transformation einer geliebten und verkonsumierten Summe in illusorisches, fiktives Kapital. Der Schuldschein - das Wertpapier - kann verkauft werden und durchläuft eine selbständige Preisbewegung auf den Finanzmärkten. Heute wie in den vorangegangenen Stadien des Kapitalismus gilt: "Die Akkumulation des Kapitals der Staatsschuld heißt weiter nichts als die Vermehrung einer Klasse von Staatsgläubigern, die gewisse Summen auf den Betrag der Steuern für sich vorwegzunehmen berechtigt sind. In diesen Tatsachen, daß sogar eine Akkumulation von Schulden als Akkumulation von Kapital erscheinen kann, zeigt sich die Vollendung der Verdrehung, die im Kreditsystem stattfindet."¹³

Bereits an dieser Stelle wird deutlich: die Hypothese vom "vagabundierenden Kapital" führt wirtschaftspolitisch vollständig in die Irre. Was als "Kapital" angesprochen wird, sind zum Großteil bloße Schuldscheine über Geldsummen, mit denen die Defizite von öffentlichen Kassen ausgeglichen wurden. Die Besteuerung von Einkommen, die aus diesem fiktiven Kapital abgeleitet werden, ist sicher eine wichtige Operation; aber die realexistierende Diskrepanz zwischen der Akkumulation von Real- und Geldkapital erfordert zugleich eine Reorganisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, sollen die parasitären Strukturen dauerhaft behoben werden.

Nach der weitgehenden Bankenkonsolidierung im Zusammenhang mit den "system risks" von der Verschuldung der Länder der Dritten Welt ist mit der atemberaubenden Ausweitung der derivativen Finanzinstrumente eine neue Zeitbombe im internationalen Währungssystem entstanden. Bis Mitte der achtziger Jahre waren diese neuen Anlageformen für das zinstragende Kapital unbekannt. Die Finanzderivate sind selbst schon Produkte der relativ verselbständigten Finanzmärkte. Was im Grunde als Absicherung gegenüber Kursrisiken bei Zinsswaps, Devisenkursen und Terminoptionen bei Rohstoffen gedacht war, schlägt um in eine neue Grundlage zur Internationalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte.¹⁴

Im Verlauf der achtziger Jahre müssen alle kapitalistischen Metropolen verstärkt auf die Kapitalmärkte zurückgreifen, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren.¹⁵

Der Anteil der öffentlichen Schuld am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt ist im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen.¹⁶

¹³ K. Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, Berlin 1964, S. 494.

¹⁴ Vgl. dazu: W. Pflü, Finanzderivate als Ursache der Dollar-Kursschwäche?, Manuskript 1994.

¹⁵ Aus: Globale Trends 1993/94, a.a.O.

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.94, S. 9.

3. Aktuelle Tendenzen

Im Verlauf der achtziger Jahre hat sich die Struktur der internationalen Finanzmärkte erheblich verändert. Infolge der Deregulierungspolitik in nahezu allen kapitalistischen Hauptländern und der verstärkten Nachfrage nach Geldkapital haben die Internationalisierung und die Verselbständigungstendenzen sprunghaft zugenommen. Diese Rückkehr zum laissez-faire drückt sich zunächst in einer erheblichen Ausweitung der grenzüberschreitenden Anleihen und Aktientransaktionen aus.¹⁷

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich konstatierte für das Jahr 1993: "Die weltweite Verflechtung der Märkte verstärkte sich im letzten Jahr weiter, und die Unterschiede zwischen Bankkrediten und Wertpapieremissionen, nationalen und internationalen Begebungen, Kassamarktinstrumenten und Derivaten sowie zwischen verschiedenen Kategorien von derivativen Instrumenten verwischten sich noch mehr. Diese wachsende Integration stimulierte die grenzüberschreitenden Kapitalströme."¹⁸

Angesichts der Verwischung der Formunterschiede bei den verschiedenen Instrumenten des Kreditgeldes und der raschen Zunahme von außerbörslich gehandelten Papieren ist eine präzise Volumenbestimmung der vernetzten Finanzmärkte nach wie vor schwierig.

Für die Haupttribunen ergeben sich folgende Größenordnungen:

- Volumen des internationalen Bankgeschäftes Ende 1993 7.500 Mrd Dollar,
- gehandelte Wertpapiere national und international 1993 im Bereich der OECD 21.500 Mrd Dollar,
- Börsengehandelte und außerbörsliche Derivate, Ende 1992 17.600 Mrd Dollar.

Das Volumen der Finanzmärkte wird Ende 1993 damit ein Volumen von über 50.000 Milliarden Dollar oder 75 Billionen DM betragen haben, was das gesamte Bruttoinlandsprodukt der kapitalistischen Metropolen bei weitem übertrifft.

Die internationalen Finanztransaktionen waren zunächst bestimmt durch die Vermittlung des internationalen Handels, Investitionen von Unternehmensprojekten, Rückversicherungen von nationalen Assekuranzen oder Rentenfonds auf Basis des Kapitaldeckungsverfahrens sowie der Mittelbeschaffung für öffentliche Investitionsprojekte. Der Strukturwandel

¹⁷ Vgl. dazu: Trends und Perspektiven der internationalen Finanzmärkte, Wirtschaftsdienst der LBB 2/93, August 1993; K.G. Zinn, Die neue Qualität des Finanzkapitals, in: Wirtschaft und Gesellschaft 1, 1993, S. 59ff.

¹⁸ Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), 64. Jahresbericht, S. 104.

auf den internationalen Finanzmärkten umfaßt neben der deutlichen Verlagerung auf öffentliche Kredite¹⁹ folgende Komponenten:

- Gegenüber den Banken gewinnen die institutionellen Anleger an Gewicht, d.h. Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften, offene Investmentfonds und stark spekulierende Investmentfonds (hedge funds). Im Durchschnitt der entwickelten kapitalistischen Länder ist die Globalisierung der Anlagestrategien eindeutig; die Fonds halten rund 20% in ausländischen Papieren. Das Gesamtvolumen der von den 100 größten Vermögensverwaltern betreuten Finanzanlagen wird für das Jahr 1991 auf weit über 8.000 Mrd. Dollar geschätzt.

- Die Banken geraten zunehmend unter Druck durch die international agierenden Anlagefonds. "In Prozent des Bruttosozialprodukts betragen die Vermögenswerte institutioneller Anleger in den USA 1990 133% gegenüber 66% 1980, und die Anlagemittel institutioneller Investoren in Vereinigten Königreich erhöhten sich von 52% des BSP im Jahre 1980 auf 108 1990."²⁰

- Deutliche Schwerpunktverlagerung zu den derivativen Finanzinstrumenten. Die vorherrschenden Formen des Kreditgeldes wurden Mitte der achtziger Jahre erweitert durch neue Formen der Verbriefung von Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich notiert zurecht: "Die Palette verfügbarer Finanzinstrumente wurde im vergangenen Jahrzehnt beträchtlich erweitert. Im Jahr 1980 besaßen nur eine Handvoll Länder Märkte für Schatzwechsel, Einlegezertifikate (CD) und Commercial papers; 1991 hatten fast alle Länder solche Märkte errichtet. Mit dem Fortschritt in der Informationstechnologie und der angewandten Finanztheorie breiteten sich in diesen zehn Jahren auch anspruchsvolle Instrumente wie Futures, Optionen, Swaps" (die sog. derivativen Finanzinstrumente) "und daraus kombinierte Kontrakte in raschem Tempo aus. Märkte für außerbörslich gehandelte Instrumente schossen aus dem Boden, und mehr und mehr Länder richteten Börsen ein, an denen einige dieser Instrumente gehandelt werden konnten."²¹

Das starke Wachstum und die zunehmende Verflechtung der internationalen Finanzmärkte - vor allem der genannten derivativen Finanzinstrumente - hat eine Beunruhigung der zentralen Notenbanken der führenden kapitalistischen Länder hervorgerufen, die ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum durch diese Aktivitäten gefährlich eingeschränkt sehen.

Vor allem durch die derivativen Finanzinstrumente wird die Labilität des Systems erhöht. Die Grenzen zwischen der Transaktions- und der Anlagefunktion verwischen sich mehr und mehr. Durch die Aussichten auf Spe-

¹⁹ Vgl. zur Verschuldung auch BIZ, 62. Jahresbericht, Basel 1992.

²⁰ Studie der G-10 zu internationalen Kapitalbewegungen und Devisenmärkten, deutsche Übersetzung durch das Finanzministerium, Bonn 1993, S. 4.

²¹ BIZ, 62. Jahresbericht, a.a.O., S. 211.

kulationsgewinne werden Anpassungsprozesse verschärft. Dies zeigt sich auch deutlich darin, daß der Anteil der nicht aus dem traditionellen Bankgeschäft resultierenden Bruttoerträge bei den Finanzinstituten stark zugenommen hat. Der Handel mit Derivaten schlägt sich überwiegend nicht in den Bilanzen nieder. Nach Schätzungen von Fachleuten ist dieses außerbilanzielle Geschäft der Banken mittlerweile fast so groß wie das traditionelle, in den Bilanzen ausgewiesene Geschäft. Mitte 1994 schätzt die Deutsche Bundesbank die nichtbilanzwirksamen Geschäfte der deutschen Kreditwirtschaft auf 8.200 Mrd. DM, was fast das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts ausmacht.²²

Neben 3.100 Mrd. DM aus traditionellen Devisentermingeschäften kommen 5.100 Mrd. DM aus offenen derivativen Kontrakten hinzu. International ergibt sich ein geschätztes Gesamtvolumen von ca. 20.000 Mrd. Dollar.^{23 24}

Ein beträchtlicher Teil dieser Finanzanlagen steht außerhalb nationalstaatlicher Kontrolle. Allein das Volumen der international agierenden Fonds wird auf über 3.000 Mrd. Dollar veranschlagt. Eine besondere Rolle spielen hier in den letzten Jahren die sogenannten "hedge funds"; sie "unterliegen im Hinblick auf ihre Anlageziele oder -instrumente keinerlei Einschränkungen und können häufig auf den verschiedensten Märkten, von Anleihen und Aktien bis zu den Zins-Terminkontrakten, Devisen-Terminkontrakten und dem Warenterminhandel, Engagements mit hohem Fremdmittelanteil eingehen."²⁵ Das Volumen des in diesen Fonds angelegten Kapitals wird auf einen zweistelligen Milliardenollar-Betrag geschätzt, und wegen des Multiplikatoreffektes durch Fremdmittel sind sie zu bedrohlichen Gegenspielern der Notenbanken geworden. Im G-10-Bericht der Notenbankgouverneure heißt es: "Hedge funds' gibt es seit vielen Jahren, doch erst in jüngster Zeit haben einige von ihnen eine tragende Rolle auf dem Devisenmarkt übernommen."²⁶ Die Anlagestrategie dieser Fonds erstreckt sich auf das Ausschöpfen der Wechselkursschwankungen.

Das Unbehagen der Zentralbanken und der nationalen wie internationalen Aufsichtsbehörden gegenüber der jüngsten Entwicklungsdynamik auf den Finanzmärkten durch die Derivate speist sich aus zwei Zusammenhängen: zum einen hat die Deregulierungspolitik die internationale Mobilität des Finanzkapitals ermöglicht, die jedwede nationale Kontrolle heute als ausgesprochen schwierig erscheinen läßt. Zum anderen fallen die neuen Zirkulationsinstrumente aus dem Börsengeschehen heraus und schlagen sich zudem auch in den Bilanzen der Banken und Wertpapierhändler nicht nie-

²² Geldpolitische Implikationen der zunehmenden Verwendung derivativer Finanzinstrumente, in: Bundesbankberichte, November 1994, S. 43.

²³ Ebd.

²⁴ Aus BIZ, 64. Jahresbericht, a.a.O., S. 123 und 125.

²⁵ Studie der G-10, a.a.O., S. 5.

²⁶ Ebd.

der. Überspannt ein Teilnehmer seine Einsätze in diesen Milliarden-geschäften, tritt in Folge der Verkettung der Transaktionen eine schwere Störung im Finanzsystem auf.²⁷

Aus den großen Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte im Jahre 1987 und 1989 sind keine weiterreichenden Schlußfolgerungen gezogen worden. Der Internationale Währungsfonds kritisiert die Leichtsinnigkeit der Banken, die sich noch nicht ansreichend auf die veränderte Risikostruktur eingestellt haben; zugleich wird festgestellt, daß Bankenaufsichtsbehörden mit ihren Überwachungsinstrumenten der Entwicklung hinterherhinken und überfordert sind.²⁸

Als entscheidender Grund für die relative Verselbständigung des Finanzsektors wird meist auf die Deregulierungspolitik verwiesen. Unbestreitbar ist - wie gezeigt - durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Regulation, die als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 das Kredit- und Währungssystem der kapitalistischen Metropolen bestimmte, die dynamische Entwicklung auf den Finanz- und Kapitalmärkten gefördert worden. Entscheidend ist jedoch, daß die Tendenz einer relativen Verselbständigung der Geldkapitalakkumulation aus den grundlegenden Verwertungsstrukturen, aus der Akkumulationsschwäche in der Realwirtschaft resultiert.

4. Zum Zusammenhang von Realakkumulation und Akkumulation von Finanztiteln

Neben der Verschlankung der Produktion und der Dezentralisierung der Großunternehmen ist die Globalisierung der Finanzmärkte das dritte wesentliche Merkmal einer umfassenden Krise der fordistischen Entwicklungsetappe.

Sowohl für die Vermittlung der Ausgleichsbewegung zu einer allgemeinen Profitrate wie für die allgemeine Mobilisierung der Zahlungsforderungen, die aus dem kommerziellen Kredit hervorgehen und als solche den Reproduktionsprozeß beschleunigen helfen, bedarf es disponibler Mittel, Geld, das von seinen Eigentümern nur unter der Prämisse zur Verfügung gestellt wird, daß es für sie zinstragend als Geldkapital funktioniert. Die Quellen dieses disponiblen Kapitals sind in erster Linie in den Umschlagsstrukturen des realen Reproduktionsprozesses selbst zu suchen.

In den kapitalistischen Hauptländern konstatieren wir gegenwärtig einen Umbruch in der gesellschaftlichen Betriebsweise; der qualitative Sprung in der Produktivitätsentwicklung (lean production, business reengineering etc.) schließt eine Ökonomisierung bei der Anwendung des konstanten Kapitals ein, was neben einer drastischen Veränderung der Umschlags-

²⁷ R. Welzmüller, in: Gewerkschafter 12/1994.

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.10.1993, S. 18.

strukturen auch mit einer enormen Freisetzung von Geldkapital verbunden ist.

Ohne funktionierendes Kreditsystem würde an unzähligen Stellen der Gesellschaft Schatzbildung stattfinden (Amortisationsfonds, subminimale Zusatzkapitalbildung, Vorrats- und Reservekassen, Münzreserven für die Revenuezirkulation etc.) und die Reichtumsentwicklung entschieden erschwert. Das potentielle Geldkapital wird über das Kreditsystem gesammelt und den Geld- und Kapitalmärkten zugeführt. Es gilt, sich von der Vorstellung freizumachen, daß verleihbares Geldkapital in erster Linie von Privatrentiers zur Verfügung gestellt würde; es wird beständig aus dem Reproduktionsprozeß "ausgeschwitzt". Sowohl durch die Aufschätzung des abgeschriebenen Fixkapitals für eine Erneuerung oder Ausweitung der Produktionsanlagen, als auch durch die spezifischen Strukturen der Umschlagsbewegung wird periodisch Geldkapital aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß freigesetzt. Schließlich werden alle nicht sofort umgesetzten Einkommen gleichfalls in dem feingliedrigen System der Geldzirkulation erfaßt und im Rahmen des Kreditsystems in zinstragendes Kapital verwandelt.

Das Leihkapital entspringt also dem wirklichen gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Die Verwertung der verschiedenen Formen des Geld- und Kreditkapitals ergibt sich daher aus einer Teilung mit dem gesamtgesellschaftlichen Profit. Die Hauptgrundlage der Entwicklung des Finanzsektors bleibt das aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß periodisch freigesetzte Geldkapital und die aufschätzbaren oder akkumulierbaren Teile der Revenuen. Die Vorstellung vom "vagabundierenden Kapital" wird falsch, wenn sie auf eine Abtrennung vom gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozeß hinausläuft. Über der Tendenz der relativen Verselbständigung darf nicht übersehen werden, daß alle Formen des zinstragenden Kapitals - gleich worin die Leistung besteht - an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung beteiligt werden.

Daß die Nachfrage nach Anleihen und Geldakkommodation in erster Linie ebenfalls diesem Reproduktionsprozeß entspringt, wurde bereits erwähnt. Vermittelt wird diese Transformation passiven in aktives Kapital im wesentlichen über das Bankwesen resp. weitere Vermögensmärkte, die beide dann für sich wiederum Anlagesphären für Kapital werden und spezifische Sonderinteressen artikulieren. Richtig ist allerdings, daß - gerade neuerdings - nur ein Teil des zinstragenden Kapital in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zurückgeschleust wird und dort als produktive Anlage fungiert. Vor allem bei Staatsschuldpapieren ist eindeutig, daß sie überhaupt kein Kapital sind oder repräsentieren, sondern bloße Schuldforderungen auf die künftigen Jahresprodukte der Nation.

Das Auseinanderentwickeln von Real- und Geldkapitalakkumulation läßt sich alleine aus den Finanzmärkten nicht erklären. Kurzfristig können die Finanzmärkte innerhalb des Konjunkturzyklus ihr Terrain stärker erwei-

tern, soweit die verstärkte Nachfrage nach Leihkapital eine Stärkung der Marktposition erlaubt. Eine zyklenübergreifende Abkopplung von der realwirtschaftlichen Entwicklung kann es nicht geben; wir sprechen daher bei einer stärkeren Akkumulation des Geld- und Leihkapitals von einer Tendenz der relativen Verselbständigung, die auf eine Strukturverschiebung im gesellschaftlichen Gesamtkapital zurückgeht.

Die Akkumulation des Geldkapitals drückt zum einen die erweiterte Reproduktion des Kapitalkreislaufs aus. Auf der anderen Seite gehen in die Bewegung des Geldkapitals Momente ein, die teils im Gegensatz zur wirklichen Akkumulation stehen oder teils völlig unabhängig sind. Die beschleunigte Expansion und die mehr oder minder weitreichende Verselbständigung des Geldkapitals bleiben stets an den Verwertungsprozeß des reproduktiven Sektors rückgebunden. Die raschere Entwicklung des Geldkapitals läuft zum einen darauf hinaus, daß der reale Wertschöpfungs- und Verwertungsprozeß verstärkt durch Besitzansprüche auf künftigen gesellschaftlichen Reichtum belastet wird. Zum anderen reflektiert sich in der Differenzierung des Geldkapitals eine Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse: es wächst die Klasse der moneyed Capitalists mit dem Wachstum des realen Reichtums.

Das raschere Wachstum des Geldkapitals gegenüber der Akkumulation des reproduktiven Sektors ist keine neuere Entwicklungstendenz. Schon Marx konstatierte über die Akkumulation des Geldkapitals: "Es ist ein Bleigewicht (dead weight) der kapitalistischen Produktion. Die Sucht, diesen als virtuelles Geldkapital sich aufschätzenden Mehrwert sowohl zum Profit wie zur Revenue brauchbar zu machen, findet im Kreditsystem und in den 'Paperchen' das Ziel ihres Strebens. Das Geldkapital erhält dadurch in einer anderen Form den enormsten Einfluß auf den Verlauf und die gewaltige Entwicklung des kapitalistischen Produktionssystems."²⁹

In der Vermehrung des Finanzkapitals drückt sich schließlich die Entwicklungsstufe des gesellschaftlichen oder internationalen Kreditsystems aus. Dabei ist allerdings der öffentliche Kredit von erheblicher Bedeutung. Während der bürgerliche Staat vor der fordistischen Entwicklungsstufe Anleihen vor allem zur Finanzierung seiner kostspieligen militärischen Operationen aufnahm, müssen heutzutage über den öffentlichen Kredit unabsehbare Ausgaben im Rahmen sozialstaatlichen Krisenmanagements oder wirtschaftspolitischer Intervention finanziert werden, die über die Steuern-, Gebühren- und Sozialversicherungsabgaben angesichts der sich auftürmenden Probleme allein nicht länger gedeckt werden können. Mit der Struktur des Kreditwesens können Finanzkrisen verhindert, geglättet und hinausgezögert werden. Zugleich kann der früher übliche Rückschlag - overtrading, overproduction, overcrediting - im industriellen Zyklus aufgefangen werden.

²⁹ K. Marx, Das Kapital, 2. Band, MEW 24, Berlin 1963, S. 494.

Diese Entwicklungslinien fassen sich in dem Bild des Casino-Kapitalismus zusammen. Selbst die Manager der internationalen Finanzmärkte übersehen über den für sie positiven Aspekten - dem Wachstum, der Internationalisierung und der Beweglichkeit der Finanzmärkte - nicht die Tendenz zur erhöhten Labilität.

Kehrseite dieser Entwicklung ist eine zunehmende Schieflage zwischen Finanz- und Realkapital. Mit der Verschuldung des öffentlichen Sektors nimmt die Belastung der realen Akkumulation tendenziell unerträgliche Formen an. Während die Aufnahme langfristiger Kredite durch den gewerblichen Sektor in der Regel der Umstrukturierung und Anweitung der Reichtumsproduktion dient und insofern Tilgung und Zinsen aus der realen Akkumulation bedient werden können, ist dies beim öffentlichen Kredit grundsätzlich anders. Die aufgenommenen Mittel werden überwiegend nicht-reproduktiv verausgabt; zusätzliche Wertschöpfung wird nicht initiiert. Die Akkumulation öffentlicher Schulden stellt sich für die Staatsgläubiger als Akkumulation ihres verliehenen Geldkapitals dar. Faktisch räumt ihnen die ganze Operation den dauerhaften Anspruch auf einen wachsenden Anteil des jährlich neu produzierten Reichtums ein.

Die Effizienz des Kreditsystem wird zunehmend durch parasitäre Strukturen überlagert. Auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gewinnt das Finanzkapital an fataler Bedeutung, weil die Umwälzung und Absicherung des öffentlichen Kredits infolge der enormen ökonomischen Bedeutung des Staats für die relative Stabilität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ausschlaggebend ist.

5. Läßt sich das Bleigewicht der Kapitalakkumulation beseitigen?

Das loanable Capital wird nur zum Teil in den Reproduktionsprozeß zurückgeschleust; soweit es unproduktiv verzehrt wird und nur als Eigentumstitel auf regelmäßige Zinsen existiert, belastet es einerseits die Reichtumsproduktion und verhindert die nötige Umstrukturierung des Produktionsprozesses, unterliegt andererseits als fiktives Kapital auf die Bahn der Abenteuer abgedrängt den Gefahren der Entwertung. "Diese rasche Entwicklung des Leihkapitals ist daher ein Resultat der wirklichen Akkumulation, denn sie ist die Folge der Entwicklung des Reproduktionsprozesses, und der Profit, der die Akkumulationsquelle dieser Geldkapitalisten bildet, ist nur ein Abzug vom Mehrwert, den die Reproduktiven herauschlagen... Das Leihkapital akkumuliert auf Kosten zugleich der Industriellen und Kommerziellen."³⁰

Da das gesamte Kredit- und Währungswesen damit verbunden ist, wird die Akkumulation des Geldkapitals und der parasitären moneyed Class mehr

³⁰ Karl Marx, Das Kapital, 3. Band, Berlin 1964, S. 519.

und mehr zu einem Hindernis der realen Akkumulation. Was in der aktuellen Diskussion als relative Verselbständigung der Finanzsphäre vom Realkapital thematisiert wird, ist nur die erneute zugespitzte Erscheinungsform eines grundlegenden Widerspruchs. Die Verselbständigung der entwickelten Formen des zinstragenden Kapitals vom Verwertungsprozeß und der gesellschaftlichen Profitrate ist keineswegs ungewöhnlich. Diese relative Selbständigkeit, die die zueinander gehörigen und sich ergänzenden Momente gegeneinander annahmen, wird in der Regel gewaltsam vernichtet. Richtig bleibt zweifellos, daß keine ökonomische Krise stattfände ohne diese innere Einheit der scheinbar gegeneinander Gleichgültigen. Allerdings ist in der bürgerlichen Gesellschaft soviel Steuerungs- und Regulationspotential angehäuft worden, daß die allmähliche Ausgleichung der verselbständigten Formen oder zumindest das Abfedern des gewaltsamen Geltendmachens der inneren Einheit zum Regelfall geworden ist.

Die Gefahr einer weltweiten Finanzkrise mit einer starken Beschädigung des Bankensystems wird man nach den Erfahrungen von 1987 und 1989 nicht mehr einfach als Schwarzmalerei abtun können; umgekehrt ist allerdings auch die Position zu kritisieren, es existiere wirtschafts- und finanzpolitisch überhaupt kein nationaler Handlungsspielraum, um dem erreichten Grad der Verselbständigung entgegenzutreten zu können. Allerdings kann eine grundlegendere Veränderung nur eingeleitet werden, wenn zugleich die Reorganisation des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses betrieben wird.

Gleichwohl bleibt zu konstatieren, daß die raschere Expansion der Akkumulation des Geldkapitals in den neunziger Jahren ein beunruhigendes Ausmaß angenommen hat. Eine Korrektur dieser Entwicklung kann sich nicht nur auf eine Steuerung der Finanzmärkte konzentrieren, so hätte zugleich das Problem der Investitionsschwäche des Realkapitals anzugehen. Für die kapitalistischen Hauptländer gilt: Die Akkumulation der Geldkapitals hat sich zu einem enormen Bleichgewicht des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses entwickelt. Der aufgestaute Reformbedarf ergibt sich nicht aus überzogenen Verteilungsansprüchen der Lohnabhängigen, sondern aus einer wachsenden Behinderung durch die Akkumulation der Eigentumsansprüche seitens der Geldkapitalisten.

Josef Schleifstein

Sozialfaschismus-These, Sozialdemokratie und Faschismus

Aus aktuellem Anlaß der Diskussion über die geschichtliche Verantwortung der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in der die Schuldzuweisungen und Anmahnungen zur Selbstkritik nach 1989/90 zunehmend einseitiger verteilt werden, veröffentlichen wir nachfolgend einige gekürzte Auszüge aus der Publikation "Die 'Sozialfaschismus'-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund" (Frankfurt/M. 1980) des kommunistischen Historikers Josef Schleifstein (15.3.1915-24.7.1992).

Er wäre am 15. März 1995 80 Jahre alt geworden. Wir gedenken damit auch eines Marxisten, dessen politischem und geistigen Wirken wir uns verpflichtet fühlen.

Die Z-Redaktion

Der Begriff "Sozialfaschismus" bedarf insbesondere für den heutigen Leser, der diese geschichtliche Periode nicht mehr bewußt erlebt hat, der Erläuterung, die wiederum nur in einer knappen Darstellung des historischen Gesamtzusammenhanges gegeben werden kann. Das ist umso notwendiger, da diese These in diesem oder jenem Gewand immer noch auftaucht, um bürgerliche oder auch sozialdemokratische Politik jener Zeit zu rechtfertigen. Das geschieht, obwohl die Kommunisten diese These und die damit verbundene politische Praxis selbstkritisch verarbeitet haben. Bekanntlich wurde die These vom "Sozialfaschismus" nach der furchtbaren Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und besonders im Prozeß der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau einer gründlichen Kritik unterworfen und als ein ernster Fehler der Kommunistischen Internationale und vor allem der KPD angesehen.

Wie aber konnte es zu einer solchen Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie kommen? War sie nur Ausdruck einer fehlerhaften Analyse der Klassenkräfte und sektiererischer Positionen in der Kommunistischen Internationale? Oder gab es dafür Anhaltspunkte in der politischen Wirklichkeit jener Epoche, im praktischen Verhalten sozialdemokratischer Parteien und sozialdemokratischer Führer?

I.

Zum geschichtlichen Hintergrund der "Sozialfaschismus"-These gehört die Stellung der sozialdemokratischen Parteien zu faschistischen Regimes und

Bewegungen in den verschiedenen Ländern. Diese Haltung bildete einen nicht unwichtigen Teil der Erfahrungen der revolutionären Strömung der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Parteien, mit der politischen Praxis der rechten sozialdemokratischen Führungen. Am Beginn dieser Erfahrungen stand die Tatsache, daß sich während des ersten Weltkrieges in fast allen sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder chauvinistische, den Imperialismus ihrer herrschenden Klassen feiernde und unterstützende Strömungen herausgebildet hatten.

Mussolini (der spätere faschistische Diktator Italiens - d. Red.) selbst war 1914 als Renegat des pazifistischen Sozialismus ein fanatischer Anhänger des Kriegseintritts Italiens geworden und hatte als Chauvinist die Losung "Krieg oder Republik" ausgegeben. In einem mit Ententegeld gegründeten Blatt, dem "Popolo d'Italia", verknüpfte er die Zukunft und Größe Italiens mit dem Krieg; den Klassenkampf der Arbeiterbewegung lehnte er nunmehr wie die den Krieg bejahenden sozialdemokratischen Führungen in anderen Ländern ab, weil er "die Nation spalte und schwäche". Auch der spätere militärische Diktator Polens, Pilsudski, war aus dem rechten, nationalistischen Flügel der polnischen Sozialdemokratie hervorgegangen. Die Ideologie des sozialimperialistischen Flügels der sozialdemokratischen Parteien während des ersten Weltkrieges - etwa Lensch und Cunow in Deutschland, Hervé in Frankreich, Blatchford in England - weist eine frappierende Ähnlichkeit mit der späteren Ideologie des Faschismus in den verschiedenen Ländern auf.

Hinzu kamen praktische Erfahrungen mit der Haltung sozialdemokratischer Parteien zu faschistischen oder weißgardistischen konterrevolutionären Regierungen, so in Ungarn, Bulgarien und Polen. Unter Führung des Admirals Horthy wurde in Ungarn nach Niederschlagung der Räterepublik im August 1919 eine offene Militärdiktatur errichtet. Mit diesem konterrevolutionären Regime schloß die rechte Führung der ungarischen Sozialdemokratischen Partei im Dezember 1921 einen Geheimvertrag ab, in dem sie sich dem Premierminister Graf Bethlen gegenüber verpflichtete, "aktive Propaganda für Ungarn" bei ihren ausländischen sozialdemokratischen Freunden zu treiben, mit dem ungarischen Außenministerium zusammenzuarbeiten und in allererster Linie einen "magyarischen Standpunkt" einzunehmen. Zugleich gelobte sie die "Konsolidierung" des Regimes zu unterstützen, politische Streiks zu verhindern und die Kampagne für die Republik einzustellen. Sie verpflichtete sich ferner, auf die Organisation und Werbung unter den Landarbeitern, den Eisenbahnern und Staatsangestellten zu verzichten. Wörtlich hieß es: "Die Delegierten der ungarischen Sozialdemokratischen Partei erklären, daß sie den vom Premierminister vorgetragenen Wünschen sowohl hinsichtlich der Außen- wie der Innenpolitik zustimmen, und daß sie versichern, diese Wünsche ihrerseits zu erfüllen. Sie ernennen einen Vertreter, der die Verbindung zum

Außenministerium aufrechterhalten wird".¹ Die konterrevolutionäre Regierung garantierte unter diesen Bedingungen die Legalität der Sozialdemokratischen Partei, in einer Periode, in der der weiße Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wütete. Als der Inhalt des Geheimabkommens drei Jahre später bekannt wurde und die Zweite Internationale gezwungen war, eine Untersuchungskommission unter Leitung Karl Kautskys einzusetzen, wurde der ungarischen Sozialdemokratie bescheinigt, sie hätte "in gutem Glauben" gehandelt, und ihre Versicherung wurde akzeptiert, daß der Vertrag nicht fortgesetzt werde.

Bulgarien bietet ein noch schlimmeres Beispiel. Dort war nach einem Wahlsieg der fortschrittlichen Bauernpartei unter Führung Stambuliskys (437 000 Stimmen) und der Kommunistischen Partei (219 000 Stimmen) - während der Bürgerblock 219 000 Stimmen und die Sozialdemokratische Partei 40 000 Stimmen erhalten hatten - die Stambulisky-Regierung gebildet worden, die sich eine Agrarreform, die Aburteilung der früheren Kriegsminister und andere bei der Reaktion unbeliebte Maßnahmen zum Ziel gesetzt hatte. Daraufhin führten die reaktionären Parteien im Juni 1923 einen militärischen Staatsstreich durch, der von Armeeoffizieren organisiert war, stürzten gewaltsam die Bauernregierung und ermordeten den Premierminister Stambulisky. Ein weißes Terrorregime unter Leitung Zankoffs wurde eingesetzt, das selbst nach dem Zeugnis des Vorsitzenden der II. Internationale Emile Vandervelde binnen achtzehn Monaten 16 000 bulgarische Arbeiter und Bauern mordete. In der Zankoff-Regierung war die Sozialdemokratische Partei, die offiziell der II. Internationale angeschlossen war, durch ihren Minister Kasassoff vertreten, neben den Repräsentanten der faschistischen Offiziersliga und der bürgerlichen Parteien.²

Schließlich kam der polnische Militärdiktator Marschall Pilsudski vom rechten, nationalistischen Flügel der polnischen Sozialisten (PPS), die eine offizielle Sektion der II. Internationale bildeten. Als Pilsudski im Mai 1926 durch einen Staatsstreich an die Macht kam, waren zunächst Illusionen über einen möglicherweise bäuerlich-kleinbürgerlichen Charakter dieses Umsturzes in weiten Teilen der Arbeiterklasse vorherrschend, und so konnte der Eintritt eines führenden Vertreters der polnischen Sozialdemokraten, Moraczewski, in das Kabinett Pilsudskis als entschuldbarer Irrtum angesehen werden. Aber selbst als nach kurzer Zeit klar war, daß Pilsudski ein diktatorisches, halbfaschistisches Regime aufzuzichten im Begriff war, blieb Moraczewski in der Regierung.³

In Italien traten 1926 die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften (der Allgemeinen Konföderation der Arbeit) in die Dienste Mussolinis und lösten ihre Organisation auf, ein Vorbild, dem deutsche sozialdemokrati-

¹ R. Palme Dutt, *Fascism and Social Revolution*, London 1934, S. 172; *A History of Hungary*, ed. by Ervin Palmenyi, Budapest 1973, S. 467f.

² Ebenda, S. 173.

³ Ebenda.

sche Gewerkschaftsführer im Mai 1933 nachzueifern suchten. Auch in anderen Ländern mit einer starken und alten bürgerlich-parlamentarischen Tradition, wie Großbritannien, kam der spätere Faschistenführer Mosley vom rechten Flügel der Labour Party. Er war 1927 in die Exekutive der Partei gewählt und 1929 zum Minister in der Labour-Regierung Ramsey Mac Donalds ernannt worden; noch 1930 gehörte er dem Exekutivkomitee der Labour Party an. Als er im Frühjahr 1931 mit der Bildung der "New Party" den ersten Schritt zur Formierung einer faschistischen Bewegung tat, schlossen sich ihm sechs Parlamentsabgeordnete der Labour Party an.⁴ Das sind nur einige der historischen Tatsachen, die eine bedeutende Rolle bei der Einschätzung des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Faschismus durch die kommunistische Bewegung spielten.

II.

Die sozialdemokratischen Parteien und die II. Internationale gelangten zu keiner klaren, den Klassencharakter des Faschismus und seine Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung erfassenden Definition des Faschismus. Es gab in ihren Reihen eine Unzahl verschiedener Definitionen, die den Faschismus bagatellisierten, ihn zu einer "Revolution" des Kleinbürgertums erklärten oder auf die diktatorischen Gelüste einzelner "Führer" reduzierten, unüberwindbare Gegensätze faschistischer Bewegungen und Regimes zur Bourgeoisie behaupteten, den fundamentalen Charakter des Faschismus als Werkzeug der Monopolbourgeoisie leugneten. Zugleich wurde schon seit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien 1922 der Versuch deutlich, den Faschismus nicht etwa als Gegenoffensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse zur Aufrechterhaltung seiner ökonomischen und politischen Herrschaft, sondern als bloße "Reaktion" auf den Bolschewismus, auf revolutionäre Aktionen der Arbeiterbewegung zu deuten. So sahen Hilferding, Crispian und andere sozialdemokratische Führer als Ursache des faschistischen Sieges in Italien nicht die von den reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern verhinderte gemeinsame Abwehrfront der Arbeiterschaft, sondern eine "über ihre Kraft" vorgestoßene Arbeiterklasse, die ihre Rechte und Errungenschaften zu gering geachtet habe, ein Proletariat, das nicht gewußt habe, welches Gut die Freiheit ist.⁵ Der Faschismus als soziale Erscheinung wurde nicht verbunden mit dem Monopolkapital und seinem Drang nach reaktionären Herrschaftsformen, nach der Beseitigung der Demokratie (eine Tendenz, die der Hilferding des "Finanzkapital" 1910 bekanntlich selbst hervorgehoben hatte), sondern mit der Rückständigkeit der Entwicklung, dem Überwiegen der Agrar-

⁴ Ebenda, S. 267.

⁵ Die Ausführungen in diesem Abschnitt stützen sich weitgehend auf die Habilitationsschrift von Helmut Arndt an der Karl-Marx-Universität Leipzig - Oktober 1970: "Zum Faschismusbild der deutschen Sozialdemokratie (1922 - 1939) - Eine ideengeschichtliche Abhandlung." Auch viele nachfolgende Zitate sind dieser Arbeit entnommen. Vgl. auch: Protokoll des Kieler Parteitages der SPD 1927, S. 178, 238.

völkerung, dem niedrigen Kulturniveau, der Psychologie eines Mittelmeervolkes. Kautsky stellte die These auf, die Bedingungen des Aufkommens des Faschismus seien auf "ein besonderes Land und auf einen bestimmten Zeitpunkt beschränkt"; in einem industriellen Land, schrieb Kautsky über die faschistische Bewegung, die er als Bewegung von Deklassierten kennzeichnete, "ist eine so große Zahl von Lumpen in den besten Mannesjahren für kapitalistische Zwecke nicht aufzutreiben". Der Vorsitzende der II. Internationale Emile Vandervelde erklärte auf ihrem 3. Kongreß 1928: "Überall, wo die Pferdekraft ist, da ist die Demokratie, überall, wo das lebendige Pferd ist, dominiert Faschismus und Absolutismus"⁶.

Man verstieg sich in der theoretischen Urheimat des antimarxistischen Revisionismus, den "Sozialistischen Monatsheften", zu wahren Lobgesängen auf den Mussolini-Faschismus, erklärte Mussolini zum Sozialisten, wenn auch nicht Marxscher, so doch "Blanquistischer oder Sorelscher Färbung", rühmte ihn als Vollstrecker der von den "Sozialistischen Monatsheften" seit langem propagierten Idee einer "Kammer der Arbeit" und folgerte: "Er hat gehandelt und hat manches geschaffen, während der zerfahrend, unklar dogmatische Sozialismus nur zerstörend gewirkt hat." Sogar der faschistische Terror wurde noch entschuldigt, denn es bleibe "ein gewaltiger Unterschied, ob Gewalt zu guten oder schlechten Zwecken angewandt wird"⁷. Einer der späteren publizistischen Vorkämpfer der Anpassung der Gewerkschaften an die faschistische Diktatur der Nazis, Walther Pahl, nannte den Faschismus nicht nur antiliberal, sondern auch antikapitalistisch, und erklärte, er sei seinem innersten Wesen "der kapitalistischen Großindustrie entgegengesetzt"⁸.

Rechtssozialdemokratische Publizisten verstiegen sich bis zu offen rassistischen Argumenten, so wenn Hermann Müller-Brandenburg in der "Neuen Zeit" schrieb, der Kampf gegen das Judentum erhalte unnötigerweise dadurch Nahrung, "daß über Reichsgrenzen im Osten seit Jahr und Tag Massen von Ostjuden einströmten, deren wir uns erwehren sollten"; die Deutschen hätten nicht die Möglichkeit, sich selbst notdürftig zu ernähren "und haben keinen Anlaß, anderen Staaten die Volksteile abzunehmen, die sie abzustoßen versuchen"⁹. Stark verbreitet war die Überschätzung des Einflusses der kleinbürgerlichen Massenbasis der Nazi-Partei auf deren Politik, die man als Strom "gegen die hochkapitalistischen Elemente und Erscheinungsformen des Kapitalismus", als eine Rückkehr zu vorkapitalistischen

⁶ Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, Bd. 2, S. 478, Berlin 1927; 3. Kongreß der SAI, Berichte und Verhandlungen, 2. Bd. (Abt. V-IX), Zürich 1928, S. VII/22.

⁷ Wally Zappler, Faschismus und Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte, 29. Jg., Bd. 60, 1923/Heft 9, S. 599.

⁸ Walther Pahl, Der italienische Faschismus und der internationale Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte, 34. Jg., 66. Bd., 1923/Heft 6, S. 490ff.

⁹ H. Müller-Brandenburg, Die deutsch-völkische Bewegung, in: Die Neue Zeit, 42. Jg., Heft 18, 1923, S. 438.

oder doch Vorkriegsverhältnissen deutete, als zugleich "antikapitalistisch und antiproletarisch", als "mißgeleitete Rebellion" der Mittelschichten. Selbst zum linken Flügel tendierende Sozialdemokraten wie Alexander Schifrin sahen im Faschismus weniger ein Werkzeug des monopolistischen Kapitals als vielmehr "feudal-mittelständische Reaktion" und "Stoßtrupp des Großgrundbesitzes".¹⁰

III.

Sehr wichtig für das Entstehen und die Anwendung der These vom "Sozialfaschismus" in den kommunistischen Parteien waren neben der praktischen geschichtlichen Erfahrung mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik und ihrer Reaktion, die Konterrevolution und den Faschismus nicht nur tolerierenden, sondern oft genug fördernden Haltung (z. B. die Bewaffnung der Freikorps, der militaristischen Keimzelle des Faschismus, durch Noske) auch die theoretische und publizistische Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus, von faschistischer und kommunistischer "Diktatur", die bereits Mitte der zwanziger Jahre in der gesamten sozialdemokratischen Presse besonders in Deutschland zur täglichen Übung geworden war. Einer der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Julius Deutsch, nannte den Faschismus einen "Bolschewismus der Tat"; Arthur Crispian erklärte in seiner Eröffnungsansprache auf dem Berliner Parteitag der SPD 1924: "Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet."¹¹ Im März 1929 begründete der "Vorwärts" die sozialdemokratische Ablehnung, an dem unter dem Patronat des französischen Schriftstellers und Antimilitaristen Henri Barbusse einberufenen Internationalen Antifaschistischen Kongreß teilzunehmen, u. a. mit dem Satz: "Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht in einer Front mit den Vätern des Faschismus geführt werden." In dem gleichen Artikel wurden die Kommunisten ideologisch als "die besten Stützen" des Faschismus bezeichnet.¹² Otto Wels sagte in seiner Eröffnungsansprache auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig: "Bolschewismus und Faschismus sind Brüder."¹³

Hinzu kam eine geradezu selbstmörderische Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik hineinreichte. Momentane Wahlerfolge, die kapitalistische Stabilisierung in den Jahren nach 1924, vorübergehende Stimmeneinbußen der Nazis und der Deutschnationalen genügten, um von einer endgültigen Niederlage des Faschismus zu sprechen. Nicht einmal die Erfahrung des Kapp-Putsches, der

¹⁰ Die Gesellschaft, VII. Jg., 1931/Heft 5, S. 407.

¹¹ Protokoll des Berliner Parteitages der SPD, 1924, S. 49.

¹² Vorwärts vom 29.3.1929.

¹³ Protokoll des Leipziger Parteitages der SPD 1931, S. 19.

Morde an Rathenau und Erzberger, der Förderung faschistischer Umtriebe durch die bayrische Landesregierung und die Reichswehr, des Hitler-Ludendorff-Putsches von 1923 vermochten es, die sozialdemokratischen Führer von ihrem leichtfertigen Optimismus abzubringen. Als nach dem Mord an Rathenau der katholische Kanzler Joseph Wirth ausrief: Der Feind steht rechts!, konnte selbst diese Warnung die sozialdemokratischen Minister und Führer nicht zu einem energischen Vorgehen gegen die faschistische, nationalistische und militaristische Reaktion veranlassen. Der frühere Sozialdemokrat und spätere hürgerliche Republikaner Konrad Hänisch, ein Vertrauter Eberts, schrieb nach einer längeren Unterhaltung mit ihm 1923, man müsse von der tiefen Tragik sprechen, die "Ebert, den Erwählten der Revolution, nun auch zum Präsidenten der immer stärker heraufziehenden Gegenrevolution hatte werden lassen".¹⁴

Charakteristisch für die kaum glaubliche Unterschätzung faschistischer Gefahren und Tendenzen ist z. B. die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Hermann Müller zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom Dezember 1924: "Der Kampf um die Diktatur ist in Deutschland ausgekämpft. Die künftige Entwicklung der deutschen Republik wird sich auf dem Boden des demokratischen Parlamentarismus vollziehen. Die Völkischen, die behaupten, eine Patentlösung für die Gesundung Deutschlands zu haben, haben eine Niederlage erlitten".¹⁵ Selbst als Jahre später die Nazi-Partei bei den 1929 durchgeführten Landtags- und Kommunalwahlen in einigen Ländern starke Stimmengewinne verzeichnen konnte, sonnte sich der "Vorwärts" im Oktober 1929 in der selbstherrlichen Gewißheit, die SPD sei schon "mit ganz anderen Gegnern fertig geworden"; diese rechtsradikalen Bewegungen glichen Rinnsalen, die zu normalen Zeiten träge dahinschleichen, aber sich bei schlechtem Wetter zu reißenden Grobbächen verwandeln, die allerhand Trümmer und Unrat mit sich fortschwemmen: "Dauernden Schaden haben sie niemals anzurichten vermocht."¹⁶ In einem anderen Kommentar hieß es: "Durch das Gespenst des Faschismus darf man sich nicht einschüchtern lassen. Es sind in Deutschland Kräfte genug vorhanden, die Demokratie durchzusetzen."¹⁷ Es hieß bei diesen Bekundungen eitler Selbstzufriedenheit. Sogar als die Gefahr bereits tödlich war, weigerte man sich noch immer, diese Kräfte ernsthaft zu mobilisieren und in den Kampf zu führen.

Diese und ähnliche Einschätzungen und Deutungen hingen vor allem damit zusammen, daß die in der deutschen Sozialdemokratie dominierenden Faschismusauffassungen den fundamentalen Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapital, zwischen Faschismus und Imperialismus

¹⁴ K. Hänisch, Friedrich Ebert, zit. in: H. Arndt, a.a.O., S. 73.

¹⁵ Vorwärts vom 8.12.1924.

¹⁶ Ebenda vom 27.10.1929.

¹⁷ Die Gesellschaft, VI. Jg., 1929/Heft 4, S. 313.

und daher auch einsah, daß die Arbeiterklasse ihn nur im energischen Kampf überwinden konnte. Dieser Richtung, die sich um die Zeitschrift "Klassenkampf" gruppierte und später die SDAP gründete, gehörten u.a. Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld, Engelbert Graf an. Max Seydewitz wandte sich Anfang 1930 gegen die Koalitionspolitik der SPD in der Hermann-Müller-Regierung und erklärte, daß diese Politik "zum Schaden der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse ausschlägt und die faschistischen Tendenzen in außerordentlicher Weise stärkt". Er forderte den Austritt der Sozialdemokratie aus der Koalition, weil nur das "der Sozialdemokratie die reale Macht und Stärke gibt, einen wirksamen Damm gegen die faschistische Gefahr aufzurichten und die proletarischen Forderungen zu verwirklichen"¹⁹.

Nach dem Ausscheiden der SPD-Minister aus der Regierung versuchten die Linken, die SPD für eine entschiedene Haltung gegen den Faschismus zu gewinnen. So kritisierten sie auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 die offizielle Analyse des Faschismus und erklärten in einer Resolution: "Der deutsche Nationalsozialismus ist bestimmt durch den Monopolkapitalismus in einem Lande mit feudalkapitalistischer Tradition, in dem der Faschismus Kampfmaschine des herrschenden Monopolkapitalismus gegen die Arbeiterklasse ist." Zugleich verlangten sie, daß die Sozialdemokratische Partei ihre ganze Kraft einsetze "für die Beseitigung der ökonomischen Ursachen des Faschismus"²⁰. In ihrem Organ, dem "Klassenkampf", wandte sich der linke österreichische Sozialdemokrat Max Adler gegen die Illusionen über den vom Großkapital beherrschten bürgerlich-parlamentarischen Staat und schrieb: "Der Reformismus sieht nicht ein oder will es nicht zugeben, daß die politische Demokratie bisher gerade darin bestand, die Diktatur der besitzenden Klassen auf demokratischem Wege auszuüben; und daß der Faschismus heute einen solchen Anhang gewinnt, weil die antiproletarischen Klassen die Sicherheit verlieren, ihre Diktatur auch 'demokratisch' zu behaupten."²¹

¹⁹ Der Klassenkampf, 4. Jg., 1930/Heft 1, S. 5 und Heft 3, S. 72.

²⁰ ebenda, Sonderheft 1931, Das Ergebnis des Leipziger Parteitages, S. 29.

²¹ Der Kampf, Jg. 1932/Heft 2, S. 75.

Fritz Rische

Anmerkungen zur Tätigkeit der KPD-Fraktion im 1. Deutschen Bundestag¹

Als am 7. September 1949 der Erste Deutsche Bundestag zur ersten Sitzung nach der Bundestagswahl am 14. August 1949 zusammentrat und mit 202 von 402 Stimmen am 15. September 1949 den CDU-Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer mit der Mehrheit seiner eigenen Stimme zum Bundeskanzler wählte, stellte er seine Regierung vor, die sich aus der CDU/CSU, FDP und der Deutschen Partei (DP) zusammensetzte. Damit war die Spaltung Deutschlands Wirklichkeit und ein wichtiger Schritt in die Integration in den Westblock getan. Adenauer hob in diesem Zusammenhang auf der fünften Sitzung des Bundestages hervor: "Deutschland ist infolge der Besatzung, Ruhrstatut, Marshallplan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor."

Und in der Tat wurde damit die von Adenauer und seinen Anhängern angestrebte Einbindung bzw. Unterordnung und Abhängigkeit von den westlichen Besatzungsmächten der USA, Großbritannien und Frankreich Realität. Die eigentliche Macht in der BRD übten ihre Militärgouverneure bzw. später Hohen Kommissare aus. Doch war der Spielraum für eine eigene westdeutsche Politik breiter als vorher - bis auf die Außenpolitik. Die lag von Anfang an bis zum Eintritt in die NATO am 5. Mai 1955 in den Händen der Westmächte. Diese Entwicklung war Ergebnis der Weichenstellung der Westmächte und ihrer Politik in Richtung des kalten Krieges gegen die UdSSR. Es bedeutete zugleich die Abkehr von den Abkommen von Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945). Denn dort war von den Siegermächten als völkerrechtlich verbindliches Vertragssystem die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Dekartellisierung Nachkriegsdeutschlands festgeschrieben. Deutschland sollte aber als Einheit fortbestehen - vor allem zunächst auf wirtschaftlicher Ebene. Die von Adenauer und den Westmächten praktizierte "Politik der Stärke" richtete sich gegen die politischen Kräfte, die sich nach 1945 den Neuaufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands zum Ziel gesetzt hatten und dafür auch aktiv eintraten, vor allem die SED in der sowjetischen Besatzungszone. Kalter Krieg verdrängte mehr und mehr eine Verständigung.

Die Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag stand von Anfang an im Zeichen ungleicher Rechte für oppositionelle Kräfte - vor allem für die KPD. Die CDU/CSU und die anderen bürgerlichen Parteien - aber auch die

¹ Die Tätigkeit und die Haltung der KPD-Bundestagsabgeordneten im Ersten Deutschen Bundestag beurteile ich fast ausschließlich aus ihren Reden im Bundestag, nicht aber auf der Grundlage ihrer Aktivitäten in den verschiedenen Ausschüssen oder auch in den Wahlkreisen.

SPD - entfachten eine breit angelegte antikommunistische Hetze. Kommunisten, die Hitlers KZ's überlebt hatten, wurden zum Beispiel vom SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher als "rotlackierte Paschisten" diffamiert². Diese Kampagne gegen die Kommunisten schmälerte den Einfluß der KPD auf die Wählerschaft. Zum anderen wurde zur Begrenzung des politischen Einflusses der KPD eigens die Fünf-Prozent-Klausel im Wahlgesetz erfunden. Die KPD erhielt außerdem für ihre 1.360.000 Stimmen nur 15 Mandate. Allein in Bayern wurden 195.000 Wahlstimmen für die KPD bei der Mandatsverteilung nicht angerechnet. Das funktionierte so: Ein KPD-Abgeordneter vertrat 90.000 Wähler. Dagegen kamen auf einen CDU/CSU-Abgeordneten nur 54.000 Wählerstimmen. Das war glatter Wahlbetrug. Der Antikommunismus wurde schon während dieser Zeit offizielle Staatsdoktrin.

Zugleich schritt die Formierung neonazistischer und reaktionärer Parteien rasch voran - hier sind in erster Linie die Deutsche Reichspartei und die Deutsche Partei zu erwähnen. Sie unterhielten ein weit verzweigtes Netz von neofaschistischen Gruppierungen bis hin zu kaum verdeckten SS-Bündnissen (HIAG).

Die KPD war durch folgende Abgeordnete im Ersten Deutschen Bundestag vertreten³: Heinz Renner - ehemaliger Sozial- und Verkehrsminister in NRW und Oberbürgermeister von Essen; Rudolf Kohl - ehemaliger Arbeitsminister in Württemberg; Oskar Müller - ehemaliger Minister für Arbeit und Wohlfahrt in Hessen; Hugo Paul - ehemaliger Wiederaufbauminister in NRW; Max Reimann - Vorsitzender der KPD und der KPD-Fraktion im Bundestag, Mitglied im Parlamentarischen Rat; Willi Agatz, bis 1948 zweiter Vorsitzender der IG Bergbau; Paul Harig, Betriebsratsvorsitzender der Klöckner-Werke in Hagen-Haspe; Walter Fisch, Abgeordneter des Hessischen Landtages; Grete Thiele, Gertrud Strohbach, Heinrich Niebes, Gustav Gundelach, Otto Niebergall, Kurt Müller, Robert Leibrand, Hermann Nuding, Walter Vesper - und Fritz Rische. Sie alle waren konsequente und sachkundige Vertreter ihrer Wählerinnen und Wähler und als solche in der Öffentlichkeit gut bekannt.

Die Aktivitäten der KPD-Bundestagsabgeordneten umfaßten die damalige Staats-, Gesellschaft-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Heinz Renner und Gustav Gundelach vertraten zum Beispiel die Interessen der Rentner und Kriegsoffer. Für die Rechte der Jugend und der Frauen setzten sich Grete Thiele und Gertrud Strohbach ein. Rudolf Kohl und Gertrud Strohbach nahmen die Interessen der Bürger mit Anspruch auf Lastenausgleich wahr. Hugo Paul war zuständig für die Steuerpolitik. Grete Thiele war verantwortlich für den Widerstand gegen die Remilitarisierung. Fritz Rische

² Vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. 10. 1994.

³ Die KPD-Bundestagsabgeordneten haben alle aktiven Widerstand gegen das faschistische Deutschland geleistet. Sie wurden fast alle von den Faschisten jahrelang in Gefängnissen, Zuchthäusern bzw. KZ's eingesperrt.

wiederrum vertrat die KPD-Wirtschaftspolitik (Demontagepraxis der Besatzungsmächte, Marshallplan etc). Auch die anderen KPD-Abgeordneten trugen für spezielle Fachgebiete innerhalb der KPD-Bundestagsfraktion Verantwortung - so Walter Fisch für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Rechte der Bundesbürger.

Zunächst stand der Kampf um die Verstaatlichung der Schwerindustrie bei demokratischer Kontrolle auf unserer Tagesordnung. Das war eine Forderung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte. Es forderte die Entmilitarisierung Deutschlands - vor allem auch die Liquidierung der Rüstungsindustrie und die Ausschaltung ihrer Manager. Denn sie waren eine Hauptstütze des deutschen Faschismus und seiner Kriegspolitik gewesen. Die KPD forderte die strenge Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Zugleich setzten sich die KPD-Bundestagsabgeordneten aktiv für eine demokratische Bodenreform zugunsten der Bauern und Umsiedler ein. Aber auch der Aufbau der zerstörten Städte und sozialer Wohnungsbau standen im Mittelpunkt der Aufgabenstellung zu dieser Zeit der großen Herausforderungen.

Mitglieder der KPD erwarben sich gerade als Frauen und Männer der "ersten Stunde" viel Ansehen. Sie waren als Abgeordnete im Bund, den Ländern und Gemeinden verlässliche Vertreter der Interessen vor allem der Arbeiterschaft, der Bauern und auch des Mittelstandes, aber auch der Jugend und Frauen. Die KPD trat insbesondere für die Einheit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik ein. Das war letztendlich der Grund für Haß, Diskriminierung und Verfolgung der KPD durch die Adenauer-Regierungen - bis hin zu ihrem Verbot im August 1956.

Die Kanzlerschaft Adenauers

Adenauer regierte mit einer Koalition aus CDU/CSU und FDP. Die FDP stellte mit einem Vertrauensmann der Banken, Blücher aus Essen, den Vizekanzler. Die konservativ-nationalistische Deutsche Partei war ebenfalls mit Ministern vertreten. Der Regierungsapparat setzte sich mehrheitlich aus konservativen Ministerialbürokraten - aber auch Hitler-Aktivisten wie Hans Globke als Staatssekretär im Kanzleramt - zusammen. Eine wichtige Rolle spielte der einflußreiche Bankier Dr. Robert Pferdmenges⁴. Noch zu nennen wären Dr. Hans Schlange-Schöningen (Agrarpolitiker), Fritz Schäffer (CSU-Finanzminister), Heinrich Lübke, Dr. Robert Lehr (Innenminister), Dr. Günther Henle aus dem Vorstand des Klöckner-Konzerns, der spätere Außenminister Heinrich von Brentano, Dr. Richard Jaeger (CSU) als Scharfmacher gegen alle linken Kräfte und als Verfechter der Todesstrafe, Dr. Gerhard Schröder vom Klöckner-Konzern und der christ-

⁴ Dr. Robert Pferdmenges war ein führender Vertreter des Bankkapitals mit ca. 20 Aufsichtsratsposten in Banken und Konzernen.

liche Gewerkschafter Anton Storch als Minister für Arbeit. Dr. Helene Weber aus der CDU-Frauen-Riege war Adenauers engste Vertraute.

Diese Abgeordneten der CDU/CSU besaßen in den neuen Organisationen und Verbänden großen Einfluß. Doch die Politik entschied in erster Linie der Kanzler. Er besaß die Richtlinien-Kompetenz. Die sich damals formierende Klasse von Führungskräften aus Politik und Gesellschaft stand geschlossen hinter Adenauer. Sie hat u.a. mit Adenauer im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz nach den Weisungen der westlichen Besatzungsmächte abgefaßt und auch durchgesetzt - und zwar ohne das Volk vorher dazu zu befragen. Das stand im krassen Gegensatz zu ihren früheren Äußerungen. Denn im Parlamentarischen Rat, der vom 1. September 1948 unter Vorsitz von Dr. Konrad Adenauer seine Tätigkeit aufgenommen hatte, vertrat zunächst eine große Mehrheit der Abgeordneten die Auffassung, daß die BRD nur ein Provisorium sei. Sie dürfe der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht im Wege stehen. Der Vorsitzende des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat, Prof. Carlo Schmid von der SPD, unterstrich diese Auffassung am 8. September 1948 in aller Deutlichkeit mit folgenden Worten: "Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst dann möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden... Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten. Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinem inneren Wesen heraus eine zeitliche Begrenzung in sich tragen"⁵. Diese grundsätzliche Meinung schlug sich denn auch in der Präambel des Grundgesetzes nieder und wurde auch als Artikel 146 im Grundgesetz verankert. Die KPD-Bundestagsfraktion hatte in ihrer "Erläuterung der Fraktion der KPD im Parlamentarischen Rat und des Verfassungsausschusses der KPD" vom 15. Oktober 1948 bereits ihren Standpunkt mit entsprechenden Vorschlägen zum GG dargelegt⁶.

Max Reimann und Heinz Renner von der KPD verweigerten am 23. Mai 1949 die Unterzeichnung des Grundgesetzes aus folgendem Grund: "Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands"⁷. Tatsächlich lief die Nachkriegsentwicklung in die von der KPD befürchtete Richtung. Die Adenauer-Regierung hielt an der Spaltung fest, stellte der Wiedervereinigung ein Hindernis nach dem anderen in den Weg, führte kalten Krieg gegen die DDR - auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen. Denn auch in der CDU/CSU und FDP opponierten liberale Kreise gegen die Adenauer- "Politik der Stärke". Aber vor allem in den Gewerkschaften regten sich Kritik und Gegenwehr.

⁵ Zit. in: 4 Jahre Bundestag - Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Oppau (1953), S. 22.

⁶ KPD 1945 - 1968. Dokumente, Bd. 1, Neuss 1989, S. 253.

⁷ Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946 - 1963, Berlin 1963, S. 147.

SPD als Opposition im Bundestag

Die SPD hatte bei der Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag fast 7 Millionen Stimmen erhalten - und zwar aus der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, Teilen des Kleinbürgertums und aus Kreisen der linken Intelligenz. Zu Recht. Denn sehr oft stimmten die SPD-Bundestagsabgeordneten gegen sozial-reaktionäre Gesetzesvorlagen. Doch gab es leider auch eine andere Praxis. Die von ihnen im Bundestag bekämpften Gesetze wurden dann durch ihre Zustimmung im Bundesrat nicht selten gesetzliche Realität - so auch die damalige Fassung des Mitbestimmungsrechtes.

Auch auf anderen Feldern der Politik verhielten sich SPD-Abgeordnete zwiespältig bzw. inkonsequent. So setzte sich Erich Ollenhauer als Sprecher der SPD-Praktion für eine Viererkonferenz der Siegermächte auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens ein und vertrat die Auffassung, Adenauer könne und dürfe nicht für Gesamtdeutschland sprechen. Dr. Kurt Schumacher als Vorsitzender der SPD nannte Konrad Adenauer in der Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik sogar "Kanzler der Alliierten". Doch wenn Anträge der KPD zur Abstimmung standen, die Angebote der DDR bzw. UdSSR zur Wiedervereinigung Deutschlands zumindest auszuloten, gab es Konsens zwischen Kanzler/Koalition und SPD-Opposition, letztendlich auch bei der Aufstellung der Bundeswehr und der Integration in die NATO.

Dafür sei ein exemplarisches Beispiel angeführt: Am 20. und 28. Oktober 1951 tagten in Prag die Außenminister der UdSSR und der volksdemokratischen Länder. Sie beschlossen u.a. den "unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden. Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorbereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritannien und Frankreich, die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden"⁸.

Die Regierung der DDR nahm dieses Angebot an. Sie konkretisierte die darin enthaltenen Vorschläge in einem Brief von Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, vom 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer in folgender Richtung: Es sollen je sechs Vertreter der beiden

⁸ Zit. in: 4 Jahre Bundestag..., a.a.O., S. 42.

Regierungen Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufnehmen, um die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung vorzubereiten. Es hieß in diesem Brief wörtlich: "Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind"⁹.

Das Angebot war eine echte Chance für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Zu Recht schrieben die "Bremer Nachrichten" vom 4. Dezember 1950: "Grotewohls Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer ist ein sehr ernsthaftes Dokument, das auf die leichte Schulter zu nehmen verderblich sein könnte..." Diese Auffassung vertraten nicht wenige westdeutsche Presseorgane.

Anders war allerdings die Reaktion der Adenauer-Regierung - und leider auch der SPD-Führung. Sie saßen wieder einmal, wenn es gegen die SED und die Kommunisten ging, in einem Boot. "Dr. Schumacher, so versichern Bonner SPD-Kreise, lehne nach wie vor jedes innerdeutsche Ost-West-Gespräch vor einer Viermächtekonferenz ab. Sie fügen hinzu, die SPD werde 'notfalls auf die Straße geben und demonstrieren', wenn sich die Bundesregierung mit der Ostzonenregierung an einen Tisch setzen sollte"¹⁰. Die KPD-Bundestagsfraktion hatte zu dem Angebot der DDR im Bundestag folgenden Antrag gestellt: "Der Bundeskanzler Dr. Adenauer wird ersucht, den Standpunkt der Bundesregierung zu dem Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, vor dem Bundestag darzulegen"¹¹. CDU und SPD würgten den Antrag ab. Die "Sorge" Kurt Schumachers war umsonst. Der Bundeskanzler lehnte das Angebot am 15. Januar 1950 auf einer Pressekonferenz ab. So wurde eine reale Chance zu einer Verständigung von BRD/DDR und für eine schrittweise Wiedervereinigung Deutschlands leider - aber bewußt - vertan.

Die sogenannten Hinterbänkler

Es gab damals aber auch in allen Regierungsparteien und in ihren Fraktionen nicht gleichgeschaltete Vertreter des demokratischen Bürgertums, der Bauern und Arbeiter - auch unter den "Hinterbänklern" der SPD-Fraktion. Das waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich mit uns Kommunisten freundschaftlich verbunden fühlten, sich oft nur widerwillig der Fraktionsdisziplin unterwarfen.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Wiesbadener Kurier vom 30.12.1950.

¹¹ New Chronicle, London, 25.1.1952.

Da spielte zum Beispiel Dr. Heinemann aus der CDU eine durchaus eigenständige Rolle. Er war strikter Gegner der Remilitarisierung. Als er erfuhr, daß der Bundeskanzler gemeinsam mit den Hohen Kommissaren in einem Geheim-Memorandum einen westdeutschen Militärbeitrag vereinbart hatte, trat er demonstrativ von seinem Amt als Innenminister im Adenauer-Kabinett zurück. Tatsache war: Pläne für die Remilitarisierung der BRD gah es schon frühzeitig. Adenauer, so gah er am 24. Januar 1952 vor der Presse zu, hatte schon im Dezember 1948 den ehemaligen Nazi-General Speidel beauftragt, "eine Aufstellung über - 1. die augenblickliche Unvermeidlichkeit einer Wiederaufrüstung und 2. ihren ungefähren Umfang und Charakter zu erfassen"¹². Doch der Widerstand im Volk war groß. Deshalb verheimlichte der Bundeskanzler seine Aktivitäten - mehr noch, er leugnete diese Absichten.

Die KPD-Bundestagsfraktion stellte ihm im Ersten Deutschen Bundestag von mir vorgetragen und begründet - im Dezember 1949 dazu folgende Fragen: "1. Ist es richtig, daß der Bundeskanzler der Zeitung 'The Plain Dealer' gegenüber geäußert hat, eine nach seinem Vorschlag aufzustellende 'autorisierte deutsche Streitmacht' soll 'eine Ahteilung unter einem europäischen Oberkommando' hilden? 2. Hat der Bundeskanzler Vorschläge in gleichem oder ähnlichem Sinne der Hohen Kommission oder einem der Hohen Kommissare zugehen lassen? 3. Hat der Bundeskanzler im Sinne seines Interviews mit der genannten amerikanischen Zeitung Besprechungen mit einer anderen alliierten Stelle geführt? 4. Ist der Bundeskanzler anlässlich seiner mit der Alliierten Hohen Kommission geführten Besprechung irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die im Sinne seines der amerikanischen Zeitung gegebenen Interviews liegen? 5. Beabsichtigt der Bundeskanzler, den westlichen Alliierten die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufstellung einer westdeutschen Streitmacht in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen?"¹³ Adenauer verneinte am 16. Dezember 1949 diese Fragen. Das war fünfmal gelogen!

Auch der Bundestagspräsident Dr. Ehlers (CDU) war ein Politiker eigener Art. Er hatte gegen den Willen Adenauers am 19. September 1952 eine Delegation aus der DDR unter Leitung des Vizepräsidenten der Volkammer Hermann Matern (SED) und Otto Nuschke (CDU-Ost) in Bonn empfangen. Sie übergaben dem Bundestag offiziell Vorschläge zur Teilnahme an einer Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands. Es ging zum anderen auch um die "Bildung einer deutschen Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen einschließlich der Festlegung des Beginns ihrer Tätigkeit"¹⁴. Die DDR-Delegation besaß die Vollmacht zu direkten Verhandlungen noch in Bonn. Dr. Ehlers erklärte dazu: "Ich nehme den Brief entgegen und werde ihn den Fraktionen des

¹² Zit. in: 4 Jahre Bundestag..., a.a.O., S. 105.

¹³ Ebenda, S. 93f.

¹⁴ Ebenda.

Bundestages zuleiten, damit diese die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen. Sie wissen, daß der Bundestag erst in zwei Wochen wieder zusammentritt..., so daß eine unmittelbare Behandlung, falls sie in Erwähnung gezogen wird, nicht möglich ist¹⁵. Auch Carlo Schmid von der SPD war zu einer Teilnahme an einer Besprechung bzw. einem offiziellen Empfang bereit. Doch das geschah nicht. Denn die SPD-Fraktionsführung hatte es ihm nicht erlanbt. Leider kam es durch Ablehnung aus Bonn nicht zu einem offenen und freien Gespräch über die von der DDR vorgeschlagenen Angebote. Die Adenauer-Regierung hielt stur an ihrem Kurs der Remilitarisierung fest. Da hatten Verhandlungen über konkrete Schritte zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands keinen Platz. Die Integration in die NATO hatte Vorrang. Schon vom 3. bis 5. Dezember 1952 fand die zweite Lesung des sogenannten Generalvertrages, der die politischen Rahmenbedingungen für die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte zum Inhalt hatte, im Ersten Deutschen Bundestag statt.

Helene Wessel, Abgeordnete des Zentrums, zeigte sich nicht selten imseren sozialen Aktivitäten gegenüber aufgeschlossen. Ihre politische Überzeugung stand oft im Widerspruch zu der Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung. Auch das große Redetalent der Wiederaufbaupartei, Loritz, besaß so manches Mal seinen eigenen Kopf.

Es gehörten dem Ersten Deutschen Bundestag bereits fünf Nazi-Anhänger aus der Deutschen Reichspartei (DRP) an. Doch auch in der CDU/CSU befanden sich nicht wenige ehemalige Nazi-Aktivisten.

So sah grob skizziert das erste Bonner Parlament aus, und in seinem Rahmen wurden wir Kommunisten politisch aktiv. Dabei stand der Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und gegen die Remilitarisierung wie gegen die Integration Westdeutschlands in den NATO-Block im Mittelpunkt unserer Politik. Das geschah oft im Einklang mit außerparlamentarischen Bewegungen und gestützt auf diese - z. B. die Bewegung für eine "Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951". Doch leider war der Widerstand gegen die Adenauer-Politik insgesamt zu schwach und letztendlich nicht erfolgreich. Die Mehrheit der Bundesbürger folgte statt unseren Auffassungen und Argumenten der Bonner Regierung und ihrem Kanzler Adenauer. Sie hielt unsere ständige Mahnung vor der Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Krieges für übertrieben. Uns wurde in diesem Zusammenhang eine direkte politische Abhängigkeit von der SED/DDR und der UdSSR unterstellt.

¹⁵ Ebenda.

Auch das schwächte unsere Positionen

Die Hauptverantwortung für die Spaltung Deutschlands und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik trug Adenauers Regierungskoalition. Der Bundeskanzler war es, der in dieser politisch sensiblen Zeit des kalten Krieges, in der wir uns durchaus auch am Rande eines heißen Krieges befanden, die Spannungen zwischen Ost und West verstärkte. Er tat dies mit fast absolutistischen Methoden in der CDU/CSU-Fraktion.

Adenauer war durchaus eine starke Persönlichkeit. Er besaß das Vertrauen der Hochkommissare. Hinter ihm standen einflußreiche Kreise aus westdeutschen Banken und Konzernen, große Teile des Mittelstandes und der Bauern, nicht wenige Arbeiter und auch Schichten der Intelligenz sowie der Kirchen. Zum anderen unterstützten Millionen Ost-Flüchtlinge seine Politik. Denn die Adenauer-Propaganda der "Gefahr aus dem Osten" und des "Kommunismus" erschien gerade diesen Menschengruppen aufgrund eigener schlechter Erfahrungen glaubwürdig. So besaß die CDU/CSU ein ziemlich konstantes Wählerpotential. Und zum anderen ging es wirtschaftlich sichtbar "aufwärts". Das fand bei uns Kommunisten allerdings zu wenig Beachtung.

Über Möglichkeiten, im Bundestag kommunistische Initiativen einzubringen

Es gab sie auf vielen Gebieten. Doch durch den Verlust des Fraktionsprivilegs fehlte uns das Recht, Gesetzesentwürfe einzubringen. Anfragen allerdings blieben möglich. Aber ein Stimmrecht in den Bundestags-Ausschüssen besaßen wir nicht. KPD-Abgeordnete durften einige Ausschüsse nicht einmal als "Gäste" aufsuchen. Das traf zum Beispiel auf den Gesamtdeutschen Ausschuß - angeblich wegen "Sicherheitsgefahren" - zu. Die KPD-Abgeordneten sollten so weit wie möglich aus dem ganzen Komplex der Remilitarisierung berausgehalten werden. Das war natürlich ein eklatanter Bruch der Rechte gewählter Volksvertreter und ein Verfall parlamentarischer Demokratie und Kultur. Dennoch haben die KPD-Abgeordneten trotz starker Einschränkungen, zum Beispiel der Begrenzung ihrer Redezeit, jede Möglichkeit, Alternativen zu den großen Problemen unserer Zeit einzubringen, genutzt.

Was war unsere generelle Zielsetzung?

Nach unserer Auffassung sollte über die nationale Frage das deutsche Volk in seiner Gesamtheit - also BRD und DDR - entscheiden. "Deutsche an einen Tisch!" - das war die zentrale Losung damaliger Zeit. Wir Kommunisten haben als Partei und Abgeordnete im Ersten Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit deutsche nationale Interessen vertreten. Die Haltung zur DDR und zu ihren Angeboten wurde von dieser Position

aus bestimmt. Die DDR vertrat aus unserer Sicht die nationalen Interessen unseres Volkes und stellte sie in den Mittelpunkt ihrer Politik. Die KPD-Fraktion setzte sich aus diesem Grund - durchaus eigenständig - für die Annahme der vielen Angebote und Vorschläge der DDR zur Lösung der deutschen Problematik ein.

Das gilt auch für die Zustimmung der KPD und ihrer Abgeordneten zur Deutschland-Politik der UdSSR. Die Sowjetunion hat sich stets um einen Konsens der Großmächte auf der Grundlage der Abkommen von Jalta und Potsdam bemüht, auch im verschärften kalten Krieg. Die UdSSR strebte einen stabilen Frieden in Europa an - vor allem mit Deutschland. Davon zeugen die vielen konkreten Angebote der Nachkriegsgeschichte. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang vor allem an die Note der UdSSR vom 10. März 1952 mit konkreten Vorschlägen zu freien Wahlen in Deutschland nach Weimarer-Muster und voller Gleichberechtigung bei militärischer Neutralität. Das "Njet" kam aus Bonn und Washington.

Die Folgen der Adenauer-Politik waren die Einbindung der BRD in den Westblock und die NATO; die Schaffung der Bundeswehr und ihre Entwicklung zu deren zweitgrößter militärischer Potenz; eine Verengung der inneren Demokratie (Notstandsgesetze) und Verfassungsbrüche durch das Verbot der KPD am 17. August 1956; nicht zuletzt jahrzehntelanger kalter Krieg mit seinen unermeßlich hohen finanziellen Lasten und auch menschlichen Tragödien.

Die hier nur skizzenhaft dargestellte Tätigkeit der kommunistischen Abgeordneten im Ersten Deutschen Bundestag wird in der westdeutschen Geschichtsschreibung nicht erwähnt. Mehr noch. Sie wird trotz vieler Abhandlungen und Memoiren bzw. Dokumentenbände über diese Zeit verschwiegen bzw. ausgegrenzt. Das geschah neuerdings auch durch die vom Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission. Sie sollte "Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" aufarbeiten - allerdings bei einer Ausklammerung westdeutscher Geschichte. Das ist Geschichtsklitterung. Denn die Geschichte der DDR war eng mit der Geschichte der BRD verzahnt. Es gab gegenseitige Abhängigkeiten in den verschiedenen Zeitabschnitten - immer in Verklammerung der Ost-West-Beziehungen. Das gilt für den Zeitraum der Besatzungszonen (1945 bis 1949), für die Gründung der BRD und der DDR ebenso wie für die Zeit bis hin zur "Wende" 1989.

Die vom Bundestag am 11. März 1992 eingesetzte Enquête-Kommission - sie sogenannte Eppelmann-Kommission - hat bisher zwar umfangreiche Materialien angehäuft und zahlreiche Vorträge und Anhörungen durchgeführt. Doch eine objektive Wertung erfolgte nicht. Es dominiert die Sicht der "Sieger".

Die in Berlin als Gegenversuch tätige "Alternative Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte" will dagegen objektive Einblicke in den geschichtlichen Ablauf geben, Lehren vermitteln, daraus Schlußfolgerungen

"für die gemeinsam zu gestaltende Zukunft ziehen, und so die Menschen in Deutschland über alles sie noch Trennende hinweg einander wieder näherbringen. Nationale Aussöhnung aller Deutschen ist ihr Ziel, dem wir uns verschrieben haben, Aufdeckung der historischen Wahrheit - der ganzen Wahrheit" - so heißt es im Konstituierungsdokument. Es wurde am 11. Januar 1993 der Öffentlichkeit übergeben.

Es gibt insgesamt natürlich noch viel aufzuarbeiten und objektiv gerecht und neu zu bewerten. Doch darf Zeitgeschichte keine "Geschichte von oben" sein bzw. Geschichte der "Sieger" oder der Rechtfertigung eigener Politik dienen. Sie muß auch die schmerzhaften Pehlleistungen und Versäumnisse der Politik in der Vergangenheit darstellen, und zwar mit dem Ziel, Ähnliches in Zukunft zu verhindern.

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 11

Neue Realitäten des Kapitalismus – Linke Positionsbestimmungen

Heinz Jung zum 60. Geburtstag

Kapitalismus und Alternativendiskussion – neue Strukturen –
Soziale Bewegungen, verunsicherte Subjekte – Globale Probleme:
Realitäten und Illusionen – Rückblicke und Ausblicke

Mit Beiträgen von J. Bischoff, H. Bömer, D. Boris, E. Dähne, F. Deppe,
G. Fülberth, W. Gorns, H. Heiningen, J. Huffscheid, F. Krause, A. Leise-
witz, L. Peter, W. Petschick, K. Picksheus, J. Reusch, H. Schäfer,
U. Schumm-Garling, H. Werner

Frankfurt/M. 1995, 210 Seiten, DM 14.80

IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069/7392934

Zwischen Reaktion und Illusion

Kapitalismuskritik unter Beachtung der materiell-praktischen Reproduktion*

Mann kann, wenn industrielle Überkapazität da ist, die Mitarbeiter auf die Straße setzen und die Arbeitslosen beschimpfen. Mann kann aber auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordern und den Kampfgeist der Arbeiterklasse stärken. Mann kann, wenn ein Kind sich falsch verhält, es verprügeln und zu Ordnung und Anstand erziehen. Mann kann es aber auch im Namen der Selbstbestimmung gewähren lassen und verhätscheln. Mann kann, wenn eine Ökokatastrophe droht, den eigenen Sondermüll weiterhin in die Landschaft kippen und die Sache kleinreden. Mann kann sie aber auch dem Kapital in die Schuhe schieben und von ökologischem Sozialismus schwärmen. Wenn Mann/Frau aber finden, daß es so nicht weitergeht, müssen sie die Wirklichkeit ernsthaft so zu verändern versuchen, daß das eigene Überleben und das aller anderen gesichert und gefördert wird. Das kann dadurch geschehen, daß sie die Lage auf vorhandene Gelegenheiten hin prüfen, etwas in diesem Sinne Zweckmäßiges zu tun, und unter den möglichen Entscheidungen diejenigen wählen, die eine Voranwartschaft auf überlebenswichtige Bedingungen in der Zukunft enthalten. Kurz gesagt handelt es sich also um die Aufdeckung von Opportunitäten und das Ergreifen von Optionen im Interesse der materiell-praktischen Reproduktion. Wir wollen diese Weise der Wirklichkeitsbewältigung zwischen Reaktion und Illusion unter verschiedenen Gesichtspunkten erläutern, nämlich grundsätzlich, gesellschaftsgeschichtlich, arbeitspolitisch sowie mit Blick auf die Kritik der kapitalistischen Form der Produktion, die ja das Thema dieser Tagung ist.

I. Mittel und Wege gesellschaftlichen Fortschritts

Die verschiedenen gesellschaftlichen Formationen sind, wie Karl Marx erkannt hat, alles andere als voneinander scharf getrennt, und neue Gesellschaftsformen bilden sich nicht plötzlich heraus. Wenn aber eine vernünftiger Gesellschaft als die gegenwärtige nicht ruckartig geschaffen wird, dann kann sie nur Ergebnis vieler kleiner Schritte sein, was übrigens den Vorteil hat, daß Fehler, d. h. scheinbare Fortschritte, schmerzloser rückgängig gemacht werden können.

* Beitrag für die Tagung "Kapitalistische Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive?" - Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen", veranstaltet von IMSF e. V., Frankfurt/M., und Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M., am 19./20. November 1994 in Frankfurt/M.

Damit soll nicht gesagt werden, daß kurzfristig nichts wirklich Neues auftreten kann; es gibt ja kumulative Effekte, ganz zu schweigen vom Umschlag quantitativer Veränderungen in eine neue Qualität, und sogar im Verlauf eines Tages, geschweige denn eines Jahres, kann viel Neues in Erscheinung treten. Aber die Mittel, die dahin führen, sind eher unscheinbar und folgen keinem von vornherein feststehenden Perspektivplan. Jeder der Schritte nämlich, durch die wir die Wirklichkeit zu verbessern suchen, führt zu einem neuen Gelegenheitsgemenge und einer neuen Entscheidungslage, das heißt zu einer Vielzahl von nunmehr vorhandenen Gelegenheiten, deren Zweckmäßigkeiten zu überprüfen sind, und nunmehr möglichen Entscheidungen, deren zukunftsfähigste auszuwählen sind. Jeder Schritt führt also zu neuen Opportunitäten und Optionen. Dann ist ein weiterer Schritt oder sind mehrere weitere Schritte auf dem etwas mühe-

vollen Weg des Fortschritts fällig, sofern nicht, im Irrtumsfall, zurückgekretzt werden muß. Dieser Weg ähnelt also einem vielverzweigten Entscheidungsbaum, wobei zu beachten ist, daß wir, je weiter die Wanderung gegangen ist desto länger, immer schon bestimmten Wegzweigen folgen, so daß ein Zurückgehen hinter Gabelungen, an denen falsch gegangen wurde, immer langwieriger wird. Zudem können sich Abzweigungen schließlich als Sackgasse erweisen, was z. B. für den realen Sozialismus gegolten hat.

Diese Gelegenheitsgemenge und Entscheidungslagen gibt es in allen gesellschaftlichen Sachbereichen, von den zwischenmenschlichen Lebensverhältnissen über die Verhältnisse des Erwerbs-/Nichterwerbslebens bis zu unseren Verhältnissen zur außermenschlichen Mitlebewelt, und zudem in kleinem wie in großem Maßstab: Sie beziehen sich z. B. auf die vorhandenen und zu wählenden Bewegungsmittel zur Erreichung des eigenen Arbeitsplatzes oder auf den modal split in einem Bundesverkehrswegeplan. Die Frage ist angesichts dieser Vielzahl "kleiner" und "großer" Wegegebungen in den verschiedenen Sachbereichen und Größenordnungen, wie so etwas wie "Fortschritt" überhaupt erreicht werden könnte. Braucht man nicht doch ein verbindliches Programm mit einer klaren Linie?

Das hängt davon ab, was unter Fortschritt verstanden wird, falls jemand an diesem Begriff festhalten will. Wir halten ihn dann für sinnvoll, wenn er die Verbesserung tatsächlicher Verhältnisse meint, soll heißen: die Art und Weise, wie die Leute sich ihren Lebensunterhalt verschaffen, miteinander umgehen und ihre Umwelt behandeln, im großen wie im kleinen, gleichgültig, ob die gesellschaftlichen Formen, in denen dies passiert, beispielsweise als kapitalistisch oder als sozialistisch gelten. Wir verstehen unter Fortschritt eine Optimierung der materiell-praktischen Reproduktion. Mit materiell-praktischer Reproduktion ist die Erneuerung der menschlichen und nicht-menschlichen Natur sowie von Sachen mit Hilfe von Tätigkeiten gemeint, die sich sächlicher Mittel bedienen und Stoff- und Energieströme beeinflussen. Die Perspektive "Optimierung der Reproduktion" bedeutet eine andere theoretische und praktische Orientierung als die Konzeption "Maximierung der Produktion". Für eine Optimierung der materiell-prakti-

schen Reproduktion (die den Inhalt der Reproduktion ökonomisch-sozialer Formen wie z. B. des Kapitalverhältnisses bildet) werden weder Programm noch Linie benötigt, sondern vor allem Vorstellungskraft und Sachverstand. Wenn ich beispielsweise die Gesundheits- und Umweltvorsorge in alten Handwerksbetrieben in der ehemaligen DDR verbessern möchte, was zu erreichen zweifellos ein Fortschritt wäre, dann muß ich mir genau vorstellen und sachlich überprüfen, wohin die jeweilige Giftbrühe spritzen und kleckern und welche Vergiftungen sie hervorrufen könnte, welche Vermeidungs- und Verringerungsmöglichkeiten für diesen Stoff bestehen und welche Umstellungsentscheidungen für den Betriebsablauf getroffen werden können, die der Gesundheit und Umwelt zugute kämen, aber möglichst betriebswirtschaftlich noch verkraftbar wären. Wo bleibt da der Sozialismus, werden manche fragen. Fragt sich, was mit dieser Frage bezweckt wird.

Ernst Bloch hat in seinem Abriß der Sozialutopien geschrieben, "Utopie" müsse "im konkreten Ganzen des Seins erblickt und betrieben" werden. Das fällt Sozialisten manchmal schwer. Diese konkrete Totalität ist eben in der materiell-praktischen Reproduktion der Bevölkerung, des Naturhaushalts und der Sachmittel begründet. Auf dieser Ebene müssen zweckmäßige Opportunitäten theoretisch erkannt und zukunftsfähige Optionen praktisch umgesetzt werden. Dafür gibt es relativ klare oder jedenfalls klärbare Prinzipien, zumindest was das gütervermittelte Verhältnis von Mensch und Natur betrifft. Diese sind das Prinzip des Arbeits- und Ressourcenschutzes und das der Standortgerechtigkeit in der Erbringung von Gütern und Leistungen sowie das Prinzip der Gesundheits- und Umweltvorsorge und das der Nachhaltigkeit in deren Verwendung, was beides hier und heute zum Postulat der Reduktion des Sozialprodukts und besonders seines Produktionsmittelanteils führt. Solche Grundsätze sind für das Prüfen von Gelegenheiten und Treffen von Entscheidungen in ("kleinen" wie "großen") Gabelungslagen wichtig. Prinzipien dieser Art können in moralische oder perspektivische Szenarien verwandelt werden und erhalten dadurch eine politische Funktion. Anhand solcher Schutz- und Vorsorgegrundsätze lassen sich dann Unsicherheiten an Wegegabelungen verringern, die es heutzutage zum Beispiel hinsichtlich geeigneter und dauerhafter Möglichkeiten der Verfügbarmachung von Wärme gibt: sei es durch die moralische Alternative: Pullover oder Heizlüfter? oder durch Konstruktion alternativer Energieszenarien. So, wie es Opportunitäten verschiedenen Maßstabs gibt, so gibt es auch kleine und große Optionen und vielfach: systematische Komplexe von Optionen und ganze Optionslinien, in denen eine jede Maßnahme mit den anderen sachlich verknüpft und unter bestimmten Voraussetzungen zu verwirklichen ist.

II. Gesellschaftsgeschichtliche Fehlentwicklungen

Frau/man haben sich ursprünglich lange Zeit nur so am Leben erhalten, daß sie die sich bietenden vielfältigen Gelegenheiten geprüft und die am zuträglichsten erscheinenden Entscheidungen getroffen haben, durch welche ihr Leben und das von Anderen verbessert werden konnte. Sie haben dabei in der Regel verschiedenartige Wahlmöglichkeiten gehabt, wenn auch nicht die zwischen Jagen, Fischen, Viehzüchten und Kritisieren, so doch aber beispielsweise die zwischen Früchtesammeln und Aasergattern. Auf diese nahezu unbeschränkte opportunistisch-optionalistische Weise haben sich die Menschen viele Millionen Jahre lang als Sammler, Aasesser, Kleintierjäger und zuletzt auch als Fischer ganz gut über die Runden gebracht, bis sich mit Einführung der systematischen Naturbewirtschaftung und der Ordnung der sogenannten Urgesellschaft (dort, wo sie erfolgte) erste Einschränkungen von Gelegenheiten und Entscheidungsmöglichkeiten ergaben. Diese Wegegabelung führte nicht zwingend, aber unter bestimmten Randbedingungen der nahezeitlichen Mensch-Natur-Beziehungen zu einer neuen Gabelung: Agrikultur, Patriarchat und Staat, nein oder ja. Und dort, wo die Pflanzen- und Tierproduktion kombiniert gewählt werden konnte, ergab sich des weiteren unter bestimmten demographisch-ökologischen Voraussetzungen der Verzweigungspunkt, an dem nur durch tierische Zugkraft zu betreibende Bodenwendeplügel entwickelt und eingesetzt werden konnte. Das war der erste Fall einer breiten Freisetzung und Unterstützung menschlichen Arbeitsvermögens durch Arbeitsmaschinen mit außermenschlicher Energiequelle, der zugleich den Umgang mit den natürlichen Wirkvermögen in der Landwirtschaft veränderte. Wo dieser Weg eingeschlagen wurde, entwickelten sich unter bestimmten ökologisch-demographischen Bedingungen (nämlich in Europa) mit der Zeit Möglichkeiten und Beweggründe für die Unterwerfung von Gesellschaften, die andere Wegzweige eingeschlagen hatten, und es wird für die eigene Gesellschaft schwieriger, einen Weg aus der ausbeuterisch-raubbauhaften Acker- und Viehwirtschaft herauszufinden. So entwickelte sich auf diesem (europäischen) geschichtlichen Wegzweig schließlich die Agrikulturchemie, vor allem aber verbreiteten und steigerten sich die Entwicklung und Verwendung der maschinellen Produktionsinstrumente, die Karl Marx so faszinierte, daß seine gesamte Theorie des Kapitalismus dadurch geprägt erscheint. Wir wollen hier nicht wiederholen, was Marx an Zerstörungskraft dieser Arbeitsmittel hinsichtlich Mensch und Natur hervorgehoben hat, sondern nur erwähnen, daß sich auch die kapitalistische Hypertrophie der Produktionsinstrumente keineswegs zwangsläufig entwickelt hat. Hier dürfte es vielmehr, wie stets bei der gesellschaftlichen Entwicklung, ein Zusammenspiel von Zufall und Notwendigkeit gegeben haben. Aus dem Zufall des Vorhandenseins der bereits für den Hausbrand genutzten Kohlenvorräte Englands und der Notwendigkeit des noch breiteren Einsatzes außermenschlicher Energie in der bereits mittels Wasser-

kraft entwickelten Textilindustrie ergibt sich die Opportunität einer hierfür geeigneten Dampfmaschinenkonstruktion, auf der schließlich die ganze Optionslinie der auf Kohle, Stahl und "Großer Maschinerie" gegründeten Industrie basiert. Mit Wasser- und Windkraft anstelle von Watts Dampfmaschine und mit Holz wäre es auch gegangen, aber wesentlich anders und in unvergleichlich kleinerem Maßstab.

Damit war der Weg einer Massenproduktion eingeschlagen, die sich durch Einsatz von immer mehr und immer ausgeklügelteren Produktionsmitteln dauernd weiter hochschaukelte, und zwar auf einer bestimmten materiell-praktischen Entwicklungslinie. Aus dem massenhaften Einsatz von Reinigungsmitteln in der wachsenden metallverarbeitenden Industrie und der Entwicklung von elektrischer Antriebskraft und Elektrochemie aus der elektrischen Lichtversorgung ergab sich zum Beispiel die Kochsalzersetzung zu Natronlauge mit dem Abfallstoff Chlor, der wiederum zur Basis einer ganzen Optionslinie wurde: der Chlorchemie. Da jeweils die groß-technischen Optionskomplexe oder -linien gewählt wurden, steuerte der kapitalistische Produktionsorganismus nun auf die erwähnte Hypertrophie der Produktionsinstrumente zu. Wie Marx richtig bemerkt hat: wegen des beschränkten Zwecks der Selbstverwertung des vorhandenen Kapitals und der unbedingten Entwicklung der Produktivkraft der lohnabhängigen Arbeit, zunächst unter den Bedingungen einer existenzbedrohenden Konkurrenz. Wir werden die Frage, ob denn alle Formen privaten Vermögens und entlohnter Arbeit, ja sogar von sich selbst verwertendem Kapital und lohnabhängiger Arbeit sich auf diese Weise entwickeln müssen, später wieder aufgreifen und weisen hier nur zum Schluß auf das tatsächliche technische und ökonomische Resultat dieser produktionsfetischistischen Entwicklungsweise hin, die immer noch manchmal als "Produktivkraftentwicklung" verherrlicht wird: nämlich auf die maßlos übersteigerte technische Zusammensetzung des Kapitals und Fixierung großer Sachkapitalmassen, nicht zuletzt, wie Barry Commoner gezeigt hat, durch steigenden Aufwand für die Ressourcenerschließung und den end-of-pipe-Umweltschutz. Was mit dem allerdings unausgearbeiteten Theorem des "tendenziellen Profitratenfalls" gemeint war, ist die technisch-ökonomische Selbstbehinderung dieser Art kapitalistischer Produktionsweise durch die Immobilität des Fixkapitals, die zudem zerstörerisch für die Menschen und Naturhaushalte ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der genannte Entwicklungsweg - der Weg der Übermächtigung der lebendigen durch die tote Arbeit - ebenfalls in eine Sackgasse geführt hat.

III. Ein arbeitswirtschaftlicher Weg aus einer Sackgasse

Die realhistorische Linie materiell-praktischer Optionen, die die kapitalistische Produktionsweise in die Sackgasse übermäßiger Akkumulation des Kapitals und Limitierung der Neuwertproduktion geführt hat, ist durch Orientierung an der Einsparung entlohnter Arbeitskräfte und an der Ver-

mehrung sich selbst verwertender Kapitalbestände zustande gekommen. Sie konnte nur realisiert werden, weil sie durch entsprechende makroökonomische und -technische Angebots- und Nachfragestrukturen fundiert und flankiert wurde: durch das Angebot kostengünstiger Materialien und Energien, stets auch aus kolonisierten Ländern, und die Entwicklung einer massenhaften Produktions- und Konsumgüternachfrage, stets auch durch Warenexport, sowie durch eine korrespondierende Stoff-, Energie- Verkehrs- und Entsorgungstechnik, die privat und/oder öffentlich besorgt wurde, was schließlich zu blühenden Chemie-, Atom-, Autobahn- und Müllverbrennungslandschaften geführt hat. Gegen diese Vor- und Randbedingungen werden jetzt zu Recht die ökonomischen Instrumente der Verteuerung von Energie und Material und des Verkaufs von Produktdienstleistungen (die manchmal das Produktleasing einschließen) ins Feld geführt. Zumindest die Ressourcenabgaben bedürfen allerdings nicht bloß lokaler, sondern auch globaler Bewertung. Kern der Sache ist die hierdurch zu erreichende Senkung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und des gesamten Produktvolumens. Allerdings führt zumindest unter kapitalistischen Bedingungen kein Weg an der Senkung der Stückkosten und Steigerung der Erlöse und damit auch nicht an der Einsparung von Lohnaufwendungen und an der Vermehrung von Kapitalerträgen vorbei. Daß dies stets durch die Freisetzung bezahlter Arbeitskräfte und maßlose Steigerung der Arbeitsproduktivität bei Konzentration des vorhandenen Anlagevermögens und Wachstum des Produktionsumfangs passieren muß, steht allerdings nicht in den Sternen geschrieben. Die Senkung des Lohnaufwands durch Einkommenskürzung mit quasi-proportionaler Arbeitszeitverkürzung und relativer Beschäftigungsgarantie sowie die Gewinnung von Kapitalertrag durch Reduzierung des produktiven konstanten Kapitals mit Verschlinkung der Produktion und Verringerung des Wachstums der erzeugten Gütermenge ist ein anderer Weg.

Einen solchen anderen Weg hat die Volkswagen AG ansatzweise beschritten. Alles andere als neu (und längst nicht nur auf die Automobilindustrie oder gar VW beschränkt) sind die (groß-) unternehmerischen Bestrebungen, die mit dem Schlagwort "Lean Production" beschrieben werden: das Anlage- und Umlaufvermögen (und auch die Beschäftigung) werden in den Großbetrieben nicht nur dadurch gesenkt, daß auf starre Anlagen möglichst verzichtet wird, sondern auch dadurch, daß die Fertigungstiefe verringert, d. h. einzelne Fertigungen oder ganze Abteilungen in die Zulieferindustrie verlagert werden, wo dann i. d. R. kostengünstiger produziert werden kann. Neben den meist günstigeren Bezugspreisen ergibt sich für die Großunternehmen der weitere Vorteil, daß die Kapitalbindung und damit die Rentabilitätsschwelle abgesenkt und dadurch Schwankungen der Kapazitätsauslastung besser verkraftet werden können (Flexibilisierung der Produktion). Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung sind hinreichend beschrieben worden (Tendenz zur Vermehrung des Mehrschichtbetriebs, verstärkter Druck auf die Zulieferer, "Lagerhaltung auf der

Straße", oft ungünstigere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben). Nicht übersehen werden sollten jedoch auch mögliche positive Konsequenzen: Dezentralisierung übermäßiger Produktionsstätten, Substitution von Personen- durch Gütertransport (daß dieser überwiegend auf der Straße erfolgt, könnte durch die Internalisierung externer Kosten im Straßengüterverkehr gebremst werden) sowie insgesamt kostengünstigere Produktion (u. a. durch die bessere Nutzung des Anlagevermögens in den Zulieferbetrieben). Wirklich neu ist an dem anderen Weg, der zunächst bei VW eingeschlagen wurde (und mittlerweile in kleineren Schritten auch in anderen Betrieben und Branchen gegangen wird), die Realisierung von merklichen Arbeitsproduktivitätssteigerungen bei abnehmenden bzw. stagnierenden Produktionszuwächsen (und teilweise auch bei rückläufigem Produktionsvolumen) ohne die massenhafte Preisetzung bezahlter Arbeitskräfte.

Ohne eine weitreichende Umverteilung des Arbeitsvolumens auf die vorhandenen Arbeitskräfte, also eine drastische Arbeitszeitverkürzung, ist so etwas nicht machbar. Ohne erhebliche einkommenspolitische Abstriche seitens der bezahlten Arbeitskräfte und eine zumindest temporäre Beschäftigungsgarantie durch die Unternehmensleitung ist so etwas nicht durchsetzbar. Daß ein solcher Weg von Unternehmenseite nicht nur mitgegangen, sondern im Fall von VW selbst initiiert wurde, ist nur dann hinreichend zu erklären, wenn die hiermit einhergehenden betriebswirtschaftlichen Effekte in Rechnung gestellt werden: Durch die Einführung des "VW-Modells" Anfang 1994 wurden die Konzernkassen im laufenden Jahr um fast zwei Milliarden DM auf der Lohnkostenseite entlastet. Einkommenspolitische Zugeständnisse von Seiten der Beschäftigten (die selbstverständlich sozial gestaffelt werden müssen, soll das "VW-Modell" ein Modell für die Gesamtwirtschaft werden) im Kontext von Arbeitszeitverkürzungen haben allerdings nicht nur eine taktische Komponente (in Richtung Durchsetzbarkeit von Arbeitszeitverkürzungen), sie besitzen auch eine strategische Dimension: Die hiermit einhergehende Absenkung des Konsumniveaus in bestimmten Verbrauchsfeldern und die Veränderung von Strukturen des Massenkonsums sind integraler Bestandteil einer Verbesserung der materiell-praktischen Reproduktion in den hochentwickelten Industrieländern (beispielsweise die Reduktion von Fernurlaubsreisen im Massentourismus, Abstriche bei teuren Hobbies oder die Abschwächung des Trends zum Zweitwagen bzw. zum übermotorisierten PKW). Die Möglichkeit der Durchsetzung sozial- und naturverträglicher Lebensstile in den kapitalistischen Metropolen, die dann auch für den "Rest der Menschheit" Leitbildfunktion haben könnten, ist dann gegeben, wenn es gelingt, die erforderliche Absenkung und Veränderung des Massenkonsums in gesamtwirtschaftlichem Maßstab mit einem solidarischen Umbau der Gesellschaft zu verbinden.

Was sind die ökonomischen Inhalte und politischen Erfordernisse eines solchen Umbaus? Im einzelnen: Was bedeutet eine Veränderung der herr-

schenden kapitalistischen Produktionsweise zu einer vernünftigeren, insbesondere stärker arbeits- und ressourcensichernden kapitalistischen Produktionsweise hin und darüber hinaus eine Veränderung der herrschenden Reproduktionsweise im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens, der Gesundheits- und Umweltvorsorge sowie einer vernünftigeren Lebensweise überhaupt? Daran ist dann die Frage anzuschließen: Würden Veränderungen auf dieser Optionslinie zu einer neuartigen gesellschaftlichen Reproduktionsweise der Bevölkerung, des Naturhaushalts und der erforderlichen Sachgüter führen können, in der die materiell-praktischen Beziehungen der Menschen zueinander, zur Gesamtwelt und zur Sachwelt dem Überleben und Leben förderlicher sind (wobei es gleichgültig ist, ob diese Reproduktionsweise als Sozialismus bezeichnet wird oder nicht)?

Die im VW-Modell sich andeutende Senkung des Aufwandes an vergegenständlichter und lebendiger produktiver Arbeit (nicht von Sachvermögen überhaupt und von bezahlter Arbeit) für ein bestimmtes, einige überflüssige Outputs vermeidendes Produktvolumen ist ein altes, aber dort nicht realisiertes Ideal der politischen Ökonomie des Sozialismus (Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effektivität). Es war freilich schon in dieser Theorie und ist vor allem in der heutigen Praxis durch die Bedingungen des schonend-zweckmäßigen Umgangs mit Arbeits-, Natur- und Sachvermögen sowie einer Gütererzeugung nur für reproduktiv erforderliche Nutzeffekte zu ergänzen (Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz). Eine gesamtwirtschaftliche Verallgemeinerung der im VW-Modell enthaltenen Option der Absenkung der technischen Kapitalzusammensetzung und Bremsung des Sozialproduktwachstums würde infolge der damit verbundenen Veränderungen der Produktionsbranchen- und der Sozialproduktstruktur bereits zur Verwirklichung dieser Zusatzbedingungen beitragen. Sie wäre insbesondere mit Mitteln der Tarifverträge und der Mitbestimmung anzugehen. Zu einer solchen sanfteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise müßte eine Veränderung der kapitalistischen Reproduktionsweise hinzutreten, die insbesondere mit politischen Mitteln durch soziale Bewegungen und kommunale und staatliche Entscheidungsträger anzustreben ist.

Dieses Modell sollte durch den Ausbau eines in Ansätzen vorhandenen Systems von Abgaben und Rechtsvorschriften ergänzt werden, das der Arbeitssicherheit, der Ressourcenschonung und der Gesundheits- und Umweltvorsorge dient. Dies bedeutet eine Veränderung der Verwendung des gesamten gesellschaftlichen Wertprodukts (des Bruttoinlandsprodukts) in dreierlei Richtung, nämlich

- zugunsten einfacherer, ungefährlicherer, standortgerechterer und erneuer- oder wiederverwertbarer Energiequellen, Materialien und Technologien,
- zugunsten von Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen für Mensch, Natur und sinnvollen Sachwerten,

- sowie zugunsten von Heil-, Erneuerungs- und Instandsetzungsdienstleistungen.

Ökonomische Instrumente hierfür sind zum einen Material- und Energieabgaben, die durch rechtliche Limitierungen bestimmter Stoffanwendungen und -verbräuche zu flankieren, sowie andererseits Sozial- und Krankenversicherungsabgaben, die durch rechtliche Garantien bestimmter Leistungen und Einkommensübertragungen zu ergänzen sind. Insgesamt ergibt sich im Vergleich zu heute eine Verringerung der produktiven und Vermehrung der reproduktiven Verwendung des Wertprodukts und der dadurch sich ergebenden Kapitalanlage und Beschäftigung, die über die materiell-praktische Reproduktion der Wirtschaft hinaus die Lebensweise und das Umweltverhalten günstig beeinflusst. Eine Konzentration der öffentlichen Investitionen auf diese Ziele sowie deren primär kommunale und regionale Planung müssen dies unterstützen.

Wird diese Optionslinie in breiterem Umfang durchgesetzt, so handelt es sich um einen Schritt auf einer Abzweigung vom herrschenden Entwicklungspfad innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Eine solche Entwicklungslinie wird vermutlich dadurch gefördert, daß die Art und Menge der Güter, die in eineinhalb Jahrhunderten kapitalistischen Wirtschaftens hierzulande erzeugt worden sind, inzwischen ökonomisch und technisch zu Verstopfungen und Vergiftungen geführt haben, die den herkömmlichen Weg zusätzlich als Sackgasse ausweisen. Diese Güter ermöglichen aber auch eine Lohnarbeiterexistenz auf gegebenem realem bei abgesehenem ökonomischen Niveau und eine rentable Kapitalakkumulation mit geringerem großtechnischem Input. Es fragt sich, wohin ein solcher Weg führen könnte.

IV. Kapitalismus o.k. - Sozialismus passé?

Wir nehmen den Titel unseres Artikels aus der Nr. 1 der Zeitschrift Z wieder auf, um die beiden Fragen wiederum, wie vor fast fünf Jahren, mit einem "weder-noch" zu beantworten, diesmal aber mit dem Zusatz, daß die Frage falsch gestellt ist, weil die kapitalistische Wirtschaftsverfassung verschiedenartige Optionen materiell-praktischer Art enthält und weil die sozialistische Produktionsweise, so, wie sie traditionell konzipiert wurde, auf dieser materiell-praktischen Ebene keine Alternative zum real existierenden Kapitalismus darstellt.

Schlagwortartige Bezeichnungen wie "Lohnarbeit und Kapital" haben dazu geführt, daß die Arbeits- und Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts mit entlohnter Arbeit und privatem Vermögen schlechthin gleichgesetzt wurden. Die Überwindung der herrschenden Wirtschaftsweise und Gesellschaftsverfassung wurde daher aus dem Gegensatz zu diesen beiden Bestimmungen her gedacht, so daß der Sozialismus als gesellschaftliche Arbeit und gesellschaftliches Vermögen im wesentlichen im Rahmen des Staats organisiert wurde. Die Steigerung

des gesellschaftlichen Wertprodukts, aus verschiedenen Antrieben und mit unterschiedlicher Aneignung, ist in beiden Produktionsweisen für die materiell-praktische Reproduktion der Gesellschaft bestimmend.

Es gibt Lohnarbeit, lohnabhängige Arbeit und fremdbestimmte lohnabhängige Arbeit, so wie es Privatvermögen, sich verwertendes Kapital und schrankenlos sich selbst verwertendes Kapital gibt. Die Arbeits- und Eigentumsordnung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert ist, wie die Analyse von Marx deutlich macht, nicht durch entlohnte Arbeit und privates Vermögen schlechthin, von denen es viele verschiedene geschichtliche Erscheinungsformen gibt, gekennzeichnet. Es handelt sich vielmehr um das Verhältnis von fremdbestimmter lohnabhängiger Arbeit und unbeschränkt sich selbst verwertendem Kapital. Die Arbeiter sind der Willkür des Kapitalisten unterworfen und können nur vom Lohn für ihre verkaufte Arbeitskraft leben, die Unternehmer verwerten ihre eingesetzten Vermögenswerte maßlos zu Lasten von Mensch und Natur und sind nur auf eine Vermehrung des Kapitalstocks aus. Es gibt mittlerweile aber auch, nämlich z. B. hierzulande, mitbestimmte lohnabhängige Arbeit und beschränkt sich selbst verwertendes Kapital, wie unvollkommen sie auch verwirklicht sein mögen. Damit existiert eine andere, als arbeitswirtschaftlich zu bezeichnende Optionslinie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, die wir vorstehend, insbesondere am Beispiel der Entwicklung in der VW AG, veranschaulicht haben.

In diesem Modell bleibt die mitbestimmte Lohnarbeit selbstverständlich lohnabhängige Arbeit, so wie auch die beschränkte Kapitalverwertung sich selbst verwertende Vermögenswerte fortschreibt. Auf der arbeitswirtschaftlichen Optionslinie finden zwar Umverteilungen des geschaffenen Neuwerts sowohl zwischen als auch innerhalb der beiden beteiligten Klassen und darüber hinaus Umverteilungen des eingesetzten konstanten und variablen Kapitals, von Anlagevermögen und Arbeitskräften statt, die die materiell-praktische Reproduktion der Gesellschaft verändern. Das geschieht, wie erläutert, mittels eines Mixes von tarifvertraglichen Vereinbarungen sowie ökonomischen und ordnungsrechtlichen Instrumenten. Grundsätzlich bleibt aber die Selbstbezogenheit der Verwertung eines gegebenen Kapitals bestehen, die die Ursache der Abwälzung vieler Voraussetzungs- und Folgekosten der Profitproduktion zu Lasten von Mensch und Natur sowie einer Fixierung gegebener Techniklinien ist. Bestehen bleibt dabei auch die Abhängigkeit der Lohnarbeitskräfte und ihrer Familienmitglieder vom Lohn und vom fremden Arbeitsplatz, die die Ursache der Umsetzung dieser gesellschaftlichen Herrschaft in innerfamiliäre Herrschaftsverhältnisse bei den Lohnabhängigen sowie einer Pauperisierung von arbeitslosen und alten Arbeitskräften ist. Es ist aber denkbar und möglicherweise in der Zukunft auch machbar, dies zu ändern, und die arbeitswirtschaftliche Optionslinie enthält Ansatzpunkte hierzu.

Wir können uns eine Gesellschaft vorstellen, in der es entlohnte Arbeitstätigkeit, verwertetes Privatvermögen und Konkurrenz gibt und die eine Wirtschaftsweise betreibt, die genaner auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Begabungen des Naturhaushalts zugeschnitten ist, als das bei einer kapitalistischen Produktionsweise der Fall ist, die die Lohnabhängigkeit der Arbeit und die Selbstverwertung des Kapitals vorsorgepolitisch beschränkt. Das setzt zweierlei voraus, nämlich

- die Aufhebung der vollkommenen Abhängigkeit der entlohten Arbeitskräfte von einem fremden Arbeitsplatz durch die Garantie einer bedarfsorientierten Grundsicherung für die Arbeitskräfte und alle übrigen Bevölkerungsmitglieder;

- sowie eine Aufhebung der bloßen Selbstbezogenheit des verwerteten Sachvermögens auf den einmal gegeben Kapitalstock durch das Institut einer vorsorgeorientierten Ersatzpflicht gegenüber den Naturressourcen und allen übrigen Teilen des Naturhaushalts.

Eine solche Grundsicherung muß eine ausreichende Daseinsvorsorge bei unzureichenden Einkommen und/oder Vermögen sowie die Heilung oder Wiedergutmachung eingetretener Gesundheitsschäden umfassen. Wir sind auf diesem Gebiet keine Fachleute, haben aber aus der laufenden Diskussion den Eindruck gewonnen, daß diese Aufwendungen für die Bevölkerung im wesentlichen, abgesehen von unmittelbaren Schadensersatzleistungen durch Schadensverursacher, im Rahmen eines auszubauenden Sozial- und Krankenversicherungsschutzes organisiert werden müssen. Dabei ist eine Unterhaltspflicht von Ehegatten untereinander und von Eltern zumindest gegenüber erwachsenen Kindern auszuschließen und sind Freigrenzen für zusätzliche Arbeitseinkommen hoch anzusetzen. Auch was die Ersatzpflicht von Unternehmen gegenüber den Naturreichtümern angeht, verfügen wir selber über kein Patentmodell. Wir entnehmen aber verschiedenen Ansätzen aus aktuellen Diskussionen, daß es hierbei um die Bereitstellung hinreichender volkswirtschaftlicher Rücklagen für die Wiederbeschaffung bzw. die Umstellung von verbrauchten erneuerbaren bzw. nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie für die Vermeidung drohender bzw. die Ersatzleistung bezüglich eingetretener Umweltschäden geht. Für die Reproduktion des Naturhaushalts sind also Investitions- und Ausgleichsfonds für die Finanzierung entsprechender Erneuerungs- bzw. Ersatzmaßnahmen und Vorbeuge- bzw. Entschädigungsmaßnahmen vorsorglich bereitzustellen, nach unserer Vorstellung, abgesehen wiederum von unmittelbaren Schadensersatzleistungen durch Schadensverursacher, durch Umlagen und Beiträge eines Verbunds der privaten Wirtschaft sowie durch Abgaben zu Lasten der erweiterten und eventuell auch der einfachen Reproduktion des investierten produktiven Kapitals.

Es ist unschwer zu sehen, daß entsprechende Fonds für die Reproduktion der Bevölkerung und des Naturhaushalts durch den oben beschriebenen Ausbau von Ressourcen-, Ökologie-, Sozial- und Krankenversicherungsab-

gaben gespeist werden könnten, was ja in bestimmten Ansätzen schon der Fall ist. Diese Fonds müssen sachdienlich organisiert sein und in (grund-)gesetzlichen Regelungen verankert werden. Wenn es unter diesen Voraussetzungen aufgrund gesetzlicher Regeln und wirtschaftlicher Anreize und Abgaben einzelwirtschaftlich sinnvoller ist, bestimmte Stoffe und Energieträger oder Mensch-Maschinen-Systeme oder Güter und Leistungen einzusetzen, zu betreiben oder zu erzeugen und andere zu vermeiden, wird die Konkurrenz um die ökonomische Existenz sich aus ihrer bisherigen Verengung (Sachvermögensverwertung) befreien und in eine Konkurrenz für effizientere Optionen für die materiell-praktische Reproduktion einmünden können.

Manch eine/r wird sich fragen, wo in diesem Modell der Klassenkampf und die Vergesellschaftung privater Produktionsmittel bleiben. Vielleicht ist ja der Kern des von Marx analysierten Antagonismus' von Lohnarbeit und Kapitalakkumulation die von uns kritisierte Übermacht der vergesellschafteten Arbeit nicht nur über die lebendige Arbeit, sondern zugleich auch über die Erfordernisse der Reproduktion von Mensch und Natur. Was das Eigentum anbetrifft, so ist das eine historisch und theoretisch so komplexe Kategorie, daß die simple Alternative "Privateigentum = schlecht; Kollektiveigentum = gut" gar nicht richtig sein kann. Dagegen setzen wir zunächst die Alternative "profitzentriertes Eigentum - sozial- und naturpflichtiges Eigentum" und überlassen es der weiteren Diskussion, ob und ggf. inwieweit die Aufhebung privater Eigentumsrechte zum Beispiel an bestimmten Naturreichtümern Sinn macht.

Wenn eine reproduktionsorientierte Politik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wirklich erfolgreich geworden ist, was insbesondere die Gewährleistung eigenständiger Grundeinkommen und Rücklage hinreichender Natursicherungsmittel beinhaltet, dann ist in der Tat - Privatvermögen hin, Lohnarbeit her - eine neue Strategie der materiell-praktischen Reproduktion eingeschlagen worden. Dann kann - im Ergebnis vieler kleiner Schritte in der kapitalistischen Wirtschaft selber - eine neue gesellschaftliche Verfassung entstehen, eine nicht mehr ökonomisch, sondern eine in diesem Sinne politisch formierte Wirtschaft und Gesellschaft.

Neuerscheinungen bei Pahl-Rugenstein

Robert Steigerwald: Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft.

440 S., 30 Abb. geb., 48,- ISBN 3-89144-191-6

Der Gegensatz zwischen idealistischen und materialistischen Strömungen sind die beiden Pole in der Philosophiegeschichte, um die sich der Streit der Geister gruppiert. Steigerwald untersucht welche Folgen neue Theorie und Hypothesen in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie neue erkenntnistheoretische Ansätze für einen modernen Materialismus haben. Es werden die spezielle und allgemeine Relativitätstheorie mit ihren kosmologischen Folgerungen und die Konzeptionen Hawkings vorgestellt. Dies alles geschieht ohne mathematischen Apparat und nicht aus der Sicht der jeweiligen Naturwissenschaft, sondern unter philosophischen Erwägungen. Die Auseinandersetzungen um die Evolutions- und Organismustheorie werden dargelegt und auch hier nach der philosophischen Bedeutung gefragt.

Ein ausführlicher Teil des Buches geht der Bedeutung der Geschichtsproblematik für den modernen Materialismus nach - es werden unter anderem die Positionen der Analytischen Philosophie und Poppers zur Geschichtsproblematik diskutiert. Die erkenntnistheoretischen Debatten lauten: Kann der Geist auf Materie zurückgeführt werden? Wie steht es um die Evolutionäre Erkenntnistheorie? Wie reagiert der moderne Materialismus auf an Platon bzw. an Kant orientierte Materialismuskritik? Dies alles wird in möglichst allgemein verständlicher Sprache dargelegt, unverzichtbare Fremdwörter werden im laufenden Text oder in einem ausführlichen Glossar erläutert. In naturwissenschaftlichen Teil sind Anschauungsmaterialien beigelegt. Eine neuartige Einführung in philosophische Auseinandersetzungen und in modernes materialistisches Philosophieren.

TOPOS - Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie.

Herausgegeben von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo.

Heft 4 Kritische Theorie

162 S. 20,- ISBN 3-89144-202-5

Aufsätze: H.H. Holz: Impuls und Verfall der Kritischen Theorie. Jörg Zimmer: Zur Metaphysikkritik in der Frühphilosophie Max Horkheimers. Michael Weingarten: Bemerkungen über Wissenschaft und Krise. Stefano Garroni: Adorno und die Dialektik.

Diskussion: Jan Philipp Reemtsma: Peter Hacks liest. Peter Hacks: Schlußwort. Karl Ludwig Rintelen: Über den Abderismus. Robert Steigerwald: Darstellung einer Darstellung.

Aus den Archiven: Bertus Mulders: Sternheims Bemerkungen zu "Autorität und Familie" mit zwei unveröffentlichten Briefen Sternheims an Max Horkheimer.

Literatur und Forschung: H.H. Holz: Joachim Schickel zum 70. Geburtstag. Joachim Schickel: Mea maxima culpa. Kritik und Selbstkritik im Marxismus.

TOPOS erscheint zweimal jährlich.

Umfang mindestens 160 Seiten.

TOPOS stellt jedes Heft unter ein **Zentralthema**, dem die Hauptbeiträge gewidmet sind. Außerdem enthält TOPOS folgende **Rubriken:** Publikation von archivalischen Fundstücken und Dokumenten, Forschungs- oder Literaturberichte zu einem Thema, Diskussion zu Aufsätzen des Hauptteils.

TOPOS kann im Abonnement bezogen werden zum Preis von 30,- DM + Porto (BRD, Schweiz, Österreich) und 40,- DM + Porto (alle anderen Länder). Das Einzelheft kostet 20,- DM **Abonnements nur direkt bei:** Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Breite Str. 47, 53111 Bonn.

Georg Stamatīs

Zum Transformationsproblem

Beim sog. Transformationsproblem, d. h. bei der "Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise"¹, bandelt es sich um die Frage, warum Marx die Marktpreise im I. Bd. als den Werten, im III. Bd. des Kapital dagegen als den Produktionspreisen proportional betrachtet. Es bandelt sich also um ein Problem, das die Marxsche Methode bei der Darstellung des Kapitalverhältnisses und seiner Formen betrifft.

Aus dem Studium des Marxschen Kapital ergibt sich dazu folgendes²: Im I. Bd. des Kapital stellt Marx das Wesen des Kapitalverhältnisses dar. Die Darstellung des Wesens des Kapitalverhältnisses verlangt aber die Abstrahierung von dessen Existenzformen, weil jenes in diesen verkehrt erscheint. Aus diesem Grund sieht denn auch Marx im I. Bd. des Kapital von den Formen des Kapitalverhältnisses und insbesondere davon ab, daß in der kapitalistischen Produktionsweise - obwohl wie in jeder warenproduzierenden Produktionsweise so auch in dieser die Arbeit das Subjekt des Produktionsprozesses ist, d. h. der Faktor, der die Waren und den (eventuell) darin enthaltenen Profit produziert - nicht die Arbeit, sondern das Kapital als das Subjekt des Produktionsprozesses, als der waren- und profitproduzierende Faktor, erscheint.³ Die allgemeinen Formen des Kapitalverhältnisses, die daraus resultieren, daß in der kapitalistischen Produktionsweise als das Subjekt des Produktionsprozesses nicht das wirkliche Subjekt dieses Prozesses, die Arbeit, sondern das Kapital erscheint, stellt Marx im III. Bd. (und genauer in den ersten zwei Abschnitten des III. Bds.) des Kapital dar.

Um im I. Bd. des Kapital das Wesen des Kapitalverhältnisses, d. h. das Kapitalverhältnis ohne seine Verkehren durch seine Existenzformen, darstellen zu können, muß Marx dort wohl die Arbeit darstellen nicht nur als das wirkliche Subjekt des kapitalistischen Produktionsprozesses (welches sie in der Tat auch ist), sondern zudem als das, was in der kapitalistischen Wirklichkeit auch als dieses wirkliche Subjekt des kapitalistischen Produktionsprozesses erscheint (und als welches sie aber nicht wirklich erscheint). Im I. Bd. stellt Marx also die Arbeit so dar, als ob sie und nicht, wie es wirklich ist, das Kapital das wäre, welches in der kapitalistischen Produktionsweise als das Subjekt des Produktionsprozesses, als der waren- und profitschaffende Faktor, erscheint. In der Marxschen Darstellung des Wesens des Kapitalverhältnisses im I. Bd. des Kapital ist also die

¹ Marx (1968/69), Bd. III, S. 164.

² Siehe dazu Stamatīs (1983), S. 10-64.

³ Siehe Marx (1968/69), Bd. III, S. 55.

Arbeit nicht nur (wie sie in der Tat ist), sondern sie erscheint auch (wie sie in der kapitalistischen Wirklichkeit nicht erscheint) als das Subjekt des kapitalistischen Produktionsprozesses.

I.

Diese Darstellung des Wesens des Kapitalverhältnisses und folglich auch die Darstellung der Arbeit als das, was im Kapitalismus als der waren- und profitschaffende Faktor erscheint, impliziert aber bestimmte quantitative Tauschrelationen (= relative Marktpreise). So wird der Gesamtprofit auf die einzelnen Warenbesitzer nach Maßgabe dessen, was in dieser Darstellung des Kapitalverhältnisses als das dargestellt wird, welches als der profitschaffende Faktor erscheint, verteilt, daß das Verhältnis des Profits jedes Warenbesitzers zum Gesamtprofit gleich dem Verhältnis der von ihm angewandten zur von allen Warenbesitzern insgesamt angewandten Menge dieses Faktors, d. h. der lebendigen Arbeit, ist. Dies impliziert offensichtlich die Herausbildung eines für alle Warenbesitzer gleichen und daher allgemeinen Verhältnisses von Profit zu lebendiger Arbeit und - wegen der Existenz eines allgemeinen Nominallohnsatzes - auch eines für alle Warenbesitzer gleichen Verhältnisses von Profit zu Nominallohn. Es kann gezeigt werden, daß diese relativen Marktpreise den relativen Werten gleich sind.⁴ Aus diesem Grund und weil sie die Herausbildung eines allgemeinen Verhältnisses von Profit zu Nominallohn implizieren, implizieren sie zugleich auch die Herausbildung eines allgemeinen Verhältnisses des Mehrwerts zum Wert der Arbeitskraft, d. h. einer allgemeinen Mehrwertrate.⁵

Auf der Stufe der Darstellung des Kapitalverhältnisses dagegen, die Marx in den ersten zwei Abschnitten des III. Bds. des Kapital erreicht, d. h. bei der Darstellung der allgemeinen Formen des Kapitalverhältnisses, wird als das Subjekt des kapitalistischen Produktionsprozesses und als der waren- und profitschaffende Faktor nicht das dargestellt, was auch in der kapitalistischen Produktionsweise die Waren und den darin enthaltenen Profit wirklich produziert, sondern das, was in der kapitalistischen Wirklichkeit als das Subjekt des kapitalistischen Produktionsprozesses und als der waren- und profitschaffende Faktor erscheint, also nicht die Arbeit, sondern das Kapital. Diese Darstellung der verkehrten allgemeinen Existenzformen des Kapitalverhältnisses, die Darstellung des Kapitals als des waren- und profitschaffenden Faktors und des Profits als der Frucht des Kapitals, impliziert offenbar quantitative Tauschrelationen (= relative Marktpreise), die den Gesamtprofit in der Weise nach Maßgabe des - in der kapitalistischen Wirklichkeit als der profitschaffende Faktor erscheinenden und in dieser Darstellung als solchen dargestellten - Kapitals auf

⁴ Siehe Stamatis (1983), S. 35-38.

⁵ Siehe Stamatis (1983), S. 35-38.

die einzelnen Waren und Warenbesitzer (= Kapitalisten) verteilen, daß das Verhältnis des Profits jedes Kapitalisten zum Gesamtprofit gleich dem Verhältnis seines Kapitals zum Gesamtkapital ist. Dies impliziert offensichtlich die Herausbildung eines für alle Waren und alle Kapitalisten gleichen und somit allgemeinen Verhältnisses von Profit zu Kapital, d. h. einer allgemeinen Profitrate. Diese Marktpreise sind wohl den Produktionspreisen proportional, d. h. den Preisen, die, gelten sie, zur Herausbildung einer allgemeinen Profitrate führen.

Der Übergang von Marktpreisen, die den Werten proportional sind, und von der Herausbildung einer allgemeinen Mehrwertrate, zu der diese Marktpreise führen, zu Marktpreisen, die den Produktionspreisen proportional sind, und zu der Herausbildung einer allgemeinen Profitrate, zu der diese führen, kurz: der Übergang von den Werten und der allgemeinen Mehrwertrate zu den Produktionspreisen und der allgemeinen Profitrate ist also Implikation der Marxschen Methode bei der Darstellung des Kapitalverhältnisses und seiner allgemeinen Existenzformen.

II.

Indes ist das Problem der "Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise", mit dem sich marxistische aber auch nichtmarxistische Ökonomen schon vor dem Erscheinen des III. Bds. des Kapital beschäftigen⁶, nicht das Problem, wie es sich in der Marxschen Darstellung des Kapitalverhältnisses stellt, sondern wie es Engels in seinem Vorwort zum II. Bd. des Kapital formuliert hat:

"Nach dem Ricardoschen Wertgesetz produzieren zwei Kapitale, die gleich viel und gleich hoch bezahlte lebendige Arbeit anwenden, alle anderen Umstände gleichgesetzt, in gleichen Zeiten Produkte von gleichem Wert und ebenfalls Mehrwert oder Profit von gleicher Höhe. Wenden sie aber ungleiche Mengen lebendiger Arbeit an, so können sie nicht Mehrwert oder, wie die Ricardianer sagen, Profit von gleicher Höhe produzieren. Nun ist aber das Gegenteil der Fall. Tatsächlich produzieren gleiche Kapitale, einerlei wie viel oder wie wenig lebendige Arbeit sie anwenden, in gleichen Zeiten durchschnittlich gleiche Profite. Hier liegt also ein Widerspruch gegen das Wertgesetz vor, den schon Ricardo fand, und den seine Schule ebenfalls zu lösen unfähig war. Auch Rodbertus konnte nicht umhin, diesen Widerspruch zu sehen; statt ihn zu lösen, machte er ihn zu einem der Ausgangspunkte seiner Utopie. (...) Diesen Widerspruch hatte Marx bereits im Manuskript 'Zur Kritik' (gemeint ist der 2. Teil der 'Theorien über den Mehrwert' - G. S.) gelöst; die Lösung erfolgt nach dem Plan des 'Kapital' im Buch III. Bis zu seiner Veröffentlichung werden noch Monate verstreichen. Die Ökonomen also, die in Rodbertus die geheime Quelle und einen überlegenen Vorgänger von Marx entdecken wollen, ha-

⁶ Siehe Engels (1969), S. 15ff.

ben hier eine Gelegenheit zu zeigen, was die Rodbertussche Ökonomie leisten kann. Wenn sie nachweisen, wie nicht nur ohne Verletzung des Wertgesetzes, sondern vielmehr auf Grundlage desselben eine gleiche Durchschnittsprofitrate sich bilden kann und muß, dann wollen wir weiter miteinander sprechen".⁷

Die Ricardianische Fassung des Problems ist, offen gestanden, keiner Lösung fähig. Denn entweder bildet sich im Kapitalismus eine, wenn auch nur der Tendenz nach, allgemeine Profitrate, dann tauschen sich die Waren zu Marktpreisen, die den Produktionspreisen proportional sind; oder aber es gilt im Kapitalismus das Wertgesetz, wie Engels es versteht, d. h. als Proportionalität zwischen Marktpreisen und Werten, dann tauschen sich die Waren zu Marktpreisen, die den Werten proportional sind. Da die Produktionspreise in der Regel (eigentlich immer) den Werten nicht proportional sind, kann es nicht sein und daher auch nicht nachgewiesen werden, daß, wie Engels behauptet, "nicht nur ohne Verletzung des Wertgesetzes, sondern vielmehr auf Grundlage desselben eine gleiche Durchschnittsprofitrate sich bilden kann und muß". Denn wäre dies möglich, so hieße es, daß die Waren sich zu ihren Werten und zugleich zu ihren, von diesen Werten verschiedenen, Produktionspreisen tauschen. Aus diesem Grund hat es denn auch keiner je versucht - auch Engels selbst nicht -, eine Lösung des Problems in dieser seiner Engelsschen Fassung zu geben. Die Lösung, die Engels selbst in seinem Artikel "Wertgesetz und Profitrate"⁸ präsentierte, lautet einfach: In vorkapitalistischen warenproduzierenden Produktionsweisen tauschen sich die Waren zu ihren Werten, im Kapitalismus dagegen, wegen der Herausbildung einer allgemeinen Profitrate, zu Produktionspreisen. Diese Engelssche Antwort umgeht das Problem, wie es sich in der Marxschen Darstellung des Kapitalverhältnisses stellt, aber auch wie es Engels selbst in seinem Vorwort zum II. Bd. des Kapital sich und anderen gestellt hat. Engels spricht hier von der historischen Geltung und Bedeutung der Gleichung Marktpreise = Werte (und das heißt in seinem eigenen Verständnis: von der historischen Geltung und Bedeutung des Wertgesetzes) in vorkapitalistischen Produktionsweisen, nicht aber von ihrer Bedeutung für die kapitalistische Produktionsweise, wo sie - auch nach ihm selbst - nicht mehr gilt, also auch nicht von ihrer Bedeutung für das Verständnis und die Darstellung des Kapitalverhältnisses. Mag auch seine historische Betrachtung nicht ohne Nutzen sein, was aber das eigentliche Problem betrifft, so hört er da auf, wo er erst anfangen sollte. So bleibt denn auch für ihn die Verwandlung der Werte in Produktionspreise eine rein historische, die sich beim Übergang von vorkapitalistischen zur kapitalistischen Produktionsweise vollzieht. Innerhalb der letzteren gibt es für Engels keine solche Umwandlung: im Kapitalismus tauschen sich die Waren nicht zu Werten, sondern einfach zu Produktionspreisen - was nach

⁷ Engels (1968), S. 26.

⁸ Engels (1969a), S. 898-917.

ihm dennoch auch hier das Wertgesetz, d. h. die Gleichheit von Marktpreisen und Werten, in seiner Geltung (weungleich eigentlich in seiner modifizierten Geltung als ein modifiziertes Wertgesetz von der Gleichheit zwischen Marktpreisen und modifizierten Werten, also Produktionspreisen) bestätige.

III.

Alle marxistischen und die meisten nichtmarxistischen Ökonomen haben indes eine Behandlung der von Engels gegebenen ricardianischen Formulierung des Problems der Verwandlung der Werte in Produktionspreise vorgenommen, die stillschweigend eine, wenn auch eine von der historisierenden Engelsschen verschiedene, Umformulierung dieses Problems impliziert. Sie versuchten Lösungen zu finden, die im Aufzeigen eines quantitativen Zusammenhangs zwischen Werten und Produktionspreisen bestanden, als ob das Problem in der Frage bestünde, welcher genau der quantitative Zusammenhang zwischen Werten und Produktionspreisen sei. Das ist auch die heute noch allgemein vorherrschende Auffassung vom Transformationsproblem.

An der Entstehung und Verbreitung dieser Auffassung ist auch die Ansicht schuld, daß Marx das Problem im 9. Kapitel des III. Bds. vom Kapital stellt und löst oder zu lösen versucht. Bei dem, was dieses extrem verkürzte Verständnis des Problems für dessen Behandlung durch Marx hält, handelt es sich jedoch nur um einen Versuch, die Produktionspreise mit Hilfe der Werte zu berechnen.⁹ Der sich daraus ergebende quantitative Zusammenhang zwischen Werten und Produktionspreisen wurde dann als die Lösung (oder der Versuch einer Lösung) des Problems der Verwandlung oder Transformation der Werte in Produktionspreise oder als die Ableitung dieser aus jenen verstanden.

Da die Marxsche Berechnung der Produktionspreise aus dem Grunde, weil Marx alle Bestandteile des Produktionspreises (den er im übrigen richtig definierte als die Summe aus Stückkosten und Stückprofit, wobei letzterer dem mathematischen Produkt aus der allgemeinen Profitrate und dem Kapital pro Stück gleichgesetzt wurde) zu Werten statt zu Produktionspreisen aussetzte, nicht korrekt ist¹⁰, gingen die Bestrebungen nach Erscheinen des III. Bds. vom Kapital dahin, die Produktionspreise mit Hilfe der Werte korrekt zu berechnen - was als die korrekte Lösung des Marxschen Transformationsproblems begriffen, also mißverstanden, wurde.

⁹ Das 9. Kapitel des III. Bds. vom Kapital ist zwar betitelt mit "Bildung einer allgemeinen Profitrate (Durchschnittsprofitrate) und Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise", wir wissen jedoch aus der MEW-Ausgabe nicht, ob dieser Titel von Marx selbst oder aber von Engels stammt. Aber selbst dann, wenn er von Marx stammen sollte, handelt das obige Kapitel nicht von dem, was sein Titel ankündigt, sondern bloß von einer Berechnung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte.

¹⁰ Marx selbst war sich dieser Inkorrektheit bewußt. Siehe Marx (1968/69) Bd. III, S. 174.

L. von Bortkiewicz war der erste, der in zwei Artikeln eine solche Lösung präsentierte.¹¹ Kurz davor hatte jedoch V. K. Dmitriev, auf den v. Bortkiewicz selbst hinweist, die Produktionspreise für den Fall des Vorhandenseins von nur zirkulierendem konstanten Kapital korrekt berechnet.¹² V. K. Dmitriev hat aber die Produktionspreise im Rahmen einer ricardianischen Fragestellung berechnet, sie also nicht aus den Werten berechnet, und daher sich auch nicht mit dem quantitativen Zusammenhang zwischen den beiden beschäftigt. Bei der Lösung von v. Bortkiewicz, die unter den Bedingungen gegeben wurde, daß (a) nur zirkulierendes konstantes Kapital existiert und (b) das Produktionssystem sich einfach reproduziert, handelt es sich um eine bloße Berechnung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte. Die erste dieser Bedingungen schränkt wohl die Allgemeingültigkeit der Berechnung der Produktionspreise und folglich auch des sich ergebenden quantitativen Zusammenhangs zwischen diesen und den Werten ein, während die zweite nur eine, für die Lösung des Problems keineswegs notwendige, Gleichgewichtsbedingung spezieller Art darstellt. Sieht man von diesen zwei Bedingungen ab, so ist die Lösung von v. Bortkiewicz genau die um den oben genannten Marxschen Fehler bereinigte Marxsche Lösung. Eine neue, aus der Lösung von v. Bortkiewicz gewonnene Erkenntnis ist, daß für die Abweichung des Produktionspreises vom Wert einer Ware nicht, wie Marx meint, die Abweichung der zu Werten berechneten organischen Kapitalzusammensetzung dieser Ware von der zu Werten berechneten durchschnittlichen organischen Kapitalzusammensetzung maßgebend ist, sondern die Abweichung der zu Produktionspreisen berechneten organischen Kapitalzusammensetzung dieser Ware von der zu Produktionspreisen berechneten Kapitalzusammensetzung der Normware, d. h. derjenigen Ware, deren Produktionspreis, zwecks Berechnung der absoluten Produktionspreise der Waren, einer positiven Konstanten gleichgesetzt worden ist.

Diese Erkenntnis ist allerdings nur bedingt richtig. Sie ist nur dann richtig, wenn, wie bei von Bortkiewicz der Fall, kein fixes, sondern nur zirkulierendes konstantes Kapital existiert und es nur ein einziges Produktionsmittel gibt.

¹¹ Siehe von Bortkiewicz (1906/1907) und von Bortkiewicz (1907).

¹² Siehe Dmitriev (1974). Die erste richtige, wenn nicht Lösung, doch Formulierung des Transformationsproblems hat aber wenige Jahre vorher Wolfgang Mühlhfordt - zuerst in Mühlhfordt (1893) und dann, unter dem Namen Dr. Muehlpfort, in Muehlpfort (1895) - gegeben. Eine geniale Lösung des Transformationsproblems in der Form der Berechnung der Produktionspreise bei gegebener Produktionstechnik und exogen gegebenem Reallohnsatz präsentierte in Jahre 1910 Georg Charasoff. Er berechnete mit Hilfe eines Standardsystems (d. h. eines Produktionssystems, das die gegebene Produktionstechnik anwendet, um ein zusammengesetztes Bruttoprodukt zu produzieren, dessen Zusammensetzung dieselbe ist mit der seiner eigenen Produktions- und Lohngütermenge) die Profitrate unabhängig von den Produktionspreisen und dann, bei bekannter Profitrate, die Produktionspreise. Siehe Charasoff (1910) und Stamatis (1989a).

Wenn es zwar kein fixes Kapital, aber mehrere Produktionsmittel gibt, dann ist für die Abweichung des Produktionspreises vom Wert einer Ware entscheidend die Abweichung der infolge einer Profitratenänderung eintretenden Änderung des Profits pro Arbeitseinheit bei dieser Ware von der infolge derselben Profitratenänderung eintretenden Änderung des Profits pro Arbeitseinheit bei der Normware.¹³

Zudem modifiziert sich die Sache bedeutend, wenn es auch fixes Kapital gibt. So ist z. B. in dem sehr vereinfachten Fall, in dem das zirkulierende konstante Kapital aus nur einem Produktionsmittel und das fixe konstante Kapital ebenfalls aus nur einem Produktionsmittel besteht, welches jedoch vom Produktionsmittel, aus dem das zirkulierende konstante Kapital besteht, verschieden ist, für die Abweichung des Produktionspreises vom Wert einer Ware neben der Abweichung der zu Preisen berechneten Zusammensetzung des zirkulierenden konstanten Kapitals bei dieser Ware von der zu Preisen berechneten Zusammensetzung des zirkulierenden konstanten Kapitals bei der Normware auch die Abweichung der zu Preisen berechneten Zusammensetzung des fixen Kapitals bei dieser Ware von der zu Preisen berechneten Zusammensetzung des fixen Kapitals bei der Normware von Bedeutung.¹⁴

Aus dem Obigen folgt, daß trotz der entgegengesetzten Ansicht von Marx weder der Produktionspreis des gesamten Mehrprodukts, d. h. der Gesamtprofit, dem Wert des gesamten Mehrprodukts, d. h. dem Gesamtmehrwert, noch der Produktionspreis des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, d. h. die Summe aller Produktionspreise, dem Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, d. h. der Summe aller Werte, stets gleich ist.

Ein weiteres Ergebnis der Lösung von v. Bortkiewicz besteht darin, daß die allgemeine Profitrate nicht von den Produktionsbedingungen, folglich auch nicht von der organischen Kapitalzusammensetzung aller, sondern nur derjenigen Waren abhängt, die direkt oder indirekt in die Produktion aller Waren eingehen (sog. Basiswaren bzw. reproduktive Waren). Dieses Ergebnis war bereits von Dmitriev präsentiert worden und wurde später auch von Sraffa bestätigt.¹⁵ Indes ist bewiesen worden, daß die allgemeine Profitrate im allgemeinen Fall auch von den Produktionsbedingungen derjenigen Waren abhängt, die nicht, direkt oder indirekt, in die Produktion aller Waren eingehen (sog. Nichtbasiswaren bzw. unreproduktive Waren).¹⁶ Im allgemeinen gilt, daß die allgemeine Profitrate von den Produktionsbedingungen derjenigen Waren des gegebenen Produktionssystems abhängt, die vom Normwaresubsystem produziert werden, d. h. vom Subsystem, das als

¹³ Siehe Stamatis (1988), S. 85-91.

¹⁴ Siehe dazu Stamatis (1983), S. 64-75 und 111-117.

¹⁵ Siehe Sraffa (1960), §6.

¹⁶ Siehe Stamatis (1977), Vorwort und S. 189ff., Stamatis (1979), S. 75ff., Stamatis (1983), S. 275-293 und 315-322, Vassiliakis (1983), Stamatis (1983a), Stamatis (1988), S. 91-97, Stamatis (1990) und Stamatis (1993).

sein Nettoprodukt die jeweils als Normware fungierende Ware produziert.¹⁷

IV.

Die Berechnung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte unter den Bedingungen eines exogen gegebenen einheitlichen Nominallohnsatzes und einer einheitlichen Profitrate oder, umgekehrt, einer exogen gegebenen einheitlichen Profitrate und eines einheitlichen Nominallohnsatzes setzt wohl die Kenntnis der Werte voraus. Diese Kenntnis setzt wiederum die Kenntnis der Produktionstechnik voraus, denn nur wenn die Produktionstechnik gegeben ist, können die Werte berechnet werden. Dies begründet wohl die Möglichkeit, die Produktionspreise direkt aus der Produktionstechnik unter den Bedingungen eines exogen gegebenen einheitlichen Nominallohnsatzes und einer einheitlichen Profitrate oder, umgekehrt, einer exogen gegebenen einheitlichen Profitrate und eines einheitlichen Nominallohnsatzes zu bestimmen. In einer solchen Art Bestimmung der Produktionspreise bestehen fast alle Lösungen des Transformationsproblems, die nach v. Bortkiewicz und auch nach der Entwicklung der Theorie der linearen Produktionssysteme präsentiert wurden. Diese Lösungen unterscheiden sich im Prinzip offensichtlich in nichts von der Lösung von v. Bortkiewicz. Auch setzen sie wie diese die Existenz von nur zirkulierendem konstantem Kapital voraus. Sie ließen jedoch eine wichtige Sache klar ersichtlich werden: Daß nämlich sowohl die Werte als auch die Produktionspreise unabhängig voneinander mit Hilfe der Produktionstechnik berechnet werden können - jene ausschließlich mit Hilfe der Produktionstechnik, diese mit Hilfe der Produktionstechnik und unter den Bedingungen (a) eines einheitlichen Lohnsatzes sowie einer einheitlichen Profitrate und (b) entweder eines exogen gegebenen Lohnsatzes oder einer exogen gegebenen Profitrate. Dies berechtigte Samuelson zu sagen, daß es sich beim Transformationsproblem nicht um das Problem irgendeiner Transformation von Werten in Produktionspreise, also nicht um eine Ableitung dieser aus jenen handelt, sondern einfach um eine jeweils unabhängige Berechnung einmal der Werte und einmal der Produktionspreise.¹⁸ Steedman argumentierte ähnlich, indem er auf die Möglichkeit hinwies, die Produktionspreise unter der Bedingung der Existenz einer einheitlichen Profitrate aus den "physischen Daten" des Produktionssystems, d. h. aus der Produktionstechnik und dem exogen gegebenen einheitlichen Reallohnsatz zu berechnen, und daraus folgerte, daß die Werttheorie, sofern sie behauptet, die Produktionspreise aus den Werten abzuleiten, überflüssig ist.¹⁹

¹⁷ Siehe Stamatis (1983), S. 275-333 und Stamatis (1988), S. 94-97.

¹⁸ Siehe Samuelson (1971).

¹⁹ Siehe Steedman (1977).

Man kann sich schwer diese Einwänden verschließen. Nur: ohne daß die, die sie vortragen, es wüßten, richten sich diese - richtigen - Einwände nicht gegen die Marxsche Werttheorie, sondern gegen diejenigen Marxisten, welche meinen, daß sie, indem sie die Produktionspreise mit Hilfe der Werte und nicht direkt mit Hilfe der Produktionstechnik berechnen, diese auch aus den Werten "ableiten" und somit nur durch die Werte bestimmen, und darin die im Kapitalismus "modifizierte" Geltung des Wertgesetzes erblicken.

V.

Zu diesen Argumenten gegen die Auffassung der Bestimmung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte als einer logischen Ableitung der Produktionspreise aus den Werten kommt noch ein weiteres hinzu, das wir am besten ausgehend von dem Marxschen Fehler bei der Lösung des Problems der Transformation der Werte in Produktionspreise, also eigentlich bei der Bestimmung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte, im 9. Kapitel des III. Bds. vom Kapital entwickeln können. Da Marx sich dieses Fehlers bewußt war, handelt es sich bei der ganzen diesbezüglichen Literatur nicht um den Nachweis der Existenz eines nicht bekannten, sondern bloß um die - vom mathematischen Standpunkt - triviale Behebung eines bereits bekannten Fehlers. Deswegen und auch aus Gründen, die wir gleich entwickeln werden, ist der Wert dieser Literatur und folglich auch der der richtigen, d. h. um den Marxschen Fehler bereinigten, Transformation der Werte in Produktionspreise, sehr zweifelhaft. Wie bekannt, kann die fehlerhafte Marxsche Lösung als der erste - richtige - Schritt einer - richtigen - Iterativlösung begriffen werden. Denn es ist bewiesen worden, daß wir, wenn wir in einem zweiten Schritt all diejenigen Größen in den Marxschen Gleichungen, die Marx inkorrektweise zu Werten ansetzt, d. h. die "Kostpreise" und die Kapitale der Waren sowie die allgemeine Profitrate, zu den inkorrekten Produktionspreisen, die Marx bei seiner Lösung erhält, ansetzen, neue Produktionspreise erhalten, die wohl nicht die richtigen Produktionspreise sind, an diesen richtigen Produktionspreisen aber näher liegen als die aus der Marxschen Lösung resultierenden. Wenn wir nun diese letzten Produktionspreise erneut in das anfängliche Marxsche Gleichungssystem einsetzen, so erhalten wir wieder neue Produktionspreise, die an den richtigen noch näher liegen als die vorherigen, usw. Nach nur wenigen solchen Schritten erhalten wir Produktionspreise, die fast zusammenfallen mit den richtigen Produktionspreisen.²⁰

Wenn wir also die Marxsche Lösung als den ersten Schritt der obigen Iterativlösung begreifen, wird die Literatur über den Marxschen Fehler und dessen Behebung wohl gegenstandslos. Dies umso mehr, wenn wir sie nicht als den ersten Schritt einer aus mehreren Schritten bestehenden, sondern

²⁰ Siehe Bródy (1974), S. 89-91.

als eine aus nur einem Schritt bestehende, vom quantitativen Standpunkt zufriedenstellende oder nicht zufriedenstellende, aber in ihrem Prinzip richtige Iterativlösung begreifen.

Bemerkenswert ist indes folgendes: Nach dem obigen iterativen Lösungsverfahren ist es nicht notwendig, beim ersten Schritt die "Kostpreise" und die Kapitale der Waren sowie die allgemeine Profitrate, wie oben, zu Werten anzusetzen, sondern es ist möglich und zulässig, sie zu irgendwelchen Preisen, die sowohl von den Werten als auch von den richtigen Produktionspreisen verschieden sind, anzusetzen. Das Resultat der Lösung bleibt dasselbe. Dies bedeutet offensichtlich, daß, wenn jemand die Bestimmung der Produktionspreise nach dem ersten Verfahren, nach welchem beim ersten Iterationsschritt die "Kostpreise" und die Kapitale der Waren sowie die allgemeine Profitrate zu Werten angesetzt werden, als Ableitung der Produktionspreise von den Werten begreift, er dann - aus genau denselben Gründen - auch die Bestimmung der Produktionspreise nach dem zweiten Verfahren, nach welchem beim ersten Iterationsschritt diese Größen zu irgendwelchen, von den Werten sowie von den richtigen Produktionspreisen jedoch verschiedenen Preisen angesetzt werden, als Ableitung der Produktionspreise aus irgendwelchen Preisen begreifen muß.

In Wirklichkeit handelt es sich wohl weder bei dem ersten Verfahren der Bestimmung der Produktionspreise um deren Ableitung aus den Werten noch bei dem zweiten Verfahren um deren Ableitung aus irgendwelchen Preisen, sondern in beiden Fällen einfach nur um die Bestimmung der Produktionspreise.

Wenn dem aber so ist, was bestimmt dann die Produktionspreise? Unter den Voraussetzungen, (a) daß die Produktionstechnik gegeben ist, (b) daß ein einheitlicher Real- oder Nominallohnsatz und eine einheitliche Profitrate existieren und (c) daß entweder der Lohnsatz oder die Profitrate exogen gegeben ist, bestimmt sich der Produktionspreis jeder Ware als die Summe der zu Produktionspreisen angesetzten Kosten pro Mengeneinheit der Ware (= des zu Produktionspreisen angesetzten "Kostpreises" der Ware) und des Profits pro Mengeneinheit der Ware, wobei dieser als das mathematische Produkt der zu Produktionspreisen angesetzten allgemeinen Profitrate und des, ebenfalls zu Produktionspreisen angesetzten, bei der Produktion einer Mengeneinheit der Ware angewandten Kapitals definiert ist. Die so bestimmten Produktionspreise sind relative Preise. (Die absoluten Produktionspreise, d. h. das Niveau der obigen relativen Produktionspreise, werden willkürlich fixiert durch die Normierungsgleichung, d. h. durch die jeweils gewählte Normware und das Quantum einer extensiven homogenen Sache, dem der Produktionspreis der Normware gleichgesetzt wird.)

Ganz genauso werden auch von Marx die Produktionspreise bestimmt. Nur daß er die "Kostpreise" und die Kapitale der Waren sowie die allge-

meine Profitrate zu Werten statt zu Produktionspreisen ansetzt. Die Marxsche Bestimmung der Produktionspreise ist aber - trotz dieses Fehlers, den sie enthält, und unabhängig davon, ob wir sie als den ersten Schritt einer iterativen Bestimmung oder gar als eine solche iterative Bestimmung selbst begreifen - absolut richtig. Denn der Fehler, den sie enthält, betrifft nicht ihr allgemeines Prinzip, sondern ausschließlich nur die Genauigkeit ihrer quantitativen Ergebnisse. Sie bestimmt zwar, von rein quantitativem Standpunkt her gesehen, nicht genau die Größe der Produktionspreise, doch sehr genau deren Sinn und Inhalt.

Dessen ungeachtet, stellt sie jedoch, nach dem oben Entwickelten, keinerlei Ableitung der Produktionspreise von den Werten dar und wird auch von Marx selbst an keiner Stelle für eine solche ausgegeben.

VI.

Aus dem oben Dargelegten ist ersichtlich geworden, daß die Beziehung zwischen Werten und Produktionspreisen, die die Marxsche "Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise" meint, nicht in der sich als Ableitung der Produktionspreise aus den Werten verstehenden Berechnung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte und in der daraus resultierenden quantitativen Beziehung zwischen Werten und Produktionspreisen bestehen kann.

Indes folgt dies auch aus Umständen, die der Berechnung der Produktionspreise mit Hilfe der Werte (aber auch direkt mit Hilfe der Produktionstechnik) immanent sind. Das sind Umstände, die einen quantitativen Vergleich zwischen Werten und Produktionspreisen, wie den üblicherweise bei der Lösung des Transformationsproblems vorgenommenen Vergleich, verbieten. Die Warenwerte, die auf der Basis einer gegebenen Produktionstechnik berechnet werden, sind absolute (nicht relative) Größen, deren Substanz die abstrakte Arbeit ist. Dies drückt sich darin aus, daß die Dimension des so berechneten Wertes einer Mengeneinheit einer Ware A lautet: Mengeneinheiten abstrakter Arbeit pro Mengeneinheiten der Ware A. Dagegen sind die auf der Basis derselben Produktionstechnik bei exogen gegebenem einheitlichen Real- oder Nominallohnsatz und einheitlicher Profitrate oder, umgekehrt, bei exogen gegebener einheitlicher Profitrate und einheitlichem Real- oder Nominallohnsatz berechneten Produktionspreise relative Preise. Da jedoch die Dimension des absoluten Preises einer Ware A lautet: Mengeneinheiten Geldes pro Mengeneinheit der Ware A und folglich die Substanz der Preise das Geld ist, bedeutet die Tatsache, daß die berechneten Produktionspreise relative Preise sind, offensichtlich, daß im Modell dieser Berechnung nicht bestimmt ist, welche die Substanz der absoluten Produktionspreise ist, und somit, daß in diesem Modell kein Geld existiert. (Und in der Tat lautet die Dimension des in der obigen Weise berechneten relativen Produktionspreises der Ware A in bezug auf die Ware B, d. h. das Verhältnis des absoluten Produktionsprei-

ses der Ware A zum absoluten Produktionspreis der Ware B: Geldeinheiten pro Mengeneinheit der Ware A/Geldeinheiten pro Mengeneinheit der Ware B, oder reine Zahl mal Mengeneinheit der Ware B pro Mengeneinheit der Ware A oder Mengeneinheiten der Ware B pro Mengeneinheit der Ware A.)

Aus diesem Grund sind Ableitungen der absoluten Produktionspreise aus den Werten und der Ausweis eines quantitativen Zusammenhangs zwischen den Werten und absoluten Produktionspreisen nicht möglich. Möglich ist nur die Herstellung einer rein quantitativen Beziehung zwischen relativen Werten (= Wertrelationen) und relativen Produktionspreisen. Absolute Produktionspreise werden für gewöhnlich erst nach Einführung in das Modell zur Berechnung der Produktionspreise einer zusätzlichen Gleichung berechnet, in der der Produktionspreis einer Ware bzw. eines Warenaggregats (= Normware) einer konstanten Menge entweder dieser Ware bzw. dieses Warenaggregats selbst oder einer anderen nicht im Produktionsystem produzierten Sache gleichgesetzt wird (= Normierungsgleichung). Als Normware kann nur eine vom gegebenen Produktionssystem produzierte Ware oder eine Kombination solcher Waren fungieren. Durch die Normierungsgleichung wird das Geld in das Modell eingeführt. Denn infolge der Einführung dieser Gleichung fungiert im Modell die Sache, einer bestimmten Menge derer der Produktionspreis der Normware gleichgesetzt worden ist, als Geld.

Durch die Normierungsgleichung wird also willkürlich irgend etwas als Geld in das Modell eingeführt. Demnach ist die Substanz der dann berechneten absoluten Produktionspreise diese willkürlich als Geld in das Modell eingeführte Sache. Ein Vergleich zwischen den nach Einführung einer Normierungsgleichung ermittelten absoluten Produktionspreisen und den Werten ist offensichtlich nicht möglich, weil er ein Vergleich zwischen inhomogenen Größen wäre. Sicherlich könnte man als Geld in das Modell die abstrakte Arbeit einführen. Dann wären wohl absolute Produktionspreise und absolute Werte homogene Größen. Allein wäre diese Homogenität eine durch nichts begründete, willkürlich gesetzte Homogenität.

Aus diesen Gründen ist auch der Vergleich zwischen absoluten Produktionspreisen und Werten, der üblicherweise doch vorgenommen wird, nicht einer zwischen absoluten Produktionspreisen und Werten, sondern - mathematisch ausgedrückt - einer zwischen den arithmetischen Werten der absoluten Produktionspreise und den arithmetischen Werten der Werte. Es ist nun klar, daß unter diesen Umständen (Inhomogenität bzw. willkürlich gesetzte Homogenität von Werten und Produktionspreisen) keine Rede sein kann von einer Ableitung der Produktionspreise aus den Werten. Eine solche setzt wohl voraus eine Erklärung der Verwandlung der Substanz der Werte, d. h. der abstrakten Arbeit, in die Substanz der Produktionspreise, d. h. in Geld. Also ist das Transformationsproblem eigent-

lich nicht ein Problem der Algebra, sondern der Wertformanalyse.²¹ Diese Seite des Problems hat Marx, wenngleich nicht speziell mit Bezug auf die Produktionspreise, sondern mit Bezug auf die Tauschwerte, d. h. auf die Preise schlechthin, bereits im ersten Kapitel des I. Bds. von Kapital behandelt - weswegen er sie bei der Behandlung des Problems der Verwandlung der Werte in Produktionspreise im 9. Kapitel des III. Bds. von Kapital nicht mehr angeht, sondern sie als erledigt betrachtet, und sich dort ausschließlich mit der quantitativen Seite des Problems beschäftigt.

Für Marx und Engels stand die quantitative Seite des Problems im Vordergrund, nicht weil sie die wichtigste wäre, sondern weil sie ihnen (mathematische) Schwierigkeiten bereitete. Heute, obwohl sie als gelöst betrachtet werden kann, steht sie für die meisten marxistischen Ökonomen aus einem ganz anderen Grund im Vordergrund: weil sie für das ganze Problem gehalten wird. Indes bringt die bereits erfolgte Lösung des quantitativen Teils des Problems nichts, solange nicht wenigstens ein Bewußtsein von der Existenz der "qualitativen" Seite des Problems, von der Existenz der Frage nach der Metamorphose der Substanz der Werte in die der Produktionspreise, entwickelt worden ist. Denn die Normierung der Produktionspreise, d. h. die willkürliche Setzung einer Sache in die Funktion des Geldes, in dem sich die Produktionspreise ausdrücken, ist nicht nur keine adäquate Darstellung des Geldes, sondern sie gibt vor allem auch keine Antwort auf die Frage, wie sich die Substanz der Werte, die abstrakte Arbeit, in die Substanz der Produktionspreise, in Geld, verwandelt. Schon Ricardo, der infolge fehlender Wertformanalyse die qualitative Ungleichheit und die quantitative Inkongruenz zwischen Werten und Produktionspreisen mit Hilfe eines zu findenden absoluten Wert- und Preismaßstabs erklären und beheben wollte, mußte auf diesem Weg scheitern.²²

VII.

Die Auffassung vom Transformationsproblem, wonach es sich dabei darum handelt, unter den Bedingungen einer einheitlichen Profitrate und eines exogen gegebenen einheitlichen Lohnsatzes oder, umgekehrt, eines einheitlichen Lohnsatzes und einer exogen gegebenen einheitlichen Profitrate die Produktionspreise aus den Werten oder auch direkt aus der gegebenen Produktionstechnik zu berechnen und einen rein quantitativen Zusammenhang zwischen ihnen und den Werten nachzuweisen, ist nicht nur deswegen unhaltbar, weil die für die Herstellung dieses quantitativen Zusammenhangs notwendige Normierung der Produktionspreise das eigentliche Transformationsproblem, d. h. die Verwandlung der Substanz der Werte in die der Produktionspreise, umgeht, sondern auch, weil das

²¹ Über die Notwendigkeit der Erklärung des Geldes als der Existenzform der abstrakten Arbeit siehe Backhaus (1984), Backhaus (1985) und Stamatis (1983b).

²² Siehe Ricardo (1951), S. 43ff., Ricardo (1951a), S. 361ff., und Marx (1967), S. 161ff., und Stamatis (1983), S. 334-363.

durch die Normierung eingeführte "Geld" im allgemeinen Fall nicht "neutral" ist. Wir erwähnten bereits, daß bei der Normierung der Produktionspreise jede Ware, die als eine vom gegebenen Produktionssystem produzierte Ware dargestellt ist, oder jede Kombination solcher Waren als Normware fungieren kann. Daher kann die Wahl einer bestimmten Ware oder einer bestimmten Kombination von Waren als Normware ökonomisch nicht begründet werden. Das ist gleichbedeutend damit, daß auch der Ausschluß einer bestimmten Ware oder Warenkombination von der Funktion der Normware ökonomisch nicht begründet werden kann. Bis vor einiger Zeit wurde allgemein geglaubt, daß die Wahl der Normware die relativen Produktionspreise unverändert läßt. Es ist aber gezeigt worden²³, daß es zerlegbare Produktionssysteme gibt, in denen für eine exogen gegebene und unveränderte Profitrate die relativen Produktionspreise und folglich auch der quantitative Zusammenhang zwischen den arithmetischen Werten der Werte und den arithmetischen Werten der Produktionspreise sich mit der Normware verändern. Dies ist Folge der Tatsache, daß infolge der axiomatisch gesetzten Existenz einer allgemeinen Profitrate die berechneten Produktionspreise nicht die Produktionspreise des gegebenen Produktionssystems, sondern die des jeweiligen Normwaresubsystems sind, d. h. des Subsystems, das die jeweils gewählte Normware als sein Nettoprodukt produziert, weswegen sie denn auch im allgemeinen Fall bei exogen gegebener und unveränderter Profitrate sich mit der Normware, und das heißt: mit dem Normwaresubsystem, ändern.²⁴

Würde man, um diese mißlichen Folgen auszuschließen, das Axiom von der Existenz einer allgemeinen Profitrate aufgeben und, die Profitraten sektoral differenzierend, von der Existenz einer nur der Tendenz nach allgemeinen Profitrate ausgehen, so wären dann offensichtlich - bei exogen gegebener durchschnittlicher und nur der Tendenz nach allgemeiner Profitrate und bei einheitlichem Lohnsatz - die Produktionspreise und die sektoralen Profitraten nicht eindeutig aus der Produktionstechnik bzw. aus den Werten zu bestimmen. Folglich wäre auch der Zusammenhang zwischen den arithmetischen Werten der Werte und den arithmetischen Werten der Produktionspreise nicht eindeutig zu bestimmen. Wollte man hier dennoch zu eindeutig bestimmten Produktionspreisen und somit zu einem eindeutig bestimmten Zusammenhang zwischen den arithmetischen Werten der Werte und den arithmetischen Werten der Produktionspreise kommen, so müßte man offensichtlich, um das System zu schließen, mittels Einführung unabhängiger Gleichungen so viele zusätzliche voneinander unabhängige, die Produktionspreise bestimmende Faktoren in das System einführen, wie es unterschiedliche sektorale Profitraten gibt. Die so sich dann ergebenden eindeutig bestimmten Produktionspreise wären aber

²³ Siehe Vassilakis (1983), Stamatis (1983), S. 275-293, Stamatis (1983a), Stamatis (1988), S. 98ff., und Stamatis (1993).

²⁴ Siehe Stamatis (1983a), Stamatis (1983), S. 275-289, Stamatis (1988), Stamatis (1993).

dann nicht nur von den Werten, sondern auch von eben diesen Faktoren bestimmt. Ebenso von diesen Faktoren bestimmt wäre dann auch der sich ergebende quantitative Zusammenhang zwischen Werten und Produktionspreisen.

Das alles verweist uns wohl wieder darauf, daß das eigentliche Problem nicht das Aufzeigen eines quantitativen Zusammenhangs zwischen den arithmetischen Werten der Werte und den arithmetischen Werten der Produktionspreise ist, der dann als Ableitung der Produktionspreise aus den Werten auszugeben wäre, sondern die Erklärung des Geldes, d. h. die Erklärung, wie abstrakte Arbeit sich in Geld verwandelt. Die quantitative Beziehung zwischen den arithmetischen Werten der Werte und den arithmetischen Werten der Produktionspreise bestätigt nicht die Werttheorie und die Marxsche Behauptung, daß die Produktionspreise bestimmt sind durch die Werte (aber nicht nur durch die Werte, sondern auch durch die Existenz eines einheitlichen und gegebenen Lohnsatzes und die Existenz einer einheitlichen Profitrate bzw. - im Fall der Existenz einer durchschnittlichen und nur der Tendenz nach einheitlichen Profitrate - auch von all den Faktoren, durch die die nunmehr unterschiedlichen sektoralen Profitraten bestimmt werden), sondern sie illustriert bloß die Tatsache, daß, da die Preise, folglich auch die allgemeine kapitalistische Form des Preises, die Produktionspreise, Formen der Werte sind, die Produktionspreise die Werte auch quantitativ, wenngleich nur verzerrt, zum Ausdruck bringen. Jede Rede von einer quantitativen Beziehung zwischen Produktionspreisen und Werten kann also nur eine illustrative Funktion haben - diese aber auch nur im Rahmen einer Wertformanalyse, welche die Preise, also auch die Produktionspreise, als Existenzformen der Werte und die Substanz der Preise, das wirkliche Geld oder das fiktive Geld des Modells zur Bestimmung der Produktionspreise, als Existenzform der Substanz der Werte, der abstrakten Arbeit, erklärt.

(Der folgende Teil dieser Arbeit, der sich mit der bisher in Z geführten Diskussion beschäftigt, erscheint in einer der nächsten Z-Ausgaben.)

Bibliographie

- Backhaus, H.-G. (1984), Zur Marxschen "Revolutionierung" und "Kritik" der Ökonomie: die Bestimmung ihres Gegenstandes als Ganzes "verrückter Formen", Schriftenreihe Mehrwert, Nr. 25, Berlin, November, S. 7-35
- Backhaus, H.-G. (1985), Das "Rätsel" des Geldes: ein Scheinproblem der Ökonomie oder aber ein Grundproblem der Sozialwissenschaft?, Hefte für Politische Ökonomie, Heft 6, Göttingen, S. 5-94
- Bortkiewicz, L. von (1906/1907), Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 23 (1906), S. 1-50 und Bd. 25 (1907), S. 10-51 und 445-488
- Bortkiewicz, L. von (1907), Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des "Kapital", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, 34 (=89), S. 319-333
- Bródy, A. (1974), Proportions, Prices and Planning, Amsterdam, London, New York
- Charasoff, G. (1910), Das System des Marxismus. Darstellung und Kritik, Berlin

- Dmitriev, V. K. (1974), *Economic Essays on Value, Competition, and Utility*, edited by D. M. Nuti, London and New York
- Engels, F. (1968), Vorwort zum II. Bd. des Kapital, in: Marx, K. (1968/69), Bd. II
- Engels, F. (1969), Vorwort zum III. Bd. des Kapital, in: Marx, K. (1968/69), Bd. III
- Engels, F. (1969a), Wertgesetz und Profitrate, in: Marx, K. (1968/69), Bd. III
- Marx, K. (1967), *Theorien über den Mehrwert*, Bd. 26. 2, Berlin
- Marx, K. (1968/69), *Das Kapital*, drei Bände, Frankfurt
- Morishima, M. and Seton, F. (1961), *Aggregation in Leontief Matrices and the Labour Theory of Value*, *Econometrica*, April, S. 203-220
- Mühlpfordt, W. (1893), *Preis und Einkommen in der privatkapitalistischen Gesellschaft* (Diss.). Königsberg
- Muehlpfort, Dr. (1895), *Karl Marx und die Durchschnittsprofitrate*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 65, S. 92-99
- Ricardo, D. (1951), *On the Principles on Political Economy and Taxation. The Works and Correspondence of David Ricardo*, edited by Piero Sraffa with Collaboration of M. H. Dobb, vol. I, Cambridge
- Ricardo, D. (1951a), *Absolut Value and Exchangeable Value. The Works and Correspondence of David Ricardo*, edited by Piero Sraffa with Collaboration of M. H. Dobb, vol. IV: Pamphlets and Papers 1815-1823, Cambridge
- Samuelson, P. A. (1971), *Understanding the Marxian Notion of Exploitation: A Summary of the So-Called Transformation Problem Between Marxian Values and Competitive Prices*, *Journal of Economic Literature*, vol. 9, pp. 399-431
- Seton, F. (1957), *The Transformation Problem*, *Review of Economic Studies*, vol. 25, pp. 149-160
- Stamatis, G. (1977), *Die "spezifisch kapitalistischen" Produktionsmethoden und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx*, Berlin
- Stamatis, G. (1979), *Beiträge zur Kritik der neoricardianischen und neoklassischen Theorie*, Göttingen
- Stamatis, G. (1983), *Sraffa und sein Verhältnis zu Ricardo und Marx*, Göttingen
- Stamatis, G. (1983a), *Zur Bedeutung des Artikels von S. Vassilakis "Nichtbasisprodukte, Standardprodukt und allgemeine Profitrate"*, *Hefte für Politische Ökonomie*, Heft 5, Göttingen, S. 13ff.
- Stamatis, G. (1983b), *Probleme einer fehlenden Wertformanalyse*, *Schriftenreihe Mehrwert*, Nr. 25, Berlin
- Stamatis, G. (1988), *Über das Normwaresubsystem und die w-r-Relation. Ein Beitrag zur Theorie linearer Produktionssysteme*, Athen
- Stamatis, G. (1989), *Georg Charasoff: a pioneer in the theory of linear production systems* (mimeo), Athens
- Stamatis, G. (1989a), *Kommentare zu Muehlpfort*, *Hefte Politischer Ökonomie* (griechisch), Heft 4, Athen, Frühling
- Stamatis, G. (1990), *Eine Analyse des Artikels von L. von Bortkiewicz "Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des 'Kapital'"* (mimeo), Athen
- Stamatis, G. (1993), *The Impossibility of a Comparison of Techniques and of the Ascertainment of a Reswitching Phenomenon*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 211, Heft 5-6, S. 426-446
- Steedman, I. (1977), *Marx after Sraffa*, London
- Vassilakis, S. (1983), *Nichtbasisprodukte, Standardprodukt und allgemeine Profitrate*, *Hefte für Politische Ökonomie*, Heft 5, Göttingen, S. 5-11

Reinhard Schaupteter

Zur Verifikation der Wert-Preis-Rechnung von Marx

Ladislaus von Bortkiewicz' Schriften "Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System" (1906) und "Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des 'Kapital'" (1907) gelten gemeinhin als die grundlegende immanente Korrektur der einschlägigen Marxschen Überlegungen. Sie weisen darauf hin, daß Marx zwar eine Übereinstimmung von Werten und Preisen sowie von Profiten und Mehrwerten darstellen könne, jedoch die einzelnen Abteilungen sich insgesamt nicht reproduktiv zueinander verhielten. V. Bortkiewicz stellt Proportionalität her, indem er zugleich die Übereinstimmung von Werten und Preisen aufgibt. Es seien sowohl Wert- wie Preisrechnungen möglich, und zwischen beiden bestehe ein definierbares Verhältnis, doch könne die Summe aller Preise niemals gleich der Summe aller Werte sein. Bortkiewicz' Modell ist reproduktiv, die Summe der Mehrwerte ist identisch mit der Summe der Profite, jedoch stimmen die Summen der Preise und Werte nicht überein.

In den folgenden Überlegungen versuche ich darzutun, daß die von Marx aufgestellten drei Bedingungen (Summe der Produktionspreise = Summe der Produktwerte; Summe der Profite = Summe der Mehrwerte; Proportionalität von Input und Output der einzelnen Abteilungen) eingehalten werden können.

Ich beschränke mich dabei auf ein Zwei-Abteilungen-Modell mit drei Unterabteilungen, wobei nur die Abteilung II (Konsumtionsmittelproduktion) in zwei Unterabteilungen gegliedert ist. So gibt es hier also drei produzierende Kapitale, Nr. 1 für Abteilung I (Produktionsmittelproduktion), Nr. 2 und Nr. 3 für Abteilung II (Konsumtionsmittel- und Luxuskonsumtionsmittelproduktion). Diese Reduktion erfolgt lediglich zu dem Zweck, den Rechenaufwand relativ gering zu halten. An Komplexität steht aber dieses hier gezeigte Modell den Marxschen Modellen insofern nicht nach, als alle Bedingungen, die in jenen gemacht werden, in diesem beibehalten sind. Mein Modell kann arithmetisch dargestellt werden, ich demonstriere es aber algebraisch.

Einfache Reproduktion und gleiche Umschlagsgeschwindigkeit aller Kapitalbestandteile werden zur Vereinfachung vorausgesetzt.

In der nun folgenden Tabelle stehen:

- "k" für die Kosten, also für $c + v$;
 "c" für konstantes,
 "v" für variables Kapital;

- "m" für den Mehrwert;
- "p" für den Profit;
- "pw" für den Produktenwert;
- "pp" für den Produktionspreis.

Die Zeile "I + II" oder "Σ" enthält den Gesamt-Input in Großbuchstaben, also "K", "C", "V" usw.

Als Rechenregeln gelten alle, bezüglich der Einfachen Reproduktion nach Marx bekannten Operationen wie folgt:

$$\begin{array}{rccccccc}
 k & =c & +v & & & & =pw \\
 & c & +v & +m & & & \\
 & c & +v & & +p & & =pp
 \end{array}$$

Die Mehrwertrate ist $m' = \frac{m}{v}$;

der Mehrwert $m = \frac{m}{v} v$;

die Durchschnittsprofitrate $\emptyset p' = \frac{M}{K}$;

der Profit $p = k \frac{M}{K}$;

der Produktionspreis $pp = k \left(1 + \frac{M}{K}\right)$.

Die Marxschen Rechenoperationen der Wertreproduktion ergeben das folgende System:

$$\begin{array}{rcccc}
 c_1 & +v_1 & +m_1 & =pw_1 \\
 c_2 & +v_2 & +m_2 & =pw_2 \\
 c_3 & +v_3 & +m_3 & =pw_3 \\
 \text{---} & \text{---} & \text{---} & \text{---} \\
 C & +V & +M & =C+V+M
 \end{array}$$

...oder

$$\begin{array}{rcccc}
 k_1 & +m_1 & =pw_1 \\
 k_2 & +m_2 & =pw_2 \\
 k_3 & +m_3 & =pw_3 \\
 \text{---} & \text{---} & \text{---} \\
 C+V & +M & =C+V+M
 \end{array}$$

Die drei eingangs genannten Bedingungen für die preismäßige Reproduktion,

$$\Sigma m_1, m_2, m_3 = \Sigma P_1, P_2, P_3$$

$$\Sigma pw_1, pw_2, pw_3 = \Sigma PP_1, PP_2, PP_3$$

$$\text{Input} = \text{Output}$$

ergeben das folgende System:

$$\begin{array}{rcccc}
 c_1 & +v_1 & +p_1 & =C \\
 c_2 & +v_2 & +p_2 & =V \\
 c_3 & +v_3 & +p_3 & =M \\
 \text{---} & \text{---} & \text{---} & \text{---} \\
 C & +V & +M & =C+V+M
 \end{array}$$

...oder

$$\begin{array}{rcccc}
 k_1 & +p_1 & =C \\
 k_2 & +p_2 & =V \\
 k_3 & +p_3 & =M \\
 \text{---} & \text{---} & \text{---} \\
 C+V & +M & =C+V+M
 \end{array}$$

Die nach dem Prinzip der Durchschnittsprofitrate gebildeten Produktionspreise innerhalb des letztgenannten Systems stehen untereinander und zu ihren jeweils eigenen Bestandteilen k und p nach folgenden zwei Sätzen in Beziehung:

1. Gilt die Preisbildung mittels der Durchschnittsprofitrate, so stehen die Kosten der Einzelkapitale wie des Gesamtkapitals untereinander im selben Verhältnis wie die Profite der Einzelkapitale und des Gesamtkapitals, wie die Produktionspreise der Einzelkapitale und des Gesamtkapitals.

2. Alle Kosten, Profite und Produktionspreise einer Abteilung verhalten sich untereinander genauso, wie die der anderen Abteilung, wie die des Gesamten.

Nach den oben genannten zwei Sätzen sind dann z.B.:

$$\frac{k_1}{C+V} = \frac{P_1}{M} = \frac{C}{C+V+M} \quad (\text{nach Satz 1})$$

und

$$\frac{k_1}{P_1} = \frac{C+V}{M} \quad ; \quad \frac{k_1}{C} = \frac{C+V}{C+V+M} \quad (\text{nach Satz 2})$$

Auf diese Weise lassen sich dann die gesuchten Größen der Einzelkosten und -Profite aus Wertvariablen ableiten, so daß sich insgesamt folgendes Tableau ergibt:

Abb. 1

Abt.	Kap.	k	c	v	m	p	pw	pp
I	1	$\frac{(C+V)C}{C+V+M}$	$k_1 - v_1$	$m_1 \cdot \frac{1}{m'_1}$	$M - m_2 - m_3$	$\frac{CM}{C+V+M}$	$c_1 + v_1 + m_1$	C
II	2	$\frac{(C+V)V}{C+V+M}$	$k_2 - v_2$	$m_2 \cdot \frac{1}{m'_2}$	$M - m_1 - m_3$	$\frac{VM}{C+V+M}$	$c_2 + v_2 + m_2$	V
	3	$\frac{(C+V)M}{C+V+M}$	$k_3 - v_3$	$m_3 \cdot \frac{1}{m'_3}$	$M - m_1 - m_2$	$\frac{M^2}{C+V+M}$	$c_3 + v_3 + m_3$	M
I+II	Σ	C+V	C	V	M	M	C+V+M	C+V+M

Die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Terme voneinander und letztlich von den Summenvariablen C,V,M, also "Wertvariablen" (da sie auf der Wertebene gesamtgesellschaftlich in der Gleichung

$$C + V + M = PW$$

vorausgesetzt waren) abgeleitet sind und die Form, in der sie zusammengesetzt in diesem Tableau (Abb. 1) erscheinen, beziehen sich hier auf den Lösungsweg, nach welchem vorgegangen werden kann, sobald die algebraischen durch arithmetische Größen ersetzt werden sollen.

Durch die zusammengesetzten Ansdrücke für die Kosten und Profite ergeben sich dann auch noch genauere Bestimmungen für die konstanten und variablen Kapitalteile, wie z.B.:

$$c_1 = \frac{(C+V)C}{C+V+M} - v_1 \quad \text{usw.}$$

Zur Überprüfung der Richtigkeit aller mathematischen Ausdrücke und damit der Reproduktivität des Systems können nun alle nach Marx bekannten und auf solche Reproduktionssysteme anwendbaren Rechenoperationen durchgeführt werden, so daß entweder die zusammengesetzten Terme wie z.B.

$$\frac{(C+V)C}{C+V+M}$$

oder die einfachen Ausdrücke wie z.B. C wiedererscheinen.

Eine oft übersehene Gleichung aus Marxens "Kapital", Band 2¹,

$v_I + m_I = c_{II}$, muß in dieser Tabelle in $v_I + p_I = c_{II}$ modifiziert werden, da die Einzelkapitale dieses Systems sich zu Preisen und nicht wie jene aus Band 2 zu Werten reproduzieren. Diese Gleichung kann, bezüglich des Systems als Abstraktion der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion, wie folgt überprüft werden. Durch Einsetzen auf beiden Seiten und Umformen der rechten Seite erhält man rechts und links die gleichen Ausdrücke:

$$v_I + \frac{CM}{C+V+M} = \frac{CM}{C+V+M} + v_I$$

¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, Berlin 1971, 3. Abschnitt, 20. Kapitel, III., S. 397ff.

Zuletzt bleibt zu sagen, daß das Ergebnis dieser proportionalen Verteilung in der Input-Output-Tabelle nur dann seinen konkreten Gebrauchswert hat, wenn argumentiert wird, kapitalistische Produktion und Zirkulation der Einzelkapitale erfolge zu Preisen (analog Band 3 des "Kapital") und die des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Weltmaßstab erfolge zu Werten (analog Band 1 des "Kapital"). In der Tabelle sind daher die Argumente für Band 3 in den Zeilen der Abteilungen I und II und die für Band 1 in der Summenzeile I + II algebraisch enthalten.

Die Durchschnittsprofitrate ist dann zu jedem Zeitpunkt durch das Wertsystem in der Summenzeile gegeben und damit die Dominanz der Wertproduktion im allgemeinen über die Produktion und den Austausch zu Preisen für das Kapital im besonderen garantiert.

Ein anderer Weg um zur proportionalen Verteilung der oben gezeigten Faktorpreise, Werte, Produktionspreise etc. zu kommen, kann algorithmisch dargestellt werden durch die Transformation eines wertlich reproduktiven in ein preismäßig reproduktives System. Mein Transformationsalgorithmus für diesen Zweck führt dann, zwar auf komplizierterem Weg, aber zu dem gleichen Ergebnis des oben gezeigten Tableau.

Schließlich kann das gezeigte Wert-Preis-Tableau mit wenigen Mitteln in ein Tableau der sogenannten Erweiterten Reproduktion umgeformt werden, was dann dem von Marx beabsichtigten Tableau Economique sehr nahe kommt und damit in entwickelterer Form ein wichtiges Instrument marxistisch-ökonomischer Analyse darstellt.

Georg Fülberth

Transformationsfrage: Problemlage

I. Wert und Ausbeutung

Das sogenannte Transformationsproblem des "Kapital" resultierte aus dem Versuch von Marx, den im ersten Band entwickelten Wertbegriff im dritten mit der Tatsache zu vereinbaren, daß gleichgroße Kapitale bei unterschiedlicher organischer Zusammensetzung gleichgroße Profite abwerfen. Er löste die selbstgestellte Aufgabe durch die Einführung des Produktionspreises, um welchen die Marktpreise oszillieren können. Dieses Aggregat enthält für das variable und konstante Kapital ausschließlich Wertgrößen. Daß dies logisch nicht korrekt ist, hat Marx selbst eingeräumt, und zwar nicht nachträglich, sondern im selben Moment, in dem er die Durchschnittsprofitrate und den Produktionspreis konstruierte:

"Da der Produktionspreis abweichen kann vom Wert der Ware, so kann auch der Kostpreis einer Ware, worin dieser Produktionspreis anderer Ware eingeschlossen, über oder unter dem Teil ihres Gesamtwerts stehn, der durch den Wert der in sie eingehenden Produktionsmittel gebildet wird. Es ist nötig, sich an diese modifizierte Bedeutung des Kostpreises zu erinnern und sich daher zu erinnern, daß, wenn in einer besondern Produktionssphäre der Kostpreis der Ware dem Wert der in ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel gleichgesetzt wird, stets ein Irrtum möglich ist. Für unsre gegenwärtige Untersuchung ist nicht nötig, näher auf diesen Punkt einzugehen."¹ Hier kann gefragt werden: Warum?

Marx antwortet selbst, und zwar unmittelbar anschließend:

"Dabei bleibt immer der Satz richtig, daß der Kostpreis der Waren stets kleiner ist als ihr Wert."²

Er will im folgenden die Höhe des Profits erklären, und diese ergibt sich für ihn aus der Differenz zwischen Produktions- und Kostpreis. Letzterer stellt seinerseits wieder den Produktionspreis einer Vorproduktion dar. Geht man immer weiter rückwärts, dann wird man stets konstantes und variables Kapital finden, das in Produktionspreisen, nicht in Werten ausgedrückt ist. Marx mag sich gedacht haben: Irgendwann muß dieses Problem gelöst werden, aber nicht jetzt. Das, was ihm Spätere vorwerfen sollten - daß er nämlich Äpfel durch die Summe von zwei Birnensorten dividiert hat -, wußte er selbst. Ob er daran noch etwas geändert hätte, wäre er selbst der Herausgeber des dritten Bandes geworden (und nicht Engels), weiß kein Mensch.

¹ MEW 25, S. 174.

² Ebd.

Marx hat sich keinen Schnitzer geleistet, sondern er hat einen Weg zur Definition von Produktionspreisen skizziert und dabei die Stelle angegeben, an der theoretisch noch nachgearbeitet werden muß. Allerdings kann gefragt werden, ob tatsächlich B gesagt werden darf, ohne daß man schon bis zum A gekommen ist. Es ist also tatsächlich ein offenes Problem übriggeblieben.

Daß diese Tatsache nachträglich zu einer Waffe gegen Marx und den Marxismus gemacht wurde, hat viel mit der trompetenden Art zu tun, in der Engels 1885 im Vorwort zum zweiten Band des "Kapital" eine vollständige Lösung für den dritten in Aussicht stellte. Was bei Marx eine von diesem selbst markierte vorläufige Leerstelle war, wurde immer wieder als endgültige Havarie ausgegeben.

Ladislaus v. Bortkiewicz ist nicht so weit gegangen, sondern er hat lediglich eine "Berichtigung" vorgenommen. Sein Resultat ist ein aus mehreren Sektoren bestehendes System, in dem die Summe der Profite gleich der Summe der Mehrwerte ist und in dem volle Reproduzität gewahrt wird: Der Waren-Input entspricht dem Output. Jedoch unterscheidet sich die Gesamtheit der Preise von derjenigen der Werte. Erstere sind Koeffizienten der letzteren, das heißt: Die Waren tauschen sich zu denselben Proportionen aus, gleichgültig, ob man nun Werte oder Preise anwendet. Daraus kann geschlossen werden, daß der Wertbegriff überflüssig ist: Kürzt man ihn aus dem System heraus, ändert sich nichts. Den Preisen bleibt diese Zumutung insofern erspart, als sie ja empirische Tatsachen sind, womit allerdings auch nicht alles gewonnen ist, denn jede Tatsache zieht in der Regel die Kinderfrage nach sich: Warum? Und es kann sich herausstellen, daß der Himmel entgegen dem Augenschein nicht notwendig blau ist, sondern die so evidente Färbung auf Ursachen beruht, die mit bloßem Auge nicht zu sehen sind.

Ist der Wertbegriff verzichtbar, so gilt dies auch für den Mehrwert, der ihm - dargestellt im ersten Band des "Kapital" - ja zur Voraussetzung hat. Das Surplus, dessen Realität immerhin nicht bestritten werden kann, ist etwas qualitativ Anderes: Wird es als Profit innerhalb eines Produktionspreises dargestellt, bleibt ja die Möglichkeit, daß auch der konstante Kapitalteil einer seiner Voraussetzungen ist - und nicht nur die auf der letzten Stufe zugesetzte Arbeit. Eine retrospektive Umrechnung aller Vorprodukte in Arbeitszeiten stößt auf die Schwierigkeit der nicht in Arbeitswerten berechenbaren Verzinsung von fixem Kapital, bleibt also an der Barriere hängen, die in Ricardos "Principles" zwischen Section III und IV des ersten Kapitels steht.

Unter dieser Voraussetzung ist der Mehrwert eine nicht bewiesene Hypothese. Das ist für den Marxismus nicht stärker diskreditierend als die Tatsache, daß seit Sraffas Angriff von 1925 auch die Grundannahmen der Neoklassik sich als nicht tragfähig erwiesen haben. v. Bortkiewicz' Berichtigung hält an der Arbeitswertlehre fest, und Paul M. Sweezy behandelte ihren Verfasser als einen Marxisten, der lediglich einen technischen

Schnitzer aus der Marxschen Wertlehre entfernte, ohne alle zentralen Aussagen außer Kraft zu setzen. Sein Nachweis, daß Marx' "Version des Gesetzes von der fallenden Profitrate" nicht allgemeingültig sei, falle nicht sehr ins Gewicht, da er nur unter Voraussetzungen zutrefte, die in der Realität keine große Bedeutung hätten (nämlich: große Abweichung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zwischen der Luxusgüter-Produktion und allen anderen Branchen; signifikant große Anzahl von Gütern, die nur für den Gehranch der Kapitalisten hergestellt werden).³ Wenn v. Bortkiewicz den Begriff des Mehrwerts durch den des "Lohnabzugs" ersetze, dann mache das in der Sache keinen wesentlichen Unterschied aus. Vor allem aber ändere sich durch die Möglichkeit, den Wertbegriff durch den des Preises zu ersetzen, nichts an der grundlegenden Tatsache der ungleichen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums: "Wenn wir mit Marx und den großen klassischen Theoretikern glauben, daß der Profit nur verstanden werden kann als ein Abzug von dem zusammengefaßten Produkt der gesellschaftlichen Arbeit, gibt es keinen Weg, von der Wertrechnung und der Arbeitswerttheorie, auf der sie begründet ist, abzugehen."⁴ Dasselbe Ergebnis sei aber auch mit einer Preisrechnung formulierbar: "Mit anderen Worten, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion können im Prinzip sowohl durch die Benützung der Wert- wie der Preisrechnung entdeckt und analysiert werden."⁵ Auch laut Paul A. Samuelson "kann eine Ausbeutungstheorie des Lohns ausschließlich auf der Analyse von Profiten und Preisen beruhen (mit all den algebraischen Komplikationen im Stile Leontieffs und Sraffas, die durch die Beziehungen der tatsächlichen Welt hervorgerufen werden)."⁶ Er läßt keinen Zweifel daran, daß er die werttheoretische Formulierung des Problems zwar für möglich, aber nicht für zwingend hält: "Ich hoffe zu zeigen, daß jeder, der an einen Minimalsubsistenzlohn glaubt (für mich ist das weder theoretisch noch empirisch relevant, aber das soll meine Anstrengung nicht mindern), die eigene Theorie besser versteht, wenn er aus dem ersten Band nur die Quintessenz der Argumente übernimmt, daß es einen Unterschied zwischen dem, was produziert werden kann, und dem Minimallohn gibt, daß er aber besser die Buchstaben der Analyse interindustrieller Wertbeziehungen im ersten Band als unnötig und verwirrend für die eigene Theorie über Bord wirft."⁷

Zwischen dem bekennenden Marxisten Sweezy und dem "Bastardkeynesianer" (J. Robinson) Samuelson ergibt sich hier - in gemeinsamer Berufung

³ Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959, S. 97.

⁴ Ebd., S. 102.

⁵ Ebd., S. 100.

⁶ Paul A. Samuelson, Zum Verständnis des Marxschen Begriffs 'Ausbeutung': Ein Überblick über die sogenannte Transformation von Werten in Produktionspreise in: Hans G. Nutzinger, und Elmar Wolfstetter, Die Marxsche Theorie und ihre Kritik, Bd. 1 und 2, Frankfurt/M. und New York 1974, 1. Bd., S. 237-295. Hier: S. 271.

⁷ Ebd., S. 264.

auf v. Bortkiewicz - eine Konvergenz, welche den Marxisten die Möglichkeit beläßt, sich in ihrer praktischen Politik weiterhin auf die Wert- und Arbeitswerttheorie zu berufen. Aber um welchen Preis! Dieser besteht in dem notwendigen Verzicht auf eine empirische Verifizierung, die ausschließlich mit den eigenen Prämissen kompatibel ist. Die Werttheorie wäre dann das Logo einer Menschengruppe, welche, um ihre Ziele zu begründen, sich ebensogut anderer Formulierungen bedienen könnte. Die Existenzberechtigung ihrer aparten Position ergäbe sich dann nicht aus der Analyse der Ware, sondern - vielleicht - aus anderen Quellen, etwa der Interpretation von Elementen der (Zeit)Geschichte, die offensichtlich durch Beschränkung auf ökonomische Theorie allein nicht ausreichend analysiert werden können.

In diesem Zusammenhang muß nachdenklich stimmen, daß die Auseinandersetzung mit der Neoklassik bislang nicht auf der Basis der Marx'schen Werttheorie erfolgversprechend geführt wurde, sondern durch die neoricardianische Theorie. Sraffa erging es hier ähnlich wie v. Bortkiewicz: Er wurde von Marxisten als einer der Ihren begrüßt, ohne daß man sofort die Kosten dieser Eingemeindung kalkulierte. "Piero Sraffa, seit Jahrzehnten am Trinity College in Cambridge tätig, ist eine markante Persönlichkeit in dem großen internationalen Kreis marxistischer Wirtschaftswissenschaftler": So schrieben Johannes Behr und Gunther Kohlmey 1967 im Vorwort zur von Behr besorgten deutschen Übersetzung von "Warenproduktion mittels Waren".⁸ Bei Friedrun Quaas ist nachzulesen, daß diese Einschätzung "trotz des anfänglichen überschwenglichen Empfangs Sraffas in der DDR" bald nicht mehr öffentlich wiederholt wurde.⁹ Tatsächlich ist "Warenproduktion mittels Waren" nicht als Beitrag zum Transformationsproblem konzipiert. Die Bildung von "Sraffa-Preisen" klammert die unmittelbar eingesetzte Arbeitskraft als Ursache des Profits gerade aus: dieser wird nicht auf sie, sondern auf das fixe Kapital bezogen. Es ist eine Produktionspreis-, nicht aber eine Werttheorie. Das heißt: Sraffas Gegenposition zur Neoklassik basiert auf nicht-Marx'schen Voraussetzungen.

Fritz Helmedags im Stil eines Bravourstreichs vorgetragene "Rehabilitation des Wertgesetzes"¹⁰ bestätigt den ersten Band des "Kapital" und verwirft die Produktionspreis-Auffassung des dritten.¹¹ Im näheren Hinblick zeigt sich, daß zugleich Ricardo (höchstens!) halbiert wird: Helmedag beläßt es bei den ersten drei Sektionen des ersten Kapitels der

⁸ Johannes Behr und Gunther Kohlmey, Vorwort, in: Piero Sraffa, Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie. Nachwort von Bertram Scheffold, Frankfurt/Main 1976, S. 11-14. Hier: S. 11.

⁹ Friedrun Quaas, Das Transformationsproblem. Ein theoriehistorischer Beitrag zur Analyse der Quellen und Resultate seiner Diskussion, Marburg 1992, S. 98.

¹⁰ Fritz Helmedag, Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, Marburg 1992.

¹¹ Vgl. auch: Ders., Zur Berechtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im ersten Band des "Kapital", in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1993, Band (Vol.) 212/5-6, S. 442-450.

"Principles" und sieht im Übergang zu einer auf das gesamte eingesetzte Kapital berechneten Profitrate den entscheidenden Irrweg, der dann von der gesamten Klassik und Marx sowie den sich auf sie berufenden moderneren Theoretikern (v. Bortkiewicz) reproduziert worden sei. Letztlich stellt Helmedag die Tauglichkeit des Kalküls der Profitraten-Maximierung in Frage und ersetzt es durch die Maximierung des Profits. Letztere frage nicht nach dem Quotienten aus Profit und eingesetztem Kapital, sondern nach deren Differenz. Adam Smith sei mit seiner Konzeption der "labour commanded" auf dem richtigen Wege gewesen, habe diesen aber zugunsten der "labour embodied" verlassen. Helmedags Kritik setzt mehrfach an: Sraffas Methode führe in Extremfällen zu der Absurdität negativer Preise. Werde am Postulat der Profitraten-Maximierung festgehalten, sei ein ständiger - in der Praxis unvorstellbarer - Wechsel der Produktionstechniken (einschließlich des Rückgriffs auf schon "veraltete") unvermeidbar ("Reswitching"). Letzteres ergibt sich daraus, daß schon bei Ricardo eine Lohnerhöhung sowohl die Profitrate als auch die relativen Preise nach Maßgabe der (erst von Marx so genannten, aber bei Ricardo der Sache nach bereits vorhandenen) organischen Zusammensetzung des Kapitals affiziere. Steigerung der Profitrate setzt eine Entwicklung des Lohnsatzes voraus, deren für die Profitrate optimaler Verlauf nur unter ansonsten unrealistischen Voraussetzungen zu gewährleisten ist.¹² Die Sraffa-Preisbildung kann dazu führen, daß in einem Sektor - im Unterschied zu einem anderen - bei steigendem Lohnsatz der Gewinn steigt, so daß nicht einsichtig ist, weshalb horizontale Differenzierung zwischen den einzelnen Sektoren weiterbesteht: vertikale Differenzierung wäre dann zwingend. Helmedag schlägt vor, die Profitrate ausschließlich auf die Lohn-Auslagen zu beziehen. Dies begründet er einmal mit den inneren Widersprüchen der Sraffa-Preisbildung, zum anderen mit der These, die Einräumung gegenseitigen Kredits unter den Kapitalisten mache es unnötig, die Ausgaben für das konstante Kapital zu veranschlagen. Hier läßt er allerdings zahlreiche Fragen offen. Ungeklärt bleibt, weshalb der von ihm reklamierte Kredit-Mechanismus nicht auch für den Lohn in Anspruch genommen werden soll und ob die Notwendigkeit der Rückzahlung nicht dann doch eine Berechnung der Ausgaben für das gesamte Kapital notwendig macht. So ist sein Buch trotz seines Umfangs zunächst doch noch mehr der Entwurf einer auf eine These gegründeten Forschungsstrategie als ein Abschluß. Insbesondere die empirischen Voraussetzungen, auf welche Helmedag seine Thesen gründet, sind bislang nur schwach ausgeführt. Um ein "Zurück zu Marx" handelt es sich allemal nicht, denn dessen Annahme einer auf das gesamte Kapital bezogenen Profitrate ist eben doch integraler Teil seiner wissenschaftlichen Hauptschrift gewesen. Helmedag selbst geht davon aus, daß in der Arbeitswertlehre nach seiner Version "Ausbeutung

¹² Zur Darstellung dieses Zusammenhangs - ohne Kritik - Eberhard Fees-Dörr, Mikroökonomie. Eine Einführung in die neoklassische und klassisch-neoricardianische Preis- und Verteilungstheorie, Marburg 1992, S. 418ff.

als analytischer Begriff der Wirtschaftstheorie wenig hergibt".¹³ Viel eher taugt sie zu einer "Theorie der Leistungsgesellschaft"¹⁴. Auch hierfür gibt er keine Begründung.

II. Symmetrie im Zeitverlauf

Es zeigt sich, daß die von Ladislav v. Bortkiewicz vorgenommene Korrektur der Marx'schen Produktionspreis-Herleitung zu Ansätzen führte, die ihrerseits noch stark Hypothesen-Charakter haben. Neben ihnen sind orthodoxer erscheinende Versuche, Gleichheit der Summe von Preisen und Werten sowie von Mehrwerten und Profiten unter Wahrung der Reproduktionsfähigkeit des Gesamtsystems ohne Preisgabe des Marx'schen Modells aus dem dritten Band des "Kapital" zu demonstrieren, keineswegs weniger plausibel. Hierher gehört Robert Katzensteins Konzept der "Kapitalwanderung".¹⁵ Er geht davon aus, daß dieses dreifache Resultat sich erst im Ablauf mehrerer Umschläge herstellt, bei denen der Ausgleich der Profitrate dadurch herbeigeführt wird, daß eine Umschichtung von Investitionen und zugleich eine Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals stattfindet. In ähnlicher Weise verfährt Reinhard Schaupter in einem bislang noch nicht gedruckt vorliegenden Modell. Für beide pendeln sich die reproduktionsfähigen Proportionen bei Identität der Preis- und Wert- sowie Profit- und Mehrwertsummen erst nach einiger Zeit ein, wobei die Dauer dieses Prozesses natürlich von den anfänglich gewählten Verhältnissen abhängt. Leider haben Katzenstein und Schaupter bisher keine algebraische Verallgemeinerung vorgelegt. (Dies wird gegenwärtig von letzterem gerade nachgeholt.) Unklar bleibt auch, was in der Zwischenzeit, bis das Gleichgewicht hergestellt ist, geschieht. In dieser besteht ja keine Symmetrie zwischen den einzelnen Sektoren. Wird diese, was bei Katzenstein naheliegt, durch Kapitalvernichtung erreicht, so ergibt sich ein Anschluß an die empirische Realität, jedoch entspricht dieser dann gleichsam nur dem Augenschein, während unbeweisbar ist, ob danach der Weg zum (zeitweiligen) Gleichgewicht fortgesetzt werden kann. Katzensteins Modell kann erklären, wie die Marx'sche Konstruktion realisierbar ist, es ist - was nichts an seiner immanenten Qualität ändert - eine Möglichkeit unter mehreren, ebensowenig "zwingend" wie die anderen. Die empirische Verifikation scheint ihnen allen bislang insgesamt versagt geblieben zu sein.

Ganz offensichtlich sind wirtschaftswissenschaftlich fundierte Theorien nur eingeschränkt imstande, politische Optionen zu begründen. Eine solche Kombination aus Parteilichkeit und Theorie bedarf durchgehend der Evidenz, beschränkt sich aber in der Regel auf diese. Eine gemeinsame Erfah-

¹³ Helmedag, Warenproduktion mittels Arbeit, a.a.O., S. 329.

¹⁴ Ebd., S. IXf.

¹⁵ Robert Katzenstein, Die Transformation - ein Problem? In: Z 9, März 1992, S. 162-169.

ung aller an solchen Debatten Beteiligten bezieht sich auf die Tatsache, daß in der bürgerlichen Gesellschaft ein Überschuß über den Input erwirtschaftet wird - wobei die Existenz des Mehrprodukts nichts dem Kapitalismus Spezifisches ist. Es nimmt in den verschiedenen Gesellschaften nur andere Formen an. Die Spezifik der Aneignung des Surplus und dessen Entstehung können nicht in einer Weise dargestellt werden, die dem Standard der sogenannten exakten Wissenschaften entspricht. Die Wertung selbst ist hier die Voraussetzung der Sachaussage. Empirie und Logik markieren dabei eine Bandbreite des Plausiblen, führen aber nicht zur Fixierung eines alternativlosen Ergebnisses.

III. Sozialismus

Dieser etwas melancholische Befund hat dazu geführt, daß Erörterungen des Transformationsproblems gegenwärtig nicht sehr populär sind: Die Sache hat einen enormen Bart.

Eine allerdings auf ein enges Publikum beschränkte Aktualität erhielt das Thema seit ein paar Jahren durch den Versuch, das Scheitern des realen Sozialismus auf eine Insuffizienz der Marx'schen Werttheorie zurückzuführen. Hans-Jörg Schimmel und Klaus-Dieter Hügel haben in Z 18 einschlägige Zitate des Verfassers der hier vorgelegten bescheidenen Ausführungen in kritischer Absicht wiederholt.¹⁶ Als Mitschuldigen haben sie Jörg Hahn (Z 8) ausgemacht.

Tatsächlich habe ich nicht genügend berücksichtigt, daß das Wert-Preis-Problem zunächst ausschließlich ein Thema der Kapitalismus-Analyse ist. Da der Produktionspreis eine Profitrate voraussetzt, gehört er schon logisch allein zur bürgerlichen Gesellschaft. Ob Helmedags Vollendung der Werttheorie - darum nämlich, nicht nur um eine "Rehabilitation" würde es sich handeln, könnte er seinen Anspruch einlösen - Aufschlüsse für eine neue Politische Ökonomie des Sozialismus gäbe, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

Möglich ist zur Zeit nur die triviale und tautologische Feststellung, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Gewinnmaximierung und die daraus abzuleitenden Verteilungs- und Reproduktionsfunktionen des Kapitals durch ein anderes Prinzip ersetzt werden. Schimmel/Hügels polemische Frage: "Sollten sie dieses?"¹⁷ ist deshalb zu bejahen. Dies zieht die weitere Erkundigung nach sich: Wodurch?

Frag mich was Leichteres. Marx' Gegenbeispiele im Fetischkapitel des ersten "Kapital"-Bandes - Robinson, Mittelalter, Bauernfamilie, "Verein freier Menschen" - sind ebensowenig als Antwort gedacht wie seine knappen Bemerkungen in der Kritik des Gothaer Programms. Ganz offensicht-

¹⁶ Hans-Jörg Schimmel und Klaus-Dieter Hügel, Das Transformationsproblem, eine Antinomie gegenständlichen Denkens, in: Z 18, Juni 1994, S. 161-169.

¹⁷ Ebd., S. 169.

lich gehört zur Lösung eine dezidiert politische Steuerung, die ein System voraussetzt, dessen Funktionsbedingungen vielleicht tatsächlich durch den von Schimmel entwickelten Kohärenz-Begriff beschrieben werden können.¹⁸ Bei der Bestimmung der ökonomischen Grundlagen kann vom Transformationsproblem deshalb nicht ausgegangen werden - hier ist Hügel/Schimmel ebenfalls rechtzugeben -, weil von den kapitalistisch gebildeten Preisen kein Weg zum Wert in einer sozialistischen Gesellschaft führt. Soweit in dieser Überschuss produziert wird, wird ein Modus gefunden werden müssen, wonach dieser im Verhältnis zu den Voraussetzungen von Produktion und Reproduktion zu verteilen ist. Gibt es noch kapitalistische Gesellschaften, mit denen die sozialistischen in Austausch treten, stellen sich besondere Probleme der Preisbildung.

Der von Schimmel eingeführte Kohärenz-Begriff ist keine Entdeckung. Ohne diese Wortwahl findet er sich sowohl in Schumpeters Buch "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" als auch in Polanyis Werk "The Great Transformation". Beide gingen davon aus, daß nichtökonomische Faktoren zu einer Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führten. Es handelte sich um bemerkenswerte Fehlprognosen (aber zutreffende Gegenwartsanalysen) während des Zweiten Weltkriegs, deren späteres Scheitern nichts daran ändert, daß ihre prinzipiellen Argumente bedenkenswert sind. Es könnte sich herausstellen, daß die Wahrheit der Jahre 1942 (Schumpeter) und 1944 (Polanyi) ebenso historisch begrenzt ist wie die des Jahres 1989. Konservative und Sozialdemokraten hätten dann ein Moment Wahrheit erhascht: Es gibt Kapitalismus und Sozialismus, doch in der bisherigen neueren Geschichte handelte es sich nur um wechselnde Dominanzen innerhalb einer übergreifenden Formation, für welche vielleicht ein Name noch gefunden werden muß. (Wer weiß etwas Besseres als "Industriegesellschaft"?)

Schumpeter nennt im übrigen notwendige, wenngleich nicht hinreichende ökonomische Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Sozialismus. Sie bestehen in der Lösung des Allokationsproblems, das nach der Meinung von Ludwig Mises ein unübersteigliches Hindernis darstellte.¹⁹ An dessen bereits 1920 unternommenen Vorstoß schloß sich eine Debatte an, die vor allem v. Hayek kräftig angeheizt hat und deren Beendigung durch Schumpeter wohl doch nur eine vorläufige sein kann: Das, was historisch danach kam und durch Brus/Laski beschrieben worden ist, muß einbezogen werden. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, die Diskussion jetzt auf dieses Terrain zu verlagern.

¹⁸ Hans-Jörg Schimmel, Rationalität und Kohärenz in der politischen Ökonomie, in: Z 9, März 1992, S. 137-147; hier vor allem: S. 141.

¹⁹ Ludwig Mises, Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 47, 1920/21, S. 86-121.

Robert Katzenstein

Wertbegriff und Transformationsproblem

Georg Fülberth meint, ich wollte das Transformationsproblem lösen. So hoch habe ich mich nicht gestellt! Das Transformationsproblem hat Marx gelöst, er hat das Problem mit der Kapitalwanderung in Zusammenhang gebracht. Ich wollte nur zeigen, daß das ganze Problem verschwindet, wenn man diesen Zusammenhang berücksichtigt und zugleich auch darauf hinweisen, daß die Wirklichkeit nicht aus der Theorie abzuleiten ist, sondern, umgekehrt, die Theorie aus der Wirklichkeit. Es ist gewiß lächerlich, wenn man glaubt, mit dem Transformationsproblem jenen festen Punkt gefunden zu haben, von dem aus sich Marx' Theorie aushebeln läßt. Auch das wollte ich nachweisen, denn nur deshalb findet es immer wiederkehrende Aufmerksamkeit.

Ob man in der Transformation der Werte in Produktionspreise ein Problem sieht oder nicht, ist eine erkenntnistheoretische Frage. Es hängt davon ab, ob man die Arbeitswerttheorie anerkennt oder nicht und was man unter Wert versteht. Die ganze Problematik entsteht im Grunde daraus, daß man aneinander vorbeiredet. Das zeigt sich auch in dem Artikel. Fülberth macht dort bei mir bei dieser Transformation eine Zwischenperiode aus, während der Wert und Preis nicht übereinstimmen. Ich sehe diese Periode nicht. In meiner Vorstellung stimmen Wert und Preis fortwährend, während des ganzen Prozesses der Neustrukturierung überein. Anscheinend messen wir dem Wertbegriff unterschiedliche Inhalte zu. Deshalb möchte ich hier mein Verständnis des Wertbegriffes kurz darlegen.

Wenn ein einzelner Mensch oder eine auf sich gestellte Familie alles selber herstellen muß, was sie zum Leben braucht, so muß sie die ihr zur Verfügung stehende Arbeit bzw. Arbeitszeit genau einteilen. Sie hat eine Vielzahl von Bedürfnissen. Sie muß also Prioritäten setzen, das zuerst und in der notwendigen Menge herstellen, was sie am dringendsten braucht usw., und sie kann ihre Bedürfnisse nur soweit befriedigen, wie ihre Arbeitszeit das, bei gegebener Produktivität ihrer Arbeit, zuläßt. Mehr gibt nicht, weniger auch nicht, wenn ihre Arbeitsfähigkeit gerade dazu ausreicht, das zum Leben unbedingt Notwendige zu schaffen. Robinson Crusoe ist hier das oft zitierte, durchaus treffende und sehr anschauliche Beispiel. Erst mußte er sich um Wasser kümmern, dann um Lebensmittel, Schutz vor Witterung und wilden Tieren usw. Erst nachdem er dies gelöst hatte, konnte er sich daran machen, Sachen aus dem Schiffswrack zu bergen, die ihm das Leben erleichterten, Werkzeuge usw. und erst als diese die Produktivität seiner Arbeit steigern ließen, konnte er auch an Vorräte denken, Ziegen einzäunen ... und schließlich auch Zeit erübrigen, um aus der Bibel Erbauung zu schöpfen. Ob die Produktivität seiner Arbeit aber hoch oder niedrig war: seine allgemeine Arbeit in den richtigen Proportionen auf die

verschiedenen konkreten Tätigkeiten aufzuteilen, war *conditio sine qua non* seines Lebens.

In einer arbeitsteilig produzierenden Gesellschaft ist das nicht anders. Ge-
wiß, ihre Arbeit ist produktiver und sie hat Muße genug, um das Wasser zu
Kaffee, Tee, Bier, Wein etc. zu veredeln und alle diese verschiedenen
Formen des Naß dann in dem schönen Begriff "Flüssigkeit" zusammenzu-
fassen. Von diesen edlen Flüssigkeitsformen trinkt sie oft auch mehr als ihr
gut tut. Aber herstellen muß auch sie diese verschiedenen konkreten For-
men der "Flüssigkeit", ob knapp oder reichlich bemessen, bevor sie sie
trinken kann. Ebenso alle anderen Mittel zum Lebensunterhalt. Ein-
schließlich der Umwelt, die sie als materielle Bedingung ihres Lebens er-
halten muß. Sie muß Kunstdünger herstellen, um die Erde nach der Ernte
wieder fruchtbar werden zu lassen, sie muß Wasser und Luft reinhalten
oder säubern usw. Auch die arbeitsteilig arbeitende Gesellschaft muß also
die ihr zur Verfügung stehende Arbeitsmasse, die Summe der Arbeits-
kräfte ihrer Mitglieder auf die verschiedenen Gewerke aufteilen, in rich-
tigen Maße, so daß alle ihre verschiedenen Bedürfnisse, groß oder klein,
befriedigt werden. Bis hierher unterscheiden sich Robinson Crusoe, die
sich selbst versorgenden kleinen Stammesgruppen und die moderne Ge-
sellschaft nicht.

In wesentlicher Hinsicht unterscheidet sich die warenproduzierende oder
marktwirtschaftliche Gesellschaft allerdings von Robinson Crusoe bzw. der
kleinen Stammesgruppe: Sie kann ihre Arbeit nicht mehr bewußt verteilen.
Sie weiß nicht von vornherein, was sie braucht und sie weiß nicht einmal,
was und wieviel sie von den jeweiligen Waren produzieren und auf den
Markt bringen wird. Ein Produzent kann wohl aus seiner Erfahrung heraus
abschätzen, was er absetzen und daher produzieren kann, aber genau weiß
er es nicht und er weiß auch nicht, ob nicht die Ladenkette neben ihm
gleichartige Ware ins Sortiment aufnimmt, ein Konkurrent billiger produ-
zieren kann, Ware anderer Art ihm seine Kunden abziehen wird usw. Der
Produzent bietet seine Ware auf dem Markt an und erst dort stellt er dann
fest, ob er mit seiner Produktion gesellschaftlichen Bedarf getroffen hat.
Daher wird immer etwas zuviel oder zuwenig produziert; wie die Schluß-
verkäufe oder der Mangel an Regenschirmen in einem verregneten Som-
mer zeigen. In einer arbeitsteilig und überregional produzierenden Gesell-
schaft ist eine gewisse Überproduktion unvermeidlich; es sind notwendige
Unkosten der Produktion, die aufgewandte Arbeit gehört zur gesellschaft-
lich notwendigen Arbeit. Wo hier die Grenze der notwendigen Arbeit zu
ziehen ist, zeigt sich an dem Einfluß relativ überschüssiger Waren auf die
Preise: Waren werden verbilligt abgegeben oder sie bleiben liegen, Kapital
wird entwertet oder vernichtet. Auf diese Weise, über den Preismechanis-
mus, stellen sich auch die notwendigen Proportionen zwischen den Wirt-
schaftszweigen her, in nachhinein. Welcher Teil der zur Herstellung des
Sozialprodukts aufgewandten Arbeit tatsächlich gesellschaftlich notwen-

dige Arbeit darstellt, ergibt sich also erst am Ende des Warenkreislaufs,
wenn die Ware verkauft ist und das Geld in der Kasse klingelt.

Dennoch ist Georg Fülberth auf der falschen Spur, wenn er meint, ich
gehe bei der Transformation von einer Anpassungsperiode aus, während
der die Wert- und Preissummen der Waren nicht übereinstimmen. Si-
cherlich habe ich mich auch ungenau ausgedrückt; gedankliche Arbeit und
ihr sprachlicher Ausdruck geben bei neu zu durchdenkenden Prozessen
meist etwas auseinander. Strukturell gibt es eine solche Anpassungsperi-
ode auch in der Tat, da sich die neuen Produktionszusammenhänge zwi-
schen den Zweigen erst ordnen müssen; das spiegelt sich u.a. in der Ent-
wertung bzw. Vernichtung von Kapital wieder, materiell existiert es weiter,
wertmässig wird es vernichtet. Wertmässig gibt es eine solche Anpassungs-
periode jedoch nicht. Wert- und produktionspreismässig sind nur die Pro-
portionen zwischen den tatsächlich abgesetzten Waren zu vergleichen und
diese stimmen überein. Selbst wenn Waren unter Preis oder gar nicht ver-
kauft werden, denn dann ändern sich Preis und Wert gleichermaßen in
entsprechender Weise. Der Wert unverkäuflicher Waren ist vernichtet, sie
haben auch keinen Preis mehr; eine Entwertung drückt sich in der Verbil-
ligung der Preise aus. Das hatte ich ausgeklammert, um die Dinge nicht
unnötig zu komplizieren; unterschiedlich gelagerte Prozesse lassen sich
ohnehin schwer auf eine Ebene bringen. Bei mir haben sich scheinbare
Überhänge der Preis- bzw. Wertsommen ergeben, weil ich versucht habe,
die Transformation auf gleicher Ebene deutlich zu machen, obwohl die
technische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals sich
zeitlich nicht in derselben Weise verändert wie die organische, d.h. die
Wertproduktion und ihre Widerspiegelung im Preis. Nun aber zum Wert.

Von der kleinen Stammesgruppe unterscheidet sich die arbeitsteilig produ-
zierende Gesellschaft in noch einem Punkt: Ihre Produzenten können von
der eigenen Arbeit nicht leben. Von der Ware, die sie selber herstellen,
können sie nur geringe Mengen verbrauchen. Die anderen Waren, die sie
sonst noch zum Leben brauchen, stellen sie nicht her. Sie müssen sie von
anderen Produzenten gegen eigene Waren eintauschen bzw. kaufen. Für
sie selbst haben ihre Waren allenfalls in geringen Mengen einen
Gebrauchswert. Für sie ist nur deren Tauschwert interessant. Ich will hier
nicht auf den Unterschied zwischen Tauschwert und Wert eingehen; es ist
im Grunde der Unterschied zwischen dem von täglichen Einflüssen ge-
prägten Marktpreis der Waren und dem langfristigen, nur durch
Produktivitätsveränderungen beeinflussten Tauschverhältnis mit anderen
Waren. Mir geht es hier nur um den Wert. Wie schon aus dem vorher Ge-
sagten ersichtlich wird, ist der Wert keine Eigenschaft der Ware. Er haftet
ihr nicht an. Ob sie überhaupt Wert hat, stellt sich erst auf dem Markt her-
aus. Nur wenn sie sich gegen andere Ware austauschen, wenn sie sich ver-
kaufen läßt, hat die zu ihrer Herstellung aufgewandte Arbeit auch tatsäch-
lich Wert geschaffen. Wert ist also nur in dem Tauschverhältnis zwischen
den Produzenten verkörpert. Vielleicht ist es mißverständlich, von der

gesellschaftlich notwendigen Arbeit als der Substanz des Wertes zu sprechen, weil sich mit dem Begriff Substanz eine wesentliche materielle Eigenschaft eines Gegenstandes verbindet; die gesellschaftlich notwendige Arbeit ist gewissermaßen die Substanz des Tauschverhältnisses, die sich hinter dem Wert verbirgt. Sie erscheint im Wert der Waren als Eigenschaft des Erzeugnisses, obwohl sie nur die Basis bildet, auf der die Produzenten ihre respektiven Arbeiten gegeneinander tauschen; dies ist gewissermaßen die allgemeine Geschäftsgrundlage, die sich aus den Bedingungen des Tausches ergibt: Arbeit gegen Arbeit in gleicher Menge und in einer Form, wie sie vom jeweiligen Tauschpartner gebraucht wird.

Letzteres ist immer grundlegende Bedingung eines Warentausches. Waren, die für einen potentiellen Käufer keinen Gebrauchswert haben, werden auf dem Markt gar nicht angenommen. Diese Bedingung bewirkt eine dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechende Verteilung der vorhandenen Ressourcen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige; in letzter Konsequenz also des gesellschaftlichen Arbeitsfonds, denn die Produktionsmittel, Anlagen wie Materialien etc. sind Arbeitsprodukte aus vergangenen Produktionsperioden, vergegenständlichte Arbeit. Unter gesellschaftlichem Bedarf sind freilich nicht die natürlichen Bedürfnisse der Menschen zu verstehen - dann gäbe es keine Obdachlosen -, sondern er wird selbst durch die gegebenen Verteilungsverhältnisse bestimmt; diese Frage sprengt aber den Rahmen des Themas. Der Hinweis darauf ist dennoch wichtig, denn er erklärt die Streitfrequenz mit Bezug auf das Transformationsproblem. Zur Erklärung der Allokation der Ressourcen reicht der Preis völlig aus, der Wert wird dazu nicht gebraucht. Darüber gibt es keinen Streit. Ebensovienig Streit gibt es darüber, daß der Mensch mehr als nur seine notwendigen Subsistenzmittel erzeugen kann, daß er ein Mehrprodukt produziert. Nur über dessen Herkunft wird gestritten und diese Frage nach der Quelle des Mehrprodukts steht im Hintergrund des Transformationsstreits, denn es ist auch die Frage nach der Quelle des Profits.

Entspringt das Mehrprodukt beiden Produktionsfaktoren, also Kapital und Arbeit, oder nur der Arbeit? In letzterem Fall ist die geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit auch die Quelle des Profits, der unter diesen Umständen dem eigentlichen Produzenten ohne Gegenleistung entzogen wird. Die Arbeitswerttheorie nimmt dies an. Sie hat den Vorteil, daß sie die Bedeutung der Arbeit im Leben der Menschen zeigt und dies mit den Formen verknüpft, in denen sich das wirtschaftliche Leben beute, in den arbeitsteilig produzierenden Gesellschaften, vollzieht. Sie ist in sich schlüssig und daher schwer zu widerlegen. Das Transformationsproblem scheint diese Schlüssigkeit in Frage zu stellen, deshalb die Hartnäckigkeit, mit der es immer wieder in alter Fassung auf den Tisch kommt; so weit ich das beurteilen kann, vermeiden die Marx-Kritiker es hartnäckig, die Verbindung zwischen Marxens theoretischen Ausführungen zu diesem Problem und seinen Schemata herzustellen. Wertproduktion und Wertverteilung unterliegen aber unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten. In der einfachen, band-

werklich geprägten Form der Marktwirtschaft fallen sie zusammen; die Ergebnisse der Arbeit fließen automatisch ihren Produzenten zu; es ist eine gerechte Form der Verteilung. In der kapitalistischen Form der Marktwirtschaft fallen beide dagegen nicht automatisch zusammen, auch nicht mit Bezug auf die Unternehmer. Auf Grund der an der Profitrate orientierten Kapitalbewegung wird ein Teil des Mehrwerts in Bereichen angeeignet, in denen er nicht produziert worden ist. Die Kapitalwanderung läßt, von der organischen und von der technischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals her gesehen, zwei unterschiedliche Ebenen der Wertproduktion und -verteilung entstehen, denn die organische und auch die technische Zusammensetzung des Kapitals auf der jeweiligen Ebene, und damit auch die Wertproduktion, unterscheiden sich in der Regel vor und nach dem Abschluß der Wanderung.¹ Ebenso verändern sich notwendigerweise auch die Bedürfnisse der Gesellschaft, folglich auch die Austauschproportionen, denn beide werden u.a. auch durch die Anforderungen der Produktion und die Verteilung des Mehrwerts bestimmt. Die Disproportionen in v. Bortkiewicz' Formeln spiegeln diesen Zusammenhang wider, sie sind daher eher zum Beweis der Schlüssigkeit als der Unschlüssigkeit der Marx'schen Theorie tauglich.

In einer Gesellschaft, in der der Profit eine so bedeutende Rolle spielt wie in der kapitalistischen, handelt es sich bei der Quelle des Profits ohne Zweifel um eine wichtige Frage; zumal von der Verteilung des Mehrprodukts für die Unternehmer der Akkumulationsspielraum und für die Lohnabhängigen der Entwicklungsspielraum bestimmt wird und die Unterwerfung der letzteren unter Arbeitsmarktgesetze fortwährend die Tendenz zur Einengung dieses Spielraums mit sich bringt. Es werden also immer wieder Verteilungskämpfe ausgelöst, die die Gesellschaft erschüttern. Die Theorien, die auf der Grenznutzenschule aufbauen, haben bisher noch keine befriedigende Erklärung für den festen Hintergrund der Preise, ihre Substanz, und die Quelle des Profits geben können. Verständlich also, daß an der Transformationsdiskussion so hartnäckig festgehalten wird. Ich will garnicht ausschließen, daß sich möglicherweise aus der konkreten Entwicklung einmal Probleme ergeben werden, die eine tiefere Erforschung des Wertes und der Transformation der Werte in Preise erforderlich machen. Beispielsweise, um die Wechselwirkungen zwischen Wachstum, Strukturveränderungen und Inflation besser verstehen und in den Griff bekommen zu können. Dann werden aber auch praktische Prozesse erforscht und mit der Transformation in Zusammenhang gebracht werden. Erst das macht solche Diskussionen fruchtbar. Möglicherweise werden sich dann auch neue Gesichtspunkte mit Bezug auf den Warenwert ergeben. Auf der Ebene, auf der die Diskussion bisher geführt wurde, taugt sie jedenfalls nicht als fester Punkt zur Aushebelung der Marx'schen Theorie.

¹ Auch die Marx'schen Schemata spiegeln nur Wertproduktion und -verteilung auf der Ausgangsposition und nach Abschluß der Kapitalwanderung wider.

Transformationsproblem - Wertgesetz - Sozialismus

H.-J. Schimmel und K.-J. Hügel (Z. Nr. 18, Juni 1994) orten bei ihrer Untersuchung des Problems der Wert-Preis-Transformation als "standardmäßige Auskunft aus dem Territorium des gescheiterten realen Sozialismus, z.B. der PDS, über den 'ökonomischen Defekt' ...: Das Wertgesetz sei in der DDR-Ökonomie verletzt, nicht angewendet worden bzw. kurz: falsche Preise!" (S. 167) Da die Autoren ihre Aussagen nicht mit Quellen belegen und im folgenden Text auch nicht konkretisieren, bleibt dem Leser überlassen, das weitere zu vermuten und sich vielleicht auch zu wundern. Ich hätte eine solche Antwort nicht gegeben. Grob sind zumindest zwei Problemkreise zu unterscheiden, je nachdem, ob es sich um Herstellerabgabepreise der Betriebe ("Betriebspreise") oder um Verbraucherpreise für die Bevölkerung handelt. Beide sollen hier unter dem Aspekt "Abweichung der Preise vom Wert" kurz skizziert und beurteilt werden.

1) Für die Betriebspreise führte die über Jahrzehnte laufende Auseinandersetzung um die Herausbildung eines systemadäquaten Preistyps in der DDR schließlich zum "fondsbezogenen Preis", der in seiner formalen Struktur dem aus dem dritten Band des "Kapital" bekannten Produktionspreis entsprach¹. Dabei präzisierten die Autoren der politischen Ökonomie des Sozialismus im Laufe der Zeit das Verhältnis von Wert und Preis². Während Ende der 60er Jahre die Preisbildung immer noch vordergründig als ein Prozeß der Annäherung des Preises an den Wert verstanden wurde, sehen die Autoren in den 80er Jahren, daß im Ergebnis der "Wertmodifikation" die Preise langfristig und stabil vom Wert abweichen, was der Aussage im dritten Band des "Kapital" entspricht: "Das Verhältnis des Produktionspreises einer Ware zu ihrem Wert ist ausschließlich bestimmt durch das Verhältnis, worin der variable Teil des Kapitals, womit sie produziert wird, zu seinem konstanten Teil steht, oder durch die organische Zusammensetzung des sie produzierenden Kapitals."³ Damit übereinstimmend wird bei der Erklärung der Verwandlung des Wertes in den Produktionspreis der Fondsvorschub zwar nicht als wertbildend, aber als ein Preisfaktor eingeordnet. (Ob der Terminus "Wertmodifikation" zutref-

¹ Ausführlich dargelegt auf dem Kolloquium am 3. Dezember 1994 anlässlich des Erscheinens des Dritten Bandes von 'Das Kapital' vor 100 Jahren. Tagungsband: Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig, 1995. (Beitrag Joachim Tesch: Der Versuch des fondsbezogenen Preises in der DDR - eine Anlehnung an den Produktionspreis.)

² Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin, S. 391, sowie Horst Richter/Waldfried Schließer, Die Warenproduktion im Sozialismus, Berlin 1981, S. 69 ff.

³ Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band, herausgegeben von Friedrich Engels, Berlin 1983 (MEW Bd. 25), S. 767.

end ist, soll hier nicht weiter erörtert werden; sicherlich ist er genau so problematisch wie "Wert-Preis-Transformation".) Damit war für die Betriebspreise die stabile Abweichung des fondsbezogenen Preises vom Wert akzeptiert und sollte nicht nachträglich als falsch bezeichnet werden.

2) Anders sieht es bei der Abweichung der Bevölkerungspreise für Konsumgüter und Dienstleistungen vom gesellschaftlichen Aufwand (vom Produktionspreis der Konsumgüter) aus. Aus sozialpolitischen Gründen galt für die Verbraucherpreise der Grundsatz der Preisstabilität. In der Preiskalkulation wurden die Differenzen zwischen Betriebspreis und Verbraucherpreis bereits herstellerseitig abgefangen, indem zwischen Betriebspreis und Industriepreis unterschieden wurde. Je nach Art der Abweichung wurden den Herstellern produktgebundene Stützungen (Subventionen) gewährt, oder es wurden produktgebundene Abgaben erhoben. Im Laufe der Jahre wurden die Abweichungen aufgrund von "planmäßigen" Steigerungen der Betriebspreise immer größer, und die Subventionen verschlangen einen großen Teil der Ausgaben des Staates (1987 und 1988 jeweils etwa 50 Milliarden Mark⁴).

Mit diesem doppelten Preisniveau waren große volkswirtschaftliche Verluste verbunden; dafür nur wenige Beispiele: Für die Bauern war es billiger, ihre privaten Hühner mit subventioniertem Brot anstatt mit Getreide zu füttern. Die DDR produzierte das mehrfache des eigenen Bedarfs an Kinderschuh und versorgte damit auf illegalen Wegen auch viele andere Konsumenten im RGW. Statt die Verbraucherpreise berunter zu subventionieren, wäre es sozialpolitisch und ökonomisch richtiger gewesen, z.B. das Kindergeld weiter aufzustocken.

Über diese Mißverhältnisse kam es 1988/89 spontan zu einer großen öffentlichen Diskussion, die ausnahmsweise selbst in den SED-Tageszeitungen ein Echo hatte. Im Alltagsbewußtsein spiegelte sich dieser Zustand als unzulässige Abweichung des Preises vom "Wert" wider; setzt man an dessen Stelle den Begriff "Produktionspreis", so ist der Sachverhalt sicherlich adäquater wiedergegeben. Angesichts ungewollter massiver Verluste aus der "Subventionitis" waren die DDR-Verbraucherpreise zweifellos in vieler Hinsicht "falsch", und es wäre besser gewesen, sozialpolitische Effekte gezielter über Instrumente der Subjektförderung zu bewirken.

⁴ GBl. der DDR 1988, Teil I Nr. 27, S. 321.

Was aus Deutschland werden sollte

Um die Vorstellungen der Antifaschisten im Widerstand, derer im Exil und um die Konzepte der Alliierten ging es bei einer Tagung, die vom 20. bis 22. Januar unter dem Titel "Was aus Deutschland werden sollte" in Marburg ausgerichtet wurde. Veranstalter waren: die Bürgerinitiative für Sozialismus, der Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der DGB Hessen und der DGB Marburg-Biedenkopf sowie der Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung des deutschen Widerstandes 1933 - 1945 e. V. Das Nordhessische Landestheater Marburg beteiligte sich durch die Rezitation von Texten von Widerstandskämpfern gegen das Naziregime. Die Texte wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erläutert, die sich wie Karl Heinz Jahnke, Arno Klönne oder Elke Suhr mit Antifaschisten sehr unterschiedlicher Herkunft befaßt haben. Auch Hans Coppi, der Sohn der 1942 bzw. 1943 hingerichteten Hans und Hilde Coppi, war an dieser Abendveranstaltung aktiv beteiligt.

Zuvor hatte Reinhard Kühnl (Marburg) über die Schwierigkeiten, die Wahrheit über den Widerstand zu ermitteln, gesprochen. Schwierigkeiten, die zum einen im traditionellen Geschichtsverständnis lägen, für das die Staatsmacht handelndes Subjekt der Geschichte sei, also Handeln außerhalb dieses Apparates oder gar gegen ihn entweder nicht wahrgenommen werden könne oder als notwendig zum Chaos führend nur abgelehnt werden müsse. Zum anderen habe die Tatsache, daß mit 1945 kein Elitenwechsel stattgefunden hatte, einen unbefangenen Blick auf den Widerstand über Jahre unmöglich gemacht. Zwar habe sich dies mit den Entwicklungen hin zu den Veränderungen der Gesellschaft in den späten sechziger Jahren ebenfalls verändert, Historikerstreit und insgesamt die Offensive der herrschenden Klasse seien aber heute wiederum einer Erkundung der Wahrheit über den Widerstand ernsthaft hinderlich.

Das Programm des Samstagvormittag bestand aus fünf Einzelvorträgen, die vor ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehalten wurden. Spätestens hier wurde deutlich, daß die Tagung doch recht hochkarätig war und vielfach von Expertengespräch über Einzelheiten bestimmt. Grundkenntnisse und möglichst noch ein wenig mehr über die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes, seine verschiedenen Strömungen und Entwicklungsphasen waren durchaus Voraussetzung, wollte man den Ausführungen folgen. Dies sollte allerdings nicht als Kritik verstanden werden. Gerade gegenwärtig, wo über den Widerstand polemisiert und gelogen wird, daß es kracht, müssen wir für jeden ernsthaften Forschungsbeitrag, der der zu Teilen geradezu schamlosen Instrumentalisierung des Widerstandes entgegengesetzt wird, froh sein. Die Aufgabe, das Wissen um den Widerstand Nichtfachleuten und vor allem jungen Menschen zu vermitteln, kann nicht von einer solchen Tagung erfüllt werden, folgt aber aus ihr. Dr. Wilhelm Ernst Winterhager (Berlin) erläuterte die Diskussionen im Kreisauer

Kreis. Vier Papiere in der Tagungsmappe gaben Informationen über Zusammensetzung und Verbindungen des Kreises, über die Haupttreffen 1942 und 1943 sowie über die dort erarbeitete Wirtschaftskonzeption und die Vorstellungen für den angestrebten "organischen Staatsaufbau von unten her". Bestandteil der Wirtschaftsordnung, die plan- und marktwirtschaftliche Elemente verbinden würde, sollten auch sogenannte Betriebsgewerkschaften aus Eigentümern und Belegschaften sein. Auf die Frage von Reinhard Kühnl nach dem Unterschied zwischen diesen Betriebsgewerkschaften und der Deutschen Arbeitsfront der Nationalsozialisten erläuterte Winterhager, daß es da - mit großer Vorsicht zu betrachtende - Verwandtschaften gebe, die darauf beruhten, daß die Suche nach einer Art drittem Weg ein breiter Ansatz im politischen Denken jener Zeit gewesen sei und sehr unterschiedliche Ergebnisse gehabt habe. Winterhager erwähnte in diesem Zusammenhang das schwedische Sozialismusmodell unter dem Titel "Volksheim". Zuvor hatte Winterhager erläutert, daß die Kreisauer ihre Vorstellungen in bewußter Abgrenzung zum reaktionären Carl Goerdeler einerseits und den Kommunisten andererseits entwickelt hatten. Kritisch wurde in der Diskussion angemerkt, daß die Frauen in den Konzepten der Kreisauer überhaupt nicht vorkamen.

Jörg Wollenberg (Bremen) erläuterte die Diskussionen der Emigranten in Schweden, von denen manche die Kreisauer entschieden abgelehnt hätten. So habe sich z. B. Willy Brandt geweigert, Adam von Trott zu Solz zu empfangen. Wollenberg erläuterte, daß Mitglieder des Kreisauer Kreises am Massenmord an Juden beteiligt gewesen waren. Auf Nachfrage von Joachim Perels der vor Ausgrenzungsversuchen warnte, nannte er Henning von Tresckow und bestand darauf, auch die Tatus wie die Frage nach dem Nationalismus und dem Antisemitismus unter den Widerstandskämpfern aufzuarbeiten. Karl-Heinz Jahnke (Rostock) hielt entgegen, der von Wollenberg ebenfalls in diesem Zusammenhang erwähnte Carl Goerdeler habe gar nicht zu den Kreisauern gehört und mahnte eine differenzierte Herangehensweise an. Wollenberg wollte im Bruch des Kulturhundes 1944/45 das Ende der Volksfrontidee erkennen und referierte die Überlegungen der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter und die der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten. Anhand zahlreicher Zitate wies Wollenberg nach, daß die außenpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten im schwedischen Exil eine vernünftige Kooperation mit der Sowjetunion einschlossen, auch wenn vornehmlich auf den Westen gesetzt wurde. Ursula Adam (Berlin) berichtet über die Zeitschrift "Wege zum neuen Deutschland", ein bürgerliches Blatt, das Emigranten in London herausgaben. Diese Zeitung von Deutschen für Deutsche, die vorwiegend von Flüchtlingen, Auslandsdeutschen und Kriegsgefangenen gelesen wurden, informierte über den Verlauf des Krieges und über die Zustände in Deutschland. Im Rahmen einer Diskussionsfolge wurden in dieser Zeitung die Vorschläge der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter veröffentlicht. Acht Ausgaben umfaßte diese Diskussionsfolge, deren Themen u.a. waren:

Wie verhält sich die Emigration? Was hat der Faschismus in den Köpfen der Deutschen angerichtet und welche pädagogischen Gesichtspunkte folgen daraus? Wie kann eine Aufklärung und Neubestimmung bewerkstelligt werden? Wie soll man sich gegenüber den Forderungen der Alliierten verhalten? Wie gegenüber der Forderung nach Reparationen? Aus den unterschiedlichen Beiträgen von Kommunisten und Sozialdemokraten lassen sich gemeinsame Standpunkte erkennen, die sich wie folgt umschreiben lassen: der Krieg müsse schnell beendet werden, die Emigranten sollten zurückkehren, um sich an der Aufbauarbeit zu beteiligen, die Pflicht zur Wiedergutmachung sei anzuerkennen und langfristig die Gemeinschaft der europäischen Staaten anzustreben. In der Ausgabe vom 2. Februar 1945 lieferten sich der Kommunist Koenen und der Sozialdemokrat Ollenhauer eine Kontroverse, in der Koenen für den Zusammenschluß aller Hitlergegner zu einer Freien Deutschen Bewegung plädierte. Ollenhauer überschrieb seinen Beitrag mit "Grenzen der Einheit" und argumentierte, daß von den Kommunisten angestrebte breite Bündnis unter Einschluß großbürgerlicher Kräfte wie im Nationalkomitee Freies Deutschland würde grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen verhindern. Ollenhauer strebte eine Arbeitsgemeinschaft der politischen Gruppen in Abgrenzung sowohl zu den Generälen als auch zu den Kommunisten an. Dabei konnte eigentlich nur ein Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Christen herauskommen. Diese Figur - Sozialdemokraten kritisieren Kommunisten von links wegen mangelnder Revolutionsbereitschaft und zu großem Entgegenkommen gegenüber bürgerlichen Kreisen - wiederholte sich bekanntlich in den ersten Wochen nach der Befreiung, als sich in Deutschland KPD und SPD wieder mit öffentlichen Erklärungen zurückmeldeten.

Joachim Perels (Hannover) begann seinen Beitrag mit einer scharfen Kritik an Konrad Adam, der im FAZ-Bericht über die Gründung des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt behauptet hatte, die Kategorien Schuld und Trauer seine keine wissenschaftlichen Kategorien und deshalb aus der Aufarbeitung des Faschismus zu verbannen. Er erklärte, daß der Kampf gegen den Faschismus und die Entwicklung von Neuordnungsvorstellungen nur aus der Definition des Faschismus ableitbar seien und berichtete über die Arbeit der linken jüdischen Intellektuellen um Franz Neumann in den USA, der mit seinem Buch "Behemoth" (1942) eine Analyse des nationalsozialistischen Un-Staates geliefert hatte. Aus der Kritik an diesem Staatsgebilde, das - so Otto Kirchheimer, ein anderer Denker aus diesem Kreis - nur auf "technischer Rationalität" beruhte und in dem das Recht jegliche Schutzfunktion verloren hatte, werden grundlegende Transformationsvorstellungen entwickelt. Sie umfaßten - wie dann später im Potsdamer Abkommen auch festgelegt - die Entmachtung der Monopolindustrie und Sozialisierungen. Fast vergessen ist, daß sich die Regierung der USA, für die jene deutschen Wissenschaftler konzeptionell tätig waren, diese Forderungen damals zueigen machte. Vorgesehen war eine zielgruppenorientierte Entnazifizierung: Sie hätte höhere Beamte, die Reichsgerichte, die so-

nannten Wehrwirtschaftsführer, Ideologieträger und natürlich Gestapo und SD betroffen. Insgesamt hätte nur ein vergleichsweise kleiner, aber entscheidender Personenkreis seine Posten räumen müssen, eine qualifizierte Entnazifizierung also und vermutlich wesentlich effektiver als die späteren Massenverfahren, die jeden untergeordneten Funktionär erwischten und sich solange hinstellten, bis das Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den hohen "Nazitieren" und vor allem Wirtschaftsfunktionären im Rahmen der Restauration längst das Interesse an einer wirklichen Entnazifizierung überwog. Perels machte deutlich, daß die Mitarbeiter Neumanns eine politische Entscheidung zugunsten einer Entnazifizierung wollten, die nicht mit dem Argument, man brauche Experten, umschiffen würde: Laienrichter und Betriebsräte hätten manche Expertenlücke schließen können, wenn man es nur wirklich gewollt hätte. Die Gruppe formulierte Straftatbestände zur juristischen Bearbeitung der faschistischen Verbrechen, davon ausgehend, daß das NS-Recht zum großen Teil einfach nichtig war. Es ist, als habe man dort im amerikanischen Exil 1944/45 sämtliche späteren Fehlentscheidungen im besetzten Deutschland vorausgesehen. Im Juli 1944 befaßte man sich mit der Frage, welche Programmatik sich rechte Parteien wohl künftig geben würden und wo sie ihre Massenbasis finden könnten. Heraus kam, so Perels, eine verblüffend genaue antizipierte Beschreibung der CDU ... Perels zog die Bilanz, daß die Arbeit von Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer und anderen aufs Ganze gesehen wirkungslos geblieben sei. Hinsichtlich ihrer heutigen Bedeutung forderte er eine "subversive Erinnerungsarbeit" ein, etwa Ernst Bloch folgend: "Was es noch niemals hat gegeben, das allein veraltet nie". Jörg Wollenberg merkte jedoch an, daß die zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse immerhin den Forderungen der Gruppe um Neumann entsprochen hätten, somit zumindest im ersten Jahr nach der Befreiung, vor der Gründung der Bundesrepublik, das Werk dieser Wissenschaftler wirksam gewesen sei. Die Akten dieser Prozesse harrten immer noch einer wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Schließlich referierte Otto Köhler (Hamburg) noch zum Morgenthauplan. Er zeigte, daß es viele - hauptsächlich von rechtsextremistischen Kräften gestrickte - Legenden um den Morgenthauplan gab und gibt, die mehr über die revisionistische und antisemitische Einstellung ihrer Erfinder als über den Morgenthauplan selber aussagen. In diesem Zusammenhang verglich er Formulierungen von Goebbels mit verblüffend ähnlichen Formulierungen von Claus Rainer Röhl und anderen aus der "Zitelmann-Firma". Einen wörtlich ausformulierten Morgenthauplan habe es nicht gegeben. Die Bedeutung des amerikanischen Finanzministers Morgenthau liege darin, daß er die Beziehungen der US-Wirtschaft zu den IG-Farben aufgedeckt habe und für die Liquidierung der Drehscheibe dieser Beziehungen, der Baseler Bank für internationalen Zahlungsausgleich, eingetreten sei. Diese kritische Haltung gegen die liebevolle Umarmung des deutschen Kapitals gehörte somit in eine Phase der amerikanischen Politik,

die mit dem Tod Roosevelts endgültig zuende war. Im übrigen führte Köhler in brillanter und amüsanter Vortragsweise vor, daß die Denkschrift, die später als Morgenthauplan bekannt wurde, eigentlich lauter Maßnahmen umfaßte, die 45 Jahre später gegenüber der einverlebten DDR angewandt wurden: von der Entwaffnung über die Deindustrialisierung bis zu tiefen Eingriffen im Bereich der Bildung und der Medien. Köhlers provozierende These: in den von Morgenthau vorgesehenen Deutschländern hätte es sich gut und friedlich leben lassen.

Die Themen des Plenums wurden in Arbeitsgemeinschaften vertieft und ergänzt. Zur AG über die politischen Konzepte der Exil-SPD und der Kommunisten in Moskau (Johannes Klotz, Bremervörde, und Professor Günter Benser, Berlin) lagen Dokumente in den TeilnehmerInnen-Mappen. Von Norman Paech, der kurzfristig wegen Krankheit absagen mußte, lagen Thesen zum Entstehungsprozeß der UNO vor. Leider fand sich in den Mappen nichts zu den AGs über frauenpolitische Vorstellungen (Professor Angelika Klein, Halle) und zu erziehungs- und bildungspolitischen Konzepten (Arno Klönne, Paderborn).

Besonders eindrucksvoll war die Begegnung mit den ehemaligen Widerstandskämpfern, darunter der Witwe Adolf Reichweins. Sie alle formulierten ihr Entsetzen über den Rassismus im Deutschland der neunziger Jahre. Insgesamt eine ungeheuer dichte, vielleicht ein wenig überladene Tagung. Ein Erfolg sicherlich, was die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Möglichkeiten des Lernens betraf. Und notwendig allemal: denn es wird schwieriger werden, über den antifaschistischen Widerstand und das, wozu er uns verpflichtet, angemessen nachzudenken, wenn niemand mehr darüber aus eigenem Erleben berichten kann. Es ist zu hoffen, daß es den Veranstalter bald gelingt, die geplante Konferenzdokumentation im Heilbronner Distel-Verlag herauszubringen.

Eva Chr. Gottschaldt

Ohne Demokratie keine soziale Emanzipation

Ein Kolloquium des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. am 17.12.1994 in Berlin

Es kommt für Linke nicht nur darauf an, die Demokratie in der Bundesrepublik zu verteidigen, sie muß sie auch in konkreten Utopien für die überfällige Emanzipation in unserer Gesellschaft weiterdenken. Der Schlußsatz von Volkmar Schöneburg (Potsdam) bestimmte die Diskussion von Rechts- und Politikwissenschaftlern, Philosophen und Historikern, vornehmlich aus den neuen Bundesländern, aber auch aus der Altbundesrepublik. Sie hatten sich die Aufgabe gestellt, genauer nach dem Platz der Demokratie im Ringen um soziale Emanzipation zu fragen.

Sie gingen davon aus, daß sich heutige und künftige linke Politik mit der Erblast eines demokratiefeindlichen Realsozialismus auseinandersetzen muß. Denn nur eine Gesellschaft verwirklichter und praktizierter Demokratie, einer tatsächlichen Macht des Volkes und politischer Verantwortung des Einzelnen kann eine Gesellschaft sozialer Emanzipation sein.

In seinem Grundsatzreferat wählte der frühere DDR-Staatsrechtler und heutige brandenburgische Landesverfassungsrichter Karl-Heinz Schöneburg (Potsdam) eine These Samuel Pufendorfs aus dem 17. Jahrhundert als Ausgangspunkt. Der sprach davon, daß die Demokratie die Herbeiführung der Identität von Regierten und Regierenden sein müsse. Bei einer solchen widersprüchlichen Identität gehe es um eine Übereinstimmung der Interessen, die personelle Austauschbarkeit und die Abhängigkeit der Regierenden von den Regierten. Dabei ließ der Referent keinen Zweifel, daß für ihn das Volk, von dem in den Verfassungstexten die Macht ausgehe, selbst keineswegs einheitlich ist. Weder der marxistische Sortierbetrieb in Klassenschubladen noch die Verkündung einer abstrakten Einheit des Volkes, etwa in der nationalistischen Betrachtung, sind geeignet, den Inhalt der Demokratie näher zu erfassen. Denn entscheidend ist, wohin die Macht gehe. Hier ist immer wieder der Widerspruch zwischen den Inhabern der Staatsgewalt und den außerhalb dieser Strukturen Stehenden zu beobachten.

Vehement wandte sich K.-H. Schöneburg gegen den bürokratischen Zentralismus, der in realsozialistischer Gestalt des demokratischen Zentralismus tatsächlich verhindert hat, daß eine Willensbildung von unten nach oben sich vollziehen konnte.

Auch das heutige bürokratisch-zentralistische System der Bundesrepublik könne das im Nachhinein nicht entschuldigen. Aber es sind die gleichen Mechanismen wirksam. Sie sind auch in den oligarchisch organisierten etablierten Parteien zu finden. Auch deshalb muß das Parteienmonopol gebrochen werden; das kann beispielsweise durch das Aufwerten von Verbänden und Vereinen geschehen. Erst recht entziehen sich die Kapitalgesellschaften jeder demokratischen Kontrolle.

Gerade um diesen bürokratischen Zentralismus zu verhindern, müssen die direkten Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger vergrößert werden. Dabei geht es nicht um eine Entgegensetzung von repräsentativer und direkter Demokratie, wohl aber um deren sinnvolle Ergänzung, auch wenn genau das bei der Überarbeitung des Grundgesetzes wiederum verhindert wurde.

Artikel 20 des Grundgesetzes bestimmt, daß das Volk in Wahlen und Abstimmungen die Staatsgewalt ausübt. Praktisch gibt es aber kaum Volksabstimmungen. Um so bedauerlicher, daß auch vier von den fünf ostdeutschen Landesverfassungen kaum überschreitbare Hürden gegen eine solche Form der Demokratie aufrichten. Lediglich in Brandenburg ist mit einem Quorum von 20.000 Stimmen eine reale Chance für eine Volksgesetzgebung eingeräumt.

Als wichtig für das Ringen um soziale Emanzipation bob der Redner die Grundgesetzformel vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat hervor. Wenn diese auch nicht weiter untersetzt ist und im Unterschied zur Weimarer Verfassung nicht mit sozialen Rechten verbunden wird, so bietet sie im Ringen um Alternativen günstige Ansatzpunkte. Zudem enthalten die Landesverfassungen analoge Bestimmungen, die auch Eingriffe in die Eigentumsrechte etwa durch Vergesellschaftung ermöglichen. Gerade weil versucht wird, die Formel vom sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu entleeren, ist das Festhalten an ihr so wichtig.

Denn das Orientieren auf eine soziale Demokratie benötigt den Rechtsstaat. Die Erfahrungen mit dem Realsozialismus bestätigen, daß eine soziale Demokratie ohne individuelle Grundrechte unmöglich ist. Das betrifft nicht nur die sozialen Grundrechte, sondern auch die liberalen Freiheitsrechte. Am Beispiel der brandenburgischen Landesverfassung und der Arbeit des Landesverfassungsgerichts verwies K.-H. Schöneburg auf die Möglichkeiten, die Verfassungstheorie auch zur Verfassungswirklichkeit zu machen. So konnte unter Rückgriff auf die zentrale Aussage im Artikel 1 des Grundgesetzes "Die Würde des Menschen ist unantastbar" in Brandenburg verhindert werden, daß selbst bei rechtmäßiger Wohnungsverdrängung die bisherigen Mieter in die Obdachlosigkeit gestoßen werden. Menschenwürdiger Wohnraum auch für sie ist einfordern. Entscheidend bleibt, daß die besten Verfassungen nur dann etwas wert sind, wenn es gelingt, positive Kräfte in der Gesellschaft zur Durchsetzung der von ihnen garantierten Rechte in Bewegung zu bringen. Dafür braucht man ein selbstbewußtes Volk und das ist das eigentliche Problem.

Die eher staatsrechtlich angelegte Diskussion kreiste vor allem um zwei Problemkreise. Zum ersten wurde die Formel von der Identität von Regierten und Regierenden einer kritischen Prüfung unterzogen. Gunter Kohlmey (Berlin) erinnerte daran, daß im Volk ungleiche Kräfte im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen stehen. Klaus Meschkat (Hannover) brachte geschichtliche Erfahrungen etwa aus dem Chile der Unidad popular ein, in dem das pueblo, das Volk, ein Kampfbegriff gegen die Mächtigen war. Arnold Schölzel (Berlin) verwies darauf, daß Identität immer auch Nichtidentität bedeute, und das heißt Ausschluß von bestimmten Kräften und Gruppen. Das Besetzen der Identität mit nationalistischen Inhalten habe das immer wieder in erschreckender Weise bestätigt.

Jürgen Hofmann (Berlin) belegte an Hand soziologischer Untersuchungen die Schwierigkeit, mit dem Identitätsbegriff umzugehen. Gab es in Ostdeutschland zu Wendezeiten noch einen hohen Vertrauensvorschuß in die westlichen Demokratieinstitute, der immerhin von zwei Dritteln der Befragten geteilt wurde, so hat heute mit der praktischen Alltagserfahrung große Ernüchterung eingesetzt. Die Bürger sind in kurzer Zeit von zwei Demokratien enttäuscht worden, von der realsozialistischen und nun von

der westlich-parlamentarischen, 1992 und 1993 habe sich jeweils die positive Einstellung zu dieser Demokratie halbiert.

Hermann Klenner (Berlin) wandte sich dagegen, die Demokratie oder das Volk nur als Kampfbegriff zu verwenden. Wenn Gegensätze im Volk aufbrechen und Revolutionen oder Konterrevolutionen anstehen, so definiert sich das Volk zweifellos in Nichtidentität zu den Regierenden. Aber zugleich geht es um die Legitimität eines Verfassungsbegriffs, wobei eben Identität nicht mit Unitarität zu verwechseln sei. Natürlich sind im Volk Widersprüche bestimmend, die sich auch im Verhältnis von Regierten und Regierenden niederschlagen.

Das zeigt sich auch in der bundesdeutschen Entwicklung. So war der "soziale" Anspruch im Grundgesetz zunächst nur eine Reminiszenz an sozialdemokratische Positionen in der Weimarer Republik, zumal die SPD im Parlamentarischen Rat gegen die Aufnahme des Rechts auf Arbeit in das Grundgesetz gestimmt hat. Heute haben wir durch die vielen Verfassungsänderungen und die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes ein anderes Grundgesetz als 1949. Und dieses Grundgesetz hat sich bislang durch die Eingriffe des Bundesverfassungsgerichts eher nach links entwickelt. Das waren auch Wirkungen der internationalen Verhältnisse, Resultate der Studentenbewegung und Folgen der Existenz der DDR. Für Linke sollte entscheidend sein, daß bislang im Grundgesetz eben nicht der Kapitalismus festgeschrieben ist. Mit der "Würde des Menschen" ist ein wichtiger Zugang für Veränderungen dieser Gesellschaft gegeben. Allerdings erinnerte Klenner auch an das sogenannte Warteschleifen-Urteil von 1991, in dem das Bundesverfassungsgericht feststellte, daß die Massenarbeitslosigkeit eben keine Verletzung der Würde des Menschen sei. Den Richtern war klar, daß sie sonst ein Recht auf Arbeit hätten einführen müssen und vor den Konsequenzen sind sie zurückgeschreckt.

In einem zweiten Bereich wurde über praktische Veränderungen in der bundesdeutschen Demokratie debattiert. Stefan Bollinger (Berlin) arbeitete seit der Wende sich offenbarende Defizite dieser Demokratie heraus, was Begrenzung und Kontrolle von anderer als politischer Macht betrifft. Der Wegfall des Realsozialismus sowie die fehlende Gegenmacht gewerkschaftlicher und linker politischer Kräfte lassen einem zunehmend ungebündelt agierenden Kapitalismus mit seinem Profitmechanismus freien Lauf.

Die parlamentarische Demokratie stellt sich heute als sehr eingeschränkt und verbesserungsbedürftig dar: Diese Demokratie ist mehr und mehr Demokratie der Mächtigen der Wirtschaft, sie erweist sich zudem als Demokratie der Unwissenden und Unbeteiligten. Um Demokratie unter diesen Voraussetzungen weiterzuentwickeln, sind parlamentarische und direkte Demokratie zu verbinden: Volksabstimmungen und Volksgesetzgebung; kommunale und regionale demokratische Teilhabe an Entscheidungen; Runde Tische; Schwächung des Parteienmonopols durch Di-

rektwahlen, Primaries, Panaschieren, Kumulieren sowie Politik- und Wahlmöglichkeiten für Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen; die Verankerung beratender Organe bei Exekutive und Legislative.

Wolfram Adolphi (Berlin) sorgte sich, daß bisher die meisten Jahre der Bundesrepublik Zeiten einer "Schönwetterdemokratie" waren, die so nicht mehr fortgesetzt werden und nach dem Wegfall der DDR auch nicht mehr fortgesetzt werden müssen. Bereits mit der Internationalisierung im Rahmen der Europäischen Union zeichne sich ein neues Gewicht demokratisch nicht kontrollierter Bürokratie ab. Dem stimmte K.-H. Schöneburg uneingeschränkt zu, der bei aller notwendigen positiven Einstellung zu einer Überwindung nationaler Grenzen das Ringen um demokratische Strukturen für Europa viel zu gering beachtet sieht.

Klaus Meschkat befürchtete Konsequenzen aus der Umgestaltung des Weltmarktes. Denn die Ökonomie des Weltmarktes mit ihrem unerbittlichen Druck wird die Bedingungen für Demokratie auch in der Bundesrepublik zunehmend aushöhlen. Eher autoritäre Strukturen werden sich durchsetzen. Gerhard Branstner (Berlin) erinnerte an die zentrale Rolle der Durchsetzung demokratischen Einflusses auf die Wirtschaft, wo der Widerstand am größten ist. Es bleibt eben bei aller Identität der Regierten doch ein Unterschied zwischen einem Millionär und einem Obdachlosen. Für einen Wandel ist die Kultur des Politischen ausschlaggebend. Ohne ein Ringen um eine neue Demokratie, so Andreas Wiesner (Sbeffield), wird die soziale Emanzipation nicht voran kommen. Wenn die Menschen nicht Mechanismen zur Konfliktaustragung und zum Einklagen ihrer Grundrechte auch auf regionaler und lokaler Ebene finden, dann wird es keinen Demokratiefortschritt geben.

Bei allen Übereinstimmungen zeigte die Diskussion noch erheblichen weiteren Diskussions- und Lösungsbedarf. Denn die Erfahrungen des Realsozialismus in all seinen Spielarten wie auch die Kritik an der parlamentarischen Demokratie des Westens ersparen nicht das Auffinden und Ausprobieren neuer Formen von Demokratie. Linke Politik kann kritischer Stachel sein. Sie kann und muß die Rücknahme der politischen Macht in die Hände mündiger (und durch entsprechende Informiertheit sowie ausreichende Strukturen auch mündig gemachter) Bürger einfordern. Ein langer Weg. Die Diskussion konnte Anregungen vermitteln, die in einem der nächsten Hefte der Berliner Zeitschrift "Utopic kreativ" nachzulesen sein werden.

Stefan Bollinger

Ansätze kapitalismuskritischer Optionen heute

"Kapitalistische Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive"? Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen"

lauteten Thema und Frage, die Ende November 1994 von gut 100 Teilnehmer/innen einer bundesweiten Tagung von IMSF e.V. und Z in Frankfurt/M. diskutiert wurden. Beabsichtigt war, Vertreter marxistischer oder am Marxismus orientierter Zeitschriften, Forschungs- und Arbeitsgruppen sowie Autoren aus dem Umfeld von Z zusammenzubringen, die zu Einzelaspekten hentiger Kapitalismuskritik arbeiten, und deren Konzeptionen zur Diskussion zu stellen. Da der Berliner "Arbeitskreis Kapitalismusforschung"¹ kurzfristig absagen mußte, blieb dies zumindest von den Vorträgen her eine primär westdeutsche Veranstaltung. Der Titel der Tagung bezog sich dabei kritisch auf die in der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Programmdiskussion wohl einflußreichste Strömung, die unter dem Stichwort "Gestaltung statt Transformation" eine Perspektive jenseits des Kapitalismus prinzipiell ad acta gelegt hat. Gerade demgegenüber wären unterschiedliche Zugänge zur Kapitalismuskritik auf ihre Tragfähigkeit abzuklopfen.

Im ersten Themenblock "Die Bundesrepublik nach den Wahlen - Linke was nun?" wurden mit Beiträgen von Heinz Jung (Z, Frankfurt/M.) und Uwe Kremer (Sozialistische Politik und Wirtschaft, Köln) die Situation nach den Wahlen und um die Chancen der Linken ausgelotet. Hier bestand Übereinstimmung darin, daß die politische Landschaft in der nächsten Zeit entscheidend durch die im Reproduktionsprozeß selbst angesiedelten Umbruchprozesse geprägt sein wird, die der BDA-Chef Murmann nach der Wahl mit dem Verlangen nach konsequentem "Umbau des Sozialstaates" auf den politischen Nenner gebracht hatte. Konstatiert wurde eine gewachsene Labilität im politischen Kräfteverhältnis im Bundestag und "Bewegung" im Parteienspektrum. Jung sah hier das Verhalten gegenüber der PDS als eine Schlüsselfrage der weiteren Entwicklung und Möglichkeiten der Linken an. Er meinte, daß das Profilierungsfeld einer linkssozialistischen Partei in der Konkurrenz der drei linken Bundestagsparteien vor allem in einer kapitalismuskritischen Orientierung auf die soziale Frage (neue Proletarität im Osten und Renaissance der sozialen Frage im Westen) und der Offenheit auch gegenüber kommunistischen Positionen und Strömungen bestehen müsse.² Er hielt es für zweckmäßig, daß sich die marxistische Linke stärker in die Programmdiskussion der PDS einbringt und plädierte für die "Scharnierfunktion" des Linkssozialismus gegenüber Sozialdemokratie und kommunistischer Richtung. Die Entwicklung einer politikfähigen Reformalternative reiche dabei für die Gewinnung eines linkssozialistischen Profils allein nicht aus; vielmehr komme es wesentlich auf deren theoretisch konsistente und antikapitalistische Fundierung an.

¹ Vgl. Horst Heining, Grundfragen einer marxistischen Kapitalismuskritik in heutiger Sicht. Zur Tätigkeit des "Arbeitskreises Kapitalismusforschung", in: Z 19, September 1994, S. 169ff.

² Vgl. Heinz Jung, Perspektive Linkssozialismus. Reformalternativen und Antikapitalismus, in: sozialismus 12/1994, S. 6ff.

Nach Ansicht von Uwe Kremer hat sich bei der SPD-Linken das Verhältnis zur PDS zu einem zentralen Diskussionspunkt entwickelt. Bei jenen, die sich gegenüber der PDS öffnen wollten, erfolge dies aus unterschiedlichen Haltungen: teils, weil ein Zusammengehen der Linken prinzipiell für notwendig erachtet würde, teils aus machtpolitischen Gründen. Mit Blick auf die Vergangenheit konstatierte Kremer ein Auseinanderfallen von sozialem und ökologischem Diskurs. Die Diskussion in den Gewerkschaften hätten für die Linke Schlüsselbedeutung. Während die Gewerkschaften noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine maßgebliche Kraft geblieben seien, müßten sie seitdem eine schrittweise Aushöhlung ihrer Gegenmachtfähigkeit verzeichnen. Neben der Massenarbeitslosigkeit seien hierfür insbesondere die Erosion betrieblicher Basisstrukturen und innerbetriebliche Unternehmensveränderungen verantwortlich. Wenn in der Gewerkschaftsdiskussion "Gräben ausgehoben" würden, so sei dies höchst problematisch. Die "Modernisierungsströmung" habe sich mit dem Plädoyer für Managementbeteiligung vom Gegenmachtkonzept längst verabschiedet. Sie stütze sich dabei jedoch auch auf Tendenzen an der gewerkschaftlichen Basis. Für die Gewerkschaftslinken sei demgegenüber die Entwicklung eines "klassenpolitischen Realismus" essentiell, der die betrieblichen Strukturveränderungen aufnehme. Co-Management und Modernisierung als Kern eines New Deal seien die Bezugspunkte der gewerkschaftlichen Debatte der nächsten Jahre, zu denen die Linke Position beziehen müsse.

In der Diskussion plädierte Frank Deppe dafür, neu zu überdenken, was heute unter Linksozialismus zu verstehen sei; die traditionellen Ausgangspunkte für seine "Scharnierfunktion" - eine starke reformistische Strömung in der Arbeiterbewegung, starke KPs etc. - seien heute ja nicht gegeben. Gegenüber einer Verengung des Blicks auf die Probleme betrieblicher Gewerkschaftspolitik - wo immer Kompromisse gefunden werden müßten - betonte er die Notwendigkeit des politischen Mandats der Gewerkschaften, also die Verbindung von Forderungen nach Gestaltung der Produktions- und Arbeitsbedingungen im engeren Sinne mit strategischen, gesellschaftspolitischen Optionen. Horst Schmitthener problematisierte das Konzept des Co-Managements. Zu fragen sei nach dessen Gegenstand. Natürlich könnten sich die Gewerkschaften dem Modernisierungszwang nicht entziehen, weil sie sonst handlungsunfähig würden. Aber ihre Basis würde zerbrechen, wenn sie sich diesem Zwang umstandslos beugen würden. Schmitthener verwies auf die Ambivalenz des VW-Beispiels und sprach sich für umfassendere gewerkschaftliche Alternativen aus, die Wirtschaftspolitik (Binnenmarktorientierung), Leistungspolitik in den Betrieben und erweiterte Mitbestimmungsforderungen thematisieren müsse.

BRD und Metropolenkapitalismus

Während es im ersten Tagungsblock um die aktuellen Tendenzen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen mit der durch das Wahljahr geschaffenen innenpolitischen Situation in der BRD gegangen war, standen im Hauptteil der Tagung, der unter das Thema "BRD und Metropolenkapitalismus - Aspekte heutiger Kapitalismusanalyse und -kritik" gestellt war, verschiedene und unterschiedliche Ansätze zur Debatte.

Die erste Runde wurde mit Referaten von Jörg Huffschnid, Memorandum-Gruppe, Bremen, (Binnenmarktorientierung als Alternative zur Weltmarktorientierung) und Joachim Bischoff, Sozialistische Studiengruppen, Hamburg, (Krise des Fordismus - neue Qualität gesellschaftlicher Regulation) eröffnet. Aus der Sicht von Huffschnid geht es bei der Binnenmarktorientierung um eine Strategie, die die Lösung der Probleme dort sucht, wo sie entstehen. Wirtschaftspolitisch umgesetzt sei deshalb einer der vier "Pfeiler" eines alternativen Entwicklungstyps, wie ihn das Memo anstrebe, der mittelfristige Ausgleich der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz. Dabei werde die systematische Nachfrageschwäche des Kapitalismus als Antrieb der Außenexpansion geortet. Da aber die Überschüsse der einen immer die Defizite der anderen seien, werde der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, als der Summe nationaler Märkte, von einer wachsenden Politisierung und Konfliktverschärfung begleitet. Anstatt einer derartigen Problemexternalisierung sei die Lösung im Inneren anzustreben, aber auch nicht zuzulassen, daß das Ausland seine Probleme hier löse. Es gehe um ausgeglichene Wirtschaftsbeziehungen. Die Kritik dieses Ansatzes behaupte, dies bedeute einen Rückschritt in der internationalen Arbeitsteilung, und angesichts der Globalisierung sei als Alternative nur eine Weltregulierung per UNO, Weltregierung o.ä. denkbar. Dem hielt H. entgegen, daß die Struktur der internationalen Konkurrenz nicht mit der internationalen Arbeitsteilung verwechselt werden sollte. 80 Prozent des Außenhandels seien intersektorale Beziehungen (z.B. Autos gegen Autos) zwischen entwickelten Ländern. Bei den Direktinvestitionen im Ausland betrage diese Quote sogar 90 Prozent. Zum anderen würden selbst die Hauptumsätze der internationalen Konzerne hauptsächlich auf den Binnenmärkten der Herkunftsländer oder den Märkten der regionalen Verdichtungsräume (EU) abgewickelt. H. schlug vor, die Spezifik der Wirtschaftsbeziehungen stärker zu beachten und dies auch in den Alternativvorschlägen zu realisieren. Zu unterscheiden seien die Wirtschaftsbeziehungen der Länder regionaler Verdichtungsräume, zwischen diesen Verdichtungsräumen und ihrer jeweiligen Peripherie, zwischen den Triadezentren sowie die globalisierten des Spekulationskapitals, wobei die Währungsspekulation von besonderer Bedeutung sei. H. hält mittelfristig eine Lösung zwischen den Triadezentren für möglich, da keines dieser Zentren die anderen seinen Interessen unterordnen könne. Aus ähnlichen Gründen sei auch die Kontrolle und Zählung des Spekulationskapitals denkbar. Er

"Optimierung der materiell-praktischen Reproduktion", durchaus im Gegensatz zu deren Maximierung. Sie betrachteten dabei gesellschaftlichen Fortschritt als Resultat vieler kleiner Entscheidungsschritte, bei denen wie bei einem vielverzweigten Entscheidungsbaum jeweils neu unter verschiedenen möglichen Optionen zu wählen sei. Als Entscheidungsprinzipien bei der Wahl zwischen unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Mensch-Natur-Verhältnis nannten sie einmal das Prinzip des Arbeits- und Ressourcenschutzes und das der Standortgerechtigkeit bei der Erbringung von Gütern und Leistungen, zum anderen das Prinzip der Gesundheits- und Umweltvorsorge und das der Nachhaltigkeit in deren Verwendung. Aus der Berücksichtigung beider Grundsätze folge das Postulat der Reduktion des Sozialprodukts und besonders seines Produktionsmittelanteils. Sie plädierten für Umbaukonzepte, die unter hertigen kapitalistischen Bedingungen zumindest eine stärker arbeits- und ressourcenschonende Variante kapitalistischer Produktionsweise durchsetzen wollten. Deren Kern sei die Senkung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und des gesamten Produktionsvolumens. Dabei könnte eine Verringerung des Lohnaufwands durch Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit realisiert werden. Das VW-Beispiel wurde als möglicherweise verallgemeinerungsfähiger Weg in eine solche Richtung interpretiert.

Gesellschaftstheoretisch verwiesen Düe und Tjaden darauf, daß im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise unterschiedliche Entwicklungswege denkbar seien. So könne das klassische Verhältnis von fremdbestimmter lohnabhängiger Arbeit und schrankenlos sich selbst verwertendem Kapital zugunsten mitbestimmter Lohnarbeit und nur beschränkt sich verwertendem Kapital abgewandelt werden. Letzteres charakterisiere eine "arbeitswirtschaftliche Optionslinie" innerhalb der kapitalistischen PW. Zu überlegen sei, wie weit eine solche Variante im Interesse von Gesundheits- und Naturerhalt praktisch weiter durch die Garantie einer bedarfsorientierten Grundsicherung für die Lohnarbeitskräfte und durch eine vorsorgeorientierte Ersatzpflicht des Kapitals gegenüber den Naturressourcen quasi entschärft werden könnte.

Nach dem Zusammenhang zwischen Struktur der Weltwirtschaft, Umfang der globalen Ressourcennutzung und dem Ziel "Erhalt der Lebensgrundlagen" fragte Charles Pauli. Er verwies auf die stofflichen bzw. ökologischen Instabilitäten der weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesse. "Nachhaltigkeit" sei theoretisch dann gegeben, wenn der Natur nicht mehr an Ressourcen entnommen würde als sie nachbilden könne, und wenn der Input an Abfällen nicht größer sei als sie verarbeiten, d.h. entgiften könne. Pauli verwies darauf, daß eine auf fossilen Rohstoffen und Energieträgern beruhende Produktionsweise nicht nachhaltig sein könne. Das zeige sich insbesondere bei der CO₂-Problematik. Selbst bei Null-Wachstum blieben angesichts der bereits erfolgten historischen Umweltbelastungen durch Nutzung fossiler Energieträger bei unveränderter Energiestruktur Emissionen

und Ressourcenverbrauch naturzerstörerisch. Umweltpolitik erfordere angesichts der globalen Verknüpfungen erstens eine Senkung von Rohstoffverbrauch und Emissionen, zweitens eine möglichst weitgehende Umstellung der Energie- und Rohstoffbasis auf reproduzierbare Energien und Rohstoffe sowie die Entwicklung entsprechender Produktionsverfahren und drittens eine Umverteilung des Ressourcenverbrauchs im Weltmaßstab, die dem Süden Entwicklungsspielräume zugesteht. Pauli verwies auf die Forderung des "Wuppertal-Instituts", die Ressourcennutzung in Europa um, wenigstens 50 Prozent zu reduzieren, um die Wirtschaftsweise stofflich zukunftsfähig zu machen. Um "Sustainability" durchzusetzen, gehe die etablierte Umweltökonomie vom Konzept der Internalisierung der externen (Umweltbelastungs-)Kosten über die Preise aus. Diese Internalisierung der Umweltkosten solle dann auch mittelbar über die Veränderung des Konsumentenverhaltens ökologisch positiv wirken.

Als essentiell für einen sozialökologischen Umbau betrachtete Pauli: Absage an die Priorität für eine Wachstumspolitik des BSP, an Weltmarktorientierung und Gewinnmaximierung; Entwicklung neuer ökologischer Produktionsmittel auf der Basis regenerativer Rohstoffe und Energien; Einschränkung von "Konsumismus" und Schaffung neuer Formen gemeinschaftlicher und öffentlicher Güter; Umverteilung im Nord-Süd-Rahmen; außenwirtschaftliche Absicherung eines solchen sozialökologischen Umbaus durch zumindest partielle Kontrolle der internationalen Kapitalbewegungen und Verhinderung von Kapitalflucht etc.

In der Diskussion wurde u.a. die Frage aufgeworfen, ob der Übergang zu einer politisch regulierten Gesellschaft, wie im Konzept von Düe/Tjaden angedeutet, nicht einen enormen Bürokratieaufwand und Kontrollapparat erfordere. Die weitgehende Rücknahme der Eigentums- und Klassenverhältnisse bei Düe/Tjaden rief kritische Einwände hervor. Als Problem wurde auch die Notwendigkeit benannt, die Bedürfnisse und Interessenstrukturen der sozialen Akteure stärker in die Überlegungen einzubeziehen. Das gilt nicht nur für Lohn- und Einkommensfragen und Arbeitszeit, sondern auch für den ganzen Komplex der Konsumtion, wie im Beitrag von Pauli angedeutet. Hier wären, da ohne die gesellschaftlich-politische Option der Lohnabhängigen für ein Umbaukonzept und gegen die herrschende Entwicklungsvariante bzw. die mit ihr verbundenen Interessenstrukturen - Klassenkampffrage - eine solche Entwicklungsrichtung nicht in Gang kommen würde, neue Formen der Bedürfnisbefriedigung zu entwickeln und zugleich zu prüfen, welche Verbrauchsfelder "abzulehnen" wären.

Krise der politischen Institutionen

Thema der dritten und letzten Diskussionsrunde waren die in neuen Erscheinungsformen des Politischen sich manifestierende "Krise der politischen Institutionen" und "Regulierungsdefizite" des gegenwärtigen Kapita-

lismus vor dem Hintergrund traditioneller Modelle von Wirtschaftsdemokratie und Gegenmacht.

Im ersten Referat, das sich mit den Verschiebungen im Verhältnis von "Klassen, Macht und Politik" befaßte, versuchte Hans-Jürgen Bieling (Forschungsgruppe EG, Uni Marburg), die gegenwärtig zu beobachtende "Diffusion des Politischen" auf drei verschiedenen Ebenen zu beschreiben, und zwar einmal in der "Verlagerung gesellschaftlicher Diskurse", dann in der "Veränderung der politischen Artikulationsweise" und schließlich im "System der politischen Repräsentation".⁴

In dem Maße, wie die Definitionsmacht des Weltmarktes in das Zentrum herrschender Politikstrategien gerückt ist, etabliert sich, so Bieling, in den Mittelklassen ein "antiegalitärer Diskurs", über den das Interesse an den unteren Klassen aufgegeben und die Arbeiterklasse in der Öffentlichkeit entmachtet wird. Übergreifender Konsens ist die "Buchstabierung eines neuen Gesellschaftsvertrages", in dem die Ablösung des Sozialstaatskompromisses durch ein neues hegemoniales Projekt, "die Wettbewerbsgemeinschaft ohne Integration", vollzogen wird.

Auf der Ebene der politischen Artikulationsweise können nach Bieling zwei gegenläufige und wechselseitig sich verstärkende Prozesse intermediärer Politik unterschieden werden: Die traditionellen Sprachrohre der Politik verlieren an Bedeutung, während die "populistische Inszenierung" an deren Stelle tritt. Die schwindende Bindungskraft der Volksparteien korrespondiert mit der Zunahme regionaler Disparitäten, der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und der "Gentrifizierung" der Metropolen, d.h. der Verdrängung der unteren Einkommensklassen aus den Innenstädten. Es handele sich hier nicht nur um eine neue Vergesellschaftungsform, sondern auch um einen veränderten Modus staatlicher und politischer Regulation, der freilich - wie bei den Regulationstheoretikern - auch bei Bieling in seiner Funktionsweise nicht näher beschrieben wurde. In jedem Fall aber müsse von einer Zurückdrängung *aller* Artikulationsformen der Arbeiterklasse in Nischenbereiche die Rede sein.

Das System der politischen Repräsentation wird in dieser Perspektive durch die Formierung eines neuen hegemonialen Blocks konstituiert, dessen Bestandteile das Finanzkapital, industrielles Kapital, Mittelklassen, Teile der Arbeiterklasse und die etablierten Parteien sind. Dabei werde das neue hegemoniale Projekt von der CDU gezielt und massiv vorangetrieben, während die Einlassung der SPD auf diese Strategie eher einen defensiven Charakter habe. Bruchstellen in diesem keinesfalls hermetischen System gibt es, aber, so Bieling, es müsse zugestanden werden, daß ein hegemoniales Gegenprojekt nicht einmal in Konturen sichtbar sei. Bieling bezog sich hier auf die These des Regulationstheoretikers Bob Jessop,

⁴ Vgl. Hans-Jürgen Bieling, *Klassen - Macht - Politik: Krise der politischen Institutionen?*, in diesem Heft.

nach der der Staat Bestandteil des hegemonialen Projekts ist, dieses zugleich aber als Staatsprojekt mit veränderten Interventions- und Repräsentationsformen auftritt und durch den Ausbau der Sicherheitssysteme, durch die Bewegung der politischen Repräsentationsformen in Richtung eines "autoritär-produktivistischen Systems" und durch die Beschneidung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsformen befördert wird.

Harald Werner (Bremen) knüpfte im zweiten Referat (Wirtschaftsdemokratie: Regulierungsdefizite, Beteiligungsdiskurs oder Gegenmacht)⁵ an Bielings Ausführungen zu einem veränderten Regulationsmodus politischer Systeme mit der Feststellung an, daß in gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Regulierungsdefizite traditionelle Wirtschaftsdemokratie- und Gegenmachtmodelle fast keine Rolle mehr spielen. Heute, so Werner, überwiegen vielmehr Regulationsmodelle, die lediglich auf die Internationalisierung ökologischer und anderer destabilisierender Faktoren ausgerichtet sind. Gravitationszentrum von Regulierungsmodellen war seit ihrem Bestehen die Sowjetunion, ein Zentrum, an dem sich alle Modelle orientieren mußten und das umgekehrt modifizierend auf diese einwirkte. Das Naphtali-Buch (*Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, 1928) war der Versuch, direkt in das bestehende System einzugreifen, unterlag jedoch dem Irrtum, daß Demokratisierung der Wirtschaft ohne Demokratisierung des Staates möglich sei.

Neben der Frage nach der Wirkungsgeschichte dieses Konzepts sind heute weitere Fragen an Naphtali zu richten: Wie weit ist das Konzept auf die fordistische Produktionsweise beschränkt und wo bestehen Übereinstimmungen bzw. Widersprüche zum gegenwärtigen Beteiligungs- und Co-Managementssystem? Entscheidende Voraussetzungen des fordistischen Regulierungsmodells wie Nationalstaat, Binnenmarktorientierung, Übereinstimmung von Wachstum und Vollbeschäftigung sind heute hinfällig geworden. Wenn auch die gegenwärtigen Mitbestimmungsformen weniger institutionell als individuell verankert sind, gelangen sie dennoch nicht über das mittlere Management hinaus. Sie sind vielmehr geprägt durch einen "doppelseitigen Opportunismus": Während das Kapital sich problemorientiert und "diskursfreudig" präsentiert, "verschwindet" bei den Arbeiterorganisationen "Gegenmacht unter runden Tischen". Wirtschaftsdemokratie, so die Schlußfolgerung Werners, ist damit heute von ihren objektiven wie subjektiven Bedingungen her obsolet. Unter den Bedingungen der Verdrängung von Industriemonopolen durch Eigentumsmonopol auf künftigen Profit sind Systemwidersprüche nicht mehr an der Arbeiterfrage, sondern an "ökologischen und anderen Randproblemen" festzumachen. Andererseits warnte Werner davor, daß die Hinfälligkeit traditioneller Regulierungsmodelle den Blick auf das Naheliegende wie bereits von Huffschmid thematisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Europäischen Union

⁵ Vgl. seinen Beitrag in diesem Heft.

versperrt. Was das Handlungssubjekt betreffe, so sei dieses weniger auf sektoraler Ebene auszumachen als vielmehr in der Arbeiterklasse insgesamt, die als Subjekt keineswegs zu verabschieden sei.

In der Diskussion wurden zu den diskurstheoretischen Überlegungen Bielings Bedenken gegen eine inflationäre Verwendung des Diskursbegriffs angemeldet. Denn diese lasse leicht in Vergessenheit geraten, daß Diskurse, wie gesellschaftliche Verhältnisse überhaupt, Kräfteverhältnisse sind und durch diese bestimmt werden, nicht umgekehrt die Widerständigkeit materieller Verhältnisse in Diskursen einfach zu eskamotieren ist. In die Richtung einer konkreteren Analyse gesellschaftlicher Konfliktpotentiale ging auch ein weiterer Diskussionsbeitrag, der anmerkte, das es in liberal-kapitalistischen Staaten drei Steuerungsinstrumente gibt, die "umkämpfte Felder" sind: das Geldkapital, dann das vom staatlichen Gewaltmonopol abhängige Recht und schließlich das "Procedere", d.h. die prozeduralen Formen, in denen Aushandlungsprozesse vollzogen werden.

Die Problempalette der Tagung war, wie auch die Übersicht zeigt, breit gespannt. In der Abschlusdiskussion der Tagung wurde für die Zukunft eine stärkere Konzentration auf einheitlichere Fragestellungen bzw. "Querschnittsthemen" befürwortet. Dabei kam als eine zentrale Frage noch einmal die nach Möglichkeiten und Grenzen der Modifikation kapitalistischer Produktionsweise in deren eigenem Rahmen und ohne Verlassen ihrer Grundlagen zur Sprache. Hier wäre, unabhängig von vielen thematischen Einzelvorschlägen, mit Blick auf gesellschaftliche Umbaukonzeptionen weiter nachzuhaken.

Heinz Jung/André Leisewitz/Reinhard Schweicher

Bibliographie zur Kapitalismusforschung 2

Zusammengestellt von Prof. Dr. Horst Heininger

Mit der vorliegenden zweiten Ausgabe (Januar 1995) wird die vor einem Jahr veröffentlichte "Literaturliste zur Kapitalismusforschung 1" fortgeschrieben. Erfaßt werden weit über 600 1993/1994 erschienene Buch- und Zeitschriftenpublikationen. Neben der ökonomischen Literatur werden auch angrenzende Themenbereiche wie Soziologie, Politik, internationale Beziehungen oder Umweltpolitik berücksichtigt. Die 1994 erschienene Bibliographie (Schwerpunkte Wirtschaftsanalyse, Formationstheorie, "Moderne/Postmoderne" ist weiter lieferbar. Die Einzelbibliographien kosten jeweils 10,- DM, beide zusammen 15,- (incl., Porto).

Bestellung (Stichwort "Bibliographie" 1 bzw. 2, möglichst unter Beifügung von Scheck/Briefmarken) an IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

Die "Wiederkehr der Proletarität" -

Neuer klassenanalytischer Ansatz oder ökonomistische Fata Morgana?

Im Juni 1993 legte Karl Heinz Roth seine Thesen zur "Wiederkehr der Proletarität" zum ersten Mal vor.¹ Damit mischte sich Roth, der sich in den vergangenen Jahren vor allem im Zusammenhang mit der "Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts" einen Namen als sozialrevolutionärer Historiker gemacht hatte², wieder in die Analyse der heutigen Verhältnisse ein. Der Text fand relativ große Verbreitung und wurde in linksgewerkschaftlichen und traditionell sozialistischen Strömungen, aber auch unter Autonomen und SozialrevolutionärInnen diskutiert. Im Herbst 1994 erschien dann ein Buch, das die Kritiken und Diskussionsbeiträge nochmals zusammenstellt³ und in dem Karl Heinz Roth seinen KritikerInnen antwortet.⁴

In "Die Wiederkehr der Proletarität" hatte Roth ein "weltweit radikalisiertes Kapitalverhältnis" konstatiert. Dieses leitete er aus einer Analyse der Verhältnisse in Mexiko, Italien und Frankreich sowie - weit ausführlicher - im Deutschland nach der Wiedervereinigung her. Die Radikalisierung zeige sich im Angriff auf die tarif- und arbeitsrechtlich abgesicherten Normalarbeitsverhältnisse, in Massenarbeitslosigkeit und Verarmung und einer neuen Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse. Diese sei heute durch eine Vielzahl verschiedener Formen von Arbeitsverhältnissen strukturiert. Durch den Anschluß der DDR sei es nun auch in der Bundesrepublik zu einer "nachholenden Restauration" gekommen. Zentral in Roths Analyse ist der "Toyotismus" als neues System der Arbeitsbeziehungen (Stichworte: Gruppenarbeit, schlanke Verwaltung, Flexibilisierung etc.). Die letzten Hochburgen der Arbeitermacht seien geschleift worden, und die politischen VertreterInnen der Arbeiterklasse hätten versagt: Gewerkschaften und SPD, einschließlich ihrer linken Flügel, würden bei der postfordistischen Umstrukturierung und Neuordnung der Ausbeutungsverhältnisse keinen Widerstand leisten, sondern sie mitpropagieren.

Roth schloß seine Analyse mit einem Apell an die Linke, sich wieder verstärkt der "sozialen Frage" und den Proletarisierungsprozessen zu stellen.

¹ Karl Heinz Roth, Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken. Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert. In Buchform erstmals veröffentlicht in: Frombeloff (Hrsg.), ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993 (vgl. die Rezension in Z 16).

² Vgl. die Bibliographie in: K. Linne, T. Wohlleben (Hrsg.), Patient Geschichte, Frankfurt 1993, S. 357ff.

³ Karl Heinz Roth (Hrsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Frankfurt 1994, 285 S., 29,80 DM.

⁴ Karl Heinz Roth, Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektive der Linken - Schwächen und Stärken eines überfälligen Diskussionsvorschlags, in: ebd. S. 155-283.

Dies sei aufgrund der ökonomischen Entwicklung notwendig; zweitens sei die Linke durch prekäre Arbeitsverhältnisse, "neue" Selbständigkeit und Arbeitslosigkeit zunehmend selbst den neuen Verhältnissen unterworfen. Nur so könne auch der grassierende Rassismus und Nationalismus in der Klasse bekämpft werden, denn "jede antirassistische Initiative, die die 'soziale Frage' ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen", sei "auf Sand gebaut". Da heute keine linke Strömung Patentrezepte aufweisen könne und sich auch kein linker oder linksradikaler Ansatz historisch als "richtig" herausgestellt habe, sei eine offene Diskussion unter den verschiedenen Strömungen von autonomen bis basisgewerkschaftlichen Linken möglich.

Organisatorische Folgen hatte der Text nicht: Die Gründung sog. "Proletarischer Zirkel" blieb aus. Hauptkritikpunkte am Text von Roth waren zum einen die Einschätzung des Toyotismus sowie sein Verständnis von Rassismus und Antirassismus. Roth wird zum einen vorgeworfen, sein Blick sei zu stark "von oben" geprägt, er halte die Pläne des Kapitals schon für Realität und falle auf den "Fetisch Toyotismus" herein. Diese Position vertritt u.a. die Gruppe "Wildcat". Eine andere Kritik stellt der Rothschen Hoffnung in das metropolitane Proletariat dessen materielle Integration in den Postfordismus entgegen und spricht ihm ein Interesse an Veränderung ab. Diese Kritik vertreten sowohl Detlef Hartmann (Redaktion "Materialien für einen neuen Antimperialismus")⁵ und Heiner Möller (von der antinationalen "Gruppe K"). Hartmann spitzt sie soweit zu, daß er revolutionäre Veränderungen nur noch aus der Peripherie erwartet, deren hier sichtbarer Teil die Flüchtlinge, speziell die Roma, seien. Möller hält vor allem die Bewertung des "internationalen Kapitals", das tendenziell das nationalstaatliche überwinde, für falsch und hält dem die Renaissance des nationalstaatlich verfaßten Kapitals entgegen. Er glaubt im Gegensatz zu Roth nicht, daß der strukturelle Rassismus "über soziale und Besitzstandsforderungen aufhebbar" sei und setzt auf Bewußtseinsbildung und Antinationalismus als Strategie für die Restlinke.

Vorwärtsweisend ist ein Beitrag von Sergio Bologna, einem operaistischen Historiker aus Italien. Er begrüßt die "Wiederentdeckung" der Arbeit als Feld der Analyse und Kämpfe, kritisiert aber scharf das duale Denken von Roth und fragt sich, "was dann?", "wenn erst einmal die Front (zwischen Kapital und Arbeit, B.H.) gemacht wurde". Bologna weist darauf hin, daß das Einkommen nicht das zentrale Analyse Kriterium sein könne. Ein weiterer - im erwähnten Buch nicht dokumentierter - Beitrag⁶ geht davon aus, daß die Rede vom "Postfordismus" eine Etablierung impliziere, die noch

⁵ Vgl. auch die programmatische Veröffentlichung von Detlef Hartmann: *Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt*, Berlin 1988 (1. Auflage 1981).

⁶ Hartmut Krauss, *Wiederkehr der Proletarität oder Neustrukturierung sozialer Ungleichheit* (Teil I), in: *Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik* 1/94 S. 26-41.

gar nicht geschehen sei. Krauss kritisiert an Roth seine Homogenitätsauffassung: Von "einem Proletariat in einer kapitalistischen Welt" (Roth) könne keine Rede sein. Roth verwende ferner eine "teleologische Subjektaufassung", in der "das als homogen vorgestellte Proletariat seinen Subjektcharakter von vornherein als essentialistische Eigenschaft ('schlummernde Potenz') in sich" trage. "Infolge krisenhafter Verschlechterung der Lebensbedingungen und 'vorwärtstreibender' Anleitung durch die 'revolutionäre Partei' (oder heute bescheidener: neoproletarische Zirkel) entfalte sich die immanente Subjektpotenz gesetzmäßig und aktualisiere sich schließlich in der proletarischen Revolution". Diese Sicht übergeht nach Krauss völlig die Widersprüchlichkeit proletarischen Handelns, das kapitalimmanent und systemüberwindend zugleich sei.

Mit "Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektive der Linken - Schwächen und Stärken eines überfälligen Diskussionsvorschlages" antwortet Roth seinen KritikerInnen, und vertieft er seine Ausführungen vom Juni 1993. Inhaltlich analysiert er nochmals den grundsätzlichen Wandel der letzten 20 Jahre, die internationalen Umbrüche und die - nach Ansicht des Operaismus - durch die ArbeiterInnenkämpfe der 60er und 70er Jahre verursachte Krise. Desweiteren untersucht er die Existenz einer (weltweiten) relativen Überbevölkerung und geht näher auf die Reorganisation des Arbeitsprozesses - speziell in Japan und Südostasien - ein. Nach einer Beschreibung der neuesten Entwicklungen in Deutschland untersucht Roth die Branchbarkeit Marx'scher Ansätze für heute und kritisiert den Fortschrittsproduktivismus der alten Arbeiterbewegung. In einem Ausblick ("Für einen Sozialismus als offenes System") bestimmt er die Kämpfe um Boden, gegen die Deregulierung der Arbeitsmärkte und für die egalitäre Wiederaneignung der Reproduktionsgrundlagen als die in der Zukunft wichtigen Auseinandersetzungen.

Die politische Tradition von K.H. Roth: Der Operaismus

Roth entstammt der theoretischen "Schule" des Operaismus und ist seit 1974 eine ihrer Theoretiker. Diese politische und ökonomische Theorie entstand im Italien der frühen 1960er Jahre⁷. Sie geht davon aus, daß die ArbeiterInnen in die Fabrik gezwungen werden und dort neue Widerstandsformen gegen die Arbeit - die sie fundamental ablehnen - entwickeln. Diese bestehen u.a. in Streik, Diebstahl, Sabotage, Krankfeiern etc. Die ArbeiterInnen produzieren nach der operaistischen Krisentheorie durch Arbeitsverweigerung und durch ihr Verlangen nach mehr Lohn die Krisen des Kapitals. Das Kapital reagiert auf den Widerstand mit technologischen Neuerungen ("der technologische Angriff auf die Klasse") und versucht, die Unzufriedenheit als Motor für Innovationen zu verwenden.

⁷ Zur Entstehung und Entwicklung des Operaismus vgl. Frombeloff 1993 (Anm. 1).

Zentrale Untersuchungsmethode des Operaismus ist die "Militante Untersuchung": Die ebenfalls in der Fabrik sich bewegenden ArbeiterInnen befragen ArbeiterInnen, um deren Situation zu erfahren und zu verstehen. Ein zentraler Begriff ist die Klassenzusammensetzung: Aus wem besteht die ArbeiterInnenklasse, wie ist sie zusammengesetzt, welches Bewußtsein besitzt sie?

Nach dem Abflauen der Kämpfe in Italien ab Anfang der 70er Jahre wurde der operaistische Ansatz auf die ganze Gesellschaft ausgeweitet, die Fabrikzentralität überwunden. Da gleichzeitig die neuen sozialen Bewegungen entstanden, wurde der Begriff des "gesellschaftlichen Arbeiters" kreiert.

Das wichtigste Organ des deutschen Operaismus in den 80er Jahren war "Autonomie (Neue Folge)" (1979 bis 1985), in deren Redaktion Roth mitarbeitete⁸. Im Deutschland der 90er Jahre wird der operaistische Ansatz vor allem von der Zeitschrift "Wildcat" vertreten.⁹ Eine andere, mehr internationalistisch-antirassistische Lesart, vertritt die Buchreihe "Materialien für einen neuen Antimperialismus".¹⁰ Vor allem historisch orientiert sind die "Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik", die versuchen, die Sozial- und Herrschaftstechniken der NS-Zeit und den Zusammenhang von Modernisierung und Vernichtung zu erforschen¹¹. Eine Einführung in die politische Ökonomie in Anlehnung an operaistische Denkfiguren gibt Res Strehle in "Wenn die Netze reißen". Dies ist eine im Vergleich zu Roth leichter lesbare "Tramfahrt durch den Postfordismus", die über die klassischen ökonomischen Themen hinausgeht, da Strehle auch das "schlanke Patriarchat", den Rassismus der Wohlständigkeit, die Ökonomie des internationalen Drogenmarktes und den Wertraub zwischen den (ethnischen) Zonen der Weltwirtschaft darstellt.¹²

Problematisch am Operaismus ist seine Fokussierung auf die Klassenzusammensetzung bzw. sein Ökonomismus. Aus der Position im Produktionsprozeß wird auf das Bewußtsein und eine (erhoffte) Rolle beim revolutionären Umsturz geschlossen. Die hilfreiche Untersuchung der Klassenzusammensetzung ersetzt jedoch nicht die Anstrengung einer theoretischen Begriffsbildung. Der Operaismus fällt teilweise weit hinter viele

⁸ Autonomie Nr. 10: Antimperialismus in den 80er Jahren (1982); Nr. 14: Klassengeschichte - soziale Revolution? (1985) bei Verlag Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

⁹ Bezug über: Sisina, Postfach 360527, 10975 Berlin; wildcat gibt auch die Buchreihe "TheKia" heraus, von der derzeit sechs Ausgaben erhältlich sind.

¹⁰ Materialien für einen neuen Antimperialismus 1 bis 6, erschienen bei Verlag Schwarze Risse, Nr. 6 behandelt die "Ethnisierung des Sozialen" am Beispiel des jugoslawischen "Bürgerkrieges".

¹¹ Von dieser Reihe sind bislang 11 Ausgaben erschienen im Verlag Schwarze Risse; Nr. 11 zu "Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteeregulation im Zwischenkriegseuropa".

¹² Res Strehle, Wenn die Netze reißen. Marktwirtschaft auf freier Wildbahn, Zürich 1994.

Analysen der letzten Jahre zurück, in denen die Bedeutung kultureller Muster und psychischer Strukturen oder auch die große Bedeutung von geschlechtlicher Arbeitsorganisation und Sexismus herausgearbeitet wurde. Erwähnt sei nur die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse Rassismus, Sexismus und Kapitalismus ("triple oppression").¹³

Schließlich: Was heißt "unten" (Wildcat) oder "from the bottom up" (Roth) in heutigen Zeiten? Diese Frage wird unklar beantwortet. Mit dieser theoretischen Unklarheit hängt auch das problematische Rassismus-Verständnis von Roth zusammen, das er mit vielen Linken teilt. Der Sexismus, Nationalismus und Rassismus der Klasse wird vor allem als fehlgeleiteter Protest "gegen den Konsens" (Roth) gedeutet. Der Gedanke, daß sich der Rassismus "von unten" vor allem in Übereinstimmung mit der politischen Klasse befindet, in der gemeinsamen Verteidigung materieller Privilegien und dem Kampf gegen den drohenden Abstieg, ist Roth fremd. Dieses falsche Rassismus-Verständnis ist die Folge des Rothschen Ökonomismus.

Roth deutet zwar an, daß "die mehr oder weniger verzweifelte 'spät'-operaistische Suche nach irgendwelchen besonders 'avantgardistischen' Fraktionen des Klassensubjekts aufzugeben und das Augenmerk auf die Potentiale sozialrevolutionärer Prozesse in ihrer ganzen Vielfalt zu richten" sei; er kommt aber in weiten Teilen seines Textes nicht ohne die Vorstellung eines revolutionären Subjektes aus, dem des "selbständigen Arbeiters". Näher an der eben genannten Forderung ist das "Winterpapier", ein Text des Bremer Antirassismus-Büros.¹⁴ Nach einer Zustandsbeschreibung, die an Roth orientiert ist, werden Schlüsse für die politische Praxis gezogen, die eine andere Gewichtung haben: die moralische Politik der autonomen Linken sei gescheitert, die Konflikte und Kämpfe der Zukunft seien sozial definiert und immer weniger politisch im gewohnten Sinn. Diese aus Großbritannien übertragene Erkenntnis bedeutet ein Sich-einlassen auf Kämpfe um Einkommen, Wohnraum, Bewegungsfreiheit usw. Bemerkenswert am "Winterpapier", in dem der Auseinandersetzung um Rassismus ein zentraler Stellenwert eingeräumt wird, ist der Bezug auf den Holocaust und den Nationalsozialismus. Fast schon in Anlehnung an die antideutsche Strömung der Linken wird an anderer Stelle postuliert: "Jede deutsche Initiative muß von der Geschichte des NS und vom Antisemitismus ausgehen. Auschwitz - die Verkoppelung von Modernisierung und Vernichtung, von Ökonomie und Bevölkerungspolitik - bleiben unsere moralischen und politischen Bezugspunkte".¹⁵

¹³ Klaus Viehmann u.a., Drei zu Eins. Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Projektgruppe: Drei zu Eins; Berlin 1991, S. 27-62.

¹⁴ Antirassismus-Büro Bremen, Winterpapier 1993. Die neuen Fluchtpunkte für die sozialen Konflikte der 90er Jahre, Bremen 1993 (Adresse: Sietwall 38, 28203 Bremen).

¹⁵ Antirassismus-Büro Bremen, The burning spear of anti-racism, in: ZAG. Zeitschrift antirassistischer Gruppen Nr. 12, 3/1994, Berlin.

Roths Analysen und der Operaismus sind zu kritisieren und zu verteidigen. Gegenüber den Theorien der "demokratischen Potentiale des Kapitalismus" oder der "Zivilgesellschaft" analysieren sie die Barbarei der industriellen Arbeitsorganisation und die weltweiten Elendsverhältnisse. MarxistInnen (auch erneuerte) sollten sich mit der Prämisse des "Kampfes gegen die Arbeit" statt der Umwandlung kapitalistischer Arbeit in sozialistische beschäftigen. Auch daß der Ansatz davon ausgeht, daß die ArbeiterInnen die Subjekte des Kapitalverhältnisses seien und nicht das Kapital (oder seine ihm eingeschriebenen Gesetze), ist ein erfrischender Gedanke, der hilft, den Blick auf bislang weiße Flecken der heutigen (und auch vergangener) Kämpfe zu richten.¹⁶

Das höchst problematische Verhältnis von Intelligenz und "Klasse" - das sich auch in der nicht erfolgten Umsetzung der Rothschen Gedanken zeigt - harret noch seiner Weiterentwicklung. Ebenfalls unklar ist das Problem der Institutionalisierung einmal erreichter ArbeiterInnenmacht, auf die auch Heinz Jung in seinem Beitrag zur Debatte um Roth hinweist: Ohne politische und institutionelle Makrostrukturen kann keine Arbeiterklasse im Sinne ihrer Interessen eingriffsfähig sein.

Die Reaktionen auf die Texte von Roth spiegeln die Diskussionen um "Moderne" und "Postmoderne" wieder: Ist der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital der wichtigste? Kann es eine Linke geben, die nicht vom Klassenwiderspruch, sondern z.B. von Antinationalismus ausgeht? Und: Wie verarbeiten alle Strömungen die Erfahrung, daß der Klassegegensatz sich zwar - vor allem im internationalen Maßstab - immer weiter ausweitet, er aber immer weniger erfahrbar, prägend und insofern relevant für das Handeln und Verhalten der medial atomisierten Subjekte wird? Hier wäre eine Theorie gefordert, wenn sie beweisen will, daß sie nicht nur für die historische Ausnahmesituation ihrer Entstehung - die nachholende Modernisierung Italiens - stimmig und anwendbar ist.

Der intellektuelle Pool "des Operaismus" in Deutschland ist zwar klein, aber beachtlich. Es herrschen aber akademische Spezialisierung, ökonomistische Handwerkerlei und eine Beschränkung auf die eigenen Bezugsgruppen, seien sie theoretischer oder eher praktischer Natur, vor. Zweitens scheinen männlich-patriarchale Antipathien und Konkurrenzverhältnisse die Diskussion um "operaistischen Spektrum" zu erschweren. Angesichts dessen hat Karl Heinz Roth viel in Bewegung gebracht und die sonst oft von Dogmatismus gekennzeichnete Debatte belebt. Eine Modernisierung des Operaismus steht aber noch aus.

Bernd Hüttner

¹⁶ Z.B. Benno Sorrel, Arbeiter gegen den Kommunismus. Zur Geschichte des Proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958). Berlin 1991 (zuerst frz. 1958).

Unzeitgemäße Debatten über Marx und Engels

Im Juni 1994 fand in Frankfurt/M eine Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung statt, die die Marxsche Urfassung des dritten "Kapital"-Bandes und Engels Edition dieses Manuskriptes zum Thema hatte. Zwei Beiträge zu dieser Sitzung wurden in Z 20 abgedruckt und von Winfried Schwarz kurz eingeleitet. In dieser Einleitung wird mitgeteilt, daß es erhebliche Meinungsverschiedenheiten bei der Frage gab, ob Engels mit seiner Edition im wesentlichen den Intentionen von Marx gefolgt sei oder ob er sinnverändernd und mit mangelndem Verständnis für die Marxsche Darstellungsmethode in den Text eingegriffen habe. W. Schwarz bemerkt dazu, daß sich diese Frage nicht klären lasse, da jeder Marxinterpret ein anderes Verständnis vom "authentischen Marx" habe. Vielmehr erscheine hier ein "politisch motivierter Dauerbrenner ... Marx gegen Engels". Angesichts dessen stellt er dann die (offenbar nur rhetorisch gemeinte) Frage, "ob die Differenzen zwischen Marx und Engels zeitgemäße Debatten in einer Gegenwart sind, die die Namen beider Wissenschaftler ignoriert, aktiv verdrängt, aus dem Allgemeinbewußtsein verbannt und schlichtweg vergißt" (Z 20, S.211f.).

In dem kurzen Text werden somit drei Überlegungen präsentiert: (1) Über verschiedene Marxinterpretationen lasse sich nicht debattieren, denn jeder habe seine eigene; (2) die Diskussion über Differenzen zwischen Marx und Engels sei eine in erster Linie politisch motivierte Debatte; (3) Eine solche Debatte sei nicht "zeitgemäß". Solche Argumente, die in dieser oder ähnlicher Form auch andernorts zu hören waren, wenn die Einheit des "Klassikerpaares" in Frage gestellt wurde, machen einige Anmerkungen nötig, insbesondere dann, wenn sie sich in einer "Zeitschrift für marxistische Erneuerung" finden.

Ich will mit dem dritten Punkt beginnen. Was ist eigentlich damit gemeint, wenn unter Hinweis auf den Zeitgeist die *Berechtigung* einer Diskussion über Differenzen zwischen Marx und Engels angezweifelt wird? Ist damit gemeint, daß diese Diskussion kein großes öffentliches Interesse hervorruft, da sowieso kaum noch über Marx und Engels diskutiert wird? Wohl kaum, denn dann wären nicht nur Diskussionen über die Differenzen von Marx und Engels unzeitgemäß, sondern alle Debatten über Marx einschließlich der über "marxistische Erneuerung". Dann kann aber nur gemeint sein, daß man diese Diskussion nicht führen solle, weil sie doch bloß von politischen Gegnern ausgeschlachtet würde! Wie verhängnisvoll sich eine solche Wagenburgmentalität auswirken kann, zeigt ein Blick auf die Geschichte des Realsozialismus und der ihn unterstützenden Parteien. Eine Debatte über "marxistische Erneuerung" würde sich jedenfalls erübrigen, wenn von vorneherein schon bestimmten Fragen die Berechtigung abgesprochen werden würde.

Zum zweiten Punkt. Daß in der Vergangenheit angebliche oder tatsächliche Differenzen zwischen Marx und Engels häufig aus politischen Gründen hervorgekehrt wurden, mag ja zutreffen. Aber dann sollte man sich auch daran erinnern, *warum* es überhaupt zu einem Politikum werden konnte, oh solche Differenzen bestehen oder nicht: Weil nämlich innerhalb des "Marxismus-Leninismus" die Theorien von Marx und Engels in unantastbare Wahrheiten verwandelt und zur Legitimation einer oft willkürlichen und repressiven Praxis von Staat und Partei verwendet wurden; Differenzen zwischen Marx und Engels zuzugeben, bedeutete dann, daß auch ihre Theorien nicht ganz von Irrtümern oder Widerprüchlichkeiten frei sind. Man hätte dann zwar noch immer viel von den beiden lernen können, nur als quasi-übermenschliche Autoritäten hatten sie sich nicht mehr so ohne weiteres geeignet. Nur aufgrund der Konstruktion einer solchen Legitimationsideologie konnte die Entdeckung menschlicher Züge an Marx und Engels (wie es Irrtümer, Mißverständnisse, Differenzen oder auch persönliche Schwächen sind) überhaupt zu einem "politisch motivierten Dauerherrscher der Marxismusinterpretation" werden.

Und endlich zum ersten Punkt: Daß man über Marx-Interpretationen nicht dehattieren könne, weil jeder seine eigene habe, würde ja wohl (wenn die Aussage ernst genommen würde, was ich nicht glaube) den Schluß jeder Debatte bedeuten: Entweder man ist derselben Ansicht, dann braucht man nicht zu diskutieren, oder man ist verschiedener Ansicht, dann kann man es nicht. Auch wenn man bezweifelt, daß stets ein Konsens herzustellen ist, können Dehatten doch zu einer partiellen Klärung oder zumindest zu einem Konsens über die Punkte, an denen der Dissens existiert, führen, so daß man wenigstens nicht mehr aneinander vorbei redet.

Und gerade bei der zur Diskussion stehenden Frage, geht es zunächst einmal noch gar nicht um ein "authentisches Marxverständnis" (wie in dem Kommentar unterstellt wird), sondern zuallererst um einen "authentischen Text". Und dazu ist noch ohne jede eigene Interpretation festzustellen, daß Engels bedeutende und nicht ausgewiesene (also vom Leser auch nicht zu bemerkende) Texteingriffe vorgenommen hat, z. B. erhebliche Textkürzungen, umfangreiche Textumstellungen (sowohl von kleineren als auch von größeren Textstücken), Aufwertungen von Textstücken (Fußnoten wurden in den Text geholt, Klammern wurden weggelassen), eine detaillierte Gliederung des Textes (die weitaus meisten Überschriften stammen von Engels) sowie eine Vielzahl bedeutungsverändernder Einfügungen in den Text (z. B. wurde aus: "Die Analyse des Creditwesens ... liegt ausserhalb unsres Plans" bei Engels: "Die eingehende Analyse ..."). Daß solche Eingriffe den Sinn des ursprünglichen Textes nicht unberührt lassen, sollte einleuchten. Bereits insofern ist klar, daß Engels nicht einfach den Marxschen Text *herausgegeben*, sondern ihn in bestimmter Weise *bearbeitet* hat. Noch ohne jede eigene Interpretation kann festgestellt werden, daß das Marxsche Manuskript an einer ganzen Reihe von Punkten offen oder unentschieden blieb, die dann von Engels in einer gewissen Richtung zuge-

spitzt oder fortentwickelt wurden, wodurch er die künftige Interpretation in eine bestimmte Richtung lenkte.

So läuft beispielsweise das nicht weiter untergliederte (Marxsche) Kapitel über den Fall der Profitrate in eine Reihe von Bemerkungen aus, die sich in mehreren Anläufen mit verschiedenen Aspekten von "Krise" beschäftigen. Das Manuskript läßt den Status dieser Bemerkungen weitgehend offen; Die Marxsche Darstellung hatte sich offenbar in Forschung verwandelt, die noch längst nicht abgeschlossen war. Für eine spätere Ausarbeitung wären hier mehrere Varianten des Umgangs mit diesen Krisenabschnitten denkbar gewesen: Marx hätte versuchen können, sie in ein eigenes Kapitel zu verwandeln, das in unmittelbarem Zusammenhang mit der Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate gestanden hätte, er hätte versuchen können, an einer anderen Stelle einen eigenständigen Abschnitt über kapitalistische Krisen zu konzipieren, der auch noch anderes Material etwa aus dem Bereich des Kreditwesens integriert hätte, er hätte die Darstellung der einzelnen angesprochenen Krisenphänomene aber auch auf entsprechende Kapitel verteilen und eine selbständige Krisentheorie vermeiden können oder vielleicht hätte er auch einen Großteil des Niedergeschriebenen gar nicht im Rahmen der drei "Kapital"-Bände verwenden wollen. Für jede dieser vier Varianten lassen sich Gründe anführen. Welche Variante die sachlich angemessenste gewesen wäre (welche Gründe also die entscheidenden sind), ist nun in der Tat eine Frage der Interpretation, über die sich streiten läßt. Engels entschied sich für die erste Möglichkeit und versuchte die Kohärenz des bei Marx vorgefundenen Materials durch eine Untergliederung und entsprechende Überschriften, durch Auslassungen und Textveränderungen zu steigern. Ganz unabhängig davon für wie plausibel man die von Engels gewählte Variante der Bearbeitung nun hält, für den Leser wird gar nicht erkennbar, daß hier überhaupt eine Entscheidung getroffen wurde, die für jede weitere Diskussion einer "Marxschen Krisentheorie" relevant ist. Und dies gilt auch für viele andere Stellen, an denen Engels die Offenheit des Marxschen Textes zugunsten einer bestimmten Lesart beseitigt. Selbst angenommen, man würde alle Entscheidungen von Engels rechtfertigen, so würde dem Leser der Engelsschen Edition doch verborgen bleiben, daß es überhaupt etwas zu rechtfertigen gibt.

Engels gibt nicht einfach ein Marxsches Manuskript heraus, er interpretiert und bearbeitet dieses Manuskript in erheblichem Umfang. Bereits dieser Befund, der noch überhaupt nichts über die Qualität der Engelsschen Interpretation aussagt, sollte ausreichen, um deutlich zu machen, daß sich in Zukunft jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem dritten Band des *Marxschen "Kapitals"* am Originalmanuskript und nicht an der Engelsschen Bearbeitung orientieren muß. Die von Engels besorgte Ausgabe kann nicht länger als "der" dritte Band des "Kapitals" gelten. Deshalb sollte die Engelssche Edition aber noch lange nicht "eingestampft" werden, sie ist als Dokument von Engels' Marx-Rezeption (deren Stärken und Schwächen

zu diskutieren wären) wie auch zum Verständnis der "Kapital"-Rezeption der vergangenen hundert Jahre unverzichtbar.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber aufgrund der Heftigkeit der Reaktionen, die solche Thesen hervorgerufen haben, sei es hier nochmals betont: Bei aller Kritik im Einzelnen geht es natürlich nicht darum, in Abrede zu stellen, daß es eine ungeheure Leistung von Engels war, dieses überaus schwierige Manuskript in einer lesbaren Form herauszubringen. Nur darf dieser Respekt vor Engels nicht dazu führen, bereits die Frage nach den Schwächen seiner Edition als unzulässig zurückzuweisen. Engels auf ein solches Podest zu stellen, bei dessen Anblick alle Zweifel zu verstummen haben, wäre wohl das letzte gewesen, was sich dieser alte Haudegen jemals gewünscht hätte.

Michael Heinrich

AUSEINANDERSETZUNGEN MIT NATIONALSOZIALISMUS UND FREMDENHASS IN psychosozial



56
Neue Werte für böse Kinder?

Richter: Zum Unbehagen in der Unkultur der Gewalt
Rost: Autoritäre und antiautoritäre Erziehung
Bohleber: Sind die 68er schuld am Rechtsextremismus?
Eisenberg: moralisches Ozonloch

ISBN 3-930096-28-5

32,- DM



40
Feindbilder
(Hg.: Iring Fetscher) Sommer: Feindbilder und politisches Bewußtsein
Richter: Neues Denken.
Flitner: Friedenserziehung.
Wirth: Skinheads.
Eisenberg: Fremdenhaß, Hesse: Feindbilder im Kindesalter,

ISBN 3-930096-11-0

10,- DM



36
Die Vergangenheit ist gegenwärtig
(Hg.: W. Dierking u. H.-J. Wirth)

Westernhagen: Kinder der Täter
Wirth: Fall Jennings
Brocke: Jüdische Überlebende, ihre Kinder und Enkel
Bauriedl: Vergangenheitsbewältigung in Psychotherapie und Politik
Becker u. Becker: Legende von der Bewältigung des Unerträglichen
Fetscher: Dünkel der Betroffenen

ISBN 3-930096-07-2

10,- DM



28
Erinnern hilft Vorbeugen
(Hg.: A. Overbeck u. H.-J. Wirth)
Gespräch mit Peter Brückner
Eisenberg: Unterirdische Geschichte des Faschismus
Platta: Psychoanalyse im Nationalsozialismus
Eucker: Kinderzeit/Nazizeit
Massing u. Beushausen: Nationalsozialismus in Familien

ISBN 3-930096-00-5 10,- DM

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente
Analysen der ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

ISW-report
(erscheint vierteljährlich mit ISW-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)
Energie - Müll - Verkehr (Nr. 10, Januar 1994)
Alternativen zum Neoliberalismus (Nr. 19, April 1994)
Sackgasse Neoliberalismus (Nr. 20, August 1994)
Markt, Umweltschutz, Energieteuer (Nr. 21, Oktober 1994)
MedienMülle und MultiMedia (Nr. 22, Januar 1995)

ISW-spezial
Forze Itelle - Vorwärts in die Vergangenheit (Nr. 7, Mai 1994). DM 5,- + Versand

ISW-wirtschaftsinfo
Standort D (Nr. 17, Mai 1994). DM 5,- + Versand
Lohn, Preis, Profit '95. Argumente & Fakten zur Tarifrunde (Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Informationen anfordern bei ISW e.V., Georg-Wopner-Str. 48, 80939 München, Tel. 089-323 17 80, Fax: 166 84 16, Konto Sparda Bank München, Konto-Nr. 88 34 20 (BLZ 700 905 00)

Neu bei ISW

ISW-wirtschaftsinfo Nr. 28
Lohn, Preis, Profit '95
Argumente & Fakten zur Tarifrunde

ISW-report Nr. 22
MedienMülle und MultiMedia

Bestell Coupon:

Psychosozial Verlag, Dr. Hans-Jürgen Wirth, Friedrichstr. 35
35392 Gießen, Tel: 0641/77819, Fax: 0641/390716

Hiermit bestelle ich
 ab Heft _____ ein Abonnement: jährlich 4 Hefte zum Preis von DM 98 zzgl. Versand
 ab Heft _____ ein Studentenabo: jährlich 4 Hefte zum Preis von DM 49 zzgl. Versand
 Folgende Einzelhefte 28 36 40 56
 Alle 4 Hefte zum Kennenlernen für DM 48 zzgl. Versand

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Datum/Unterschrift: _____

Demokratie als Insurrektion

Etienne Balibar, *Die Grenzen der Demokratie*, Argument-Verlag, Hamburg 1993, 238 Seiten, 29,00 DM.

In den Jahren des Aufstiegs und Niedergangs des "Neuen Denkens" gab Etienne Balibar die Parole "Anders denken" aus. Sie ist weniger spektakulär, hat aber in der präzisen, an der Marx-Lektüre der Althusser-Seminare geschulten Begrifflichkeit, mit der Balibar sie praktiziert, ihre Brisanz bewahrt, "weil tatsächlich keine der Kategorien, die wir im historisch-politischen Feld zur Verfügung haben - ob 'Klassenkampf', 'Nationalismus' oder 'Liberalismus' - ihre traditionellen Bezüge beibehält". "Anders denken" ist daher der Titel des dritten Teils der "Interventionen und Studien" aus den Jahren 1981-1991, in denen Balibar nach der "rein begriffliche(n) Analyse ... Mutmaßungen über den Sinn der politischen Veränderungen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen ... im heutigen Europa" anstellt (11). Schon die chronologische Anordnung der in dem Band versammelten Arbeiten verdichtet die progressive Vertiefung der Analyse von dem "brutale(n) Erwachen" bei der "Entdeckung" des Rassismus" und der mit seinen neuen Formen gestellten Probleme bis zu strategischen Überlegungen, die Demokratie wieder zu einem "Einsatz (enjeu) machen" zu können, was für Balibar nichts anderes ist als "die Definition einer linken Politik" (13). Noch die Umwege des Den-

kens gehen dabei in die Selbstreflexion des Balibarschen ein: Die "zeitliche Dauer (durée)" in der "Bewegung der Politik und ihrer theoretischen 'Aneignung'" ist nämlich "nicht nur die vergehende Zeit; sie ist ihre Materie, ihre Vielschichtigkeit mit ihren Brüchen, ihre Unsicherheit, auch ihre Umkehrbarkeit". Die durée in die Komposition eines Buches "einzuschreiben", ist somit "ein Weg zur Dekonstruktion jener Codes, die, der Vergangenheit oder der Zukunft zugewandt, der Zeit eine imaginäre Linearität auferlegen." Es ist "- ganz im Gegeusatz zu den politischen Ideologien mit ihrem naturwüchsigen Dogmatismus - ein Weg zur Wiederherstellung der Möglichkeiten, der realen, der gegenwärtigen oder zukünftigen Weichenstellungen und Gabelungen der Geschichte" (6).

Solcher Vorwarnungen für den analytischen Gebrauch politischer Kategorien bedarf es offenbar in Zeiten linker Reklamationen nationaler Identität und militärischer "Out-of-area-Einsätze" für die Menschenrechte. Sie erhalten freilich eine konstruktive Wendung, wenn Balibar seine "Vorschläge ... zunächst in der Hauptsache negativ" nennt, um in "Anwendung dessen, was Gramsci 'Pessimismus des Verstandes' genannt hat, den Kampf gegen Entmutigung und Perspektivlosigkeit aufzunehmen" (11).

Der erste Text des Bandes, "Von Charonne nach Vitry", der Balibar nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft - den Ausschluß aus der Französischen Kommunistischen

Partei eintrug, markiert mit der Einheitsdemonstration von 1962 an der Metro-Station Charonne gegen die OAS und für die sofortige Beendigung des Algerienkrieges - sie hatte acht Tote (darunter sieben Kommunisten) gefordert - und der von einem kommunistischen Bürgermeister kommandierten "Bulldozer-Aktion" gegen ein für Arbeiter aus Mali errichtetes Wohnbecken in Vitry Ausgangs- und Endpunkt des Weges, auf dem die neuen, kulturalistischen Formen des Rassismus in ihrer "innere(n) Verbindung ... mit dem Phänomen der Einwanderung" in die kommunistische Partei eindringen und die Bedingungen prägten, unter denen sie 1981 zur Beteiligung an der Macht gelangte. Hier und in den weiteren Texten des ersten Teils ("Der Aufstieg des Rassismus in Frankreich") versucht Balibar, den "klassenspezifischen Triebkräften des gegen Einwanderung gerichteten Rassismus und der Einwanderung selbst" nachzugehen, was nicht "sie darauf zu reduzieren" heißt. Balibars Hauptthese ist "die der institutionellen Struktur des Rassismus", da die Frage der Immigration weder von dem "Widerspruch des Begriffspaars Staatsbürgertum (citoyenneté)/Nation" (9) noch "vom gegenwärtigen Stand des Klassenkampfes" (43) zu trennen ist. Denn wenn auch "zwischen Klassenfrage und nationaler Frage keine Symmetrie besteht", so hat sich "der Nationalismus in seiner modernen Form durchaus im Kontext des Klassenkampfes und der 'sozialen Frage' konstituiert, die er zu kontrollieren und, wenn möglich, zu

substituieren bestrebt ist" (81). In dem Maße, wie das Staatsbürgertum, das ursprünglich keineswegs an ein nationales Territorium gebunden war, sich als heiliges Erbe der Vorfahren, als "Eigentümlichkeit" nationaler Kultur definierte, zugleich aber in seinem eigenen nationalen Raum eine Masse minorisierter Individuen einschloß und diese gleichwohl für nicht assimilierbar, für nicht nach nationalem Vorbild erziehbar erklären mußte, produzierte und reproduzierte es einen "zentralen Dualismus" zwischen "Französischstämmigen" und "Zuwanderern", zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen 'Stadtzentren' und 'Randgebieten', zwischen relativ behüteten Teilen der Arbeiter- oder Beschäftigtenklasse und ihren marginalisierten Teilen. Man sieht, so Balibar, "daß der juristische und parajuristische Begriff der Staatsbürgerschaft nicht nur untrennbar mit einem relativ geschlossenen Hoheitsgebiet" verbunden, sondern auch nicht von seinen beständig vom Klassenkampf "überdeterminiert(en) inneren Grenzen" (83) zu trennen ist. Wer dies für Probleme eines ehemaligen Koloniallandes halten mag, wird eines anderen belehrt, wenn Balibar in "Deutschland von morgen den virtuellen Brennpunkt aller (von ihm dargestellten) 'Unterschiede' und ethnisch-sozialen Spannungen" sieht (144f.).

Im zweiten Teil des Buches sind Balibars analytische Anstrengungen darauf gerichtet, seinen Annäherungen an "die scheinbar unauflös-

liche, aber zunehmend konfligierende Einheit von Staatsbürgertum und Nationalität" die Form der Konstruktion einer "Topik von ideologischen Spannungen der modernen Politik" zu geben. Seine Konstruktionshypothese (112f.) lautet: Die Gleichsetzung von Freiheit und Gleichheit, die nur in ihrer negativen Bestimmung (Negation des Absolutismus und Negation der Privilegien) im revolutionären Akt von 1789, in der "égalité", wie Balibar sie nennt, zusammenfielen, aber bereits in der Konstitution des Nationalstaats auseinandertraten, ist unabdingbar für die moderne, "subjektive" Umgestaltung des Rechts, sie ist aber nicht in der Lage, ihm institutionelle Stabilität zu geben. Dafür bedarf es einer "Vermittlung, die die antithetischen Formen der 'Brüderlichkeit' (oder Gemeinschaft) und des 'Eigentums' annimmt". Jede dieser Vermittlungen ist ihrerseits "umkämpft" und aufgespalten, die Verbindung ihrer Gegensätze ist "die allgemeinste ideologische Form des 'Klassenkampfes'". Jede dieser Vermittlungen verdrängt zugleich "eine andere Art von 'Widerspruch'". Balibar nennt sie die "großen 'anthropologischen Unterschiede', die die Einzigartigkeit der Individuen ausmachen": der Unterschied der Geschlechter (seitens der Brüderlichkeit-Gemeinschaft) und "die Trennung des 'intellektuellen' Wissens von der 'körperlichen' Tätigkeit". So gibt es "zwei ganz heterogene Typen von 'Widersprüchen'", die klassenantagonistischen und die anthropologischen, die nicht aufeinander zu reduzieren und eben-

sowenig voneinander zu trennen sind.

Ihre Entfaltung läßt "aus der ursprünglichen Topik eine andere" zutage treten, die "wie ihre Kehrseite oder die Wiederkehr ihres Verdrängten ist: Statt daß diese Topik 'Vermittlungen' für die Einrichtung der Freiheit-und-Gleichheit verfügt, verfügt sie *Punkte der Ungewißheit* für die vorgängigen Vermittlungen", die "die neuralgischen Punkte *par excellence* für eine Umgestaltung der Politik" sein könnten (122).

Wenn, so schließt Balibar "die rein begriffliche Analyse" ab, "die historische und begriffliche 'Dialektik' der Freiheit und Gleichheit vollends entfaltet" ist, mündet sie nicht in ein Ende der Geschichte, sondern in die "in der und durch die Geschichte" gestellte Frage, wie sie weitergeht. Die "frühere" Epochen, die "moderne" und die "postmoderne" folgen zwar aufeinander oder bringen einander hervor, "aber nicht wie Szenen eines Theaterstücks an die Stelle der vorherigen treten". Für unsere politische "Frage sind sie allesamt noch präsent in einer zerrissenen Totalität, einer 'Ungleichzeitigkeit', die gerade die Struktur des 'aktualen Moments' ist", so daß "wir es simultan mit dem Staat, mit dem Klassenkampf und mit der anthropologischen Differenz zu tun haben" (122f.)

"Eine Politik der Menschenrechte", die "bis an die Grenzen der Demokratie" geht und die "Demokratie an ihre Grenzen" treibt, setzt somit "eine Insurrektion, einen 'aufständi-

schen' Akt" (219) vorans. Sie würde damit zurückkehren zu ihrem revolutionären Ursprung, ohne sich - wie in ihrem historischen Übergang zur Konstitution - damit begnügen zu können, "bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte zu erobern und zu garantieren, so wichtig diese Zielsetzungen auch sind". Sie wäre notwendig "das Wagnis nicht allein einer *Volksouveränität*, sondern vor allem, von neuem, einer *Volksmacht*", die die Menschenrechte "ausweiten und letztlich als Bürgerrechte *erfinden*" wird und daher "mit der vielförmigen Gewalt einer etablierten Ordnung" zu rechnen hat. Unter dem Zwang zur Gegengewalt wird eine solche Politik das von einer institutionalisierten Linken mitverwaltete Gewalttabu skandalisieren müssen.

Reinhard Schweicher

Neogramscianischer Strang der Regulationstheorie

Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), *Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus. Studie Nr. 4 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Eigenverlag der FEG (Institut für Politik an der Philipps-Universität Marburg, Wilhelm Röpke Str. 6, Block G, 35032 Marburg/L.), 1994, 196 Seiten (DIN A4), DM 25,-.*

Diese Veröffentlichung enthält neun Beiträge der unter Leitung von Frank Deppe stehenden FEG, deren Mitarbeiter sich mit einer seit 1990 erscheinenden ansehnlichen Publikationsreihe als seriöse und kritische Analytiker der gesell-

schaftspolitischen Veränderungsprozesse im Raum der EG und in dieser selbst ausweisen. Sie führen damit einen Strang materialistischer Gesellschaftstheorie fort, die den Bezug zu ökonomischen Strukturen, zu Klassenverhältnissen und deren Subjekten nicht aus dem Auge verliert.

Bei den vorliegenden Beiträgen geht es um die Analyse der gegenwärtigen Krisenprozesse nach dem Ende der Systemkonkurrenz. Der Spezifik und dem Charakter dieser Krisenprozesse bezukommen, scheint die Regulationstheorie geeignet, und zwar in jener Variante, die sich auf Gramscis Hegemonie- und Formationskonzept stützt und damit den Zugang zu den Subjekten des Klassenkampfes offen hält. Es geht sowohl um die Anwendung als auch um den Test eines solchen Konzepts. Es ist plausibel, daß es für eine universitäre Arbeitsgruppe eine Reihe von Gründen geben kann, das Konzept des staatsmonopolistischen bzw. des Monopol-Kapitalismus, das die durch die jeweiligen Kapitalverhältnisse geprägten Vergesellschaftungsprozesse in den Mittelpunkt rückte, im "Giftschrank" zu lassen. Aber gerade diese gehören in der Regulationstheorie, auch in der neogramscianischen Version, zu den nur schwach belichteten Stellen. Dies zeigt sehr überzeugend der Beitrag von Choon-Kweon Koo über den japanischen Entwicklungsweg in diesem Band. Damit ist auch schon darauf verwiesen, daß sich die Beiträge nicht nur mit dem europäischen Kapitalismus beschäftigen, sondern auch Abhandlungen über

Japan, die USA und Osteuropa in den Band aufgenommen sind.

Eine durchgehende These bzw. Hypothese ist die Feststellung, daß Ursache und Spezifik der gegenwärtigen strukturellen Krisenprozesse, etwa die wachsende strukturelle Massenarbeitslosigkeit, im Steuerungsdefizit des politischen Systems, in der abnehmenden Rolle der Politik und des Staates für die Regulierung des Gesamtsystems, in der Lösung der Ökonomie aus der gesellschaftlichen Verankerung usw. bestehe. Dieses Phänomen wurde im Rahmen der Konzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus schon Ende der 70er Jahre unter dem Stichwort der "privatmonopolistischen Entwicklungsvariante" thematisiert und mit einer Verschiebung der Kontroll- und Kräfteverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft in Zusammenhang gebracht. Das Problem bestand jedoch schon damals darin, das Basis-Überbau-Theorem bei der Orientierung auf Regulierungs- und Vergesellschaftungsprozesse und deren Änderung nicht ad acta zu legen, da sonst der Basischarakter des klassenanalytisch entschlüsselten kapitalistischen Verwertungsprozesses in der Analyse nicht mehr zur Geltung gebracht werden kann. Dieses Problem stellt sich offenkundig auch heute.

Im Vorwort entwickeln die Herausgeber den Gedanken, daß ein wachsendes Regulierungsdefizit eben deshalb nicht als Existenzkrise aufgefaßt werden oder in eine solche umschlagen könne, solange die "Leerstelle" eines alternativen Ge-

sellschaftsentwurfs "politisch-konzeptionell nicht gefüllt" werden könne (7). Zutreffend formulieren sie: "Insbesondere in großen Umbruch- und Krisenphasen vollzieht sich der gesellschaftliche Umbruchprozeß als Produkt sozialer Kämpfe, ohne daß deren Ausgang vorherbestimmt ist." (8) Sie finden heraus, daß die Renaissance der sozialen Frage, nicht zuletzt vermittelt über regionale Disparitäten, besondere Sprengkraft erhält und ihre Artikulation in rechtspopulistischen Bewegungen erfolge. Damit ist ein durchgängiges Interpretationsproblem angesprochen, das den Band durchzieht, wobei nach Ansicht des Rezensenten generelle klassenanalytische und politisch-strategische Defizite der Linken sichtbar werden. Zu beachten wäre ja, daß sich im Widerstand gegen kapitalistische Modernisierung und Krise das soziale Interesse als autonom setzt - ein Sachverhalt, dem die Autoren damit Rechnung tragen, daß sie die Notwendigkeit politischer Regulierung des kapitalistischen Profitprozesses, die soziale Wiederverankerung der Ökonomie oder den Gebrauchswertaspekt gesellschaftlicher Ökonomie als Primärforderungen entwickeln - und deshalb mit dem Etikett des Populismus vorsichtig umgegangen werden sollte. Die strategische Schiefelage der Linken zeigt sich darin, daß sie nicht in der Lage ist, und das trotz der Stellung der Gewerkschaften, den Sozialprotest als Ausdruck des Klassenkampfes zu artikulieren und stattdessen rechter Demagogie das Feld überläßt. Es ist ja historisch nicht das erste Mal,

daß die Arbeiterklasse aus einer historischen Defensivposition gegen die kapitalistische Modernisierung angeht oder diese passiv über sich ergehen läßt.

Dem Vorwort folgt der Beitrag von Hans-Jürgen Bieling, mit dem gewissermaßen der theoretische Rahmen bzw. die Interpretationsgrundlagen der Krisenphänomene skizziert werden. Aus seiner Sicht sind die "Ursachen der politischen Krisenprozesse in den veränderten Spielräumen staatlichen und parteipolitischen Handelns zu suchen" (13). Diese Einschätzung wird von unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Richtungen ebenfalls vertreten. Im Ergebnis einer scharfsinnigen Analyse der Positionen von U. Beck, der Systemtheorie und von F.W. Scharpf kommt er zum Ergebnis: Alle "diagnostizieren den Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit; gleichzeitig setzen sie auf die Herausbildung neuer Handlungssysteme, die flexibel, dezentral, diskursiv, dialogfähig, partizipativ, vorausschauend und unbürokratisch sind" (20). Nur, es hlieben Ursachen, Antriebskräfte und Ausfüllung unklar. Trotz der Anpassungsbewegungen des politischen Systems bleibe der Problemstau bestehen, der aus dem Wegfall der Systemkonkurrenz als Legitimationsgrundlage, den globalisierten Marktbeziehungen, der Renationalisierung u.a. resultiere. Es könne von einem "Legitimationstrilemma" gesprochen werden, denn "die anhaltende Überforderung der Politik durch den Problemstau, verknappte Steuerungsressourcen und die Auflösung der

fordistischen Legitimationsgrundlagen bei wachsendem Legitimationsbedarf verschärfen sich wechselseitig, ohne daß ein neuer tragfähiger und dauerhafter Politikkonsens abschbar ist". (28)

Wir hatten schon auf den Beitrag von Choon-Kweon Koo verwiesen, der einen "härteren" marxistischen Ansatz, wie der Rezensent meint zum Vorteil der Analyse, zur Geltung bringt und im "keiretsu"-Kapitalismus, der spezifischen Struktur des japanischen Monopol- und Finanzkapitalismus, die Grundlage des Aufstiegs Japans sieht. Auch im Beitrag von Eva Lavon und Dieter Plewe über die USA rückt die Hebung der Profitrate per Verschärfung der Ausbeutung in den Mittelpunkt der Umstrukturierung des US-amerikanischen Kapitalismus. Sie zeigen, wie mit der Installation der NAFTA, der nordamerikanischen Freihandelszone, auf breiter Front eine Neustrukturierung der Klassenverhältnisse einsetzt. Sie meinen, daß die US-Bourgeoisie zwar einen Hegemonieanspruch erhebe, ohne aber einen "nachhaltigen Kapitalismus" hervorzubringen, der diesen Anspruch untermauern könne.

Kurt Hübner bringt seine schon andernorts vorgestellten Positionen zur osteuropäischen Transformation, interpretiert mit den Instrumentarien der Regulationstheorie, womit also der universelle Anspruch dieses Ansatzes unterstrichen wird, zur Kenntnis. Hier fällt wie auch bei anderen linken Abhandlungen zu diesem Prozeß, was die Bandbreite der denkbaren Alternativen und Perspektiven be-

trifft, ein bestimmtes selbstauferlegtes Denkverbot auf. Dies zeigt, welche Stärke die normative Kraft des gegenwärtig Faktischen entfaltet, ist aber angesichts der inneren Entwicklungen in den GUS-Staaten doch verwunderlich, die ja nicht ausschließen, daß in absehbarer Zeit die Rückkehr zu einem etatistischen und antiimperialistischen Sozialismus auf die Tagesordnung treten könnte. Verdrängte, weil nicht gewollte Möglichkeit?

Die folgenden Beiträge beschäftigen sich unter Anwendung der skizzierten theoretischen Prämissen mit zentralen Politikfeldern Westeuropas. Corell Wex zeigt, weshalb mit der Globalisierung die Rolle des "lokalen Staates" wächst und daß die "Euro-City" nicht nur Werk und Voraussetzung des Casino-Kapitalismus ist, sondern zugleich auch "die Bedingungen jeglicher fortschrittlicher Politik" setzt (82). Anja Bultemeier untersucht die Massenarbeitslosigkeit und ihre spezifischen Ursachen in der EG. Ihre Grundthese: Spezifische Ursache der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit ist der "Verlust der gesellschaftlichen Verankerung des ökonomischen Systems unter Bedingungen neoliberaler Hegemonie" (101) - ein materialreicher Text mit durchgängig klarer Argumentation. Michael Felder geht den schon knapp skizzierten theoretischen Fragestellungen nochmals auf dem Feld der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik nach. Eine "postfordistische Gesellschaftsformation" ist für ihn noch nicht in Sicht. Skeptisch ist er gegenüber linken etatistischen

Alternativen. Wolfram Burkhardt schließlich analysiert die Tarifpolitik als Kernbereich der Klassenbeziehungen und ihrer Umstrukturierung. Als Alternative gegen den vorherrschenden Trend sieht er das Vorantreiben der "Politisierung der Sachzwänge". Er formuliert damit nochmals eine Position, die auch von den anderen Autoren geteilt wird.

Frank Deppe entwickelt im abschließenden Beitrag seine Positionen zur Diskussion um einen neuen Gesellschaftsvertrag, die spezifische Reaktion bestimmter politologischer und staatsrechtlicher Richtungen auf die krisenhafte Umbruchsituation der Klassenverhältnisse. Von Bedeutung ist dabei die Reaktivierung des Moral-Diskurses und der moralischen Dimension der Politik. Für diese Diskussion entwickelt er Positionen einer kritischen und materialistischen Gesellschaftstheorie, für die ein neuer Gesellschaftsvertrag nichts anderes als die Kompromißformel auf der Grundlage bestimmter Kräfteverhältnisse bzw. einer bestimmten fixierten Hegemoniekonstellation sein kann. Diese Sicht wendet sich gegen die Rekreation sozialpartnerschaftlicher Konzepte, vor allem auch gegen jene, die unter "Umgebung" sozialer Antagonismen die klassenübergreifenden Koalitionen aus der Dringlichkeit globaler Probleme ableiten zu können glauben. Es geht also hier nicht um einen Paradigmenwechsel linker Politikwissenschaft, sondern um das Sich-einrasten in einen vorherrschenden Diskussionsprozeß, dessen Themen und Formeln ja ge-

genwärtig nicht von den Linken bestimmt werden.

Der Band als ganzes ist anregend und zeugt von Neuansätzen der Reformulierung einer kritischen Kapitalismustheorie. Diese greifen die Anregungen der Regulationsschule auf und befinden sich gewissermaßen noch im Prozeß des Erkundens von deren Grenzen und Defiziten. Antonio Gramsci ist dabei die Vermittlung zur marxistischen Tradition und zur realen Klassenbewegung. Freilich bestand auch neben und nach Gramsci die marxistische Kapitalismustheorie nicht nur aus Seifenblasenproduktion und Leerstellen. Auch kritische Gesellschaftswissenschaft hat ihr kollektives Gedächtnis.

Heinz Jung

Nelson Mandela: Autobiographisches zum Freiheitskampf für ein demokratisches Südafrika

Nelson Mandela, Der lange Weg zur Freiheit. Autobiographie, Fischer Verlag, Frankfurt 1994, 859 Seiten, DM 58,-.

Erleben wir die Erde als das, was sie ist: ein Planet, der aller Menschen Heimat ist, auf dem auf der einen Seite etwas verändert wird, das auch auf der anderen Seite Wirkungen hat (siehe Ozonloch), so können wir durch Jahrtausende feststellen: Die Entwicklung der Gesellschaft schreitet voran zu einem Mehr an Freiheit. Wenn in einem Teil der Erde auch gewaltige Rückschritte zu verzeichnen sind,

so gibt es zur gleichen Zeit in einem anderen doch einen Sprung vorwärts auf den verschlungenen Wegen der Freiheit.

1990 ist der Kommunismus in Europa überall in der Defensive. Am 2. Februar 1990 wird die Kommunistische Partei Südafrikas nach vierzig Jahren Verbot wieder zugelassen. 1994 wird ihr Generalsekretär Joe Slovo, der Freund Mandelas aus Studententagen, Minister in der ersten frei gewählten Regierung Südafrikas. Noch verfügt das progressive Südafrika über keine wirkliche Macht in dieser Übergangsregierung der nationalen Einheit, denn Armee und Verwaltung werden von den weißen Fachleuten beherrscht. Doch in den ersten sieben Monaten ist bereits etwas geschehen: Aufhebung der Schulgebühren, Einführung kostenloser Schulspeisung und freier Gesundheitsfürsorge für Schwangere. Die gewalttätigen Ausschreitungen der Gegner der Rassenversöhnung sind verebbt.

Welche Opfer die Freiheitskämpfer gebracht haben, allen voran der heute 76 Jahre alte Nelson Mandela, der 28 Jahre in Gefängnissen eingesperrt war, können wir erahnen, wenn wir seine Autobiographie auf uns wirken lassen. Daß er diese Jahrzehnte seelisch und geistig unbeschadet überstand, ist der strengen Selbsterziehung zuzuschreiben, die er sich auferlegte, und der klaren Beobachtungsgabe, die ihm zu eigen ist. Jetzt, da er der erste afrikanische Staatspräsident Südafrikas ist (afrikanisch ist bei ihm identisch mit schwarz, während Afrikaner die weißen Nachfahren

der Buren sind), will er die bisher unterdrückte Mehrheit der Bürger motivieren, durch harte Arbeit ein Leben zu erringen, in dem sich Fähigkeiten entfalten und Grundbedürfnisse befriedigt werden können: "Wir können nicht alles für euch tun, ihr müßt es selbst tun." (S. 821)

Er weiß, daß bewußtseinsmäßige Wandlungen weitaus schwerer zu erreichen sind als materielle. Als im April 1994 die Wahlen für seine Partei, den African National Congress (ANC), die 1912 gegründete Organisation für den Befreiungskampf, mit 62,6 Prozent gewonnen waren, schreibt er: "Die Wahrheit ist, wir sind nicht frei; wir haben erst die Freiheit erreicht, frei zu sein, das Recht, nicht unterdrückt zu werden ... Denn um frei zu sein, ... muß man so leben, daß man die Freiheit des anderen respektiert und fördert. Die wahre Prüfung für unsere Hingabe an die Freiheit hat gerade erst begonnen ... ich kann nur für einen Augenblick rasten, denn mit der Freiheit stellen sich Verantwortungen ein, und ... mein langer Weg ist noch nicht zu Ende." (S. 836)

Seit er 22 Jahre alt ist, bringt Mandela für die Freiheit Opfer. Er wird trotz guter Leistungen von der Universität verwiesen, er flieht vor dem Vormund nach Johannesburg. Dort kam er schon bald "unter die weise Obhut von Walter Sisulu" (S. 135f.), einem ANC-Funktionär, der sein lebenslang bester Freund wird. Sisulu besorgte ihm einen Ausbildungsplatz in einer jüdischen Anwaltskanzlei. Mandelas Freunde dort werden zwei Kommunisten,

die ihn zu Parteiversammlungen mitnehmen. Er verdiente sich am Tage seinen Lebensunterhalt und absolvierte nachts erfolgreich ein Fernstudium. Um für den ANC Mitglieder zu gewinnen, wird 1944 eine Jugendliga gegründet, deren Exekutivkomitee Mandela angehörte. 1947 wurde er in das Exekutivkomitee des ANC von Transvaal gewählt. Seit 1948 wurden rigorose Apartheid-Gesetze verabschiedet. Die Antwort des ANC darauf war ein Aufruf zu verschiedenen Formen des gewaltlosen Widerstandes.

Am 1. Mai 1950 stand Mandela erstmals mit Sisulu in einer verbotenen Demonstration, die von der Polizei brutal auseinandergetrieben wurde: 18 Demonstranten wurden getötet, viele verwundet. Im gleichen Jahr wurde die Kommunistische Partei verboten und Mandela in das Nationale Exekutivkomitee des ANC gewählt. Außerdem wurde er ANC-Präsident von Transvaal.

Zum engen Freundeskreis von Mandela gehörten zunehmend mehr Mitglieder der Kommunistischen Partei. Anfangs hatte er eine gewisse Reserve gegen ihren Einfluß im ANC, da er das Märchen von der sowjetischen Unterwanderung glaubte. Nächtelange Diskussionen mit Moses Kotane, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, der auch Mitglied der ANC-Exekutive war, änderten seine Einstellung. Dann las er Werke von Marx, darunter das Kommunistische Manifest und Das Kapital. "Die Idee einer klassenlosen Gesellschaft hatte auf mich eine starke Anziehungskraft ... Ich unterstrich

Marx' fundamentales Diktum, das die Einfachheit und Großzügigkeit einer goldenen Regel besitzt: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.' ... Was mich besonders anzog, waren die wissenschaftlichen Grundlagen des dialektischen Materialismus, denn ich neige stets dazu, dem zu trauen, was ich selbst verifizieren kann. Die Idee, daß der Wert von Gütern auf der Menge an Arbeit basiert, die in sie gesteckt wird, schien besonders aufschlußreich für Südafrika zu sein ... Der marxistische Aufruf zur revolutionären Tat war Musik in den Ohren eines Freiheitskämpfers. Der Gedanke, daß die Geschichte durch Kampf fortschreitet und Wandel sich in revolutionären Sprüngen vollzieht, war gleichfalls anziehend." (S. 169) Hinfort - bis heute - arbeitet Mandela mit den Kommunisten zusammen.

1952 organisierte der ANC gewaltfreien Widerstand gegen weitere Apartheid-Gesetze. Mandela sprach erstmals zu 10 000 Menschen. Im Juli wurde er verhaftet und im Dezember zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Jetzt fühlt er, daß er Kraft zu kämpfen und zu gewinnen hat. Ende 1952 wurde Albert Luthuli, der spätere Friedensnobelpreisträger, ANC-Präsident und Mandela der erste stellvertretende Präsident. Seit 1952 setzte der Staat gegen die Freiheitskämpfer ein neues Mittel ein: die Bannung. Das bedeutete, daß der Gebannte während des Bannungszeitraums weder seinen Wohnort verlassen noch an Zusammenkünften teilnehmen durfte. Die erste Bannung Mandelas um-

faßte sechs Monate. Er schreibt: "Bannung schränkt einen nicht nur physisch ein, sie kerkert den Geist ein ... die Gitter waren Gesetze ... Die heimtückische Wirkung der Bannung bestand darin, daß man von einem bestimmten Punkt an zu glauben begann, der Unterdrücker befinde sich nicht außerhalb, sondern innerhalb" der eigenen Individualität (S. 200f.). Mandela rechnete nun mit einem Verbot des ANC und arbeitete einen Plan für eine Untergrundorganisation aus.

1952 ließ sich Mandela als Rechtsanwalt nieder und eröffnete mit Oliver Tambo, den er seit 1940 kannte und der jetzt Mitglied des Nationalen Exekutivrats des ANC war, das erste schwarzafrikanische Anwaltsbüro Südafrikas.

1953 wurde Mandela klar, daß nur Gewalt die Apartheid vernichten werde. Als im September seine Bannung endete, genoß er nur wenige Tage seine Freiheit, dann wurde er für zwei weitere Jahre gebannt, diesmal mit der Auflage, aus dem ANC auszuschneiden. Nun begann seine illegale Arbeit. Er schreibt: "Ein Freiheitskämpfer lernt auf harte Weise, daß der Unterdrücker die Art des Kampfes bestimmt ..." (S. 229).

1955 veranstalteten vier Organisationen, darunter der ANC, einen Volkskongreß mit 3000 Delegierten, der eine Freiheits-Charta für ein zukünftiges demokratisches Südafrika annahm.

Als im September 1955 Mandelas Bannung auslief, machte er nach 14 Jahren Abwesenheit eine Reise in seine Heimat, die Transkei. Im

März 1956 erhielt er seine dritte Bannung, diesmal für fünf Jahre: "Inzwischen hatte sich meine Einstellung zum Bann allerdings radikal geändert ... ich beschloß, nicht mein eigener Gefängniswärter zu werden." (S. 264) Im Dezember 1956 wurde er verhaftet, dann aber gegen Kaution freigelassen. Ein Hochverratsprozeß gegen ihn und andere begann, der erst Ende März 1961 mit einem Freispruch endete. Während des Prozesses eskalierte die Unterdrückung. Ende März 1960 verhängte die Regierung das Kriegsrecht über Südafrika, und gleichzeitig wurde Mandela erneut verhaftet. Am 8. April 1960 wurde der ANC verboten. Nach dem Freispruch begann Mandela sofort mit seiner Arbeit im Untergrund.

Im Sommer 1961 ging Mandela daran, im Auftrag des ANC eine unabhängige militärische Organisation (MK) aufzubauen, genannt: Der Speer der Nation. Sisulu und Slovo waren seine Helfer. Er entschied sich für Sabotageakte, die Menschenleben nicht gefährden durften. Im Dezember wurden die ersten Bomben gezündet.

Anfang 1962 unternahm er eine Reise durch zahlreiche afrikanische Staaten und bis nach London. Es ging dabei vor allem um Unterstützung für die militärische Organisation. Wenige Tage nach seiner Rückkehr wurde er am 5. August 1962 verhaftet. Einen Tag später wird ihm bewußt: "Ich war das Symbol der Gerechtigkeit im Gericht des Unterdrückers, der Vertreter der großen Ideale von Freiheit, Fairneß und Demokratie in einer Gesellschaft, die diese Tu-

genden mit Füßen trat. Damals begriff ich, daß ich den Kampf selbst innerhalb der Festung des Feindes fortführen konnte." (S. 425) Mandela verteidigt sich selbst und endet mit den Worten: "Ich habe keinen Zweifel, daß die Nachwelt verkünden wird, daß ich unschuldig war und daß die Verbrecher, die man vor dieses Gericht hätte stellen sollen, die Mitglieder der Regierung sind." (S. 447) Im Oktober wird er zu fünf Jahren Gefängnis ohne Bewährung wegen Anstiftung zum Streik und wegen Verlassen des Landes ohne Paß verurteilt.

Im Juli 1963, neun Monate nach der Verurteilung, mußte er abermals vor Gericht erscheinen: Man hatte das Oberkommando vom MK verhaftet und den Plan zur Guerillakriegführung gefunden. Nach dem Willen des Anklägers sollten die elf Hauptangeklagten, darunter Mandela und Sisulu, wegen Sabotage und Verschwörung gehängt werden.

Der UN-Sicherheitsrat forderte die Regierung auf, den Angeklagten Amnestie zu gewähren. Am 12. Juni 1964 wurde sie zu lebenslanglichem Gefängnis verurteilt. Sie kamen auf die Insel Robben Island, 25 Kilometer vor Kapstadt gelegen. Mandela schreibt: "Meine Bedrückung wurde rasch abgelöst von dem Gefühl, ein neuer, andersartiger Kampf habe begonnen ... Das Problem für jeden Gefangenen, zumal für jeden politischen, besteht darin, wie er das Gefängnis ohne Schaden überleben kann ..., wie er seine Überzeugungen bewahrt und sogar verstärkt. Die erste Aufgabe besteht darin, genau zu lernen, was

man zu tun hat, um zu überleben. Zu diesem Zweck muß man die Absicht des Feindes kennen ... Zweck des Gefängnisses ist natürlich, den Geist des Gefangenen zu brechen und seine Willenskraft zu vernichten. Um dies zu erreichen, beuten die Behörden jede Schwäche aus, ... negieren alle Zeichen von Individualität, alles mit dem Gedanken, jenen Funken auszutreten, der jeden von uns zum Menschen macht ..." (S. 521, 525) Mandelas Kampfmittel gegen Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten sind Beschwerden und Eingaben für sich und alle seine Gefährten, deren Zahl unablässig wächst. Dieser Kampf stärkt den Lebensmut: "Ich habe festgestellt, daß man das Unerträgliche ertragen kann, wenn man die Stärke seines Geistes bewahren kann, auch dann, wenn der Körper gefordert wird. Starke Überzeugungen sind das Geheimnis des Überlebens ...; unser Geist kann voll sein selbst dann, wenn unser Magen leer ist." (S. 560) Zum Umgang mit den Aufsehern schreibt er: "Es war ANC-Politik, zu versuchen, alle Menschen zu erziehen, selbst unsere Feinde." (S. 562) Mandela glaubt unerschütterlich an die Wandlungsfähigkeit des Menschen durch Erziehung: "Erziehung ist der große Motor persönlicher Entwicklung ... Das, was wir aus dem, was wir haben, machen, nicht das, was uns mitgegeben ist, unterscheidet einen Menschen von einem anderen." (S. 230) Er richtete auf Robben Island eine geheime Fortbildung für die Gefangenen ein. Gelehrt werden Geschichte des

ANC, Geschichte des indischen Freiheitskampfes, Marxismus. Er selbst lehrte politische Ökonomie: "Meine Methode ... begünstigte einseitig den Sozialismus, denn in ihm sah ich das am weitesten entwickelte Stadium des wirtschaftlichen Lebens ..." (S. 627) 1975 schreibt er seine Memoiren, die 1976 aus dem Gefängnis geschmuggelt werden. Um Körper und Seele für zukünftige Aufgaben gesund zu erhalten, sucht und findet er Gelegenheiten, eine gewisse Zufriedenheit zu empfinden, Spannungen abzubauen, Gelassenheit zu bewahren. Er zwingt sich, "keine Verzweiflung aufkommen zu lassen." (S. 678) 1982 werden er, Sisulu und drei weitere Häftlinge auf das Festland verlegt.

1985 bietet Mandela der Regierung Gespräche an, die im gleichen Jahr mit einer vom Justizminister geleiteten Arbeitsgruppe beginnen. Im Dezember 1989 trifft sich Mandela erstmals mit de Klerk. Am 2. Februar 1990 kündigt de Klerk vor dem Parlament die Aufhebung des Verbots von ANC, Kommunistischer Partei und anderen Organisationen an, die Freilassung politischer Gefangener und die Abschaffung der Todesstrafe. Am 11. Februar wurde Mandela aus der Haft entlassen. 1991 wird Mandela ANC-Präsident, was in den Jahren seiner Gefangenschaft der im Exil lebende Oliver Tambo gewesen war. Kurz vor den Wahlen des April 1994 stirbt Tambo. Mandela schreibt: "Wenngleich wir in all den Jahren, die ich im Gefängnis war, voneinander getrennt waren, so war Oliver doch meinen Gedanken

niemals fern. Auf vielfältige Weise führte ich, auch wenn wir getrennt waren, ein lebenslanges Gespräch mit ihm in meinen Gedanken. Vielleicht fühlte ich mich deshalb so verwaist, als er starb. Ich fühlte mich ... als der einsamste Mann der Welt." (S. 814f.)

Mandela denkt, daß es Generationen dauern kann, bis die Wunden der Apartheid geheilt sind, dennoch: "Das Gute des Menschen ist eine Flamme, die zwar versteckt, aber nicht ausgelöscht werden kann." (S. 833)

Diese Biographie muß in allen einzelnen Phasen miterlebt werden, um aus ihr die für uns alle wichtigste Lehre zu ziehen: Selbsterziehung und Erziehung des arbeitenden Volkes bilden eine Einheit. Kampf gegen äußere Feinde und gegen eigene innere Schwächen sind unlösbar miteinander verbunden, will man dauerhaften Erfolg haben.

Elisabeth Bessau

Zur Auflösung der Weimarer Republik

Das Ende der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung. Vorträge Heidelberger Historiker in der Reichspräsident Friedrich Ebert-Gedenkstätte, hg. v. Christoph Gradmann und Oliver v. Mengersen, Heidelberg (1994).

Weil - so die Herausgeber dieser Heidelberger Vortragssammlung - im Herbst 1992 Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus 'brennende' Aktualität gewonnen hätten,

wäre die Idee zu einer Vortragsreihe "zur Auflösung der Weimarer Republik und den Stufen der Machtergreifung" entstanden und im Mai/Juni 1993 durchgeführt worden. Obgleich im Zusammenhang mit dem sogenannten Asylkompromiß die bürgerliche Gesellschaft hierzulande ein durchaus instrumentelles Verhältnis zu jenen Zuständen entwickelt hat, welche die Heidelberger Historiker so bewegt hatten, ließen sie diese Motivation auch für die 1994 erschienene Druckfassung stehen.

Die Herausgeber erheben den Anspruch, "den Prozeß der Machtergreifung der Nationalsozialisten in seinem ursächlichen Zusammenhang mit Politik, Gesellschaft und Ökonomie der Zeit" darzustellen und sich dabei auf "den gesicherten Stand des Wissens zum jeweiligen Thema" zu beziehen; sie wollen "wichtige Aspekte der Machtergreifung" beleuchten und "sowohl strukturelle Voraussetzungen als auch zentrale Ereignisse" (3) diskutieren.

Obwohl im Vorwort die wohl bloß rhetorischen Fragen gestellt werden, ob strukturelle Defizite am Beginn der Weimarer Republik, die Spaltung der Arbeiterbewegung, die Last von Versailles oder die Tatsache, daß zu wenige zur Verteidigung der Demokratie bereit gewesen wären, Ursachen für das Scheitern waren, beschränken sich die acht Aufsätze ausschließlich auf die Schlußjahre von Weimar, mit gelegentlichen Verweisen auf die ersten Monate der Kanzlerschaft Hitlers und wenigen Rekursen auf

die Vorgeschichte dieses Zeitabschnittes.

Hartmut Soell stellt seine Überlegungen zum Ende der Weimarer Republik zwar unter den Titel "Von der Mächterschleichung zur Machtergreifung" (9-40), referiert dann jedoch zunächst einige ältere monokausale Erklärungsversuche von Historikern oder Politikern, verschiedene Überlegungen zum Problem des Totalitarismus und kurze Anmerkungen zu Theorien über den Faschismus, bevor er sich in einer eigenartigen Begriffsbildung dem Übergang "von der autoritären Gegenreform zur totalitären Gegenrevolution" (26ff.) widmet; dieser Prozeß setze mit der Wahl Hindenburgs ein und verlängere sich über Papen und Schleicher zu Hitlers Kanzlerschaft. Soell läßt keinen Zweifel, daß für ihn die entscheidenden Wochen "vor und nach der Jahreswende 1932/33" (32f.) lagen. Neben dieser einseitigen Bezugnahme auf die Endphase von Weimar begnügt sich Soell mit einigen hinlänglich bekannten und längst in der historischen Forschung obsolet gewordenen Vorurteilen zur KPD wie der Behauptung, die Kandidatur Thälmanns habe 1925 zur Wahl Hindenburgs statt zur Wahl des bürgerlichen Kandidaten Wilhelm Marx geführt. Bereits Karl-Dietrich Bracher (Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955) hatte darauf hingewiesen, daß dem Zentrums kandidaten ausgerechnet die Stimmen aus dem eigenen Lager, nämlich der bayerischen kon-

fessionellen Schwesterpartei BVP, zum Wahlsieg gefehlt hatten und im übrigen der Kandidat der SPD von seiner Partei zurückgezogen worden war, obwohl er im ersten Durchgang doppelt so viele Stimmen wie Wilhelm Marx errungen hatte.

Dieter Rothermund sieht in den ökonomischen Rahmenbedingungen die entscheidenden Bedingungen für den Untergang der Weimarer Republik und stellt zum Schluß seines Beitrags "Die Welt in der Wirtschaftskrise" (41-65) die interessante These auf, daß die Zeit der Weltwirtschaftskrise, die er jedoch weiter faßt als die unmittelbaren Monate um 1929, von den hochindustrialisierten Ländern genutzt worden sei, sich langfristig von der Peripherie abzukoppeln und die direkte Kolonialherrschaft durch ökonomische Dominanz zu ersetzen (62).

Detlev Junker befaßt sich unter dem kennzeichnenden Titel "Die letzte Alternative zu Hitler: Verfassungsruch und Militärdiktatur. Die machtpolitische Situation in Deutschland im Jahre 1932" (67-86) mit der unmittelbaren Vorgeschichte des 30. Januar 1933 und Plänen bürgerlich-militärischer Kreise, Alternativen zu Hitler zu entwickeln. Junker befindet sich damit im deutlichen Widerspruch zur Einschätzung anderer Historiker und auch einigen Aussagen anderer Aufsätze dieses Sammelbandes, die gerade diese bürgerlich-militärischen Pläne und die Politik der Präsidialkabinette als Stufen zu Hitlers Machtantritt darstellen. Junker startet seinen Vortrag aus

scheinbarer Beliebigkeit, indem er konstatiert, angeblich hilflos "vor einem strukturierten Durcheinander von Ursachenpluralitäten und Ursachenkomplexen zu stehen" (69), um danach jedoch sehr schnell in den Staatsstreichplänen bürgerlicher Politiker (Papen) und militärischer Führer (Schleicher) die einzigen realen Alternativen zu Hitler zu benennen; er bleibt jedoch selbst hilflos mit seiner Deutung der Erfolglosigkeit dieser "Alternativen", die eben nur (weitere) Varianten in der Erosion der bürgerlichen Zivilgesellschaft gewesen wären.

Während Volker Sellin in einer kurzen Darstellung (Die Weimarer Reichsverfassung und die Errichtung der Diktatur, 87-102) die Politik der NSDAP kurz vor und nach dem 30. Januar 1933 als die (bekannte) Strategie der 'legalen' Machtergreifung und - hier auch im deutlichen Unterschied zu Junker - als Fortsetzung der prozessualen Erosion der bürgerlichen Zivilgesellschaft in den ersten Monaten des Jahres 1933 darstellt sowie dabei die herausgehobene Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes für die Errichtung der faschistischen Diktatur betont, beklagt Eike Wolgast den "Verrat der Intellektuellen" und die "Kapitulation des deutschen Bildungsbürgertums 1933" (103-132) mit einigen in dieser Deutlichkeit sonst eher selten zu findenden Einlassungen zur "Selbstgleichschaltung" (116) wichtiger Institutionen der Weimarer Gesellschaft (Universitäten, Ev. Kirche, Preuß. Akademie der Künste). In einem eigenen Beitrag behandelt

Wolfgang U. Eckart den Zusammenhang zwischen dem sich etablierenden Faschismus und der medizinischen Wissenschaft am Beispiel des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (153-182) und weist dabei auf die weitreichende gesellschaftliche Akzeptanz wie auch auf die bereits während der Weimarer Zeit ungehindert 'rassehygienisch' argumentierenden 'Wissenschaftler' hin.

Ulrich Engelhardt, der die Weimarer Republik wegen der (in der Novemberrevolution) errungenen Tarifhoheit auf dem (wie er deutlich spüren läßt: richtigen) Weg zu einem modernen Sozialstaat sieht, stellt die faschistische Behandlung der Arbeitnehmerrechte unter der ideologischen Klammer der sogenannten 'Ordnung der nationalen Arbeit' in seinem Beitrag "Verordnete 'Volksgemeinschaft' - Entlegitimierung sozialer Konflikte durch 'Ordnung der nationalen Arbeit'" (133-152) dar. Auf diese Weise reicht ihm ein Halbsatz zur Politik der Mehrheit der ADGB-Führung in der Zeit vor und nach dem 30. Januar 1933 aus, die er vornehm mit "Anpassungsbereitschaft bis an die 'Grenze der Selbstachtung'" (136) umschreibt. Zu Recht weist Engelhardt jedoch darauf hin, daß weder faschistische Volksgemeinschafts-Ideologie noch Verbotsgesetze Arbeitskämpfe aus der Welt schaffen konnten; allein 1936/37 registrierten Deutsche Arbeitsfront und Reichsarbeitsministerium mindestens 251 Fälle von Arbeitsniederlegungen. Andererseits beklagt der Autor - auch hier Gefangener

seiner eigenen Weltsicht - die faschistische Arbeitsgesetzgebung als "dezidierte Ahkehr von dem mühsamen Anschluß Deutschlands an die demokratische Konfliktkultur der westeuropäisch-transatlantischen Welt" (146).

Im abschließenden Vortrag stellt Wolfgang Michalka den 30. Januar 1933 unter die Fragestellung nach "Kontinuität oder Bruch in der deutschen Außenpolitik" (183-205), gelangt trotz seiner anfänglichen Hinweise auf die von Hitler selbst oft genug reklamierte Berufung auf die Kontinuität (Tag von Potsdam) der faschistischen mit den vorhandenen Traditionen deutscher Außenpolitik zu der These, Hitlers Expansionsziele und sein universaler Antisemitismus seien eher singuläre Erscheinungen gewesen (202); dabei lagen die - von Fritz Fischer (Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszieldpolitik des kaiserlichen Deutschland, Düsseldorf 1961) erstmals im Zusammenhang dargestellten - deutschen Kriegsziele des 1. Weltkriegs gar nicht so weit von den faschistischen entfernt. Dazu kommt, daß ein wesentlicher Antrieb für Hitlers Politik - so auch in den Vorträgen mehrfach erwähnt - die Revision der durch den Versailler Vertrag durchkreuzten Kriegsziele von 1914 war.

Angesichts der durchaus gegensätzlichen und nicht abgestimmten Darstellungen der Autoren läßt sich kaum ein Gesamturteil über die Vortragssammlung abgeben; an die Vortragssammlung dürfte sich der unbefangene Leser wohl eher eine weniger tendenziöse und weniger aus

heutiger Sicht der 'Sieger' geschriebene Darstellung des behandelten Zeitabschnittes wünschen, als ihn die Autoren ahnliefen. Die Sieger von heute haben jedenfalls weder das Monopol auf Interpretation noch die Festlegung auf das allein geltende erkenntnisleitende Interesse gepachtet.

Friedrich Sendelbeck

Vom Blutgericht zur AIZ

Simone Barck, Silvia Schlenstedt, Tanja Bürgel, Volker Giel und Dieter Schiller unter Mitarbeit von Reinhard Hillich (Hg.), *Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945*, Verlag J.B. Metzler, Stuttgart - Weimar 1994, 580 Seiten, DM 78.00.

Schon ehe sie sich im Juni 1844 gegen ihre Ausbeuter erhoben, sangen die schlesischen Weber ihr Kampflied *Das Blutgericht*, dessen Verfasser niemand kennt. Vermutlich ist der Text im Kollektiv entstanden: Jeder Weber, der seine Pein zu formulieren wußte, fügte eine Zeile, ein Bild, eine Idee hinzu. In der ersten der 25 Strophen stehen "die Weber als zur Folter Verurteilte, die Fabrikanten als Henker" vor den Schranken des Weltgerichts. "In der 4. Strophe (tritt) der Fürsprecher der Weber (...) als Ankläger auf (, der) die Fabrikanten für die Not der Weber verantwortlich macht". (68)

Wilhelm Wolff, der als Augen- und Ohrenzeuge über den Weberaufstand von Peterswaldau und Langenbielau berichtete, charakteri-

sierte *Das Blutgericht* als die "Marseillaise der Notleidenden". (68) Doch diese frühe proletarische Kollektivdichtung erzählt nicht bloß vom "Hungerleben" der Weber, von ihren "Demütigungen beim Abliefern der Ware", von der "Profitgier (und dem) Zynismus (der) verhaßten Fabrikanten". (69) Im *Blutgericht* wird bereits der Systemcharakter des Kapitalismus begriffen, stehen Proletarier und Kapitalisten einander als Ausgebeutete und Ausbeuter gegenüber. *Das Blutgericht* benennt "die Gesetzmäßigkeiten der freien Konkurrenz, die selbst den human denkenden Kapitalisten zwingen, den Lohn niedrig zu balten." (69)

Das Begreifen des kapitalistischen Systems ebenso wie der "teilweise fast stammelnde, teilweise drängend hämmernde, stark rhythmisierte Sprachduktus" definieren *Das Blutgericht* als ein frühes Produkt einer operativen, linken Literatur in der Form eines "operativ handhabbaren Massengesangs". (69)

Die Autorinnen und Autoren literarischer Erzeugnisse unterschiedlicher Art, die Kritik am Bestehenden üben und operativen Charakter sind, um für die "Änderung" der unsozialen Gesellschaft "Mitreiter zu gewinnen", (V) sind in dem *Lexikon sozialistischer Literatur* versammelt, das ihre Geschichte in Deutschland bis 1945 darstellt. 1987 im Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR begonnen, konnte es trotz massiver Abwicklung jetzt abgeschlossen werden. In den *Vorbemerkungen* umschreiben Simone Barck, Silvia

Schlenstedt und ihre Mitherausgeber ihren Gegenstand als "eine in den Zeitkämpfen operierende Literatur, die weder ästhetisch rein noch national borniert sich äußern und wirken wollte. Kontroversen gehören zu ihrer Geschichte." (V)

Eine zentrale Kontroverse entfachte der spätere Adenauer-Portätist Oskar Kokoschka, als er im März 1920 "gegen die Beschädigung eines Rubens-Gemäldes protestierte, das während des Kapp-Putsches von einer Gewehrkegel getroffen worden war," und das zum Anlaß nahm, die Einstellung der "revolutionären Auseinandersetzungen" zu verlangen. "Das deutsche Volk (werde) im Anblick geretteter Bilder", meinte Kokoschka, "mehr Glück und Sinn als in sämtlichen Ansichten der politisierenden Deutschen von heute" finden". (272) Unter dem Titel *Der Kunstlump* reagierten John Heartfield und George Grosz. Emphatisch verwarfen sie einen "tendenziösen und zeitfernen Kunstwerktypus" à la Kokoschka, "der als bloßes Dekor und Spekulationsobjekt für 'Ruhe und Ordnung' Sorge". Stattdessen forderten sie eine "Revolutionierung der Kunst", wie sie selber sie praktizierten, eine Kunst, die den "Befreiungskampf des Arbeitenden" unterstütze, die "ihn lehre, sich zu befreien", und helfe, "den Zerfall dieser Ausbeuterkultur zu beschleunigen". (272)

Mit dem *Kunstlump*-Aufsatz begann unter den Linken eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf sie sich in einen konservativen und einen progressiven Flügel spalteten,

und die sich unter leicht veränderten Vorzeichen bis zur Erbe-Diskussion unserer Tage hinzieht. 1920 wurde sie in der *Roten Fahne*, dem Zentralorgan der KPD, ausgetragen. Dort erklärten Gertrud Alexander und August Thalheimer die "Unverzichtbarkeit" des kulturellen Erbes und plädierten "für eine Kunst, die den traditionellen ästhetischen Normen verpflichtet bleibt." (273)

Seinen Höhepunkt erreichte der Kulturkampf um Erbe und Avantgarde in der *Expressionismus-Debatte 1937-1939*. In der von Brecht, Feuchtwanger und Bredel herausgegebenen Literaturzeitschrift *Das Wort* verstieg sich Alfred Kurella zu der blödsinnigen Behauptung, "der Geist, aus dem der Expressionismus hervorgegangen ist, führe in den Faschismus." Wer als Literat dem Klassenkampf dienen wolle, der babe "die Antike im Sinne Winckelmanns als 'edle Einfalt und stille Größe' aufzufassen und den 'Formalismus' als 'Hauptfeind' einer antifaschistischen Literatur anzuerkennen." (141) Ernst Bloch und Hanns Eisler entgegneten Kurella in der *Neuen Weltbühne*: "Nur der Künstler (ist) Avantgardist, der 'die neuen Kunstmittel für das Leben und die Kämpfe der breiten Masse brauchbar zu machen' versteht. Für Künstler bleibe 'die Wechselbeziehung: kritische Beachtung der Gegenwart, dadurch produktiv ermöglichter Erbantritt der Vergangenheit' entscheidend." (141)

Georg Lukács lenkte die so vehement ausgetragene, weil für die kreativen Geister existentielle Debatte auf ein der beschränkten Sen-

sibilität der Parteiführer und Apparatschiks angemessenes Gleis. "Durch das vom realistischen Kunstwerk vermittelte Verständnis der großen progressiven und demokratischen Entwicklungsepochen der Menschheit" - heißt Lukács' zentrale These - werde "in der Seele der breiten Massen ein fruchtbarer Boden bereitet ... für die revolutionäre Demokratie neuen Typs". (142f) Damit wurde die ideologische Verengung auf die Normen des *sozialistischen Realismus* untermauert. Wer indessen wie Herwarth Walden es wagte, "statt ausschließlich ideologische(r) Bewertungen eine materialistische Kunstanalyse" zu fordern, (508) der riskierte, in Stalins Gefängnissen ums Leben zu kommen.

Ob Frau oder Mann, ob Anarchist wie der Pamphletist Johannes Most, ob Sozialdemokrat wie der Arbeiterdichter Julius Zerfaß, ob Kommunist wie Alexander Abusch oder parteilos wie Oskar Maria Graf - schon ihre Lebensläufe offenbaren, daß es sich hier um eine andere Spezies von Literaten handelt als die im bürgerlichen Kulturbetrieb umtriebige. Gut zur Hälfte waren sie Proletarier, für die der Kampf ums Überleben, der politische Kampf und das Ringen um den künstlerischen Ausdruck sich unauflöslich verschränkten. So zum Beispiel bei Franz Krey aus Essen. Er "wuchs in einer kinderreichen armen Stahlschmelzerfamilie auf. (Er) war Schlepper, Hilfsschlosser, arbeitslos und Tippelbruder." Er nannte sich einen "Dichter aus Arbeitslosigkeit", seine Themen waren

"Leben, Kampf und Alltag der Arbeiterklasse." (263)

Ein Drittel der bio- und bibliographierten Autorinnen und Autoren waren jüdischer Herkunft wie Rosa Luxemburg und Erich Mühsam. Sie mag - wie schon Karl Marx - jüdischer Messianismus motiviert haben, gewiß aber auch das, was Arnold Zweig kraft historischer Erfahrung als Basis jüdischer Erziehung ansah, die Erkenntnis, "daß alle diejenigen in einer Front marschieren, denen die Menschenrechte vorenthalten werden, vor allem also mit den Arbeitern und Massen." (Arnold Zweig, Über den Nebeln. Eine Tatra Novelle, Mitteldeutscher Verlag, Halle [S] 1949, S. 108)

Und einige wenige entstammten dem Adel wie der baltische Graf Stenbock-Permor und die österreichische Gräfin Polliot de Creunneville-Poutet, die als Hermynia Zur Mühlen die bedeutendste Übersetzerin sozialistischer Literatur aus dem Russischen, Amerikanischen, Englischen und Französischen wurde. (550f) Die Edelleute trieb zumeist ein christliches Gefühl für Gerechtigkeit nach links.

Beeindrucken schon die Courage und Unbedingtheit des Engagements für die Entrechteten, die diese Lebensläufe erkennen lassen; nicht minder beeindruckend sind die Breite und Experimentierfreude der sozialistischen Publizistik, die von Flugblattgedichten und Manifesten über Sprechchöre und avantgardistische Theaterformen bis zur Massenpresse des Münzenberg-Imperiums reicht. (338ff) Willi Mün-

zenbergs AIZ, (9ff) die selbst noch nach der Machtübergabe an Hitler illegal in Tausenden von Exemplaren im Dritten Reich Hoffnung verbreitete, schuf mit John Heartfields Photomontagen und Layout ebenso wie mit ihren operativen Reportagen von Arbeiterkorrespondenten und Autoren wie Egon Erwin Kisch einen progressiven Stil der linken Publizistik, wie er später nie wieder erreicht wurde und heute so bitter nötig wäre.

Hans G Helms

Deutschland - wohin?

Lorenz Knorr, *Kriegs- oder Friedenspolitik: Deutschland wohin?*, 61 S., 5,- DM; ders., *Deutschland - 60 Jahre danach. Ursachen des Neofaschismus*, 28 S., 2,- DM; ders., *Menschenrechte - Faschismus - Antifaschismus*, 20 S., 2,- DM; alle hrsg. von VVN/Bund der Antifaschisten - Eigendruck.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg war zu Ende - und damit die blutige Nazi-Diktatur. Nie wieder Faschismus und Krieg! Das war damals die wichtigste Erfahrung und Erkenntnis. "... es bestand die einmalige historische Chance, den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten" (Menschenrechte, S. 15). Denn - so urteilt zu recht der Autor - es war die Niederlage der "verbrecherischen nazistischen Gewaltherrschaft. Befreit wurden das deutsche Volk und andere Völker von den Aggressionen des Bündnisses von Nazi-Clique,

deutschen Industrieherrn und Reichswehrrführung: durch die Anti-Hitler-Koalition" (ebda. - Vorwort). Das fand denn auch in den Abkommen der Anti-Hitler-Koalition von Jalta bis Potsdam (Februar und Juli/August 1945 sowie in der Menschenrechts-Deklaration vom 16. Dezember 1948, aber auch in den Programmen der Parteien (einschließlich der CDU) in allen Besatzungszonen konkreten Niederschlag - wie Knorr nachweist.

50 Jahre trennen uns von diesem historischen Ereignis. Die Geschichte blieb nicht stehen. Der Dritte Weltkrieg fand trotz Kaltem Krieg zwar nicht statt. Aber Kriege sind noch immer Mittel der Politik. Nach Auffassung der Bundesregierung und führender deutscher Militärs soll das auch in Gegenwart und Zukunft für Deutschland wieder Gültigkeit besitzen.

Aber noch ist auch der Schoß fruchtbar - aus dem der Faschismus kroch. Neofaschismus in verschiedener Gestalt ist in unserem Lande eine Realität. Lorenz Knorr, bis vor kurzem Bundessprecher der "VVN/Bund der Antifaschisten" und sicherlich den Z-Lesern als antifaschistischer Publizist bekannt, skizziert präzise in seinen oben genannten Arbeiten den Stand der Entwicklung zu dieser Problematik, nennt deren Ursachen und entwickelt gangbare Alternativen. Das geschieht aus der Sicht: "Nie wieder Faschismus und Krieg". Zu Recht stellt Knorr fest: "...wieder einmal stehen wir Deutschen (wie am und nach dem 8. Mai 1945 - F. K.) an einem Kreuzweg unserer geschicht-

lichen Entwicklung. Sechzig Jahre nach dem folgenschweren 'Rückfall in die Barbarei' von 1933 sollten wir gründlich und auswirkungsbedacht prüfen, welche Rolle das größer gewordene Deutschland im internationalen Geschehen ausüben könnte" (Kriegs- oder Friedenspolitik, S. 3).

Zu Recht stellt der Autor in diesem Zusammenhang den Weg zur faschistischen Diktatur und das Verhältnis der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu Faschismus und Krieg dar. "Pestzuhalten bleibt: Ohne die tatkräftige Unterstützung großer Teile der deutschen Industrie und der Reichswehrrführung wäre der deutsche Faschismus nicht zur Macht gekommen. Nur die aktive Mittäterschaft dieser beiden konservativer Gruppen der deutschen Oberschicht ermöglichte die bestialische Diktatur, die als Völkermord bekannte Judenvernichtung, die umfassende Kriegsvorbereitung und die aggressiven Raubkriege gegen die anderen Völker samt schrecklichen Okkupationen" (Menschenrechte, S. 15).

Aber auch die zurückgelegte Wegstrecke der Bundesrepublik ruft Knorr ins Gedächtnis. Hier wurde systematisch der antifaschistische und antimilitaristische Auftrag des Grundgesetzes durch konservative Kräfte - vor allem unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers (CDU) - durchlöchert bzw. ausgehöhlt. Denn "mit Hilfe der US-Führung entstanden (...) im Westen Deutschlands die gleichen kapitalistischen Besitzverhältnisse wieder, die zwei Weltkriege und den Fa-

schismus hervorgebracht hatten. Konservative Kräfte wollten eine Neuordnung von Grund auf verhindern, wie sie selbst das Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar 1947 proklamiert hatte. Die Rehabilitierung und Reaktivierung von Kriegsverbrechern und hochbelasteten Nutznießern des Naziregimes erschloß diesen erneut politischen, wirtschaftlichen, militärischen, juristischen, wissenschaftlichen und z.T. auch medialen Einfluß" (Menschenrechte, S. 15). Der Schoß, aus dem der Faschismus kroch, blieb für Neofaschismus fruchtbar.

Knorr untermauert diese Aussage mit vielen konkreten Fakten bzw. Tatsachen. Er erinnert vor allem an den Kampf für bzw. gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, an die Durchsetzung der Notstandsgesetze gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, den Widerstand gegen eine atomare Aufrüstung der BRD - vor allem an die Rolle der Bundesrepublik im Kalten Krieg gegen den "Todfeind" im Osten. Antikommunismus - nicht Antifaschismus/-militarismus! - wurde Staatsdoktrin.

Der Autor warnt eindringlich und überzeugend vor der rechten Gefahr in Deutschland. "Die Prognose, für die Rostock und Mölln flammende Signale setzten, wollen nicht enden. In den ersten 9 Monaten von 1992 registrierte man 1.750 rechtsextremistische Straftaten; 1991 waren es im ganzen Jahr 1.483! Allein im Jahr 1992 forderten diese barbarischen Frevel 17 Todesopfer. - Unbehindert zeigten Jugendliche den Hitlergruß und

Nazi-Symbole bei einer genehmigten Demonstration!" (Deutschland - 60 Jahre danach, S. 1). Und er fordert in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit und Stärkung des Antifaschismus in unserem Lande als aktuelle Aufgabe.

Er beurteilt diese und ähnliche Ereignisse als Ergebnis eines Rechtsruck bundesdeutscher Politik. Dazu stellt er fest: "Dieser Rechtsruck entstand keineswegs allein durch das krisenbedingt begünstigte Entstehen und Wirken neofaschistisch/rechtsextremer Parteien. Regierungsamtlich verheißene rassistische Hetzparolen wie 'Asylmißbrauch', 'das Boot ist voll' und 'Asylantenflut' produzierten und verstärken rechtsextremes Denken und Verhalten, damit aber auch neofaschistische Verbände. Die Herrschenden benötigen sie, um das politische Spektrum noch weiter nach rechts zu verschieben, um mit dem 'starken Staat' sowohl innenpolitisch Gleichschaltung als auch militärische Interventionen 'out of area' durchsetzen zu können" (Kriegs- oder Friedenspolitik, S. 5f).

Nicht zuletzt setzt sich der Autor ausführlich mit der neuen NATO- bzw. Bundeswehr-Militärdoktrin auseinander. Das geschieht u.a. in den Abschnitten: "Deutschland in der veränderten Welt"; "Balkan und Somalia als militärischer Einstieg"; "Zum Charakter von Krieg und Frieden". Die Bundesregierung und ihre Militärs streben nach seiner Meinung einen Zustand an, wo nicht der Frieden der Ernstfall ist (Heinemann), sondern der Krieg. Krieg soll wieder mögliches Mittel

der Politik werden - und zwar unter dem Deckmantel der Humanität oder friedensschaffender Maßnahmen. Die neue Militärdoktrin sieht den Einsatz der Bundeswehr vor zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (ebd., S. 14).

Zu Recht formuliert der Autor angesichts der komplizierten Lage nach dem Ende des Kalten Krieges die Erkenntnis, "daß die aufgetürmten Probleme dieser Welt ... nur mit zivilen Mitteln zu lösen sind. Politische Vernunft ist gefragt, nicht militärische Gewalt in verschiedenen Dimensionen und Erscheinungsformen. Der Einsatz militärischer Instrumente vergrößert die sozialen Nöte, die Menschenrechtsverletzungen und den Haß" (ebd., S. 59).

Knorr drückt in seinem Vorwort "Zum 50 Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg" zur Broschüre "Menschenrechte - Faschismus - Antifaschismus" den Wunsch aus: "Die hier vorliegende Schrift soll einen Diskussionsbeitrag leisten zur Erklärung der Ereignisse vom 8. Mai 1945, zu deren Voraussetzungen und Folgen sowie zu den erforderlichen Konsequenzen". Das ist nach meiner Auffassung sehr gut gelungen. Die ausführlichen Literaturangaben ergänzen vorteilhaft die Schriften - denen große Verbreitung zu wünschen ist.

Fritz Krause

Kommunisten im Parlament

Jens Ulrich Klocksin: "Kommunisten im Parlament - Die KPD in den Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1956), Bonn 1993, Verlag im Hof, 503 Seiten, 69,80 DM.

Wer sich mit der Geschichte der Kommunisten im westlichen Teil Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg beschäftigen will, wird in Zukunft kaum um dieses Buch herumkommen. Der Autor hat in akribischer Forschung Fakten zusammengetragen, um die Mitarbeit der Kommunisten in Regierungen und Parlamenten der Zonen, des Bundestages, der Landtage und Landesregierungen im ersten Nachkriegsjahrzehnt nachvollziehbar zu machen. Er schließt damit eine Lücke in allen bisherigen Darstellungen und stellt sich selbst das Ziel, mit dieser "Beschreibung und Bewertung des konkreten Handelns der KPD und ihrer Akteure" zu deren "Entmystifizierung beizutragen, wie sie von Anhängern und Gegnern der durch Verbot, nicht durch politischen Diskurs aus dem 'Wettbewerb der Meinungen' genommenen Partei gleichermaßen betrieben worden ist."

Der Autor leitet das Buch mit zwei Kapiteln ein, die sich knapp mit der Geschichte der KPD und ihrem Verhältnis zum Parlamentarismus beschäftigen. Dem eigentlichen Thema sind dann sechs Kapitel gewidmet, in denen lückenlos Parlaments- und Regierungsarbeit von Mitgliedern der KPD registriert und knapp bewertet werden. In ei-

nem weiteren Kapitel werden dazu noch Wahlergebnisse aus rund 100 Städten der Bundesrepublik und das Wirken der Kommunisten in Kommunalparlamenten aufgelistet, ohne daß hier Vollständigkeit angestrebt wird.

In den ersten Nachkriegsjahren war die KPD mit 17 Franen und Männern an allen Landesregierungen der westlichen Besatzungszonen - mit Ausnahme Südwürttemberg/Hohenzollerns - beteiligt. Präzise Angaben gibt es über die Personen, die Ressorts und die Dauer der Regierungsbeteiligung und den Grund für ihren Ausschluß aus der Regierungsverantwortung. Hier bestand zeitweilig ein antifaschistischer Konsens, der gerade heute oft bestritten wird und den erst der Kalte Krieg zurückdrängte.

Auch der mit der Geschichte vertraute Zeitgenosse wird bei der Auflistung der Landtags- bzw. Bürgerschaftsabgeordneten der KPD auf manchen Namen stoßen, der aus unterschiedlichsten Gründen in Vergessenheit geraten ist. Kloksin hat keinen der weit mehr als 100 Mandatsträger übersehen, listet auch hier ihre Tätigkeitsbereiche auf, nennt, soweit das nachvollziehbar ist, auch Gründe für das Auswechseln von Mandatsträgern. Es wird sichtbar, wie sehr, neben den Auswirkungen staatlicher Verfolgung, auch die innerparteiliche Auseinandersetzung zur Schwächung der Partei beigetragen hat.

Der schrittweise Aufbau eines westdeutschen Staates, das Abgehen von der in Podsdam verein-

barten deutschen Einheit, wird sichtbar beim Entstehen der von den Militärregierungen ernannten Zonenräte und des folgenden Bizonalen Wirtschaftsrates. Kloksin nennt auch hier alle Namen, die Zusammensetzung der Körperschaften und ihre Zielstellung. Er untersucht, warum die KPD an all diesen Gremien und ebenso am später eingesetzten Parlamentarischen Rat teilnimmt, obwohl sie sich bewußt ist, daß alle diese Schritte ihrer Zielstellung, der Schaffung des einheitlichen, antifaschistischen Deutschlands entgegenstehen.

Breiten Platz nimmt die Rolle der KPD-Fraktion bzw. -Gruppe im ersten deutschen Bundestag ein. Deutlich wird der Unterschied in den Bedingungen kommunistischer Parlamentsarbeit in den ersten Nachkriegsjahren und jetzt, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Dabei zeigt der Autor, daß die Kommunisten sowohl im Parlamentarischen Rat, hier vor allem durch Heinz Renner, als auch im Bundestag neben dem Eintreten für deutsche Verständigung und gegen neue Aufrüstung auch bemüht waren, zu vielen anderen Themen konstruktive Gegenpositionen zu vertreten.

In all diesen Kapiteln untersucht Kloksin auch die Methoden, mit denen von Anfang an der Einfluß der Kommunisten zurückgedrängt und ihre Arbeit behindert wurde. Das reicht von undemokratischen Wahlklauseln bei den ersten Kommunalwahlen, mit denen bereits ei-

nem Zweiparteiensystem der Weg bereitet wurde, bis zu der Einführung einer Zehn-Prozent-Klausel im bayrischen Wahlgesetz, mit der ermöglicht wurde, daß die FDP, die 15.000 Stimmen weniger als die KPD hatte, mit neun Mandaten in den Landtag einzog, während die KPD kein Mandat bekam. War die KPD in den Zonenräten und im Bizonalen Wirtschaftsrat noch in etwa mit ihrer Stärke vertreten, so erhielt sie im 65 köpfigen Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz ausarbeitete, nur 2 Mandate, obwohl sie bei den vorhergehenden Landtagswahlen immerhin 9,1 % aller Stimmen bekommen hatte.

Im Bundestag kamen dazu Geschäftsordnungsschikanen. Per Geschäftsordnung wurde die zur Fraktionsbildung notwendige Mandatszahl heraufgesetzt, so daß die KPD nicht mehr als Fraktion galt. Damit wurde ihre Möglichkeit, Gesetze einzubringen, aufgehoben, ihre Redezeit begrenzt, ihre Mitarbeit in Ausschüssen verhindert. Abgeordnete wurden bis zu 30 Tagen von den Sitzungen ausgeschlossen. Es war also keineswegs nur einer - auch vorhandenen - Unterschätzung des Parlaments geschuldet, wenn KPD Abgeordnete bei vielen Sitzungen fehlten. Dazu kam die offene Verfolgung durch Aufhebung der Immunität Max Reimanns und durch die Verhaftung von Landtagsabgeordneten (Robert Lehmann im Landtag von Niedersachsen, Jupp Angenfort, MdL NRW). Kloksin zeigt zugleich die Schwierigkeiten, die der KPD durch eigene personalpolitische Fehler entstanden, vor allem durch

die unbegründete Verhaftung und Verurteilung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller in der DDR. Interessant sind auch die Untersuchungen über das Selbstverständnis der KPD in dieser Zeit in Bezug auf die Bedeutung parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung und über ihr Verhältnis zu anderen Fraktionen des Parlaments.

Kloksin untersucht in anschließenden Kapiteln, wie weit die KPD Schlussfolgerungen aus ihrer Wahlniederlage 1953 zog, wie sich das KPD Verbot auswirkte. Nach der bereits angesprochenen umfangreichen Darstellung von kommunalen Wahlergebnissen behandelt ein knappes Kapitel den Weg vom Parteiverbot 1956 zur DKP-Konstituierung 1968. Der Band schließt mit einem Personenregister und einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis.

Alles in allem, ein wertvolles Handbuch, das zu weiteren Untersuchungen reizt, das Buch eines Nichtkommunisten, der sachlich und mit freundlicher Distanz seine Forschungsergebnisse darlegt. Und der zu einer interessanten Zusammenfassung kommt:

Durch die Formierung der Bundesrepublik als "antikommunistischer Schutzwall" blieb wenig Platz für die "nationalen Repräsentanten des Weltkommunismus. Mit dem Entstehen der aggressiven Konkurrenz der Systeme schwanden die verbindenden Elemente der gemeinsamen Vergangenheit, der 8. Mai mutierte vom Tag der Befreiung zum Tag der Kapitulation..." Das

KPD-Verbot läßt die Frage offen, wie weit sich die Veränderungen kommunistischer Politik nach dem XX. Parteitag der KPdSU wohl ausgewirkt hätten. "Die zusammenfassende Bewertung", so meint Klocksin, "läßt den Schluß zu, daß die Kommunisten ohne Parteiverbot auf parlamentarischer Ebene weiter existiert hätten..."

Günter Judick

Neues von Fest, Nolte und anderen

Dieter Rudolf Knoell, *Kritik der deutschen Wendeköpfe. Frontbericht vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 222 S., br., DM 25,-.*

Knoell mutete sich die bewundernswerte Aufgabe zu, die Jahre der Deutschen Vereinigung im Graune der Leitartikel und des Feuilletons der FAZ, der "Zeit" und des "Spiegel" zu verfolgen. Dabei hat er weder einen Beißkrampf oder einen Kulturschock bekommen, noch hat er, oh der intensiven Beschäftigung mit diesen Druckerzeugnissen, deren Färbung angenommen.

Die Zeiten linker Meinungsführerschaft sind vorbei, so es sie denn je gegeben hat. Durch die (schon fast vergessene) Kohlsche Wende eingeleitet, durch die deutsche Einheit (und die beiden gesamtdeutschen Wahlen) manifestiert und im Golfkrieg vorexerziert: Der Einfluß Linker auf die politische Kultur

dieses Landes, einst durch die Fähigkeiten, Themen in der Öffentlichkeit inhaltlich zu besetzen, herrschende Meinungen in Frage zu stellen und in sozialen Bewegungen (die einst die neuen genannt wurden) ideell und praktisch zu materialisieren - ist dahin. Das ist kein gesetzmäßiges Naturereignis. Maßgeblichen Anteil daran hat die damals von Kohl beanspruchte geistige Wende - sie hat tatsächlich stattgefunden.

Manches in den mit wortmächtigen Titeln daherkommenden Artikeln dieses Buches plätschert so vor sich hin. Die Beiträge lösten in mir fast durchweg Zustimmung aus, aber auch die Frage: So what? Irgendwie lockt man m. E. keinen mehr damit hinter dem Ofen hervor, wenn noch einmal ehemals Linke oder welche, die dafür gehalten wurden, wie Enzensherger, Strauss und Biermann vorgeführt werden. Besser wird Knoell aber dann, wenn er solchen Autoren und Leitartiklern, die heute noch als progressiv gelten, wie Schmid, Ulrich und Hartung, angesichts ihres karrierebewußten Friedenschlusses mit dem Diskurs der Macht den Inhalt ihres seichten Geschwätzes als Prozeß nachweist, der einen aus der Linken herausbringt und mit Zwangsläufigkeit in die Rechte hineinführt. (58)

Interessant wird es, wenn Knoell wie im Senkbecken einer Kläranlage die unverdaulichsten Brocken der Autoren Fest und Nolte aussondert und sezziert. Fest wird hier als Voodoo-Priester überführt, der Bloch angesichts seiner für die FAZ offensichtlich gefürchteten Wirkmächtigkeit aus dem Grabe

sprechen läßt. Bloch habe, so Fest, noch 1980 an den revolutionären Umsturz geglaubt und diesen gepredigt - immerhin drei Jahre nach seinem Tod. (71) Knoell arbeitet die verlogene Widersprüchlichkeit des konservativ-reaktionären Diskurses heraus. Fest bemüht sich, Bloch und Hitler gleichermaßen als utopische Denker zu überführen (65ff.), um Bloch dann die konsequente Vorwegname (68) einer DDR zuzuschreiben, die von Nolte als vertreibungsintensiver, als das nationalsozialistische Deutschland (153) und von einem Kanzler als landesweites KZ bezeichnet wurde. Was war eigentlich das Negative am Nationalsozialismus? Offensichtlich nicht der totalitäre und menschenverachtende Charakter, der so gerne dann bemüht wird, wenn es um die Einordnung des realexistierenden Sozialismus geht, sondern vielmehr um die Niederlage im "europäischen Bürgerkrieg" des 20. Jahrhunderts gegen den als eigentlichen Verursacher des Nationalsozialismus hingestellten Bolschewismus. Knoell zitiert Nolte: "Man braucht sich im kontrafaktischen Gedankenexperiment nur die ganze Grauenhaftigkeit des sowjetischen Regimes der späten dreißiger Jahre vor Augen zu halten und zu fragen, was die Konsequenz gewesen wäre, wenn der Nationalsozialismus tatsächlich die führende Kraft eines 'reinen' und daher internationalen Antibolschewismus dargestellt hätte. Diese Konsequenz wäre die 'Rückführung Rußlands nach Europa', die Befreiung der Nationalitäten, der wirtschaftliche Aufschwung Osteuropas gewe-

sen." (151) Dies steht in der gleichen Denklinie, die den jüdischen Weltkongress als (verhinderten) Behinderer der deutschen Einheit deklariert. (155) Die Jüdisch-Bolschewistische-Verschöpfung.

Voilà! In den Artikeln (108ff., 120ff.), in denen Knoell die Sumpflüthen der durch ihren Antikommunismus ihrer intelligenten Potenz entledigten Totalitarismusthesen vorführt, läuft er zur Hochform auf, die trotz der Thematik Lesevergnügen bereitet.

Interessant ist, daß die rechten und gewendeten Ideologen offensichtlich sprachliche Schlamper sind. Ähnlich wie Gremliza führt der Lehrbeauftragte für Germanistik jene ob ihrer Unfähigkeit, sich ordentlich auszudrücken, verschiedentlich vor.

Hinten runter fällt, auch angesichts der Aufmerksamkeit erheischenden Titels, leider die Thematisierung dessen, was eigentlich "zersetzende Gesellschaftskritik" heute ist oder sein kann, über die zu siegen ja nicht nur im Feuilleton ein Feldzug in der spieß- und großbürgerlichen Presse geführt wird, sondern auch die vollautomatische Textproduktionsanlage aus Frankfurt auf ganz andere Weise ihren wissenschaftlichen Teil beiträgt. Dies mag der essayistische Anspruch des Buches entschuldigen. Etwas weniger bombastisch hätte dann aber der dissertationsmäßig daherkommende Titel ausfallen können.

In den jüngsten, auch brillanten Veröffentlichungen Gremlizas (Ein Volk gibt Gas. 28 Berichte zur Lage der Nation, Hamburg 1992),

Pohrts (Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand, Berlin 1993) und - etwas hölzerner und oberflächlicher - Schneiders (Tanz der Derwische. Vom Umgang mit der Vergangenheit im wiedervereinigten Deutschland, Lüneburg 1992), wird manchesmal der naive Protest mit "zersetzender Kritik" zur fünften Kolonne des Kapitals und Faschismus stilisiert. Positiv davon unterscheidet sich Knoell, denn dies ist die Konzentration der Auseinandersetzung auf den wirklichen Gegner. Ein Buch also, das einem Mut machen kann, auch weiter gegen den Strom zu denken.

Jonas Dörge Weidemann

"Nachholende Konzentration" im deutschen Speditionsgewerbe

Dieter Plehwe: *Neue Logistik für deutsche Konzerne. "Deregulierung", Lean Production und Großfusionen in der Speditonsbranche. SO-KOOP-Verlag, Duisburg 1994; 232 S.; 30,- DM.*

Auch wenn sonst vieles ungewiß ist: Bezüglich der künftigen Entwicklung des Kommunikations- und Verkehrsgeschehens in Europa sind sich die Pachtleute weitgehend einig. Der Bedarf an Transportleistungen wird weiterhin rasant ansteigen. Die dem Bundesverkehrswegeplan 1992 zugrunde liegenden Prognosen sagen für das Gebiet der größeren Bundesrepublik bis zum Jahr 2010 ein geradezu stürmisches Wachstum voraus. Der Personenverkehr wird danach um 32 Pro-

zent, der Güterverkehr gar um 77 Prozent zunehmen. Dabei wird weiterhin der Schienenverkehr strukturell benachteiligt sein und relativ an Gewicht verlieren zugunsten des Straßenverkehrs. Hierfür sind zwei Ursachenkomplexe verantwortlich: Einmal wirtschafts- und europapolitische Weichenstellungen (z.B. EG-Binnenmarkt, schutzlose Öffnung und teilweise Unterwerfung der osteuropäischen Volkswirtschaften, Liberalisierung und Deregulierung des Transportsektors), zum anderen die Durchsetzung neuer Produktions- und Distributionskonzepte in Industrie und Handel, die unter dem Schlagwort "lean production" firmieren (z.B. Flexibilisierung der gesamten Wertschöpfungskette, Tendenz zu kleineren Losgrößen, Just-in-time-Güterverkehr). Die Auswirkungen der neuen Produktionskonzepte auf das Verkehrs- und Kommunikationssystem sind enorm. Denn erstens wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung weiter vorangetrieben, was z.B. durch die Verringerung der Fertigungstiefe und die entsprechende Konzentration auf das "Kerngeschäft" sowie durch Unternehmensaufspaltungen (profit center, "fraktale Fabrik", management buy outs etc.) geschieht. Und zweitens folgt daraus die zunehmende Bedeutung der Vermittlungsprozesse und -instanzen zwischen eben jenen arbeitsteilig miteinander verbundenen Wirtschaftssubjekten, also z.B. zwischen Zulieferer und Hersteller oder zwischen Hersteller und Kunden, wobei diese Vermittlungsprozesse

vielfach globale Dimensionen angenommen haben.

Diese Entwicklungstrends bilden Hintergrund und äußeren Rahmen der Arbeit von Dieter Plehwe. In deren Mittelpunkt aber steht die Frage, wie sich die TUL-Branche (Transport, Umschlag und Lagerei) in Deutschland auf die neuen Herausforderungen einstellt, welche Rolle hierbei die Branchenriesen spielen, und schließlich welche Auswirkungen die Beschäftigten zu gewärtigen haben. Der weitaus größte Teil des Buches ist der Darstellung und Bewertung der Unternehmenskonzentration in der TUL-Branche gewidmet, die in den vergangenen Jahren zur Herausbildung von drei dominierenden Speditionskonzernen geführt hat: der Schenker-Rhenus AG, Thyssen Haniel Logistik GmbH und der Kühne & Nagel AG. Deren z.T. sehr wechselhafte und verworrene Entstehungsgeschichte kann hier natürlich nicht nachgezeichnet werden, wobei der Rezensent gestehen muß, daß er beim Lesen nicht jeden Winkelzug bei den Fusions- und Übernahmeprozessen und nicht jede Verästelung der entstandenen Konzernstrukturen nachvollziehen konnte. Darauf kommt es dem Autor aber auch nicht an. Vielmehr dient ihm die detaillierte Rekonstruktion der drei Fusionsprozesse als Beispiel für einen grundlegenden Umstrukturierungsprozeß in der Logistikbranche auf nationaler und internationaler Ebene. Von Bedeutung ist hierbei, daß der Transport- und Logistiksektor in der Bundesrepublik traditionell stark reglementiert war

(tarifliche Regelungen, Marktzugangsregelungen durch Konzessionen, Kabotageverbot) und somit den Klein- und Mittelunternehmen einen gewissen Schutz bot vor der Marktmacht der verladenden Wirtschaft und des Handels einerseits und vor der internationalen Konkurrenz andererseits (S. 19ff.). Sowohl das deutsche Straßengüterverkehrsgewerbe insgesamt (ca. 45.000 Unternehmen mit 460.000 Beschäftigten), als auch der gewerbliche Güterfernverkehr (rund 10.000 Unternehmen mit 245.000 Beschäftigten) waren denn auch - und sind bis heute - ausgesprochen kleinbetrieblich bis bestenfalls "mittelständisch" strukturiert. Mit dem Wegfall der Tarife (seit 1.1.1994) und der schrittweisen Aufhebung des Kabotageverbots werden v.a. die Klein- und Kleinstunternehmen in ihrer Existenz bedroht, während Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse "einen neuen Schuh" erhalten (S. 22). Die drei "national champions" des deutschen Speditionsgewerbes haben sich in den letzten Jahren durch zahlreiche Firmenaufkäufe und -beteiligungen, Diversifizierungen und Fusionen auf diese Situation eingestellt. Entstanden sind in diesem "Transport-Monopoly", bei dem auch die Banken (insbesondere die Deutsche Bank, vgl. S. 27, 29, 31, 80f, 187) kräftig mitgemischt haben, drei global operierende Speditionskonzerne, die ihre Umsätze zwar überwiegend in den "klassischen" Geschäftsbereichen Landverkehre, Luft- und Seeverkehre, Umschlag und Lagerei, Logistik und Distribution erzielen,

darüber hinaus aber noch einer Reihe anderer (Dienstleistungs-)Aktivitäten nachgehen. Alle drei sind verbunden mit großen Industriekonzernen (Schenker-Rbenus mit Stinnes bzw. VEBA, Thyssen Haniel Logistik mit Thyssen, Kühne & Nagel mit VIAG/Bayernwerk), die der strukturellen Krise ihrer angestammten Bereiche dadurch beizukommen versuchten, daß sie in neue wachstumsträchtige Geschäftsfelder, insbesondere des Dienstleistungsbereichs, vorstießen und ihre Konzernstrukturen dabei radikal umbauten. Herausgekommen ist ein neuer, umfassend "vertikal und logistisch integrierter Konzerntyp" (S. 199).

Mit dieser Entwicklung der "nachholenden Konzentration", wie es Gerd Aberle einmal genannt hat, vollziehen die deutschen Logistikriesen indessen nur nach, was im internationalen Maßstab ebenfalls gang und gäbe ist. Die großen ausländischen Logistikkonzerne wie Nippon Express, Danzas, Nedlloyd, UPS, TNT Federal Express, Footwork usw. tummeln sich genauso auf dem deutschen bzw. europäischen (Binnen-)Markt wie ihre deutschen Konkurrenten, die ihrerseits neuerdings versuchen, stärker in osteuropäischen, asiatischen und lateinamerikanischen Märkten Fuß zu fassen (vgl. S. 91ff., S. 123, 160ff., 191ff.). Hierzu werden nicht selten Gemeinschaftsunternehmen gegründet bzw. mindestens strategische Allianzen oder Kooperationen angestrebt. Mittelständler werden in diesem gnadenlosen Wettbewerb um Regionen und Marktanteile langfristig wohl nur dann

eine Chance haben, wenn sie sich gleichfalls in Kooperationen begeben, etwa nach dem Muster der bislang recht erfolgreichen Log Sped (S. 200f.). Überbetriebliche Kooperation wird mittlerweile aber auch hinsichtlich einer stärkeren Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger (z.B. im Kombiverkehr) und aller an der Wertschöpfungskette beteiligten Unternehmen diskutiert - ein bevorzugtes Thema auf der diesjährigen IAA Nutzfahrzeuge in Hannover und auf dem Weltkongreß der Spediteure in Hamburg. Hier liegen die strategischen Vorteile eindeutig bei den großen Transport- und Logistikkonzernen, die über ihre Mutter- und Tochtergesellschaften in der Lage sind, Transportdienstleistungen verschiedenster Art aus einer Hand anzubieten, also zu "logistischen Systemdienstleistern" geworden sind (S. 202).

Die Folgen für Klein- und Mittelbetriebe und die Beschäftigten werden nur knapp umrissen. D.P. geht davon aus, daß ein - allerdings nicht quantifizierbarer - Teil der kleinen Speditions- und Transportunternehmen auf der Strecke bleiben wird. Die am Markt sich behauptenden Logistikdienstleister werden zusätzliche Rationalisierungspotentiale und Synergieeffekte nutzen, was zu Arbeitsplatzverlusten und zu einer "massiven Verschlechterung der Lage" vieler Beschäftigter im direkten und indirekten Bereich führen werde (S. 213). Entsprechende Befürchtungen des Bundesverbands des Deutschen Güterfernverkehrs-BDF (z.B. auf dem DVZ-Forum im

September 1993, vgl. S. 214) scheinen von der jüngsten Entwicklung bestätigt zu werden. Nach der Tarifaufhebung zu Beginn dieses Jahres gab es Preiseinbrüche von bis zu 60 Prozent unter das ehemalige Tarifniveau. Dünne Kapitaldecken, unzureichende Kapazitätsauslastungen und - vor allem - der extreme Preisdruck durch die Auftraggeber haben in den ersten Monaten 1994 zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Betriebsaufgaben geführt (Handelsblatt vom 11.8. 1994). Auch die Gewerkschaften, insbesondere die ÖTV, sind auf verschiedene Weise mit diesen und anderen Folgen des Umbruchs in der TUL-Branche konfrontiert. Die vom Autor auf wenigen Seiten (S. 218ff.) abgehandelte Problemdichte ist derart groß, die Konflikte derart zahlreich, daß die Gewerkschaften hier in der Tat nicht zu beneiden sind.

Kritisch anzumerken bleibt dreierlei: Zum einen werden die im Zentrum der Arbeit stehenden Fusionsanalysen der drei Logistikkonzerne zu sehr auf der Ebene der reinen Kapitalbeziehungen und -verflechtungen abgehandelt. Demgegenüber kommt die inhaltliche oder fachliche Seite dieses Prozesses zu kurz. Man möchte mehr erfahren über die konkreten Aktivitäten der drei Konzerne in aller Welt. Zu kurz kommt zweitens auch eine argumentative Auseinandersetzung mit den globalen und ökologischen Folgen des Umbruchs im Transport- und Speditionssektor. Zwar ist das Thema und Hauptanliegen des Buches ein anderes; doch wenn an verschiedenen

Stellen des Buches die allgemeine Zunahme des Straßengüterverkehrs aus ökologischen Gründen kritisiert wird, wenn weiter befürchtet wird, daß die dargestellten Vermachtings- und Oligopolisierungstendenzen dieser unerwünschten Entwicklung noch Vorschub leisten, und wenn schließlich unter Bezugnahme auf den Begriff "Verkehrswende" von Markus Hesse für eine alternative Entwicklung im gesamten Transport- und Verkehrsbereich plädiert wird, dann sollten solche Positionen nicht nur behauptet, sondern auch belegt und begründet werden, zumal es sich hierbei - was man bedauern mag - nicht um die herrschende Meinung der "Zunft" handeln dürfte. Zum dritten scheint mir die theoretische Bewertung des TUL-Branchenumbruchs als einer Industrialisierung nach fordristisch-tayloristischem Muster (während sich die Industrie im Zuge der Verschlankung ihrer Strukturen vom Fordismus löse, vgl. S. 153f.) nicht ganz zutreffend zu sein. Die "systemische Rationalisierung", die diesem Prozeß zugrundeliegt, zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß sie sämtliche am Wertschöpfungsprozeß beteiligten Bereiche erfaßt und mittels moderner IuK-Technologien vernetzt. Die Kennzeichnung hier: moderne, "postfordistische" Industrie, dort: tayloristische Betriebsorganisation und Arbeitsstrukturen trifft weder für die ganze Industrie, noch für die gesamte TUL-Branche zu. Beide sind vielmehr selbst einer zunehmenden Polarisierung und Segmentierung unterworfen. Für die Automobilindustrie ist das vielfach

dokumentiert worden, etwa was das Verhältnis von KMU-Zulieferern zu den marktmächtigen Herstellern betrifft; im Transportgewerbe beispielsweise gibt es Großunternehmen mit Hunderten von Fahrzeugen und entsprechend komplexen logistischen Aufgaben neben einer zunehmenden Zahl von Ein-Mann-Unternehmen ("driver-owner"), die für die logistischen Restfunktionen zuständig und auf Gedeih und Verderb sowohl von der verladenden Wirtschaft, als auch von den größeren Logistikdienstleistern abhängig sind.

Ungeachtet dieser Einwände überzeugt das Buch durch die Fülle sorgfältig recherchierter Daten und deren intelligente Verknüpfung und Verdichtung zu hochkomplexen Konzernanalysen. Der weitgehende Verzicht auf die ansonsten allorts anzutreffende elaborierte Sprache der modernen Sozialwissenschaft macht es auch für Praktiker lesbar. Eine transparente Gliederung, einige tabellarische Darstellungen sowie ein übersichtliches Verzeichnis wichtiger Literatur erhöhen noch den Gebrauchswert des empfehlenswerten Buches.

Peter Strutynski

Versuchsschronik

Georg Fülberth, *Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten*, PapyRossa Verlag, Köln 1994, 200 Seiten, Paperback, 24,80 DM.

Eine "Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten", wie es der Untertitel verheißt, ist es nach Ansicht des Rezensenten nicht geworden, wohl aber das Gerippe zu einer Chronik der zentralen Herausforderer einer Epoche. Dies kann wohl gegenwärtig auch noch gar nicht anders sein, und abgesehen von allem anderen muß der Gegenstand einen Einzelkämpfer mit schnell folgenden Publikationsprojekten sicher auch überfordern. Nun steht eine Neubewertung vom vorläufigen Ende her an - oder ist es vielleicht doch richtiger, "nur" von einem tiefgehenden Einschnitt zu sprechen? - und dafür hieten die Bibliotheken füllenden Abhandlungen und Selbstdarstellungen von gestern nur wenig Hilfe. Sie werden so auch in des Verfassers äußerst spartanisch gehaltenen Anmerkungen noch nicht einmal mehr der Erwähnung oder des Bezugs für Wert gehalten. Der Nutzen einer so angelegten Abhandlung kann nur in den großen Linien, in der Gesamtschau bestehen.

Der historische Bogen ist weit gespannt. Nach einem kurzen Exkurs zur Marx'schen Theorie im Kontext der Entstehung der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung und deren Differenzierung mit dem Übergang zum Imperialismus bzw. his zum 1. Weltkrieg beginnt die eigentliche chronologische Darstellung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten. Die Periodisierung, die dann auch die Folge der synchron geschalteten Kapitel, d.h. den Wechsel sozialistische Staaten-kommunistische Be-

wegung, bestimmt, ist durch die Jahreszahlen 1917, 1923, 1941, 1947, 1975, 1985 und 1991 abgesteckt und ergibt sich wesentlich aus Fülberths Blick vom Ende her. So geht z.B. 1923 nicht nur die revolutionäre Nachkriegskrise in Europa zu Ende, ohne daß sich die Revolution anderswo als auf den Territorien des früheren zaristischen Rußland durchgesetzt hätte, sondern damit beginnt aus Fülberths Sicht auch schon der Weg der Sowjetunion in die Sackgasse.

Des Verfassers Mut zur äußersten Reduktion des Stoffes in der Darstellung fordert vor allem dort Kritik heraus, wo es um theoretische Sachverhalte, Zwischenbilanzierungen u.ä. geht. Aber er bat natürlich auch Mühe, komplexeren Situationen und der Entwicklung nationaler Parteien gerecht zu werden. Inzwischen liegen zu Fülberths Versuch schon einige kritische Rezensionen vor, so n.a. von Willi Gerns (*Marxistische Blätter*, 1/95) und von Christoph Lieber (*Sozialismus*, 12/94). Sie bringen u.a. eine Vielzahl jener Einwendungen, die auch der Rezensent zu vermerken hätte. Vor allem in der Marx/Engels-Interpretation ist Fülberth kantig und fordert zur Kritik heraus. Das beginnt mit Marxens Auffassung vom Proletariat und reicht bis zum Wert-Preis-Problem im Sozialismus.

Das Grundproblem in Fülberths Epochenabrisß ist nach Ansicht des Rezensenten die Identifizierung von Nichtidentischem, eben der kommunistischen Bewegung und der UdSSR bzw. des realsozialistischen Staatensystems. Denn die

kommunistische Bewegung batte Gründe und Ursachen vor und auch außerhalb des Realsozialismus. Sie sind mit dessen Zusammenbruch in Europa nicht geschwunden, sondern bestehen in spezifischer Weise fort bzw. sind auf den Territorien der früher realsozialistischen Länder neu entstanden. Dem hätten auch die Mutmaßungen über Zukunft und Perspektiven einer eigenständigen sozialistisch-kommunistischen Bewegung Rechnung zu tragen. Zweifellos waren die Oktoberrevolution und ihr Sieg ein mächtiges Vehikel zur Freisetzung einer internationalen kommunistischen Bewegung. Fülberth zeigt sehr gut, weshalb sie im Kontrast zur Sozialdemokratie von vornherein einen straffen und deziert internationalistischen Charakter annahm - die Kommunistische Internationale als Weltpartei mit ihren nationalen Sektionen - und die Bolschewiki im Soge ihres Sieges faktisch naturwüchsig in eine unangefochtene hegemoniale Stellung hineinwachsen. Hatte also die Verteidigung Sowjetrußlands seit der Oktoberrevolution oberste internationalistische kommunistische Priorität, so konnte sich gerade mit dem Ausbleiben der Revolution im Westen hieraus die Funktionalisierung der KI für die sowjetische Außenpolitik ergeben. Das Nichtidentische wird durch die Umstände in die Identität gezwungen, was Fülberth dann für das Wesen der kommunistischen Bewegung nimmt.

Hätte er sich von dieser Optik gelöst, dann hätte er in einer "Geschichte" der kommunistischen

Bewegung bis in ihre Periodisierung hinein der faktischen Spaltung der 2. Internationale seit Ende des letzten Jahrhunderts mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Dies war die Periode einer (Neu)Formierung der kommunistischen bzw. der radikalen Strömung in der Arbeiterbewegung. Ähnliches hätte auch für die Darstellung der noch davor liegenden Anfänge der modernen kommunistischen Bewegung zu gelten: des Bundes der Kommunisten, der IAA, der marxistischen Massenparteien. Die Vonselbständigung der kommunistischen Bewegung war also in den Verhältnissen angelegt und hätte sich wahrscheinlich auch ohne die Oktoberrevolution vollzogen. Insofern reproduziert Fülberths Diktion von der Spalterpolitik Lenins und der KI (68) zwar die alte sozialdemokratische Polemik, ist jedoch nach wie vor historisch nicht haltbar, es sei denn, man sieht in der Unterordnung unter reformistische Integrationspolitik eine Haltung ohne Alternative. Nicht immer also honoriert die Muse Klio den Gestus tabufreien Umgangs mit ihrer Materie.

Es greift in der Folge auch zu kurz, die Konjunkturen der kommunistischen Bewegung nahezu ausschließlich mit der Bewegung des Realsozialismus in Zusammenhang zu bringen, obwohl es zweifellos ein enger Zusammenhang, vor allem an den Frontlinien, war. Vielmehr waren Aufschwung und Abschwung immer als Resultate innerer und äußerer Faktoren und Gegensätze aufzufassen. Dies wird bei Fülberth gut deutlich an der Periode des an-

tifaschistischen Widerstandes, des kalten Krieges, des Aufschwungs der 60er/70er Jahre, aber dann auch der Stagnation und Existenzkrise.

So lakonisch wie bei Fülberth der Sozialismus mit dem "ersten" Versuch, den Kolonien der utopischen Sozialisten, in seine Chronik eintritt, so verschwindet er auch nach seinem "dritten" Versuch in den knappen Schlußkapiteln aus den Annalen des Verfassers. Wenn er von der Niederlage im kalten Krieg mit dem Schwinden des militärstrategischen Gleichgewichts, von den neuen Wirkungsdimensionen des Weltmarktes und der Unfähigkeit des Realsozialismus zur ökonomischen Reform spricht, dann hat er sicher die wichtigsten Ursachen seiner Niederlage im Visier. Freilich entbehrt die negative Teleologie des Abgangs etwas der Plausibilität, wenn alternative Handlungsmöglichkeiten und die subjektiven Faktoren, eben die Ebene des politischen und ideologischen Kampfes, aus dem Blickfeld geraten. Aber gerade deren Analyse und Kritik ist für jegliche Regeneration unabdingbar.

Unter den kapitalistischen Restaurationsprozeß subsumiert Fülberth nun auch schon, etwas voreilig, wie der Rezensent hofft, die Entwicklung in China, Vietnam, Nordkorea und Kuba. Was den letzten Versuch zur Rettung der UdSSR betrifft, den "Putsch" vom August 1991, so übernimmt der Verfasser die literzulande vorherrschende Propagandaversion und übersieht, daß es um den Versuch der Staatspitze - ohne Gorbatschow - zur

Durchsetzung eines Notstandsregimes ging. Die Insignien der legalen Macht fehlten den Protagonisten nicht, wohl aber die reale Macht zur Lösung der Situation der Doppelherrschaft zu ihren Gunsten. (189ff.)

Daß die mit dem Realsozialismus in Europa einst verbundene sozialistisch-kommunistische Bewegung mit dessen Zusammenbruch nicht von der Bildfläche verschwunden ist, registrieren die letzten Seiten der Chronik. Man hätte sich vom Verfasser nun freilich auch gewünscht, daß er sich dem Phänomen des überraschend schnellen Aufstiegs der postkommunistischen Parteien ebenso stellt wie den Perspektiven der kapitalistischen Restauration in jenen Breiten. Vielleicht wären auch Aussagen zu erkennbaren Ansätzen und Neuanfängen der kommunistischen Bewegung möglich gewesen. Denn nicht überall sind Abgang und Zerfall.

Zum Schluß äußert Georg Fülberth, daß es gegenwärtig noch unklar sei, ob das kapitalistische Privateigentum nicht doch mit den menschlichen Zukunftsperspektiven vereinbar wäre. Sollte hierin der Grund für seine Zurückhaltung in den genannten Fragen zu suchen sein?

Heinz Jung

Stalinismus und Wertgesetz

Hans Kalt, *Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells*, PapyRossa Verlag, Köln 1994, 240 Seiten, 28,-DM.

In siebzehn etwa 10-20seitigen Kapiteln, die in sich nochmals didaktisch nützlich untergliedert sind, bringt der österreichische Marxist Hans Kalt seine Sicht der Entwicklung und Fehlentwicklung der UdSSR bzw. des Realsozialismus, deren Bedingungen und Ursachen zu Papier. Er folgt dabei mit Vor- und Rückgriffen dem geschichtlichen Verlauf. Es handelt sich weniger um eine wissenschaftlich-analytische Abhandlung, die neue Fakten vorstellen oder die inzwischen vorliegende Literatur kritisch sichten und bewerten würde, sondern um die Reflexionen eines Mannes, für den der Sozialismus und die kommunistische Bewegung die Achse seines Lebens war und wohl auch geblieben ist. Er bleibt Verteidiger des Sozialismus gegen seine Deformationen und gegen seine Gegner und Kritiker. Die Publikation könnte gerade deshalb geeignet sein, den Lesern und Leserinnen einer jüngeren Generation das Verständnis des geschichtlichen Prozesses und auch des Verhaltens und Fehlverhaltens engagierter Kommunisten und ihrer Organisationen nahezubringen.

Wollte man vereinfachen, könnte man sagen, daß das Buch um zwei Komplexe kreist: um die Rolle Stalins und seines Einflusses auf das sowjetische Modell des Sozialismus und um das aus der Sicht des Verfassers in der Ökonomie des Realsozialismus verkannte Wertgesetz und die damit verbundenen Deformationen. Der Zusammenhang beider Komplexe stellt sich spätestens Ende der 20er Jahre mit dem Abgehen von der

Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) und dem Übergang zur forcierten Kollektivierung und Industrialisierung ber. Das Wertgesetz als ökonomischer Regulator und das damit verbundene System ökonomischen Zwangs für alle Wirtschaftssubjekte wird nun durch das Regime des Administratismus und des außerökonomischen Zwangs abgelöst. Mit dem faktischen Bürgerkrieg gegen die bäuerlichen Eigentümer zerbricht außerdem die demokratische Grundlage und Legitimation der Diktatur des Proletariats. Die repressiven Züge des politischen Systems treten, zusätzlich verschärft durch den Aufstieg des Faschismus im Westen, in den Vordergrund. Das ist die Konstellation, in der sich die personale Diktatur Stalins und die Perversion des Machtapparates durchsetzte.

Gleichzeitig ist aber zu erklären, weshalb selbst im Zwangskorsett des Stalinschen Despotismus die UdSSR der 30er Jahre die immensen Entwicklungs- und Modernisierungssprünge vollziehen, dann dem Faschismus widerstehen, schließlich zu einem Hauptsieger des 2. Weltkrieges werden und in einer nur kurzen Frist die ungeheuren Kriegszerstörungen überwinden konnte. Kalt hält den Begriff "Stalinismus" zur Charakterisierung der Sowjetgesellschaft für ungeeignet und wissenschaftlich und theoretisch nicht haltbar. Er ist für eine präzise Bestimmung des Einflusses und damit auch der historischen Verantwortung Stalins im Kontext der Gesamtsituation und der objektiven Determinanten, die auch für jede andere denkbare

kommunistische Führung wirksam gewesen wären, und für eine dementsprechende historiographische Erfassung und Bewertung. Indem ihm dies, nach Ansicht des Rezensenten, im vorliegenden Text in bobem Maße gelingt, bezieht er auch Front gegen jene Porm des Antistalinismus, die von einer antirevolutionären Dämonisierung Stalins lebt und in die Verdammung den Realsozialismus ("Stalinismus als Gesellschaftssystem") und die kommunistische Bewegung in toto je nach Bedarf ab 1928, 1921, 1917 oder gar noch zurückreichend bis Marx und Engels einbezieht.

Ein Beispiel dafür, wie damit jegliche sachliche Diskussion abgeschnitten wird und an ihre Stelle bysterische Ausfälle treten, sind die Reaktionen jüngerer, in ihrem Selbstverständnis sozialistischer Historiker wie Wladislaw Hedeler und Mario Kessler (siehe: Sozialismus, 12/1994) auf Texte des kommunistischen Historikers Kurt Gossweiler zu den Moskauer Prozessen der 30er Jahre und der Rolle Stalins. Dieser hält die Entbüllungen der Gorbatschow- und Chruschtschow-Ära für eine tendenziöse Beleuchtung der Stalin-Periode nach dem Motto, daß der Thermidor und mehr noch die Restauration niemals einem Robespierre und seiner Partei gerecht werden konnte und kann. Dementsprechend haben rechtfertigende Urteile nichtkommunistischer Zeitgenossen für ihn ein größeres Gewicht, womit die Entartungen und Verbrechen im milden Licht historischer Notwendigkeit erscheinen

können. Obwohl aus der Sicht des Rezensenten diese Position Gossweilers nicht akzeptiert werden kann, läßt sich sein Plädoyer für eine Berücksichtigung der Gesamtsituation nicht in Frage stellen. Gerade dies schafft ja auch erst den Rahmen, um die präventive physische Vernichtung der potentiellen Opposition als Verbrechen Stalins und seiner Helfershelfer zu verurteilen.

Weder bei Chruschtschow noch bei Gorbatschow ging aus der Sicht Hans Kalts die Kritik an Stalin bis zu den Deformationen der gesellschaftlichen Basisbeziehungen, war deshalb auch nicht mit einer Überwärtorientierung zu deren Überwindung verbunden, sondern führte zur Konfrontation von Opfern und Tätern und schließlich zur politisch-moralischen Selbsterstörung der Kommunistischen Parteien.

Seine Argumentation führt hier und in anderen Zusammenhängen immer wieder zu dem nach seiner Meinung ignorierten und in seiner spontan-naturwüchsigen Notwendigkeit für Preisbildung, Ressourcenallokation, Wirtschaftsregulierung, Interessiertheit und Disziplin behinderten Wertgesetz im Sowjetmodell. Hiermit löst sich für ihn das Rätsel der Deformation und des Untergangs des Realsozialismus. Eine kritische Rezension hat hier einzuwenden, daß das Regulierungssystem einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus/Kommunismus nicht auf das Wertgesetz reduziert werden kann, daß dabei der politischen Formierung einer sozialistischen Gesellschaft Rechnung zu tragen und schließlich auch

die Aufhebung entfremdeter Verhältnisse als Ziel dieser Gesellschaft und einer höheren Stufe gesellschaftlicher Produktion zu berücksichtigen ist, ganz abgesehen davon, daß die Gebrauchswertaspekte sozialer und ökologischer Produktion anderer Steuerungsmechanismen bedürfen als der marktvermittelten des Wertgesetzes. Das quasiliberalen Plädoyer für die Spontanität einer sozialistischen Marktwirtschaft wird den Erfordernissen sozialistischer Reproduktion und Produktion nicht gerecht. Gerade hier hätte eine hereitere Rezeption des Marxschen Verständnisses von Wert, Preis, Konkurrenz, Regulierung die Problemlage des Realsozialismus präzisieren können.

In der Darstellung einzelner Fragen, Abschnitte und Probleme findet der Leser viel Bekanntes aus den ein Jahr zuvor im gleichen Verlag erschienenen Büchern von Hans Kalt ("Neubeginnen mit Marx", "Ist die Wirtschaft noch zu retten?") wieder. Das ist nicht unbedingt von Nachteil. Zu vermerken wäre, daß der Verfasser in freilich knappen Exkursen auch auf Fehlentwicklungen des asiatischen Realsozialismus eingeht.

Heinz Jung

Von der Perestroika zur "Jelzinschtschina"

Werner Pirker, *Die Rache der Sowjets. Politisches System im postkommunistischen Rußland, mit einem Exkurs von Alexander Penkin.* Edition Brennpunkt Osteuropa,

Promedia Verlag (Wickenburggasse 5/12, A-1080 Wien), Wien 1994, 216 Seiten, 34,-DM.

Die Erfüllung des Titels, also "Die Rache der Sowjets", gehört zu dem noch nicht durch die Geschichte geschriebenen, aber in ihr als Ausweg aus der Katastrophe Rußlands angelegten Kapitel. Im Wort "Sowjet" schwingen immer die klassesendokratischen Ursprünge der UdSSR und ihre nie völlig erloschenen Verheißungen, aber auch die Militanz der Arbeiter- und Bauernsache mit. Und ihr Wiederauferstehen könnte dem Chaos und dem Wirtschaftsruin, dem mafiosen Parasitentum und der kapitalistischen Restauration ein Ende bereiten. In diese Richtung kann die hier zu besprechende Schrift weitergedacht werden.

Werner Pirker, ehemals seit 1986 Korrespondent der kommunistischen Wiener "Volksstimme" in Moskau, hat hier eine Darstellung vorgelegt, die nicht nur von einer präzisen und fundierten Kenntnis der Zusammenhänge zeugt, sondern die durchgehend mit Formulierungen belebt wird, aus denen die Funken der erfaßten Dialektik des Prozesses sprühen. Der erste Teil "Die Zerstörung der Sowjetunion" setzt mit Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPdSU 1985 ein und endet mit dem von diesem verlesenen Verbotssdekret der KPdSU Ende August 1991. Diesem Teil folgt ein 20seitiger Exkurs des russischen Ökonomen A. Penkin, der in knappen Strichen die Wirtschaftsentwicklung der UdSSR/Rußlands seit 1985 wiedergibt. Der 2. Teil hat

"Das neue Rußland" nach dem August 1991 zum Gegenstand und reicht zeitlich bis zur Situation Anfang 1994.

Pirker zeichnet die verschiedenen Phasen der Perestroika, ihre Ausgangskonstellation und ihre Metamorphosen, ihre ideologischen Camouflagen und die Halt- und Treulosigkeit ihres Führungspersonals, ihre prokapitalistische Wendung und die schließliche Öffnung zur kapitalistischen Restauration, die Zerstörung der Sowjetunion und der Sowjetgesellschaft und die Durchsetzung der "Jelzinschtschina", also jener Form neurussischer Selbstherrschaft, die die Analogie zum Bonapartismus, freilich jenem des abentenernden Neffen des großen Korsen nahelegt.

Kernprozeß und damit auch Leitfaden der Entwicklung ist die Zersetzung des schon 1985 durch Züge der Deformation gekennzeichneten gesellschaftlichen Eigentums, seiner Entmachtung und seines Raubs. Und wo trafe P.J. Proudhons sarkastische Anklage "Eigentum ist Diebstahl" mehr zu als in der Gesellschaft der Neurussen! Pirker setzt deshalb über eines seiner Kapitel gerade dieses Motto. Zu diesem Komplex liegen inzwischen schon einige Untersuchungen vor. Pirker bleibt aber nicht dabei stehen, sondern zeigt, wie aus der Zersetzung des Staats- und Gesellschaftseigentums Interessen entspringen, sich entsprechende sozialökonomische Subjekte formieren und schließlich die ihnen gemäßen politischen Parteien auf die Bühne treten. Dem entspricht die faktische Privatisierung und Aneignung des

Staates, die dann im bonapartistischen Regime Jelzins kulminiert. Die andere Seite dieses Prozesses ist die Überwältigung der Volksmassen, der Kräfte der Arbeit durch Versprechungen, Lügen, die Zerschlagung der Vertretungskörperschaften, eben der Sowjets, die Ignorierung ihrer Optionen, wie im Falle des Votums für den Erhalt der Sowjetunion, die - auch physische - Liquidierung der von ihnen gewählten Abgeordneten des Obersten Sowjets und damit die Aufhebung jenes unabdingbaren Minimums an staatlichem Rückhalt für ihre soziale Sicherheit usw.

Genau dies ist aber die Klassenanalyse der Zersetzung des Sozialismus und der kapitalistischen Restauration in Rußland. Mit Gewinn hat der Verfasser Marxens "Der Achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" von 1852, wo dieser die Überwältigung der französischen Gesellschaft in einer Situation des Klassenkräftegleichgewichts durch den Militärstiefel klassisch analysiert hatte, nicht nur gelesen, sondern er versteht auch immer wieder, die methodischen Ansätze zu nutzen und zwar mit einer Verve und einem dialektischen Einfühlungs- und Erfassungsvermögen, die das große Vorbild mit Zustimmung quittieren könnte. Sicher ist noch viel zu tun, um die Entfaltung des Antagonismus von Arbeit und Parasitismus im Zerfallsprozeß der Sowjetgesellschaft gerade im Blick auf die Lehren für neue Sozialismusansätze weiter zu präzisieren. Auf jeden Fall eröffnet aber das Verständnis dieses Grundgegensatzes in der vorliegenden Form

wieder den Zugang zu jenen sozialen und politischen Kräften, denen die Sympathie und Solidarität der Sozialisten zu gelten hätte. Damit bricht er wohl auch mit der gerade in der westlichen Linken verbreiteten Ideologie, wonach aus dem Gegeusatz von Staat und Gesellschaft, inklusive der Schimäre Zivilgesellschaft, der Schlüssel für eine progressive Analyse und Perspektive entwickelt werden könne, was sich dann als die Errichtung der demokratischen, pluralistischen bourgeoisen Gesellschaft zu realisieren hat.

Als kommunistischer Korrespondent hatte er Zugang zu Bereichen, die seinen bürgerlichen Kollegen noch geraume Zeit verschlossen waren, nämlich zu den verschiedenen Ebenen und Institutionen der KPdSU. Dies ermöglicht es, zumindest im nachhinein, die Pulschläge des Patienten richtig zu deuten und ein Gespür für die inneren Triebkräfte zu entwickeln, was auch von Vorteil für die Darstellung der politischen Kräfte im heutigen Rußland ist. Vor allem befähigt dies zu einer zumindest einleuchtenden Erklärung fortwirkender Grundlinien der russischen und sowjetrussischen Geschichte, etwa des Etatismus, des Patriotismus und Nationalismus, des Mythos von der russischen Staatlichkeit usw.

In den Schlußabschnitten analysiert Pirker die Situation, wie sie sich nach der Liquidierung des Obersten Sowjets durch die Jelzin-Leute im Oktober 1993 und nach den Duma-Wahlen vom Dezember 1993 mit ihren Überraschungsef-

fekten herausgebildet hat. Seine Aufmerksamkeit gilt vor allem den Gruppierungen der sozialistisch-kommunistischen Linken. Nach der Lektüre versteht man besser, welche Motive hinter Jelzins Tschetschenien-Abenteuer standen und weshalb die Regierungen der "westlichen Demokratien" sich nachhaltiger Kritik an Jelzins Krieg in Grosny enthalten hatten. Sie kamen nicht umhin, der bonapartistischen Diktatur zu ihrer Machterhaltung diese Art nationalistischer Befriedigung des angeschlagenen russischen Ego zuzubilligen. Das war der Aufpreis für eine neurussische Selbstherrschaft, die als Schutzschild der IWF-geförderten Privatisierungsorgien und als Bollwerk gegen den Nationalbolschewismus ante portas zu fungieren hat. Und solange sie diese Rolle spielt oder diese nur ihr zugetraut wird, wird auch die Zurückstufung der pro-westlichen Radikalreformer a la Gaidar, also der eigentlichen Liberalen und "Demokraten" - eine bei den enteigneten Volksmassen Rußlands verhaßte Kategorie - in Kauf genommen. Pirker vermutet sogar, daß sich die "Jelzinschtschina" im Zuge einer solchen Entwicklung der Liberalen entledigen müßte, um den "patriotisch-etatistischen" Schwenk vollziehen zu können, der erforderlich wäre, um der Strategie der Kommunisten das Wasser abzugraben. Denn gerade ein solcher Schwenk wird von der kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) unter ihrem Vorsitzenden Gennadi Sjuganow, zu dessen nationalpatriotischem Konzept Pirker ansonsten ein eher distan-

ziertes und kritisches Verhältnis hat, heute als erster Schritt zur Bekämpfung der Katastrophe Rußlands angesteuert.

Man muß bei den Parteien und politischen Formationen des sozialistisch-kommunistischen Spektrums in Rußland - von Pirker einprägsam und kenntnisreich vorgestellt - beachten, daß sie als Reaktion auf den Bankrott des Gorhatschowismus entstanden sind, dessen Rolle von ihrer Mehrheit als Politik des nationalen und sozialen Verrats verstanden wird. Dies unterscheidet sie von den postkommunistischen Parteien der meisten nichtsojetischen früheren RGW-Staaten, deren Führungen 1989/90 als progorbatschowistische Reformströmungen unter Nachhilfe und Steuerung Moskaus an die Spitze gekommen waren. Entsprechend waren und sind sie bemüht, den Sozialdemokratisierungsprozeß ihrer Parteien - meist gegen eine spröde, aber politisch (noch) sprachlose Parteibasis voranzutreiben. Im Unterschied zu ihnen bilden die sozialistisch-kommunistischen Parteien Rußlands ein anderes Profil und andere Sozialismusvorstellungen aus, die sich stärker an den positiven Zügen des alten Realsozialismus orientieren. Bisher wird dieser Prozeß in der deutschen Linken kaum, oder wenn, dann durch die Optik irgendwelcher zweifelhafter Spezialisten wahrgenommen.

Werner Pirker schließt seinen Text mit einem Kommentar zu den Programmthesen der KPRF, die relativ exakte Etappenbestimmungen des Weges der Rückkehr zur Sowjetunion und auf den Weg des So-

zialismus enthalten. Vor allem aber geht es darum, wie die drohende Katastrophe bekämpft werden kann. Vor dem Oktober 1917 als Realität stand Lenins Schrift "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll". Der Oktober löste dann gerade diese Aufgabe, während er in der Folge die weiterreichenden Visionen verfehlte. In Pirkers Sicht ist die "Jelzinschtschina" "die letzte Existenzform seiner Entartung. Und sie stellt aufs neue die Frage der Bekämpfung der drohenden Katastrophe". (215)

Von den ihm bekannten Publikationen zum Thema ist für den Rezensenten das Buch Werner Pirkers die fesselndste, treffendste und überzeugendste Darstellung. Vielleicht wäre dem Verfasser der "ganz große Wurf" gelungen, wenn er den mitunter beißenden Sarkasmus zu zügeln in der Lage gewesen wäre und er zum Blickwinkel der trotzkistischen und modernitätsorientierten marxistischen Linken Rußlands bzw. zu deren Einseitigkeiten etwas mehr kritische Distanz hätte bewahren können.

Heinz Jung

Ost-West informationen

Heft 2/94 WIRD DER OSTEN BRAUN? Rechtsextreme im Osten Heft 1

Beiträge von/Interviews mit
R. L. Bogomolov, A. Buzgalin,
H. Hofbauer, P. Hockenos, V.
Jalusic, K. Pfeifer, B. Rasky, J.
Sekaj, S. Steiger, W. Totok u.a.

Heft 3/94 Rechtsextreme im Osten/Heft 2

Beiträge von/Interviews mit
A. Buzgalin, I. Colovic, H. Konrad,
J. Lester, W. Minowski, R.
Mocnik, A. Novak, P. Parin u.a.

Heft 4/94 ZWISCHEN NOSTALGIE UND UTOPIE Linke im Osten

Beiträge von/Interviews mit
L. Andor, J. Dellheim, B. Kagarlitzky,
S. Lokar, J. Y. Potel,
G. Sebestien, J. Sekaj u.a.m.

Bestellungen, Probeexemplare
, Inhaltsverzeichnisse:
Ost-West-Gegeninformationen

c/o Dezentrale für Alternativen
Prokopigasse 2/1, A-8010 Graz,
Österreich.
Preis: 40 öS/6 DM incl. Por-
to/Heft, Umfang: ca. 50 Seiten

Was heißt hier "Elle der gutbürgerlichen Moral"?

Rudolf Hirsch, *Der Markus Wolf Prozeß. Eine Reportage Brandenburgisches Verlagshaus, Berlin 1994, 252 Seiten, DM 24,80.*

Natürlich war der Düsseldorfer Prozeß gegen Markus Wolf politisch ein Flop. Dem jahrzehntelangen HVA-Chef ausgerechnet seine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die alte Bundesrepublik als "Landesverrat" anzukreiden, war ein eher komischer Versuch der Wiederhebung einer Mumie des Kalten Krieges - der Hallstein-Doktrin. Sollte dieser juristisch drapierte "Neo-Hallstein" etwa die geschichtliche Tatsache verdecken, daß beide deutsche Staaten zwischen 1949 und 1989 in spezifisch deutscher Weise, also mit nahezu perfekt vorausweisendem Gehorsam die Konfrontationsinteressen ihrer jeweiligen Besatzungs- bzw. Schutzmacht bedient haben? Im Interesse der inneren Wiedervereinigung Deutschlands ist aus dem Düsseldorfer Prozeß nur eine vernünftige Schlussfolgerung zu ziehen: weitestgehende Amnestie - Einstellung der politischen Prozesse!

Markus Wolf, Ende 1952 auf sowjetischen Wunsch zum Chef des "außenpolitischen Nachrichtendienstes der DDR" (faktisch einer Ostberliner Filiale des sowjetischen Geheimdienstes) berufen, hatte in der DDR nicht nur engagierte Freunde, sondern auch hartnäckige Gegner. Ernsthafte Wolf-Gegner hat der Düsseldorfer Prozeß davon abgehalten, sich öffentlich kritisch zu Wolfs HVA und ihren Metho-

den zu äußern. Wer möchte schon einen politischen Prozeß à la Düsseldorf munitionieren! Wenn jedoch - wie bei Hirsch - der Prozeß zum Anlaß eines "Pauschal-Persilscheins" genommen wird, dann ist Widerrede nötig - wenigstens in zweierlei Hinsicht.

Erstens hat Wolf selbst zum Düsseldorfer "Landesverrats"-Vorwurf wörtlich erklärt: "Welches Land soll ich verraten haben" (S. 20)? Eine gute Frage! Die alte BRD konnte er nicht verraten, weil er deren Bürger nicht war. Nur zwei Länder hätte Wolf verraten können: die UdSSR - das "Land, dem seine Liebe gehörte" (S. 36) - und die DDR, deren Bürger er als HVA-Chef war. Daß Wolf die UdSSR verraten hätte, hat bislang niemand vermutet. Oh er "sein eigenes Land", also die DDR, "verraten" habe, fragte sich im Prozeß immerhin der Zeuge Hannsheinz Porst (S. 105), allerdings (laut Hirsch) mit der Antwort: "Wenn das zuträfe, müßte man auch Herrn Kinkel vor Gericht stellen" (S. 105/6). Wieso? Wegen analoger enger Kooperation des ehemaligen BND-Chefs mit der CIA? Da tun sich Abgründe auf, die den Historiker noch beschäftigen werden.

Zweitens hat Wolf in seiner Erklärung zum Prozeß die "tendenziöse Darstellung der Methoden der HVA" beklagt und betont: "Die Methoden der Nachrichtendienste sind nirgendwo in der Welt mit der Elle der gutbürgerlichen Moral zu messen" (S. 25). Was heißt hier "gutbürgerlich"? Wollte die DDR "gutbürgerlich" sein? Gah es da nicht den Anspruch auf eine an-

dere, neue, "sozialistische" Gesittung? War die STASI von der offiziellen DDR-Moral suspendiert? Hatten Wolfs Agenten eine Lizenz zu Erpressung, Korruption, Lug und Trug, geheimer Verführung, massenhafter Zuhälterei, Vertrauensbruch, Politprostitution und vielen anderen unsittlichen Methoden? Müßten solche Praktiken, so sie massenhaft organisiert angewendet werden, nicht zu einem Krebsgeschwür an jeder Sozietät führen - analog zum Mafia-Syndrom in Süditalien und anderswo?

Hirsch hat die ethische Achillesferse des Wolf-Apparats durchaus erkannt. Die HVA-Methoden hätten "neben der Lust auch Schmerz und Tränen gekostet" (S. 110); doch "die Methoden eines Nachrichtendienstes sind in allen Ländern der Erde nicht mit der Moralelle einer Klosterschule zu messen" (ebenda)! Das eklige HVA-Spiel mit sexueller Hörigkeit versucht Hirsch mit dem an Zynismus grenzenden Hinweis zu bagatellisieren, die "Romeos" (Hirschs Kosewort für Wolfs Liebesheuchler) hätten zwar nicht aus Liebe zu den verführten und abgeschöpften "Julias" operiert, "aber aus Liebe zum Frieden" (S. 111).

Ist Hirschs Buch überflüssig? Nein, man sollte es lesen - schon wegen seines neumodischen Personen- bzw. Persönlichkeitskultes, vor allem aber zum Zwecke der Erkenntnis, daß künftige Generationen in Deutschland vor Apparaten zu bewahren sind, deren niederträchtige Methodik mit keinem friedensfördernden und weltverbessernden Zweck zu rechtfertigen ist.

Harald Wessel

Zehn Ausgaben "Dachauer Hefte"

Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager Nr. 1 bis 10. Hrsg. von W. Benz und B. Distel im Auftrag des "Comité International de Dachau"; einmal jährlich ca. 200 bis 240 S., Nr. 1 bis 6 in Zweitausgabe bei dtv Verlag, München, 14,90 DM; Nr. 7 bis 10 bei Verlag Dachauer Hefte, Alte Römerstr. 75, 85221 Dachau, 22,- DM.

Im November 1985 erschien die erste Ausgabe der "Dachauer Hefte", mit dem für dieses Jahr programmatischen Titel "Die Befreiung". Im November letzten Jahres konnte nun mit "Täter und Opfer" die zehnte Ausgabe dieser wichtigen Veröffentlichungsreihe zur Verfolgungsgeschichte unter dem Nationalsozialismus vorgelegt werden. Die Reihe wird von der Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, und von Wolfgang Benz, Historiker und Leiter des Zentrum für Antisemitismusforschung an der FU Berlin, herausgegeben und betreut.

Jede der bislang zehn Ausgaben ist einem Thema gewidmet oder hat einen thematischen Schwerpunkt, auf den sich die meisten der Beiträge beziehen. In den Heften finden sich vor allem persönliche Erinnerungen von Betroffenen - als Wiederabdruck aus Romanen o.ä., aber auch als Erstveröffentlichungen. Einige dieser persönlichen Berichte sind zwar nicht frei von Pathos, durch diesen "persönlichen Zugang" wird aber das tägliche Erleben der Menschen zu

dieser Zeit gut nachvollziehbar. Es werden aber auch wissenschaftliche Texte oder Dokumentationen über die verschiedenen Aspekte der Vernichtung und des Lagersystems im okkupierten Europa veröffentlicht.

In der ersten Ausgabe finden sich u.a. Artikel über die Befreiung des KZ Dachau am 29. April 1945 durch amerikanische Truppen und zwei Berichte amerikanischer Militärrahbner, die danach die Betreuung der LagerinsassInnen übernahmen. Im Heft 2 "Sklavenarbeit im KZ" berichten Häftlinge über ihre Leben und Überleben in den Arbeitslagern. Primo Levi schildert, wie er nach dem Krieg seinen Vorgesetzten aus der KZ-Zeit wiedertrifft. Ein Beitrag erläutert die Geschichte der Entschädigungsforderungen von KZ-ZwangsarbeiterInnen gegenüber der deutschen Industrie von der Nachkriegszeit bis heute. Band 3 beleuchtet den im Erscheinungsjahr 1987 im Vergleich zu heute noch weit unterbelichteteren Aspekt von Frauen in Konzentrationslagern. Auch in diesem Heft wechseln sich biografische Erzählungen mit Berichten über verschiedene Frauenlager (Ravensbrück, Lichtenburg) ab. Heft 4 "Medizin im NS-Staat. Täter, Opfer, Handlanger" beschreibt, wie sich die eugenischen und rassistischen Vorstellungen, wie sie in der Medizin verbreitet waren, in die Menschenversuche und die Unterstützung des Mordens durch MedizinerInnen transformierten. In der Nummer 5 "Die vergessenen Lager" berichten 13 AutorInnen über verschiedene Lager in Eu-

ropa: das "Arbeitserziehungslager Nordmark", das "Polizeidurchgangslager Bozen" und das "Jugendschutzlager Moringen" und über deutsche Vernichtungslager in der Sowjetunion.

Das Heft 6 hat den Titel "Erinneru oder Verweigern". Die siebente Nummer der "Dachauer Hefte" beschreibt eindrucksvoll die Möglichkeiten von "Solidarität und Widerstand". Einmal in den Lagern selbst, wo viele sog. "Funktionshäftlinge" Posten besetzten, auf denen sie Teil der Lagerverwaltung und des Widerstands waren. Aber auch in den spektakuläreren Formen des direkteren Widerstandes oder gar des bewaffneten wie im Falle des Aufstandes im Ghetto Bialystok im August 1943. In der Nummer 8 "Überleben und Spätfolgen" werden die schmerzhaften Erinnerungen und andere Folgen von Lagerhaft und Verfolgung, unter denen die Überlebenden zu leiden haben, geschildert. Durch einen Beitrag von Haim Dasberg wird sehr deutlich, welche Folgen der Holocaust für das Massenbewußtsein in Israel zeitigte - Folgen, die bis heute andauern. Bestürzend sind der - auch in anderen Heften auftauchende - Selbstvorwurf "Warum habe gerade ich überlebt und warum?" und die Scham, überlebt zu haben. Die bislang vorletzte Ausgabe behandelt unter dem Titel "Die Verfolgung von Kindern und Jugendlichen" einen besonders harharischen Aspekt der nationalsozialistischen Herrschaft. Es wird an Janusz Korczak und die Kinder im Warschauer Ghetto erinnert oder die Geschichte der

Jugendlichen im KZ Mauthausen erzählt. Halina Birenbaum, 1945 fünfzehn Jahre alt, berichtet über ihre Rückkehr ins zerstörte Warschau und den Versuch wieder ein "normales Leben" zu führen. In "Opfer und Täter", der laufenden Ausgabe der "Dachauer Hefte", werden in Fallstudien zu wichtigen Täter- und Opfergruppen (u.a. die Kommandanten des KZ Dachau und SS-Aufseherinnen einerseits, Zeugen Jehovas andererseits), Annäherungen an Schuld, Mitschuld, Verrat und Unschuld versucht. In biographischen Skizzen berichten Überlebende über ihre Erlebnisse vor und nach der Befreiung oder wird die widerspruchsvolle Geschichte eines Lagerältesten nacherzählt. Weitere Beiträge dokumentieren die Vorgänge um die verurteilten Nazi-Kriegsverbrecher im Nachkriegsdeutschland oder die (Vor-) Geschichte einzelner "normaler" SS-Männer aus dem KZ Stutthof.

Durch die "Dachauer Hefte" wird die Geschichte und Funktionsweise nicht nur des Nazi-Lagersystems unter unterschiedlichen Gesichtspunkten dargestellt. Dabei erweist sich die Zusammenstellung verschiedener Textformen als hilfreich. Ferner werden auch bislang wenig erforschte Gebiete einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die "Dachauer Hefte" verfolgen den politischen Anspruch einer radikalen Humanität und den, daß es kein Vergessen der Verbrechen geben kann. In der beutigen Zeit nicht hoch genug einzuschätzende Prinzipien.

Bernd Hüttner

Stadtplanung im Untergrund - ein unbekanntes Kapitel der Zerstörung Warschaus

Niels Gutschow/Barbara Klain, *Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939-1945*, Junius Verlag, Hamburg 1994, 187 S., DM 48,-.

Vor 50 Jahren, im Zuge der am 12. Januar 1945 begonnenen sowjetischen Winteroffensive, überquerten polnische Einheiten der Roten Armee die zugefrorene Weichsel im Norden von Warschau, am 17. Januar erreichten sie die Innenstadt. Die Rote Armee besetzte eine menschenleere Stadt, "in einer gespenstischen Szenerie von Trümmern und Schnee" (137). In den Vororten auf dem östlichen Weichselufer lebten noch 150.000 Einwohner, auf dem westlichen überlebten nur einige hundert Menschen als "neuzzeitliche Höhlenbewohner" das Inferno der Vernichtungskommandos der SS (vgl. Werner Durth/Niels Gutschow, *Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940-1950*, München 1993, S. 424).

Die Zerstörung der vor 1939 1,5 Mill. Einwohner zählenden Stadt verbef in drei eskalierenden Etappen: Nachdem Warschau bereits am 10. September 1939 eingenommen, aber nach erbitterter Gegenwehr wieder aufgegeben worden war, wurden am 25. September durch 400 deutsche Bomber 12% der Bebauung total vernichtet und 17% beschädigt; die Niederschlagung des durch Aushungerung und Deportation der Warschauer Juden ausgelösten Ghetto-Aufstands vom April/Mai 1943 verwandelte das

gesamte Stadtviertel in ein Trümmerfeld (SS-Brigadeführer Stroop nannte das später vor dem Warschauer Bezirksgericht "Ordnungsarbeiten" für eine deutsche Zukunft der Stadt); was bei dem Massaker an der Bevölkerung nach Ausrufung des Warschauer Aufstands vom 1. August bis Anfang Oktober 1944 rund um die Stadt in Stellung gebrachte schwere Eisenbahngeschütze und Bombardierungen aus der Luft nicht in Schutt und Asche gelegt hatten, besorgten nach dem Exodus der etwa 350.000 Überlebenden bis in die letzten Tage vor der Befreiung mit deutscher Gründlichkeit SS-"Vernichtungs-" und "Brennkommandos" in der Ausführung des Befehls, "Warschau zu pazifizieren, d.h. Warschau noch während des Krieges dem Erdboden gleichzumachen" (zit. nach 134). Sie zerstörten noch verbliebene 30% der Bausubstanz. 650.000 Menschen, fast die Hälfte der Warschauer Bevölkerung, kamen unter der deutschen Okkupation ums Leben, allein mehr als 200.000 während des Aufstands 1944.

Aber nicht nur durch den Umfang der Zerstörungen bildet Warschau als erste nach Kriegsbeginn mit Flächenbombardements belegte Stadt unter den erst von den Deutschen (Rotterdam, Coventry, London, Plymouth), dann von den Westmächten zerstörten Städten einen Sonderfall (vgl. Durth/Gutschow, 393ff). Folgen in fast allen Ländern den Zerstörungen der Städte in kürzester Zeit Wiederaufbauplanungen, die immer auch mit der Vision einer besseren Zukunft verbunden sind, erscheint be-

reits im Dezember 1939 eine Gruppe von Stadtplanern aus Würzburg unter der Leitung von Hubert Groß, der soeben mit seinen Planungen für die "Gauhauptstadt" den Beifall des "Führers" gefunden hat (47f), in Warschau, um "den Abbau der Polenstadt" und den Aufbau einer "neuen Deutschen Stadt Warschau" zu planen (zit. nach 28ff). "Dort also wird Planung als Mittel der Zerstörung angesetzt, die dann 1944 im Zeichen eines verlorenen Krieges auch gnadenlos vollzogen wird" (Durth/Gutschow, 396). Gleichzeitig entwickeln Szymon Syrkus und Jan Chmielewski, zusammen mit anderen polnischen Architekten, im Warschauer Untergrund ihr Projekt "Funktionelles Warschau" weiter, das sie als polnische Delegation des CIRPAC (Comité International pour la Réalisation des Problèmes d'Architecture Contemporaine, eines Organs der CIAM - Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) bereits 1934 in London vorgebracht und erläutert haben. "Warschauer Architekten" heißt es in der Einleitung des Buches, "teilen ihre Visionen mit den Kollegen in Hamburg, Rotterdam oder London: Über den Trümmern der europäischen Städte" - der von Le Corbusier bereits 1925 in seinem Plan Voisin auf dem Boden des historischen Paris "ersehten Tabula rasa, ganz unabhängig davon, ob (sie) gewaltsam hergestellt oder erlitten" ist - "steht schemenhaft und verheißungsvoll die 'neue Stadt'. Allein in Warschau stehen Architekten - als Täter und Opfer - in ei-

nem nie gekannten Gegensatz zueinander" (17).

Das Buch erscheint zu einer Ausstellung, die in Warschau vom Deutschen Werkbund eröffnet wird und danach, voraussichtlich im August und September 1995, in den Werkbundräumen in Frankfurt/M. zu sehen ist. Auf der Grundlage von Gesprächen mit noch lebenden polnischen und deutschen Architekten und von bisher unveröffentlichten Plänen und Dokumenten aus polnischen Staatsarchiven versuchen die Autoren, dieser "Gleichzeitigkeit von Vernichtung und Utopie" nachzugehen. Barbara Klain ist in Warschau geboren und ging dort mit ihrem Koautor auf Spurensuche. Niels Gutschow ist zusammen mit Werner Durth an einem Forschungsprojekt beteiligt, das seit den 80er Jahren damit befaßt ist, personelle Verflechtungen zwischen nazistischen und bundesdeutschen Funktionsebenen der Stadtplanung aufzudecken (vgl. Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992 und Werner Durth/Niels Gutschow, a.a.O.).

Unter mehreren Gruppen polnischer Architekten, die nach dem deutschen Verbot des Wiederaufbaus Warschaus bis 1944 an geheimen Treffpunkten im Vorgriff auf absehbare weitere Zerstörungen und auf die Befreiung der Stadt ein neues Warschau planten, waren die Architekten, Soziologen und Stadtplaner des von Szymon Syrkus gegründeten Ateliers für Architektur und Städtebau (Pracownia Architektoniczno-Urbanistyczna - PAU),

diejenigen, "deren Arbeit den größten Einfluß auf die Nachkriegsplanung ausübte" (57). Durch einen Auftrag der Warschauer Wohnungsbaugenossenschaft an Szymon und Helena Syrkus, den Wiederaufbau der 1930 von ihnen in der südwestlichen Peripherie gebauten und im September 1939 bombardierten Arbeitersiedlung Rakowiec zu planen, gelang es, die Arbeit der Gruppe zu legalisieren, Büroräume zu mieten und ihren Mitarbeitern einen Arbeitsnachweis zu verschaffen. Nach dem erfolgreichen Versuch Szymon Syrkus', mit der Planung anderer peripherer Stadtteile einen weiteren Auftrag zu bekommen, erhielt die Arbeitsgruppe Rakowiec den offiziellen Status eines Planungsbüros der Warschauer Wohnungsbaugenossenschaft. "Daneben und gewissermaßen inoffiziell leistete sie eine sehr breit angelegte konzeptionelle Arbeit für das Warschau der Zukunft" (59). Angesichts der umstandslosen Gleichsetzung von "gewaltsam bergestellter" und "erlittener" Tabula rasa sind die Überlegungen aufschlußreich, mit denen Szyrkus in seinem Schreiben an die Wohnungsgenossenschaft die angebotenen Planungsprojekte begründet. Sie betreffen "solche Gebiete ..., die praktisch tabula rasa sind, wie auch solche, die schon zum großen Teil bebaut sind. In diesem Fall muß in der Planung außer der Errichtung neuer Gebäude, eine stufenweise Liquidierung der weniger wertvollen oder falsch platzierten Gebäude berücksichtigt werden. Es handelt sich um diejenigen, die für

das allgemeine Wohl als schon amortisiert betrachtet werden" (zit. nach 59). Es geht hier also offensichtlich um den Abriß von für weitere Nutzungen disfunktional gewordenen Bantzen, die in Warschan wie in anderen Agglomerationen weitgehend planlose Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts hinterlassen haben, keineswegs um großflächige und unterschiedslose Zerstörungen historischer Bausubstanz.

Von den Mitarbeitern des PAU, unter denen einige der kommunistischen "Gwardia Ludowa", andere der "Heimatarmee" angehörten, wurden bereits im Winter 1942/43, dem "Winter des Terrors", Szymon Syrkus und andere im Zuge der auf die polnische Intelligenz angesetzten "A-B-Aktion" (Außerordentliche Befriedungsaktion) verhaftet und deportiert, andere entkamen den Razzien und konnten untertauchen. Dennoch ging die Arbeit des Ateliers für Architektur und Städtebau bis zum Tage der Ausrufung des Warschauer Aufstands weiter.

Die Gruppe PAU arbeitete vor allem an Siedlungsentwürfen, die optimale Wohnbedingungen bei niedrigen Mieten schaffen sollten. "In ihrem idealen Siedlungsmodell" (61) sollten die "Nachbarschaftseinheit" (wörtlich übersetzt: "soziale Wohnsiedlung") und die ihr untergeordnete "Siedlungszelle", die "Kolonie", den Leitfaden bilden für Rakowiec und die nördlichen Siedlungen der Stadt. "Ideale Siedlungsmodelle", stellen die Autoren dann fest, "wurden im Jahre 1940 auch von den Stadtplanern des Dritten Reichs entwickelt" (ebd.).

Sie forderten einen Städtebau "für die Wiedergewinnung einer ... Lebensinheit des deutschen Menschen", die "Eindeutschung", "Verdeutschung" des okkupierten Landes und eine von der Gliederung der Partei in Zellen, Ortsgruppen und Kreise diktierte "Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse" (Zitate ebd.). Der Unterschied zwischen deutschen und polnischen Siedlungsmodellen gerinnt bei Gutschow/Klain zu einem ideologischen: "Wie alle ihre Zeitgenossen versteht sie (Helena Syrkus) die Siedlung als einen 'lebendigen Organismus' doch stellt sie diesen Organismus nicht in den Dienst einer 'Weltanschauung'" (62).

Die auffälligsten Ähnlichkeiten zwischen faschistischen und nachfaschistischen Stadtplanungen einerseits und den polnischen für Warschau andererseits sehen die Autoren in dem Konzept der "Stadtlandschaft". "Mit großer Wahrscheinlichkeit" (82) beziehen sich Syrkus und Chmielewski in ihrem "Funktionelles Warschau" genannten Projekt auf die 1928 beim Gründungskongreß der CIAM in La Sarras festgelegten Richtlinien, nach denen die "drei grundlegenden Funktionen, über deren Erfüllung der Städtebau zu wachen hat, ... 1. wohnen; 2. arbeiten; 3. sich erholen (sind)" (zit. nach Thilo Hilpert, Le Corbusiers "Charta von Athen". Texte und Dokumente. Kritische Neuausgabe, Braunschweig 1984, 96). Warschau soll eine Stadt werden, in denen diese Funktionen in großen, sich kreuzende, Achsen geordnet sind. Unüberschaubar aber ist auch der Ein-

fluß des Bandstadtmodells Miljutins aus dem Jahre 1930, das die Anordnung der Funktionen in parallelen Bändern und damit ebenso wie die Minimierung innerstädtischer Verkehrsströme auch Reservflächen für Wohnen, Arbeiten und die für die gesamte Bewegung des "Neuen Bauens" konstitutiven Einrichtungen für "Funktionen kollektiven Lebens" vorsieht. Für das in verschiedenen Varianten der Ausarbeitung des Warschauer Projekts entstandene Entwicklungsmodell "Warszawski Zespół Miejski" (wörtlich: "städtisches Kollektiv"), bei dem man auch, so Gutschow/Klain, "vom Stadtkomplex Warschau sprechen könnte", erscheint ihnen jedoch der fast gleichzeitig in Deutschland auftauchende "Begriff 'Stadtlandschaft' treffender", und zwar mit der bemerkenswerten Begründung, daß "im Rahmen des späteren sozialistischen Realismus ... der Stadtkomplex ja genau auf das Gegenteil, nämlich die kompakte Stadt" ziele. Bei dieser vagen Analogisierung verschwindet indessen nicht nur das Moment kollektiver Lebensformen, sondern auch der von Hilpert nachgewiesene Tatbestand, daß die gewiß die "Stadtlandschaft" prägende und später mit der "Funktionellen Stadt" insgesamt diskreditierte "Zonierung" der Funktionen erst im Prozeß fortschreitender Fragmentierung der Stadterneuerung sich gegen die Unverwechselbarkeit und Nähe von Quartieren verselbständigte, auf die sie ursprünglich bezogen war (vgl. Thilo Hilpert, a.a.O., 60ff.). Stadtlandschaftskonzepte nun gab es, wie die Autoren doku-

mentieren, seit den dreißiger Jahren u.a. für Köln, Hamburg und - in ihrer pervertiertesten Gestalt - in der im Umfeld der Vernichtungsmaschine geplanten "Stadtlandschaft Auschwitz".

Nach der Befreiung Warschaus trafen viele Mitglieder des PAU in dem Anfang 1945 über die Lubliner "Operationsgruppe Warschau" gegründeten "Büro zum Wiederaufbau der Hauptstadt" zusammen, um hier ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Helena und Szymon Syrkus verfielen dem stalinistischen Verdikt des "Modernismus" und "Kosmopolitismus" und arbeiteten nach der Entlassung Szymon Syrkus' aus dem Wiederaufbau-Büro ab 1947 wieder zusammen für die Warschauer Wohnungsgenossenschaft, Jan Chmielewski verließ das Büro bereits im Juni 1945, um sich Leitungstätigkeiten in der staatlichen Raumplanung zuzuwenden. 1947 wurde der Generalbebauungsplan für Warschau verabschiedet, der sich in der räumlichen Funktionstrennung zwischen Wohngebieten und Industrieflächen wie in der Verbindung von Wohnquartieren und Arbeitsplätzen in den zentralen Dienstleistungsbereichen auf die Arbeiten des PAU stützen konnte (vgl. Ekkehard Buchhofer, *Geographie Polen*, Frankfurt/M. 1981).

In der Frage der Rekonstruktion der Altstadt, bei der anhand der Stadtansichten Canalettos aus dem 18. Jahrhundert manche Verunstaltungen des neunzehnten revidierbar waren, traten, wie ein Chronist vermerkt, "gerade die politisch linksextremen Kreise ... für

einen Wiederaufbau in alten Stilsformen ein", während "die bürgerlichen Vertreter und Bauleute" viel eher "einen neuen baulichen Ausdruck" begünstigten (zit. nach Durth/Gutschow, 436). Was sich durchsetzte, sollte "indessen bald zu den wichtigsten Ereignissen des Wiederaufbaus in Europa gehören" und "ein Vorbild im selbstbewußten Umgang mit der Geschichte" werden (ebd., 438).

Bei allem Insistieren auf gegensätzliche gesellschaftliche Kontexte von Planung hinterläßt das Buch dennoch den Eindruck, daß eine zunächst über den ideologischen Fronten operierende Avantgarde von Konstrukteuren utopischer Stadtprojekte so, wie sie in den antifaschistischen Untergrund gegangen sei, auch nach der Befreiung nur der Vereinnahmung durch die neuen Machthaber sich habe erwehren müssen; als sei sie nicht auch durch eigene Irrtümer marginalisiert worden, als habe sie andererseits mit ihren Vorarbeiten im Untergrund nicht auch Beiträge zum Wiederaufbau Warschaws leisten können. Dabei demontieren die Autoren, vor allem an der dieser Avantgarde durchaus bewußten Ambivalenz solcher Konzepte wie der "Stadtlandschaft", doch selber die verbreitete Annahme, es gebe so etwas wie eine unschuldige Stadtplanung, die erst in ihrer Instrumentalisierung für Inszenierungen der Macht mit deren Makel befleckt werde. Ein Korrektiv dieser professionellen Illusion könnte die lakonische Feststellung der an anderer Stelle (Durth/Gutschow, 164) eher denunziatorisch zitierten

"Grundsätze des Städtebaus" sein, die 1950 von der DDR-Regierung beschlossen wurden: "Städte 'an sich' entstehen nicht und existieren nicht. ... Für die Stadtplanung wie für die architektonische Gestaltung gibt es kein abstraktes Schema." Denn gesellschaftliche Verhältnisse werden nicht durch Stadtkonzepte und Architektur geschaffen, sondern diese in jenen und durch sie.

So haftet dem lediglich an Bauformen festgemachten Vergleich von Stadtkonzepten auch etwas Gewalttames an: Die Projekte der polnischen Architekten sind weder aus dem Zusammenhang der in den Debatten der CIAM ausgetragenen Kontroversen um die ökonomischen, sozialen und kulturellen Implikationen der "neuen Stadt" herauszulösen, noch ist die politische Position der Architekten lediglich als bloß hinzutretendes Merkmal ihrer Konzepte abzuhandeln und diesen jeder konkrete historisch-kritische Traditionsbezug abzusprechen. "Nie mehr später ist es", wie Thilo Hilpert (a.a.O. 71) zu Recht bemerkt, "in Europa zu einer solchen kulturellen Bewegung nicht nur in der Architektur gekommen, in der auf derartig komplexe Weise die technologischen Neuerungen und sozialen Veränderungen als Elemente einer tiefgreifenden historischen Wende interpretiert wurden und in der Transformation von Architektur und Städtebau ihren Ausdruck fanden." Schließlich ist es ein antagonistischer Widerspruch, nicht bloß eine Frage des Kontextes, ob das Konzept der "Stadtlandschaft" integraler Bestandteil einer Eroberungs- und

Kolonisierungsstrategie ist, wie in dem faschistischen "Generalplan Ost", oder, wie im Sozgorod-Projekt Miljutins, die bauliche Gestalt revolutionärer Neuordnung aller Lebensbereiche; ob die "neue Stadt" unter den Bedingungen der Boden- und Immobilienspekulation, wie in den westlichen Metropolen, oder, wie in Warschau, unter den Bedingungen der bei den Autoren (als wäre dies eine quantité négligeable) nicht einmal erwähnten Kommunalisierung der gesamten Stadtfläche errichtet wird. Wieder einmal wäre daran zu erinnern, daß Fragen des Städtebaus nicht auf moralische und schon gar nicht auf ästhetische zu reduzieren sind.

Gleichwohl demonstriert die um Biographien der Protagonisten ergänzte Fallstudie, deren Sorgfalt in der Aufbereitung ihrer Quellen schon bei näherem Hinsehen manche um spektakuläre Effekte bemühte Interpretationen falsifiziert, eindringlich die politischen Dimensionen von Stadtplanung und die Formen, in denen sie das Bewußtsein ihrer Akteure bestimmen, auch und gerade dort, wo sie von diesen verleugnet werden.

Reinhard Schweicher

Bucheingänge

Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 1: Aufbau des Staates bis Avantgarde*, Argument-Verlag, Hamburg 1994, 172 S.

Sahra Wagenknecht, *Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt*, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1995, 184 S., DM 19,80

Reinhard Opitz (Hrsg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945*, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1994, 1069 S., DM 68,-

Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 23, *Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919 - 1994*, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1994, 245 S., DM 28,-

Kai Schmidt-Soltau, *Eine Welt zu gewinnen! Die antikoloniale Strategie-Debatte der Kommunistischen Internationale zwischen 1917 und 1929 unter besonderer Berücksichtigung der Theorien von Manabendra Nath Roy*, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Hochschulschriften 285, Bonn 1994, 160 S., DM 26,-

Karl Heinz Jahnke, *Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts*, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1994, 231 S., DM 29,90

Marieluise Christadler, Florence Hervé (Hrsg.), *Bewegte Jahre - Frankreichs Frauen*, Zebulon Verlag, Düsseldorf 1994, 237 S.

Günther Glaser, "Neuregelung der Polizeifragen" oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg?, *hefte zur ddr-geschichte* 22, 59 S., DM 4,-

Wilfriede Otto, *Zur Biographie von Erich Mielke. Legende und*

Wirklichkeit, hefte zur dd-geschichte
23, 32 S., DM 4,-

Die Sache mit der Nation. Nach-
denken über ein für die Linke
schwieriges Thema, Heft 2, Materia-
lien der Fachtagung v. 17. Sept.
1994, 51 S., DM 4,-

Harald Neubert, Zur "Machtfrage" in
der marxistischen Theorie. Der Bei-
trag Antonio Gramscis, 48 S., DM
4,-

(Bezug der letzten vier Titel: Helle
Panke e.V., Breite Str. 48, 13187
Berlin)

IMSF/Z-Veranstaltungen 1995

10. und 11. Juni 1995: Marx-Engels-Arbeitsgemeinschaft

21. Oktober 1995: Diskussionsrunde aus Anlaß des 100. To-
destages von Friedrich Engels

25. und 26. November 1995: Jahrestagung von IMSF und Z

Alle Veranstaltungen finden im Haus der Jugend, Frankfurt/M., Dentsch-
herrnufer, statt. Nähere Informationen demnächst über IMSF/Z.

Errata

Z 19, S. 98-104: Ursula Schumm-Garling weist darauf hin, daß auf Grund
eines Mißverständnisses ihr Beitrag "Beschäftigtenbeteiligung - Risiko
oder Chance?" in einer nicht überarbeiteten Fassung veröffentlicht worden
ist. Es fehlen die Verweise auf die verwendete Literatur. Dies betrifft
insbesondere:

Breisig, Th., Quo vadis - Partizipatives Management?, in: Profitable Ethik -
effiziente Kultur, Hrsgg. v. W. Müller-Jentsch, München und Mehring
1993, S. 159-177.

Deutschmann, Ch., Reflexive Verwissenschaftlichung und kultureller "Im-
perialismus" des Managements, in: Soziale Welt 1989/Heft 3, S. 374-396.

Dörre, K., J. Neubert, H. Wolf, "New Deal" im Betrieb? Unternehmerische
Betedigungskonzepte und ihre Wirkung auf die Austauschbeziehungen
zwischen Management, Belegschaften und Interessenvertretungen, in:
SOFI Mitteilungen 1993 Nr. 20, S. 15-36.

Greifenstein, R., P. Janzen, L. Kibler, Neue Technologien und Mitbestim-
mung am Arbeitsplatz, Opladen 1991.

Sauer, D., V. Döhl, Arbeit an der Kette. Systemische Rationalisierung un-
ternehmensübergreifender Produktion, in: Soziale Welt 1994/Heft 2, S.
197-215.

Senghaas-Knobloch, E., B. Volmery, Technischer Fortschritt und Verant-
wortungsbewußtsein, Opladen 1990.

Wolf, H., Rationalisierung und Partizipation, in: Leviathan 1994/Heft 2, S.
243-259.

Womack, J.P., D.T. Jones, O. Roos, Die zweite Revolution in der Autoin-
dustrie, 7. Auflage, Frankfurt/M./New York 1992.

Z 20, S. 8: Für den Beitrag "H. Jung, Zum Wahljahr 94" sind die Angaben
zur Wahlbeteiligung, Tab. S. 8, zu vereinheitlichen. Es betrug der Anteil
der Wahlbeteiligung in v.H.: Bundestagswahlen 16.10.1994 = 79,1 (West =
80,5; Ost = 72,5). Bundestagswahlen 2.12.1990 = 77,8 (West = 78,6; Ost =
74,5).

Z 20, S. 172-177: Im Beitrag von Hermann Jacobs in Z 20 ("Wende und
Lohnprogrammatische") ist es auf S. 174 zu einer sinnverkehrenden Vertau-
schung der Artikel "der" und "die" gekommen. Der entsprechende Satz
muß richtig lauten: "Und worin auch, was *im Kapitalismus* nur Reform sein
kann (weshalb der Lohnfrage gegenüber die Eigentumsfrage diejenige ist,
die als die revolutionäre erscheint), im Sozialismus nur in Revolution um-
schlagen kann (und worin der Lohnfrage gegenüber die Eigentumsfrage
abfällt, d.h. nur Reform, nur äußerliche Voraussetzung bedeuten kann)."

Autorinnen/Autoren

Elisabeth Bessau, Wuppertal, Wirtschaftswissenschaftlerin
Dr. Hans-Jürgen Bieling, Marburg/L., Politikwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter
Dr. Joachim Bischoff, Hamburg, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates
Dr. Stefan Bollinger, Berlin, Sozial- und Politikwissenschaftler
Dr. Dietmar Döe, Kassel, Sozialwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter
Jonas Dörge-Weidemann, Kassel, Doktorand der Politikwissenschaft
Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg/L., Hochschullehrer, Historiker
Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Hamburg, Hochschullehrer, Soziologe
Eva Chr. Gottschaldt, Marburg/L., Historikerin, wiss. Mitarbeiterin
Dr. Michael Heinrichs, Berlin, Soziologe, Redakteur von "Prokla"
Dr. Hans G Helms, Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker
Prof. Dr. Hans-Joachim Höhme, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Bernd Hüttner, Bremen, Student der Politikwissenschaften
Günter Jndick, Velbert, Historiker
Dr. Heinz Jung, Weilrod/Ts, Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur
Dr. Robert Katzenstein, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Dr. Fritz Krause, Frankfurt/M., Historiker, Vors. des Forum Marxistische Erneuerung e. V.
Dr. Thomas Klein, Berlin, Historiker
Prof. Dr. Hermann Klenner, Berlin, Staats- und Rechtswissenschaftler
Lorenz Knorr, Frankfurt/M., Publizist, Bundessprecher der VVN-BdA
Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., Biologe, Z-Redakteur
Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, Hochschullehrer, Rechtswissenschaftler
Fritz Rische, Düsseldorf, MdB der KPD in 1. Deutschen Bundestag
Reinhard Schaupter, Hamburg, Bildhauer
Prof. Dr. Josef Schleifstein (15.3.1915-24.7.1992), Bad Homburg, Historiker, ehem. Leiter des IMSF
Dr. Reinhard Schweicher, Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur
Friedrich Sendelbeck, Nürnberg, Doktorand
Dr. Georgios Stamatidis, Athen, Griechenland, Wirtschaftswissenschaftler
Dr. Peter Strutynski, Kassel, Sozialwissenschaftler
Prof. Dr. Joachim Tesch, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden, Kassel, Hochschullehrer, Sozialwissenschaftler
Dr. Harald Werner, Bremen, Sozialwissenschaftler, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates
Dr. Harald Wessel, Berlin, Journalist

Neues Deutschland

Haben Sie Lust auf...

Widersprüche
statt Werbesprüche?

Argumente
statt Arroganz?

Opposition
statt Ohnmacht?

Dann testen Sie uns.

Neues Deutschland Die Linke unter den Großen

Wir sind politisch links und pluralistisch. Bei uns finden Sie unabhängige Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, auf 16 Seiten täglich.

Ein umfangreicher Meinungsteil reflektiert politische Debatte und Streitkultur. Ratgeberseiten helfen, die praktischen Seiten des Lebens zu bewältigen.

Wollen Sie eine andere, neue Sicht auf alte Probleme kennenlernen? Informationen über das, was andere gern verschweigen?

○ Probe-Abonnement

Bitte liefern Sie mir 3 Wochen lang für 10,00 DM die Tageszeitung "Neues Deutschland" zum Kennenlernen. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei. Das Probeabo wandelt sich automatisch in ein reguläres Abonnement um, wenn ich es nicht vor Ablauf der zweiten Testwoche schriftlich kündige (monatlicher Aboppreis 27,- DM in den neuen Bundesländern und Berlin; 35,50 DM in den alten Bundesländern).

Name, Vorname

PLZ, Wohnort

Straße, Hausnummer

Datum, Unterschrift

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich zu widerrufen.

Datum, Unterschrift

Bitte den Coupon einsenden an:

Neues Deutschland, Abt. Marketing, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin